Francis R. Nicosia

HITLER UND DER ZIONISMUS

Das Dritte Reich und die Palästinafrage 1933/1939

Druffel

Francis Nicosia

HITLER UND DER ZIONISMUS

Das Dritte Reich und die Palästinafrage 1933–1939

Diese für eine amerikanische Universität erarbeitete Doktorarbeit wirft ein völlig neues Licht auf die deutsch-jüdischen, die zionistisch-deutschen Beziehungen sowie die Judenpolitik des Dritten Reiches von der Machtübernahme bis zum Kriegsausbruch.

In diesem Buch wird deutlich, daß die deutsche Reichsregierung, insbesondere aber die SS, das jüdische Element in Palästina nachhaltig unterstützte, die Auswanderung förderte und auf verschiedenen Gebieten praktische Entwicklungshilfe leistete.

Die deutsch-jüdischen Geheimverbindungen führten nicht nur dazu, daß Männer wie z. B. Adolf Eichmann Palästina bereisten, sondern hatten auch zur Folge, daß die SS unter anderem Ausbildungslager für wehrtüchtige junge Juden im Reich schuf.

Schließlich legt der Verfasser in seiner Studie besonderes Gewicht auf die Diplomatiegeschichte während dieser entscheidenden Jahre. So wird nicht nur die deutsche Außenpolitik gegenüber Palästina kritisch untersucht. Angesichts der politischen Machtstellung Großbritanniens wird auch dem deutsch-englischen Verhältnis und der Entwicklung dieser Beziehungen besondere Bedeutung zugemessen.

Gerade angesichts der fruchtbar-friedlichen Entwicklung zwischen dem Reich und Palästina, das anhand völlig unbekannter Akten und Dokumente nachgezeichnet wird, steht der heutige Leser jeder späteren Entwicklung fassungslos gegenüber.

Ein umfangreiches Vorwort von Prof. H. J. W. Koch stellt diese sensationelle Studie in einen größeren Rahmen und verleiht ihr so den Rang einer außergewöhnlichen Quelle, an der kein an diesen Fragen Interessierter vorbeigehen kann.

DRUFFEL VERLAG

D-8137 Leoni am Starnberger See

Francis R. Nicosia

HITLER UND DER ZIONISMUS

Das 3. Reich und die Palästina-Frage
1933 - 1939

Francis R. Nicosia

HITLER UND DER ZIONISMUS

Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933 - 1939

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Aus dem Englischen von
Günter Deckert.

Verlag I.B.Tauris
3 Henrietta Street, Covent Garden
London WC2E 8PW, England

Kataloghinweis der "British Library":
Nicosia, Francis R.
Das 3. Reich und die Palästina-Frage:
1. Palästina und seine Geschichte von 1929 - 1948, 2. Deutschland und seine außenpolitischen Beziehungen 1918 - 1933, 3. Deutschland und seine außenpolitischen Beziehungen 1933 - 1945.

1989
Satz: Druffel-Verlag

Druck und Binden: Ebner Ulm

Inhaltsverzeichnis

Einführung zur deutschen Ausgabe

Zur künstlichen Aktualität eines Themas

Vor mehr als zwanzig Jahren glaubte der ehemalige Mitarbeiter des Münchner *Instituts für Zeigeschichte* und nunmehrige Professor für neuere Geschichte an der Universität Mainz folgenden Befund feststellen zu müssen: "Alles in allem muß man leider feststellen, daß mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr abwegiger." Es grassiere eine spekulative Betrachtungsweise, die Geschichte nur als Stoff benutzt, an dem sie ein Prinzip demonstrieren kann."

In der zeitgenössischen Geschichtsschreibung, nicht nur in Westdeutschland, wobei einem sofort Wehlers sogenannte "Bielefelder Schule" in den Sinn kommt, dominiert eine spekulative Denkrichtung, die der Geschichte lediglich das Material entnimmt für die Demonstration eines Prinzips. Bei der älteren Generation, sofern sie sich überhaupt mit dem Dritten Reich befaßt, überwiegt eine unreflektierte, vornehmlich durch persönliche Erlebnisse bestimmte Einstellung. Im Gegensatz dazu sind die Überlegungen der jüngeren Generation fast ausschließlich spekulativer Art.

"Die jüngeren halten eine differenzierende Betrachtungsweise von vornherein für apologetisch und unmoralisch, weil für ihre Begriffe die Moralität des Urteils in dem Maße zunimmt, in dem alle Aspekte eines Problems auf einen Aspekt konzentriert werden." Dieser Einzelaspekt betrifft das Verbrechen unter dem Sammelbegriff Auschwitz.

Der Genozid (Völkermord) wirft seine tragischen Schatten über die deutsche Geschichtsinterpretation bis zurück ins Bismarckreich. Die geistigen Produkte aus den Gefilden Bielefelds wiegen in diesem Zusammenhang weniger schwer, da deren mangelnde Substanz besonders im Ausland auf wenig mehr als ein mitleidiges Lächeln gestoßen ist, im Gegensatz zu dem vom Breslauer Emigranten Fritz Stern verfaßten Werk

"Gold und Eisen". Eigentlich sollte es eine Biographie von Bismarcks Bankier und Ratgeber Gerson Bleichröder sein, aber dem Verfasser geriet es zu einer Doppelbiographie Bleichröders wie auch Bismarcks, beträchtlich angereichert und zwischen den Zeilen zu lesen, durch die Biographie Sterns selbst und seiner impliziten Klage über das Scheitern einer deutsch-jüdischen Symbiose. Die Voraussetzungen für eine solche Symbiose waren durchaus gegeben. Nirgendwo schritt der Prozeß der Assimilierung der Juden mit größeren Schritten voran als in Mittel- und Westeuropa, während sich der aufstrebende Zionismus hauptsächlich in den Pogrom-Regionen der polnischen Gebiete des Zarenreiches entfaltete, aber im Habsburgerreich, im deutschen Kaiserreich und in den Staaten Westeuropas höchstens moralische Unterstützung für die unterdrückten Glaubensbrüder im Osten erwarten konnte. Das soll nicht heißen, daß es in den Assimilationsländern nicht hie und da zu Konflikten zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern gekommen wäre. Man denke nur an die Dreyfuß-Affäre. Im Kaiserreich und der Weimarer Republik überstieg der jüdische Anteil in den Jahren 1871 bis 1933 nie 1,09% der Gesamtbevölkerung. Doch vermehrte sich in dieser Zeitspanne die Einwanderung ausländischer Juden um ein beträchtliches, nämlich von 14 % (76.387) im Jahre 1910 auf 20% (98.747) im Jahre 1933. Wären einheimische wie eingewanderte Juden in Deutschland relativ gleich über das ganze Land verteilt gewesen, wären sie kaum ins Auge gefallen, aber im Jahre 1933 lebten 71% aller Juden in Großstädten, von denen nur 38% dort geboren wurden, während 62% andere Geburtsorte aufwiesen. Mit anderen Worten, die assimilierten Juden in Deutschland bildeten in diesen Städten eine Minderheit gegenüber den Zugewanderten. Die Führer des assimilierten Judentums in Deutschland versuchten sich dieser Zuwanderung in Eingaben an die Reichspräsidenten Ebert und von Hindenburg zu erwehren. Sie forderten umsonst eine Einwanderungssprerre, da nichts anderes als der Assimilationsprozeß durch Neuankömmlinge gefährdet werde.

Daß sich die Juden in Deutschland wie auch in anderen Ländern auf spezifische Berufe konzentrierten, hat Wurzeln, die bis ins Mittelalter zurückreichen. So z.B. konnte Berlin 1923 150 jüdische Privatbanken vorzeigen im Vergleich zu

11 Banken in nichtjüdischen Händen. 85% der Makler an der Berliner Börse waren Ende 1932 Juden. Trotz ihres niedrigen Bevölkerungsanteils waren 1905-1906 25% der Studtenten des Rechts und der Medizin Juden, 34% waren Doktoranden in den philosophischen Fakultäten der deutschen Universitäten. Der Prozentsatz jüdischer Ärzte war sehr hoch, in den Großstädten bildeten sie oft die Mehrheit. Diese Angaben beruhen nicht auf obskuren Informationen, sondern stammen aus der vor wenigen Jahren veröffentlichten Studie Sarah Gordons *Hitler, Germans and the Jewish Question,* Princeton University Press 1984. Sie gibt den Hinweis, daß sie auf kulturellem Gebiet weit überrepräsentiert waren, "wo ihre öffentliche Erscheinung durch die Natur des Berufes besonders groß war. Unglücklicherweise tendierten viele von ihnen dazu, ihre Werke zu benutzen, um gegen die bestehenden deutschen Werte ins Feld zu ziehen oder diese zu kritisieren. Dies stellte eine Beleidigung vieler Nichtjuden wie auch Juden dar, und Antisemiten griffen Werke dieser Art als 'undeutsch' und 'fremd' an." Daß somit Konfliktstoff vorhanden war, liegt auf der Hand; er entzündete sich auch verschiedene Male, aber nie in dem Ausmaß, wie das im "Kulturkampf" der Fall gegen die große katholische Minderheit gewesen war, geschweige denn, daß er wie in Frankreich während der Dreyfuß-Affäre fast bürgerkriegsähnliche Formen annahm.

Die Mehrzahl der *deutschen* Juden verstand sich als *Religionsgemeinschaft* und nicht als *Rasse;* sie hatte ihren deutschen Patriotismus von den Befreiungskriegen bis hin zum Ersten Weltkrieg mehrfach unter Beweis gestellt. (Siehe z.B. das Kriegstagebuch des ehemaligen Oberleutnants der kaiserlichen Armee, Herbert Sulzbach, *Zwischen zwei Mauern,* Vowinckel Verlag, Berg am See 1985).

Das Parteiprogramm der NSDAP, das mitnichten die Ausweisung aller Juden forderte, sondern sie wie alle Ausländer unter die Fremdgesetzgebung stellen wollte, wurde von der Mehrzahl der deutschen Juden als eine vorübergehende Erscheinung betrachtet, so auch die Einführung des Arier-Paragraphen im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom April 1933 und auch die bekannten "Nürnberger Gesetze", die, wie Hans Mommsen überzeugend nachgewiesen hat, nicht das Produkt langfristiger Planung, sondern eine Improvisation darstellten,

bei der Hitler eher zu den Bremsenden als zu den Treibenden gehörte. So hart, wie sich diese Gesetze aus dem heitigen Blickwinkel auch zeigen, damals hatte die Mehrheit des im Reich verbliebenen Judentums wieder das Gefühl, den Boden des *Gesetzes*, wenn auch eines sehr unerfreulichen, unter sich zu haben und nicht mehr Freiwild für irgendeinen Abschußjäger zu sein.

In den Jahren 1933 bis 1935 unternahm das deutsche Judentum alles Erdenkliche, um seine Vaterlandstreue unter Beweis zu stellen. Der erste spätere Präsident der Bundesrepublik sprach wenige Monate nach der Machtübernahme vor einem jüdischen Zuhörerkreis und verließ ihn mit dem Gefühl, wie er in sein Tagebuch eintrug, vor "verhinderten Nationalsozialisten" gesprochen zu haben. Auf welch glühende Art das deutsche Judentum sich auf persönlicher wie auf organisierter Grundlage darzustellen suchte, fällt im Großteil der heutigen Forschung unter den Tisch. Nicht, daß eine solche Grundlagenforschung nicht geleistet worden wäre! Sie stammt von dem in den sechziger Jahren an der Universität Toronto lehrenden Emigranten, Prof. Klaus J. Herrmann, und wurde 1969 im renommierten Carl Heymann Verlag, Köln, unter dem Titel *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-34* publiziert. Es wurde hierzulande wie alle Bücher, deren Quellen hieb- und stichfest sind, also nicht wie manche "revisionistischen" Studenten gegen die Quellen geschrieben, von der bundesdeutschen Presse mit Schweigen übergangen. Umsonst sucht man in den Bibliographien der Standardwerke der "Holocaust-Literatur" nach seinem Autor von Prof. Hermanns Art und einem entsprechenden Titel. Die "Richtwerte" dieser Literatur werden scheinbar in Israel festgelegt, und wehe dem, der gegen sie verstößt! Man hält selbst vor einem Historiker von der Statur und Leistung Ernst Noltes nicht zurück, wie es der noch nicht vergangene "Historikerstreit" eindrucksvoll und für die deutsche "Zukunft" beschämend belegt.

Nicht zuletzt wurde die Haltung nationalsozialistischer Antisemiten durch die Greuelpropaganda zionistisch beeinflußter Organe im Ausland bestimmt, die es sich nicht nehmen ließen, selbst die erwiesene Fälschung des Pamphlets, "Die Geheimnisse der Weisen von Zion", zu benutzen, um gegen die neuernannte Regierung im Reich die Stimmung zu schüren, eine Haltung,

gegen die selbst die zahlenmäßig unbedeutende Zionistische Vereinigung für Deutschland am 31. März 1933 offen Protest einlegte und somit Stellung bezog. Zwei Monate später folgte aus der Feder von Jakov Trachtenberg das Buch *"Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda gegen die deutschen Juden selbst."* .

Aus den uns heute zugänglichen Dokumenten wie den Protokollen der zwischen 1933 und 1938 noch stattfindenden Kabinettssitzungen, den Akten der Partikanzlei u.v.m., geht ganz klar hervor, daß die Boykott-Aktion vom 1. April 1933 eine Gegenaktion gegen den im westlichen Ausland bereits eingetretenen Boykott deutscher Waren war und im wesentlichen durch Hitlers Machtwort auf *einen* Tag beschränkt wurde, während radikale Elemente in der Partei eigentlich an eine unbefristete Aktion gedacht hatten. Hitler mußte auf zweierlei Tatsachen Rücksicht nehmen. Noch war Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg Reichspräsident, der sich, auch das belegte Herrmann, sofort einschaltete, wenn ihm irgendein Übergriff zu Ohren kam; ferner mußte Hitler mit seinem feinen Spürsinn auf das "gesunde Volksempfinden" — ein Terminus, der wenig später Eingang in die NS-Rechtssprechung finden sollte — Rücksicht nehmen, das alles andere als rabiat antisemitisch eingestellt war und kaum einen länger anhaltenden Boykott toleriert hätte. Und wie der Ablauf des 1. April 1933 zeigen sollte, verlief die Aktion kaum so protestartig, wie man es sich in der Reichsleitung der NSDAP gewünscht hatte. Zwar kam es im ganzen Reich zu protestartigen Handlungen, indem, folgt man den internen NSDAP- und Polizeiberichten, deutsche "Arier" demonstrativ jüdische Geschäfte betraten, um dort einzukaufen!

Noch zwei Tage vor dem Boykott hatte die jüdische Gemeinde in Berlin dem Reichskanzler einen Anruf überreichen lassen, den sie zusammen mit der Reichsvertretung der deutschen Juden erlassen hatte und in dem es hieß: "Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei." Und weiter:

"Wegen der Verfehlung einiger weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern ihres Herzens der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.

In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden in dieser Verbundenheit Blutopfer gebracht. Im großen Kriege haben von 500.000 deutschen Juden 12.000 ihr Leben hingegeben. Auf den Gebieten friedlicher Arbeit haben wir mit allen unseren Kräften unsere Pflicht getan.

Den Greuel- und Boykottfeldzug im Ausland haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung und erfolgreich bekämpft. Sie haben dafür alles getan, was in ihrer Kraft stand, und werden es weiter tun... Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volke, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist."

Auch der Zionistische Verband für Deutschland wandte sich in Telegrammen an die Zionisten in Britannien, den USA, der Tschechoslowakei und in Polen mit der Forderung, von jeglicher antideutscher Agitation abzusehen. Per Telegramm wurde das organisierte Judentum der USA aufgefordert, deutschfeindliche Maßnahmen zu unterlassen. "Wir haben gegen alle der Wahrheit nicht entsprechenden Greuelmeldungen und gewissenlose Sensationsnachrichten Einspruch erhoben und wiederholen heute unseren Protest in aller Öffentlichkeit... Die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden und die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Position darf nicht verknüpft werden mit politischen Aktionen, die sich gegen Deutschland und die außenpolitische Geltung des Deutschen Reiches richten."

Wenige Tage nach dem Boykott wandte sich der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an den Reichskanzler mit folgenden Worten:-

"Wir haben den heißen Wunsch, unsere ganze Kraft, unser Leben und Wirken für den nationalen Wiederaufbau Deutschlands einzusetzen, sei es zum friedlichen Aufbau des Reiches, sei es zu seiner Verteidigung nach außen. Hierzu bitten wir Sie, Herr Reichskanzler, uns die Möglichkeit zu geben durch Ihren Beistand durch Förderung unserer Bestrebungen.

In diesem Sinne bitten wir um

1. Vermeidung aller beruflichen und wirtschaftlichen Zurücksetzung von ehemaligen Frontsoldaten und von Angehörigen ehemaliger Frontsoldaten aus deutschen Kriegen;

2. Berücksichtigung altansässiger Familien;

3. Eingliederung geeigneter Kräfte aus dem jüdischen Bevölkerungsteil in die Einrichtungen der Wehrmacht, der Jugendertüchtigung, der Wehrhaftmachung und des Arbeitsdienstes.

4. Förderung unserer Bestrebungen auf Berufsumschichtung innerhalb des jüdischen Bevölkerungsanteils, insbesondere auf dem Gebiete der Siedlung;

5. Heranziehung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und seiner Einrichtungen zur Verwirklichung dieser Aufgaben."

Dreierlei geht aus diesem Gesuch hervor. Erstens die Abgrenzung des deutschen Judentums gegenüber den anderen im Reich befindlichen Juden, zweitens die Abgrenzung deutscher jüdischer Frontkämpfer gegenüber dem deutschen Judentum insgesamt und drittens die Erkenntnis, daß die berufsspezifische Überrepräsentierung deutscher Juden in gewissen Berufssparten nicht nur in den Augen vieler Deutscher ein Stein des Anstoßes war. Daher die Notwendigkeit, diese Dominanz abzubauen, was sich aber nicht von heute auf morgen, sondern nur über einen sehr langen Zeitraum hätte erreichen lassen können.

Hitler selbst zeigte sich noch im April 1933 weitreichenden antijüdischen Maßnahmen gegenüber nicht sehr angetan. In seiner Ministerbesprechung vom 7. April 1933 führte er aus, im Augenblick sei nur das Notwendige zu regeln. Für Rechtsanwälte, eine Berufssparte, in der Juden mehr als nur prominent vertreten waren, schlug er eine ähnliche Regelung wie in dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vor, doch für jüdische Ärzte hielt er eine gesetzliche Regelung zur Zeit noch nicht für notwendig. Im übrigen sollte jede Gesetzmaßnahme zeitlich befristet sein; von einer Einführung des Numerus clausus für Rechtsanwälte sollte abgesehen werden; letztlich konnte die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft auch bei nichtjüdischen Rechtsanwälten zurückgenommen werden, wenn diese sich nicht kommunistisch betätigt hatten.

Daß die Haltung des deutschen Judentums 1933 nicht vom Opportunismus diktiert war, zeigt eine Broschüre aus dem Jahre 1932, verfaßt von Dr.M. Naumann vom Verband nationaldeutscher Juden e.V., unter dem Titel *"Sozialismus,*

Nationalsozialismus und nationaldeutsches Judentum". Hier wies der Verfasser auf die katastrophalen Folgen des Boykotts gegen die nationaldeutschdenkenden Juden hin, wobei auch den Juden eine Aufgabe bevorstand: "Der beiderseitige Haß darf nicht verewigt, er muß abgebaut werden. Dies aber kann nur geschehen, *wenn die deutschen Juden sich endlich von dem Einfluß ihrer heutigen Berater freimachen, die ihnen lediglich zu Munde reden und ihnen alles verschweigen,* was nicht in den Rahmen ihrer hergebrachten "Antisemitismusbekämpfung" paßt. *Die Beseitigung dieses verheerenden Einflusses... wird die Lebens- und Zukunftsfrage der deutschen Juden sein."* (Alle Hervorhebungen im Original).

Was immer auch das deutsche Judentum in dieser Richtung unternahm, zeitigte keine Früchte in wichtigen Sektoren der Auslandspresse, für welche die programmatisch postulierte antisemitische Haltung der NSDAP, individuelle Gesetzüberschreitungen von Mitgliedern der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen nur Vorwand für ihre im Prinzip deutschfeindliche Propaganda war, ein willkommener Anlaß, diese unter einem anderen Mantel weiterzuführen; als solche freilich reicht sie weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die Akten des Auswärtigen Amtes, des Reichsinnenministeriums sowie der oberen Polizeiorgane sind, soweit sie erhalten oder zurückgegeben sind, voll von Belegen, in welchem Ausmaß man sich 1933 bis 1935 der durch nichts belegten Greuelmeldungen aus dem Ausland zu erwehren suchte, in welchem Ausmaß aber auch das deutsche Judentum diese hieb- und stichfest widerlegte.

So stellte sich auch der Reichsinnenminister, Dr. Wilhelm Frick, am 15. Februar 1934 dem Diplomatischen Korps, vor dem er ausführte, Deutschland wolle lediglich die Überfremdung durch Juden verhindern und ihren Einfluß reduzieren; Sorgen um die eigene Rasse machten sich ja schließlich auch andere Nationen. Obwohl das prominenteste Beispiel auf der Hand lag, vermied er aus ausdrücklich, auf die restriktive Einwanderungspolitik der USA zu verweisen, die Setzung von Quoten nach Rassen, wobei ganz eindeutig Einwanderern *"of caucasian origin"*, zum Nachteil anderer Rassen der Vorzug gegeben wurde. Das traf auch die Juden. Er hätte auch auf die Praxis der britischen Dominien verweisen können, unter

denen sich besonders Australien, Neuseeland und Südafrika gegen die Einwanderung großer jüdischer Bevölkerungsteile fast gänzlich sperrten, während das britische Mutterland sich relativ liberaler verhielt, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Einwanderer keine finanzielle Bürde für den Staat darstellen würden, eine Maßnahme, die von ihrer Natur her die Einwanderungsziffer von vornherein drastisch beschränken mußte. Aber dann hatten die Briten das "Rassenproblem" schon seit Jahrzehnten auf die "vornehme" Art und Weise behandelt, d.h. ohne viel "Tam-tam", ohne öffentliche Propaganda. So war zur Zeit der Ansprache Fricks das britische *Foreign Office* "judenrein". Welcher antisemitische Geist aber in dieser Institution vorherrschte, darüber gibt der zweibändige Nachlaß von Cecil Spring-Rice, britischer Botschafter in St. Petersburg und während des Ersten Weltkrieges Botschafter in Washington, beredten Aufschluß. Die jüngeren Historiographen der preußisch-deutschen Armee können nicht genug vom "reaktionären und antisemitischen Geist" des Offizierskorps des deutschen Kaiserreiches zetern, obgleich während des Ersten Weltkrieges zahlreiche deutsche Juden zu Reserveoffizieren ernannt wurden. Wirft man sein Auge auf die britische Armee, so findet sich bis zum heutigen Tage kein einziger jüdischer Offizier in den britischen Garde- und Eliteregimentern. Britischerseits gab es während des Ersten Weltkrieges nur *einen* jüdischen General, und er gehörte dem australischen Kontingent an. Im *Imperial General Staff* war zu keiner Zeit ein Offizier jüdischer Abstammung vertreten.

Reichsinnenminister Frick konnte wahrscheinlich diese Einzelheiten nicht wissen, doch die allgemeine Tendenz war weitbekannt und weit verbreitet. Jedoch in bezug auf die Auswanderung konnte er auf die am 30. Januar 1923 in Lausanne beschlossene Rückführung von einer Million Griechisch-Orthodoxer und 348.000 türkischer Muslims hinweisen, die in den ersten zwanziger Jahren ohne die geringste Teilnahme der Welt als selbstverständlich hingenommen worden war, obwohl die gegenseitige Wanderbewegung schwerste Eingriffe in das private Leben von Hunderttausenden haben mußte. "Das Dritte Reich hat" nach Frick "niemals an eine zwangweise Aussiedlung der Juden gedacht." Noch am 19. Juli 1934 erließ er eine Sprachanweisung, derzufolge die "Verschiede-

nartigkeit" der Rassen nicht als "Verschiedenwertigkeit" zu betrachten sei.

Allerdings vergaß Frick bei seinem Hinweis auf Griechen und Türken den Umstand zu erwähnen, daß *beide* Minderheiten in ihren respektiven Nationalstaaten ihre neue Heimat fanden, während dieser Umstand bei den Juden in der Diaspora nicht gegeben war. Bisher hatten sie sich immer als deutsche, französische, britische, amerikanische us.w Juden betrachtet, eine Haltung, die auch die zionistische Bewegung, wie auch der heutige Staat Israel nicht brechen konnte. Das Resultat war, daß von rund 15 Millionen Juden in der Welt nur drei Millionen in Israel leben.

Die Balfour-Erklärung von 1917 hatte zwar den Juden eine "Heimstätte" in Palästina versprochen, nicht aber ein unabhängiges Staatswesen. Um diese Heimstätte in ein Staatsgebilde umzuwandeln, bedurfte es zweierlei: erstens einer massiven Einwanderung von Juden, zweitens der Vertreibung der in Palästina seit rund 1400 Jahren lebenden Araber. Die bei der Lösung des Problems der Araber in Israel dabei angewandten Methoden unterscheiden sich sehr wenig von jenen, über die heutzutage täglich die Presse berichtet. Nur stand bis 1947 die britische Mandatsmacht zwischen den beiden Gruppen und versuchte so gut wie möglich Exzesse zu vermeiden, bis auch sie von zionistischen Terroristen aus Palästina hinausgebombt wurde. An der Entstehung des Staates Israel waren im Kampf gegen Briten und Araber übrigens zwei spätere israelische Ministerpräsidenten führend beteiligt.

In den dreißiger Jahren stand vieles davon in einer noch nicht ersichtlichen Ferne, klar war nur, daß die zionistische Bewegung versuchte sich die Welle des Antisemitismus, der keineswegs auf das Deutsche Reich beschränkt war, für die eigenen Zwecke zu nützen. Der Erfolg war sehr beschränkt. Nachdem das deutsche Judentum zur bitteren Erkenntnis gelangt war, daß sein Werben um die Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates zum größten Teil auf taube Ohren stieß, blieb als einziger Ausweg die Auswanderung; jedoch wählte nur der geringste Teil der auswanderungswilligen Juden Palästina als Ziel. Der Großteil, soweit er finanziell in der Lage war auszuwandern, wandte sich nach den Ländern des Westens.

Deutscherseits wurden seit etlicher Zeit die verschiedensten Projekte erwogen, so z.B. Equador, letztlich Palästina. Das kam den Zionisten entgegen, die die Auswanderung sehr befürworteten, d.h. jenes Teils der deutschen Juden, den sie für ihre Heimstätte und ihren kommenden Staat für geeignet hielten. Das war das Hauptanliegen des Zionismus in den dreißiger Jahren und bildet das Thema der von Francis R. Nicosia hier vorgelegten Studie, deren Orginaltitel *The Third Reich and the Palestina Question* lautet und Zeugnis davon ablegt, in welch unbefangener Art und Weise heutzutage von jungen Historikern im westlichen Ausland eine in der Bundesrepublik äußerst brisante Thematik objektiv analysiert wird. Die Ausnahme bestätigt die Regel; von Historikern mit Namen ist bisher in Westdeutschland nur Hans Mommsen mit seinen äußerst differenzierenden Untersuchungen zu Teilaspekten dieser komplizierten Materie hervorgetreten. Francis R. Nicosia beschäftigt sich u.a. hier mit einem deutsch-zionistischen Abkommen, dem Transfer oder "Haarvare-Abkommen", vom September 1933, das den Transfer jüdischen Vermögens ermöglichte, soweit die Auswanderer bereit waren, nach Palästina überzusiedeln.

Die Auswanderung hatte nicht nur eine menschliche, sondern auch eine finanzielle Seite. Das noch von der Weltwirtschaftskrise schwer betroffene Deutsche Reich konnte es sich einfach nicht leisten, große Summen von Devisen, an denen es ohnehin sehr arm war, ins Ausland abfließen zu sehen. Von den strengen Devisenbestimmungen, erlassen noch durch Notverordnungen in der Ära Brüning, waren deutsche Staatsbürger im gleichen Maß betroffen wie die jüdische Minderheit. Auslandsreisen, heutzutage als selbstverständlich betrachtet, waren für den schlichten Durchschnittsbürger einfach unmöglich, weil ihm dazu die notwendigen Devisen verweigert wurden. Erlaubt war die Mitnahme von 200 Reichsmark. Man konnte nachher nur in Länder reisen, mit denen ein entsprechendes Abkommen über die Verrechnung von Devisen bestand, wie z.B. ab 1936 nach Italien. Für einen großen Teil der in Deutschland lebenden Juden — das sagt nicht für die reichsdeutschen Juden, sondern in der Hauptsache für die sogenannten "Ostjuden" — war es anhand der Steuerkarten nachweisbar, daß sie erst nach der Jahrhundertwende nach Deutschland eingewandert waren

und sich seitdem in der Diktion des NS-Staates "am deutschen Volksvermögen bereichert hätten". Somit wurde die Freigabe beträchtlicher Vermögen zur Überweisung ins Ausland blockiert. Mit dem Haavare-Abkommen wurde eine Bresche in diese Blockade geschlagen, von der aber nur jene Juden profitierten, die nach Palästina auswandern wollten, d.h. praktisch jene, die zionistische Vertreter im Reich als "geeignet" für Palästina betrachteten. Das schaltete schon vom Alter her einen großen Teil des deutschen Judentums aus; alte Leute konnte man bei dem Aufbau- und Eroberungswerk nicht brauchen, es sei denn, es handelte sich um wissenschaftliche oder kulturelle Kapazitäten. So wurde schon in diesem Stadium streng "selektiert", wobei noch hinzuzufügen ist, daß nach der Ausreise ins Ausland von rund 100.000 deutschen Juden in der Zeitspanne 1933/34 wenig der verbliebenen 400.000 willens waren, überhaupt auszuwandern, stets in der Hoffnung, früher oder später würde sich alles normalisieren. Trotz dieser Umstände funktionierte das mit den zionisitischen Mehrheitssozialisten unter David Ben-Gurion abgeschlossene Abkommen bis Ende 1936 sehr gut, bis sich 1936 die Araber des ständigen Zustromes jüdischer Einwanderer zu erwehren begannen und die britische Mandatsmacht zum Eingreifen zwangen. Das hatte sie zuerst zugunsten der Juden getan. Das Blatt sollte sich wenden, als sie zwischen 1945 und 1947 zum Schutze der Araber eingreifen mußte. Nichtsdestoweniger bestand schon vorher eine der ersten Maßnahmen, die die Briten vor und im Zweiten Weltkrieg ergriffen, in der rücksichtslosen Drosselung der jüdischen Einwanderungsquote, die zwar das Haavare-Abkommen nicht gegenstandslos machte, sondern die Zionisten und mit ihnen das "Judenreferat" des Sicherheitshauptamtes von der Legalität der Einwanderung zur Illegalität zu scheitern.

Die deutsche Nahost-Politik befand sich in einer Klemme; einerseits sprach sie angesichts des Aufstandes der Araber Lippenbekenntnisse für die arabische Sache aus, andererseits weigerten sich die Deutschen trotz vielerlei Verhandlungen und trotz der Anwesenheit des Mufti von Jerusalem im Reich, die Araber mit Waffen zu beliefern und gleichzeitig zusammen mit den Zionisten die jüdische Auswanderung nach Palästian mit illegalen Methoden zu fördern, in der Hauptsache zwischen 1937 und 1939.

Francis R. Nicosia leuchtet diesen Prozeß auf der Diplomatie- wie wirtschaftsgeschichtlichen Ebene ausgezeichnet aus; sie vergißt auch nicht, auf den rein menschlichen Aspekt zurückzukommen, der nach ihrer Ankunft beim sich größten Teil in der ungeheuren Enttäuschung vieler Einwanderer nach Palästina ausdrückte, u.a. auch in dem Versuch, nach Deutschland zurückzukehren zu können. Bereits hier zeigte sich ein Problem, das in seinem vollen Ausmaß den Staat Israel heute vor allem mit der UdSSR konfrontiert, wenn Juden, denen die Ausreise nach Israel genehmigt wurde, sich im Auffanglager nahe Wien sich eines anderen besinnen und statt Israel andere Staaten der freien Welt als zukünftigen Aufenthaltsort wählen. Dieser Entschluß entstand sehr oft nicht erst in Österreich. Wenn bei Nicosia etwas zu kurz kommt, so ist es die Analyse der an diesem Abkommen beteiligten und miteinander verzahnten Institutionen und Personenkreise, deutscherseits das Sicherheitshauptamt (später: Reichssicherheitshauptamt) der SS unter Reinhard Heydrich das sich, im Gegensatz zu Streicher-Typen für eine "rationale" Lösung der "jüdischen Frage" einsetzte. Die entsprechende historische Arbeit hat der amerikanische Historiker Lenni Brenner, ein Mann, jüdischen Glaubens, aber nicht Zionist bereits geleistet, und zwar in seinem 1983 erschienem Buch *"Zionism in the Age of the Dictators"*, dessen deutsche Übersetzung dem deutschen Leser bis zum heutigen Tag vorenthalten geblieben ist.

Einführend greift Brenner weit aus und belegt, daß die Zionisten, da die Bolschwisten den Zionismus als Ausdruck eines ideologischen Nationalismus bekämpften, enge Bande mit den Antisemiten in der Ukraine, in Polen und den baltischen Staaten knüpften, um so die Auswanderung dort angesiedelter Juden zu verstärken. In der Ukraine war die Zusammenarbeit durch die politische Entwicklung kurzfristig, in den anderen Staaten aber stellten nicht die Antisemiten das Problem dar, denn mit ihnen arbeitete man ja zusammen, sondern die Haltung der dortigen Juden, die es trotz des weiten Spektrums von Unterdrückungsmaßnahmen vorzogen, in Osteuropa zu bleiben als sich auf das unsichere Abenteuer in Palästina einzulassen. Somit gleicht sich der Befund Brenners in Osteuropa mit dem Nicosias für Mitteleuropa.

Was man bei Nicosia vermißt, findet sich bei Brenner, u.a. eine eingehende Analyse des Zionismus als *Ideologie*, die er mit ein-

schlägigem Quellenmaterial als "Blut und Boden" - Ideologie bezeichnet, als der sich der Zionismus verstand und heute noch versteht, eine Feststellung übrigens, die vor Jahrzehnten bereits Eugen Lemberg getroffen hat. Nur fehlte dieser Bewegung am Anfang der Boden und die entsprechende Anzahl jüdischer Einwanderer, um das Land zuerst von den Arabern zu entvölkern, es dann mit Juden zu besiedeln und fruchtbar zu machen. Die zionistische Kibbuz-Bewegung ahmte bis in die kleinste Einzelheit die Praxis des Bundes der Artamanen in Deutschland nach, eines Bundes, dem bekanntlich Heinrich Himmler für einige Zeit angehörte.

In ihrer rassistischen Ideologie erhielten die Zionisten Unterstützung von namhaften Glaubensgenossen, unter ihnen Albert Einstein, der schrieb: "Nationen mit rassischen Unterschieden enthalten Instinkte, die gegen jede Fusion arbeiten. Die Assimilierung der Juden innerhalb der Nation Europas...konnte zu keinem Zeitpunkt das Gefühl des Mangels an Sippschaft zwischen ihnen und jenen, unter denen sie lebten, auslöschen. Letztlich dient dieses Gefühl des mangels an Sippschaft dem Gesetz der Konservierung der eigenen Energie. Schon aus diesem Grund kann es selbst bei bester Absicht und Druck niemals eliminiert werden."

Die Kluft zwischen Judentum und Zionisten erweiterte sich. Zionisten beschrieben ihre Glaubensbrüder in einer Terminologie, die man genauso dem *"Stürmer"* hätte entnehmen können: "Der Jude ist eine Karikatur eines normalen natürlichen Menschen, psychisch wie geistig. Als Individuum innerhalb der Gesellschaft verwirft er jegliche gesellschaftlichen Verpflichtungen. Er kennt weder Ordnung noch Disziplin." (In *Hashomer Hatzair* - Junge Wächter, 1936). "Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß die Juden als Kollektiv ungesund und neurotisch sind. Jene Berufsjuden, immer schnell und tiefstens verletzt, die diese Wahrheit entrüstet von sich weisen, sind die größten Feinde der Rasse, denn sie führen eine Suche nach falschen Lösungen, die im besten Falle Palliative (Linderungsmittel d.Verf.) sind." (Der amerikanische Zionist Ben Frommer, 1935). Und bereits elf Jahre vorher sagte der Zionist Maurice Samuel der gentilen (gut erzogenen d.Verf.) Welt den Krieg an: "Wir Juden sind Zerstörer und werden immer Zerstörer bleiben. Nichts, was ihr tut, wird jemals unsere Nöte und Forderungen zufriedenstellen. Wir werden immer zerstören, denn wir brauchen unsere eigene, unsere Gottes-Welt, die ihr eurer Natur entsprechend nicht bauen könnt... Jene von uns, die diese Wahrheit nicht verstehen können, werden

immer in Verbindung mit euren rebellierenden Faktionen (radikalen Parteien d. Verf.) zu finden sein, bis Disillusionierung einsetzt, das miserable Schicksal, das unter euch verstreut hat und uns diese unwillkommene Rolle auferzwungen hat."

Einzelstimmen? Vielleicht. Aber man darf dabei den Eindruck nicht vergessen, den sie bei dem Großteil der Leser hinterließen. Auf jeden Fall begibt sich ein Historiker, nämlich der an der Bundeswehr-Universität München, lehrende Israeli Michael Wolffsohn, auf sehr dünnes Eis, wenn er glaubt die UNO-Resolution, die den Zionismus mit Rassismus gleichsetzt, in den Bereich des Unsinns verweisen zu müssen.

Die zionistische Agitation und die von ihr ausgeführte praktische Politik ist am besten durch den Satz Chaim Greenbergs, des Herausgebers des zionistischen Arbeiterorgans *Jewish Frontier* im Jahre 1942 zusammengefaßt: "Um ein guter Zionist zu sein, muß man gleichzeitig auch etwas von einem Antisemiten in sich haben." Brenner stellt die durchaus berechtigte Frage, ob nicht der deutsche Durchschnittsleser von NS-Zeitschriften zu dem Schluß kommen mußte, daß dies, wenn Nationalsozialisten und Zionisten das gleiche behaupten, schon seine Richtigkeit haben müsse.

Brenner untersucht dann im einzelnen, jeder Verästelung folgend, das Verhältnis zwischen Zionismus und dem italienischen Faschismus und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Führer der italienischen Zionisten, Alfonso Pacifici, bereits 1932 seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, daß die durch den Faschismus geschaffenen Bedingungen ein Wiedererstarken des italienischen Judentums mit sich bringen würden. In der Tat, Pacifici behauptete, der Zionismus habe eine neue jüdische Philosophie entwickelt, die in ihrer geistigen Tendenz dem Faschismus eng verwandt sei und ihre Rolle zu spielen begonnen habe, bevor der Faschismus Mussolinis an die Macht kam.

Im Rahmen des Zusammenhangs zwischen Zionismus und Nationalsozialismus bemerkt Brenner, daß die zionistische Bewegung im Deutschen Reich wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Weimarer Republik hatte, sondern ihren "natürlichen" Gesprächspartner in der NSDAP sah. Zudem stellte, wie oben schon erwähnt, die Zionistenbewegung in Deutschland eine kleine Minderheit im Vergleich zu dem im Reich ansässigen Gesamtjudentum dar. Brenner bezeichnet den Großteil des deutschen Judentums als liberal und

national; seine Haltung zum Zionismus habe von der Skepsis bis zur ausdrücklichen Feindschaft gereicht. Nichtsdestoweniger waren die Zionisten davon überzeugt, allein und mit voller Verantwortung für die Juden Deutschlands sprechen zu können. "Wir waren uns sicher, daß die Regierung eines Tages zu einer Konferenz mit den Juden zusammentreffen werde, in welcher... der neue Status der deutschen Juden zur Debatte stehen würde. Die Regierung hatte erklärt, daß es kein Land gebe, das sich so ernsthaft der Lösung des jüdischen Problems annehmen würde wie Deutschland. Die Lösung der jüdischen Frage? Es war unser zionistischer Traum! Niemals hatten wir die Existenz eines jüdischen Problems verneint! Dissimilation? Dies war unser Appell!", so Rabbi Joachim Prinz im Jahre 1937!

Ein Memorandum wurde an die deutsche Reichsregierung gerichtet, in dem die Sprache war von der "anormalen Berufsentwicklung der Juden in Deutschland", von den "wurzellosen Intellektuellen, die der moralischen Regeneration bedürften." Es endete mit dem Absatz: "Die Realisierung der Ziele des Zionismus kann nur durch die Ressentiments ausländischer Juden gefährdet werden, die sich gegen die deutsche Entwicklung stellen. Boykott-Propaganda — wie sie gegenwärtig in allen Arten und Weisen gegen Deutschland geführt wird — ist ihrer Natur nach unzionistisch, denn der Zionismus will nicht kämpfen, sondern überzeugen und aufbauen." Im Klartext: Die zionistische Bewegung postulierte eine Interessengleichheit mit dem nationalsozialistischen Deutschland.

Im Sicherheitshauptamt war man sehr schnell hellhörig geworden. Der Leiter des Judenreferats, SS-Untersturmführer Leopold von Mildenstein, wurde zwei Monate nach der Machtübernahme zu einem fünfmonatigen Palästinabesuch eingeladen, was er auch annahm. Mildenstein blieb sechs Monate und verfaßte dann eine Serie prozionistischer Artikel. Zudem wurde sein Besuch in der NS-Presse weitgehend positiv kommentiert, und auf Goebbels Veranlassung brachte *"Der Angriff"* eine zwölfteilige Serie über den Zionismus in Palästina: "Innerhalb eines Jahrzehnts hat der Boden ihn und seine Art (die Juden) reformiert. Dieser neue Jude wird ein neues Volk!". Der Arierparagraph von 1935, die Nürnberger Gesetze von 1935 störten das informale Bündnis zwischen Zionismus und Nationalsozialismus nicht. Im Gegenteil: je schärfer die Schrauben angezogen wurden, um so willkommener war dies für die Zionisten, die sich auf diesem Wege erhofften, innerhalb des deutschen Judentums zur Mehrheit emporzusteigen.

Auch im Reich tat sich einiges. Zum einen trat zum erstenmal die Person Adolf Eichmanns in den Vordergrund, der nach Heinz Höhne vergeblich versuchte "eine andere Linienführung des *"Stürmer"* zu erreichen", d.h. seinen radikalen emotionellen Antisemitismus aufzugeben zugunsten der "rationalen" Auswanderungspolitik der SS. Zum anderen entstanden mit Billigung Himmlers und Heydrichs Lager in denen deutsche Juden eine landwirtschaftliche wie auch militärische Vorausbildung erhielten zur Vorbereitung der Umsiedlung nach Palästina. Aber, wie schon gesagt, die Zionisten waren wählerisch, nur "wehrhaftes Menschenpotential" wurde ausgesucht.

Für die NS-Rassenpolitiker der SS wurden die Zionisten zu den bevorzugten Juden. "Für die Zionisten brachte das einige Schwierigkeiten. Moralisch war es verunsichernd, zu den bevorzugten Kindern der NS-Regierung zu gehören, besonders weil gleichzeitig antizionistische Judengruppen verboten wurden, und wenn sie auch auf andere Art und Weise ihre Bevorzugung der Zionisten zeigte. Die Nationalsozialisten forderten "ein größeres zionistisches Benehmen". (S. Prinz.)

Wie gesagt, der "rationalen" Judenpolitik der SS wurde indessen langsam ein Ende gesetzt, zuerst durch den Aufstand der Araber und die Senkung der Einwanderungsquote nach Palästina durch die Briten. Zwischen 1937 und 1938 arbeitete man zusammen auf illegaler Basis, indem Judentransporte Deutschland verließen, um illegal nach Palästina zu gelangen. Die Konferenz im Schweizer Evian von 1938 zeigte eigentlich nur, daß die Westmächte den Antisemitismus verabscheuten, sich aber keineswegs bereit zeigten, jüdischen Einwanderern ihre Grenzen und Tore zu öffnen. Der deutsche Vorschlag bestand darin, innerhalb einer Periode von 3-5 Jahren jährlich 30.000 Juden die Ausreise zu erlauben, sich im Lande ihrer Wahl einzurichten und dann ihre Angehörige nachkommen zu lassen. Sobald jeder ausgewanderte Jude imstande war, die Kosten der Auswanderung seiner Familie zu tragen. Den in dieser Zeitspanne im Reiche verbliebenen Juden, Frauen, Kindern und alten Leuten wurde eine anständige Behandlung zugesichert. Um den Plan sofort in die Tat umzusetzen, sollte aus jüdischen Vermögenswerten ein Fonds gebildet werden, mit dessen Hilfe die erste Auswanderungswelle finanziert werden sollte. Weder in Evian noch in den folgenden Verhandlungen zeigten die Teilnehmer der Konferenz Interesse an diesem Vorschlag. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges tat ein weiteres, um Pläne dieser Art zunichte zu machen. Gleichzeitig

beeinträchtigte der Krieg die Verbindung zwischen der zionisitischen Bewegung und dem Deutschen Reich.

Nichtsdestoweniger rissen die Fäden zwischen den Zionisten in Palästina und dem Reichssicherheitshauptamt nie vollkommen ab. Über die bestehenden Kanäle gelang es den Zionisten, auch während des Krieges "wertvolles Menschenmaterial" aus der deutschen Einflußsphäre nach Palästina zu bringen, selbst wenn dies auf Kosten der Mehrheit der Juden ging, ein Vorgehen, das der Oberste Gerichtshof Israels 1957 im Nachhinein rechtlich sanktionierte. Es war eine Auswahl der Wichtigsten, Tüchtigsten und Stärksten.

Doch aufgrund des Verhaltens der Briten als Mandatsmacht trat eine zeitweise Spaltung der zionistischen Bewegung in Palästina ein. Die extremste Gruppe davon war Avraham Sterns "Stern Gang", der Menachem Begin — der gleiche Mann der als Ministerpräsident 1981 den bundesdeutschen Kanzler Schmidt als einen Nazimörder beschimpfte — und Yitzhak Shamir angehörten. Wie Brenner ausführlich dokumentiert, war diese Spaltung u.a. auf die Behandlung der Juden innerhalb der britischen Armee, insbesondere dessen polnischen Kontingents, der "Anders Armee", zurückzuführen. Weder die polnische Regierung im Exil noch die Offiziere der "Anders-Armee" ließen Zweifel daran aufkommen, was den polnischen Soldaten nach einem Sieg der Alliierten blühen werde: man erinnere sich: der sogenannte "Madagaskar Plan" war eine polnische Erfindung und wurde von den Deutschen übernommen; der polnische Botschafter versicherte Hitler, man werde ihm in Warschau ein Denkmal errichten, wenn es ihm gelänge, das "jüdische Problem" zu lösen, und man vergesse nicht die antisemitischen Pogrome in Polen während der unmittelbaren Nachkriegszeit! Offiziere drohten jüdischen Soldaten, daß man sie beim Kampfeinsatz mit "einem Schuß in den Rücken erledigen werde" und ähnliches mehr. Das Resultat waren Massendertionen, die man aber aufgrund der prekären Lage kriegsgerichtlich nicht verfolgte. Viele Deserteure fanden ihren Weg in den zionistischen Untergrund Palästinas. Ziel der Stern Gang wie ein Israel von Ägypten bis zum Euphrat, dem sich die Briten ernstlich entgegengestellt hätten. Was also lag näher als Verbindung mit deren Gegner, zuerst mit Italienern und dann dem Deutschen Reich, aufzunehmen.

Die Position der extremen Zionisten wurde in den folgenden Sätzen zusammengefaßt: "Es existiert ein Unterschied zwischen dem Verfolger und dem Feind. Verfolger Israels hat es zu allen

Zeiten gegeben, auch in der Diaspora, beginnend mit Haman und endend mit Hitler... Die Ursache all unseres Übels ist unser Exiltum, das Nichtvorhandensein einer eigenen Heimat und Staatlichkeit. Daher ist unser Feind der Ausländer, der Beherrscher unseres Landes, der die Rückkehr unseres Volkes blockiert. Die Feinde sind die Briten, die das Land mit unserer Hilfe erobert haben und durch unsere Zustimmung dageblieben sind, die uns betrogen haben und unsere Brüder in Europa in die Hände der Eroberer geliefert haben."

Beitritt in die britische Armee wurde abgelehnt, da dort Juden wie Kolonialtruppen behandelt würden, mit Waschräumen und Toiletten reserviert für europäische Soldaten. Stern, Begin und Shamir mußten bald erkennen, daß ein Zusammengehen mit Italien zwecklos sei; die realistische Alternative war das Deutsche Reich, besonders seit Rommel sich anschickte, an die Tore Ägyptens zu klopfen. Über Ankara wurde ein "Vorschlag der Nationalen Militärischen Organisation" (Irgun Zwai Le'umi), datiert vom 11. Januar 1941, an die deutsche Regierung geleitet. Das Dokument befindet sich heute im Bundesarchiv Koblenz, Akten Auswärtiges Amt, E 234 158. In ihm wird ausgeführt:

"Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist die Vorbedingung der Lösung der jüdischen Frage; dies kann aber nur vollständig ermöglicht werden durch die Niederlassung dieser Massen in dem Heimatland des jüdischen Volkes, in Palästina, und durch die Errichtung eines jüdischen Staates innerhalb seiner historischen Grenzen... Der NMO ist der gute Wille der Reichsregierung gegenüber zionistischen Aktivitäten und zionistischen Emigrationsplänen durchaus bekannt, und sie ist folgender Meinung:

1. Gemeinsame Interessen können existieren einerseits zwischen der Herstellung einer neuen Ordnung in Europa, konform mit dem entsprechenden Konzept Deutschlands, und andererseits mit den wahren nationalen Aspirationen (Bestrebungen, d. Verf.) des jüdischen Volkes, verkörpert durch die NMO.

2. Beiderseitige Zusammenarbeit zwischen dem neuen Deutschland und einem erneuerten völkisch-nationalen Judentum wäre möglich.

3. Der Errichtung eines historischen Jüdischen Staates auf nationaler und totalitärer Basis, vertragsmäßig an das Deutsche Reich gebunden, durch das seine Interessen im Nahen Osten und die Stärkung seiner dortigen Position für die Zukunft gesichert und verstärkt würde.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend, würde die NMO in Palästina nach Zusicherung aller erwähnten nationalen Ansprüche der Israelischen Freiheitsbewegung aktiv an Deutschlands Seite in den Krieg eintreten.

Dieses Angebot der NMO... müßte verbunden werden mit einem Abkommen, das die militärische Ausbildung und Organisierung der jüdischen Menschenreserven in Europa unter dem Kommando der NMO sichert...

Die indirekte Teilnahme der Israelischen Freiheitsbewegung im Rahmen der neuen Ordnung in Europa, die sich bereits in ihrem Anfangsstadium befindet, wäre eng verbunden mit einer positiven radikalen Lösung des europäischen jüdischen Problems, konform mit den obenerwähnten nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes. Dies würde eine außerordentliche Stärkung des moralischen Fundaments der neuen Ordnung gegenüber der Menschheit insgesamt bedeuten.

In ihrer Ideologie und Struktur ist die NMO den totalitären Bewegungen Europas eng verbunden."

Die Reichsregierung scheint diese Vorschläge zunächst aufs Eis gelegt zu haben, denn die militärischen Voraussetzungen für die Realisierung solcher Pläne bestanden noch nicht, und dann wurden sie im folgenden Jahr durch den Kriegsverlauf gegenstandslos. Die Stern-Gang andererseits verlegte sich auf den Terrorismus, auf spektakuläre Mordanschläge, bis letztlich ihre Vertreter an die Spitze des Staates Israel traten. Einer der ersten Regierungshandlungen Begins war, eine Erinnerungsbriefmarke mit dem Bildnis Sterns einzuführen — mit vollem Wissen um seine und der ihm zugehörigen Gruppe Vergangenheit. Und so schließt Lenni Brenner seine Studie mit den Worten: "Es gibt keinen besseren Beweis als gerade diesen, daß das Erbe der Zusammenarbeit der Zionisten mit den Faschisten und Nationalsozialisten und die sie leitenden Philosophien bis in das gegenwärtige Israel wirksam geblieben sind."

Nicht ein jeder wird dieser Schlußfolgerung seine Zustimming geben. Dies aber ist weniger wichtig als das von Brenner aufgearbeitete Quellenmaterial, das sich, so ist man fast zu sagen versucht, nahtlos an die hier vorliegende Studie Nicosias anfügt. Beide zusammen einschließlich die Arbeiten anderer amerikanischer Historiker widerlegen jene These, nach der das Schicksals des Judentums in Europa mit Hitlers Machtantritt mehr oder weniger

eine besiegelte Sache war, ein wie uns Andreas Hillgruber versichern will, langfristig angelegtes "Programm", an dessen Ende folgerichtig der Judenmord stand. Der Weg nach Auschwitz war alles andere als gradlinig, es war, wie ein anderer amerikanischer Historiker, K.W. Schleunes, es formulierte: *"The Twisted Road to Auschwitz"* der verschlungene Weg nach Auschwitz. Gerade aus den Reihen der SS kamen auch Leute, die vor Kriegsausbruch die Rechtsstaatlichkeit nicht preisgeben wollten, wie z.B. der SD-Führer Otto Ohlendorf, promovierter Jurist, der sich selbst nach Kriegsausbruch für zwei Dinge eingesetzt hatte und darob bei Himmler in Ungnade fiel. Erstens plädierte er für die Anerkennung eines Minderheiten-Status für die Juden in Deutschland und in den durch Deutschland besetzten Gebieten, zweitens setzte er sich dafür ein, daß der sogenannten "Schutzhaft", also der Einweisung in ein Konzentrationslager, eine unabhängige richterliche Untersuchung vorangehen solle, die die letzte Entscheidung zu treffen habe. Himmler nannte ihn "einen arroganten Preußen" und etliches mehr. Aber selbst Himmler sah seine eigene Rolle zu diesem Zeitpunkt noch nicht voraus. Noch in seiner Denkschrift über die "Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" vom Mai 1940 wies Himmler "die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich" von sich.

Auch dies gehört in das Gesamtspektrum eines geschichtlichen Kapitels, das die Gemüter unserer Väter und Großväter belastet, nicht aber eine damals zu junge oder überhaupt noch nicht geborene Generation. Der "Holocaust" oder die "Shoa" mögen für die Israelis eine innenpolitische Integrationsfunktion erfüllen, diese Begriffe aber außenpolitisch zu instrumentalisieren führt nur zu Abwetzung und Verschleiß. Für eine junge Generation aber ist das zur Geschichte geworden, traurig und mahnend, aber nichtsdestoweniger Geschichte und nicht Gegenwart.

Ihn, wie es der britische Oberrabbiner Lord Jakobovits schärfstens kritisierte, zu einem "profitablen Industriezweig für Schriftsteller, Forscher, Filmemacher, Museumsbauer und sogar Politiker" zu reduzieren, vergiftet nicht nur die Gegenwart; wichtiger ist, daß die Betroffenen sich an den Opfern versündigen.

Francis R. Nicosioas Buch sowie die anderen hier in diesem Zusammenhang erwähnten Studien gehören nicht zu dieser Gattung. Sicherlich sind sie für den deutschen wie jeden anderen Leser keine

bequeme Lektüre und können es auch nicht sein. Aber die vorliegende Studie ist nur *ein* Beispiel von vielen, das aufzeigt, wie heute außerhalb der deutschen Sprachgrenzen geforscht und argumentiert wird. Man kann nur zweierlei erhoffen, erstens, daß diese Studie die Verbreitung findet, die sie verdient; zweitens, daß sie Anregung gibt, weitere der vielen im angelsächsischen Sprachraum existierenden seriösen Studien und mit ihnen die in ihnen enthaltenen Forschungsresultate zu übersetzen und so auch dem deutschen historischen Laien zugänglich zu machen.

Daß dies bisher noch nicht der Fall ist, ist kaum dem Zufall und dem unabsichtlichen Übersehen zuzuschreiben. Sie sind den deutschen Zeitgeschichtlern allesamt bekannt. Aber es scheint Dinge zu geben, die man den Deutschen bewußt vorenthält. Im Mai 1984 fand in Stuttgart ein Symposium statt, an dem alle namhaften bundesdeutschen und israelischen Zeitgeschichtler teilnahmen und dessen Thema eben der "Holocaust" war. Die Debatte wurde zum Teil sehr kontrovers geführt, und es blieb dem israelischen Zeithistoriker Saul Friedländer vorbehalten, dem Symposium mitzuteilen, er sei in einer Pause von jemanden angehalten worden mit der Frage, was denn die Folge sein würde, wenn etliches von dem, was bei dieser Veranstaltung gesagt wurde, Eingang in die deutschen Schulbücher finden würde.

Ganz grob ausgedrückt, scheint es in der Bundesrepublik zwei Arten von Geschichtsschreibung zu geben. Eine für den Expertenkreis, wo man sozusagen unter sich zu sein glaubt, die andere für die allgemeine Volksverdummung, wobei sich Historiker, die auf ihre Seriösität großen Wert legen, die Hand mit den sogenannten "Sachbuchautoren" reichen — die anderen Medien nicht eingerechnet. Das vorliegende Buch ist ein Durchbruch zu einer ernsten, voruteillosen Betrachtung und Analyse. Aber es ist eben bisher nur *ein* Durchbruch, andere müssen ihm — nicht nur zu diesem makabren Thema — folgen, um ein Fundament zu erstellen, auf dem ein kristisches, aber gleichzeitig gesundes deutsches Geschichtsbewußtsein, in den letzten Jahren so oft von den Bundespolitikern beschworen, sich entwickeln kann, um endlich die periodisch künstlich erzeugte Erregung über ein "Reizthema" zu ersetzen.

Hannsjoachim W. Koch/University of York, England

Vorwort

Der arabisch-israelische Konflikt begann nicht erst mit der Ausrufung des Staates Israel und dem darauffolgenden ersten israelisch-arabischen Krieg im Jahre 1948. Der Konflikt, der vor 1948 als die Palästina-Frage bekannt war, setzt sich noch immer aus drei Grundelementen zusammen: dem Zionismus, dem arabischen Nationalismus und den Großmachtinteressen im Nahen Osten. Das zionistische Element zeigt sich im Vorgang der Schaffung einer Heimstatt für die Juden und in der Ausrufung eines unabhängigen jüdischen Staates in jenem ungenau umrissenen Teil des alten Syrien, der als Palästina bekannt war. Dieser Vorgang wurde durch eine starke jüdische Einwanderung aus Europa und dem Nahen Osten mitgetragen. Das arabische Element fällt mit dem arabischen Nationalismus in Palästina zusammen. Dieser Nationalismus ist ein Teil einer größeren Bewegung, die sich vor und nach dem 1. Weltkrieg in der ganzen arabischen Welt herausgebildet hat. Diese Bewegung versuchte, den überwiegend arabischen Charakter Palästinas zu bewahren und Palästina als Teil einer großen, im Entstehen begriffenen unabhängigen, arabischen Welt zu erhalten. Daher war die Ablehnung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina ein natürliches Grundelement des arabischen Nationalismus in Palästina und in der ganzen arabischen Welt. Die Rolle der Großmächte zeigte sich im Einfluß einer Macht oder von Mächten auf die Vorgänge in Palästina, insbesondere wegen der Auseinandersetzung zwischen Arabern und Juden bei der endgültigen Kontrolle über das ganze Palästina. Vor 1948 waren es in erster Linie Großbritannien und in gewisser Weise auch Frankreich. Nach 1948 sind es die USA und die Sowjetunion. Das ganze 20. Jahrhundert hindurch spiegeln die Palästina-Frage und der arabisch-jüdische Konflikt die Ansprüche von Juden und Arabern auf das gleiche Land wieder. Und das Ganze spielt sich im Interessenfeld von Großmächten ab, die versuchen, den Konflikt so zu steuern, damit er ihren besonderen strategischen Interessen dienlich ist.

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit den Beziehungen einer der Großmächte mit Palästina in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Es handelt sich in erster Linie um eine Untersuchung der Politik des 3. Reiches in

der Vorkriegszeit. Die Untersuchung berührt die Palästina-Frage nur am Rande. Sie versucht, diese Politik zu verdeutlichen, indem die Beziehungen des nationalsozialistischen Deutschland gegenüber den drei politischen Elementen der Palästina-Frage der 30er Jahre genau untersucht werden: nämlich die Beziehungen zum Zionismus, dem arabischen Nationalismus und dem britischen Imperialismus. Die Untersuchung arbeitet auch heraus, daß es von der Wilhelminischen Zeit über die Weimarer Republik bis hin zum 3. Reich eine eigenständige, sehr rührige und beständige Politik deutscher Interessen und Ziele in Palästina und im ganzen Nahen Osten gegeben hat. Letzlich, und wohl überaus bedeutsam, spiegelt die Palästina-Politik der Hitler-Regierung klar und deutlich die zentralen rassischen, ideologischen und geopolitischen Überlegungen des nationalsozialistischen Staates der 30er Jahre wieder. Palästina und der Nahe Osten waren als Raum für Hitler und alle anderen, ausgenommen einige wenige Personen in der Partei und in der Berliner Regierung, von geringem Interesse. Die Palästina-Frage und ihre drei politischen Elemente waren jedoch für die Entwicklung der Innen- wie der Außenpolitik von beachtlicher Bedeutung. Der Zionismus und die zionistische Bewegung wurden für die NS-Judenpolitik, welche die Verpflanzung der Juden aus Deutschland nach einem Ort möglichst außerhalb von Europa zum Ziele hatte, wesentliche politische Instrumente. Darüberhinaus war die eine oder andere Form eines Ausgleichs mit England ein Grundstein des strategischen und ideologischen Denkens Hitlers seit der Frühzeit der NS-Bewegung. Dies blieb mindestens so bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges. Hitler trat begeistert für die Unversehrtheit des britischen Weltreiches ein. Dazu gehörte auch die britische Vormachtstellung im Nahen Osten. Hitler war dagegen, etwas zu unternehmen, was als Unterminieren der Sicherheit des britischen Weltreiches irgendwo in der Welt hätte gedeutet werden können. Die Abneigung des Nationalsozialismus gegenüber der Selbstbestimmung der Araber in Palästina oder anderswo im Nahen Osten spiegelt einmal eine Abneigung gegenüber all dem wieder, was die bescheidene Abwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina in jenen Jahren behindern könnte; zum anderen spiegelt sie Hitlers Bemühungen wieder, Großbritanniens Gunst zu gewinnen. Die Politik gegenüber England und dem arabischen Nationalismus spiegelt auch eine rassistische Weltanschauung wieder, welche eine dauernde Herr-

schaft der weißen Europäer über die Welt sowohl als natürlich wie auch als notwendig ansah.

Die vorliegende Untersuchung ist die erste umfassende Arbeit über die deutsche Politik in Bezug auf die Palästina-Frage in den 30er Jahren. Sie stellt auch die erste umfassende Untersuchung des reichlichen und in großen Teilen bislang nicht benutzten Archivmaterials in Deutschland, Israel, Großbritannien und den USA dar. Die Arbeit versucht, die vielen falschen Folgerungen in Bezug auf die deutsche Palästina-Politik auszuräumen, die deswegen auftreten konnten, weil eine derart umfassende Untersuchung des Themas bislang gefehlt hat. Es ist zu hoffen, daß sie einige Mythen über den deutschen Ehrgeiz sowie deutsche Interventionsabsichten im Nahen Osten in den 30er Jahren beseitigt. Diese sind eine Folge fehlender wissenschaftlicher Untersuchungen.

Interessierte Wissenschaftler haben versucht, sich auf die deutsche Politik im Nahen Osten während des 2. Weltkrieges zu konzentrieren. Andere wieder haben einzelne Gesichtspunkte der deutschen Palästina-Politik sowie der Politik gegenüber dem Nahen Osten in Einzelaufsätzten untersucht. Die Arbeiten von Mohamed el-Dessouki, Lukasz Hirszowicz, Robert Melka, Bernd Schröder und Heinz Tillmann konzentrieren sich auf Deutschlands zögernde, halbherzige und letztendlich vergebliche Bemühungen, den arabischen Nationalismus im Krieg gegen Großbritannien als Waffe einzusetzen. Sie beschäftigen sich insbesonders mit der Tätigkeit des im Exil lebenden Großmufti von Jerusalem und den Ereignissen, die mit der Haltung der irakischen Regierung unter Rashid Ali im Jahre 1941 zu tun haben. Rashid Ali und seine Regierung waren den Achsenmächten wohlgesonnen. Die erwähnten Abhandlungen kümmern sich nicht um die deutsche Nahostpolitik vor 1939, die sich von der der Kriegsjahre entscheidend unterschied. Sie sehen Palästina auch nicht als Einzelfall der deutschen Politik im Nahen Osten.

Der besondere Stellenwert Palästinas in der Politik Hitlers gegenüber dem Nahen Osten in den 30er Jahren ergab sich in hohem Maße aus den innenpolitischen Überlegungen zur Judenfrage. Das vorrangige Ziel dieser Politik war die möglichst schnelle Ausgliederung und Deportation der Juden aus Deutschland. Dabei verloren die Juden praktisch ihren ganzen Besitz. Der deutsche Zionismus und Palästina spielten bei der Verfolgung

dieses Zieles in den sechs Jahren vor dem Ausbruch des 2. Weltkrieges Schlüsselrollen. Keiner der oben erwähnten Kurzaufsätze über die 30er Jahre mißt der Rolle, die der deutsche Zionsimus und Palästina in der NS-Judenpolitik gespielt haben, die entsprechende Bedeutung bei. David Yisraeli beschäftigt sich in zwei Aufsätzen schwerpunktmäßig mit der Palästina-Politik der 30er Jahre sowie dem Zionismus und der nationalsozialistischen Judenpolitik. Er spart jedoch den größeren Zusammenhang der deutsch-englischen Beziehungen, die deutsche Haltung gegenüber der arabischen Welt sowie die allgemeinen rassischen und geopolitischen Ziele der Hitler-Regierung vor dem 2. Weltkrieg aus. Die Doktorarbeit von Harald Neubert beschäftigt sich nur mit dem deutschen Entscheidungsprozeß im Hinblick auf den Peel-Teilungsplan vom Juli 1937. Der Aufsatz von Alexander Schölch unterstreicht die kritische Rolle des nationalsozialistischen Deutschland in der Palästina-Frage zwischen 1933 und 1945 im Rahmen einer Zusammenfassung der zu diesem Thema vorhandenen Literatur. Meine eigenen Aufsätze sind ebenfalls kurz. Sie behandeln einzelne unterschiedliche Gesichtspunkte der deutschen Palästina-Politik der 30er Jahre, insbesondere Hitlers Haltung und Politik gegenüber dem Zionismus und dem arabischen Nationalismus. Einige Forschungsergebnisse und Schlußfolgerungen aus diesen Aufsätzen sind Teil der umfassenderen Nachforschungen und weitergehenderen Schlußfolgerungen der vorliegenden Untersuchung.

Alle Forscher verlassen sich in unterschiedlichem Maße auf die Unterlagen des deutschen Auswärtigen Amtes, die sich im politischen Archiv des AA in Bonn befinden. Die meisten haben indes die Unterlagen der NSDAP, vor allem die des Reichsführers SS, außer acht gelassen. Diese Unterlagen befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz. Das Versäumnis erklärt sich daraus, daß man die Rolle des Zionismus in der NS-Judenpolitik und ihre Auswirkungen auf die deutsche Palästina-Politik nicht entsprechend berücksichtigt. Tillmann und Hirszowicz haben das große Glück gehabt, Zugang zu den Unterlagen des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam zu bekommen. Das Material, das sie in ihren Eingangskapiteln anführen, bietet nichts von Bedeutung; man kann es auch in den Archiven des Westens finden. Niemand außer mir untersucht diplomatische Quellens Großbritanniens und der USA, die Unterlagen des früheren deutschen Generalkonsulats in Jerusalem, die sich im dortigen israelischen Staatsarchiv befinden, oder die übrig

gebliebenen Unterlagen der NS-Organisation in Palästina, die sich im Yad Vashem-Institut in Jerusalem befinden. Tillmanns Arbeit spiegelt einen marxistischen Standpunkt wieder. Er unterstellt der deutschen Politik im Nahen Osten vor 1939 "imperialistische" Absichten. Vor 1939 zeigten die Deutschen jedoch verhältnismäßig wenig Interesse an diesem Gebiet. Und auch nicht einmal im Jahre 1941.

Die vorliegende Abhandlung beruht in hohem Maße auch auf den Unterlagen des AA in Bonn, welche die wesentlichen Dokumente enthalten, die notwendig sind, um die Haltung und die Politik der verschiedenen Regierungen und Parteien, die am Palästina-Problem interessiert waren, darzustellen. Diese Unterlagen müssen jedoch durch die Unterlagen der SS sowie weitere Unterlagen der Partei, die sich in Koblenz oder auf Mikrofilm in Washington, D.C., befinden, ergänzt werden. Sie sind von besonderer Bedeutung, wenn man die Rolle des Zionismus und der NS-Judenpolitik im Rahmen der deutschen Palästina- und Nahostpolitik verstehen will. Darüberhinaus sind die Unterlagen des britischen Außenministeriums (Foreign Office), die sich im britischen Staatsarchiv in London befinden, sowie die Unterlagen des US-Außenministeriums (State Department), die sich im Nationalarchiv in Washington, D.C., befinden, nützlich, um die deutschen Quellen hinsichtlich der Auswanderungspolitik und der deutschen Waffenlieferungen in den Nahen Osten vor 1939 besser zu verstehen und um sie zu ergänzen. Die Unterlagen des deutschen Generalkonsulats sowie die der NSDAP-Landesgruppe Palästina sind gleichermaßen nützlich, um die Haltung der deutschen christlichen Gemeinschaft in Palästina und ihre Rolle in der deutschen Palästina-Politik vor dem 2. Weltkrieg herauszuarbeiten. Ich erhielt keine Erlaubnis, die Unterlagen des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam sowie die des Hagana-Archivs in Tel Aviv einzusehen. Es ist schwierig, den Aussagewert der verschiedenen Dokumente, die in diesen Instituten untergebracht sind, zu ermessen. Das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam besitzt Unterlagen, die weiteres Licht auf die Politik der deutschen Waffenlieferungen in den Nahen Osten werfen könnten. Es besitzt auch die Unterlagen aus dem Goebbelsschen Propagandaministerium, die ebenfalls eine Untersuchung lohnen würden. Das Hagana-Archiv in Tel Aviv besitzt Unterlagen, welche die ständige Verwicklung der SS in die illegale Einwanderung jüdischer Flüchtlinge nach Palästina und in andere Gebiete, in denen es Verbindungen zwischen

der SS und dem Zionismus gab, aufzeigt. Ich bin mir indes nicht sicher, ob diese Unterlagen mehr als das enthüllen, was ich in den entsprechenden deutschen Unterlagen entdecken konnte. Einige der Schlüsseldokumente, die sich im britischen Staatsarchiv in London befinden, bleiben weiterhin unter Verschluß. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Dokumente, welche die deutsche Verwicklung in die illegale jüdische Einwanderung nach Palästina zwischen 1937 und 1940 beweisen.

Ich möchte all den vielen Einzelpersonen und Instituten, die diese Abhandlung, die als Doktorarbeit begonnen wurde, freundlich unterstützten, aufrichtig danken. Vor allem möchte ich Professor Peter C. Hoffmann von der McGill-Universität für seine Geduld, seine Ratschläge und seine nie nachlassende Unterstützung danken. Ich danke auch Professor Charles Burdick von der San Jose-Staatsuniversität,Professor Andreas Hillgruber von der Universität Köln sowie Dr. Arnold Paucker vom Leo Baeck-Institut in London für ihre Ratschläge und ihr ermutigendes Zusprechen. Dank sage ich auch Herrn Dr. Richard Otto Hoffmann von der australischen Tempelgemeinde und weiteren Personen, die Zeitzeugen der in dieser Untersuchung beschriebenen Ereignisse waren. Dazu gehören insbesonders Dr. Otto von Hentig, der ehemalige Verantwortliche der Nahostabteilung des AA (Politische Abteilung VII), Dr. Fritz Grobba, der damalige deutsche Botschafter im Irak und spätere Botschafter in Saudi-Arabien, Dr. Werner Feilchenfeld, einer der ehemaligen Verantwortlichen von Haavara Ldt., sowie Dr. Albert Speer, Dr. Ernst Woermann und der ehemalige General Engel.

Ich habe großes Glück gehabt, daß meine Forschungsarbeit von den nachfolgenden Einrichtungern großzügig finanziert wurde: Fakultät für "Graduate Studies and Research"(...für fortschrittliche Studien und wissenschaftliche Forschung), "Social Science Research Committee"(...Ausschuß für soziologische Forschung und der F.W.Connel-Stiftung der McGill-Universität,Deutscher Akademischer Austauschdienst, Büro des "Academic Dean of St. Michael's College (.. des Dekans des St. Michaels College), Vermont,USA. Ich danke für die gezeigte Unterstützung.

Die vorliegende Untersuchung beruht zum Großteil auf Archivmaterial. Ich möchte daher auf diesem Wege allen Archiven, Forschungsinstituten und Büchereien danken, die mir ihre

Unterlagen während meiner Nachforschungen zugänglich gemacht haben. Mein aufrichtiger Dank gilt auch den Mitarbeitern des Politischen Archivs des AA in Bonn, des Bundesarchivs in Koblenz, des Geheimen Staatsarchivs in Berlin, des Bundesarchivs-Militärarchiv in Freiburg im Breisgau, des Hauptarchivs in Stuttgart, des Instituts für Zeitgeschichte in München, der Tempelgesellschaft in Deutschland mit Sitz in Stuttgart-Degerloch und der Germania Judaica in Köln. Ich danke auch für die Unterstützung durch das Israelische Staatsarchiv, das Zentrale Zionismus-Archiv, das Yad Vashem-Institut, das Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes an der Hebräischen Universität zu Jerusalem, das Nationalarchiv in Wahington, D.C., das Britische Staatsarchiv in London, das Leo Baeck-Institut in New York und London und das Zeitgenössische jüdische Dokumentationszentrum (Centre de Documentation Juive Contemporaine) in Paris. Dank auch für die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung durch die McLennan-Bücherei der McGill-Universität, der Bücherei der Concordia-Universität sowie dem Historischen Seminar und der Bücherei der Universität Bonn. Mein allergrößter Dank gilt jedoch meiner Gattin Sally für ihre Geduld und ihre Mithilfe.

"Die Zukunft riecht nach Juchten, nach Blut, nach Gottlosigkeit und nach sehr vielen Prügeln. Ich rate unseren Enkeln, mit einer sehr dicken Rückenhaut zur Welt zu kommen."

Heinrich Heine

1. Das Kaiserreich, Weimar und der Nahe Osten

Deutschlands Beziehungen zu Palästina können bis auf die sich entwickelnden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit dem Osmanischen Reich etwa 30 Jahre vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges sowie auf die Herausbildung Berlins als einem bedeutendem Zentrum des internationalen Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden. Obwohl der *"Drang nach Osten"* im Deutschland des Jahres 189o nicht neu war, wurde eine pro-osmanische Haltung erst nach der Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. zu einem Grundelement deutscher Außenpolitik. (1) Im Rahmen der strategischen Ziele Deutschlands versuchte der Zionismus zu einem willigen Instrument in der Ausformulierung und Verfolgung deutscher Außenpolitik zu werden.

Mit Klarblick hatten die zionistischen Führer die Notwendigkeit erkannt, sich wegen der Errichtung einer jüdischen Heimstatt in Palästina mindestens die Gunst einer europäischen Großmacht zu sichern. Das Osmanische Reich neigte nie dazu, die nationale Identität oder die Autonomie irgendeines seiner unterworfenen Völker zu fördern, geschweige denn eines Volkes, das in erster Linie aus Europa verpflanzt werden sollte. Darüberhinaus waren die Zionisten Europäer, und ihre Bewegung war eine europäische Nationalbewegung. Dies veranlaßte die zionistischen Führer nach einer europäischen Macht Ausschau zu halten, um Schutz und Unterstützung zu erhalten. Um die Jahrhundertwende hatten die zionistischen Führer ihre Haupthoffnung wegen einer Unterstützung und Förderung auf Deutschland gesetzt. Das ganze 19. Jahrhundert hindurch war Deutschland ein Zufluchtsort für verfolgte Juden aus Osteuropa gewesen. Deutschland war auch in kultureller und geistiger Hinsicht für die jüdischen Massen in den Ghettos Osteuropas eine Art Leuchtturm. Obwohl die zionistische Führungsschicht hauptsächlich osteuropäischer Herkunft war, befand sich das

Zentrum des Zionismus in Mitteleuropa. Die zionistische Führungsschicht bestand fast vollständig aus deutschen Juden oder Juden aus Osteuropa mit deutscher Erziehung, und dies trotz der überwiegend liberalen, assimilationswilligen und anti-zionistischen Bestrebungen des deutschen Judentums. (2)

Die Interessen und Ziele des Zionismus und der deutschen Regierung scheinen Ende des 19. Jh. übereingestimmt zu haben. Dies führte zu einem zwanglosen Bündnis, das trotz gelegentlicher Schwierigkeiten den 1. Weltkrieg und die Weimarer Zeit hindurch andauern sollte. Theodor Herzl suchte die Unterstützung Kaiser Wilhelms II. zu finden, um mit seiner Hilfe die Zustimmung des Sultans für die Errichtung einer autonomen jüdischen Heimstatt in Palästina zu erhalten. (3) Herzls Strategie wie die seiner Nachfolger bestand darin, die Regierung einer Großmacht davon zu überzeugen, daß eine jüdische Siedlung in Palästina und Palästinas Entwicklung eine unschätzbare Trumpfkarte bei der Verfolgung der eigenen Nahostpolitik sei. Herzl machte deutlich, daß ein jüdisches Palästina die finanzielle Rettung für das bankrotte Osmanische Reich sei, indem er durchblicken ließ, daß der zu erwartende Zustrom von jüdischem Kapital nach Palästina wie auch die Schulden des Osmanischen Reiches gegenüber dem Weltjudentum, Deutschlands schwachen östlichen Verbündeten stärken und somit auch die strategische Stellung Deutschlands im internationalen Kräfteverhältnis stärken würde.

Die deutsche Regierung war sich in der Tat der verschiedenen Anzeichen von Schwäche ihres osmanischen Günstlings seit Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts bewußt geworden. Sie war sich klar, welche Möglichkeiten dies den anderen Mächten, vor allem Großbritannien und Frankreich, im östlichen Mittelmeer bot. (4) Man war sich weiterhin des möglichen Nutzens im Nahen Osten bewußt, den Deutschland auf Grund seiner engen Verbindung mit dem Zionismus haben könnte. Graf zu Eulenburg, ein Berater und enger Freund des Kaisers, entwickelte bei verschiedenen Anlässen den dreifachen Vorteil enger Beziehungen mit dem Zionismus. Dieser enthielt nicht nur Herzls Überlegung einer Stärkung des Osmanischen Reiches, sondern auch die Hoffnung, daß Deutschland im Nahen Osten besser Fuß fassen könnte. Und drittens würde eine solche Politik zur Lösung der Judenfrage in Deutschland beitragen.

Die letztere Möglichkeit sprach besonders Wilhelm II. an, aber auch andere einflußreiche jüdische und nicht-jüdische Persönlichkeiten im ausgehenden 19. Jahrhundert. Die Aussicht, den Zustrom jüdischer Flüchtlinge aus Osteuropa aufzuhalten, um ihn nach Palästina umzudirigieren, wurde von einigen deutschen Juden wie auch von Antisemiten begeistert begrüßt. (5).

Zur Zeit des Staatsbesuches von Wilhelm II. bei der Hohen Pforte im Herbst 1898 war eine pro-zionistische Komponente in der deutschen Außenpolitik schon deutlich geworden. 1893 war Deutschland die einzige Macht gewesen, welche die Rücknahme eines Erlasses der Hohen Pforte verlangte, der weitere Landkäufe von Juden in Palästina untersagte.(6) Eine Zeitlang schien es, als könnte Deutschland im Begriff sein, für die zionistischen Bemühungen in Palästina eine Unterstützungs- und Förderungserklärung abgeben. Der Kaiserbesuch im Osmanischen Reich umfaßte auch einen mehrtägigen Palästina-Besuch. Der Kaiser traf dort kurz mit Herzl zusammen und schien den zionistischen Bemühungen überaus wohl gegonnen zu sein. Während seiner Gespräche mit dem Sultan sprach Wilhelm II. wohlwollend über den Zionismus, seiner Forderung nach einer jüdischen Heimstatt in Palästina sowie die wirtschaftlichen Vorteile einer jüdischen Besiedlung Palästinas für das Osmanische Reich. Da die Hohe Pforte jedoch jeglicher Autonomie der unterworfenen Völker ablehnend gegenüberstand, lehnte man die Bitte des Kaisers zu Gunsten des Zionismus ab. Wilhelm II. verlor sofort seine anfängliche Begeisterung für die zionistischen Bemühungen. Das Auswärtige Amt folgerte daraus, daß man diese Angelegenheit aufzugeben habe, um sich nicht der Hohen Pforte zu entfremden. (7) Die Bedeutung der sich entwickelnden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen mit dem Osmanischen Reich erforderte eine öffentliche Anerkennung des internen Status Quo. Dies führte in Berlin zur Schlußfolgerung, daß das Ausklammern politischer Probleme, denen der Sultan ablehnend gegenüberstand, den weiteren Erfolg von Deutschlands ehrgeizigen wirtschaftlichen Plänen im Osmanischen Reich sichern würde. (8)

Zwischen 1898 und 1917 war der Zionismus nicht in der Lage, die osmanische wie die deutsche Regierung von ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den zionistischen Zielen in Palästina abzubringen. Das zionistische Argument, Deutschlands

gesamten strategischen Interessen im Nahen Osten werde am besten mit der Verwirklichung der zionistischen Ziele in Palästina gedient, wurde von Berlin bis Ende 1917 widerstrebend ausgeklammert, bis sich die britische Regierung mit der Balfour-Erklärung zum Förderer der zionistischen Sache machte. Herzl hatte schon 1898 in einem Brief an seinen Freund, den Großherzog von Baden, angedeutet, der Zionismus könne den Schutz und die Unterstützung von Großbritannien suchen. (9) Der Rat der deutschen Zionisten in Berlin warnte darüberhinaus im Spätsommer 1917 das deutschen Außenministerium, daß die Westmächte bald mit einer öffentlichen Erklärung zu Gunsten einer jüdischen Heimstatt in Palästina herauskommen und auf diese Weise versuchen würden, das alliierte Ansehen bei den jüdischen Massen in Mittel- und Osteuropa sowie in Nordamerika zu steigern. (1o) Die Zionisten bemühten sich vergeblich, eine amtliche Unterstützungserklärung der deutschen Regierung zu erhalten, um dem erwarteten westlichen Schritt zuvor zu kommen.

Großbritannien andererseits fing an zu begreifen, daß durch eine Unterstützungserklärung für die jüdischen Bemühungen in Palästina viel gewonnen werden konnte. (11) Man hoffte, mit diesem Schritt die tradionelle Sympathie der Juden in Ost- und Mitteleuropa sowie in Nordamerika für die Deutschen und ihre Abneigung gegenüber den Russen umdrehen zu können. Man hoffte auch, sie ermutigen zu können, sich der Sache der Alliierten anzuschließen.

Darüberhinaus hatte die britische Offensive unter Allenby im Sommer 1917 von Ägypten aus bis nach Palästina geführt. Die deutsch-türkische Stellung auf dem nahöstlichen Kriegsschauplatz begann zusammenzubrechen. Die neue politische und militärische Wirklichkeit in Nahost und Großbritanniens offensichtliche Bereitschaft, mit dem Zionismus zusammenzuarbeiten, brachte viele Zionisten, wenn auch widerstrebend, dazu, sich wegen der Erfüllung ihrer Wünsche von Deutschland ab- und Großbritannien zuzuwenden. Der deutsche Zionist Richard Lichtheim stellte fest:

> "Wir haben Deutschland viel zu verdanken. Aber der Lauf der Kriegsereignisse zwang uns, eine Verbindung mit den angelsächsischen Mächten einzugehen und deren Hilfe zu suchen... 1917 wurden London und Washington immer mehr

zu Zentren zionistischer Politik. Dies war das folgerichtige Ergebnis der politischen wie militärischen Entwicklung als auch der offensichtlichen Bereitwilligkeit der britischen und amerikanischen Regierung, die zionistischen Wünsche zu unterstützen."(12)

Am 4. Oktober 1917 sprach Lord Balfour vor dem Kriegskabinett in London. Er sagte, Deutschland sei dabei, sich der Unterstützung des Zionismus zu versichern. Er forderte Eile bei der Vorbereitung einer offiziellen britischen Unterstützungserklärung für den Zionismus. Balfours Aussage hinsichtlich der deutschen Absichten war falsch. Die offizielle deutsche Haltung gegenüber dem Zionismus, die stets ein gewisses Verständnis, aber doch Zurückhaltung zeigte, hatte sich Mitte 1917 durch den Kriegseintritt der USA abgekühlt. (13) Die jahrelange deutsche Propagandaarbeit unter den amerikanischen Juden mit der Absicht, die amerikanische Neutralitätspolitik zu stärken, waren fehlgeschlagen. Das britische Kriegskabinett billigte die Balfour-Erklärung am 31. Oktober in London. Balfour veröffentlichte sie am 2. November 1917 in seinem berühmten Brief an Lionel Walter Rothschild (2. Baron von Rothschild und Ehrenpräsident der Vereinigung der Zionisten von Großbritannien und Irland). Sie scheint die gewünschte Wirkung auf die jüdische Öffentlichkeit gehabt und das alliierte Ansehen unter den Juden Mittel- und Osteuropas gestärkt zu haben. (14) Ein Großteil Palästinas war schon von Allenby und seinen arabischen Verbündeten überrannt worden. Jerusalem sollte einen Monat später fallen. Das britische Außenministerium richtete innerhalb der Abteilung Infortmation eine eigene jüdische Propaganadaabteilung unter der Leitung des aktiven Zionisten Albert Hyamson ein. (15) Durch örtliche zionistische Gruppen sowie andere Mittlergruppen wurde weltweit an die örtlichen jüdischen Gemeinden Propagandamaterial verteilt. Flugblätter mit dem Text der Balfour-Erklärung wurden über Deutschland und Österreich abgeworfen. (16) Nach der Einnahme von Jerusalem im Dezember 1917 kursierten unter den jüdischen Soldaten der deutschen und österreichischen Armee Flugblätter folgenden Inhalts:

"Jerusalem ist gefallen! Die Stunde der jüdischen Belohnung ist gekommen... Palästina muß wieder die Heimstatt des jüdischen Volkes werden. Die Alliierten geben das Land

Israels dem Volk von Israel. Jedes loyale jüdische Herz ist nun voller Freude über diesen großen Sieg. Willst Du Dich anschließen und mithelfen, in Palästina eine neue jüdische Heimstatt aufzubauen?... Höre auf, gegen die Alliierten zu kämpfen. Sie kämpfen für Dich, für alle Juden. Sie kämpfen für die Freiheit der kleinen Völker. Denk daran! Ein Sieg der Alliierten bedeutet die Rückkehr des jüdischen Volkes nach Zion."(17)

Obwohl der Einfluß der Balfour-Erklärung auf die Meinung des Weltjudentums schwer zu ermessen ist, machte sie der deutschen Zurückhaltung gegenüber dem Zionismus urplötzlich ein Ende. Die jüdische wie die nicht-jüdische Presse und die öffentliche Meinung in Deutschland verlangten nach deutschen Taten, um das, was man als einen englischen Propagandasieg ansah, zu kontern. Plötzlich lamentierte man in Deutschland, daß man es versäumt habe, die traditionelle Sympathie der Juden für die Deutschen zu nutzen. (18) Nach einer Aussprache im Außenministerium entschloß sich die Regierung, ihren osmanischen Verbündeten unter Druck zu setzen und ihn zu einer Erklärung zu Gunsten der zionistischen Ziele in Palästina zu veranlassen. Die Hohe Pforte willigte am 12. Dezember widerstrebend ein. (19) Eine ähnliche Erklärung war am 21. November von der Regierung der k. u. k. Monarchie abgegeben worden. Berlin folgte mit einer eigenen Erklärung am 5. Januar 1918. (20)

Die verspäteten Versuche der Mittelmächte, die Vorteile, welche die Alliierten durch die Balfour-Erklärung gewonnen hatten, auszugleichen, waren vergeblich. Militärische Notwendigkeit und imperialistischer Ehrgeiz im Nahen Osten hatten die Briten dazu gebracht, die zionistischen Ziele in Palästina zu unterstützen. Deutschlands politische Verpflichtungen gegenüber seinem osmanischen Verbündeten hatten ähnliche Schritte Berlins, trotz entsprechender Sympathien, vor 1917 ausgeschlossen. Das Ergebnis der Balfour-Erklärung war eine Verschiebung des Schwerpunktes der zionistischen Bewegung von Mitteleuropa nach London und in die USA. Aus einer ursprünglich deutschen Ausrichtung wurde eine anglo-amerikanische Ausrichtung des Zionismus. Der Krieg und die Balfour-Erklärung machten den politischen Zionismus unter dem Weltjudentum immer beliebter. Obwohl die Mehrheit der Juden anti-zionistisch blieb, entwickelten

viele Juden für die nationale Heimstatt, so bald sie einmal Wirklichkeit geworden war, ein Schutz- und Loyalitätsgefühl. Auch wenn Deutschland beim Weltjudentum noch einen guten Ruf hatte, so verscherzte es sich doch seine besonderen Beziehungen zum europäischen Judentum und zum Zionismus, was sich dann zu Gunsten der Westmächte auswirkte. Der Zionismus war zu einem Instrument britischer, nicht deutscher imperialistischer Interessen geworden.

Die deutsche Regierung versuchte, einige der an Großbritannien verlorenen Vorteile durch Maßnahmen zurückzugewinnen, die an jene erinnern, die London nach der Balfour-Erklärung eingeleitet hatte. Zu Beginn des Jahres 1918 wurde im Auswärtigen Amt unter der Leitung von Professor Moritz Sobernheim eine Sonderabteilung für jüdische Fragen eingerichtet. Die Regierung ermutigte auch die deutschen Zionisten und ihre Anhänger in ihren Bemühungen, ein deutsches Gegenstück zum britischen Palästina-Ausschuß zu schaffen. Der britische Palästina-Ausschuß bestand aus einer Gruppe bekannter Juden und Nicht-Juden innerhalb wie außerhalb der Regierung, deren Aufgabe es war, in der Öffentlichkeit um massive Unterstützung für die zionistische Sache zu werben. Im Mai 1918 wurde mit voller Unterstützung der deutschen Regierung das Deutsche Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung, auch als Pro-Palästina-Komitee bekannt, gegründet. Dieser Ausschuß zog bekannte Juden und nicht-jüdische Deutsche aller politischen und ideologischen Schattierungen an, die sich hier in der gemeinsamen Überzeugung zusammenfanden, daß den politischen, strategischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands am besten gedient sei, wenn man die Bemühungen der Zionisten in Palästina förderte. (21) Das Pro-Palästina-Komitee umschrieb seine Auffassung und Aufgabenstellung wie folgt: "...die zionistischen Bemühungen, in Palästina eine nationale Heimstatt zu schaffen, zu fördern... die jüdische Siedlung in Palästina sei ein Ereignis von großer geschichtlicher Bedeutung, welche für die Politik Deutschlands von außerordentlichem Interesse sein müsse."(22)

Das Pro-Palästina-Komitee benutzte die gleichen Argumente, mit denen die deutschen Zionisten schon jahrelang versucht hatten, die Unterstützung der kaiserlichen Regierung zu erhalten. Das Komitee unterstrich die politischen, wirtschaftlichen und

kulturellen Vorteile, die Deutschland im strategisch wichtigen Nahen Osten erhalten würde, sowie die Bedeutung einer Stärkung des deutschen Ansehens beim Weltjudentum. Wie Großbritannien, so versuchte auch Deutschland, den Zionismus als Waffe im Kampf gegen die andere Seite zu benutzen. Und dies nicht in erster Linie um eines militärischen Vorteils willen, sondern, wie Zechlin feststellt, mehr mit dem Blick auf die Zeit nach dem Kriege, in der sich Deutschland weltweit in einem ständigen politischen und wirtschaftlichen Kampf befinden würde. (23)

Mit dem Ende des Krieges, der deutschen Niederlage, der Auflösung des Osmanischen Reiches und der Verankerung britischer Macht in Palästina endete das kurze, formelle Bündnis zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Zionismus genauso urplötzlich, wie es ein Jahr zuvor begonnen hatte. Das deutsche Pro-Palästina-Komitee brach schnell auseinander, da das gemeinsame Interesse an einem deutschen Sieg sowie die machtpolitischen Vorteile für Deutschland in Nahost, welche die Mitglieder ein Jahr lang zusammengehalten hatten, keine Grundlagen mehr hatte. Die vorübergehende Einheit und Zusammenarbeit zwischen Zionisten, Nicht-Zionisten und sogar einigen Anti-Zionisten innerhalb des deutschen Judentums brach auseinander, weil die alten ideologischen Unterschiede, welche das deutsche Judentum in der Vergangenheit gespalten hatten, wieder auftauchten. Die Gründe, welche die deutsche Regierung dazu geführt hatten, ihre Interessen in verschiedener Abstufung mit denen des Zionismus vor und während des Krieges gleichzusetzen, wurden indes von den aufeinanderfolgenden Regierungen der Weimarer Zeit nie aus den Augen verloren.

Deutschlands Niederlage im Jahre 1918 machte die politischen und wirtschaftlichen Vorteile, die es vor dem 1. Weltkrieg im Osmanischen Reich erworben hatte, zunichte. Das Ansehen wie die Beliebtheit der Deutschen stand indes, vor allem in Syrien und Palästina, auch nach dem Kriege weiter hoch im Kurs. Die zahlreichen deutschen Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser und Institute wie auch die Anwesenheit von rund 2000 christlichen deutschen Siedlern, einschließlich der etwa 1800 Mitglieder der protestantischen Tempelgesellschaft, sicherten die fortdauernde freundschaftliche Haltung aller

Schichten der palästinensischen Gesellschaft: Moslems, Christen und Juden. (24) Obwohl beim Einmarsch der Briten 1917 und 1918 der Besitz der Deutschen von den britischen Behörden eingezogen wurde, und etwa 850 Templer in Ägypten interniert waren, wurde ihnen später die Rückkehr erlaubt. Ende 1920 erhielten sie auch Ihr Eigentum zurück. (25)

Die Palästina-Deutschen waren keineswegs die einzigen Träger deutschen Einflusses in Palästina. Sie waren auch kein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Was die Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Deutschlands anbelangte, so stellten sie nur eine kleine Gruppe dar. Die ständig zunehmende Einwanderung von Juden aus Ost- und Mitteleuropa, die sich in kultureller Hinsicht noch immer an der deutschsprechenden Welt ausrichteten, wurde indes als das ideale Instrument angesehen, die deutschen Interessen in Palästina zu fördern. Anfang 1920 begann das Auswärtige Amt eine aktive Unterstützung des deutschen wie internationalen Zionismus in Erwägung zu ziehen, um wieder in Palästina einen deutschen Einfluß aufzubauen. (26) Karl von Schubert, Staatssekretär im AA zwischen 1924 und 193o, ein reger Unterstützer des deutschen Zionismus, ließ im September 1920 eine Denkschrift herumgehen, in der er die positiven Auswirkungen unterstrich, die eine deutsche Unterstützung der zionistischen Bemühungen in Palästina auf Versuche haben würde, im Nahen Osten wieder Einfluß zu gewinnen. (27)

Das deutsche AA brauchte mehr als vier Jahre, um die Fäden jener Politik wieder aufzunehmen, wie sie sich in Berlin als Reaktion auf die Balfour-Erklärung herausgebildet hatte. Am 8. Mai 1922 wurde die erste politische Erklärung zum Thema Palästina an alle deutschen Auslandsvertretungen geschickt. (28) Die Erklärung wies auf die Vorteile hin, die sich Großbritannien am Ende des Krieges in Palästina wie im ganzen Nahen Osten erworben hatte. Die Erklärung erwähnte weiter den strategischen Wert der neuen Mandatsgebiete, die Sympathien der 14 Millionen Juden auf der Welt als Ergebnis der Balfour-Erklärung sowie ihre Auswirkungen nach dem Kriege. Der augenblicklichen Lage Deutschlands wie auch einer möglichen Steigerung des Palästina-Handels wurde beträchtliche Aufmerksamkeit gewidmet. Es wurde festgestellt, daß sich Deutschland im Nachkriegspalästina schon eine günstige

handelspolitische Ausgangslage geschaffen hatte. Die deutschen Einfuhren auf den schnell wachsenden Markt Palästinas lagen hinter denen aus Großbritannien, Ägypten und den USA auf dem vierten Platz. Während es sich bei den meisten Einfuhren der deutschen Mitbewerber um Konsumgüter handelte, die Deutschland 1922 noch nicht ausführen konnte, hatte Deutschland bewiesen, daß es in der Lage war, einen Großteil der Maschinen, Erzeugnisse der Schwerindustrie wie auch Baumaterial zu liefern. All dies wurde in immer größerem Maße in Palästina benötigt, da immer mehr jüdisches Kapital und jüdische Einwanderer die Wirtschaft des Landes ankurbelten. (29) Die Denkschrift unterstrich weiterhin, daß die geistigen wie kulturellen Bindungen zwischen Deutschland und der wachsenden Zahl von Juden aus Ost- und Mitteleuropa in Palästina den idealen Rahmen für die deutsche Wirtschaft schaffen würden, um die deutschen Ausfuhren nach Palästina und dem übrigen Nahen Osten zu fördern. Die Denkschrift zeigte in allen Einzelheiten die Hauptstoßrichtung der deutschen Palästina-Politik der Weimarer Zeit auf:"...daß freundschaftliche Beziehungen mit der jüdischen Bewegung, wie sie zweifelsohne auch von deren Führern angestrebt werde, für die wirtschaftliche wie auch die politische Stellung Deutschlands von Bedeutung sein könnten."

Die Denkschrift vom 8. Mai brachte die Erneuerung der aktiven deutschen Palästina-Politik, deren erstrangiges Ziel es war, deutsche Wirtschaftsinteressen zu sichern. Der Zionismus war zum Hauptinstrument geworden, um diese Ziele abzusichern. Die unmittelbare Auswirkung dieser Politik zeigt sich im deutschen Bemühen, bei der Verstimmung zwischen dem Zionismus und dem Vatikan nach dem 1. Weltkrieg zu vermitteln. (30) Die Ablehnung der Balfour-Erklärung durch den Vatikan, wie sie in einem "Pro-Memoria", einer Erklärung an den Völkerbund vom Juni 1922, zum Ausdruck kam, führte zu einem ergebnislosen Versuch des AA, die feindselige Haltung des Vatikan gegenüber dem Zionismus abzubauen. Die deutsche Regierung fürchtete, daß Rom zumindest bei den deutschen Katholiken einen anti-zionistischen Einfluß geltend machen könnte und so die Bemühungen, ein Bündnis zwischen Deutschland und dem Zionismus zu schaffen, gefährden könnte.

Eine umfassende deutsche Politik auf dem Gebiet der ständig schwieriger werdenden Palästina-Frage mit ihren britischen,

arabischen und jüdischen Elementen bildete sich erst Ende 1924, Anfang 1925 heraus. Im Dezember 1924 setzten Professor Sobernheim von der AA-Abteilung für jüdische Fragen und Baron von Richthofen von der Orient-Abteilung III im AA eine Denkschrift in Umlauf, welche die deutsche Ablehnung der arabischen Haltung in dem sich entwickelnden Palästina-Konflikt in allen Einzelheiten deutlich machte. (31) Die Denkschrift stellte fest, daß die Araber jahrhundertelang nichts getan hätten, um das Land zu entwickeln. Sie hätten somit ihre Rechte an die Juden verloren, die mit ihrem Geschick, ihrer Energie und ihren finanziellen Mitteln schon ihre Fähigkeit unter Beweis gestelllt hätten, Palästina zu entwickeln und zum Blühen zu bringen. Darüberhinaus wurde gesagt, die Palästina-Araber seien noch nicht reif, sich in Anbetracht des weitverbreiteten Analphabetentums und mangelnder Bildung und Ausbildung selbst zu regieren. Die deutschen Interessen in Palästina wurden in erster Linie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen. Die Juden und nicht die Araber hielt man für fähiger, die Rahmenbedingungen, die zu diesen Interessen und Zielen führen sollten, zu schaffen.

Genau vier Monate später, kurz nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Palästina von März bis Anfang April, fertigte Sobernheim einen ausführlichen Bericht für das AA an. Sein Bericht umriß die vorwiegend wirtschaftlichen Interessen Deutschlands im Nachkriegs-Palästina, die Haltung im sich anbahnenden Palästina-Konflikt sowie die Politik, die auf Grund dieser Haltung und den Interessen zu verfolgen sei. (32) Auch er hielt die Araber für unfähig und unwillig, etwas für die Entwicklung Palästinas zu tun, und schrieb das Wachsen und die sichtbare Entwicklung des Landes seit dem Kriege der Stärke und Dynamik des jüdischen Kapitals und der jüdischen Arbeitskraft zu. In der Beurteilung Sobernheims lagen Deutschlands Interessen in Palästina und anderswo in der Suche nach Absatzmärkten für deutsche Waren. Er räumte ein, daß Palästina im Welthandel ein unbedeutender Faktor sei, stellte aber auch fest, daß es sich als Ergebnis der jüdischen Anstrengungen schnell entwickle und ein Land sei, das in den kommenden Jahren beachtliche wirtschaftliche Bedürfnisse haben würde. Palästina würde einen wachsenden Markt für die Waren liefern, die Deutschland am meisten ausführte. Die natürlichen

Handelsbeziehungen zwischen der jüdischen Geschäftswelt in Deutschland und in Palästina würden Deutschland in die Lage versetzen, einen beachtlichen Marktanteil zu erobern. Nicht die rückständigen und trägen Araber, sondern die dynamischen und fortschrittlichen Juden, die von einem gemeinsamen Ideal angetrieben und von einer wohlhabenden jüdischen Gemeinschaft im Westen finanziert würden, wären die Käufer für die steigende Zahl deutscher Waren.

Sobernheim unterstrich auch die Notwendigkeit, die kulturellen Interessen wie das kulturelle Ansehen Deutschlands in Palästina und im Nahen Osten wieder aufzubauen und auszudehnen, da dies das beste Mittel sei, die wirtschaftlichen Ziele Deutschlands zu erreichen. Er führte aus, daß der zionistische Erfolg und das mögliche Entstehen eines vorwiegend jüdisch geprägten Palästina den Deutschen einen starken kulturellen Einfluß sichern würde. Sobernheim sah im kleinen Kern der Zionistenführer aus Deutschland und in der Masse der jüdischen Einwanderer aus Ost- und Mitteleuropa, die der deutschen Sprache und Kultur nahestanden, die Träger deutscher Kultur in Nahost. Darüberhinaus wies Sobernheim auf Großbritannien als den wichtigsten Faktor für die deutsche Palästina-Politik hin. Er erinnerte das AA daran, daß freundschaftliche Beziehungen sowie die Zusammenarbeit mit Großbritannien Vorausbedingungen für das Erreichen der verhältnismäßig bescheidenen deutschen Ziele in Palästina sowie näherliegenderer Ziele in Europa seien. Er forderte eine ständige Unterstützung der britischen Mandatsbehörden und die Zusammenarbeit mit diesen, um die sich aus dem Mandat für Palästina und die übrigen Nahostgebiete ergebenden Aufgaben durchführen zu können.

Der Bericht Sobernheims spiegelte die Politik wieder, die zu einem großen Teil schon von der deutschen Regierung betrieben wurde und auch bis zum Ende der Weimarer Zeit verfolgt werden sollte. Die deutsche Politik zeigte die Anerkennung der beiden politischen Realitäten nach dem 1. Weltkrieg in Palästina und dem restlichen Nahen Osten: die Schaffung einer jüdischen Heimstatt in Palästina und die Anwesenheit der Briten als Mandatsmacht. Ehe jedoch Deutschland im Oktober 1926 Mitglied des Völkerbundes wurde, gab es keinerlei Vertragswerk, das Deutschland an die Anerkennung der Nachkriegsrealitäten im Nahen Osten binden konnte. Die

Mitgliedschaft im Völkerbund sowie die Anerkennung der Satzung des Völkerbundes verpflichteten Berlin offiziell, die Gegebenheiten der Nachkriegsregelung im Nahen Osten hinzunehmen. Deutschland mußte das Mandatssystem, Art. 22 der Satzung, sowie das britische Mandat über Palästina, das vom Völkerbund am 24. Juli 1922 beschlossen worden war, anerkennen. Darüberhinaus mußte Deutschland als nunmehriges Völkerbundsmitglied die Umsetzung der Balfour-Erklärung, die sich im Vorspruch zum britischen Palästina-Mandat findet, sowie in den Artikeln 2, 4, 6, 11, 22 und 23 eingearbeitet ist, unterstützen. (33) Deutschland erhielt einen ständigen Sitz im Völkerbundrat und war als Mitglied des Ständigen Mandatsausschusses mittelbar in die Probleme und in die Verwaltung des Mandatsgebietes Palästina verwickelt. Obwohl Palästina für Deutschland nicht so bedeutend war wie die Verwaltung und die mögliche Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien, bot der Ausschuß eine Plattform, um die deutschen Interessen in Palästina sowie im ganzen Nahen Osten besser zu schützen und zu fördern.

In Deutschland selbst betrieb die Regierung ihre Palästina-Politik mit Hilfe des deutschen Zionismus. Diese Politik erwies sich in Anbetracht der verschiedenen politischen Lager innerhalb des deutschen Judentums, das in Anti-Zionisten, eine Mehrheit von liberalen, assimilationswilligen Juden, sowie eine Minderheit von Zionisten aufgespalten war, als eine schwierige Aufgabe. (34). Zu diesen Feindseligkeiten zwischen den Juden selbst gesellte sich ein immer stärker werdender Antisemitismus, der als politische Waffe wie auch als gesellschaftspolitischer Faktor in der Weimarer Zeit eine nie gekannte Stärke und öffentliche Duldung erreichte, so daß die jüdische Gemeinschaft mehr als je zuvor politisiert wurde. Als Ergebnis dieser Entwicklung wurden die meisten Juden entweder zionistischer oder sie standen in umso heftigerer Gegnerschaft zum Zionismus. (35)

Um eine größere öffentliche Unterstützung für seine prozionistische Politik und für die britische Mandatsmacht zu erreichen, nahm das AA an der Wiedergründung des deutschen Pro-Palästina-Komitees im Dezember 1926 teil. Entsprechend seinem kurzlebigen Vorgänger vor dem Kriege war auch dieses Komitee wieder aus bekannten Juden und Nicht-Juden zusammengesetzt. Es übernahm auch die Ziele des ersten

Komitees. (37). Das offizielle Programm des Pro-Palästina-Komitees forderte zur Förderung der zionistischen Ziele in Palästina auf. (38) Graf Johann von Bernstorff, der erste Vorsitzende des wiedererstandenen Pro-Palästina-Komitees, betonte wiederholt mit großem Nachdruck die wirtschaftlichen, politischen wie kulturellen Vorteile, welche die Unterstützung des Zionismus für Deutschland bringen würde. Er wies auch auf die Verpflichtung Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes hin. Dies beinhalte die Unterstützung für das britische Palästina-Mandat sowie die Auswirkungen der Balfour-Erklärung. In einem Brief an Georg Mecklemburg vom liberalen, assimilationswilligen Centralverein deutscher Bürger jüdischen Glaubens im Oktober 1927 schrieb von Bernstorff:"...die Förderung der jüdischen Siedlung in Palästina ist ein Vorhaben, das vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik zu begrüßen ist." (39)

Die lange Liste bekannter Persönlichkeiten aus den wichtigsten Parteien, dem AA und anderen Regierungsstellen, die Mitglied im Pro-Palästina-Komitee waren, spiegelte die breite und ständige Unterstützung des Zionismus innerhalb der deutschen Regierung bis 1933 wieder. (40) Die Mitgliederliste umfaßt den Staatssekretär in der Reichskanzlei Hermann Pünder, Oberbürgermeister Konrad Adenauer, Köln, den früheren Reichskanzler der katholischen Zentrumspartei Josef Karl Wirth, Graf von Bernstorff, Präsident Hermann Hausmann, den preußischen Minister für Kultus und Unterricht Karl Heinrich Becker von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Rudolf Breitscheid, den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, Reichtstagspräsident Paul Löbe und Kanzler Hermann Müller von der Sozialdemokratischen Partei (SPD) genauso wie mehrere Mitglieder aus konservativen Parteien, einschließlich der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Die wichtige Unterstützung durch das AA wurde durch die Mitgliedschaft von Hartmann Baron von Richthofen (Orient-Abteilung) sowie von Staatssekretär Karl von Schubert unterstrichen. Weitere Schlüsselfiguren, die Mitglieder des Komitees wurden, waren die deutschen Vertreter beim Völkerbund und im Ständigen Mandatsausschuß (Dr. Ludwig Kastl und Julius Ruppel) sowie der deutsche Generalkonsul in Jerusalem,Erich Nord, und Dr. Kurt Prüfer von der Orient-Abteilung des AA.

Die einzige ernsthafte Gegnerschaft zur pro-zionistischen Politik der deutschen Regierung sowie zur Gründung des Pro-Palästina-Komitees kam aus dem überwiegend anpassungsfreudigen und liberalen deutschen Judentum selbst. Regierungsmitglieder wie Mitglieder des Pro-Palästina-Komitees stellten fest, daß der Zionismus mit der deutschen Staatsangehörigkeit, der Vaterlandsliebe und der Loyalität des deutschen Judentums gegenüber Deutschland vereinbar sei. Damit versuchten sie, jüdischen Angriffen zu begegnen, die zum Ausdruck brachten, der Zionismus bestreite den deutschen Juden ihre berechtigte Identität als Deutsche und spiele nur den Antisemiten in die Hände. (41)

Die Mitgliederzahl im Pro-Palästina-Komitee wuchs nach 1926 weiter an. Bis zum Jahre 1932 sicherte sich das Komitee die aktive Unterstützung von 217 der bekanntesten und wichtigsten deutschen Juden und Nicht-Juden. Das Komitee war nicht nur ein Istrument, um Nachrichten über den Zionismus und seine Anstrengungen in Palästina zu verbreiten. Es förderte auch eifrig die pro-zionistische Politik der deutschen Regierung, vor allem in Zusammenarbeit mit dem AA, freundschaftliche Beziehungen mit der zionistischen Weltorganisation zu pflegen. Außenminister Stresemann, Staatssekretär von Schubert und Professor Sobernheim unterstrichen die Notwendigkeit enger Beziehungen mit den Führern des Welt-Zionismus. Aus diesem Grunde maßen sie mehreren Besuchen von Dr. Chaim Weizmann und anderen Führern des Welt-Zionismus in den 20er Jahren beachtliche Bedeutung bei. (42)

Die starke Befürwortung der zionistischen Politik durch die deutsche Regierung in der Weimarer Zeit führte gleichzeitig zu einer entschiedenen Ablehnung der arabischen Bemühungen, die Nachkriegsregelung im Nahen Osten zu ändern. Die arabischen Schritte beinhalteten Versuche, von den Deutschen diplomatische wie materielle Unterstützung im Kampf gegen das Mandatssystem zu erhalten. Trotz seines Bündnisses mit dem Osmanischen Reich während des Krieges hatte Deutschland nicht die Freundschaft und das Wohlwollen der Araber verloren. Die Bitternis wie das Gefühl des Verrats führte bei den arabischen Nationalisten zu der zunehmenden Überzeugung, daß Deutschland ein Mit-Opfer dieser Nachkriegsregelung war und daß es die einzige bedeutende europäische Macht war, die im Nahen Osten keinen imperialistischen Ehrgeiz hatte. Diese Auffassung vertraten die

Mitglieder einer arabischen Abordnung aus Palästina, die im Sommer 1921 wegen der Zukunft des Mandatsgebietes mit der britischen Regierung in London verhandelte. Der deutsche Botschafter in London, Dr. Friedrich Stahmer, berichtete über den Inhalt seiner Gespräche mit der arabischen Abordnung nach Berlin, insbesondere über die arabische Sicht der deutsch-arabischen Beziehungen in der Vergangenheit wie folgt:"Sie haben Deutschland gegenüber nie feundselige Gefühle gehegt. Sie haben stattdessen Deutschland mehr als anderen Großmächten vertraut, weil sie den Eindruck hatten, daß Deutschland bei der Verfolgung seiner Interessen nie in rein selbstsüchtiger Weise gehandelt, sondern immer die Interessen der Einheimischen geachtet hat."(43)

Auf das Gespräch zwischen Stahmer und der arabischen Abordnung folgte eine Reihe von arabischen Schritten gegenüber Berlin, um dessen Sympathie sowie materielle und diplomatische Unterstützung gegen die britische und französische Mandatsmacht sowie die zionistischen Anstrengungen, in Palästina eine nationale Heimstatt für die Juden zu schaffen, zu erhalten. Während der Weimarer Zeit haben arabische Nationalistengruppen in Syrien und Palästina die Deutschen um Unterstützung gebetenb. (44) 1921 und 1927 haben orthodoxe Christen und arabische Nationalisten aus Syrien versucht, von den Deutschen diplomatische Unterstützung und Waffen zu bekommen, um der französischen Mandatsherrschaft in Syrien ein Ende zu bereiten. Darüberhinaus erzeugte 1929 die Gewalttätigkeit in Palästina beachtlichen arabischen Druck auf die Deutschen, um in irgendeiner Form deren Unterstützung gegen die britische Mandatsmacht zu erhalten.

Bei diesen wie anderen Gelegenheiten weigerte sich die deutsche Regierung heftig, der arabischen Sache in Palästina oder anderswo im Nahen Osten irgendwelche Unterstützung zu gewähren. Die Überlegungen, die hinter dieser Haltung standen, wurden im Bericht Sobernheims vom April 1925 überaus deutlich.Sie zeigten sich auch in den oben erwähnten Erklärungen des AA sowie in den offiziellen Antworten von deutschen Konsularbeamten in Syrien und Palästina auf entsprechende arabische Schritte. (45) Den deutschen Interessen, die in erster Linie wirtschaftlicher wie kultureller Art waren, schien am besten mit der Unterstützung der zionistischen

Ziele in Palästina und mit der weiteren anglo-französischen Vorherrschaft im Rahmen des Mandats gedient zu sein. Das vorherrschende politische Ziel Deutschlands in der Weimarer Zeit war die Revision der Versailler Friedensregelung in Europa. In Verbindung mit der äußerst verwundbaren Situation der Nachkriegszeit schloß dies, im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich, jegliche Form von Prestigepolitik im Nahen Osten oder anderswo aus.

Als die Gewalttätigkeit in Palästina und, damit einhergehend, die internationale Diskussion in den 20er Jahren und zu Beginn der 30er Jahre zunahm, wurde die deutsche Nahostpolitik überprüft und entsprechend fortgesetzt. Die Gewalttätigkeit jener Jahre zwischen Juden und Arabern wurde von Berlin als schädlich für die deutschen Interessen im Nahen Osten angesehen, da die wirtschaftliche Tätigkeit und Ausdehnung behindert wurden. Die Absicht dieser Gewalttätigkeiten, nämlich mögliche jüdische Einwanderer zu entmutigen und jüdische Siedler zur Abwanderung aus Palästina zu bewegen, mußte auf den Handelsumfang zwischen Deutschland und Palästina eine negative Auswirkung haben. Diese Überlegungen finden sich in einer Denkschrift des AA Ende 1929. Dort heißt es:"Deutschlands Hauptinteresse liegt darin, daß in Palästina bald wieder die Ordnung hergestellt wird, und daß die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben werden kann." (46) Es gab wenig Neigung, mit den arabischen Bemühungen zu sympathisieren, die Nachkriegsregelung in Palästina und im Nahen Osten in Frage zu stellen.

Als ständiges Mitglied des Völkerbundrates und des Ständigen Mandatsausschusses befand sich die deutsche Regierung nach 1926 im Mittelpunkt der internationalen Debatte der Palästina-Frage. Letztendlich war der Völkerbund für jedes Mandat verantwortlich. Deutschland war nach Art. 22 der Völkerbundsatzung an das Mandatssystem gebunden. Es war auch gehalten, das britische Mandat über Palästina, das der Völkerbund am 22. Juli 1922 Großbritannien übertragen hatte, mitzutragen. Zu diesem Mittragen gehörte auch die Balfour-Erklärung, welche in das britische Palästina-Mandat eingearbeitet worden war. (47) Die deutsche Regierung war öffentlich gezwungen, unter den gegebenen Verpflichtungen und Voraussetzungen ihre Haltung in der jüdisch-arabischen Auseinandersetzung darzulegen. Und

dies hatte darüberhinaus im Rahmen der zunehmenden offensichtlichen Widersprüche zu geschehen, welche die britische Nahost- und insbesondere Palästina-Politik während des Krieges und danach kennzeichneten.

Die deutsche Unterstützung für das britische Palästina-Mandat wie auch für die jüdische Heimstatt kam bei dieser Debatte deutlich zum Ausdruck. Auf der 16. Sitzung des Ständigen Mandatsausschusses vom 6. - 26. November 1929 nahm die deutsche Regierung eine Haltung ein, welche die britische Mandatspolitik, obwohl sie sie völlig unterstützte, schwach kritisierte. Gegenüber den Arabern zeigte man sich versöhnlich, machte aber auch deutlich, daß man nicht auf ihrer Seite stand. (48) Die deutsche Loyalität gegenüber den wesentlichen Ergebnissen der Nachkriegslösung im Nahen Osten zeigt sich auch deutlich in der vollen Unterstützung der Empfehlungen des Shaw-Ausschusses nach den Gewalttätigkeiten der Jahre 1928 und 1929. Die Shaw-Empfehlungen befürworteten weiterhin die jüdische Heimstatt in Palästina sowie das britische Mandat. (49)

In der Palästina-Politik des Kaiserreiches und der Weimarer Republik zeigt sich deutlich eine beständige Linie. Sie spiegelt sich in der Unterstützung der zionistischen Bemühungen in Deutschland und Palästina wieder. Sie zeigt sich auch in der Anerkennung des Zionismus als einem wirksamen Instrument deutscher Außenpolitik. Der Wunsch nach einer jüdischen Heimstatt in Palästina erfuhr die schweigende, aber stets klare Zustimmung der kaiserlichen Regierung von den Tagen Herzls bis in den 1. Weltkrieg hinein. Und die Verwirklichung der jüdischen Heimstatt als Folge der Balfour-Erklärung genoß die offene Unterstützung und Ermutigung durch die Außenpolitik der Weimarer Zeit- von Rathenau über Stresemann, Schubert zu Neurath und Bülow. Die deutsche Nahostpolitik dieser beiden Epochen war durch die Anpassung an den Zionismus sowie die dort herrschende Macht vorbestimmt. Für das kaiserliche Deutschland wurde das erwünschte Zusammengehen mit dem Zionismus und dem Osmanischen Reich erst Ende 1917 Wirklichkeit. Für die Regierungen der Weimarer Republik wurde das aus dem 1. Weltkrieg entstandene angelsächsisch-jüdische Bündnis zum Ausgangspunkt für die Verfolgung deutscher Interessen und Ziele im Nahen Osten.

2. Der frühe Nationalsozialismus und seine Haltung gegenüber dem Zionismus

Der antisemitische Hintergrund

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Vorstellung des Völkischen und der Antisemitismus die einzigen verhältnismäßig beständigen ideologischen Strömungen der nationalsozialistischen Bewegung von ihren Anfängen bis zu Hitlers Testament im April 1945 waren. (1) Hitlers antisemitische Erbschaft ist ausführlich untersucht worden und hat zahlreiche Untersuchungen über die Ursprünge und die Entwicklung des Antisemitismus vor dem 1. Weltkrieg in Deutschland hervorgebracht. (2) Es ist indes noch nicht ganz geklärt, in welchem Maße Hitler unter dem Einfluß der Rassentheorien von Gobineau, Eugen Dühring, Paul de Lagarde , Houston Stewart Chamberlain und der anderen Intellektuellen und geistigen Väter des modernen Rassismus und Antisemitismus stand. Vieles davon muß er über Broschüren, Flugschriften, Zeitungen und Gespräche im Vorkriegs-Wien aufgenommen haben. Es hat indes den Anschein, daß er bis zum Jahre 1920 einen umfassenden ideologischen Standpunkt in der Judenfrage besaß. Und dieser Standpunkt beinhaltete sämtliche wesentlichen Grundlagen der antisemtischen Theoretiker des 19. Jahrhunderts. (3)

Die Verbitterung und die Unruhen im Nachkriegsdeutschland boten Hitler die Möglichkeit, seine rassistischen Überlegungen in politische Handlungen umzusetzen. (4) Seine Rolle als Redner und Propagandist der Deutschen Arbeiterpartei 1919 und 1920 und seine Verbindung mit Dietrich Eckart, Gottfried Feder, Alfred Rosenberg und anderen lieferte ihm den Rahmen für sein antisemitisches Programm, das am 24. Januar 192o in das Parteiprogramm, in "Mein Kampf" und schließlich in die Gesetze nach 1933 Eingang finden sollte. (5) Hitlers Beitrag zum deutschen Antisemitismus sollte letzten Endes tiefgreifender und nachhaltiger sein als die pseudowissenschaftlichen Theorien seiner Vorgänger und Zeitgenossen. Sein Ent-

schluß, die Theorien und Gefühle der Vergangenheit in konkrete und geplante politische Handlungen umzusetzen, welche die Juden aus dem deutschen und europäischen Leben ausschalten sollten, wurde schon 1919 sichtbar. In einem Brief an einen früheren Verbindungsoffizier des Wehrbereichskommandos München vom 16. September 1919 schrieb Hitler: "Antisemitismus, der sich nur auf Gefühle gründet, wird sich immer wieder in Pogromen äußern. Der überlegte Antisemitismus muß jedoch zu einem wohlgeplanten, gesetzlichen Kampf gegen die besonderen Rechte der Juden, die sie im Gegensatz zu anderen Fremden, die unter uns leben, besitzen und er muß zu ihrer Ausschaltung führen. Das Ende dieses Kampfes muß die Entfernung der Juden auf Dauer zur Folge haben."(6)

Die vorliegende Abhandlung versucht, eine umfassende Untersuchung der nationalsozialistischen Haltung gegenüber dem Zionismus von den Anfängen der Bewegung bis in den 2. Weltkrieg hinein zu liefern. Sie umfaßt auch die Rolle des Zionismus in der NS-Judenpolitik von der Machtergreifung bis zum Auftakt der "Endlösung". Als einer der völkischen Nationalismen Ost- und Mitteleuropas, die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatten, und als Antwort auf den antisemitischen Inhalt und die antisemitischen Ausschreitungen dieser Nationalismen war der Zionismus mit der Voraussetzung einverstanden, daß sich das jüdische Volk aus rassischen, religiösen, kulturellen oder geschichtlichen Gründen nicht assimilieren sollte. Frühe Führer des Zionismus waren mit dem Wunsch nach nationalem Getrenntsein einverstanden, lehnten aber gleichzeitig die sozialdarwinistischen Theorien der Überlegenheit von Rassen und des Rassenkampfes ab, welche in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den Grundsteinen der antisemitischen Ideologie wurden.(7)

Deutsche Nationalisten und Zionisten teilten die gemeinsame Auffassung von der völkischen Unversehrtheit und der Trennung der Völker der Welt. Sie betonten auch gemeinsam die Notwendigkeit der völkischen Grundlage des Staates. Herders Auffassung von der Nation kennzeichnet am besten ihre gemeinsamen Grundlagen: "Der natürlichste Staat besteht aus einer Nation mit einem Nationalcharakter... Nichts erscheint den Zielen einer Regierung so entgegengesetzt wie die unnatürliche Vergrößerung von Staaten, das wilde Vermischen von Menschen

aller Art unter einem Zepter." (8) In seinem Buch "Rom und Jerusalem", das 1862 erschien, sprach sich Moses Hess, einer der ersten bedeutenden Befürworter eines politischen Zionismus, gegen die Gleichstellung und Assimilierung als Lösung der jüdischen Frage in Europa aus. Er führte aus, daß Rasse und rassische Getrenntheit für Juden wie Nicht-Juden in allen politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen grundlegende Denkhaltungen sein sollten. Auf dieser Grundlage sprach er sich für eine nationale Heimstatt des jüdischen Volkes in Palästina aus:

> "Die gegenwärtige internationale Lage sollte zur sofortigen Gründung von jüdischen Siedlungen entlang des Suezkanals und an den Ufern des Jordan führen. Es ist in diesem Zusammenhang zu betonen, daß hinter der Frage von Nationalismus und Freiheit die große Frage nach der Rasse bleibt; dies wurde bislang vernachlässigt. Die Rassenfrage, die so alt wie die Geschichte ist, muß zuerst gelöst werden, ehe eine endgültige Lösung für die politischen und gesellschaftlichen Probleme erarbeitet werden kann. Gesellschaftliche Einrichtungen sind wie geistige Ansichten rassische Errungenschaften. Die geschichtliche Vergangenheit war ein Kampf der Klassen und Rassen. Der Rassenkampf kommt vor dem Klassenkampf. Wenn der rassische Gegensatz verschwindet, verschwindet auch der Klassengegensatz. Die Gleichheit aller gesellschaftlichen Klassen folgt auf die Gleichheit aller Rassen. Zuletzt bleibt das Ganze nur noch eine gesellschaftliche Frage." (9)

Die zionistische Ablehnung der liberalen und assimilationsbereiten Haltung der Mehrheit der ost- und mitteleuropäischen Juden beruhte auf der festen Überzeugung, daß die Juden eine eigene Rasse darstellen. (10) Selbst die Gedanken des bedeutenden Rassentheoretikers des 19. Jahrhunderts, Joseph Arthur de Gobineau, wurden vor dem 1. Weltkrieg von einigen deutschen Zionisten begeistert begrüßt. 1902 hatte die zionistische Zeitung "Die Welt" Gobineaus Theorie zur Entartung der Rassen sowie die Forderung nach Rassereinheit übernommen. Sie stellte fest, Gobineau habe mit Bewunderung auf die Juden als ein starkes Volk hingewiesen, das an die Notwendigkeit glaube, die eigene Rasse rein zu halten. (11) Elias Auerbach und Ignaz Zollschan, mitteleuropäische Zionisten

vor dem 1. Weltkrieg, unterstrichen die Forderung nach Rassenreinheit und nationaler Einheitlichkeit. (12) Auerbach benutzte Gobineaus Theorien, um seine Behauptung zu stützen, ein Volk werde so lange nicht sterben, so lange es in der Lage sei, seine Rassereinheit und Einzigartigkeit zu bewahren. Zollschan ging sogar so weit und pries den Großteil der Rassenphilosophie des berühmten antisemitischen Philosophen und Historikers des 19. Jahrhunderts, Houston Stewart Chamberlain. Während er Chamberlains Überlegung, Rassereinheit bringe einem Volk Adel, unterstützte, führte er aus, daß Chamberlains im wesentlichen richtige Sicht der Rassenfrage verliert, weil er die Juden irrtümlicherweise als verderbt und minderwertig sieht. Selbst Martin Buber benutzte die Vorstellung von der "Blutsgemeinschaft" als einen bildhaften Vergleich, um die starken Bindungen an das eigene Volk, aus dem die Juden in der Vergangenheit ihre Kraft und Stärke schöpften, zu beschreiben. (13)

Wenn auch viele Zionisten an die Wirklichkeit der Rasse glaubten, so glaubte die Mehrheit doch nicht an die Überlegenheit einer Rasse über die andere. Der große Unterschied zwischen den meisten Zionisten und der wachsenden Zahl rassistischer Nationalisten in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Deutschland lag in den sozialdarwinistischen Grundsätzen der letzteren. Während Herders These Zionisten und einige deutsche Nationalisten dazu führte, getrennte, aber notwendigerweise nicht ungleiche nationale Einheiten zu befürworten, wobei jede ihren eigenen Staat hätte und ihren eigenen völkischen Charakter bewahren würde, machten die Antisemiten gütemäßige Unterscheidungen zwischen den rassischen oder nationalen Gruppen auf der Welt, insbesondere zwischen Deutschen und Juden. Die Beziehungen zwischen den beiden wurden bald als Feindschaft und als Kampf zwischen dem Überlegenen und Unterlegenen, zwischen Gut und Böse verstanden. Für alle jedoch war die liberale Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft, wie sie von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Juden das ganze 19. Jahrhundert hindurch befürwortet und unterstützt wurde, unannehmbar.

Die Unterstützung des Zionismus durch die nicht-jüdische Welt wurde über die Jahre hinweg mit verschiedenen Überlegungen begründet. Sie reichten vom Sinn für Gerechtigkeit, von Sym-

pathie, von Idealismus und von Schuld seitens der Liberalen bis zu den imperialistischen Interessen der Großmächte im Nahen Osten und anderswo und den antisemitischen Tendenzen nationalistischer und rassistischer Ideologen und Politiker. Schon im Jahre 1799 erkannte eine europäische Großmacht in der jüdischen Zuneigung zu Palästina ein mögliches Mittel zur Förderung imperialistischer Interessen. Als Napoleon 1799 in Palästina Krieg führte, forderte er die Juden Afrikas und Asiens auf, sich ihm im Kampf gegen die osmanischen Türken anzuschließen und für die Wiedererrichtung eines jüdischen Palästina zu kämpfen. (14) Während der Zionismus und die flügge gewordene zionistische Bewegung das ganze 19. Jahrhundert hindurch unter Juden wie Nicht-Juden unbedeutend blieben, tauchten sie als Phänomen mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg auf. Und diese Erscheinung schien bei der Förderung imperialistischer Interessen der Großmächte im Nahen Osten der Unterstützung wert zu sein.

Die Auffassung der Zionisten, daß die Juden eine eigene nationale und rassische Gruppe darstellen, die eine eigene Heimstatt verdient, zog im 19. Jahrhundert viele deutsche Nationalisten und Antisemiten in ihren Bann. Die Anziehungskraft lag letztendlich in der zionistischen Auffassung, daß die Juden aus der deutschen *Volksgemeinschaft* ausgeschlossen sind und daher die Notwendigkeit einer jüdischen Heimstatt in Palästina oder anderswo in Übersee besteht, die in der Lage ist, die Juden aus Europa wegzubringen. Theodor Herzl stellte eine allgemeine Abneigung gegen den Vorgang jüdischer Gleichstellung und Assimilierung fest. Des weiteren stellte er Übereinstimmung in der Frage fest, daß die Juden eine unterschiedliche politische Einheit darstellen. Insofern folgerte er eine Interessengleichheit zwischen Zionisten und Antisemiten und sagte sich, daß die zionistische Bewegung von den antisemitischen Nationalisten in Mittel- und Osteuropa beachtliche Unterstützung erwarten könnte. (15) Herzl ging von der Voraussetzung aus, daß die Einzigartigkeit der Juden und ihr starker Sinn für Gemeinschaft und Einzigartigkeit die Wurzel eines Antisemitismus war, der nur dann gebunden und neutralisiert werden könnte, wenn man die Gemeinschaft und die Einzigartigkeit betonen würde.

Ein Großteil der Unterstützung, die Herzl von Nationalisten und Antisemiten erwartete, kam aus dem Deutschland des 19. Jahrhunderts. Als Johann Gottlieb Fichte zu Beginn des Jahrhunderts die Deutschen aufrief, den deutschen *Volksgeist*, der die Grundlage aller guten Kultur und Zivilisation sei, zu hegen und zu verehren, warnte er auch vor den nachteiligen Folgen jüdischer Gleichstellung und regte die Rückkehr der Juden nach Palästina an.(17) Zu Ausgang des Jahrhunderts unterstützten seine Schüler seine Anregung, daß eine Lösung der jüdischen Frage erreicht werden könnte, wenn man die Juden von Deutschland und dem restlichem Europa nach einer eigenen jüdischen Heimstatt verbringt.

Eugen Dühring schlug vor, die jüdische Frage zu lösen, indem man das jüdische Volk in einem Staat irgendwo außerhalb Europas sammelt. (18) Heinrich von Treikschke betrachtete den Antisemitismus als notwendiges Übel, als eine natürliche Reaktion des deutschen *Volksgefühls* auf ein fremdes Volkselement, das nie die Absicht hatte, sich anzugleichen. Er machte deutlich, daß in Deutschland kein Raum für eine doppelte Loyalität sei. Sein Lösungsvorschlag bestand ebenfalls in der jüdischen Auswanderung und der Schaffung einer jüdischen Heimstatt in Palästina oder irgendwo anders. (19) Heinrich Class vom Alldeutschen Verband verknüpfte die Lösung der Judenfrage mit der der deutschen Ausdehnung nach Osten. Diese Verknüpfung sollte zum zentralen Element der Außenpolitik des 3. Reiches werden. Class schlug vor, die Juden nach Palästina zu schicken und die Polen und Russen weiter nach Osten zu drängen. (20) Ludwig Woltmanns "Politische Anthropologen", eine Denkerschule der Jahrhundertwende, die den Grundsätzen der Rassereinheit und germanischen Überlegenheit anhing, unterstützten das Ziel der Zionisten, das Leben der jüdischen Nation in einer gesonderten jüdischen Heimstatt wieder erstehen zu lassen. Wilhelm Marr behauptete, die jüdische Gleichberechtigung führe zu einer völligen Verjudung Deutschlands. (21) Er stellte fest, die Juden hätten kein eigenes Vaterland und beklagte die Tatsache, daß sie ihrer biblischen Heimstatt in Palästina entfremdet worden seien. Marrs Ansichten wurden von dem politischen Theoretiker und Bismarck-Kritiker Konstantin Frantz aufgegriffen. Dieser forderte dazu auf, die jüdische Bevölkerung Deutschlands nach Israel zu verbringen. (22) Der Historiker Johannes Scherr

äußerte sich dahingehend, daß die Juden ein Anrecht auf einen eigenen Staat in Palästina oder irgendwo anders hätten. Die Christlich-Soziale Bewegung von Adolf Stocker befürwortete eine Rückkehr der deutschen Juden nach Palästina. (23) Das erste Pro-Palästina-Komitee zur Zeit des 1. Weltkrieges erfuhr die Unterstützung konservativer Politiker. Sie hofften, man könne damit den Strom der Ostjuden nach Deutschland umlenken, wenn nicht sogar deutsche Juden ermutigen, selbst nach Palästina auszuwandern. (24) Während der Weimarer Zeit haben schließlich auch bekannte Antisemiten wie Wilhelm Stapel, Hans Blüher, Max Wundt und Pastor Johann Peperkorn den Zionismus als die einzige wirklichkeitsnahe Lösung der deutschen Judenfrage angesehen. (25)

Sowohl Eugen Dühring als auch Houston Stewart Chamberlain lieferten die Grundlagen für die spätere ideologische Feindschaft des Nationalsozialismus gegenüber dem höchsten Ziel der Zionisten, der Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina. In Chamberlains *"Grundlagen des 19. Jahrhunderts"*, die zuerst 1899 veröffentlicht wurden, als auch in Dührings Werk *"Die Judenfrage"*, wurde eine jüdische Verschwörung, welche die Weltherrschaft anstrebt, behauptet. (26) Die Verschwörungstheorie wurde zu einer der zentralen Elemente der nationalsozialistischen Judenpolitik. Man stand daher auch der Vorstellung von einem unabhängigen jüdischen Staat, der die Ausgangslage für eine solche Verschwörung werden könnte, ablehnend gegenüber. Dühring wie auch Chamberlain waren indes bereit, die zionistische Bewegung zu unterstützen, um auf diese Weise die Juden aus Deutschland loszuwerden.

Alfred Rosenberg, der Zionismus und die Verschwörungstheorie

Ein Autor hat Hitlers Haltung zur Judenfrage in zwei Entwicklungsphasen unterteilt. (27) Die erste betrifft Hitlers Haltung vor der Veröffentlichung des Parteiprogramms im Februar 1920. Sie ist durch die Betonung der jüdischen Frage allein in Deutschland gekennzeichnet. Dies beinhaltet auch

eine angebliche Verantwortung der Juden an der deutschen Niederlage, der Revolution und der Republik von Weimar. In der zweiten Phase zeigt sich die zunehmende Tendenz, die internationalen Ausmaße der jüdischen Frage zu unterstreichen. Und hier insbesonders die Theorie einer internationalen jüdischen Verschwörung in der Absicht, Deutschland und den Rest der Welt zu beherrschen. Uns beschäftigt hier vor allem die zweite Phase. Auf Grund des nationalsozialistischen Dogmas nach 192o wurde die angebliche jüdische Verschwörung auf zweierlei Wegen vorangetrieben: durch den internationalen Bolschewismus und durch den internationalen Zionismus. Alfred Rosenberg war der Mann, der für die Entwicklung dieser Vorstellungen verantwortlich war und der sie auch in ein NS-Dogma umwandelte.

Das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 beschäftigte sich mit der jüdischen Frage als einem Thema der deutschen Innenpolitik. Die Punkte 4 und 5 des Parteiprogramms definierten die Staatsbürgerschaft als blutmäßige Abstammung. Dies hätte die Juden von einer vollen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, hätte es ihnen aber gestattet, als Gäste in Deutschland zu bleiben. Sie wären dann unter die gleichen Gesetze wie die anderen Ausländer, die im Lande lebten, gefallen. Punkt 8 des Parteiprogramms forderte einen Einwanderungsstopp für alle Nicht-Deutschen (dies war eine Umschreibung für die Ostjuden, d.h. Juden, die jahrzehntelang aus den Ghettos Osteuropas nach Deutschland gekommen waren). Der gleiche Programmpunkt forderte auch das Wegbringen aller jüdischen Einwanderer, die bis zum 2. August 1914 nach Deutschland gekommen waren. (28)

In seinen Reden Ende 1919 und Anfang 1920 betrachtete Hitler die jüdische Frage als eine Frage der deutschen Innenpolitik. Themen wie die deutsche Staatsbürgerschaft, die angebliche jüdische Verantwortung für die deutsche Niederlage und die Nachkriegslage, die *Ostjuden*, die angebliche jüdische Beherrschung des Kultur- und Wirtschaftslebens des Landes und der Wunsch, die Juden aus Deutschland loszuwerden, kennzeichneten viele der Reden Hitlers. Im Frühjahr 1920 scheint das Hauptthema seiner Reden zur Rassenpolitik und Judenfrage die Auswanderung oder das Wegbringen der Juden aus Deutschland gewesen zu sein. Am 6. März

1920 stellte Hitler in München erneut fest, der Nationalsozialismus sollte seine Bemühungen darauf konzentrieren, die Juden aus Deutschland vollständig loszuwerden, anstatt eine Pogromstimmung gegen die jüdische Gemeinschaft zu fördern. (29) In diesem Zusammenhang stellte er weiterhin fest, daß alle Mittel für dieses Ziel gerechtfertigt seien, "selbst wenn wir mit dem Teufel zusammenarbeiten müßten." In einer anderen Münchener Rede vom 29. April sagte er:"Wir werden unseren Kampf fortführen, bis der letzte Jude das Deutsche Reich verlassen hat." (30) Ende Mai jedoch hatte Hitler nicht nur die Unterscheidung zwischen Ost- und Westjuden aufgegeben, sondern auch zum ersten Mal begonnen, den Kampf gegen die Juden auf die internationale Ebene zu verlagern. Auf einem Parteitag in München am 31. Mai erklärte Hitler, daß der Lösung der jüdischen Frage in ganz Europa vorrangige Bedeutung zukomme. Und in Zukunft könne man keinen Unterschied mehr machen zwischen Ost- und Westjuden, zwischen reichen und armen Juden und zwischen guten und schlechten Juden. (31) Er schloß damit, daß der Hauptfeind Europas das jüdische Volk in seiner Gesamtheit sei. Von Ende Mai 1920 an hatten Hitlers Reden zur Judenfrage eine neue Dimension. Sie warern eindeutig von Alfred Rosenbergs Gedanken und Vorstellungen beeinflußt.

Rosenberg verließ seine Heimat Estland im November 1918, um nach Deutschland zu gehen. (32) Nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin kam er im Frühjahr 1919 nach München. Durch einen Freund kam er mit Dietrich Eckart, dem Herausgeber der antisemitischen Zeitung *"Auf Gut Deutsch"* und Mitglied der Thule-Gesellschaft, einem patriotischen, antisemitischen Orden, der 1918 von Baron Rudolf von Sebottendorf in München gegründet worden war, in Berührung. (33) Dank Eckart, der Mitarbeit an dessen Zeitung und durch die Verbindungen, die Rosenberg über die Thule-Gesellschaft knüpfte, wurde er 1919 zum führenden antisemitischen Theoretiker in München. Über Eckart lernte Rosenberg Hitler Ende 1919 kennen.

Rosenberg brachte sowohl Theorien als auch Erfahrungen mit dem bolschewistischen Rußland nach München. Er hatte seine theoretischen Hauptbeiträge zum Nationalsozialismus ent-

wickelt, ehe er Estland 1918 verließ, nämlich, daß der Bolschewismus und der Zionismus Instrumente einer jüdischen Weltverschwörung sind. (34) Seine Gedanken wurden bereitwillig von Eckart angenommen, der die Verschwörungstheorie in seiner Zeitung, ehe Rosenberg in München ankam, gepredigt hatte. Rosenberg versorgte Eckart mit einiger Substanz für diese Gedanken; gleichzeitig war er offensichtlich eine Quelle für Erfahrung aus erster Hand.

Zweifelsohne hatte Rosenberg als Baltendeutscher und Untertan des alten russischen Reiches einen bedeutenden Einfluß auf die begrenzte, eher engstirnige Sichtweise Hitlers und die im wesentlichen süddeutschen Mitglieder der Deutschen Arbeiterpartei von 1919 und 1920. (35) Er war jedoch nicht für Hitlers grundlegenden Haß gegen die Juden verantwortlich, noch war Hitler ein verschwommenes Konzept von der jüdischen Verschwörung unbekannt gewesen. Beide wurden von Chamberlain und ähnlichen Gedanken von Theodor Fritsch während der Jahre vor dem 1. Weltkrieg beeinflußt. (36) Es scheint ebenso unwahrscheinlich, daß Hitler Rosenberg brauchte, um Antimarxist zu werden. Durch die Hilfe von Eckart versorgte Rosenberg Hitler und die Deutsche Arbeiterpartei mit einem ideologischen Rahmen, der auf der Verschwörungstheorie fußte, mit dessen Hilfe die Judenpolitik bis 1945 formuliert und ausgeführt wurde. Diese Verschwörungstheorie wurde durch den Bolschewismus und den Zionismus als ihre Instrumente angereichert. Die Wichtigkeit der angeblichen Verbindung zwischen Judentum und Bolschewismus kann in Bezug auf die weitere HNS-Propaganda und NS-Politik nicht überschätzt werden, wohingegen die Verbindung zwischen Zionismus und angeblicher Verschwörung eine wichtige ideologische und politische Debatte in der Regierung und in Parteikreisen in Deutschland während der Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg hervorbringen sollte. (37)

Die Grundlage der Rosenbergschen Verschwörungstheorie bildeten die sogenannten "Protokolle der Weisen von Zion", mit denen er als Student im Sommer 1917 in Moskau vertraut wurde. (38) Die "Protokolle" tauchten in Rußland zuerst im Jahr 1905 in einer Fassung auf, die dem frommen Extremisten in der russisch-orthoxen Kirche Sergei Nilus zugeschrieben wird. Dieses Pamphlet gab vor, der Bericht eines geheimen

Treffens jüdischer Führer aus der ganzen Welt, die sich 1897 in Basel zum ersten Zionistischen Kongreß in Basel trafen, zu sein. Auf diesem Treffen sollen Theodor Herzl und andere jüdische Führer angeblich die Beherrschung und Zerstörung der nichtjüdischen Welt geplant und die Entfesselung eines grauenhaften Krieges zur Erreichung ihrer Ziele beschlossen haben. (39) Die "Protokolle" wurden erstmals von Flüchtlingen, die vor der bolschewistischen Revolution flohen, nach Deutschland gebracht; einer von ihnen war Alfred Rosenberg. Eine deutsche Übersetzung tauchte 1919 in Deutschland auf. (40) Im selben Jahr wurde die Last der Kriegsschuld von der Pariser Friedenskonferenz auf die deutschen Schultern geladen, eine Last, die nur wenige Deutsche bereit und willens waren, als rechtmäßig anzunehmen. Anhänger der "Protokolle" behaupteten, daß die Juden den Krieg begonnen hatten und seine alleinigen Nutznießer gewesen. Solche Beschuldigungen waren dazu geeignet nach dem Kriege eine große Zustimmung unter der deutschen Bevölkerung zu finden. Gleichzeitig stellten sie eine nützliche Propagandawaffe für die antisemtischen Rechten in ihrem Kampf gegen den Versailler Vertrag und die jüdische Gemeinschaft in Deutschland dar.

Die "Protokolle" liefern die Verbindung zwischen Rosenbergs erdachter jüdischer Verschwörung und der zionistischen Bewegung. Drei dieser frühen Abeiten sowie mehrere Artikel in der Zeitung *"Völkischer Beobachter"* während dieser Jahre liefern eine umfassende Darstellung seiner Haltung zum Zionismus. (41) Die in diesen Werken umrissenen Gedanken sollten die Grundlage der nationalsozialistischen Politik gegenüber dem Zionismus und der zionistischen Bewegung in Deutschland bis in die ersten Jahre des Zweiten Weltkriegs werden. Dies ist wesentlich für ein besseres Verständnis der Judenpolitik des Hitlerregimes während der dreißiger Jahre und seiner Haltung in der Palästinafrage während dieser Jahre.

Das Buch *"Der staatsfeindliche Zionismus"*, das im Jahr 1922 erschien, war Rosenbergs Hauptbeitrag zur nationalsozialistischen Haltung zum Zionismus. Es stellte teilweise eine Ausarbeitung von Gedanken dar, die bereits in Artikeln im *"Völkischen Beobachter"* und anderen veröffentlichten Werken, darunter in *"Die Spur"*, erschienen waren. Der Titel zeigt das Wesentliche auf, das Rosenberg seinen Lesern zu vermitteln

suchte: "Die zionistische Organisation in Deutschland ist nichts anderes als eine Organisation, die eine legale Unterminierung des deutschen Staates verfolgt."(42) Er beschuldigte die deutschen Zionisten, Deutschland während des Krieges verraten zu haben, indem sie die Balfour-Erklärung und die prozionistische Politik unterstützten und klagte sie an, aktiv für eine deutsche Niederlage und die Versailler Vertragsregelung gekämpft zu haben, um eine jüdische Heimstatt in Palästina zu erlangen. (43) Er fuhr fort, indem er behauptete, daß die Interessen des Zionismus zuallererst diejenigen des Weltjudentums seien, und verband damit die internationale jüdische Weltverschwörung. Er führte ferner aus, daß die Loyalität zu zionistischen und anderen jüdischen Interessen eine Loyalität zum deutschen Vaterland ausschloß, und daß die Zionisten in Deutschland in der Tat nicht vorgäben, eine doppelte Loyalität zum jüdischen und zum deutschen Vaterland zu haben. (44) Ungeachtet der oben erwähnten Faktoren sollte es sich zeigen, daß Rosenbergs Haltung zum Zionismus vorwiegend durch die unerschütterliche Überzeugung geprägt wurde, daß die angebliche jüdische Weltverschwörung eine einheitliche Erscheinung sei, die Zionisten und anpassungswillige Juden in einem gemeinsamen Streben vereinigt. (45)

Rosenberg tat die zionistischen Forderungen, daß sie in Palästina nur eine Zufluchtstätte für verfolgte Juden schaffen wollten, vollkomen ab. Er behauptete dies im Zusammenhang mit den üblichen antisemtischen Gedanken über die jüdische Minderwertigkeit und Tücke. Nach Rosenberg haben die Juden weder die Fähigkeit noch die Absicht, einen Staat im europäischen Sinne zu gründen, noch diese Ziele letztendlich zu verfolgen. Er führte aus, daß sie in Palästina eine Ausgangslage errichten wollen, einen "jüdischen Vatikan", von dem aus sie ihre Pläne, zur Unterwanderung und Beherrschung des Restes der Welt, ausführen wollen. (46)

Diese Theorien stellen eine Seite der zweischneidigen NS-Haltung zum Zionismus und in der Palästina-Frage nach 1933 dar. Sie zeigen eine grundlegende ideologische Feindschaft und Unvereinbarkeit zwischen dem Nationalsozialismus und der zionistischen Bewegung, die als bloßes Instrument der einheitlichen jüdischen Weltverschwörung angesehen wurde. Sie stellen eine bezeichnende Abkehr von jenen Antisemiten

des 19. Jahrhunderts dar, die einfach mit der Annahme des zionistischen Zieles der Trennung von Nichtjuden und Juden und der Erfüllung des Traumes von Leo Pinsker, daß sich innerhalb der Gemeinschaft der Nationen die jüdische Nation als ganzes emanzipiert, zufriedener waren, als die Emanzipation des einzelnen Juden innerhalb der Gesellschaft ihres jeweiligen Heimatlandes. (47)

Nichtsdestoweniger zeigt es sich, daß Rosenberg von Anfang an erkannte, wie nützlich die Bestärkung der zionistischen Bewegung als einem leichten Mittel zur Entfernung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland ist. In dem Buch *"Die Spur"* (Ende 1919 geschrieben und Anfang 1920 veröffentlicht) folgerte Rosenberg, daß der Zionismus nachdrücklich unterstützt werden muß, um eine bedeutende Zahl von deutschen Juden darin zu bestärken, nach Palästina oder in andere Länder zu gehen." (48)

Er filterte weiterhin die zionistische Bewegung aus den anderen jüdischen Organisationen in Deutschland als eine Gruppe heraus, mit der es einem zukünftigen nationalsozialistischen Deutschland zumindest für kurze Zeit zu einer Zusammenarbeit kommen könnte, um der jüdischen Assimilierung und dem jüdischen Einfluß Einhalt zu bieten und um die jüdische Abwanderung zu fördern. (49) Rosenbergs Argument, die zionistische Bewegung könnte genutzt werden, um die politische, wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Absonderung der Juden in Deutschland sowie ihre Auswanderung zu fördern, wurde nach 1933 durch das Dritte Reich in praktische Politik umgesetzt.

Rosenberg beabsichtigte ebenso, den Zionismus als gesetzliche Rechtfertigung zu benutzen, um die deutschen Juden ihrer Bürgerrechte zu berauben. Die zionistische Haltung, es gebe ein getrenntes jüdisches Volk mit eigenen nationalen und kulturellen Interessen, konnte gegen eine als einheitlich angesehene jüdische Gemeinschaft in Deutschland benutzt werden. Er führte aus, wenn eine Organisation innerhalb des deutschen Staates erkläre, daß die Interessen des Deutschen Reiches nicht ihre erste Bürgerpflicht sei, dann könnten ihre Mitglieder nicht die vollen Bürgerrechte fordern. (50)

Man kann in Rosenbergs frühen Schriften die grundlegenden Elemente dessen finden, was die nationalsozialistische Politik

gegenüber dem Zionismus in den dreißiger Jahren sowohl in der Judenpolitik im Inneren als auch in der Palästinafrage als einem Thema der Strategie und der Außenpolitik werden sollte. Es kam die Überzeugung auf, daß die Juden aus kulturellen, rassischen und geschichtlichen Gründen nicht dazu fähig seien, einen eigenen Staat zu schaffen. Ferner glaubte man, daß das zionistische Ziel nicht nur die Schaffung eines jüdischen Staates oder einer Nationalheimat, sondern vielmehr die Bildung einer Machtbasis sei, von der aus die Verschwörung gegen Deutschland zu führen sei, wie das angeblich in den "Protokollen der Weisen von Zion" ausgeführt werde. Diese Haltung wurde von Rosenberg in späteren Schriften und Reden bezüglich des Zionismus und Palästinas an den Tag gelegt. (51) Zur selben Zeit erlaubte er, die Zionistenbewegung für die weiteren Schritte zur Abschaffung der jüdischen Recht, des jüdischen Einflusses und der möglichen jüdischen Anwesenheit in Deutschland zu benutzen. Diese Zweigleisigkeit wird weiter unten im Lichte der Ereignisse während der dreißiger Jahre betrachtet werden.

Hitlers Haltung zum Zionismus

In der Zeit von 1920 bis 1924 sagte und schrieb Adolf Hitler wahrscheinlich mehr über den Zionismus als die nachfolgenden 21 Jahren seines Lebens. Und in der Tat haben die zurückhaltenden Aussagen Hitlers zum Zionismus und zu Palästina in den dreißiger Jahren für diese Untersuchung ein ernsthaftes Forschungsproblem dargestellt. (52) Hitler hielt seine erste große Rede, die auf eine internationale jüdische Verschwörung anspielte, am 31. Mai 1920 in München. Er warnte vor den beiden Übeln des internationalen Kapitalismus und der Bewegung der internationalen Arbeiterklasse, die er beide als Mittel und Instrumente dieser Verschwörung ansah. Hitlers Antisemitismus, der auf der Verschwörungstheorie gründete, hatte ein internationales Ausmaß erreicht. Dies zeigte sich in seiner ganzen Judenpolitik bis zum 29. April 1945, einschließlich seines politischen Testaments. (54) Bis zu seinem Ende sollte Hitler den anfänglichen ideologischen Einflüssen treu bleiben.

Am 13. August 1920 hielt Hitler seine erste umfassende Rede zur Judenfrage auf einem NSDAP-Treffen im Münchner Hofbräuhaus. (55)

Diese Rede mit dem Titel "Warum wir gegen die Juden sind" enthielt Hitlers erste Überlegungen zum Thema Zionismus als einem Arm der internationalen jüdischen Verschwörung. Dies hatte Rosenberg schon in *"Die Spur"* und zwei Jahre später in *"Der staatsfeindliche Zionismus"* ausgeführt und ausgearbeitet. In seiner Rede war Hitler von der Voraussetzung ausgegangen, daß Vorstellungen wie Liebe zur Arbeit, Rassereinheit, kulturelles Schöpfertum und die *Fähigkeit zur Staatenbildung* nur Eigenschaften der Arier seien. Insofern sei dies den Juden völlig fremd. Die Fähigkeit zur Staatenbildung setze die drei vorhergenannten Eigenschaften voraus. (56). Er behauptete, daß allein der Arier die Fähigkeit zur Staatenbildung habe, weil er die geschichtlich gewachsene Vorstellung von der Arbeit annehme, weil er die Grundsätze der Gesundheit der Rasse über die Rassereinheit befürworte, wenn er von den "faulen Südrassen" und der überlegenen arischen Rasse sprach.

Hitler wandte dann seine Kriterien für die Staatenbildung auf die Juden an und fand heraus, daß ihnen die nötigen Voraussetzungen fehlen, um einen eigenen Staat zu gründen. Er versuchte, seine Argumente geschichtlich zu begründen:"Wenn ein Volk diese drei Eigenschaften nicht hat, wird es nie in der Lage sein, einen eigenen Staat aufzubauen. Denn der Jude war die ganzen Jahrhunderte hindurch stets ein Nomade... Er hatte nie das, was wir einen Staat nennen würden. Und heute verbreitet man die größte aller Illusionen, nämlich die, daß Jerusalem die Hauptstadt eines jüdischen Staates werden wird." (57) Als Hitler auf den Zionismus und die Vorstellung eines jüdischen Staates in Palästina zu sprechen kam, sagte er abschließend:"So können wir sofort verstehen, warum die Vorstellung eines zionistischen Staates und seine Verwirklichung nichts anderes als eine Komödie ist." (58)

Um zu diesem Standpunkt in seiner allumfassenden Beurteilung des Zionismus und eines jüdischen Staates zu kommen, griff Hitler auf Überlegungen und Auffassungen zurück, die er von Gobineau, Chamberlain, Dühring, Fritsch und Adolf Wahrmund übernommen hatte. Deren Theorien billigten in der Tat den

Ariern gewisse Eigenschaften zu, die sie den Juden absprachen. Diese Eigenschaften waren Hitler zufolge absolut notwendig, um einen Staat aufzubauen. (59) Nachfolgende Auffassungen Hitlers müssen in hohem Maße Alfred Rosenberg und seiner Verschwörungstheorie, die auf den "Protokollen der Weisen von Zion" beruht, zugeschrieben werden. Mit der Behauptung, die Juden seien unfähig, einen eigenen Staat aufzubauen, und der zionistischen Behauptung tatsächlich auf dieses Ziel hinzuarbeiten, lieferte die Verschwörungstheorie eine offensichtlich vernünftige Grundlage für die ideologische Gegnerschaft zwischen dem Nationalsozialismus und den Zielen des Zionismus. Diese Gegnerschaft spiegelte all die überlieferten antisemtischen Vorurteile gegen die Juden wieder, und dies trotz der Bereitschaft der Zionisten dabei zu helfen, die Juden aus Deutschland wegzubringen. Zuzugeben, daß der Zionismus nur das war, was er vorgab zu sein — und damit hätte eine geeignete Lösung der Judenfrage bedeutet, die sozialdarwinistischen Theorien der antisemitischen Ideologie zu leugnen, die angenommene Einheitlichkeit des Rassenfeindes zu unterminieren und die propagandistischen Vorteile aus der Hand zu geben, die man aus dem angeblichen Vorhandensein einer internationalen jüdischen Verschwörung ziehen konnte. In der Tat haben internationale Verschwörungstheorien totalitäre Bewegungen oft mit einer nützlichen Propagandawaffe versorgt, um an die Macht zu kommen und an der Macht zu bleiben. Der Nationalsozialismus war darin keine Ausnahme.

In seiner Rede vom 13. August erklärte Hitler, die Zionisten seien nicht allein an einer Zufluchtsstätte für die verfolgten Juden auf der Welt interessiert. In Anlehnung an Rosenberg behauptete er, die Juden versuchten, eine unabhängige Machtgrundlage zu errichten, um von dort aus genau jene Verschwörung zu betreiben, wie sie in den "Protokollen" beschrieben wird. (60)

Darüberhinaus wiederholte er diese Argumente in "Mein Kampf" und später in seinem "Geheimbuch". (61)

Es scheint erwiesen, daß Hitler, genauso wie Rosenberg, den Zionismus in gewisser Weise als nützlich erachtete und bereit war, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu ermutigen, und dies trotz der ideologischen Unvereinbarkeit auf Grund der Verschwörungstheorie. In seiner Rede im Münchner

Bürgerbräukeller vom 6. Juli 1920 forderte Hitler die Entfernung der Juden aus Deutschland. Als ihn einer aus der Menge mit dem Hinweis auf die Menschenrechte unterbrach, antwortete er, "...Menschenrechte soll er sich da suchen, wo er hingehört, in seinem eigenen Staat Palästina." (62)

Offensichtliche Widersprüche in der nationalsozialistischen Haltung gegenüber dem Zionismus in den ersten Jahren der Bewegung bilden einen wichtigen Untersuchungspunkt dieser Analyse. Von 1933 an bis in die ersten Jahre des 2. Weltkrieges hinein, förderte das Hitler-Regime über den deutschen Zionismus aktiv die Auswanderung der Juden aus Deutschland. Gleichzeitig blieb die ideologische Ablehnung gegenüber der Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina bestehen. Dies ging auf die Verschwörungstehorie in den "Protokollen" zurück. Die Zweigleisigkeit der nationalsozialistischen Haltung wurde bei Hitler und Rosenberg in den zwanziger Jahren klar begründet. Sie bestimmte die Politik, die nach 1933 möglicherweise in die Tat umgesetzt wurde.

3. Die Entwicklung des Haavara-Transferabkommens

Der wirtschaftliche Hintergrund

Man kann nicht von einem umfassenden nationalsozialistischen Plan sprechen, die Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre zu überwinden. Bei seiner Machtübernahme 1933 sah sich Hitler zwei Hauptproblemen gegenüber: Arbeitslosigkeit und niedrige Agrarpreise. Beide Probleme mußten gelöst werden, um Deutschland wieder aus der wirtschaftlichen Klemme herauszubringen. (1) Die Methoden, welche die Regierung Hitler bei ihren Bemühungen, die Wirtschaftskrise zu meistern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, benutzte, waren im wesentlichen die gleichen Keynes-Methoden, wie sie von anderen Industriestaaten angewandt wurden, nämlich öffentliche Gelder in die Wirtschaft zu pumpen, um diese anzukurbeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen. (2)

Die Ähnlichkeit ging nicht über die wirtschaftspolitischen Grundsätze von Keynes hinaus, nämlich verstärkte Staatsausgaben und staatliche Bautätigkeit. Im Deutschland Hitlers sah man den Schlüssel für den wirtschaftlichen Aufschwung nicht in einer Steigerung der Erzeugung von Konsumgütern und Arbeitsplätzen in der Industrie, sondern in der Wiederaufrüstung und der Schaffung einer Massenarmee. (3) Hitler betrachtete wirtschaftliche Angelegenheiten als zweitrangig im Vergleich zu den politischen und geopolitischen Fragen, die ihn beschäftigten. Die Wirtschaft sollte politischen Zielen dienen. (4) In *"Mein Kampf"* nahm er zu den Gründen des deutschen Zusammenbruchs 1918 Stellung. (5)

In seiner berühmten Rede vor dem Düsseldorfer Industriellenklub vom 27. Februar 1932 sagte Hitler, daß die Gründe für die gegenwärtige deutsche Krise nicht der Weltwirtschaftskrise zugeschrieben werden sollten, sondern eher den Fehlern der deutschen Politik. (6) Die Demokratie des Weimarer Systems und die daraus folgende Ablehnung des Rassefaktors wurden als die Hauptursachen der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands angeführt. Anläßlich seiner Vorstellung bei den Generalen

der Reichswehr am 3. Februar 1933 legte Hitler in klaren Worten seine zukünftigen Pläne für eine Ausdehnung nach Osten, notfalls mittels Krieg, dar. (7) Er teilte den Generalen mit, die deutsche Wirtschaftskrise werde durch Maßnahmen im Innern und vermehrte Ausfuhren nie völlig gelöst werden. Eine Lösung erfordere die Ausdehnung des deutschen Lebensraums. (8)

Die Überwindung gewisser drängender Wirtschaftsprobleme war nichtsdestoweniger für Hitlers Bemühungen von Bedeutung, die erforderlichen politischen und militärischen Bedingungen für eine Ausdehnung nach Osten zu schaffen. Aus mehreren Gründen war die Lage des deutschen Außenhandels das vielleicht wesentlichste Element der Wirtschaftspolitik. (9) Eine verhältnismäßig hohe Zahl von Deutschen arbeiete in Industriezweigen, die in erster Linie von den Ausfuhren abhängig waren. Der Umfang des deutschen Außenhandels war von 26,9 Milliarden Reichsmark im Jahre 1929 auf schäbige 10,4 Milliarden Reichsmark im Jahre 1932 zurückgeganen. Dies war eine Folge der Weltwirtschaftskrise sowie des Verlustes vieler früherer deutscher Ausfuhrmärkte. (10) Dies führte zum Verlust vieler Arbeitsplätze in der Exportindustrie. Ein weiterer wichtiger Faktor war Deutschlands Abhängigkeit vom Ausland bei Nahrungsmitteln und Rohstoffen als Folge der Verluste an Gebieten, Menschen und Rohstoffen als Ergebnis der Versailler Regelungen. Die Weltwirtschaftskrise drosselte in drastischer Weise die weltweite Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen. Dies hatte zur Folge, daß es die geringeren Deviseneinnahmen Deutschland erschwerten, seine Menschen entsprechend zu ernähren und seine Industrie mit den erforderlichen Rohstoffen zu versorgen. (11) Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, um die Versorgung mit den erforderlichen Rohstoffen für eine großzügige Wiederbewaffnung abzusichern und um die Deutschen mit entsprechenden Nahrungsmitteln zu versorgen, bis das politische Ziel "Lebensraum" erreicht war, beschäftigten sich Hitlers bedeutendste Schritte auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zwischen 1933 und 1936 mit der weltweiten Förderung der deutschen Ausfuhren.

Am 23. Februar 1933 forderte der Deutsche Industrie- und Handelstag die Regierung auf, die Ausfuhren als das beste Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Gesundung

der Wirtschaft zu steigern. (12) Um Befürchtungen im In- und Ausland wegen der nationalsozialistischen Neigung zur Autarkie zu neutralisieren, erklärte Hitler einen Monat später: "Die Reichsregierung wendet sich nicht gegen die Förderung der deutschen Ausfuhren. Wir wissen, daß wir mit der übrigen Welt enge Verbindung brauchen, und daß der weltweite Verbrauch deutscher Waren dazu beiträgt, viele Millionen von Volksgenossen zu ernähren. ...Die geopolitische Lage eines an Rohstoffen armen Deutschland schließt eine Politik der Autarkie aus." (13) Zwei Jahre später unterstrich Hitler erneut die Notwendigkeit, die deutschen Ausfuhren als einem Schlüsselelement der NS-Wirtschaftspolitik zu fördern. (14) Er stellte fest, daß die dringend benötigten Rohstoffe nur über die Förderung von noch größeren deutschen Ausfuhren sicherzustellen seien.

Das AA unternahm unter der Leitung von Neurath im Jahre 1933 Schritte, um die deutschen Konsularvertretungen im Ausland als Mittel zur Förderung der deutschen Ausfuhren einzusetzen. In einem Rundschreiben an die deutschen Konsularvertretungen im nichteuropäischen Ausland vom Juli 1933 beschrieb Neurath die sehr schlechte Lage des deutschen Außenhandels und verlangte eine umfassende Überprüfung und Untersuchung der Lage des deutschen Handels in den entsprechenden Ländern. Weiterhin verlangte er konkrete Anregungen, wie die deutschen Ausfuhren gesteigert werden könnten. (15) Selbst Ende 1937 bestand Neurath noch darauf, daß die Mitarbeiter im Bereich des AA ein Mindestmaß an wirtschaftlicher Erfahrung besitzen mußten. Er unterstrich, daß es eine der Hauptaufgaben der deutschen Auslandsvertretungen sei, die Absatzmärkte für die deutschen Ausfuhren zu sichern. (16)

1934 wurden außerordentliche Maßnahmen ergriffen im Bemühen, die Einfuhren von Grundnahrungsmitteln und Rohstoffen zu drosseln und die Ausfuhren so stark wie möglich zu steigern, um so in der Lage zu sein, die wichtigsten Einfuhren bezahlen zu können.

Schachts sogenannter "Neuer Plan" von 1934 war ein wesentlicher Schritt in diese Richtung. (17) Er beinhaltete eine völlige Regierungskontrolle des deutschen Außenhandels und suchte die deutsche Handelsbilanz durch zweiseitige Abkommen mit den Handelspartnern zu verbessern. Es wurden strenge Einfuhrbestimmungen erlassen, so daß die Versorgung der

Industrie mit Rohstoffen, vor allem im Rüstungsbereich, und die Versorgung mit Lebensmitteln Vorrang vor der Einfuhr von Fertigwaren hatte. Zur gleichen Zeit förderte die Regierung die Ausfuhren mittelbar über ein kompliziertes System unterschiedlicher Wechselkurse gegenüber der Reichsmark, über Steuererleichterungen und Ausfuhrzuschläge für die Binnenwirtschaft, über eine bevorzugte Behandlung der Exportindustrie beim Rationieren von Rohstoffen und über eine beachtenswerte Umschichtung des deutschen Außenhandels. Nämlich weg von den bisherigen Handelspartnern in Westeuropa und Nordamerika und hin zu den Ländern in Nord-, Ost- und Südeuropa, dem Nahen Osten und Südamerika. Diese neuen Gebiete würden weniger Konkurrenz und für deutschen Fertigwaren offenere Märkte mit sich bringen. Gleichzeitig wären sie auch Lieferanten für Rohstoffe und Lebensmittel.Die Ergebnisse des Schacht-Planes in den darauffolgenden Jahren erwiesen sich für die Ziele der deutschen Wirtschaft, so wie sie im deutlichen Maßnahmenkatalog des Vierjahresplanes von 1936 niedergelegt worden waren, als gänzlich ungeeignet, obwohl sowohl die Rohstoffeinfuhren als auch die Warenausfuhren in beachtlichem Maße angestiegen waren.

Der "Neue Plan" des Jahres 1934 bewirkte in den Jahren zwischen 1934 und 1938 die Verlagerung eines Großteils des deutschen Handels auf weniger industrialisierte, rohstoffreiche Gebiete der Erde. (18) Länder in jenen Teilen der Welt, die 1932 18,3% der deutschen Ausfuhren aufgenommen hatten, nahmen nun 40,3% auf, während Westeuropa und die USA, die 1932 noch einen Handelsanteil von 44,6% hatten, es 1938 nur noch auf 3o,3% brachten. Zur gleichen Zeit gingen die Einfuhren aus Westeuropa und den USA von 33, 3% im Jahre 1932 auf 24,5% im Jahre 1938 zurück. Die Einfuhren aus den anderen Ländern stiegen im gleichen Zeitraum von 23,5% auf 39,9%. Der Umfang der deutschen Ausfuhren stieg zwischen 1934 und 1936 um 19%. Und obwohl der Umfang der Einfuhren ebenfalls wesentlich stieg, ging er auf die vermehrten Einfuhren von Rohstoffen und Nahrungsmitteln zurück. Die Einfuhr von Fertigwaren ging in den 3oer Jahren drastisch zurück. (19) Die Maßnahmen des Schacht-Planes hätten wahrscheinlich ausgereicht, um eine gesunde Friedenswirtschaft zu sichern, indem die notwendigen Mittel zur Deckung

der deutschen Rohstoffeinfuhren bereitgestellt wurden. (20) Die deutsche Wirtschaft war jedoch nicht auf eine Friedenswirtschaft ausgerichtet, wenn man das Ausmaß des Wiederaufrüstungsprogramms sowie seine Forderungen nach kostspieliger Versorgung mit Rohstoffen betrachtet. 1935 stiegen die Preise für Rohstoffe weltweit dramatisch an. Dies ging einher mit einer zunehmenden Notwendigkeit, Nahrungsmittel einzuführen. Gleichzeitig stellte man einen allgemeinen Preisverfall für Fertigwaren fest. (21) Die Folge war Hitlers Verkündigung eines neuen Vierjahresplanes auf dem Nürnberger Reichsparteitag am 9. September 1936. Dort erklärte er sinngemäß:

> "In vier Jahren muß Deutschland von allen ausländischen Rohstoffen, die es auf Grund eigener Fähigkeiten mit Hilfe der chemischen Industrie, der Maschinenbauindustrie wie auch der eigenen Rohstoffvorkommen selbst herstellen kann, unabhängig sein. Damit hoffen wir, unsere Produktion in vielen Bereichen zu steigern und damit auch die Eigenkraft unserer Wirtschaft. Der Gewinn aus unseren Ausfuhren ist in erster Linie für die Versorgung mit Nahrungsmitteln wie auch für die Versorgung mit den Rohstoffen gedacht, die uns noch immer fehlen." (22)

Die Auswirkungen des anti-deutschen Boykotts

Die deutsche Regierung betrachtete mehrere Faktoren als schädlich für ihre Bemühungen, den Umfang der deutschen Ausfuhren zu steigern. Franz Willuhn, Mitarbeiter in der Reichskanzlei, bereitete im Mai 1933 einen Bericht über den deutschen Außenhandel für Hitler vor. (23) Willuhn zeichnete in diesem Bericht ein düsteres Bild von den zukünftigen Aussichten für den deutschen Außenhandel. Er stellte fest, daß die unbefriedigende Lage der deutschen Ausfuhren auf Schutzmaßnahmen anderer Staaten zurückgehe, die sich bemühten, ihre eigene Handelsbilanz ausgeglichen zu halten oder ausgeglichen zu gestalten. Sie gehe aber auch auf den geringen, jedoch ständig zunehmenden internationalen Boykott deutscher Waren zurück, der kurz nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 eingesetzt hatte. Der Boykottaufruf war die Reaktion von jüdischen Gruppierungen und Gewerkschaften gegen die anti-

marxistischen und anti-jüdischen Ausschreitungen des neuen Regimes in Deutschland. Der Boykott wurde vornehmlich in Großbritannien und den USA organisiert. Außenminister von Neurath sprach diese Faktoren, die Deutschlands Bemühungen, den Außenhandel zu fördern, beeinträchtigen konnten, bei mehreren Gelegenheiten an. Bei einer Zusammenkunft des Kabinetts im April spielte er auf die mißliche Finanzlage an, die teilweise durch die Handelsbilanzprobleme verursacht wurde. (24) Er wies auf die ständige Notwendigkeit von Einfuhren, vor allem von teuren Rohstoffen, hin und auf die Schwierigkeiten, die Ausfuhren in einer Situation zu fördern, in der alle Länder versuchten, im internationalen Warenaustausch eine günstige Handelsbilanz zu erreichen. Im Juni des gleichen Jahres, als von Neurath auf der Weltwirtschaftskonferenz in London war, vermerkte er in einem Brief an Reichspräsident von Hindenburg die sehr nachteiligen Auswirkungen anti-jüdischer Maßnahmen in Deutschland auf die Einstellung und die öffentliche Meinung in England und in den USA. Dieser Vorgang könnte den deutschen Außenhandel nachteilig beeinflussen. (25) In seinem schon erwähnten Rundschreiben vom 19. Juli an ausgewählte deutsche Auslandsvertretungen warnte von Neurath vor den möglichen Auswirkungen der stärker werdenden Boykottmaßnahmen. (26)

Anti-jüdische Ausbrüche und Maßnahmen in Deutschland begannen das Wirtschaftsministerium, das AA und die Reichskanzlei wegen der nachteiligen Folgen für die Wirtschaft zu beunruhigen. Hitler und anderen wurde es klar, daß Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte sowie Versuche, diese zur Aufgabe zu zwingen, in hohem Maße die Bemühungen, die Wirtschaft im innern zu festigen und die Ausfuhren zu fördern, beeinträchtigen würden. (27) In einer Rede vor den Gauleitern am 6. Juli 1933 erklärte Hitler, die nationale Revolutioin sei erfolgreich zu Ende geführt worden. Er unterstrich die Notwendigkeit einer ungestörten wirtschaftlichen Entwicklung. (28) Er schien einzusehen, daß der jüdische Anteil an der deutschen Wirtschaft viel zu groß war, um ihn über Nacht zu zerstören. Und alle Bemühungen, dies zu tun, brächten nachteilige Folgen mit sich und würden der Wirtschaft insgesamt schweren Schaden zufügen. So lange Schacht in der Lage war, als Direktor der Reichsbank und später als Wirtschaftsminister

auf Hitler einen starken Einfluß auszuüben, übte die Regierung gegenüber der jüdischen Geschäftswelt und der jüdischen Beteiligung in der Wirtschaft eine beachtliche Zurückhaltung aus. (29) Trotz der langsamen Arisierungsversuche nach 1936 durch Göring durfte die jüdische Geschäftswelt bis zum Frühjahr 1938 zum Großteil weiter arbeiten und ihre Rolle in den umfassenden Plänen für eine wirtschaftliche Erholung und Ausdehnung spielen. Diese Politik ging in erster Linie auf Schacht zurück. Er erkannte die Gefahren, die sich für die deutschen Wirtschaftspläne und das Wiederaufrüstungsprogramm durch radikale anti-jüdische Maßnahmen ergeben würden. (30)

In den Augen von Schacht, der Reichsbank, des Wirtschaftsministeriums und des AA waren die öffentliche Meinung im Ausland und die Haltung der ausländischen Regierungen in Anbetracht der anti-jüdischen Maßnahmen Hitlers auf einem kritischen Punkt angelangt. Die Ziele des Wirtschaftsministeriums und des AA in Verbindung mit der Mythologie des nationalsozialistischen Antisemitismus brachten es mit sich, daß man den weltweiten Boykott deutscher Waren mit beträchtlicher Unruhe betrachtete. Wie schon zuvor erwähnt, wurden die Boykottmaßnahmen von jüdischen als auch nichtjüdischen Organisationen durchgeführt. Sie umfaßten Kirchen, Gewerkschaften, und wirtschaftliche Mitbewerber in Großbritannien und in den USA. Die Boykottmaßnahmen wurden als Vergeltung für die Politik des neuen Regimes in Deutschland angesehen. Man hoffte, man könne durch den Boykott deutscher Waren einen ausreichenden Druck auf Deutschland ausüben, um den Juden ihre Rechte zurückzugeben und auf diese Weise auch den Umfang der deutschen Ausfuhren drosseln. (31) Die Boykottmaßnahmen nährten in Berlin Befürchtungen über mögliche Rückschläge in den Bemühungen der Regierung, den Umfang der deutschen Ausfuhren zu steigern. (32) In Parteikreisen wurden diese Befürchtungen möglicherweise wegen des Mythos einer internationalen jüdischen Verschwörung noch verstärkt. Auf Grund der NS-Vorstellung einer jüdischen Kontrolle Großbritanniens, der USA und der anderen Länder des demokratischen Westens betrachtete Berlin den Boykott als eine gefährliche Waffe gegen Deutschland.

Die Auswirkung der Boykottmaßnahmen auf den deutschen Außenhandel lassen sich nicht genau feststellen. Es wurden

keine Statistiken geführt. Der Boykott selbst scheint eine Art Versuch gewesen zu sein. Es war sehr schwierig, ihn in den verschiedenen Ländern Ost- und Westeuropas, in Nord- und Südamerika, im Nahen Osten und anderswo auf einen Nenner zu bringen. Im Januar 1934 glaubten die Väter und Förderer der Boykottmaßnahmen, daß sie nicht die erwünschte Wirkung hätten. Auf einer Konferenz des Weltboykottausschusses in Brüssel im Januar 1934 wurde eine Liste aufgestellt, welche die Probleme und Schwächen darstellte. Sie beinhalteten eine mangelnde finanzielle Ausstattung zwecks Förderung der Boykottmaßnahmen, das Vertrauen in die Güte der deutschen Waren, die Schwierigkeit, entsprechende nicht-jüdische Unterstützung zu erhalten, die Probleme, die Unterstützung der Geschäftswelt in den verschiedenen Ländern zu erhalten und eine Menge weiterer weniger bedeutender Hindernisse. (33) Ohne die wirksame Unterstützung ihrer jeweiligen Regierungen in Form von Schutzzöllen oder anderen Hindernissen konnten die Wortführer der Boykottmaßnahmen nicht hoffen, ihr Ziel zu erreichen, nämlich die deutschen Exportmärkte zu schwächen und die deutsche Wirtschaft ernsthaft in Schwierigkeiten zu bringen. Letztes Endes erreichten die Boykottmaßnahmen außer der Tatsache, daß die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Deutschland gelenkt wurde, nicht viel. (34)

Für dieses Kapitel liegt die Bedeutung der Boykottmaßnahmen nicht in der tatsächlichen Auswirkung, die sie über Jahre hinweg auf die deutschen Ausfuhren hätten haben können, sondern eher in den echten oder auch nur eingebildeten Gefahren, die sie nach Auffassung der Regierung wie der Parteigrößen in Berlin für die deutsche Wirtschaft darstellten. Am 25. Mai 1933 bat Hermann Göring Verantwortliche der verschiedenen jüdischen Organisationen zu einer Besprechung ins preußische Innenministerium. Er forderte sie mit Nachdruck auf, ihren Einfluß bei ihren jüdischen Glaubensgenossen in Großbritannien und den USA geltend zu machen, um die Behauptungen zu zerstreuen, die Juden würden in Deutschland schlecht behandelt. Sie sollten auch versuchen, der anti-deutschen Propaganda wie auch der anti-deutschen Boykottbewegung Einhalt zu gebieten. Im Falle eines Mißerfolges drohte er mit Schritten gegen die Sicherheit der Juden in Deutschland. (35) Da die Zionisten die einzigen deutschen Juden mit Auslandsverbindungen waren,

wurden Martin Rosenblüth und Richard Lichtheim von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) zusammen mit Ludwig Tietz vom Centralverein mit Anweisungen des ZVfD und Görings nach London geschickt, um wegen der anti-deutschen Propaganda und den Boykottmaßnahmen vorstellig zu werden. (36) In einem Telegramm an Lord Melchett, den Vorsitzenden des englischen Ausschusses für den Boykott deutscher Waren, vom 12. Juli 1933 protestierte die Reichsvertretung der Juden, der Dachverband aller Juden, der kurz nach Hitlers Machtergreifung gegründet worden war, sinngemäß wie folgt: "Wir wenden uns mit Nachdruck gegen neuerliche Boykottmaßnahmen, die Presseberichten zufolge auf dem bevorstehenden Kongreß beschlossen werden sollen. Wir verlangen, daß alle Vorschläge und Entschließungen, die eine Schädigung Deutschlands zur Folge haben, fallen gelassen werden, sofern der Kongreß nicht rückgängig gemacht werden kann."(37) Die Furcht vor härteren anti-jüdischen Maßnahmen in Deutschland brachte natürlich alle deutschen jüdischen Organisationen dazu, sich gegen die anti-deutsche Propaganda und die anti-deutschen Boykottmaßnahmen im Ausland zu wehren. Diese Furcht kann man am besten an der Bedeutung ermessen, die hohe Partei- und Regierungsvertreter einer Beendigung der anti-deutschen Kampagnen im Ausland beimaßen.

Die Regierung ergriff 1933 weitere Maßnahmen, um den Boykottmaßnahmen zu begegnen. Am 30. März fand im AA eine Besprechung statt, bei der auch Vertreter des Verkehrsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Innenministeriums und des Propagandaministeriums anwesend waren, um über Schritte zu beraten, wie man den Boykottmaßnahmen zu begegnen habe. (38) Man erörterte Berichte von deutschen Auslandsvertretungen über die Boykottmaßnahmen in den jeweiligen Ländern. Es hat den Anschein, daß die Boykottbewegung zum damaligen Zeitpunkt in ihrem Ausmaß beschränkt war. Besorgnis wurde laut angesichts der Tatsache, daß sich einige nicht-jüdische Firmen aus reinem Konkurrenzdenken den Boykottmaßnahmen angeschlossen hatten. Die Teilnehmer waren sich einig, daß offizielle Proteste oder Schritte gegenüber den Regierungen nicht in Frage kommen konnten, so lange nicht festzustellen war, daß diese Regierungen die Boykott-

maßnahmen öffentlich unterstützten oder dafür Sympathien bekundeten. Man kam zur Auffassung, die Gegenpropaganda in Übersee fortzuführen und zu verstärken. Mitte Mai jedoch hatte die deutsche Gegenpropaganda offensichtlich nicht den gewünschten Zweck erreicht. Dem Referat Deutschland, der AA-Abteilung für jüdische Fragen, zufolge war das AA nicht in der Lage, eine wirksame Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium zu erreichen, um die deutschen Auslandsvertretungen mit Propagandamaterial zu versorgen. (39) Das AA wurde mit Briefen von Firmen mit Auslandsniederlassungen bombardiert. In ihnen kam die Beunruhigung über die starke anti-deutsche Stimmung und Propaganda wegen der angeblichen Ausschreitungen gegen die Juden in Deutschland zum Ausdruck. Darüberhinaus verdeutlichten sie die Befürchtung, daß eine derartige Propaganda die ausländischen Geschäftsparttner dazu bringen könnte, sich der Boykottbewegung anzuschließen. (40) Das Referat Deutschland rief zu vereinten Anstrengungen auf, um die Auswirkungen der anti-deutschen Propaganda im Ausland zu neutralisieren. (41) Diese Anstrengungen beinhalteten Presseanzeigen, die Verteilung von Propagandamaterial, Beiträge, statistische Übersichten usw. alles im Bemühen abzustreiten, daß die Juden in Deutschland verfolgt würden. Die deutschen Auslandsvertretungen wurden ermutigt, freundschaftliche Beziehungen mit ausländischen Firmen anzuknüpfen und zu pflegen, um so die öffentliche Meinung im Ausland zu gunsten Deutschlands zu beeinflussen. Und nicht zuletzt wurde auf diesem Gebiet eine bessere Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem AA und dem Propagandaministerium gefordert.

Außenminister von Neurath versuchte auch, die Unterstützung der US-Regierung zu gewinnen, um die anti-deutsche Propaganda und die Boykottmaßnahmen zu beenden. In einem Gespräch mit dem US-Botschafter Dodd am 31. März forderte von Neurath, die US-Regierung möchte eine öffentliche Erklärung abgeben, in der sie sich gegen die anti-deutschen Propaganda- und Boykottmaßnahmen ausspricht. Er ließ dabei durchblicken, daß der geplante Boykott jüdischer Geschäfte, der für den folgenden Tag vorgesehen war, dann abgeblasen würde. (42)

Generalkonsul Wolff und die Rolle Palästinas

In Anbetracht der Notwendigkeit, die Ausfuhren zu steigern, nahm die deutsche Regierung 1933 die internationale Boykottbewegung deutscher Waren ernst, obwohl ihr möglicher Einfluß auf den deutschen Außenhandel insgesamt beschränkt war. Die Furcht vor einem deutschen Warenrückgang auf den internationalen Märkten, auch auf denen des Nahen Ostens, beeinflußte die deutsche Regierung in ihrer Entscheidung, im Sommer 1933 mit zionistischen Vertretern das Haavara-Transferabkommen zu unterzeichnen. (43)

Zu Beginn der 30er Jahre begann der Nahe Osten im deutschen Außenhandel eine größere Rolle zu spielen. (44) Schachts Bemühungen, den deutschen Außenhandel von den Industriestaaten Westeuropas und Nordamerikas auf weniger industrialisierte Länder Europas, des Nahen Ostens und Südamerikas umzupolen, sind schon erwähnt worden. Diese Länder, die die deutschen Industriegüter benötigen und knapp an Devisen sein würden, wären in der Lage, diese Güter mit Rohstoffen zu bezahlen. Auf diese Weise würden sie dazu beitragen, Deutschlands bescheidene Geldreserven zu bewahren. Die deutschen Ausfuhren in den Nahen Osten gingen vor allem in den Irak, in den Iran und nach Ägypten, da diese Länder sowohl eine ziemlich große Bevölkerung hatten als auch von Großbritannien oder Frankreich verhältnismäßig unabhängig waren. Von 1933 bis 1936 verdoppelten sich die deutschen Einfuhren in den Irak. (45) Eine erhebliche Steigerung bei den Ausfuhren nach Ägypten waren in den ersten Jahren der NS-Herrschaft ebenfalls zu verzeichnen. (46) Zur gleichen Zeit gingen die Einfuhren aus diesen Ländern zurück, da der Nahe Osten insgesamt kein vorrangiges Rohstoffgebiet war. Hitler-Deutschland zeigte nie das geringste Interesse für das Nahostöl, dem einzigen Rohstoff dieser Gegend. Es bevorzugte stattdessen die näheren Quellen in der UdSSR und in Rumänien, eine stärkere Ausbeutung der beschränkten heimischen Vorräte sowie große Investitionen in der Herstellung von synthetischen Brennstoffen. (47) Ein Hinweis auf diese Haltung war Hitlers Zurückweisung eines Angebotes von König Ibn-Saud von Saudi-Arabien im Jahre 1933, Deutschland stärker an der Ölsuche und der Ausbeutung des saudischen Öls zu

beteiligen. Als Ausgleich bot Ibn-Saud dafür große Mengen an Öl. (48) Hitler sagte sich, daß Deutschland im Falle eines Krieges nie in der Lage wäre, seine Bohrrechte angesichts der britischen Vorherrschaft dort oder anderswo im Nahen Osten zu verteidigen. Deutschland sei auch nicht in der Lage, das notwendige Kapital aufzubringen, um in die neuen Bohrrechte zu investieren. (49) Derartige Probleme waren im Falle von Rumänien und der UdSSR nie aufgetaucht.

Palästinas Rolle in der deutschen Ausfuhrpolitik im Nahen Osten war in erster Linie durch seine Lage als jüdische Heimstatt sowie durch die schnelle Entwicklung des Landes durch die Zionisten bestimmt. Nach 1933 wurde der Zionismus zu einem Instrument, um die deutschen Ausfuhren zu fördern. Es war das Gleiche wie in der Weimarer Zeit. Kurzum, das nationalsozialistische Ziel, die Juden aus Deutschland zu verdrängen, konnte auch benutzt werden, um ein anderes Ziel zu fördern, nämlich die deutschen Ausfuhren nach Palästina und den übrigen Nahen Osten zu steigern.

Nachdem die jüdische Einwanderung nach Palästina 1928 ihren niedrigsten Stand erreicht hatte, begann sie 1929 wieder zuzunehmen und erhöhte sich zwischen 1930 und 1933 infolge der Wirtschaftskrise in Europa und anderswo beachtlich. (50) Palästina wurde von der Weltwirtschaftskrise kaum getroffen, da ständig neue jüdische Einwanderer und verstärkt jüdisches Kapital ins Land kamen. (51) Die ehrgeizigen Aufbau- und Entwicklungspläne, die sich daraus ergebenden Arbeitsplatzmöglichkeiten sowie das hereinströmende Kapital, um all dies zu bezahlen, machten aus Palästina ein Land des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Zeitschrift "Industrie und Handel", Berlin, brachte 1933 einen Bericht, der von deutschen Handelskreisen in Haifa verfaßt worden war. Dieser Bericht wurde auch in der "Vossischen Zeitung" sowie in der "Jüdischen Rundschau" veröffentlicht. (52) Der Bericht stellte fest, daß Palästina ein Land starken Aufschwunges sei und als Insel in der weltweiten Wirtschaftskrise angesehen werde. Der Bericht stellte weiter fest, daß Palästina ein wichtiger Kunde für Maschinen, Röhren, Kraftfahrzeuge, Pumpen und Baumaterial sei, und daß Deutschland, das traditionsgemäß eines der führenden Einfuhrländer für Palästina sei, alle Anstrengungen unternehmen müsse, um seine Handelsstellung zu halten und zu verbessern.

Wie in Europa und Amerika so wurden auch in Palästina und in den anderen Ländern des Nahen Ostens gelegentlich anti-deutsche Boykottmaßnahmen durchgeführt. Am 28. März ließ Generalkonsul Wolff in Jerusalem dem AA in Berlin eine Warnung zukommen, in der er zum Ausdruck brachte, daß die Stimmung für Boykottmaßnahmen gegen deutsche Waren wachse. (53) Mehrere deutsche Firmen mit Handelsverbindungen nach Palästina äußerten ihre Beunruhigung über die wachsende Boykottstimmung. (54) Aktionsgruppen verteilten in Palästina Flugblätter und forderten die Leute auf, deutsche Erzeugnisse, Filme usw. zu boykottieren. (55)

Die Boykottstimmung innerhalb der jüdischen Bevölkerung Palästinas war keineswegs einheitlich, vielleicht noch uneinheitlicher als in anderen Ländern. Die Minderheit der revisionistischen Zionisten war der glühendste Verfechter der Boykottbewegung, während die meisten Neuankömmlinge aus Deutschland dagegen waren, wohl weil sie hofften, sie könnten einige Verbindungen nach Deutschland aufrechterhalten, um auf diese Weise zumindest einiges von ihrem Besitztum nach Palästina verbringen zu können. (56) Die meisten politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen in Palästina waren überzeugt, daß Zusammenarbeit und Verhandlungen mit der NS-Führung statt Konfrontation der beste Weg seien, um Juden und Teile ihres Eigentums sicher aus Deutschland herauszubekommen. Auf diese Weise sei etwas in der an für sich hoffnungslosen Lage zu retten. Neben den revisionistischen Zionisten und den Mehrheitszionisten, vor allem in den USA, gab es in der Regel eine Kluft zwischen Zionisten und Nicht-Zionisten in Europa und Amerika hinsichtlich der Frage eines Boykotts deutscher Waren. Mit gewissen Ausnahmen auf beiden Seiten neigten Nicht-Zionisten zum Boykott, weil sie hofften, ihr Druck würde dazu beitragen, die jüdischen Rechte in Deutschland wiederherzustellen. Die Mehrheitszionisten dagegen waren bereit, die mißliche Lage in Deutschland hinzunehmen und dafür zu arbeiten, die bestmöglichen Bedingungen für eine geordnete Auswanderung der Juden zu erreichen. Viele Juden würden nach Palästina kommen und mit gleich welchem Besitz dazu beitragen, die jüdische Heimstatt aufzubauen. Dies konnte nur durch eine Zusammenarbeit mit dem Regime in Berlin erreicht werden. Sam Cohen von Hanotaiah Ltd. in

Tel Aviv, einer Privatgesellschaft für den Anbau von Zitronen, hatte im März 1933 mit dem Wirtschaftsministerium in Berlin ein Abkommen ausgehandelt. Es sah vor, für den Gegenwert von einer Million Reichsmark, die deutschen Juden gehörten, Ausrüstung für Zitronenanlagen nach Palästina zu bringen, um sie auf dem dortigen Markt zu verkaufen. (57) Für die Zionisten in Palästina stellten die deutschen Juden mit ihrem Besitz, der in Form von Waren nach Palästina verbracht werden konnte, ein Antriebsmittel für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar. Diese Überlegung wurde auch vom 18. Weltkongreß der Zionisten im August/September 1933 in Prag anerkannt. Dort wurden Entschließungen zur Unterstützung des weltweiten Boykotts Deutschlands in Anbetracht der Transferverhandlungen zurückgewiesen. (58)

Neben den zionistischen Führern in Palästina war der deutsche Generalkonsul in Jerusalem Heinrich Wolff (November 1932 bis September 1935) ein eifriger Befürworter des Transferabkommens. Er setzte sich dafür ein, die Auswanderung der deutschen Juden mit Hilfe eines Transferabkommens so leicht wie möglich zu gestalten. Er versuchte auch, dieses Abkommen auf andere Länder des Nahen Ostens auszudehnen. Er war ein eifriger Anhänger der zionistischen Sache und hing dem Traum einer möglichen Versöhnung zwischen einem jüdischen Staat in Palästina und dem nationalsozialistischen Deutschland nach. Seine Ansichten entsprachen genau jenen der Führungsschicht der Weimarer Republik. Er strebte jene Art von politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit zwischen Deutschland und einem jüdischen Palästina an, wie sie in den 20er Jahren verfolgt worden war. (59) Es ist zweifelhaft, ob er die neue Führung in Deutschland oder die Natur des sie bewegenden Antisemitismus völlig verstand. Obwohl Wolff ein entschiedener Gegner der antisemitischen Politik des NS-Regimes blieb, versuchte er das Nichtversöhnbare zu versöhnen, indem er dem Druck des AA nachgab und um Aufnahme in die NSDAP nachsuchte. Sein Gesuch wurde abgelehnt und im September 1935 wurde er aus dem aktiven Diplomatendienst entlassen, weil seine Frau Jüdin war. (60)

Ende 1933 begann Wolff seine mühseligen Bemühungen, eine Übereinkunft zu erzielen, die sowohl den Zionisten als

auch dem NS-Regime zusagte. Diese Übereinkunft sollte eine geordnete und friedliche Auswanderung der Juden aus Deutschland sichern und gleichzeitig die weltweite Boykottbewegung gegen deutsche Waren beenden. Am 24. April warnte Wolff Berlin erneut vor Boykottneigungen in Palästina und, in weit stärkerem Maße, auch in Großbritannien und in den USA. (61) Er warnte vor Gegenmaßnahmen gegen die Juden in Deutschland — z. B. der kurze anti-jüdische Boykott vom 1. April. Er machte auch darauf aufmerksam, daß solche Handlungen Deutschland in eine schädliche wirtschaftliche Konfrontation mit den westlichen Regierungen, vor allem mit Großbritannien und den USA, stürzen würden. Weiterhin riet er Berlin, eine eigene Propagandaoffensive zu starten, um der Welt zu beweisen, daß die jüdische Frage in Deutschland auf positive und sinnvolle Weise gelöst werde.

Wolff glaubte, daß eine Politik, die den Juden nicht feindlich gesinnt wäre, dem Ziel, die Juden zur Auswanderung aus Deutschland zu ermutigen und den deutschen Außenhandel zu sichern, am besten dienen würde. Ende April schickte er einen längeren Bericht nach Berlin mit seinen Vorstellungen, wie Deutschland durch eine Übereinkunft mit dem Zionismus seine Ziele erreichen könnte. (62) Es hat den Anschein, daß Wolff mit Sam Cohen und Hanotaiah Ltd. schon Pläne entwickelt hatte, um Cohens beschränktes Transferabkommen vom März in einen umfassenderen Plan umzuwandeln, mit dessen Hilfe eine große Zahl deutscher Juden nach Palästina auswandern könnte. Und dies unter Bedingungen, die für die deutsche Regierung wie für die deutsche Wirtschaft günstig waren. In seinem Bericht vom 25. April sagte Wolff, Deutschland müsse an jedem Plan, der nicht nur die Ausfuhr deutscher Güter nach Palästina und den Nahen Osten fördern, sondern auch gleichzeitig die Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina und Palästina erleichtern würde, ein echtes Interesse haben. Nachdem er die Tätigkeit von Hanotaiah Ltd. bei der Einfuhr ausländischer Waren sowie bei verschiedenen Entwicklungsvorhaben, vor allem in der Landwirtschaft, dargestellt hatte, teilte Wolff mit, Hanotaiah sei bereit, weitere erforderliche Waren aus Deutschland einzuführen, so daß die Firma beim Transfer von Juden und jüdischem Besitz nach Palästina von Nutzen sein könnte. Wolffs Plan sah vor, daß die nach

Palästina ausgeführten Waren mit jüdischem Besitz oder Reichsmark in Deutschland und nicht mit Devisen, die Deutschland so dringend benötigte, bezahlt würden. Andererseits löste er damit teilweise das Problem der jüdischen Auswanderung in einer Art, die vermied, daß riesige Kapitalmengen das Land fluchtartig verlassen würden, was bei einem solchen Auswanderungsvorgang eine normale Begleiterscheinung ist. Eine solche Lage wäre für Deutschland, das an Kapitalmangel litt, schädlich gewesen.

Wie die meisten Verantwortlichen in Berlin, hatte auch Wolff Angst vor den möglichen Folgen eines weltweiten antideutschen Boykotts. Er glaubte, daß durch eine Verständigungspolitik mit den Juden und dem Zionismus in Deutschland die deutsche Regierung die Auswirkungen der Boykottmaßnahmen neutralisieren, gleichzeitig die deutschen Ausfuhren in den Nahen Osten fördern und günstige Bedingungen für die Auswanderung der deutschen Juden schaffen könnte. Wolff spürte, daß Palästina in einer einzigartigen Lage war, Berlin die Mittel in die Hand zu geben, um diese Ziele zu erreichen. Er war sich seiner Sache, daß Palästina die Waffe gegen die Boykottbewegung wenden könnte, besonders sicher. (65)

Die deutsche Regierung und das Haavara-Transferabkommen von 1933

Der ursprüngliche Gedanke eines Transferabkommens zwischen Deutschland und den zionistischen Verantwortlichen in Palästina geht noch auf die Zeit vor der Machtübernahme Hitlers zurück. 1931 verbot die Regierung Brüning wegen der Weltwirtschaftskrise den Abzug von Kapital aus Deutschland. 1932 leitete Cohen von Hanotaiah Ltd. Verhandlungen mit der deutschen Regierung ein in der Absicht, einige deutsche Juden, die nach Palästina auswandern wollten, in die Lage zu versetzen, zumindest einiges von ihrem Besitz mitzunehmen. (64) Hanotaiah hatte 1932 vor, für einige deutsche Juden Apfelsinenpflanzungen in Palästina anzulegen und dafür die

notwendigen Maschinen und sonstige Ausrüstung in Deutschland mit Hilfe gesperrter jüdischer Gelder zu kaufen. Die Verhandlungen wurden nach der Machtübernahme durch Hitler fortgesetzt in der Meinung, daß die Ausfuhr deutscher Güter den deutschen Juden bei ihrer Absicht, sich in Palästina anzusiedeln, helfen würde. Hanotaiah glaubte auch, die Entwicklung der jüdischen Heimstatt würde durch die Investitionen der deutschen Juden in Palästina vorangetrieben. Cohens Bemühungen endeten mit der oben beschriebenen beschränkten Übereinkunft, die im März 1933 vom Wirtschaftsministerium unterzeichnet wurde.

Während das zionistische Interesse an einer Übereinkunft mit Deutschland ursprünglich von Deutschlands widrigen Wirtschaftsbedingungen angeregt wurde, verlangten die 1933 eingeleiteten anti-jüdischen Maßnahmen einen ehrgeizigeren Plan zur Rettung der deutschen Juden vor einem ungewissen Schicksal. Wie zuvor schon ausgeführt, gingen viele zionistische Verantwortliche in Palästina und in Deutschland an die jüdische Frage in der Absicht heran, eine für die Juden nachteilige Lage zu stabilisieren. Sie hofften auf eine geordnete Auswanderung nach Palästina. Die Nicht-Zionisten, vor allem außerhalb von Deutschland, hegten in erster Linie flüchtige Hoffnungen, die Rechte der deutschen Juden durch die Boykottbewegung wiederherstellen zu können. Die meisten Zionisten gingen von der Voraussetzung aus, daß die deutschen Juden auf verlorenem Posten stünden, und daß die Auswanderung nach Palästina ihre einzige Möglichkeit wäre. Die Lage in Deutschland wurde auch als eine positive Antriebskraft für die zionistischen Bemühungen in Palästina angesehen, als eine Möglichkeit, das tradionellerweise liberale und anpassungsbereite deutsche Judentum für den Zionismus zu gewinnen, wie Kurt Blumenfeld, der Vorsitzende der ZVfD, im April 1933 feststellte: "Nichtsdestoweniger besteht heute eine einzigartige Möglichkeit, die deutschen Juden für die Sache des Zionismus zu gewinnen. Wir haben jetzt die Verpflichtung, in einer informativen und überzeugenden Art zu handeln."(65) Generalkonsul Wolff berichtete von der praktischen Einstellung, die von vielen Juden in Palästina gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen wurde: "Selbst hier haben sie ... sehr schnell die Möglichkeiten für den Zionismus und

die Entwicklung Palästinas erkannt, die sich aus der üblen Lage der deutschen Juden ergeben." (66)

Die zionistische Politik in Deutschland wurde in einer Denkschrift, die Hitler am 22. Juni 1933 zuging, zusammengefaßt. (67) Die Denkschrift überging die Gleichstellung der deutschen Juden im 19. Jahrhundert als Ursache für die jüdische Frage in Deutschland. Vielmehr schien sie ein gewisses Maß an Sympathie für die völkischen Grundsätze des Hitler-Regimes zum Ausdruck zu bringen und stellte fest, daß der Zionismus mit diesen Grundsätzen auf folgende Weise in Einklang zu bringen sei:

"Der Zionismus glaubt, daß die Wiedergeburt des nationalen Lebens eines Volkes, wie sie sich nun in Deutschland auf christlicher und nationaler Grundlage vollzieht, auch für das jüdische Volk kommen wird. Auch für das jüdische Volk müssen Abstammung, Religion, gemeinsames Schicksal und ein Sinn für Einzigartigkeit von entscheidender Bedeutung für seine Existenz sein. Dies erfordert die Ausschaltung des ichsüchtigen Individualismus der liberalen Zeit und seine Ersetzung durch einen Sinn für die Gemeinschaft und die kollektive Verantwortung."

Die Denkschrift entwarf weiterhin Pläne zur Schaffung einer jüdischen Heimstatt in Palästina auf der Grundlage der Einwanderung von Juden aus Deutschland und Osteuropa. Sie schloß mit der Verdammung sämtlicher weltweiter anti-deutscher Prpopaganda und Boykottmaßnahmen. Sie wies auch darauf hin, daß die Interessen des neuen Deutschland und die des Zionismus nicht unvereinbar sind, und daß eine aktive Zusammenarbeit von gegenseitigem Vorteil sei. Dies heißt nicht, daß die Zionisten die Bedingungen hinnahmen, unter denen die deutschen Juden nun zu leben gewungen waren. Die zionistische Strategie zielte sicherlich darauf ab, die NS-Führung zu besänftigen, um die Zusammenarbeit mit der Regierung zu erhalten und um die noch in Deutschland lebenden Juden zu schützen. (68) Andererseits war es schon immer ein Ziel der Zionisten gewesen, die traditionelle Anpassungsneigung der deutschen Juden zu neutralisieren, einen neuen Sinn für eine eigene jüdische Identität und Gemeinschaft zu wecken und sie in die zionistischen Bemühungen, in Palästina eine jüdische Heimstatt zu schaffen, einzubinden.

In der ersten Zeit verfolgte die von den Nazis beherrschte Koalitionsregierung gegenüber der jüdischen Bevölkerung eine verhältnismäßig vorsichtige Politik. (69) Konzentrierte Anstrengungen gegen den politischen Gegner beherrschten die Tagesordnung, während die Juden zum Großteil aus dem Spiel gelassen wurden. Im März kam es jedoch durch die SA zu vermehrten Gewalttätigkeiten in ganz Deutschland gegenüber den Juden. Darauf folgte der kurze anti-jüdische Boykott vom 1. April und eine Flut von anti-jüdischer Gesetzgebung. Die Maßnahmen, die vom Regime ergriffen wurden, um die Juden im Berufs- und Kulturleben genauso wie in gewissen Bereichen der Wirtschaft auszuschalten, führten für Tausende von Juden zum Verlust ihres Lebensunterhaltes und folgerichtig zu einem dramatischen Anstieg jüdischer Auswanderung. Anfänglich war es eine kopflose Flucht in Richtung Reichsgrenze, eine Art plötzlicher Fluchtbewegung, die man eigentlich nicht als Auswanderung bezeichnen konnte. (70)

Die unkontrollierte Gewalttätigkeit wie die nachteiligen Maßnahmen gegen die Juden drohten sich auf die schwache deutsche Wirtschaft, auf die Regierungsbemühungen um eine völlige wirtschaftliche Gesundung und auf Deutschlands wirtschaftliche und politische Beziehungen mit der Außenwelt, auszuwirken. Man kam auch zur Erkenntnis, daß die deutschen Juden nicht einfach durch Terror zum Verlassen des Landes gezwungen werden konnten. Der Auswanderungsprozeß war kompliziert und erforderte eine Organisierung und geordnete Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Juden in einer Art und Weise das Land verlassen, die für die politischen und wirtschaftlichen Interessen des neuen Deutschland am nützlichsten war.

So gut die Pläne für die jüdische Auswanderung auch ausgearbeitet waren, doch konnten sie die Wirklichkeit nicht außer Acht lassen, welche eine Auswanderung in den 30er Jahren besonders schwierig machte. (71) Die Wirtschaftskrise und die sich daraus ergebende hohe Arbeitslosenrate machte Aufnahmeländer zurückhaltend und unwillig, ihre Tore einem Einwandererstrom zu öffnen. Die Lage ermutigte sie, strenge Einwanderungsquoten aufrecht zu erhalten. Ein weiteres Hindernis war der berufliche und gesellschaftliche Hintergrund der Mehrheit der deutschen Juden. Sie waren meist Angehörige der Mittelschicht - Geschäftsleute und Freiberufler. Diese Berufe

waren in den meisten Aufnahmeländern nicht gefragt. Die antisemitische Politik der osteuropäischen Regierungen verstärkte die Zahl jüdischer Flüchtlinge, die nach einer neuen Heimat suchten, so daß die Einwanderungsquoten in den Aufnahmeländern schnell erreicht waren. Die tiefe Verwurzelung der meisten deutschen Juden in Deutschland und ihr Widerwille, ihr Heimatland zu verlassen, machte es dem Regime schwierig, sein Ziel eines *judenfreien* Deutschland zu erreichen. Bis Ende der 30er Jahre herrschte unter den deutschen Juden die Hoffnung, daß das NS-Regime verschwinden und die Stellung der Juden sowie ihre Rechte wiederhergestellt würden. Deutschlands wirtschaftliche Lage in den 30er Jahren war vielleicht das unmittelbare Hindernis für eine geordnete und schnelle Auswanderung. Um von einem neuen Land aufgenommen zu werden, mußten die Einwanderer eine gewisse Summe Geld haben, um die Einwanderungsbedingungen erfüllen zu können und um nicht zu Almosenempfängern in ihrem neuen Heimatland zu werden. Die Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs in Deutschland nach 1931 machten es für die meisten Juden überaus schwierig, die Einwanderungsbedingungen vieler Aufnahmeländer zu erfüllen, sofern sie nicht schon Besitz im Ausland besaßen.

Palästina bot eine einzigartige Möglichkeit, einige dieser Hindernisse in den ersten fünf Jahren der NS-Herrschaft zu vermeiden. So lange Einwanderer und Kapital ins Land strömten, blieben die wirtschaftliche Tätigkeit und der Beschäftigungsgrad hoch. Obwohl die britische Mandatsverwaltung 1931 als Folge der gewalttäigen Unruhen der Jahre 1929 und 1930 eine Beschränkung der Einwanderung und eine Quotenregelung anordnete, blieb Palästina fast ausschließlich ein Einwanderungsziel für Juden. Im Gegensatz zur Lage in anderen Aufnahmeländern, vor allem in Nordamerika, mußten die Juden in Palästina nicht mit anderen Einwanderergruppen wegen der Quotenregelung konkurrieren. Schließlich schufen die zionistischen Entwicklungspläne und die ständige wirtschaftliche Ausdehnung in Palästina eine Nachfrage nach eingeführten Fertigwaren, die es in Europa und Nordamerika nicht gab. Palästina konnte daher Einwanderer mit ihrem Besitz in Form deutscher Einfuhrwaren aufnehmen, während der Großteil des Kapitals der Einwanderer in Deutschland verbleiben mußte.

Im Mai und Juni 1933 haben sowohl Hanotaiah Ltd. als auch Generalkonsul Wolff Druck gemacht, um eine größere Transferübereinkunft zu erreichen. Wolff sandte eine Unmenge Briefe und Berichte nach Berlin und unterstrich erneut die Gefahren eines jüdischen Boykotts gegen Deutschland sowie die möglichen Vorteile für deutsche Ausfuhren nach Palästina. (73) In einem persönlichen Brief an den Leiter der Orient-Abteilung im AA, Kurt Prüfer, forderte Wolff die Unterstützung des AA für die Bemühungen Sam Cohens, ein umfassendes Transferabkommen mit dem Wirtschaftsministerium auszuhandeln. Er führte aus, dies sei der einzige Weg, wirksam gegen die Boykottbewegung vorzugehen. (74) In einem Schreiben an das Wirtschaftsministerium drei Tage zuvor hatte das AA seine Übereinstimmung mit den Ansichten Wolffs zum Ausdruck gebracht. (75) Das Wirtschaftsministerium, das schon in Verhandlungen mit Cohen und Hanotaiah stand, wurde inständigst gebeten, sich die Ansichten Wolffs zu eigen zu machen.

Das AA und das Wirtschaftsministerium mit seiner Unterabteilung Reichstelle für Devisenbewirtschaftung sowie der Reichsbank waren die Stellen, die mit der Förderung und Verwirklichung des Abkommens, das sich möglicherweise abzeichnete, zu tun hatten. Während Geld- und Wirtschaftsfragen in die Entscheidungsgewalt der beiden letzteren fielen, beschäftigte sich das AA selbst mit den Rückwirkungen der Ansiedlung zahlreicher deutscher Juden in Palästina auf die deutsche Außenpolitik, auf die Wirtschaftspolitik und den Außenhandel in Palästina und im Nahen Osten wie auch auf die Boykottbewegung gegen deutsche Waren, vor allem in den angelsächsichen Ländern. Das AA akzeptierte die Bedeutung Palästinas für die Förderung der jüdischen Auswanderung und glaubte, daß wirksame Auswanderungsmaßnahmen in deutschem Interesse seien, und daß eine Übereinkunft mit der zionistischen Verwaltung in Palästina auf die deutschen Ausfuhren in den Nahen Osten eine günstige Auswirkung haben würde. (76) Außenminster von Neurath blieb in seiner ganzen Amtszeit ein nachhaltiger Vertreter des Gedankens eines Transferabkommens. (77) Die Rolle des AA in Berlin, sowie insbesonders die von Generalkonsul Wolff in Jerusalem, ein umfassenderes Transferabkommen mit Cohen zu erreichen, kann nicht überschätzt werden. Beider Einfluß auf das Wirtschaftsministerium wird

durch ein Schreiben Dr. Hans Hartensteins an das AA vom 22. Juli deutlich. (78)

Das Wirtschaftsministerium unter Alfred Hugenberg und die Reichsbank unter Hjalmar Schacht waren für die Vorstellungen von Cohen und Generalkonsul Wolff zugänglich und sagten ihre Unterstützung bei einem solchen Abkommen zu. (79) Die Verhandlungen zwischen Sam Cohen von Hanotaiah Ltd. und Dr. Hartenstein von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung begannen irgendwann im Mai 1933 in Berlin. Es hat den Anschein, als seien Mitte Mai die Grundlagen für eine Übereinkunft gelegt worden. Dies wird in einem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 19. Mai an Hanotaiah Ltd. in Tel Aviv bestätigt. (80) Die Verhandlungen gingen unter Hugenbergs Nachfolger Dr. Schmitt weiter und fanden im Juli in einer vorläufigen Übereinkunft ihren Niederschlag. Die Übereinkunft wurde in einem weiteren Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 18. Juli an Hanotaiah Ldt. sinngemäß wie folgt umrissen:

> "Jüdische Auswanderer, die mit einem Teil ihres Besitzes in Form eines Kreditbriefes (1000 Palästina-Pfund), den die Einwanderungsbehörden verlangen, in Palästina ein neues Leben aufbauen wollen, erhalten von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung auf Antrag die Erlaubnis, einen angemessenen Betrag auf ein Sonderkonto der Reichsbank einzuzahlen, welches diese für die Anglo-Palästina-Bank und die Bank der Tempelgesellschaft einrichten wird. Deutsche Staatsbürger jüdischer Abstammung, die noch nicht auswandern können, aber zur Auswanderung nach Palästina entschlossen sind und an der Entwicklung Palästinas teilhaben wollen, können die gleiche Erlaubnis erhalten. Die hier zu ihren Gunsten eingezahlten Beträge werden ihnen zu den üblichen Geschäftsbedingungen gutgeschrieben und den Einwanderern zur Verfügung gestellt. Sie werden die Summen auf Sonderkonten zur Verfügung haben, um die zukünftigen Ausfuhren deutscher Fertigwaren nach Palästina zu bezahlen, sobald die entsprechenden deutschen Firmen die Rechnungen ausgestellt haben. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß Sie in Verbindung mit der ZVfD in Deutschland, Meineckestr. 10, in Berlin, ein Büro eröffnen, das für die Regelung der hiesigen Einzahlungen zuständig ist." (81)

Dieses Abkommen sah nur einen Transfer von insgesamt drei Millionen Reichsmark vor. Man ließ jedoch die Möglichkeit für eine zukünftige Erhöhung der Summe offen.

Eine Untersuchung dieses Abkommens ist nicht erforderlich, da es schon einen Monat später durch ein neues Abkommen, in dem wenig geändert wurde, ersetzt wurde. Die zionistische Führung in Deutschland und die zionistischen Stellen in Palästina hatten für Cohens Vorgehen und seine Verhandlungen mit dem deutschen Wirtschaftsministerium Interesse bekundet. Sie machten sich Sorgen, daß eine private Gesellschaft, Hanotaiah Ltd., das Instrument werden sollte, mit dessen Hilfe jüdisches Eigentum nach Palästina verbracht würde, und daß auf diese Weise Hanotaiah Ltd. eine Monopolstellung einnehmen würde. (82) Im Rahmen einer Begegnung am 7. August in Berlin zwischen Vertretern des Wirtschaftsministeriums, Sam Cohen von Hanotaiah Ltd., Herrn Hoofien von der Anglo-Palästina Bank in Tel Aviv, Dr. Arthur Ruppin von der Jüdischen Agentur für Palästina und Vertretern der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) kam man überein, in Palästina unter Vorsitz von Hoofien eine öffentliche Gesellschaft zu gründen, welche den Verkauf deutscher Waren sowie die Auszahlung des Kapitals an die in Palästina ankommenden Einwanderer von Hanotaiah Ltd. übernehmen würde. (83) Das Wirtschaftsministerium förderte diesen Schritt als noch wirksameren Beitrag, um den anti-deutschen Boykott aufzuheben und gleichzeitig die jüdischen Palästina-Auswanderer zu entschädigen, ohne daß dies zu einem Verlust für die deutsche Wirtschaft führte. (84) Die Anglo-Palästina Bank in Tel Aviv wurde als zuständige Instanz für alle Angelegenheiten anerkannt, die mit dem Transfer jüdischen Besitzes nach Palästina zusammenhängen. Zusammen mit Hanotaiah Ltd. und anderen Einrichtungen in Palästina gründete sie einen besonderen Trust, der als Haavara-Trust oder als Haavara Company Ltd. bekannt ist.

Die letzten Einzelheiten des Transferabkommens zwischen dem Wirtschaftsministerium und den zionistischen Vertretern in Deutschland und in Palästina wurden in Schreiben des Wirtschaftsministeriums an die Anglo-Palästina Bank vom 10. August, von Hoofien an das Wirtschaftsministerium vom 22. August und in einem letzten Schreiben des Wirtschaftsministeriums

an Hoofien vom 25. August festgelegt. (85) Am 28. August sandte das Wirtschaftsministerium ein Rundschreiben an alle Devisenbewirtschaftungsstellen und unterrichtete sie von dem unlängst geschlossenen Abkommen mit den zionistischen Stellen. (86) Das Rundschreiben enthielt Deutschlands Beweggründe für den Abschluß dieses Abkommens. Es heißt darin:"Um die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina über die Auszahlung entsprechender Summen zu fördern, ohne daß dadurch die Devisen der Reichsbank in Mitleidenschaft gezogen werden, und um gleichzeitig die deutschen Ausfuhren nach Palästina zu steigern, wurde auf der Grundlage folgender Grundsätze mit den verantwortlichen jüdischen Agenturen ein Abkommen geschlossen." Das Rundschreiben beschreibt weiter den Rahmen und die Ausführungsbestimmungen des Abkommens. Es wurden zwei Verrechnungsstellen eingerichtet. Eine in Deutschland, die als Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH bekannt wurde; die andere in Palästina hieß Trust and Transfer Office Haavara Ltd. (Trust- und Transferbüro Haavara Ltd.). Dies geschah in Zusammenarbeit mit zwei jüdischen Banken, dem Bankhaus Warburg und Co. in Hamburg und dem Bankhaus A. E. Wassermann in Berlin. Warburg und Co. waren verantwortlich für die Übernahme des Besitzes jüdischer Auswanderer, ehe sie Deutschland verließen. Das Bankhaus Wassermann hatte die Aufgabe, die Einwanderer bei ihrer Ankunft in Palästina mit einem Teil ihres gesperrten Kapitals in palästinensischer Währung, mit eingeführten deutschen Waren oder mit Besitz irgendwo in Palästina zu versorgen. Gesperrte jüdische Guthaben bis zu einer Höhe von 50.000 Reichsmark wurden auf ein besonderes Haavara-Konto bei der Reichsbank in Deutschland eingezahlt. Palästinensische Importeure, die Waren in Deutschland kaufen wollten, zahlten den Gegenwert in Palästina-Pfund bei der Anglo-Palästina Bank ein, welche die Bankgeschäfte der Haavara Ltd. in Palästina erledigte. Es wurde vereinbart, daß eine Teilzahlung in Palästina-Pfund erfolgte, so daß Deutschland über die durch Haavara ausgeführten Waren zu einigen Devisen kam. Die Waren wurden in Reichsmark durch Überweisung von den gesperrten jüdischen Konten auf das Sonderkonto I bei der Reichsbank oder in palästinensischer Währung bezahlt. Die Auswanderer wiederum erhielten bei ihrer Ankunft in Palästina von Haavara Ltd. einen Teilersatz für ihre gesperrten Guthaben. Dieser

Ausgleich kam aus dem Rest der durch die palästinensischen Importeure eingezahlten ursprünglichen Kaufsummen für aus Deutschland eingeführte Waren.

Jüdische Einwanderer erhielten nie den völligen Gegenwert für ihre in Deutschland gesperrten Guthaben. Dies hätte einen größeren Umfang des Kaufes deutscher Waren durch palästinensische Importeure erforderlich gemacht, um den Transfer umfangreicherer jüdischer Guthaben zu ermöglichen. Dies war in Anbetracht des verhältnismäßig geringen Umfanges der palästinensischen Wirtschaft nicht möglich. Das ursprüngliche Abkommen erlaubte nur den Transfer von drei Millionen Reichsmark in Form deutscher Waren. Wenn die Obergrenze erreicht wurde, wurde es von Zeit zu Zeit erneuert. Das Wirtschaftsministerium war sich der Tatsache bewußt, daß trotz der Steigerung der Ausfuhren als Folge des Abkommens diese Ausfuhren etwa nur die Hälfte ihres Wertes an Devisen einbrachten, die Deutschland zur Zahlung seiner Rohstoffeinfuhren brauchte. Bei ihrer Ankunft in Palästina erhielten die jüdischen Einwanderer mindestens 1000 Palästina-Pfund (12.500 RM). Die britischen Mandatsbehörden verlangten diese Summe für die sogenannte Kapitalistenklasse unter den Einwanderern, die nicht der Quotenregelung unterlagen. Und in vielen Fällen lagen die geforderten Summen darüber — bis zu 2000 Palästina-Pfund (25.000 RM). Der Betrag, den sie über den Grundbetrag hinaus erhielten, hing vom Umfang der deutschen Waren ab, die von Haavara bestellt wurden. (87) Bis zum September waren etwa 50.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert. Mehr als 100 Millionen RM aus gesperrten jüdischen Guthaben waren in Form deutscher Waren nach Palästina "transferiert" worden.

Die deutsche Seite hatte die Vorteile des Abkommens im Rundschreiben des Wirtschaftsministeriums vom 28. August umrissen. Die Auswanderung der Juden sollte ohne entsprechende Kapitalflucht gefördert werden. Die deutschen Ausfuhren würden steigen und in der deutschen Exportindustrie Arbeitsplätze schaffen, obwohl die Ausfuhren nicht den vollen Gegenwert an dringend benötigten Devisen einbrachten. Zur gleichen Zeit war man der Ansicht, man habe damit einen Keil in die internationale Boykottfront getrieben. In einem Kommentar nach dem Abschluß des Abkommens unterstrich das AA erneut

seine Hoffnung, daß die Boykottbewegung gegen Deutschland durch den Erfolg des Haavara-Abkommens aufgehoben werden könne. (89) Beide Seiten könnten weitere Vorteile erwerben, wenn das Haavara-Abkommen gegebenenfalls 1934 und 1935 auf die angrenzenden Länder Ägypten, Syrien und den Irak ausgedehnt würde. Jüdische als auch arabische Importeure jener Länder wurden durch Haavara ermutigt, über Haavara deutsche Waren zu niedrigeren, bezuschußten Preisen zu kaufen. Haavara genoß dabei die Unterstützung des AA in Berlin und der deutschen Auslandsvertretungen in jenen Ländern. (90) Berlin betrachtete die Versuche von Haavara, seine Tätigkeit in die Nachbarländer auszudehnen, als ausgezeichnete Maßnahme, die deutschen Ausfuhren in den Nahen Osten zu verstärken, während Haavara sich sagte, daß weitere deutsche Ausfuhren in den Nahen Osten zur Folge hätten, daß mehr gesperrte jüdische Guthaben in Deutschland zum Transfer nach Palästina freigegeben würden. (91)

Das Haavara-Abkommen begann im November 1933 zu funktionieren und dauerte als Instrument für die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina bis Dezember 1939. Seine Bedeutung ging in den Jahren 1938 und 1939 zurück, als Palästina als wünschenswertes Ziel jüdischer Auswanderung an Anziehungskraft verlor. Dies ging zurück auf die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit dem arabischen Aufstand von 1936 - 1939 sowie die darauf folgenden Einwanderungsbeschränkungen durch die britische Mandatsmacht, aber auch auf die Auswirkungen der strategischen und ideologischen Diskussionen in den Jahren 1937 und 1938 in Deutschland im Zusammenhang mit den Empfehlungen des Peel-Ausschusses — der Ausschuß empfahl einen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina-sowie auf die neue von der SS erzwungene Auswanderungspolitik der Jahre 1938 und 1939. (92) Diese Politik beinhaltete das schnelle Einziehen allen jüdischen Besitzes und die sofortige Ausweisung der deutschen Juden, unabhängig von den Einwanderungsmöglichkeiten des Auslandes. Die langsame, aber verhältnismäßig geordnete Auswanderung mit Hilfe des Haavara-Abkommens schien ein Zeitverlust zu sein. Diese Frage wird später abzuhandeln sein.

Die deutschen Ausfuhren nach Palästina nahmen als Ergebnis des Haavara-Abkommens zu. Deutschland stieg im Juni 1936

vom vierten Rang in der Reihe der Einfuhrländer im Jahre 1933 auf den zweiten Rang hinter Großbritannien im Juni 1936. Im Juni 1937 lag Deutschland mit 16,1% aller Einfuhren nach Palästina an erster Stelle. (93) Palästina blieb indes im gesamten deutschen Außenhandel ein verhältnismäßig kleiner Markt. Das Haavara-Abkommen trieb einen Keil in die weltweiten anti-deutschen Boykottmaßnahmen, indem es die Boykottneigungen unter den Zionisten beseitigte. Zur gleichen Zeit förderte es die verhältnismäßig geordnete Auswanderung deutscher Juden in einer Art, die den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Wirklichkeit des Deutschland der 30er Jahre entsprach. Für eine Zeitlang schien es, das Abkommen entspreche der NS-Ideologie und dem Ziel, die jüdische Bevölkerung aus Deutschland loszuwerden. Das Haavara-System wurde in der Debatte der Jahre 1937 und 1938 über die mögliche Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina ein Hauptfaktor. Über das, was Haavara zu dieser Möglichkeit beitragen konnte, an anderer Stelle mehr. Haavara bedeutete einen ersten Schritt in einem über sechs Jahre dauernden Vorgang, bei dem das Hitler-Regime den Zionismus und Palästina in unterschiedlichem Maße bei seinen Bemühungen benutzte, die sogenannte jüdische Frage in Deutschland durch Auswanderung zu lösen.

4. Die Verbindungen mit dem Zionismus 1933 - 1937

Die Haltung des deutschen Außenministeriums

Das Haavara-Transferabkommen vom August 1933 brachte Palästina in der Auswanderungspolitik der deutschen Regierung in eine einzigartige Lage. Es bedeutete, daß man der Auswanderung nach Palästina gegenüber anderen Zielländern, vor allem solchen in Europa, den Vorzug geben würde. (1) Viele deutsche Juden bevorzugten natürlich Nachbarländer Deutschlands wie Frankreich, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Im allgemeinen bevorzugten sie europäische Einwanderungsländer gegenüber Palästina oder Südamerika, um in der Nähe von Deutschland zu sein, in der Nähe ihres Besitzes, ihres Geschäftes, ihrer Familie und ihrer Freunde, die sie zurücklassen mußten. (2) Viele waren der Meinung, der Hitlerismus ginge vorüber und sie könnten wieder nach Hause zurückkehren. Die deutsche Regierung war natürlich keinesfalls glücklich über die Aussicht, daß sich die deutschen Juden den jüdischen Gemeinschaften in den Nachbarländern anschlossen, die in die internationalen anti-deutschen Boykott- und Propagandamaßnahmen verwickelt waren. Die Auswanderung nach Palästina bedeutete die Umsetzung des Haavara-Abkommens, d.h. den Verkauf deutscher Waren nach Übersee, während die Guthaben jener Juden, die das Ende des Sturms in den Nachbarländern abwarten wollten, in Deutschland nur gesperrt blieben, und so für nichts zu benutzen waren.

Schon vor dem Abschluß des Haavara-Abkommens deutete das AA in Berlin seine Unterstützung für die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina an. In einem Schreiben an den preußischen Innenminister Anfang April 1933 schlug das AA vor, den deutschen Zionistenführern unbegrenzt Aus- und Einreisevisas zu geben, damit ihre Verbindungen mit den ausländischen Zionisten sowie ihr Einfluß auf sie gestärkt werden könnte. (3) Mit dem Haavara-Abkommen wurde Palästina in der deutschen Politik in den Jahren vor 1937 zum bevorzugten

Ziel jüdischer Auswanderung aus Deutschland. Referat Deutschland, die AA-Abteilung, die für jüdische Fragen zuständig war, vermerkte in einem Bericht vom September 1933, daß Palästina das bedeutendste und wichtigste Ziel jüdischer Auswanderung aus Deutschland ist und wird bleiben. (4) Im März 1937 wies Wilhelm Döhle, der Nachfolger Wolffs als Generalkonsul in Jerusalem, auf die Bedeutung hin, die das AA Palästina als dem bevorzugten Ziel jüdischer Auswanderung zwischen 1933 und 1937 beimaß. Während der Diskussion über die deutsche Palästina-Politik 1937 überprüfte er diese bis zu diesem Zeitpunkt. Er war der zionistischen Sache nicht in dem Maße zugetan wie Wolff. Döhle beschrieb die Politik dieser Zeit sinngemäß wie folgt: "All unsere Maßnahmen gingen von der Voraussetzung aus, die Auswanderung deutscher Juden zu fördern und diese Juden in Palästina anzusiedeln." (5)

Die deutsche Abordnung beim Völkerbund verfolgte weiterhin die gleiche freundliche Haltung gegenüber der britischen Mandatsmacht und den zionistischen Bemühungen in Palästina, bis sich Deutschland im Oktober 1933 aus dem Völkerbund zurückzog. Das deutsche Mitglied des Mandatsausschusses, Dr. Julius Ruppel, war von der Arbeit der Zionisten in Palästina beeindruckt. Seine Berichte nach Berlin im Frühjahr 1933 sind möglicherweise ein Beitrag zum Schritt des Auswärtigen Amts in Sachen Haavara gewesen. (6) Während der Völkerbunddebatte über Palästina Anfang Oktober 1933 sagte der deutsche Vertreter von Keller, seine Regierung unternehme jede Anstrengung, um die reibungslose Auswanderung der Juden nach Palästina zu sichern. (7)

Zumindest bis Anfang 1937 unterstützten alle Abteilungen des AA, die irgendwie mit Palästina und dem Nahen Osten zu tun hatten, die zionistische Auswanderung nach Palästina. Neben der schon weiter oben erwähnten Unterstützung durch von Neurath und von Bülow waren die drei aufeinanderfolgenden Leiter der Orient-Abteilung, Schmidt-Rolke (1933 - 1934), Pilger (1934 - 1937) und Hentig (1937 - 1940) in unterschiedlichem Ausmaß der zionistischen Tätigkeit günstig gesonnen. (8) Pilger, der nicht gerade ein eifriger Befürworter des Zionismus war, war dennoch zur Zusammenarbeit bereit und unterstützte die Politik des AA voll und ganz. (9) Im Sommer 1934 schloß sich Pilger den Bemühungen von Generalkonsul Wolff in

Jerusalem an, der jüdischen Palästina-Siedlung Nathanya über die Bankhäuser Wassermann und Warburg in Deutschland einen Betrag von 100.000 Palästina-Pfund zu leihen. (10) Das Geld sollte benutzt werden, um von deutschen Firmen Material und Maschinen für den Straßenbau, den Bau von Häusern und Fabrikanlagen zu kaufen. Das Geschäft sollte außerhalb des Haavara-Abkommens über die Bühne gehen. Dr. Werner-Otto von Hentig war ein sehr verläßlicher Förderer der zionistischen Sache nach 1937. Seine Haltung wird weiter hinten untersucht. Die Unterstützung des Zionismus durch Generalkonsul Wolff war größer als die Unterstützung anderer, Deutschen wie Juden. Wolff hoffte, aus der Dauerkluft zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem Weltjudentum das Beste zu machen. Wolff hatte die Hoffnung, die beiden zu versöhnen und sah den Zionismus als Schlüssel für eine solche Versöhnung an. 1934 versuchte er, einen hochrangigen Besuch des Auswärtigen Amts in Palästina zu erreichen, um auf diese Weise eine funktionierende Verbindung mit der jüdischen Heimstatt zu erreichen.

Die Orient-Abteilung des AA selbst befaßte sich mit den politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Palästina-Frage für die deutsche Außenpolitik. Sie beschäftigte sich mit dem anti-deutschen Boykott, der Förderung des deutschen Handels mit Palästina und dem Nahen Osten und den politischen Auswirkungen der zionistischen Auswanderung aus Deutschland auf die Beziehungen mit England und der arabischen Welt. Für das Referat D ging es in der Palästina-Frage in erster Linie um die Überlegung, inwieweit die zionistischen Bemühungen in Deutschland und Palästina die jüdische Auswanderung aus Deutschland fördern und auf diese Weise zur Lösung der jüdischen Frage in Deutschland beitragen könnten. Seine Aufgabe bestand darin, eine Brücke zwischen der Außen- und Innenpolitik zu bauen, insbesondere eine Brücke zwischen den ideologischen Forderungen der nationalsozialistischen Judenpolitik in Deutschland und den außenpolitischen Zielen des Hitler-Regimes. Darüberhinaus verteidigte es im AA die antisemitische Politik des Regimes. Gleichzeitig versuchte es sicherzustellen, daß die Außenpolitik des Reiches so formuliert wurde, damit sie jederzeit den Interessen der innenpolitischen Judenpolitik diente. (12) Mit dem Ziel der völligen Ausgliederung der

Juden aus Deutschland und ihrer möglichen Auswanderung in ein anderes Land gab es auch in den politischen und wirtschaftlichen Zielen der deutschen Außenpolitik in Palästina vor 1937 eine gewisse Übereinstimmung in der Beurteilung der innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkte der jüdischen Frage. Dies zeigte sich klar und deutlich in einem AA-Rundschreiben, das Vico von Bülow-Schwante vom Referat D im Februar 1944 verfaßt hatte und das an die deutschen Auslandsvertretungen ging. (13) Nachdem das Rundschreiben die innenpolitischen Maßnahmen gegen das Judentum in Deutschland bis zu diesem Zeitpunkt zusammengefaßt hatte, unterstrich es weiter die Logik einer pro-zionistischen Haltung. Darin heißt es:

> "Andererseits gibt es einen Teil der Juden, der die Möglichkeit einer Anpassung an das Gastvolk ablehnt und daher die Auswanderung und Sammlung der weltweit verstreuten Juden in einer eigenen politischen Gemeinschaft fördert. Diese Gruppe, und es handelt sich hier um die Zionisten, kommt den Zielen der deutschen Judenpolitik am nächsten. Die Auswanderung der deutschen Juden wird von nun an von der nationalsozialistischen Regierung nachhaltig gefördert. Insbesonders wird ein gewisser Betrag für den Geldtransfer für die Juden zur Verfügung gestellt, die bereit sind auszuwandern. Aus diesem Grunde arbeiten offizielle deutsche Regierungsstellen vorbehaltlos mit jüdischen Organisationen, vor allem in der Förderung der Auswanderung nach Palästina zusammen." (14)

1934 und 1935 hindurch arbeitete das AA weiterhin mit dem Innenministerium und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) zusammen, um sicherzustellen, daß der Zionismus in Deutschland bei seinen Bemühungen, den langsamen Auswanderungsprozeß nach Palästina zu organisieren, arbeitsfähig blieb. Die ZVfD wurde vom AA, dem Innenministerium und der Gestapo ermutigt, Abgesandte zum 18. Zionisten-Kongreß im August/September 1933 in Prag und zum 19. Zionistenkongreß zwei Jahre später nach Luzern zu schicken. (15) In beiden Fällen lag der Beweggrund darin, die deutschen Zionisten zu benutzen, um die wiederkehrenden anti-deutschen Boykott- und Propagandatendenzen im Ausland abzuschwächen. Auf beiden Kongressen wurden kämpferische anti-deutsche Entschließungen, die zu neuen Boykottmaßnahmen

und im Falle Luzern auch zu einer Beendigung des Haavara-Abkommens aufriefen, abgelehnt. (16) In einem Bericht an das AA in Berlin vom August 1935 über die Vorgänge in Luzern beschrieben die Abgesandten der deutschen Zionisten ihre Taktik wie folgt: "In unseren Bemühungen wurden wir von einer großen Zahl anderer Zionisten unterstützt. Sie sind wie wir der Auffassung, daß sich der Zionismus ausschließlich mit der Errichtung einer nationalen Heimstatt in Palästina beschäftigen muß und es sich nicht leisten kann, gegenüber Einzelstaaten eine politische Haltung einzunehmen."(17)

Der Vorschlag der Zionisten, dem das AA folgte, fand die Unterstützung des Justiz- und Innenministeriums. Letzteres war die Stelle, die für den tatsächlichen Vorgang der Auswanderung über die Reichstelle für das Auswanderungswesen verantwortlich war. Dr. Hans Frank, der bayrische Justizminister, deutete in einer Rede auf dem Nürnberger Reichsparteitag 1933 seine Unterstützung für den zionistischen Vorschlag, dadurch die Judenfrage in Deutschland zu lösen, an. (18) Dr. Bernhard Lösener, der Abteilungsleiter des Judenreferats im Innenministerium, war ein eifriger Befürworter des Zionistenvorschlages. In einem Artikel im Reichsverwaltungsblatt vom 23. November 1935 umriß er seinen Standpunkt wie folgt:

> "Wenn die Juden schon ihren eigenen Staat hätten, in dem die Mehrheit ihres Volkes lebt, dann könnte die jüdische Frage, auch für die Juden selbst, heute als völlig gelöst angesehen werden. Die Zionisten haben den geringsten Widerstand gegen die den Nürnberger Gesetzen zugrundeliegenden Überlegungen geleistet, weil sie sofort erkannten, daß diese Gesetze auch die einzige richtige Lösung für das jüdische Volk selbst bedeuten. Denn jedes Volk muß seinen eigenen Staat als äußere Ausdrucksform seiner besonderen Einheit als Volk haben." (19)

Die Rolle der SS

Im Rundschreiben von Bülow-Schwantes vom 28. Februar 1934 wird eine offensichtliche Interessengleichheit zwischen der nationalsozialistischen Judenpolitik und dem Zionismus

betont oder zumindest das, was zum damaligen Zeitpunkt viele maßgebliche Leute in Partei und Regierung als Interessengleichheit ansahen. Von Bülow-Schwante stellte die Bereitschaft der Zionisten heraus, die Ausgliederung der deutschen Juden und ihre mögliche Auswanderung nach Palästina zu fördern. Teil dieser Überlegungen war die Absicht, das zionistische Ziel der deutschen Juden zu unterstützen, so daß die durchweg liberalen und anpassungsbereiten deutschen Juden möglicherweise eine neue Vorstellung ihres nationalen und kulturellen Selbstverständnisses ins Auge fassen würden. Im September 1935 wies von Bülow-Schwante erneut auf die Vorteile hin, die deutschen Zionisten zu ermutigen: "Auf der Grundlage der deutschen Judenpolitik und ihrer außenpolitischen Auswirkungen gibt es keinerlei Gründe, die zionistischen Tendenzen in Deutschland zu unterbinden, da der Zionismus dem nationalsozialistischen Ziel, die Juden in Deutschland langsam auszuschalten, nicht widerspricht." (20)

Zionistische und andere jüdische Organisationen wurden vom Polizeiapparat, der in den Machtbereich von Himmlers SS fiel, geführt und kontrolliert. (21) Es muß daran erinnert werden, daß die SS erst nach 1938 anfing, die Kontrolle über die Judenpolitik im allgemeinen und die Auswanderungspolitik im besonderen an sich zu reißen. Mit dem Niedergang der SA im Jahre 1934 war die SS zum Hauptinstrument in der Ausführung und Durchsetzung der Judenpolitik des Dritten Reiches geworden. Während die SA-Taktik Boykottmaßnahmen und pogromähnliche Gewalttätigkeiten gegen die Juden beinhaltet hatte, suchte die SS eine Lösung der Judenfrage in verschiedenen Formen kontrollierter Auswanderung aus Deutschland. (22) Selbstverständlich war dies die Politik, die die 30er Jahre hindurch vom AA und anderen Regierungsstellen verfolgt wurde. (23)

Als die rassische Elite des NS-Systems und als die Parteiorganisation, die am meisten mit der völkischen Reinheit zu tun hatte, war es nur natürlich, daß der SS die Schlüsselrolle in der praktischen Durchführung der Judenpolitik zukam. Darüberhinaus war die SS als gesetzliche Polizeimacht und einziges Machtinstrument außerhalb der Wehrmacht, der natürliche Umsetzer der Judenpolitik zwischen 1933 und 1945. Ihre Polizeimacht gab der SS gegenüber anderen Parteirivalen (SA,

Goebbels, Rosenberg und anderen) einen natürlichen Vorteil im Kampf um die Kontrolle der Judenpolitik der 30er Jahre.

Der erste Hinweis auf ein aktives Mitmischen der SS in der Judenpolitik war ein im Juni 1934 vorbereitetes geheimes Positionspapier. Es warnte davor, daß die deutsche Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen könnte, die Judenfrage in Deutschland sei mit dem anti-jüdischen Boykott vom 1. April und der darauf folgenden anti-jüdischen Gesetzgebung des Vorjahres gelöst worden. (24) Es wies auch auf die möglichen Gefahren eines internationalen anti-deutschen Boykotts hin. Es empfahl die Förderung einer jüdischen Massenauswanderung und warnte vor den Schwierigkeiten, die dabei entstehen könnten, die stark auf Anpassung eingestellten deutschen Juden zum Verlassen des Landes zu überreden. Das Papier schlug auch positive Bemühungen seitens der Regierung und der Partei vor, die zionistischen Bemühungen in Deutschland zu ermutigen. Die Bemühungen zielten darauf ab, unter den deutschen Juden ein Gefühl jüdischen Bewußtseins und jüdischen Selbstverständnisses zu wecken, um somit die Auswanderung nach Palästina zu fördern. Jüdische Schulen, jüdische Sportvereine, jüdische Einrichtungen und jüdische Kultur — kurzum alle jüdischen Gruppierungen und Tätigkeiten, welche ein jüdisches Selbstbewußtsein förderten — sollten ermutigt werden. Diese Bemühungen, zusammen mit den Umschulungslagern, Schulungszentren, die von den Zionisten in ganz Deutschland für jüdische Palästina-Auswanderer eingerichtet worden waren, sollten von der SS bevorzugt unterstützt werden. Das Papier schloß mit dem Hinweis, daß die restlichen Juden im französisch-kontrollierten Syrien angesiedelt werden sollten, sollte sich Palästina als zu klein für die Ansiedlung aller Juden aus Deutschland erweisen. (25)

Die nachfolgende Polizeipraxis unter Führung der SS ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß das Ziel die schleunige und wirksame Auswanderung der deutschen Juden war. Dies zeigte sich in der direkten wie indirekten Vorzugsbehandlung von jüdischen Gruppierungen, welche die jüdische Auswanderung förderten, im Gegensatz zur Behandlung der liberalen und anpassungswilligen jüdischen Gruppen. (26) Im Januar 1935 ordnete die bayrische Polizei eine bevorzugte Behandlung aller dem Zionismus nahestehenden Gruppen an, weil diese

sich bemühten, die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina zu erleichtern. (27) Die unterschiedliche Behandlung zeigt sich am deutlichsten in der Polizeiverordnung für jüdische Treffen und Tätigkeiten nach 1934. Am 10. Februar 1935 ordnete Heydrich das Verbot von Reden und Handlungen an, welche die Juden aufforderten, in Deutschland zu bleiben. (28). Das ganze Jahr 1935 hindurch war der Sicherheitsdienst (SD) damit beschäftigt, jüdische Zusammenkünfte und Treffen zu besuchen und deren Inhalte zu regeln. Der SD zensierte Reden und tilgte alles, was für eine weitere Anwesenheit der Juden in Deutschland sprach. Andererseits ermutigte er die Propagandatätigkeit der Zionisten. (29) Am 31. Mai 1935 erließ die Gestapo einen Erlaß, der alle Zusammenkünfte jüdischer Gruppen sowie Ansprachen jüdischer Redner verbot. Die örtlichen jüdischen Tätigkeiten auf dem Gebiet des Sports und der Kultur wie auch die Tätigkeiten der Zionisten waren davon ausgenommen. (30)

Zwischen den revisionistischen Zionisten oder Staatszionisten und der SS gab es in jenen Jahren eine enge Zusammenarbeit. (31) Die Frage nach Uniformen für jüdische Jugendgruppen, die an und für sich von keiner großen Bedeutung ist, ist ein Hinweis für die Anziehungskraft, die der Zionismus für die SS hatte. Diese Überlegung zeigt sich in der Entscheidung der Polizeibehörden vom April 1935, die es den Mitgliedern der Betar, der militanten Jugendgruppe der Staatszionisten, erlaubte, bei ihren Zusammenkünften Uniform zu tragen. Damit waren sie von der Polizeiverordnung vom 12. Dezember 1934, welche das Tragen von Uniformen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken untersagte, ausgenommen. (32) Diese Entscheidung beruhte auf der Überzeugung, daß die Bewegung der Staatszionisten bewiesen hatte, daß sie das Ziel einer jüdischen Auswanderung nach Palästina eifrig verfolgt. Sie beruhte auch auf der Hoffnung, daß das Tragen von Uniformen weitere jüdische Jugendliche dazu bewegen könnte, dort Mitglied zu werden. Zwischen der Gestapo und den Staatszionisten entstand eine enge Beziehung, die bis 1938 dauerte, als die Bewegung verboten wurde. (33) Die Strategie der Staatszionisten ging aus praktischen wie ideologischen Gründen von der völligen Annahme aus, daß es im neuen Deutschland keinen Platz mehr für Juden gibt. In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der Goebbels-Zeitung

"Der Angriff" brachte Georg Kareski von den Staatszionisten seine Zustimmung zu den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935 zum Ausdruck. Er äußerte sich wie folgt:

"Seit vielen Jahren schon halte ich eine klare Trennung des kulturellen Lebens zweier Völker, die in einer Gesellschaft leben, für ein friedliches Nebeneinander für unabdingbar. Ich habe eine solche Trennung, die auf der Grundlage der Achtung der fremden Kultur beruht, lange unterstützt. Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 scheinen mir, unabhängig von ihren Verfassungsbestimmungen, ganz und gar auf dem Weg für eine gegenseitige Achtung der Selbstständigkeit und Getrenntheit jedes Volkes zu liegen. Die Unterbindung des Vorganges der Auflösung in viele jüdische Gemeinschaften, welche durch Mischehen gefördert worden war, ist vom jüdischen Standpunkt aus durchaus willkommen. Für die Errichtung einer jüdischen Heimstatt in Palästina haben die Faktoren Religion und Familie eine entscheidende Bedeutung." (34)

Schließlich erläuterte Reinhard Heydrich in der SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" im Mai 1935 erneut die Haltung der SS gegenübner den Zionisten und ihren Bemühungen, die deutschen Juden auf ein neues Leben in Palästina vorzubereiten. (35) Er unterteilte die deutschen Juden in zwei Gruppen: die Zionisten und die Anpassungswilligen. (36) Er stellte fest, daß die Zionisten eine klare Haltung zur Rassenfrage einnähmen und daß sie durch die Auswanderung nach Palästina im Begriff seien, einen eigenen jüdischen Staat aufzubauen. Die anpassungswilligen Juden dagegen versuchten einfach, ihre eigene Rasse zu verleugnen. Ein weiterer Artikel erschien in der Ausgabe vom 26. September, in der folgende Haltung zum Ausdruck kam. Es heißt dort:

"Im Rahmen seiner Weltanschauung hat der Nationalsozialismus nicht die Absicht, das jüdische Volk in irgendeiner Form anzugreifen. Die Anerkennung des Judentums als einer Rassegemeinschaft, die sich auf das Blut und nicht auf die Religion gründet, führt die deutsche Regierung dazu, die rassische Getrenntheit dieser Gemeinschaft ohne jede Einschränkung zu garantieren. Die Regierung selbst findet sich in völliger Übereinstimmung mit der großen geistigen Bewegung innerhalb des Judentums, dem sogenannten

Zionismus, mit seiner Anerkennung der Solidarität des weltweiten Judentums und der Ablehnung jeglicher Überlegungen zur Anpassung. Auf dieser Grundlage unternimmt Deutschland Maßnahmen, die zukünftig bei der Behandlung des weltweiten jüdischen Problems sicherlich eine bedeutende Rolle spielen werden."(37)

Mitte Mai 1935 beschloß die Gestapo die Auflösung der liberalen und anpassungswilligen jüdischen Vereinigungen wie des Centralvereins und des Verbandes nationaldeutscher Juden. Diese Maßnahme geschah im Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935. Auf Grund dieser Gesetze waren alle deutschen Juden formell keine deutschen Staatsbürger mehr. (38) Mit der Auflösung der liberalen und anpassungswilligen Gruppen im Verlauf des Jahres waren die zionistischen Gruppen die einzigen Gruppen politischen Zuschnitts, die weiterhin bestehen und arbeiten durften.

Um das Jahr 1935 herum hatte sich die Regierung für die Lösung Auswanderung entschieden. Palästina war damit ein zentraler Faktor geworden. Die Pogromversuche der SA 1934 und 1935 wurden unterbunden; das blieb so bis zu den Ereignissen vom November 1938. Hitlers Anweisung vom August 1935, die jegliche Maßnahmen gegen Juden und jüdische Vereinigungen verbot, kann sowohl als Hinweis angesehen werden, die Lösung Auswanderung weiter zu verfolgen, als auch als NS-Propaganda wegen der Vorbereitungmaßnahmen für die Olympischen Spiele 1936. Die Anweisung kann auch als Versuch gesehen werden, eine einheitlichere Haltung in der Judenpolitik zu erreichen. (39) Auf einer Ministerkonferenz am 17. Dezember 1935 kündigte der Vertreter der Reichskanzlei an, daß sich Hitler entschlossen habe, die Auswanderung der Juden zu ermutigen und "ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, welche zur freiwilligen Auswanderung ermuntern." (4o) Man beschloß, daß dies mit Hilfe der deutschen Zionisten durchgeführt werden könnte. Dr. Hans Friedenthal, der ehemalige Vorsitzende der ZVfD, faßte die Unterstützung der zionistsichen Bemühungen durch die SS-Stellen in einem Gespräch mit Dr. Kurt Jacob Ball-Kaduri im März 1957 wie folgt zusammen: "Die Gestapo tat in jenen Tagen alles, um die Auswanderung, in erster Linie nach Palästina, zu fördern. Wir erhielten oft ihre Hilfe, wenn wir

etwas von anderen Behörden wegen der Auswanderungsvorbereitungen benötigten. Diese Haltung blieb so bis zum Jahre 1938." (41)

Die Umschulungslager

Die berufliche Umschulung deutscher Juden, die nach Palästina gingen, wurde von den deutschen Zionisten fast unmittelbar nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Jahre 1933 ernsthaft in Angriff genommen. Bis zum Jahre 1936 funktionierte in Deutschland ein umfangreiches System von Umschulungslagern, die von der Hechaluz betrieben und von verschiedenen zionistischen Gruppen und Hilfsvereinigungen gefördert wurden. (42) Das Regime wie auch die Zionisten waren der Meinung, daß Umschulungsprogramme die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina sehr erleichtern würden. Die SS-Unterstützung der zionistischen Umschulungsprogramme, die schon im SS-Positionspapier von 1934 erwähnt worden war, wurde am 28. Januar 1935 von der politischen Polizei Bayerns erneut zum Ausdruck gebracht. Dort hieß es: "Die Tätigkeit der den Zionisten nahestehenden jüdischen Gruppen, welche die Umschulung der Juden zu Landwirten und Handwerkern durchführen, ehe diese nach Palästina auswandern, ist mit der Politik des Nationalsozialismus vereinbar." (43) Die Wirtschaft in Palästina benötigte Landarbeiter und Handwerker. Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und berufsmäßige Stand der meisten deutschen Juden bedeutete, daß sie als Einwanderer am wenigsten auf ein neues Leben in Palästina vorbereitet waren. Daher konnten diese Umschulungsprogramme mit Sicherheit die Unterstützung der Polizeibehörden erhalten. Die Umschulungsprogramme waren in erster Linie für jugendliche Juden gedacht, die noch nicht im Berufsleben standen, um so zu erreichen, daß sie die erforderlichen Fertigkeiten und Kenntnisse erwarben, die in Palästina verlangt wurden.

Referat D und das Innenministerium brachten im Sommer 1933 ihre Unterstützung für die zionistischen Umschulungsmaßnahmen zum Ausdruck. Voraussetzung für diese war jedoch,

daß sie innerhalb der deutschen Grenzen stattfanden und so unter deutscher Kontrolle blieben. Im Jahre 1933 waren die Umschulungsmöglichkeiten noch nicht ausreichend entwickelt, um die plötzlich gesteigerte Nachfrage zu befriedigen, da vor 1933 verhältnismäßig wenige Juden eine Auswanderung nach Palästina ins Auge gefaßt hatten. Daher suchte die ZVfD um die Erlaubnis nach, junge deutsche Zionisten in die Umschulungslager in Dänemark, Polen und der Tschechoslowakei zu schicken, um sie auf Palästina vorzubereiten. Sowohl das AA als auch das Innenministerium lehnten diese Bitte ab, hauptsächlich weil sie fürchteten, die Umschüler könnten der starken anti-deutschen Propaganda ausgesetzt werden, die in jenen Ländern von den jüdischen Gemeinschaften und ihren nicht-jüdischen Befürwortern betrieben wurde. In einem Schreiben zu diesem Thema an das Innenministerium im August 1933, stellte von Bülow-Schwante fest, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina mit allen möglichen Mitteln weiter zu verfolgen sei, vor allem durch die Umschulung der auswanderungswilligen Juden. Diese Umschulungstätigkeit müsse jedoch innerhalb Deutschlands durchgeführt werden, damit so eine gewisse Kontrolle aufrecht erhalten werden könne. (44)

Der Gedanke einer Umschulung der deutschen Juden wurde von den deutschen Behörden auch mit Blick auf eine erleichterte Ansiedlung in anderen Ländern ermutigt. Geschäftsleute, Akademiker und andere Berufsgruppen waren in den entwickelten Ländern des Westens keine Mangelerscheinung. Sie hatten in den 30er Jahren, von Palästina abgesehen, ein regelrechtes Monopol bei der Einwanderung deutscher Juden. Dies wurde in einem Schreiben des Innenministeriums an das Landwirtschaftsministerium vom 13. Juni 1934 unterstrichen. (45) Das Innenministerium bedauerte die fehlenden landwirtschaftlichen und handwerklichen Fertigkeiten der meisten deutschen Juden. Es sah darin ein Hindernis für eine reibungslose und schnelle Auswanderung der Juden aus Deutschland. Es lobte die Umschulungsbemühungen der Umschulungslager, die deutschen wie jüdischen Interessen gleichzeitig dienlich seien.

Bei diesen umfassenden Ermutigungen für die zionistischen Umschulungsbemühungen waren auch weitere Ministerien mit von der Partie. Nach anfänglicher Gegnerschaft gegenüber

dem landwirtschaftlichen Umschulungsprogramm für Juden, aus der Furcht, die umgeschulten Juden würden in Deutschland bleiben und so den jetzt schon darniederliegenden Arbeitsmarkt für landwirtschaftliche Arbeitskräfte weiter belasten, stimmte das Landwirtschaftsministerium schließlich den Gedanken des Inneministeriums zu und unterstützte in den Jahren 1934 und 1935 die Ausweitung des Umschulungsprogrammes. (46) In einem Schreiben vom September 1935 an das Arbeitsministerium brachte das Innenministerium seine uneingeschränkte Unterstützung für das Umschulungsvorhaben zum Ausdruck und wies ausdrücklich auf die Unterstützung hin, die das Umschulungsprogramm schon durch Hitler und die Gestapo erfahren habe. (47) Das Schreiben stellte weiter fest, daß die Umschulung junger Juden ein nützlicher Weg für eine erleichterte Auswanderung sei. Es schloß, daß es sich dabei nicht in erster Linie um eine arbeitspolitische Maßnahme handle, sondern um eine Maßnahme, mit Hilfe derer die jüdische Frage in Deutschland über die Förderung der jüdischen Auswanderung gelöst werden könnte.

Die zionistischen Umschulungsbemühungen genossen auch die Ermutigung durch die britischen Botschaft in Berlin. Eine Denkschrift der britischen Botschaft vom 3. April 1936 stellte fest, daß die von den Hechaluz betriebenen Umschulungslager die jüdische Agentur in die Lage versetzen würden, geeignete Bewerber für die Einwanderung nach Palästina auszuwählen. Solche Bewerber eigneten sich besser für die Eingliederung in die Wirtschaft des Landes. (48) Die britische Zustimmung zu den Umschulungsmaßnahmen konnte von der deutschen Regierung nur günstig aufgenommen werden, zumal sie in der Auswanderung die Lösung der jüdischen Frage sah.

In den Jahren 1935 und 1936 erlaubten die deutschen Polizeibehörden der Jüdischen Agentur Lehrkräfte aus Palästina nach Deutschland zu schicken, um bei der Vorbereitung der deutschen Juden für eine Ansiedlung in Palästina zu helfen. Viele Lehrkräfte waren Lehrer der hebräischen Sprache wie auch Leute, die besonders darauf vorbereitet waren, Heranwachsende und Kinder auf das Leben in ihrer neuen Heimat vorzubereiten. Gewöhnlich erhielten sie ein Einreisevisum für ein Jahr. Die Gestapo in Deutschland wie auch das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem scheinen überaus entgegenkommend

gewesen sein, um Lehrkräfte der jüdischen Agentur nach Deutschland zu holen. (49) Obwohl Heydrich gelegentlich den Gebrauch des Hebräischen bei Zionistentreffen wegen der Anwesenheit von Gestapo-Mitarbeitern untersagte, ermutigte er bei den meisten Anlässen den Gebrauch des Hebräischen aus der Überzeugung, dies würde die jüdische Auswanderung erleichtern. (50)

Der Umschulungsprozeß fand auch im täglichen Leben der deutschen Juden in den 30er Jahrern außerhalb der Umschulungslager statt. Die Zionisten wurden ermutigt, ihre Botschaft zu den jüdischen Gemeinden zu bringen, Geld zu sammeln, Filme über Palästina zu zeigen und die deutschen Juden über Palästina allgemein zu unterrichten. Man übte auf die deutschen Juden beachtlichen Druck aus, damit sie aufhörten, sich als Deutsche zu fühlen und anfingen, ein neues jüdisches Selbstverständnis zu entwickeln. (51) Während das Regime allmählich die jüdischen Schüler von den Staatsschulen entfernte, förderte es jüdische Schulen und bezuschußte diese sogar. Bis zum Jahre 1939 zahlte es auch weiterhin die Pensionen für jüdische Lehrer. Es gab wenig oder kaum Einmischung in die Führung und Leitung der jüdischen Schulen. (52) Die möglicherweise sinnbildhafteste Geste des ganzen Umerziehungsprozesses zeigte sich in den Nürnberger Gesetzen von 1935. Während es Juden offiziell verboten war, die deutsche Flagge zu hissen und zu entfalten, erlaubten es die Nürnberger Gesetze, daß die Juden die blauweiße jüdische Nationalflagge, die später zur Flagge des Staates Israel werden sollte, zu zeigen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die zuvor erwähnten Bemühungen von Partei- und Regierungsstellen, die Sache der Zionisten in Deutschland zu fördern, langsam den gewünschten Erfolg hatten. Die liberalen und anpassungswilligen Vereinigungen wurden in Verruf gebracht und schließlich aufgelöst. Eine beachtliche Zahl von Juden versuchte auszuharren und war bereit, einen drastisch veränderten Status in Deutschland hinzunehmen. Hierbei handelte es sich um Angehörige der älteren Generation, die wenig Sinn im Verlassen Deutschlands sah. (54) Andererseits wuchs die zionistische Bewegung, vor allem unter den Jungen, schnell an und wurde in den 30er Jahren zur vorherrschenden Kraft innerhalb des deutschen Judentums. (55) Es ist nicht meine Absicht, in diesem Zusammenhang anzudeuten, daß die Zusammenarbeit von Partei- und Regierungsstellen mit dem Zionismus und dessen Ermutigung durch diese ein Hinweis auf ein echtes Interesse oder gar auf Sympathie für die zionistische Arbeit in Palästina war. (56) Vor dem Peel-Teilungsplan des Jahres 1937 scheint weder die Möglichkeit eines Erfolges noch eines Mißerfolges Partei- wie Regierungsleute berührt zu haben. Bis zu diesem Zeitpunkt hat es den Anschein, als habe man die zionistische Ideologie und Bewegung fast blind zur Förderung rein deutscher Ziele in der Innen- wie Wirtschaftspolitik benutzt. Dabei hat man die möglichen Auswirkungen auf die Lage in Palästina selbst wenig oder überhaupt nicht beachtet.

Man kann aber nicht sagen, daß Leute an verantwortlicher Stellung in Berlin selbst völlig uninteressiert waren an den zionistischen Bemühungen außerhalb Deutschlands, besonders in Palästina selbst. Der SD begann nach 1934 ein reges Interesse an den zionistischen Angelegenheiten im Ausland zu nehmen. SS-Untersturmführer von Mildenstein von der Abteilung II/112-3 wurde im Sommer 1935 als Mitglied der Abordnung der deutschen Juden zum 19. Zionistenkongreß nach Luzern geschickt. SS-Hauptscharführer Eichmann, ebenfalls von der Abteilung II/112-3, wurde 1937 als Beobachter zum 20. Zionistenkongreß geschickt. (57) Sowohl von Mildenstein als auch Eichmann waren der Meinung, daß sie wertvolle Hinweise über den internationalen Zionismus gesammelt hätten,

die für die Formulierung der Politik gegenüber dem Zionismus in Deutschland nützlich sein könnten. Der Erfolg der deutschen Abordnung und ihrer Verbündeten in Sachen Boykottmaßnahmen auf dem Luzerner Kongreß stärkte die verhältnismäßig guten Beziehungen des SD mit dem Zionismus und die Zusammenarbeit mit ihm.

In seinen Erinnerungen beklagt sich Joachim von Ribbentrop über die wachsende Auslandsstätigkeit des SD sowie die daraus entstehenden Auseinandersetzungen zwischen ihm und Himmler. (58) Diese Tätigkeit hatte eingesetzt, ehe Ribbentrop Außenminister wurde. Sie umfaßte ein Netzwerk von Informanten und Vertrauensleuten. Bei diesen handelte sich um Deutsche wie auch um Staatsangehörige der entsprechenden Länder. Ihre Aufgabe war es, Hinweise über die jeweiligen Gastländer als auch über die dort tätigen deutschen Offiziellen zu sammeln und sie an das SD-Hauptquartier in Berlin weiterzuleiten, ohne daß das AA diese Hinweise zu sehen bekam oder die Kontrolle darüber hatte.

In Palästina wurde der SD nach 1935 tätig. Die Tätigkeit hatte nur eine geringe Auswirkung, eine Tatsache, die zu den laienhaften Versuchen der Abteilungen II/112-3 und II/B-4 paßt, neben ihren Polizeiaufgaben zu Hause zusätzlich auch noch die Rolle eines Nachrichtendienstes zu spielen. Der SD benutzte als Agenten Auslandsmitarbeiter des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB). Dies erforderte eine Zusammenarbeit mit dem Propgandaministerium, dem das DNB unterstand. Der DNB-Korrespondent in Jerusalem, Dr. Franz Reichert, begann im Jahre 1934 eng mit Generalkonsul Wolff zusammenzuarbeiten. Wolff bestätigte, daß Reichert ein eifriger Förderer einer prozionistischen Politik und des Haavara-Abkommens war. (59) Das ganze Jahr 1936 hindurch hatte Reichert jedoch Streit mit dem Wolff-Nachfolger Wilhelm Döhle und der Orient-Abteilung des AA darüber, ob seine Berichte an die Berliner DNB-Stelle, die über den Postweg des AA liefen, eine besondere Behandlung erfahren sollten. (60) Döhle und das AA waren bereit, den Reichert-Berichten die gleiche vertrauliche Behandlung zu gewähren wie ihren eigenen. Doch befriedigte dies Reichert offensichtlich nicht. Er bestand darauf, daß seine Berichte nicht unter die Kontrolle des AA fallen. Höchstwahrscheinlich deshalb, weil er seine Verbindungen zum

SD und zur Gestapo verbergen wollte. Ebenso die Informationen, die er beiden Stellen zukommen ließ sowie deren Versuche, außerhalb der üblichen Kanäle diplomatische sowie geheime Nachrichten zu bekommen. (61)

Einem Lagebericht der Abteilung II/112 vom Oktober 1937 zufolge gehörte es zu Reicherts Aufgaben, "über die Probleme des politischen Zionismus und die damit zusammenhängenden Fragen der Nahostpolitik zu berichten." (62) Reichert hatte mehrere Leute unter sich, darunter den DNB-Vertreter in Kairo, Herr Gentz, sowie Feivel Polkes vom jüdischen Untergrundgeheimdienst Hagana in Palästina. (63) Reichert benutzte Polkes als Informationsquelle sowohl für die jüdischen wie die arabischen Palästinapläne. Reichert betrachtete Polkes als einen außergewöhnlich gut unterrrichteten Kontaktmann in Bezug auf jüdische wie arabische Angelegenheiten. (64) Reicherts Begeisterung für seinen Hagana-Kontaktmann führten ihn dazu, zwischen Polkes und dem SD sowie der Gestapo eine Zusammenkunft zu vereinbaren, die am 26. Februar und am 2. März 1937 in Berlin stattfand. (65)

Die Gespräche mit Polkes in Berlin wurden von Eichmann von der Abteilung II/112-3 geführt. Der SD übernahm die Kosten für Polkes Aufenthalt in der deutschen Hauptstadt. Von Anbeginn an verdeutlichte Polkes seine politischen Ziele und Beweggründe. Er arbeite für eine massive jüdische Einwanderung nach Palästina und die Schaffung eines starken jüdischen Mehrheitsstaates. Weiterhin versicherte er, daß er anti-britisch, anti-arabisch und anti-kommunistisch sei. Diese Einstellung treffe für die Hagana insgesamt zu. Er teilte mit, er habe Beziehungen zum französischen, britischen und italienischen Geheimdienst und versorge sie alle mit Nachrichten als Gegenleistung für die Unterstützung des zionistischen Kampfes. Die Denkschrift der Abteilung II/112 vom 17. Juni 1937 gibt auch Polkes Angebot wieder, Deutschland in dieses Netz miteinzubeziehen:"Er erklärte auch, er sei bereit, Deutschland mit Nachrichten zu versorgen, bei denen er nicht mit seinen eigenen politischen Zielen in Widerstreit komme. Unter anderem versprach er, die außenpolitischen Interessen Deutschlands im Nahen Osten nachhaltig zu unterstützen und seinen Einfluß einzusetzen, dem Deutschen Reich Ölquellen zugänglich zu machen, die nicht im britischen Einflußbereich lägen. Dies

jedoch nur, wenn die Devisenbeschränkungen für Juden, die nach Palästina auswandern, aufgehoben würden."

Der SD war an Polkes Vorschlag interessiert, nicht um besondere Vorteile für Deutschland im Nahen Osten zu erreichen oder um Konzessionen für Ölquellen zu bekommen, sondern eher um Nachrichten über angebliche jüdische Pläne zu erhalten, deutsche Beamte, darunter auch Hitler, umzubringen. (66) Der SD versuchte auch, mehr über die Ermordung des NS-Gauleiters in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, durch einen jungen Juden im Februar 1936 zu erfahren. Desgleichen über den Mordversuch am Führer der Sudetendeutschen, Konrad Henlein. Der Abteilung II/112 zufolge gab es von jüdischen Gruppen weltweit zahlreiche Morddrohungen und Mordpläne gegen Hitler. Man glaubte daher, daß die Verbindung mit Polkes wertvolle Hinweise für die deutschen Polizeibehörden liefern würden. (67) Eichmann wurde mit der Aufgabe betraut, die Verbindung mit Polkes auszubauen. Er nahm eine Einladung Polkes an, die jüdischen Siedlungen Palästinas noch im Jahre 1937 zu besuchen.

Die Denkschrift vom 17. Juni faßte weiterhin zusammen, was die Abteilung II/112 bereit war, Polkes als Gegenleistung anzubieten. Dort heißt es wie folgt:

> "Auf die Reichsvertretung der Juden in Deutschland wird Druck ausgeübt, um die Juden, die aus Deutschland auswandern, zu verpflichten, ausschließlich nach Palästina und nicht in andere Länder zu gehen. Eine solche Maßnahme ist sicherlich auch im deutschen Interesse; sie wird von der Gestapo unterstützt. Auch Polkes Plan, in Palästina einen jüdischen Mehrheitsstaat zu errichten, würde dadurch gefördert...Daneben könne Polkes mit Bargeld für seine Nachrichtentätigkeit rechnen."

Natürlich war die Anregung der Abteilung II/112, die Juden zu zwingen, ausschließlich nach Palästina auszuwandern, nicht durchsetzbar. Das Ziel der Auswanderungspolitik bestand darin, die Juden so schnell wie möglich aus Deutschland loszuwerden. Und dies hing in hohem Maße von vielen Aufnahmeländern ab. Alle anderen Länder zu Gunsten Palästinas auszuschalten, wäre wenig sinnvoll, besonders auch in Anbetracht der geringen Größe und Aufnahmefähigkeit dieses Landes. Darüberhinaus hatten die deutschen Behörden wenig Kontrolle über das endgültige Einwanderungsland, sobald die Auswanderer Deutschland einmal

verlassen hatten. Gleichzeitig büßte Palästina wegen des arabischen Aufstandes von 1936 und der darauf folgenden Einschränkung der jüdischen Einwanderung durch die britischen Mandatsbehörden immer mehr an Anziehungskraft ein. Schließlich kam es Ende 1936 und Anfang 1937 in Partei- wie Regierungsstellen wegen der Palästina-Frage, vor allem wegen der deutschen Haltung dazu, zu ernsthafter Unzufriedenheit. Die Möglichkeit der Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates ließ an der bisherigen Auswanderungspolitik, welche die Juden ermutigt hatte, nach Palästina zu gehen, ernsthafte Zweifel aufkommen. Selbst der SD gehörte Anfang 1937 zu jenen Kreisen, die ihre Besorgnis über die mögliche Schaffung eines jüdischen Staates äußerten, sollte sich der königlich-britische Ausschuß dafür entscheiden. (69)

Eine aufschlußreiche Episode aus den Beziehungen zwischen der Hagana und Deutschland zeigt sich in den Unterlagen über Polkes Berlin-Besuch im Jahre 1937. In seinen Gesprächen mit Eichmann kam Polkes auf die Mauser-Pistolen zu sprechen, welche die Hagana zuvor von Deutschland erhalten hatte. Polkes stellte fest, sie hätten während der letzten Unruhen in Palästina wertvolle Dienste geleistet. (70) In einer Untersuchung des Hagana-Geheimdienstes deckte E. Dekel, ein früherer Hagana-Mitarbeiter auf, daß zwischen 1933 und 1935 etwa 300 Faß Zement von einem erfundenen belgischen Exporteur an einen erfundenen Importeur, in Wirklichkeit die Hagana, in Jaffa geliefert worden sind. (71) Dekel zufolge haben die Fässer neben Zement Mauser - Pistolen und entsprechende Munition enthalten. Er gab die genaue Quelle der Pistolen nicht an, obwohl es den Anschein hat, daß ihr Herkunftsland Deutschland ist, so wie es im Gespräch zwischen Polkes und Eichmann im Frühjahr 1937 in Berlin zum Ausdruck kommt. Die Herkunft innerhalb Deutschlands bleibt zweifelhaft. Die Mauser Jagdwaffen GmbH ließ mich wissen, daß die Firma das Innenministerium mit großen Mengen des Modells C 96 versorgt hatte, das 1932 auf den Markt kam. (72) Aus der Untersuchung Dekels weiß man, daß die Hagana-Agenten in den 30er Jahren in ganz Europa eifrig nach Waffen und Munition suchten. Und aus den SS-Berichten über Polkes ist bekannt. daß Hagana-Agenten zu dieser Zeit in Deutschland tätig waren. (73) Obwohl zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau festgestellt werden kann,

wer die Hagana mit Pistolen versorgte, steht mit Sicherheit fest, daß es irgendjemand in Deutschland war, und daß die Polizeibehörden davon Kenntnis hatten.

Die Bemühungen der Abteilung II/112 des SD, sich in die Nahostpolitik durch ein eigenes Geheimdienstnetz einzuschalten, der Berlin-Besuch Polkes im Jahre 1937 und die darauf folgende Eichmann-Reise in den Nahen Osten hatten letztendlich keinerlei Auswirkungen. Der SD und die Gestapo blieben die ganze Zeit über nicht mehr als die Instrumente des heimischen Polizeiapparates, der die Politik gegenüber den Juden, so wie sie von verschiedenen Regierungsstellen und Behörden formuliert worden war, ausführte. Wie die Verbindungen mit Polkes und Reichert anzudeuten scheinen, war die Abteilung II/112 eher daran interessiert, Hinweise über Attentatspläne und angebliche Verschwörungen in Deutschland und in Europa zu erhalten und deutsche Vertreter im Ausland überwachen zu lassen, als sich ein genaues Bild von den Zuständen in Palästina zu verschaffen.

Andere interessierte Stellen

Zwei weitere Stellen sollten genannt werden, die bis zu einem gewissen Maße an der Ausformulierung der Judenpolitik in den 30er Jahren sowie an der Haltung des Nationalsozialismus gegenüber dem Zionismus und der Palästina-Frage im besonderen beteiligt waren. Weder das Außenpolitische Amt der NSDAP unter Rosenberg noch das Propagandaministerium unter Goebbels waren vor 1937 an der Ausarbeitung der Politik gegenüber dem Zionismus beteiligt. Beide scheinen mit der Linie übereinzustimmen, wie sie von den anderen bislang erwähnten Stellen verfolgt wurde. Nach 1937 wurden beide Stellen in der Palästina-Frage aktiver.

Die Haltung des Propagandaministeriums gegenüber dem Zionismus vor 1936/1937 zeigt sich in Artikeln, die im "Der Angriff" während der Anfangsjahre des Hitler-Regimes erschienen sind. Am 29. September 1934 erschien von Hauptschriftleiter Schwarz van Berk ein Artikel, in dem zum Ausdruck kam,

daß "das Judentum in Deutschland nicht anpassungsfähig ist ..der Jude ist für alle Zeiten von der deutschen Schicksalsbahn ausgeschlossen. Er könnte sich z.B. nach einem neuen Heimatland in Palästina umsehen. Wir haben dies immer unterstützt...Juden, die unter sich leben- wir haben nichts dagegen gehabt." (74) Ein weiterer Artikel im "Der Angriff" vom 9. Oktober des gleichen Jahres forderte eine Rückkehr der Juden nach Palästina und die Schaffung eines Zweinationenstaates in ganz Palästina, einschließlich Transjordaniens. (75)

Alfred Rosenbergs Außenpolitisches Amt in der NSDAP, "das seine Existenz dadurch rechtfertigte, daß es riesige Ordner mit Zeitungsausschnitten anlegte, gelegentliche Bierfeste beim Besuch von Parteiwürdenträgern förderte, sich von Zeit zu Zeit phantasievollen Vorhaben widmete und sein unbedeutendes Tun durch eine Unmenge an Berichten für den Reichskanzler aufblies" (76), wurde nie mehr als eine unbedeutende Abteilung im Parteiapparat. Seine gelegentlichen Ausflüge auf das Gebiet der Außenpolitik waren völlige Fehlschläge. Dies war das Ergebnis der weiterhin vorherrschenden Rolle des AA und Hitlers Vertrauen in den traditionellen außenpolitischen Apparat, zumindest bis zum Jahre 1938. (77) Die mangelnde Bedeutung des APA in den 30er Jahren und Hitlers Eintreten für das AA und gegebenfalls für von Ribbentrop zeigen sich auch im Ausmaß des Abstiegs Rosenbergs in der Parteihierarchie seit den frühen Tagen der Bewegung.

Rosenbergs frühe ideologische Gegnerschaft zum Zionismus ist schon zuvor dargestellt worden. Sie gründete auf der Theorie einer jüdischen Weltverschwörung. Für ihn war der Zionismus eines ihrer Instrumente. Andererseits hatte Rosenberg darauf hingewiesen, daß der Zionismus, auch wenn er etwas anderes war, als seine Befürworter behaupteten, kurzfristig benutzt werden könnte, um die Juden aus Deutschland loszuwerden. Vor 1937 hatte er in der Politik gegenüber dem Zionismus oder gegenüber Palästina wenig zu sagen, vielleicht weil er dies alles in seinen vielen veröffentlichten Werken gesagt hatte. In einem Gespräch mit Raymond Cartier vom "Echo de Paris" am 3. Mai 1935 erläuterte Rosenberg erneut seine Haltung gegenüber dem Zionismus. Sinngemäß sagt er: "Die zionistische Bewegung hat den Vorteil, daß sie das Judentum unterstreicht und alle Anpassungsbemühungen als vergeblich

ansieht. Im allgemeinen jedoch hat sich das Judentum nicht geändert, denn es hat nicht wirklich die Absicht, einzig und allein nach Palästina zurückzukehren."(78) Er blieb seiner alten Weltverschwörungstheorie mittels der beiden Instrumente Bolschewismus und Zionismus treu und führte in einem Artikel im "Völkischen Beobachter" 1934 aus, daß sich die Zionisten mit all denen zusammen getan hätten, die sich dem neuen Deutschland entgegenstellten, insbesondere mit den Kommunisten. (79)

Der Zionismus wie auch Palästina spielten in der Judenpolitik des Hitler-Regimes von 1933 bis 1937 eine Schlüsselrolle. Der Zionismus wurde als ein Instrument der Judenpolitik im eigenen Land benutzt, um die Auswanderung der deutschen Juden zu fördern. Der Zionismus wurde auch zu einem Mittel, die deutschen Ausfuhren nach Palästina und in den Nahen Osten zu fördern. Es hat den Anschein, daß es zwischen den vielen verantwortlichen Regierungs- und Parteistellen in Bezug auf den Zionismus und Palästina eine gewisse Einheitlichkeit in der Haltung gab. Die Ereignisse des Jahres 1936 — nämlich der Aufstand der Araber und die aufeinanderfolgenden Teilungspläne die vom königlich-britischen Ausschuß vorgeschlagen wurden — scheinen diese Meinungsübereinstimmung zerstört zu haben. Letzten Endes haben diese Ereignisse die deutsche Politik nicht wirklich verändert.

Ehe die Diskussion über Palästina in den Jahren 1937 und 1938 in Deutschland untersucht wird, ist es erforderlich, die Rolle, die Großbritannien und der arabische Nationalismus in den politischen Überlegungen der Deutschen im Jahre 1937 spielten, zu untersuchen. Zu untersuchen ist auch deren Verhältnis zum Zionismus, wie es sich in den strategischen und ideologischen Vorstellungen des Hitler-Regimes darstellte.

5. Die Rolle Englands in Hitlers außenpolitischen Plänen

Theorien zur Englandpolitik Hitlers

Zur Rolle Englands in den außenpolitischen Überlegungen Hitlers vor und nach 1933 gibt es zwei Denkschulen. Beide Schulen gehen von der Annahme aus, daß Hitlers Haltung und Politik gegenüber England von etwa 1924 an bis 1945 gleich blieben, und daß England in seiner geopolitischen Strategie die Schlüsselrolle spielte. Dennoch gibt es zwischen den beiden Gruppen grundlegende Unterschiede hinsichtlich der Vielschichtigkeit von Hitlers Beweggründen und seiner Strategie wie auch hinsichtlich der endgültigen Rolle, die England in seinen Langzeitplanungen spielen' sollte. Die Deutungsunterschiede hängen davon ab, ob der Lebensraum im Osten und die Beherrschung des europäischen Kontinents Hitlers endgültiges Ziel waren oder nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer nachfolgenden Weltpolitik, bei der Deutschland seine europäische Basis benutzen würde, um die Welt zu beherrschen. Die erste Lösung beinhaltete eine Auseinandersetzung mit Rußland, aber nicht mit Großbritannien. Die letzte Lösung beinhaltete eine mögliche Auseinandersetzung mit Großbritannien oder ein Bündnis zwischen Großbritannien und Deutschland gegen die USA.

Die erste Forscherrichtung beschränkt Hitlers geopolitische Ziele auf die Gewinnung von Lebensraum im Osten und die Beherrschung des europäischen Kontinents und erklärt Hitlers Strategie in Verbindung mit Bündnissen zwischen Großbritannien und Italien, um diese Ziele zu erreichen. (1) Dieser Theorie zufolge hätte Hitler für eine Teilung der Welt zwischen Großbritannien, Italien und Japan eintreten müssen, wobei Großbritannien sein Überseereich behalten und Deutschland die Kontrolle über den europäischen Kontinent von der Nordsee bis an den Ural ausüben sollte. Die italienischen Interessen im Mittelmeerraum und in Afrika würden so lange unterstützt, so lange es nicht zu einem Interessenkonflikt mit den britischen

Machtinteressen käme. Zudem könnten sie in großem Maße auf Kosten Frankreichs befriedigt werden.

Die zweite Forscherrichtung sieht Hitlers außenpolitische Ziele und außenpolitische Strategie als vielschichtigere und umfassendere Erscheinung an. (2) Hitlers geopolitischer Ehrgeiz sei global und nicht auf den europäischen Kontinent beschränkt gewesen. In ideologischer Hinsicht sollten die Rassedoktrin des Nationalsozialismus, insbesondere sein Antisemitismus, weltweit umgesetzt werden. Englands Rolle bei diesen Plänen sollte sich in zwei Stufen herausschälen: die erste Rolle war genau, wie sie von der ersten Forscherschule beschrieben wird, nämlich die Unterstützung oder zumindest die Einwilligung in die deutsche Beherrschung Europas. Die zweite Stufe würde entweder eine mögliche Auseinandersetzung mit Großbritannien und den USA im Kampf um die Weltherrschaft oder ein deutsch-englisches Bündnis gegen die USA beinhalten, wobei das britsiche Weltreich hinter der neuen deutschen Supermacht in Europa die Nummer zwei wäre.

Man kann die nationalsozialistische Außenpolitik als eine Synthese zwischen überkommenen konservativen Zielen, die in gewissem Maße die deutsche Vorherrschaft in Europa einschlossen, und revolutionär-ideologischen Zielen ansehen, wobei am Ende Europa und möglicherweise der Rest der Welt von einer germanischen Herrenrasse unter der Führung eines Großdeutschen Reiches beherrscht würden. (3) Anfänglich waren friedliche Beziehungen mit dem übrigen Europa erforderlich, so daß sich die Stellung von Hitler und der NSDAP festigen konnte. Dazu war es wesentlich, das Konzept der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, die auf den NS-Rassegrundsätzen beruhte, sowie das Wiederaufrüstungsprogramm zu fördern, um das Volk in die Lage zu versetzen, seine Ziele in Europa zu erreichen. (4) Darüberhinaus wurde eine britische Billigung — wenn nicht sogar eine Unterstützung — dieser Mission zumindest das Jahr 1937 angesichts eines gewissen Widerstandes seitens Frankreichs und Rußlands für wesentlich angesehen.

Die Unterschiede zwischen den beiden Forschungsrichtungen hinsichtlich Hitlers Englandpolitik haben auf die vorliegende Untersuchung geringen Einfluß, da beide Richtungen die Suche nach einem Bündnis mit England vor 1937 anerkennen. Hitlers

außenpolitische Überlegungen in dieser Zeit hingen in hohem Maße von der Stellung Großbritanniens innerhalb seiner geopolitischen Pläne ab. Seine Englandpolitik durchlief zwischen 1933 und 1939 einige deutlich unterscheidbare Phasen. In allen Phasen war ein unterschwelliger Wunsch nach einem Bündnis oder einer Verständigung mit England spürbar. Diese Phasen reichten von einer Bitte nach einem deutsch-britischen Bündnis in den Jahren 1933 bis 1937 bis zur allmählichen Erkenntnis zwischen 1935 und 1937, daß eine britische Unterstützung für die Verwirklichung seiner Pläne in Europa weder wahrscheinlich noch notwendig war. Sie beinhalteten auch Ende 1937 Überlegungen, die deutschen Ziele könnten auch gegen Großbritannien erreicht werden. In all diesen Phasen hoffte Hitler auf eine deutsch-britische Verständigung und enthielt sich jeder Politik, welche die Sicherheit des britischen Weltreiches gefährden oder die Feindschaft Großbritanniens erregen konnte. Die Haltung und die Politik des Hitler-Regimes gegenüber Großbritannien und dem britischen Weltreich spielten in der politischen Beurteilung der Palästina-Frage sowie des Nahen Ostens allgemein eine ausschlaggebende Rolle.

Die Herausbildung der Hitlerschen Englandpolitik bis 1933

Es hat den Anschein, daß Hitler, als er am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, schon das besaß, was Axel Kuhn als "ein fest umrissenes außenpolitisches Programm" beschreibt. (5) In zahlreichen Reden vor 192o genauso wie in "Mein Kampf" und in seinem geheimen Tagebuch entwickelte Hitler eine umfassende Außenpolitik, die weitaus ehrgeiziger war als die beschränkten Ziele, wie sie sich im Parteiprogramm vom Februar 1920 finden. Die 25 Punkte wurden in den öffentlichen Reden der verschiedenen Parteifunktionäre benutzt, die dazu neigten, ihre Propaganda auf innenpolitische Themen zu konzentrieren sowie auf jene außenpolitischen Fragen, die eine Revision des Versailler-Vertrages zum Ziele hatten. (6) Parteiintern jedoch gab es eine rege geistige Beschäftigung

mit der Ausarbeitung einer echten nationalsozialistischen Außenpolitik der Zukuft.

Wie in anderen Bereichen des politischen Lebens zeigte die NSDAP auch bei der Ausarbeitung ihres außenpolitischen Programms in der Weimarer Zeit ein großes Durcheinander. (7) Klaus Hildebrand hat drei deutlich unterschiedliche Richtungen in den außenpolitischen Zielvorstellungen der NSDAP in den 20er Jahren herausgearbeitet. (8) Die "Wilhelminischen Imperialisten" bildeten den rechten Flügel der Partei. Es handelte sich dabei um ehemalige Offiziere, Angehörige der Oberschicht, Alldeutsche und frühere Mitglieder des Flottenbundes und der Kolonialgesellschaften. Unter der Führung von Ritter von Epp und Hermann Göring hoffte die Gruppe, die alten Reichsgrenzen wiederherzustellen und die deutschen Kolonien in Übersee wieder zu bekommen, notfalls mit Krieg. Die "revolutionären Sozialisten" unter der Führung der Brüder Otto und Gregor Strasser bevorzugten eine Festigung der deutschen Macht in Mitteleuropa und waren zumindest in den Anfangsjahren gegen jegliche koloniale Ausdehnung. Einige versuchten sogar, eine deutsche Solidarität mit den Kolonialvölkern in ihrem Kampf gegen die westlichen Kolonialmächte zu predigen. Schließlich gab es die "Agrar-radikalen" unter Führung von Walter Darré und Alfred Rosenberg, die sich für eine rassisch-ideologische Politik von Blut und Boden aussprachen. Sie lehnten Kolonien in Übersee ab und sprachen sich in Verbindung mit einem britischen Bündnis für ein ausgedehntes Kontinentalreich in Mittel- und Osteuropa auf Kosten Rußlands aus.

Hitler gehörte zu keiner dieser Richtungen. Letztendlich konnte er ihre unterschiedlichen Auffassungen und gegenseitigen Feindschaften, welche die Bildung von Anti-Hitler-Verbindungen ausschlossen, ausbeuten. Spuren sowohl der ersten wie auch der dritten Richtung finden sich in der außenpolitischen Linie, wie sie Hitler in den 20er Jahren entwickelte. Die dritte Richtung zeigt sich vor allem in "Mein Kampf" und im geheimen Tagebuch. Vor 1922 entsprach die Hitlersche Außenpolitik zu einem Großteil den Vorstellungen der "Wilhelminischen Imperialisten". Hitlers Argumente in Reden und Zeitungsartikeln waren im wesentlichen revisionistischer Natur. Er forderte die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen und die Rückgabe der ehemaligen Kolonien. Er forderte weiterhin

die Einheit aller Deutschen in einem Reich und stellte fest, daß Frankreich und Großbritannien die Feinde Deutschlands bleiben. Das Konzept eines Lebensraumes im Osten war noch nicht Teil der geopolitischen Überlegungen Hitlers. Wenn er in diesen Jahren vom Osten sprach, dann handelte es sich um ehemalige deutsche Gebiete, die durch den Versailler-Vertrag verlorengegangen waren. England und Frankreich wurden als Deutschlands Erbfeinde gesehen, die Deutschland die Einheit und wirtschaftliche Festigkeit verweigern. (10) Manchmal bedauerte Hitler auch die Wahl Wilhelms II., Österreich-Ungarn statt Rußland zum Bündnisgenossen während des 1. Weltkrieges gewählt zu haben. Er wies darauf hin, daß allein die bolschewistisch-jüdische Kontrolle Rußlands das einzige Hindernis für eine Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland sei. (11) In jener Zeit sah Hitler Großbritannien hoffnungslos unter der Kontrolle des Weltjudentums an. (12)

Es ist schwierig, genau festzustellen, wann sich Hitlers Haltung gegenüber England und Rußland geändert hat. Es hat den Anschein, daß er die positiven Auswirkungen eines zukünftigen deutsch-englischen Bündnisses zu sehen begann, ehe er seine Vorstellungen vom Lebensraum im Osten entwickelte. (13) 1932 behauptete Hitler, er habe ein Bündnis mit England fast zwölf Jahre gefördert. Dies würde bedeuten, daß seine englandpolitischen Überlegungen auf die Jahre 1920 und 1921 zurückgehen. (14) Kurt Luedecke behauptete, er habe die englische Karte schon Anfang 1921 mit Hitler erörtert. (15) Es sind auch der Einfluß von Alfred Rosenberg auf Hitler in den frühen 20er Jahren sowie der Erfolg der Bolschewisten im russischen Bürgerkrieg 1921 zu erwähnen. Rosenbergs außenpolitische Grundsätze beruhten auf der Annahme, daß das Weltjudentum für die bolschewistische Revolution in Rußland verantwortlich und das bolschewistische Rußland der unversöhnliche Gegner Deutschlands sei. Darüberhinaus war Rosenberg der Meinung, Deutschlands Zukunft liege in einer Ausdehnung nach Osten und nicht im Erwerb von Überseekolonien. Die Erreichung dieser Ziele erforderten ein Bündnis, das in allererster Linie Großbritannien zum Partner haben konnte. (16)

Die Krise bei den Reparationszahlungen im Jahre 1922 sowie die darauf folgende Ruhrkrise des Jahres 1923 bewirkten einen Wandel der Hitlerschen Haltung gegenüber England

und dessen Rolle in seinen Bündnisplänen als Katalysator. (17) Londons Weigerung, die Behauptung des Reparationsausschusses, Deutschland sei mit seinen Lieferungen im Hintertreffen, zu unterstützen, als auch die britische Kritik an der Ruhrbesetzung, machten auf Hitler einen tiefen Eindruck. Die Feindschaft gegenüber Frankreich scheint für Hitlers ursprüngliche Neigung, sowohl ein Bündnis mit England als auch mit Italien einzugehen, der Hauptgrund gewesen zu sein. Ideologische Überlegungen wie Lebensraum im Osten, der Kampf gegen den "jüdischen Bolschewismus" oder der Gedanke eines ideologischen Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem italienischen Faschismus scheinen dagegen ohne Bedeutung gewesen zu sein. (18) Ideologische Überlegungen, die auch eine Rolle Englands in Hitlers mythischer germanischer Herrenrasse einschlossen, gewannen in Hitlers späteren Vorstellungen an Bedeutung. In den Anfangsjahren betonte er die vorhandene Gegnerschaft zwischen Franzosen und Briten sowie zwischen Franzosen und Italienern. Die Ausbeutung und Ausnutzung dieser Gegnerschaft eröffnete einem auf Revisionismus und Ausdehnung ausgerichteten Deutschland viele positive Möglichkeiten. (19)

Mit der Veröffentlichung von "Mein Kampf" im Juli 1925 hatten Hitlers zukünftige geopolitische Pläne ihren Reifegrad erreicht. Die nationalsozialistische Bewegung besaß ein umfassendes außenpolitisches Programm, das von 1933 bis 1943 unnachgiebig verfolgt wurde. Deutschland würde aus der kolonialen Gegnerschaft zwischen Engländern und Franzosen sowie Franzosen und Italienern Vorteile ziehen. Deutschland würde ein Bündnis mit Großbritannien und Italien anstreben, das auf dem gemeinsamen Mißtrauen und der Feindschaft gegenüber Frankreich beruhte. (2o) Mit dieser Politik würde Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf die Weltpolitik des Wilhelminischen Deutschland verzichten. Und damit auch auf das Streben, eine Seemacht zu werden und ein Kolonialreich in Übersee aufzubauen. (21) Hitler unterstrich die Übernahme der Gedanken von Darré und Rosenberg sowie das Ja zu einer Ausdehnung in erster Linie in Osteuropa, auf Kosten der Russen, und nicht in Übersee. (22) Er führte weiterhin aus, Großbritannien sei dazu zu bringen, die deutsche Herrschaft über Europa hinzunehmen. Er stellte fest, Großbritannien würde

sich nicht einer deutschen Vorherrschaft in Europa entgegenstellen, da es dies in der Vergangenheit auch nicht gegenüber Frankreich gemacht habe. Deutschland würde zudem eine Kontinentalmacht bleiben, während die französische Macht in Europa nur Frankreichs Stellung als Weltmacht gestärkt hatte. (23) Er hoffte, England davon überzeugen zu können, daß die deutsche Macht auf Europa beschränkt bleibt, und daß Deutschland nicht auf der Ebene der Weltpolitik mit England konkurrieren werde, wie dies Frankreich traditionellerweise getan hat. Er würde versuchen, die französische Macht in Europa auszuschalten, das bolschewistische Rußland zu vernichten und die deutsche Vorherrschaft in Europa zu errichten. All diese Ziele sollten durch eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien erreicht werden. (24)

Es gibt Beweise, daß Hitlers letztes Ziel nicht die Beherrschung Europas war, sondern daß er diese Beherrschung als erste Stufe zu einer Weltpolitik ansah. Sowohl in "Mein Kampf" als auch in seinem geheimen Tagebuch spielte er auf eine zweite Stufe an, die nach einer langen Zeit der Lagefestigung in Europa beginnen würde. Deutschland könnte möglicherweise auf Kosten von Frankreich und Belgien ein Kolonialreich in Übersee bekommen. Dies könnte einen Kampf mit England mit sich bringen oder ein Bündnis mit England gegen den möglichen Gegner der beiden, die USA. Es heißt dort:

> "Alle verwandschaftlichen Beziehungen könnten jedoch nicht ein gewisses Gefühl englischen Neides gegenüber dem Wachstum der USA auf allen Gebieten der internationalen Wirtschaft und Machtpolitik verhindern. Aus der ehemaligen Kolonie, dem Kind der großen Mutter, schien sich eine neue Beherrscherin der Welt zu entwickeln. Es ist verständlich, wenn England heute beunruhigt seine frühere Bündnispolitik überprüft und die englischen Staatsmänner traurig einer Zeit entgegensehen, wenn es nicht mehr länger heißt: 'England auf allen Meeren', sondern die Meere gehören den Vereinigten Staaten."(25)

In diesem Punkt unterschied sich Hitler von der Richtung Darré/Rosenberg, welche die Möglichkeit eines Krieges mit England oder die Notwendigkeit eines Kolonialreiches in Übersee ausschloß.

Auf der Suche nach einem Bündnis (1933 - 1937)

Bei einer Kabinettsbesprechung, die Hitler am 7. April 1933 einberief, um die Außenpolitik zu besprechen, kam man überein, daß gute Beziehungen mit Großbritannien und Italien wesentlich seien. Jede Art von Verständigung mit Frankreich sei unmöglich, und der Krieg sei zumindest so lange zu vermeiden, so lange Deutschland nicht in der Lage sei, ihn durchzustehen. (26) Diese Entscheidungen bildeten die Grundlage für die politischen Ziele Deutschlands in den Jahren 1933 bis 1939. Erfolg oder Mißerfolg hingen in hohem Maße vom Ausgang der Englandpolitik ab.

Hitler hatte ursprünglich vorgehabt, die Größe der deutschen Flotte in seinem umfassenden Rüstungsprogramm zu begrenzen, um die Reibereien, die vor dem 1. Weltkrieg das Verhältnis zwischen Deutschland und England gekennzeichnet hatten, zu vermeiden. In seinen Erinnerungen beschrieb Admiral Erich Raeder ein Treffen mit Hitler im Februar 1933. Bei diesem Treffen hatte Hitler erklärt, die deutsche Flotte sollte für seine kontinentaleuropäischen Zwecke aufgebaut werden, so daß es nie einen Krieg mit England, Italien und Japan geben werde. (27) Raeder bemerkte, daß Hitler von Anfang an die Absicht hatte, eine Art von Flottenübereinkunft mit Großbritannien anzustreben, das die ungefähre Stärke der beiden Flotten regeln sollte, wobei das Verhältnis etwa drei zu eins zugunsten von Großbritannien sein sollte. Raeder beschrieb Hitlers Flottenpolitik gegenüber England als ein Zeichen der vom Führer beabsichtigten Kontinentalpolitik und als eine Ablehnung der Weltpolitik, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt. (28) Diese Phase der Politik endete mit dem deutsch-britischen Flottenabkommen vom 18. Juni 1935. Hitler betrachtete dieses Abkommen als eine Krönung seiner Bemühungen, sich die Zusammenarbeit und Unterstützung Großbritanniens zu sichern. (29)

Auf Grund von Deutschlands überaus angespannter Wirtschaftslage und auf Grund des dauernden Mangels an Rohstoffen war die Kolonialpolitik eine nicht so einfache Angelegenheit. Hitler hatte in "Mein Kampf" erklärt, das Schicksal

Deutschlands liege in Osteuropa. Eine angriffslustige deutsche Kollonialpolitik in Übersee, wie sie vor dem Krieg betrieben worden sei, liege nicht im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands. (30) Es trifft auch zu, daß Hitler in den ersten beiden Jahren nach seinem Regierungsantritt die Frage der ehemaligen Kolonialgebiete ausklammerte oder einfach Deutschlands Gleichgültigkeit in dieser Frage zum Ausdruck brachte. Diese Haltung zeigte sich in seinen vielen Gesprächen mit den britischen Botschaftern Rumbold und Phipps. In einem Gespräch mit Sir John Fraser vom "Daily Telegraph" am 2. Mai 1933 soll Hitler ausgeführt haben: "Ich habe den Gedanken einer deutschen Ausdehnung in Übersee aufgegeben. Wir wollen auf dem Gebiet der Flottenstärke nicht mit England in einen Konkurrenzkampf eintreten. Unser Schicksal hängt nicht mit Küsten und Kolonialbesitzungen, sondern mit unserer Ostgrenze zusammen." (31) Hitlers Strategie, Großbritannien für seinen Gedanken eines deutsch-britischen Bündnisses zu gewinnen, bestand in dem Angebot, die Sicherheit des britischen Weltreiches zu garantieren. (32)

Hitler war indes nicht bereit, die Hoffnung auf zumindest eine Teilrevision in der Frage der ehemaligen Kolonialgebiete aufzugeben. Zum ersten Mal begann er im Frühjahr 1935 eine Revision zu Gunsten Deutschlands zu verlangen. Im März kam der britische Außenminister Sir John Simon in Begleitung von Anthony Eden nach Berlin, um die deutsch-englischen Beziehungen mit Hitler zu besprechen. (33) Hitler führte dabei aus, daß Deutschland mit 68 Millionen Einwohnern auf einem Gebiet von nur 468.000 Quadratkilometern dicht bevölkert sei und daher einen unzureichenden wirtschaftlichen Lebensraum habe. Er regte weiter an, diese kritische Lage zu bessern, damit es in Europa einen echten Frieden geben würde. Großbritannien müsse helfen, eine Lösung zu erreichen. Er schlug keine besonderen Änderungen der europäischen Landkarte oder in der Frage des kolonialen Status Quo vor, doch beinhalteten seine Ausführungen Änderungen auf beiden Gebieten. Er schloß mit dem Hinweis, Großbritannien sollte die Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und England erkennen und auf der Grundlage gegenseitiger Zusammenarbeit, Verteidigung und Sicherheit sofort eine besondere Freundschaft entwickeln.

Mehrere Theorien versuchen, Hitlers taktischen Wechsel in der Kolonialfrage zwischen 1933 und 1935 und den Beginn seiner eher bescheidenen Versuche zu erklären, von Großbritiannien Zugeständnisse in der Kolonialfrage zu erhalten.. Diese Versuche sollten sicherlich nicht als Schritt weg von dem Gedanken eines deutsch-englischen Bündnisses gewertet werden. Zudem ist es auch zweifelhaft, ob Hitlers in "Mein Kampf" ausgesprochener Verzicht auf die Kolonien ein Verzicht auf Dauer war. Es ist auch vernünftig anzunehmen, daß Hitler aus wirtschaftlichen Gründen an der Rückkehr einiger früherer deutscher Kolonien als billiger Quellen für die so dringend benötigten Rohstoffe interessiert war. Schacht war schon immer ein eifriger Befürworter einer revisionistischen Politik in der Kolonialfrage gewesen. Er drängte Hitler, eine gemäßigte und friedliche Kolonialpolitik zu betreiben in der Hoffnung, daß England zumindest einige der ehemaligen deutschen Kolonien zurückgeben werde. Auf diese Weise hoffte er, die ständige Knappheit an Rohstoffen zu bessern und gleichzeitig Hitler davon abzubringen, seine Pläne einer Ausdehnung nach Osten weiter zu verfolgen. (34) Andere argumentieren, daß Hitler nach zweijährigem, unbeantwortetem Werben um England 1935 und 1936 die Karte der Kolonien als rein taktische Waffe auszuspielen begann, um England dazu zu bringen, sich gegenüber seinen Plänen in Europa zugänglicher und zusammenarbeitsfreudiger zu zeigen. (35)

Die Revision der kolonialen Frage wurde in den Jahren 1936 und 1937 zu einem Lieblingsthema der Reden Hitlers. In seiner berühmten "Friedensrede" vom 7. März 1936 nach der Besetzung des Rheinlandes forderte Hitler die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien. (36) Auf dem Nürnberger Reichsparteitag im September des gleichen Jahres forderte er erneut die Rückgabe deutscher Kolonien, wobei er als Gründe die wirtschaftliche Notwendigkeit sowie den Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen nannte. (37) Gleichzeitig drängte Hitler auf ein deutsch-englisches Bündnis. Dies zeigt sich in seiner Anweisung an Ritter von Epp, dem Leiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP, am 25. November 1935. Hitler ordnete an, ein Flugblatt mit dem Titel "Koloniale Vorkämpfer heraus!" einzuziehen. Dieses Flugblatt sprach sich auch für Krieg aus, um die deutschen Kolonien zurückzu-

gewinnen. (38) Er unterstrich überdies den heiklen Charakter der Beziehungen zu England und machte von Epp darauf aufmerksam, die allgemeine Propaganda für die deutschen Kolonialziele den Richtlinien der Außenpolitik anzupassen.

Die Ernennung von Ribbentrops zum deutschen Botschafter in Großbritannien durch Hitler im Jahre 1936 war Teil eines weiteren Versuches, sich mit der britischen Regierung zu einigen. (39) Als Hitlers außenpolitischer Berater war von Ribbentrop ein eifriger Befürworter eines deutsch-englischen Zusammengehens gewesen. Er hatte die Verhandlungen beim deutsch-britischen Flottenabkommen von 1935 geführt. Er soll als Leiter der Dienststelle Ribbentrop, einer weiteren NSDAP-Stelle für Außenpolitik, viele Verbindungen zu England geknüpft haben. Ribbentrop zufolge war er von Hitler beauftragt, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um ein deutsch-britisches Bündnis sicherzustellen. (40) Er behauptete: "Der Führer hat gesagt, er sei bereit, Großbritannien zwölf Divisionen zur Verfügung zu stellen, um überall, wo es erforderlich sein sollte, die Unversehrtheit des britischen Weltreiches zu sichern." (41)

Rosenbergs Außenpolitisches Amt, die weitere Parteistelle für Außenpolitik, unterstützte ebenfalls den Gedanken eines deutsch-britischen Bündnisses. (42) Die Ideologie von Blut und Boden, die in den 20er Jahren vorherrschend war, brachte zum Ausdruck, daß nur das jüdisch-bolschewistische Rußland Deutschlands einziger Feind sei. Mit der Ausnahme von ein oder zwei Kolonien aus Gründen der Rohstoffversorgung befürwortete Rosenberg aus rassischen wie strategischen Gründen ein Bündnis mit England. Er sagte erneut, daß das Betreiben einer Weltpolitik nicht im Interesse Deutschlands liege. Rosenberg zufolge lag Deutschlands Schicksal im Osten Europas. Seine dortigen Ziele würden am besten durch eine englische Unterstützung abgesichert werden.

Ein weiterer Hinweis auf die Bedeutung, die Hitler einem Bündnis mit England beimaß, ist für ihn der vergleichbare Wert der Beziehungen zu England und Italien. Sowohl in "Mein Kampf" als auch in seinem geheimen Tagebuch betrachtete Hitler England und Italien als Deutschlands natürliche Verbündete. Er führte aus, es gäbe mit keinem Interessenkonflikte und beide seien, wie Deutschland, natürliche Feinde Frankreichs.

Er scheint gedacht zu haben, daß auch England und Italien natürliche Verbündete ohne Interessenkonflikte seien. Dieser Irrtum sollte sich 1935 anläßlich der Abessinien-Krise sehr deutlich zeigen. Dennoch meinte er, daß das Mittelmeer das natürliche Einflußgebiet Italiens sei. Eine französisch-italienische Gegnerschaft in diesem Gebiet könne nur gut für Deutschland sein. Eine Gegnerschaft zwischen Italien und Großbritannien müsse jedoch vermieden werden. (43) Hitler wollte italienische Absichten im Mittelmeerraum und Afrika unterstützen, selbst wenn dies zu einer Auseinandersetzung mit Frankreich führen würde, jedoch nicht, wenn die imperialistischen Interessen Großbritanniens im Spiele wären. (44)

Hitlers Bemühungen zwischen 1933 und 1936 zu einer Einigung mit Großbritannien zu kommen, hatten auf der italienischen Seite keine Entsprechung. Tatsächlich waren die deutsch-italienischen Beziehungen in den ersten drei Regierungsjahren Hitlers wegen der Österreich-Frage und der wirtschaftlichen Konkurrenz in Südosteuropa nicht immer freundschaftlich. (45) Nichtsdestoweniger zielten Hitlers geopolitische Langzeitpläne auf ein Bündnis mit beiden. Und die Auseinandersetzungen, die in den 30er Jahren zwischen Deutschlands Möchte-gern-Verbündeten entstanden, zwangen Hitler, zwischen beiden zu wählen.

Es liegen Beweise vor anzunehmen, daß Hitler sich für England entschieden hätte, wenn die britische Regierung seinen Bündnisplänen gegenüber entgegenkommender gewesen wäre. Deutschlands Schritt in Richtung auf ein vorrangiges Bündnis mit Italien begann mit der Abessinien-Krise im Spätjahr 1935 und der Achse Rom-Berlin im Jahre 1936. Trotz der britischen Gleichgültigkeit gegenüber Deutschlands vorherigen Bündnisangeboten und der britischen Beschwichtigungspolitik während der Auseinandersetzungen in Abessinien und Spanien wurde der deutsche Schritt etwas widerstrebend vollzogen. (46) Die Abessinien-Krise vom Oktober 1935 wirft ein Licht auf die Bedeutung von Italien und England für Hitlers Bündnisstrategie. Fritz Wiedemann, dem damaligen Hitler-Adjutanten zufolge, hatte der Führer einen italienischen Mißerfolg und eine italienische Niederlage vorhergesagt, wenn sich England dem italienischen Vorgehen im östlichen Afrika widersetzen sollte. (47) Wiedemann führte aus, Hitler könnte sich bei einer Wahl zwischen Mussolini

und den Briten auf die Seite der letzteren schlagen, und dies trotz der ideologischen Verwandschaft mit den Italienern. Auch von Ribbentrop spielte auf die Bevorzugung Englands als Bündnispartner gegenüber Italien an. (48) Die drei Jahre britischer Gleichgültigkeit gegenüber seinen Bündnisangeboten und Londons schwache Haltung gegenüber der italienischen Aggression in Abessinien schufen in Hitlers Haltung gegenüber Großbritannien ein strategisches und ideologisches Dilemma. Albert Speer beschrieb Hitlers verunsichertes Reagieren auf die Vorgänge vom Herbst 1935 wie folgt: "Ich weiß wirklich nicht, was ich tun soll. Es ist eine furchtbar schwierige Entscheidung. Ich würde mich liebend gern den Engländern anschließen. Aber wie oft in der Geschichte haben sich die Engländer als treulos erwiesen. Schlage ich mich auf ihre Seite, dann geht zwischen uns und Italien nichts mehr. Danach lassen mich die Engländer fallen, und wir sitzen dann zwischen zwei Stühlen." (49)

Speer bestätigte ebenfalls, daß die Weigerung Englands, der italienischen Herausforderung in einem Gebiet, das für die britischen Interessen von derartiger Wichtigkeit war, ernsthaft gegenüberzutreten, Hitler dazu brachte, eine allmähliche Neuausrichtung seiner Bündnisstrategie einzuleiten, die zur Achse Berlin-Rom und zu einer engeren Beziehung mit Italien führte. (50) Dies bedeutet nicht, daß sich Hitler entschlossen hätte, im Falle eines italienisch-englischen Krieges seine Entscheidung für England zu Gunsten Italiens fallen zu lassen. Das Ziel einer Verständigung, wenn nicht eines Bündnisses mit Großbritannien blieb den Rest des Jahrzehnts hindurch eines der Hauptinteressen außenpolitischer Überlegungen Hitlers. Dies zeigt sich in einer Denkschrift des Auswärtigen Amts von Staatssekretär von Weizsäcker vom Dezember 1937, wo es heißt:

"Unter keinen Umständen sollte man zulassen, daß die Verbindung zwischen Berlin und London völlig zerbricht. Wir müssen uns aller Wahrscheinlichkeit nach für die kommenden Jahre an kühle Beziehungen mit England gewöhnen. Aber der Zeitablauf wird möglicherweise zu einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen führen. Aus diesem Grunde ist die Achse Berlin-Rom zur Zeit nützlich und in taktischer Hinsicht angemessen. Sie wird jedoch auf lange Sicht nutzlos

sein, wenn sie eine nachteilige Auswirkung auf die deutsch-englischen Beziehungen hat...Das AA wird jede Möglichkeit ins Auge fassen, die deutsch-englischen Beziehungen zu fördern." (51)

Was sich für Hitler in den Jahren 1935 - 1937 änderte, war nicht der Wunsch nach einem Bündnis mit England, sondern die Wahrscheinlichkeit, daß ein solches Bündnis Formen annehme. Hitler begann, seine Pläne entsprechend anzupassen, und bereitete sich auf ein zukünftiges Handeln ohne England aber noch immer nicht gegen England vor, jedoch ohne den Glauben an ein deutsch-englisches Bündnis. Für die vorliegende Untersuchung liegt die Bedeutung dieses politischen Wechsels in Hitlers fortwährendem Bemühen, im Jahr 1937 und danach keine betont feindselige Haltung gegen England einzunehmen. Während Hitler seine Ziele in Europa ohne Unterstützung durch Großbritannien verfolgen mußte, hoffte er, wie er von Neurath im Mai 1937 anvertraute, weiterhin auf eine deutsch-englische Verständigung: "Ich werde es noch einmal versuchen. Und sollte ich keinen Erfolg haben, werde ich es erneut versuchen. Und sollte ich wiederum erfolglos sein, werde ich es ein drittes Mal versuchen. Dazu bin ich fest entschlossen."(52)

Der taktische Wechsel: Ohne England (1935 - 1937)

Der Ausgangspunkt für Hitlers Strategieänderung hinsichtlich Englands in den Jahren 1935 bis 1937 lag hauptsächlich in der wachsenden Erkenntnis, daß England seine Pläne für eine Vorherrschaft in Europa nicht unterstützen würde. (53) Sein Traum eines Bündnisses zwischen Deutschland und England nach 1924 sind ein Zeichen für eine allgemeine nationalsozialistische Unkenntnis der Welt außerhalb Deutschlands und insbesonders für falsche Vorstellungen von England, seiner Regierung und seiner Menschen. Es ist zweifelhaft, ob sich Hitler je über die grundsätzliche Unversöhnlichkeit zwischen der nationalsozialistischen und englischen politischen Philosophie wie des politischen Systems und ihre entgegengesetzten außenpolitischen Ziele, Strategien und Interessen klar war.

Hitler war an einer deutschen Vorherrschaft auf dem Kontinent interessiert, während Großbritannien nur bereit war, geringfügige Änderungen zu Gunsten Deutschlands in Mitteleuropa einschließlich Österreichs und des Sudetenlandes hinzunehmen- und dies auch nur im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der deutschen Einheit. Hitler wollte seine Ziele durch zweiseitige deutsch-englische und deutsch-italienische Abkommen, bevorzugt in Form aktiver Bündnisse, erreichen, während Großbritannien darauf bestand, im Rahmen mehrseitiger Abkommen und kollektiver Sicherheitssysteme zu arbeiten. (54) Das deutsch-englische Flottenabkommen war nicht der Erfolg, wie ihn Hitler erhofft hatte. Es stellte sich als schwaches Werk heraus, denn es brachte nicht die erwartete britische Unterstützung für seine Pläne, die Karte Europas umzugestalten.

Vom Anfang der Hitler-Herrschaft an kann es in Partei- und Regierungskreisen nicht viel Zweifel am britischen Mißtrauen, an britischer Mißbilligung und in vielen Fällen an britischer Feindschaft gegenüber dem neuen deutschen Regime und insbesonders gegenüber seiner Innenpolitik gegeben haben. Der deutsche Botschafter in London, Hoesch, verfaßte im August 1933 einen längeren Bericht über den Stand der deutsch-englischen Beziehungen und über die Gründe für die im allgemeinen ablehnende Haltung Großbritanniens gegenüber dem Hitler-Regime. (55) Die beiden Hauptgründe, welche die anti-deutsche Stimmung in England verursachten, waren einmal die anti-jüdischen Maßnahmen, zum anderen die allgemeine politische Unterdrückung der politischen und "rassischen" Gegner des Regimes. Hoesch schloß seinen Bericht mit der Feststellung, es gebe derzeit keinerlei Grund zur Annahme, von den verschiedenen englischen Gruppen und Parteien eine freundliche Haltung zu erwarten. Die britische Abneigung gegenüber dem neuen Regime hatte sich auch bei Alfred Rosenbergs London-Besuch im Mai 1933 gezeigt. Der Besuch war ein Reinfall und mußte verkürzt werden, da sich hohe Regierungsbeamte weigerten, Rosenberg zu treffen. Der Bericht Hoeschs vom Besuch Rosenbergs liefert eine gute Beschreibung der britischen Haltung. Darin heißt es:

> "Rosenbergs Besuch hat zu keiner Verbesserung der hiesigen Stimmung beigetragen. Er hat vielmehr die ablehnende Haltung Englands gegenüber dem neuen Deutschland verstärkt. Dies

hat nichts mit Rosenberg selbst zu tun, der meiner Auffassung nach die Haltung des neuen Deutschland mit viel Mäßigung aber auch mit viel Überzeugung vorgetragen hat... Es ist vielmehr ein Hinweis auf die Tatsache, daß... die englische Kritik in Rosenbergs Anwesenheit die Verkörperung des neuen Deutschland in England selbst sah. Und dies bewirkte einen Sturm an Gegnerschaft." (56)

Im Herbst 1934 hatte sich das Ansehen Deutschlands in England weiter verschlechtert. In einem Bericht vom 12. September 1934 an das AA in Berlin führte die deutsche Botschaft in London aus, daß die Ereignisse des 30. Juni in Deutschland, die Österreich-Frage und die Ermordung von Dollfuß, die deutsche Wiederaufrüstung, das Scheitern der Abrüstungskonferenz, die Judenfrage und die politische Unterdrückung in der Frage einer Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen zu kritischen Belastungspunkten geworden sind. (57) Aber Hitler war nicht bereit, aufzugeben, was engeren Beziehungen mit England im Wege stand. Es handelte sich hierbei um Ziele, welche die nationalsozialistische Revolution als wesentlich erachtete. Neben der oft wiederholten Garantie für die Sicherheit und Verteidigung des britischen Weltreiches, die den Briten wenig praktischen Nutzen bot, war der einzige Schritt, den Hitler bereit war zu machen, um die Sympathien Großbritanniens zu gewinnen, das Verbot, mit den beiden faschistischen Gruppen in Großbritannien in irgendeiner Form in Verbindung zu treten. (58) Das deutsche Wiederaufrüstungsprogramm war wesentlich für Hitlers außenpolitische Ziele. Er konnte auf die autoritäre Natur und die Terrortaktiken seiner Regierung nicht verzichten. Er war auch nicht bereit, die jüdische Frage zu einem Diskussionsgegenstand zwischen Deutschland und England oder irgendeiner anderen ausländischen Macht zu machen.

Trotz der Bedeutung, die Hitler in den 30er Jahren einem Bündnis mit England beimaß, war er fast von Anfang an darauf vorbereitet, seine Ziele in Europa ohne oder sogar gegen Großbritannien durchzusetzen, sollten es die Umstände erforderlich machen. In einem Gespräch mit seinen Generälen am 28. Februar 1934 entwickelte Hitler seine Pläne für einen Lebensraum im Osten. (60) Nachdem er das Interesse an einem Bündnis mit England unterstrichen hatte, forderte Hitler die Generäle auf, sich auf alle Fälle vorzubereiten. Dies

beinhaltete auch englischen Widerstand gegen deutsche Schritte. Man sollte in der Lage sein, eine britische Weigerung "mit schnellen Entscheidungsschlägen im Westen und dann im Osten" zu beantworten. Die Auswirkung der Abessinienkrise auf Hitlers Bündnisüberlegungen ist schon erwähnt worden. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß die britische Zurückhaltung gegenüber den italienischen Maßnahmen im Jahre 1935 bei der Entscheidung Hitlers, im März 1936 ins Rheinland einzumarschieren, eine wichtige Rolle gespielt hat. (61) Wenn England untätig zusah, wie seine Kolonialinteressen im östlichen Afrika bedroht wurden, dann würde es, so nahm Hitler an, nichts gegen einen deutschen Einmarsch ins Rheinland unternehmen, wo keine englischen Interessen auf dem Spiel standen. Großbritanniens Fehler, angesichts der italienischen und deutschen Einmischung im spanischen Bürgerkrieg nichts zu unternehmen, und die britischen Sympathien für die Franco-Anhänger überzeugten Hitler, daß sich ein Bündnis mit Großbritannien zwar aus ideologischen Gründen nicht verwirklichen ließe. Am Ende spielt dies aber keine Rolle, zumal die Westmächte ihre mangelnde Bereitschaft gezeigt hatten, sich dem Vorgehen der Achsenmächte zu widersetzen. (62) Von diesem Zeitpunkt an wurde die britische Untätigkeit als eine annehmbare Alternative für ein aktives deutsch-englisch Bündnis angesehen.

Ribbentrops Versagen, sich das begehrte deutsch-englische Bündnis während seiner Zeit als Botschafter in London zu sichern, wirkte sich in die gleiche Richtung aus.Im Spätjahr 1936 berichtete Ribbentrop Hitler, er sei nicht in der Lage gewesen, die britische Regierung für irgendeine Form von deutsch-englischer Verständigung zu gewinnen. (63) Hildebrand umreißt die Aufgabe Ribbentrops zwischen 1936 und 1938 als "die endgültige Klärung gegenüber Großbritannien." (64) In dieser Zeit machte Hitler vor allem über Ribbentrop seinen letzten Versuch, sich das Bündnis mit England zu sichern. Er plante aber auch das Durchsetzen der deutschen Ziele im Falle einer englischen Weigerung.

Hitlers "Denkschrift zum Vierjahresplan" vom August 1936 war eine weiterer Hinweis auf seine Enttäuschung gegenüber Großbritannien und seine Absicht, ohne ein britisches Bündnis weiterzumachen. (65) Nachdem Hitler die Notwendigkeit für

einen Lebensraum und einen Krieg gegen den Bolschewismus unterstrichen hatte. ordnete er an, daß die Wehrmacht und die Wirtschaft innerhalb von vier Jahren für einen Krieg bereit sein müßten. Ohne England zu erwähnen, unterstrich er die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen Deutschland, Italien und Japan. Nur auf Italien und Japan könne man sich als zukünftige Bundesgenossen verlassen. Über eine mögliche Auseinandersetzung mit England sagte er indes nichts. Diese war zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu vermeiden.

Hitler machte England bis zum Sommer 1937 weiterhin Bündnisangebote. Zwei bemerkenswerte Beispiele sind seine Angebote an Lloyd George am 4. September 1936 in Berlin und an Lord Lothian im Mai 1937, ebenfalls in Berlin. (66) In beiden Fällen bot Hitler ein Bündnis an, das auf Interessenssphären gegründet war. Großbritannien sollte die deutsche Vorherrschaft in Europa unterstützen, während Deutschland das britische Weltreich garantieren würde. Wie in der Vergangenheit, so konnte Großbritannien auch jetzt nicht ernsthaft daran denken, eine deutsche Eroberung Europas zu billigen. Es hat den Anschein, daß Hitler im Sommer 1937 in Anbetracht der unveränderten Haltung und der ständigen Ablehnung seiner Freundschafts- und strategischen Zusammenarbeitsangebote zur Auffassung kam, die Bemühungen, ein arbeitsfähiges deutsch-englisches Bündnis zu erreichen, lohnten nicht länger. (67)

Die letzte Hälfte des Jahres 1937 war durch eine neue Entschlossenheit Hitlers gekennzeichnet, seine Ziele ohne britische Unterstützung und, falls erforderlich, sogar gegen britischen Widerstand zu erreichen. Hitlers allmählicher taktischer Wandel erreichte etwa zur gleichen Zeit seinen Höhepunkt, als im Mai 1937 die Regierung Neville Chamberlain, die Deutschland gegenüber eine versöhnlichere Haltung einnahm, ihr Amt antrat. Am 28. Mai lud die neue britische Regierung von Neurath nach London ein, um die spanische Frage und andere europäische Probleme zu erörtern. Die deutsche Regierung nahm diese Einladung anfänglich an. Die Gespräche wurden für den 23. Juni in London angesetzt. Unerwarteterweise widerrief Hitler von Neuraths Besuch in letzter Minute, wobei er als Entschuldigung anführte, der deutsche Kreuzer Leipzig sei in den spanischen Gewässern von einem unbekannten U-Boot torpediert worden.

Die eigentlichen Gründe für die Rückgängigmachung scheinen zweierlei Natur gewesen zu sein: einmal Hitlers allgemeines Mißtrauen und seine Enttäuschung gegenüber der britischen Weigerung, mit ihm zusammenzuarbeiten, zum anderen die Furcht Italiens vor der Möglichkeit einer deutsch-englischen Einigung in der Spanienfrage auf Kosten Italiens. (68) Die Rückgängigmachung des von Neurath-Besuches im Sommer 1937 war das erste Mal, daß Hitler eine Gelegenheit ausließ, die deutsch-englischen Beziehungen zu verbessern. Es hat auch den Anschein, daß Hitler der Meinung war, er könne sich nicht länger gegenüber seinem möglichen Verbündeten Mussolini entfremden, der im Jahre 1937 seine wachsende Unterstützung für Deutschland und sein Vertrauen auf diese Verbindungen unter Beweis gestellt hatte.

Das Ergebnis des taktischen Wandels, eine Politik ohne England, zeigte sich anläßlich der berühmten Zusammenkunft am 5. November 1937 in der Reichskanzlei. Anwesend waren Hitler, sein Adjutant Hauptmann Hoßbach, General Blomberg, General Fritsch, Admiral Raeder, Feldmarschall Göring und Außenminister von Neurath. (69) Hitler sagte bei der Zusammenkunft nichts Neues, als er feststellte, daß er mittels Krieg neuen Lebensraum für Deutschland im Osten suche. Das Gleiche hatte er in seiner Ansprache an die Generäle der Reichswehr am 3. Februar 1933 und erneut am 28. Februar 1934 gesagt. Er werde jedoch seine Pläne in Mitteleuropa ohne das Bündnis mit England, das er früher als Vorausbedingung angesehen habe, verwirklichen. Zum ersten Mal stellte er England auf eine Ebene mit Frankreich. Er bezeichnete beide als verhaßte Feinde, die versuchten, Deutschland seinen berechtigten Platz an der Sonne zu verweigern. Er führte aus, England wäre in der Kolonialfrage wohl eher zu einer Zusammenarbeit bereit, wenn es sich einem starken, gutbewaffneten Deutschland gegenübersähe. Er führte aus, das britische Weltreich habe angesichts der italienischen Unternehmungen in Afrika und dem Aufkommen der japanischen Macht in Asien Schwäche gezeigt, und sagte Englands möglichen Abgang voraus. Das Hossbach-Protokoll vermerkte keine Neigung Hitlers, gegen England in den Krieg zu ziehen oder andererseits Großbritanniens weltweite Machtinteressen irgendwie zu untergraben. Hitlers ausführliche Beschreibung der Schwäche Englands war wohl

dazu bestimmt, die Befürchtungen seiner Berater vor einem englisch-französischen Widerstand gegen seine Nahpläne in Mitteleuropa abzumindern. Hitler war zur Überzeugung gekommen, er könne seine Ziele in Europa ohne England erreichen und es dann mit vollendeten Tatsachen auf seine Seite ziehen. (70)

Hitlers Unterredung mit Lord Halifax am 19. November 1937 in Berchtesgaden offenbaren sowohl die fortbestehende Kluft in der deutschen und englischen Strategie und in ihren Zielen als auch Hitlers neue Taktik gegenüber England. (71) Halifax sprach von friedlichen Veränderungen in Mitteleuropa auf der Grundlage mehrseitiger Abkommen und einem System kollektiver Sicherheit für Osteuropa. Die Regierung Chambrlain war geneigter als vorherige Regierungen, Änderungen in Österreich, in der Tschechoslowakei und möglicherweise in der Danzig-Frage zuzustimmen. Dies war natürlich nicht genug, um die Langzeitziele der Hitlerschen Außenpolitik zufriedenzustellen. Die Bereitschaft von Halifax, friedliche Veränderungen in Österreich und in der Tschechoslowakei abzusegnen, entsprach nicht dem, was Hitler letztendlich mit Deutschlands Lebensraum in Europa im Sinn hatte. Halifax kam ihm auch in der Frage der Kolonien nicht entgegen. Er versprach nur, den Versuch der Gründung einer oder zweier deutscher Kolonien in Afrika zu akzeptieren. (72) Schließlich spürt man in den Gesprächen Hitlers mit Halifax ein Gefühl der Verstimmung und Enttäuschung. Hitler verweilte lange bei seinen vergangenen Freundschafts- und Zusammenarbeitsangeboten an Großbritannien und bei der Tatsache, daß er im allgemeinen von Großbritannien und den Westmächten seit 1933 geächtet worden sei. Halifax selbst bermerkte nach seinem Gespräch mit Hitler, daß der Führer seine Auffassungen im Vertrauen auf Deutschlands Stärke und Unabhängigkeit vorgetragen habe. Es sei ihm klar geworden, daß Hitler nicht länger hinter England herlaufen würde. (73)

Hitlers neue Taktik in seiner Haltung gegenüber England bedeutete nicht, daß seine gesamte Englandpolitik eine grundsätzliche Änderung erfahren hatte. Trotz eines allmählichen, sich über zwei Jahre hinziehenden Wandels blieb eine deutsch-englische Zusammenarbeit für Hitlers Außenpolitik auch nach 1939 erstrebenswert. (74) Er hatte sich entschlossen, seine

Ziele in Europa durchzusetzen, wobei ein schwaches, untätiges England hilflos von außen zusehen würde. Sobald die deutsche Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent vorhanden sei, verfüge Hitler über die Macht, um das britische Weltreich zu einem von Deutschland beherrschten Bündnis zu zwingen. Es gibt keine Beweise, daß Hitler die Absicht hatte, das britische Weltreich anzugreifen oder dessen Interessen zu untergraben. Keines seiner Ziele in den 30er Jahren, einschließlich der Forderung nach einer Revision des kolonialen Status in Afrika, sollte auf Kosten britischer Machtinteressen erreicht werden. Das Hossbach-Protokoll wie auch die Zusammenfassung der Hitlerschen Gespräche mit Halifax weisen darauf hin, daß Hitler bereit war, einen kolonialen Ausgleich irgendwo in Afrika hinzunehmen, sollte England nicht in der Lage sein, die ehemaligen deutschen Kolonien in Ost- und Südwestafrika zurückzugeben. Selbst im Sommer 1940, als Hitler den Höhepunkt seiner Erfolge erreicht und England die tiefste Verzweiflung erfaßt hatte, blieb er bei seiner grundsätzlichen Unterstützung des britischen Weltreiches. Im Juni 1940 sagte Hitler zu Mussolini in München, das britische Weltreich müsse als Faktor des weltweiten Kräftegleichgewichts erhalten bleiben. (75) In einer Diskussion am 13. Juli 1940 äußerte sich Hitler sinngemäß wie folgt: "Wenn wir England besiegen, bricht das britische Weltreich zusammen. Deutschland hat davon nichts. Wir würden mit deutschem Blut etwas erreichen, was nur Japan, den USA und anderen Kräften von Nutzen wäre." (76)

Der rassische Faktor

Wir müssen den rassischen Beweggründen, die Hitlers Haltung und Politik gegenüber England zugrunde liegen, einige Aufmerksamkeit schenken. Ideologie und Machtpolitik waren in den Beweggründen und Zielen der NS-Außenpolitik untrennbare Bestandteile. Dies zeigt sich vor allem bei Hitlers Haltung gegenüber England. Unabhängig von den strategischen Vorteilen eines mit Leben erfüllten Bündnisses mit England oder der einfachen Zustimmung Großbritanniens beruhte Hitlers heiß-

ersehnte deutsch-britische Zusammenarbeit auch auf seiner rassischen Weltanschauung. Sie beinhaltete nicht nur das Streben nach einer deutschen Beherrschung Europas, sondern auch den unumstößlichen Glauben an die dauernde Beherrschung der Welt durch die weißen Europäer. Da es England gelungen war, einen Großteil der Welt zu erobern, betrachtete Hitler die politische und ideologische Unterstützung des britischen Weltreiches als natürlich und im deutschen Interesse liegend. Die Angelsachsen waren schließlich auch Teil der germanischen Herrenrasse, und das britische Weltreich konnte als der lebendige Beweis für die Überlegenheit der Germanen und die Bestätigung der NS-Rassendoktrin angesehen werden. Hitlers Angebote zwischen 1933 und 1937, Deutschland zur Verteidigung des britischen Weltreiches einzusetzen, beruhten nicht nur auf einem "Wie-du-mir, so-ich-dir"-Denken, um die britische Unterstützung für seine Pläne zu erhalten. Sie können auch als positive Zeichen einer rassischen Solidargemeinschaft gesehen werden, womit sie sich völlig im Rahmen der rassischen Weltanschauung des Nationalsozialismus bewegten.

Hitlers frühe Bewunderung und Achtung der Macht und der Größe des britischen Weltreiches ist reich belegt. In einer Rede vom 17. April 1920 im Münchener Hofbräukeller schrieb Hitler den britischen Erfolg in Übersee unter anderem der rassischen Überlegenheit der Briten über ihre kolonialen Untertanen sowie der britischen Politik zu, sich rassisch von diesen Untertanen getrennt zu halten. (77) Er stellte sinngemäß fest: "Der Engländer hat immer die Notwendigkeit eingesehen, Herr und nicht Bruder zu sein." Oft erwähnte er die britische Herrschaft über Indien mit unverhohlener Begeisterung. Er drückte seine Überraschung aus, daß ein kleines Land wie Großbritannien in der Lage war, nur mit Stärke über Indien und ein weitausgedehntes Reich zu herrschen.(78) In "Mein Kampf" erwähnte er die Stärke und die Entschlossenheit der britischen Herrschaft in Indien und den schier unvorstellbaren Gedanken, daß sich je ein Kolonialvolk von der britischen Herrschaft befreien könnte. Es heißt dort:

> "Und wenn jemand sich selbst schmeichelt, England werde Indien aufgeben, ohne seinen letzten Blutstropfen aufs Spiel zu setzen, dann ist dies einfach ein Zeichen für die völlige Unfähigkeit, aus dem Weltkrieg zu lernen, und ein völliges

Mißverständnis sowie Unkenntnis der angelsächsichen Entschlossenheit. Es ist weiterhin ein Beweis für das ganz und gar fehlende Gespür der Deutschen für die Methode britischer Durchdringung und Verwaltung dieses Weltreiches. England wird Indien nur verlieren, wenn es entweder innerhalb seines Verwaltungsapparates Opfer einer rassischen Degenerierung wird oder wenn es durch das Schwert eines mächtigen Feindes dazu gezwungen wird. Indische Aufständische werden dies jedoch nicht fertigbringen. Wir Deutschen haben gelernt, wie schwer es ist, England zu etwas zu zwingen. Völlig unabhängig von dieser Tatsache würde ich es als Deutscher trotz allem viel lieber sehen, wenn Indien weiterhin unter englischer Herrschaft bleibt, als daß es unter die Herrschaft von irgendjemand anders kommt."

Er beschrieb auch die vergeblichen Bemühungen Ägyptens, seine Unabhängigkeit von England zu erlangen und schloß mit der folgenden rassischen Rechtfertigung für das Bestehen des britischen Weltreiches und seine Unterstützung durch Deutschland: "Es ist für ein Bündnis von Krüppeln einfach unmöglich, einen mächtigen Staat zu bezwingen, der im Bedarfsfall bereit ist, seinen letzten Blutstropfen für sein Weiterbestehen in die Waagschale zu werfen. Als völkischer Mensch, der den Wert der Menschheit auf rassischer Grundlage beurteilt, darf ich das Geschick meines eigenen Volkes nicht mit dem der sogenannten unterdrückten Völker verbinden, weil ich von ihrer rassischen Unterlegenheit weiß." (80) Alfred Rosenberg beschäftigte sich ebenfalls mit der Frage einer rassischen Solidargemeinschaft der Europäer angesichts wachsender afrikanischer und asiatischer Unabhängigkeitsbewegungen. Er forderte den gemeinsamen Widerstand der Deutschen, Briten, Franzosen und Italiener gegen diese Bestrebungen. (81) Ribbentrop unterstrich während seiner Zeit als Botschafter in England überdies ständig die deutsch-englischen Rassenbande als Grundlage für ein Bündnis.(82) In einer öffentlichen Rede vor Studenten in München im Januar 1936 rief Hitler zur Beherrschung der Welt durch die Weißen auf: "...und wenn wir dieses besondere geschichtliche Bild von heute betrachten, dann können wir es nur ganz verstehen, wenn wir dazu entschlossen sind, den ewigen Organisationsdrang der weißen Rasse einzusetzen, d.h. jene natürliche Überzeugung, daß die weiße Rasse dazu

ausersehen ist, den Rest der Welt zu regieren, zu führen und zu beherrschen." (83)

Hitlers Englandpolitik der 30er Jahre war der einzige bedeutende Einzelfaktor, der seine Haltung und seine Politik gegenüber der arabischen Welt im allgemeinen und gegenüber den arabischen Wünschen in Palästina im besonderen beeinflußte. Sowohl aus Gründen der Machtpolitik wie auch wegen der rassischen Ideologie war Hitler nicht bereit, die Sache der Araber in Palästina zu unterstützen. Hätte er dies getan, dann hätte er sich England entfremdet und seine Bemühungen unterlaufen, sich ein Bündnis mit England zu sichern. Zur gleichen Zeit wäre ein NS-Rassegrundsatz durch die Unterstützung einer minderwertigen Rasse gegenüber europäischer Herrschaft verletzt worden. Palästina war für das britische Weltreich von entscheidender, für die geopolitischen Überlegungen Hitlers jedoch von geringer Bedeutung. Jede dortige Einmischung hätte den bislang schon zerbrechlichen Beziehungen mit England offensichtlich weiteren Schaden zugefügt. Für Hitler war es undenkbar, daß die Völker der 3.Welt, wie wir sie heute nennen, je das koloniale Joch würden abschütteln und die Unabhängigkeit erlangen können. Eine solche Haltung zeigte sich natürlich auch gegenüber den Arabern in Palästina.

6. Die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Arabern (1933 - 1937)

Die Reaktion der Palästina-Araber auf das Hitler-Regime

Nach über einem Jahrzehnt der Enttäuschung und zunehmenden Feindschaft gegenüber der britischen Mandatsmacht sowie einer Ausdehnung der Zionisten begrüßten viele Araber in Palästina und anderswo die neue Regierung in Deutschland mit Begeisterung. (1)Im Gegensatz zu Großbritannien, Frankreich und Italien war Deutschland in der Zeit nach dem 1. Weltkrieg für die arabische Welt kein Gegenstand der Verdächtigung und des Mißtrauens. Viele Araber neigten dazu, sich selbst mit einigen Elementen des Nationalsozialismus zu identifizieren. Sie betrachteten Deutschland nicht länger als neutralen und gleichgültigen Außenseiter, sondern als eine mögliche Quelle für eine echte Unterstützung gegen den westlichen Imperialismus und Zionismus. Der nationalistische Eifer der Nationalsozialisten und ihre Entschlossenheit, die Ungerechtigkeiten der Nachkriegsfriedensregelungen zu beseitigen, übten auf einige arabische Führer, welche das Mandatssystem und die Balfour-Erklärung als Teil dieser Ungerechtigkeiten ansahen, eine beträchtliche Anziehungskraft aus. Das anti-jüdische Programm des Hitler-Regimes wurde wegen des Palästina-Konflikts seit Ende des 1. Weltkrieges begeistert begrüßt. Die meisten Araber haben nie begriffen, daß die Nationalsozialisten auch sie als rassisch minderwertig ansahen, und daß Deutschland nie die Absicht hatte, die britische Macht im Nahen Osten in Frage zu stellen. Darüberhinaus war es ihnen kaum klar, daß das neue Deutschland, das sie so sehr bewunderten, nach 1933 mittelbar für die dramatische Zunahme der jüdischen Einwanderung nach Palästina verantwortlich war.

Die Führer der Palästina-Araber verloren keine Zeit, um ihre positive Beurteilung der Ereignisse im Deutschland des

Jahres 1933 zum Ausdruck zu bringen. (2) Die Ansichten des Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el-Husseini, wurden in einem Telegramm des Generalkonsuls Wolff vom 31. März 1933 sofort nach Berlin weiter geleitet. (3) Der Mufti unterrichtete Wolff davon, daß die Moslems in Palästina und anderswo vom neuen Regime in Deutschland begeistert seien und sich über die Ausdehnung des Faschismus in dieser Region freuen würden. Wolff berichtete weiterhin von der Zustimmung des Mufti für die anti-jüdische Politik, insbesondere für den anti-jüdischen Boykott in Deutschland. Der Mufti sprach sich dafür aus, ähnliche Maßnahmen gegen die Juden in der ganzen islamischen Welt in die Wege zu leiten. Wolff traf sich mit dem Mufti und weiteren Scheichs aus Palästina einen Monat später in den Wüstenbergen bei Nebi Musa in der Nähe des Toten Meeres. Nachdem der Mufti und die versammelten Scheichs ihre Bewunderung für das neue Deutschland zum Ausdruck gebracht hatten, äußerten sie ihre Zustimmung für die anti-jüdische Politik in Deutschland und baten nur, daß man die deutschen Juden nicht nach Palästina schickte. (4) Es scheint, daß sich einige Palästina-Araber darüber im Klaren waren, daß Deutschland zu einer Quelle für ihr Problem werden könnte. Dies berichtete Wolff im Oktober 1933 nach Berlin. (5) In seinem Jahresbericht 1933 traf Wolff indes die Feststellung, die Araber seien politisch viel zu einfältig, um die Zusammenhänge zwischen der deutschen Judenpolitik und ihren Problemen in Palästina voll zu erkennen und zu verarbeiten. (6) Abschließend wies er darauf hin, daß man Hitler und dem neuen Deutschland öffentlich große Zustimmung und Unterstützung zuteil werden lasse.

Berichte, welche das AA und andere Regierungsstellen in Berlin erreichten, wiesen auf eine ähnliche Begeisterung für den Nationalsozialismus überall in der arabischen Welt hin. Das deutsche Konsulat in Beirut und die deutsche Botschaft in Bagdad erhielten Briefe von syrischen und irakischen Bürgern, in denen sie ihre Bewunderung und ihre Unterstützung für das neue Deutschland zum Ausdruck brachten. Sie schlugen auch engere Beziehungen zwischen Deutschland und der arabischen Welt vor. (7) Das Propagandaministerium erhielt über seine Informationsquellen im Nahen Osten ebenfalls Berichte über das Ausmaß an pro-deutscher Stimmung. Ein Bericht, dessen

Quelle nicht bekannt ist, beschrieb Deutschlands günstige Lage und die positiven Propagandamöglichkeiten im ganzen Nahen Osten. Es heißt dort:

"Ich stelle mit Freude in allen Ländern des Nahen Ostens fest, daß mit Ausnahme der Juden alle Leute die Vorgänge im neuen Deutschland mit Sympathie und Begeisterung verfolgen. Vor allem unter der Jugend werden nationale faschistische Gruppen gegen die Unterdrücker England und Frankreich gegründet. Überall wollen die Menschen einen Mann und Führer wie unseren großen Adolf Hitler. Deutsche Zeitungen werden mit großer Erwartung gelesen. Und es gibt eine große Nachfrage nach Propagandamaterial und englischen und französischen Zeitungen, da nur wenige deutsch sprechen. Eine gute Propaganda in diesen Ländern kann für Deutschland nur gut sein." (8)

Unter den deutschen Diplomaten im Nahen Osten scheint die übereinstimmende Meinung geherrscht zu haben, daß die arabische Begeisterung für das nationalsozialistische Deutschland bar jeden Verständnisses für das Wesen des Nationalsozialismus, für die Ziele der Bewegung und für die Bedeutung von Adolf Hitler war. Timotheus Wurst, der deutsche Konsul in Jaffa, faßte diese im Jahre 1935 vorherrschende Haltung treffend zusammen. Er stellte fest,daß die arabische Haltung in erster Linie durch die anti-jüdische Politik des Hitler-Regimes bedingt sei. In gewissen Maße gehe sie auch auf das disziplinierte, militaristische und deutlich nationalistische Auftreten der NSDAP zurück. (9) Er stellte weiterhin fest, viele Araber hofften, sie könnten die Ziele des arabischen Nationalismus in Palästina und anderswo fördern, indem sie eine Bewegung schafften, die auf dem Vorbild und der Erfahrung des Nationalsozialismus beruht.

Die Zurückweisung der arabischen Angebote bis zum Jahre 1936

Dem Ausdruck der Begeisterung für das neue Deutschland und für die Freundschaft mit diesem folgten schnell Bemühungen, sich deutsche Unterstützung für das arabische Anliegen in

Palästina und im ganzen Nahen Osten zu sichern. Vor dem arabischen Aufstand im Jahre 1936 zielten diese Bemühungen gewöhnlich auf Unterstützung in zwei Bereichen: nämlich diplomatische Unterstützung der Deutschen gegenüber den Mandatsmächten England und Frankreich sowie Gründung nationalsozialistischer arabischer Parteien im Nahen Osten. In einigen Fällen verlangte man auch vor 1936 finanzielle und militärische Unterstützung. In Jerusalem war der prozionistische Generalkonsul Wolff das ständige Ziel derartiger Versuche. Wolff billigte dies natürlich nicht. Das Gleiche spielte sich nach 1935 auch unter dem Wolff-Nachfolger Wilhelm Döhle ab.

Wolffs eifrige Unterstützung der zionistischen Ziele in Palästina wurde durch seine verächtliche Meinung von den Arabern als Volk und den Zielen des arabischen Nationalismus in Palästina verstärkt. Dies zeigt sich in seiner Ablehnung arabischer Forderungen nach Geld und Waffen für den Kampf gegen Frankreich in Syrien im Sommer 1933. Bei der Weiterleitung der Forderung nach Berlin merkte Wolff Folgendes an: "In einer solchen Lage erinnere ich mich immer wieder an ein Gespräch zwischen dem weltbekannten Lawrence und dem kürzlich ermordeten Dr. Arlossoroff. Dr. Arlossoroff beschrieb mir dieses Gespräch, in dem sich Lawrence wie folgt über die Araber geäußert hatte: 'Ich begreife nicht, wie man die Araber überhaupt ernst nehmen kann. Ich kenne sie gut. Die Mühe lohnt sich nicht.' (10) Wolffs Begegnungen mit Emir Abdullah von Transjordanien zeigen sowohl seine persönliche Ablehnung der Araber als auch ihres Anliegens. Sie zeigen aber auch die zurückhaltende Politik der deutschen Regierung hinsichtlich Palästinas. Seit den Unruhen der Jahre 1928 und 1929 war die Lage in Palästina gespannt und unbeständig. Die Mitarbeiter des deutschen Generalkonsulats unternahmen alles, um nicht in die jüdisch-arabische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden. Vor seiner Abreise nach London Anfang Juni 1934 bat Abdullah um eine Begegnung mit Wolff. Dieser lehnte jedoch höflich ab aus Angst, er würde damit das Mißtrauen der Briten erregen. (11) Wolff traf sich dann kurz danach doch mit einigen Mitarbeitern Abdullahs. Nachdem die arabischen Gesprächspartner das übliche Loblied auf das neue Deutschland gesungen hatten, drängten sie Wolff zu diplomatischer Unterstützung für die politischen Ziele der

arabischen Bewegung in Palästina. (12) Wolff beschrieb seine höfliche, aber entschiedene Zurückweisung dieser Aufforderung wie folgt:

"Angesichts solcher Forderungen erkläre ich stets, daß Deutschland auf Grund seiner gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage eine materielle Unterstützung nicht ins Auge fassen könne — damit meine ich Unterstützung mit Geld und Material wie z. B. Waffen usw. Die arabische Frage, die Stärkung des arabischen Volkes und seine wirtschaftliche Entwicklung seien für uns von beachtlichem Interesse. Deutschland habe große Sympathie für die Araber und unterstütze sie und ihre Interessen moralisch. Und hoffentlich sei der Tag bald nahe, an dem die Freiheit, die Deutschland für sich selbst sucht, auch für die Araber erreichbar ist."

Im gleichen Bericht äußerte Wolff seine persönlichen Zweifel an jeder Form von Unterstützung für das arabische Anliegen in Palästina und lehnte die Araber einfach als schwach, eitel, korrupt und unfähig für jede längere politische und militärische Aktion ab.

Wolffs persönliche Meinung war auch eine Wiederspiegelung offizieller Ansichten der deutschen Regierung. Bei zahlreichen Gelegenheiten äußerten sich sowohl das AA als auch die Reichskanzlei gegenüber arabischen Wünschen nach deutscher Hilfe in ähnlicher Weise. Ein Beispiel für die offizielle deutsche Gleichgültigkeit gegenüber dem arabischen Nationalismus zeigte sich beim Berlin-Besuch von Emir Shakib Arslan im November 1934.Arslan lebte in Genf und war der Herausgeber der Zeitung "La Nation Arabe", die dort herausgegeben wurde. Er war ein großer arabischer Nationalist und einer der wenigen Befürworter der arabischen Sache in Europa. (13) Als Syrer war er ein besonderer Feind Frankreichs und versuchte, die deutsch-französischen und deutsch-italienischen Spannungen auszubeuten und sowohl Italien wie auch Deutschland für die arabische Sache zu gewinnen.

Arslan fuhr nach Berlin in der Hoffnung, Hitler zu treffen. Aber er kam nicht über Prüfer von der Orient-Abteilung hinaus. In seinen Gesprächen mit Prüfer regte Arslan an, daß Deutschland in seinem unvermeidlichen Kampf mit Frankreich sich möglicherweise mit der arabischen Welt verbünden

könnte. (14) Er sagte, daß Länder wie Syrien,, Marokko, Algerien und Tunesien, die sich alle unter französischer Kontrolle befinden, Deutschlands natürliche Verbündete wären. Prüfer wies Arslan warnend darauf hin, daß seine Anregungen gefährlich seien. Und daß die Art der von ihm vorgeschlagenen Zusammenarbeit Deutschland in einen Krieg verwickeln könnte, den es weder wolle noch vorbereitet sei. In seiner Denkschrift anläßlich des Arslan-Besuches, die am 7. November 1934 im AA umlief, äußerte sich Prüfer über die deutsch-arabischen Beziehungen abschließend wie folgt:

"In einem Ernstfall könne Deutschland die Araber weder mit Geld noch mit Waffen versorgen.... Die Auseinandersetzung mit Frankreich, die der Emir befürchtet, könnte durch das Bestehen einesdeutsch-arabischen Abkommens über Zusammenarbeit vorzeitig ausgelöst werden....Unsere Kriegserfahrung (1. Weltkrieg) hat uns gezeigt, daß wir trotz eines Bündnisses mit der führenden islamischen Macht und trotz intensiver Propagandabemühungen in allen islamischen Ländern nicht in der Lage waren, die Mohammedaner, vor allem auch die Araber, für den sogenannten heiligen Krieg zu gewinnen. Ich bin daher der Auffassung, das es uns nichts einbringt, wenn wir auf die Anregungen des Emirs eingehen." (15)

Prüfers Denkschrift fand die Billigung von Außenminister von Neurath. Dieser stimmte der Anregung Prüfers zu, Arslan eine Audienz mit hohen Regierungsvertretern und mit Hitler zu verweigern. Auch die Reichskanzlei stimmte der Auffassung Prüfers und von Neuraths zu, Arslan solle der Zugang zu Hitler verweigert werden. (16)

Die nationale Bewegung der Araber umfaßte eine Reihe verschiedener Strömungen mit entsprechend unterschiedlichen Zielsetzungen. In den 30er Jahren gingen viele Schritte von den Syrern und Palästinensern aus. Seitdem Ägypten und der Irak 1922 bzw. 1930 nominell ihre Unabhängigkeit erhalten hatten, und Saudi-Arabien sie nach dem Krieg erhielt, blieben Syrien und Palästina (einschließlich Transjordanien) die einzigen Gebiete, die noch immer unter Mandatsverwaltung standen. Die syrischen und palästinensischen Bestrebungen gegen eine weitere Herrschaft der Mandatsmächte England und Frankreich waren Teil eines größeren panarabischen Nationalismus, der in den Zwischenkriegsjahren an Stärke gewann. (17) Während

panarabische Nationalisten bis auf den heutigen Tag nicht in der Lage gewesen waren, sich auf das Wesen und die Rahmenbedingungen für eine arabische Einheit zu einigen, wurde die panarabische Bewegung der 20er und 30er Jahre durch die fortdauernde Beherrschung dieses Gebietes durch England und Frankreich sowie die zionistische Tätigkeit in Palästina genährt. Als die Macht der Engländer und Franzosen im 2. Weltkrieg unwiderruflich zerschlagen worden war und sich die früheren Herren aus dem Nahen Osten zurückzuziehen begannen, fiel ein wichtiges Antriebselement für die arabische Einheit weg und verschwand mit diesen. Die arabischen Führer griffen wieder verstärkt auf die nationalen Grenzen zurück, welche ihre Kolonialherren gezogen hatten.

Im Frühjahr 1933 wurde in Bagdad ein panarabischer Ausschuß gebildet. Fast zwei Jahre später kam eine Gruppe syrischer und palästinensischer Ausschußvertreter auf den deutschen Botschafter im Irak, Fritz Grobba, zu und schlug eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der panarabischen Bewegung vor. (18) Sie schlugen gemeinsame Propaganda-aktionen, diplomatische Unterstützung und "bei späteren etwa erforderlichen Aktionen aktive Unterstützung" vor. Grobba brachte die übliche deutsche Sympathie für die arabischen Bemühungen nach Einheit und Unabhängigkeit zum Ausdruck, lehnte aber jede Art unmittelbarer deutscher Unterstützung der arabischen Bewegung ab. Darüberhinaus wurde er durch das AA am 12. Februar 1935 angewiesen, jede Verbindung mit der Bagdader Gruppe und ihren Vertretern zu vermeiden, da man mit deren Bestrebungen nichts zu tun haben wolle. (19)

Ein ähnlicher Rat erging im gleichen Jahr vom deutschen Konsulat in Beirut. Syrische Nationalisten hatten seit April 1935 Konsul Seiler entsprechende Angebote gemacht. In einem Bericht an Berlin vom April 1935 warnte Seiler, die politische Lage in Syrien sei für eine neue Runde der Gewalt und einen Aufstand gegen Frankreich reif. Die französischen Behörden in Syrien seienmißtrauisch geworden und befürchteten eine deutsche Einmischung. (20) Die öffentliche Begeisterung für Deutschland hatte die französischen Behörden wahrscheinlich dazu gebracht, eine deutsche Einmischung zu argwöhnen, obwohl es dazu keine Veranlassung gab. Seiler gab den gleichen Rat wie Grobba. Er forderte das Auswärtige Amt auf, eine

Politik zu betreiben, die jeden Kontakt vermied und sogar jeden Verdacht eines Kontaktes mit den panislamischen Nationalisten in Syrien oder anderswo ausschloß.

Nach 1933 gab es in der arabischen Welt Versuche, politische Parteien auf der Grundlage der faschistischen oder nationalsozialistischen Grundsätze und Organisationsformen zu gründen. Sowohl Grobba als auch Seiler wurden von Einzelpersonen im Irak bzw. in Palästina wegen der Pläne, nationalsozialistische Parteien zu gründen, angesprochen. Der Palästina-Korrespondent der Zeitung "Al-Ahram", Joseph Francis, vertrat eine Gruppe palästinensischer Araber, die daran interessiert war, eine solche Partei zu gründen. Francis schrieb im April 1933 an Wolff und bat um die Hilfe des Generalkonsulats bei diesem Unterfangen. (21) In Bagdad machten Abdul Ghaffur el-Bedri, der Herausgeber der Zeitung "Istiqlal", und eine Reihe seiner Anhänger Fritz Grobba ein ähnliches Angebot. (22) Wolffs scharfe Gegnerschaft jeder Art deutscher Ermutigung oder Unterstützung einer arabischen NS-Partei wurde in einem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin vom Juni 1933 deutlich. Dort argumentierte er wie folgt:

> "Da es aus verständlichen Gründen die erste Aufgabe der Auslandsvertretungen ist, das Ansehen und die internationale Stellung des Reiches zu festigen, wäre es gefährlich, wenn ich auch nur den Verdacht erwecken würde, mich in die inneren Angelegenheiten meines Amtsbezirks einzumischen, indem ich eine Partei mit rein innerpalästinensischen Zielen fördere. Das Vertrauen der Mandatsverwaltung in meine Person, das für meine Arbeit, soll sie wirksam sein, wesentlich ist, könnte als Folge selbst der geringsten Taktlosigkeit schwer geschädigt werden, da man es als Förderung der aktiven nationalistischen Tendenzen der Araber, die letztendlich gegen diese Verwaltung und ihre politischen Aufgaben gerichtet sind, ansehen werde." (23)

Das Auswärtige Amt in Berlin stimmte der ablehnenden Haltung Wolffs gegenüber arabischen Bemühungen, Deutschland in die Gründung einer nationalsozialistischen arabischen Partei in Palästina zu verwickeln, zu. Eine Denkschrift ohne Unterschrift, deren Quelle Anfang Juni die Orient-Abteilung war, lieferte die Begründung für die Anweisungen in dieser Angelegenheit, die einen Monat später an Wolff herausgingen:

"Die Einwendungen, die Herr Wolff gegen die Förderung einer nationalsozialistischen arabischen Bewegung durch offizielle deutsche Auslandsvertreter vorzubringen hat, werden hier voll und ganz unterstützt. In Anbetracht der bekannten politischen Unzuverlässigkeit der Araber muß man mit Sicherheit davon ausgehen, daß als Folge mangelnder arabischer Verschwiegenheit derartige Beziehungen nicht nur in Palästina und im Nahen Osten, sondern auch in London und Paris bekannt werden. Seit Ende des Krieges hatten unsere Bemühungen in den Ländern des Nahen Ostens das Ziel, die wirtschaftliche und kulturelle Ausdehnung über den Weg politischer Neutralität zu erreichen. Eine Änderung dieser Politik durch eine Einmischung unserer offiziellen Vertreter in die inneren Angelegenheiten dieser Länder würde wahrscheinlich nicht nur zu wirtschaftlichen Rückschlägen, sondern auch auf Grund der vorherrschenden strategischen Lage von Großbritannien und Frankreich im Nahen Osten zu nachteiligen Folgen für die deutsche Politik in Europa führen." (24)

Wolff wurde angewiesen, Verbindungen zwischen pronationalsozialistischen Arabern und den verschiedenen NSDAP-Ortsgruppen in Palästina, denen sich immer mehr Palästina-Deutsche anschlossen, zu vermeiden. (25) Er wurde aufgefordert, jegliche Verbindungen zwischen Francis und dem Generalkonsulat wie auch zwischen Francis und den örtlichen NSDAP-Gliederungen und christlichen Gemeinden zu verhindern. Die Gründe finden sich in der oben erwähnten Denkschrift der Orient-Abteilung.

Darüber hinaus war die Mitgliedschaft von Arabern in den bestehenden NSDAP-Gliederungen der Palästina-Deutschen durch einen Erlaß von Ernst Bohle, dem Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation, im Juni 1934 ausgeschlossen. (26) Diesem Erlaß zufolge sollte Ausländern die Parteimitgliedschaft verweigert werden. Sie sollte nur deutschen Staatsbürgern vorbehalten sein, so daß "jeder Anschein, sich in innere ausländische Angelegenheiten einzumischen, deutlichst vermieden werden kann." Auf diese Weise wurde die Tätigkeit der NSDAP in Palästina allein auf die deutschen christlichen Gemeinden beschränkt. Es wurde jeder Versuch gemacht, Verbindungen mit politisch motivierten Arabern zu vermeiden, um sich des

guten Willens der Mandatsverwaltung gegenüber den Mitarbeitern der deutschen Konsulate und den christlichen deutschen Gemeinden zu versichern.

Die NSDAP und die Palästina-Deutschen

Mit dem Jahre 1933 begann die NS-Regierung mit einer Politik der Gleichschaltung der Auslandsdeutschen. Es lag im Wesen der Sache, daß die Nationalsozialisten ein größeres Interesse an den Auslandsdeutschen und ihren Bindungen zum Heimatland hatten, als dies vor 1933 der Fall gewesen war. Die Vorstellung von einer deutschen Rassegemeinschaft überschritt bestehende Staatsgrenzen. Der darin enthaltene Glaube an das gemeinsames Schicksal dieser Gemeinschaft verlangte deren ideologische Erziehung. Die rassischen Grundlagen des Nationalsozislismus machten die Auslandsdeutschen zu einem festen Bestandteil des neuen Deutschland. Gleichzeitig verlangte die totalitäre Natur des NS-Systems die politische Mobilisierung der Auslandsdeutschen unter der Führung der NSDAP.

Die Kabinettssitzung zur Außenpolitik am 7. April 1933 liefert den ersten Hinweis auf die Absichten des Regimes hinsichtlich der Auslandsdeutschen. Auf dieser Sitzung wurde die folgende Politik beschlossen: "Die Pflege und Bewahrung des Auslandsdeutschtums ist vorrangig zu fördern, selbst unter dem Einsatz beachtlicher Mittel. Wir müssen eine harmonische Verbindung der deutschen Minderheiten im Ausland mit der nationalen Bewegung in Deutschland erreichen." (27) Etwa ein Jahr später sprach Hitler in Kiel zu einer Gruppe von Auslandsdeutschen über die Bedeutung und Verpflichtung der Auslandsdeutschen gegenüber dem neuen Deutschland. Er schloß wie folgt: "Ich hoffe, daß sich das Auslandsdeutschtum selbst noch stärker an das neue Reich anschließt. Damit Deutschland in der Lage ist, seinen wirtschaftlichen Aufschwung fortzusetzen, müssen die Auslandsdeutschen ihre Pflicht erfüllen.Deutschlands Gleichberechtigung unter den Völkern muß auch im Ausland vollendet werden." (28) Im gleichen Jahr wies Ernst Bohle von der NSDAP-Auslandsorganisation darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung alle Auslandsdeutschen auffordern

werde, das neue Deutschland zu unterstützen. (29) Er wies darauf hin, daß sich jeder, der sich als Deutscher betrachte, dieser Verantwortung nicht entziehen könne. Er forderte die Auslandsdeutschen auf, sich den örtlichen NSDAP-Gruppen anzuschließen. Er führte weiter aus, daß man Nationalsozialist sein müsse, um Deutscher zu sein. (30)

Die NSDAP-Reichsleitung in München verbot es den NSDAP-Auslandsgruppierungen nachdrücklich, sich in die inneren Angelegenheiten ihrer Gastländer einzumischen. Man erließ Anweisungen für das Verhalten des einzelnen Parteimitgliedes im Ausland. Insbesondere wurde es verboten, Hakenkreuze öffentlich zu zeigen und außerhalb geschlossener Veranstaltungen Uniform zu tragen. Am 30. März 1933 wies die NSDAP-Reichsleitung die Abteilung für Deutsche im Ausland darauf hin, die wichtigste Verhaltensregel für ein Parteimitglied sei es, sich jeglicher Handlung zu enthalten, welche für Deutschland Schwierigkeiten oder Verwicklungen mit sich bringen könnte. (31) In einem Rundschreiben an alle Auslandsgliederungen der NSDAP vom 3. Oktober stellte Bohle fest, der Nationalsozialismus sei kein Ausfuhrartikel. (32) Nachdem er vor den Gefahren einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Gastländer gewarnt hatte, stellte er fest, die Auslandsabteilung sei nicht daran interessiert, Ausländer im Sinne des Nationalsozialismus zu beeinflussen. Er drohte jedem Parteimitglied mit Strafe, wenn es diese Verhaltensregeln verletze. Schließlich wiederholte Rudolf Heß diese Politik im April 1935. Sie findet sich in einer Denkschrift, die Dr. Conrad Roediger von der Kultur-Abteilung im AA herumgehen ließ. (33) Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes war nach deutschem Recht strafbar. Eine Denkschrift der NSDAP-Auslandsabteilung vom 5. Oktober 1937 erläuterte die besonderen deutschen Gesetze, die derlei verboten. Sie wies auch auf die Möglichkeit einer Bestrafung wegen Nichtbeachtung dieser Gesetze hin. (34)

Eine vollständige Geschichte der christlichen deutschen Gemeinden nach 1918 in Palästina ist noch zu schreiben. Ihre Beziehungen zu den jüdischen und arabischen Gemeinden sowie den britischen Mandatsbehörden als auch ihr Reagieren auf den Nationalsozialismus in Deutschland sind zum Großteil nur oberflächlich untersucht worden. (35) Eine Untersuchung

dieser Beziehungen und der besonders schwierigen Lage der deutschen Gemeinden in Palästina nach 1933 liefert einen wertvollen Einblick in die Politik des Hitler-Regimes gegenüber Palästina und dem Nahen Osten in den 30er Jahren.

Die Palästina-Deutschen trafen am Ende des 1. Weltkrieges auf eine politische Wirklichkeit, die sich von der vor dem Kriege stark unterschied. Sie mußten in einer Nachkriegsgesellschaft, die wegen der gegensätzlichen Ziele des jüdischen und arabischen Nationalismus durch Feindschaft und Gewalt uneins war, ihre Gemeinden wiederaufbauen. Darüberhinaus mußten sie mit einer aufmerksamen und mißtrauischen britischen Verwaltung auskommen.Um zu überleben, mußten die deutschen Gemeinden die fast unmögliche Aufgabe verfolgen, eine klare Neutralität zwischen Juden und Arabern zu beachten. Sie mußten auch der britischen Mandatsverwaltung gegenüber Loyalität zeigen und sie unterstützen.

Die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 in Deutschland versetzte der Fähigkeit dieser Gemeinden, in einer solch heiklen und gefährlichen Lage zu überleben, einen schweren Schlag. Von den rund 1800 nicht-jüdischen Deutschen, die 1933 noch immer in Palästina lebten, gehörten die meisten der Tempel-Gesellschaft an. Die übrigen gehörten zu verschiedenen religiösen und wohltätigen Einrichtungen der Protestanten und Katholiken. (36) Als Deutsche wurden sie wegen des Antisemitismus des Hitler-Regimes und der anti-jüdischen Maßnahmen nach 1933 zur Zielscheibe jüdischer Feindschaft. Die Araber neigten dazu, sie als mögliche Verbündete in einem gemeinsamen Kampf gegen den Zionismus und die britische Mandatsmacht zu betrachten. Britische Mandatsbeamte dagegen witterten in den Palästina-Deutschen eine echte oder mögliche fünfte Kolonne der NSDAP.

Unter den Palästina-Deutschen war die Reaktion auf die Ereignisse in Deutschland Ende 1932 und Anfang 1933 im großen und ganzen günstig. Dr. Richard Hoffmann von der australischen Tempel-Gesellschaft zufolge hatte das durch die Nationalsozialisten hervorgerufene nationale Erwachen in Deutschland auf die deutschen Gemeinden in Palästina einen beachtlichen Einfluß. (37) Er führte aus, daß Verbindungen zur Weimarer Republik praktisch nicht vorhanden waren, und daß man ihr Verschwinden nur wenig bedauerte. Er unterstrich

auch, daß man mit dem Lauf der Ereignisse in Deutschland durchaus zufrieden war, auch wenn fast jeder Palästina-Deutsche wegen einiger Elemente der nationalsozialistischen Politik gewisse Zweifel hatte. Es liegt auch auf der Hand, daß die Lage in Deutschland dazu neigte, die Palästina-Deutschen noch wie nie zuvor zu politisieren. Ein Artikel in der Zeitung der Tempel-Gesellschaft "Die Warte des Tempels" wies Ende 1933 auf diese Tatsache hin. Er verdeutlichte eine positive Beurteilung des Hitler-Reiches durch die Palästina-Deutschen. Es heißt dort: "Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß unter unseren Leuten eine beachtliche Politisierung stattgefunden hat.... Dies kann man sicherlich nicht bedauern. Es ist im Gegenteil zu begrüßen. Kein urteilsfähiger Nicht-Deutscher wird uns vorwerfen können, daß wir als Deutsche nicht stolz auf die große nationale Leistung Hitlers sind, welche das unglückselige Partei- und Klassen-Durcheinander beseitigt und unser Vaterland in der letzten Minute vor dem Kommunismus gerettet hat. Und wir erkennen die Gedanken des Nationalsozislismus als völlig richtig an." (38) Diese Sicht der neuen Ordnung in Deutschland scheint eine Erweiterung der in Deutschland vorherrschenden Haltung und öffentlichen Meinung während der ersten Jahre des Dritten Reiches zu sein.

Unter den Palästina-Deutschen gab es auch Skepsis und ernste Zweifel gegenüber dem Nationalsozialismus und der Politik des Hitler-Regimes. (39) Einige lehnten den Nationalsozialismus insgesamt ab. Viele Führer der Siedlungen der Tempel-Gesellschaft, Dorfbürgermeister, Pfarrer, Gemeinderäte, Bank- und Fabrikdirektoren, Schiffskaufleute und Importeure fürchteten die politische Polarisierung innerhalb der deutschen Gemeinden sowie die Gegnerschaft der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und der brititischen Mandatsverwaltung. (40) In der gleichen Ausgabe (15. Dezember 1933) rief "Die Warte des Tempels" zur Aufmerksamkeit gegenüber den möglichen Gefahren auf, die für den Frieden und die Sicherheit der deutschen Gemeinden in Palästina durch den Nationalsozialismus geschaffen würden. Die Zeitung machte ihre Leser darauf aufmerksam, daß sie inmitten einer nicht-deutschen Mehrheit lebten und daß sie sich nicht die Art politischer Betägigung erlauben könnten, wie sie von militanten Nationalsozialisten

gefordert werde: "Wir dürfen nie vergessen, daß wir in einem nicht-deutschen Land inmitten von Nicht-Deutschen leben, und daß unsere Aufgabe hier in Palästina nie eine politische sein kann. Es wäre auch falsch, wenn diejenigen unter uns, die die Ideen des Nationalsozialismus mehr oder weniger teilen, diejenigen, die noch Vorbehalte haben, verachten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß wir alle stets gute, vaterlandsliebende Deutsche gewesen sind und es auch bleiben."

Die Rassenlehre des Nationalsozialismus bildete die Hauptauseinandersetzung innerhalb der christlichen deutschen Gemeinden in den 30er Jahren in Palästina. Die Tempel-Gesellschaft war eine religöse Gemeinschaft. Die restlichen Deutschen waren Katholiken und Protestanten, die in Palästina in Bereichen tätig waren, die mit der Kirche zu tun hatten: religiösen Orden, Schulen, Waisenhäusern und Krankenhäusern. Die Rassenphilosophie und die Rassenpolitik des Hitler-Regimes schuf für die starke christliche Frömmigkeit, welche die Palästina-Deutschen beseelte, ernsthafte Gewissenskonflikte. Darüberhinaus gab es das unmittelbare Problem eines zunehmenden Mißtrauens und einer zunehmenden Feindschaft der Palästina-Juden gegenüber den deutschen Gemeinden, da diese mit dem Rassismus des neuen Deutschland gleichgesetzt wurden.

Ein Artikel mit der Überschrift "Volk und Rasse", der Mitte August 1935 in "Die Warte des Tempels" erschien, sprach dieses besondere Problem an. (41) Der Artikel bezog sich auf die überlieferte Neigung der Tempel-Gesellschaft, ihren ausschließlich deutschen Charakter zu bewahren. Damit bewege man sich innerhalb der rassischen Grundlagen des Nationalsozialismus: "Die unabdingbare Aufrechterhaltung der Reinheit unseres deutschen Volkscharakters in Palästina, auf die wir seit der Gründung unserer Siedlungen den größten Wert gelegt haben und auf die wir heute mit Recht stolz sein können, zeigt deutlich, daß wir in der Praxis der Rassenfrage völlig mit den Zielen des Nationalsozialismus übereinstimmen." Der Artikel weist aber auch auf die ernste ethische und moralische Zwangslage hin, in welche die Templer durch die NS-Rassenpolitik und deren offensichtliche Auseinandersetzung mit christlichen Grundsätzen gebracht wurden: "Es tauchen jedoch unter einigen Palästina-Deutschen alle Arten

von Zweifel, die vor allem christlicher Natur sind, hinsichtlich der nationalsozialistischen Theorie auf. Man kann die Überlegenheit einer Rasse nicht mit seinem Glauben vereinbaren, daß Gott der Vater aller Menschen ist." Der Artikel schloß mit dem Hinweis, daß die Tempel-Gesellschaft nie die sozialdarwinistische Auffassung von der rassischen Überlegenheit übernehmen könne und daß ihr Wunsch, den deutschen Charakter der Gesellschaft und ihrer Siedlungen zu erhalten, nicht auf einer solchen Auffassung beruhe.

Sollten unter den Palästina-Deutschen antisemitische Tendenzen vorhanden gewesen sein, so wurden diese durch die moralischen Konflikte wie auch durch die Wirklichkeit einer gefährdeten Lage in Palästina aufgehoben. Die Entfernung von Deutschland und der Minderheitenstatus innerhalb einer stärker werdenden jüdischen Umgebung ließ die antisemitische Propaganda des Hitler-Regimes in Palästina besonders gefährlich und unangebracht erscheinen. (42) Die NS-Rassendoktrin und die NS-Rassenpolitik hatten daher mit der Anziehung der NSDAP für viele Palästina-Deutsche wenig zu tun. Es hatte andererseits schon immer die Neigung zur Treue gegenüber dem kaiserlichen Deutschland vor dem 1. Weltkrieg und dessen Überlieferungen gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt konnte die NSDAP innerhalb der Palästina-Deutschen der 30er Jahre eine bedeutende Kraft werden.

1932 wurde mit sechs Mitgliedern eine erste NSDAP-Zelle in Palästina gegründet. Als Hitler sein Amt antrat, war die Zahl auf fünf zurückgegangen. (43) Bis Mitte 1937 stieg die Mitgliederzahl fast auf 300 an — Sarona/Jaffa 108 Mitglieder, Haifa 90 Mitglieder, Jerusalem 66 Mitglieder, 25 Mitglieder in Wilhelma und 19 Mitglieder in Bethlehem/Waldheim. (44) Der Vorgang der Gleichschaltung wurde von der NSDAP-Zentrale in Deutschland und der NSDAP-Führung in Palästina aktiv weiterverfolgt, um auf diese Weise die Bindungen zwischen Deutschland und der Parteiorganisation in Palästina zu verstärken. Die Auslandsorganisation und die NSDAP-Organisation in Palästina unternahmen einen ehrgeizigen Informationsfeldzug. Dieser umfaßte Kurse, Propagandaliteratur und organisierte Reisen zu Konferenzen und Tagungen in Deutschland. Die Rundfunkverbindungen wurden verbessert und die deutschen Nachrichten wurden an deutlich sichtbarer Stelle ausgelegt. (45)

Einige Gemeindebüchereien wurden gesäubert und mit NS-Literatur aufgefüllt. Die Auslandsorganisation der NSDAP, die NSDAPAO in Berlin gewann langsam die Kontrolle über alle deutschen Lehrer an Auslandsschulen, indem sie 1935 den Treueeid auf Hitler abverlangte und sie Anfang 1938 in den Nationalsozialistischen Lehrerbund hineinzwang. (46) Die Hitler-Jugend errichtete Lager in Palästina und warb fast alle deutschen Kinder in Palästina an. (47) Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eröffnete 1936 Zweigstellen in Palästina. Die Partei genoß in Palästina die volle Unterstützung des neuen Generalkonsuls Wilhelm Döhle, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger ein glühender Nationalsozialist war. (48)

Verschiedene Tatbestände machten die Arbeit der Partei in Palästina in verschiedener Hinsicht leichter. Neben der nationalistischen und patriotischen Anziehungskraft des Nationalsozialismus gab es besondere, für die Palästina-Deutschen eigene Umstände, welche die NS-Gleichschaltung begünstigten. Im Land gab es selbstständige religöse, kulturelle und völkische Gemeinschaften, die voneinander getrennt waren und nach eigenen Bräuchen, Überlieferungen und Gesetzen lebten. Palästina war kein Nationalstaat, der ein eigenes Selbstverständnis hatte und dem gegenüber es eine gemeinsame Treue gab. Es bestand nur eine geringe Wahrscheinlichkeit für die Herausbildung eines gemeinsamen Palästina-Bewußtseins. Die Ausschließlichkeit und die Unversöhnbarkeit zwischen jüdischem und arabischem Nationalismus stand dem entgegen. Zur Türkenzeit trugen alle Gruppen in Palästina die Last der osmanischen Herrschaft. In gewisser Hinsicht wurden alle als osmanische Untertanen betrachtet. Nach dem 1. Weltkrieg brach unter der liberaleren Herrschaft der britischen Mandatsverwaltung sowohl der jüdische als auch der arabische Nationalismus aus. Das osmanische Selbstverständnis, wie spärlich entwickelt es auch war, verschwand. An seine Stelle trat keine neue gemeinsame Loyalität. Nach dem Kriege war man Jude, Araber, Deutscher und sonst nichts. Der einzige gemeinsame Nenner war die Autorität der britischen Mandatsverwaltung, die definitionsgemäß nur von vorübergehender Dauer war. Die jüdischen und arabischen Gemeinschaften waren untereinander in einen Kampf verstrickt, wobei jede versuchte, dem ganzen Land seinen eigenen nationalen Stempel aufzudrücken.

Die Palästina-Deutschen waren eine verhältnismäßig kleine und isolierte Gruppe. Ihre Schwäche und ihre Verwundbarkeit inmitten der Gewalttätigkeiten der arabisch-jüdischen Auseinandersetzung machte sie vom Schutz und dem guten Willen der britischen Mandatsbehörden abhängig. Die NSDAP konnte in Palästina dieses Gefühl der Isolierung, der Schwäche und der Verwundbarkeit bei ihren Bemühungen ausnutzen,die deutschen Gemeinschaften für das neue Deutschland zu gewinnen. Die Partei bot das seelische Behagen, sich in einer jungen und dynamischen Bewegung sowie einem starken Vaterland wiedererkennen zu können. Während die wenigen Katholiken, die hauptsächlich aus Ordensleuten bestanden, dieser Art Anziehung kaum erlagen, verhielt es sich mit den protestantischen Laien und den Mitgliedern der Tempel-Gesellschaft anders. Die Tempel-Gesellschaft besaß keine starke, durchorganisierte Kirche und Priesterschaft mit geistigen und geistlichen Führungseigenschaften, die in der Lage gewesen wäre, die Anziehungskraft des Nationalsozialismus aufzuheben. (49) Die gesellschaftliche und kulturelle Isolierung der deutschen Gemeinschaften in Palästina machte viele Palästina-Deutsche für das politische, gesellschaftliche und kulturelle Selbstverständnis, das die NSDAP anbot, anfällig. Gleichzeitig entstand die Gefahr einer gesellschaftlichen Ächtung, wenn ein einzelner offen gegen die Nationalsozialisten arbeitete.(50)

Eine Mehrheit der Templer förderte eine rege Teilnahme an der Arbeit der örtlichen Parteigliederungen, um sich so eine gewisse Kontrolle über die Parteipolitik in Palästina zu sichern und um in der Lage zu sein, eine Politik zu neutralisieren, die sie als nachteilig und gefährlich einstufte. (51) Dr. Hoffmann sagte auch, die Templer wollten die Parteiführung nicht den Protestanten überlassen, mit denen es nie zufriedenstellende Beziehungen gab. (52) Jedenfalls hat die Tempel-Gesellschaft nie Einwände gegen die Mitgliedschaft einzelner Templer erhoben, obwohl sie sich weigerte, als Tempel-Gesellschaft der Partei beizutreten. Dr. Hoffmann zufolge war die Haltung der Tempel-Gesellschaft gegenüber einer Mitgliedschaft in der NSDAP folgende: "Es ist nicht die Aufgabe einer religiösen Gemeinschaft, ihre Mitglieder an eine politische Partei zu binden. Denn dies ist eine rein weltliche Frage, die das einzelne Mitglied mit seinem Gewissen auszumachen hat. Die Tempel-

Gesellschaft würde weder der Partei beitreten noch würde sie ihre Mitglieder daran hindern. Wenn es ein Mitglied für richtig erachtete, der Partei beizutreten, dann würde es die Tempel-Gesellschaft deswegen nicht aus ihrer Gemeinschaft ausschließen." (53)

Die NSDAP in Palästina verfolgte eine Politik, die in Übereinstimmung mit den außenpolitischen Zielen des Hitler-Regimes war, und dies war unter den gegebenen Umständen die einzig mögliche wirklichkeitsnahe Politik. Das Überleben der deutschen Gemeinden in Palästina hing in erster Linie vom Schutz und dem guten Willen der britischen Behörden ab. Dies war möglich unter der Bedingung strenger Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Palästinas und die Beschränkung aller NS-Betätigung auf die deutschen Gemeinschaften. Dies wurde vom AA und von der Partei in Deutschland als auch von den örtlichen Parteiebenen im Palästina der 30er Jahre beachtet. Darüberhinaus schlossen Hitlers Hoffnungen auf eine Verständigung mit England jede Verwicklung in den arabisch-jüdischen Konflikt aus. Die Unterstützung für die eine Seite hätte die kleine und isolierte deutsche Gemeinschaft Gegenmaßnahmen der anderen Seite wie auch der britischen Mandatsbehörden ausgesetzt.

Die NSDAP in Palästina suchte von sich selbst und der christlichen deutschen Bevölkerung ein zurückhaltendes Bild abzugeben. Den Parteimitgliedern war es verboten, das Hakenkreuzabzeichen zu tragen oder es sonstwie zu zeigen, um zu vermeiden, daß die Juden oder die Mandatsbehören herausgefordert würden. Alle ins Land kommenden deutschen Reisenden mußten die gleichen Vorschriften beachten. (54) 1937 entfalteten arabische Demonstranten bei Festlichkeiten Hunderte von deutschen Fahnen und Bildern von Hitler. Generalkonsul Döhle drückte seinen Ärger und seine Mißbilligung in einem Schreiben an das AA in Berlin aus und bemerkte, daß die Demonstration ein Zeichen für das Ausmaß der arabischen Feindschaft gegenüber den Juden und den Briten sei. Derartige Begeisterungsbekundungen für Deutschland seien für die deutschen Interessen in Palästina schädlich. (55) Er erwähnte auch seine wiederholten Hinweise gegenüber den britischen Behörden, daß die Deutschen mit dieser Demonstration nichts zu tun hätten, daß es eine rein arabische Angelegenheit gewesen

sei und daß die Palästina-Deutschen die arabischen Demonstranten nicht mit deutschen Fahnen oder Hitler-Bildern versorgt hätten. Das Propagandaministerium hatte davon abgesehen, den deutschen Gemeinden in Palästina anti-jüdisches Propagandamaterial zu schicken. Es befürchtete, daß derartiges Material, sofern man es entdecken würde, die Juden gegen die verwundbaren deutschen Siedlungen aufbringen könnte. (56)

Die vorhandenen Unterlagen der NSDAP-Landesgruppe Palästina weisen darauf hin, daß sich die örtlichen Parteigliederungen im wesentlichen mit der Politisierung der Palästina-Deutschen und der Förderung des deutschen Handels beschäftigten. Es gibt einen umfangreichen Briefwechsel mit Cornelius Schwarz, dem Landeskreisleiter in Palästina, und dem Außenhandelsamt der Auslandsorganisation der NSDAP in Fragen des Handels zwischen Deutschland und Palästina. (57) Die Unterlagen zeigen auch, daß die örtlichen Parteigliederungen gewöhnlich wenig Geld hatten, da die Einnahmen, in erster Linie Mitgliedsbeiträge, an die Zentrale der Auslandsorganisation in Deutschland abgeführt werden mußten. (58)

Die britischen Behörden waren zufrieden, daß sich die Tätigkeit der NSDAP in Palästina ausschließlich innerhalb der deutschen Gemeinschaft abspielte, und daß die Palästina-Deutschen nicht in umstürzlerisches Treiben verwickelt waren. Dies zeigte sich in einer Unterhausdebatte zu diesem Thema im Juni 1934. Der deutsche Botschafter in London, Hoesch, der der Debatte beiwohnte, berichtete nach Berlin, daß die britische Regierung mit der Loyalität der Palästina-Deutschen zufrieden war, und daß Gerüchte einer Unterstützung der Araber durch die NSDAP unbegründet seien. (59) Ein Polizeibericht aus Palästina vom Juni 1936 kam zur Schlußfolgerung, daß die deutschen Propagandainteressen in Palästina unbedeutend sind. Der Bericht stellte fest, daß es das Ziel der Nationalsozialisten in Palästina sei, die deutschen Siedler und nicht die Araber zu politisieren. (60) In diesem Bericht hieß es unter anderem: "Es versteht sich, daß es den Mitgliedern verboten ist, sich in die örtlichen Angelegenheiten einzumischen und Uniform oder sichtbar Abzeichen zu tragen. Und obwohl auch Nicht-Deutsche die Versammlungen besuchen können, sind bislang Nicht-Deutsche als Mitglieder nicht aufgenommen worden." Die Weigerung der NSDAP in Palästina, sich in die inneren Angelegenheiten

einzumischen, und die britische Befriedigung über dieses Verhalten zeigen sich in einem Brief des Ortsgruppenleiters von Haifa, Friedrich Wagner, an Cornelius Schwarz im Januar 1937. (61) Wagner bemerkte in diesem Brief, daß die britischen Mandatsbehörden den deutschen Konsulatsvertretern gegenüber ihre Befriedigung zum Ausdruck gebracht hatten, daß die deutsche Gemeinschaft, vor allem die NSDAP, nicht in die Unruhen anläßlich des Araberaufstandes im Jahr zuvor (1936) verwickelt gewesen sei.

Der Araberaufstand des Jahres 1936

Nach einer Reihe offensichtlich nicht zusammenhängender arabischer Angriffe auf Juden im Jahre 1936, denen in manchen Fällen jüdische Gegenmaßnahmen folgten, kam es am 19. April in Jaffa zu einem ernsthaften Aufstand. (62) Auf diese Unruhen folgte die Ausrufung eines arabischen Generalstreiks durch den Hohen Ausschuß und die arabischen Nationalausschüsse, die in den wichtigsten Städten ins Leben gerufen worden waren. Der Hohe Ausschuß bestand aus zehn Mitgliedern unter Vorsitz des Mufti. Er wurde nach dem Ausbruch der Unruhen gegründet und beanspruchte die Kontrolle über die Nationalausschüsse, den Generalstreik und die allgemeine politische Richtung der arabischen Sache. (63) Der Hohe Ausschuß kündigte an, der Streik gehe weiter, bis die britischen Behörden einwilligten, die jüdische Einwanderung zu unterbinden. Man würde dies als ein Zeichen für die Absicht betrachten, auf die Forderungen einzugehen, die von der arabischen Abordnung im November 1935 überbracht worden waren. (64)

Überall im Lande bildeten sich bewaffnete arabische Gruppen. Zuerst blieben sie unter der Kontrolle der örtlichen Nationalausschüsse, wurden aber später zu unabhängigen Einheiten. Anfänglich konzentrierten sie sich darauf, Straßen zu verminen und zu verbarrikadieren, Telegraphenleitungen durchzuschneiden, Züge zum Entgleisen zu bringen und die Ölleitung zwischen Nord-Palästina und Haifa zu unterbrechen. Die Aufmerksamkeit der arabischen Nachbarstaaten wurde auf die Auseinandersetzung

gelenkt, indem sogenannte Ausschüsse für die Verteidigung Palästinas in Damaskus, Bagdad, Beirut und Amman gegründet wurden. Freiwillige aus Syrien und dem Irak schlossen sich den arabischen Aufständischen an, und Palästina wurde bald zum Brennpunkt und Sinnbild des arabischen Nationalismus und seines Kampfes gegen den anglo-französichen Imperialismus und den Zionismus.

Für die meisten Beobachter war die unmittelbare Ursache des Aufstandes die dramatische Zunahme der jüdischen Einwanderung als Ergebnis der Vorgänge in Deutschland. (65) 1930 wanderten 4944 Juden nach Palästina ein. 1931 waren es 4075 Juden. 1932 stieg die Zahl auf 9553, Danach stieg sie in dramatischer Weise 1933 auf 30 327 an, 1934 auf 42 356 und 1935 auf 61 458. (66) Diese Entwicklung brachte die Frage einer nationalen jüdischen Heimstatt an einen Punkt, wo eine Umkehr nicht mehr möglich war und ließ die arabische Gemeinschaft erkennen, daß durchgreifende Maßnahmen erforderlich seien, um die Mandatsmacht zu zwingen, die weitere jüdische Einwanderung zu beschränken oder zu verhindern. (67) Die jüdische Bevölkerung in Palästina, die 1919 nur 55 000 Seelen gezählt hatte, wuchs bis 1929 auf 160 000 an; 1937 waren es fast 400 000 Menschen. (68) Darüberhinaus bedeutete die verstärkte jüdische Einwanderung eine Zunahme des Landkaufes durch die Juden. Dieser Vorgang bedrohte nach Auffassung der arabischen Führer die wirtschaftlichen Grundlagen der Palästina-Araber. Kurzum: die Araber sahen ihre Stellung Schritt für Schritt geschwächt. Sie fühlten, daß sie unter dem Einfluß eines fremden Volkes, dessen geistige, politische und finanzielle Mittel ihren eigenen überlegen waren, langsam zu Fremden im eigenen Land wurden. (69)

Vorgänge in anderen Teilen der arabischen Welt verstärkten die Schwierigkeit, in Palästina den Frieden aufrecht zu erhalten. Großbritannien und Frankreich machten in den 20er und 30er Jahren mehrere Versuche, den arabischen Nationalismus und sein Ziel Unabhängigkeit zu beschränken. Großbritannien gewährte Ägypten 1922 und 1936 nominell die Unabhängigkeit. 1928 wurde sie Transjordanien und 1930 dem Irak gewährt. Frankreich gewährte Syrien 1932 eine beschränkte Unabhängigkeit. Das Gleiche widerfuhr der neuen libanesischen Republik im Jahre

1936. In all diesen Ländern behielten sich Großbritannien und Frankreich die Kontrolle auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik vor. Im Jahre 1936 fanden sich die Palästina-Araber in der demütigenden Lage, die einzige arabische Gemeinschaft zu sein, die mit Ausnahme der Verwaltung auf Gemeindeebene nicht die geringste Spur von Selbstverwaltung besaß. (70)

In Deutschland wurde der Araberaufstand mit fast völliger Gleichgültigkeit aufgenommen. Die Presse neigte dazu, die britische Politik milde zu kritisieren, ähnlich wie dies bei vielen britischen Zeitungen der Fall war. Dies geschah sicherlich nicht in der Absicht, die arabische Sache moralisch zu unterstützen. Berichte der britischen Botschaft in Berlin im Frühjahr und Sommer 1936 zeigen, daß sich die deutsche Presse zurückhielt, sich gegen Großbritannien auszusprechen. In einem Schreiben an das britische Außenministerium vom 27. Mai beschrieb der britische Botschafter Phipps die Leitartikel über den Araberaufstand im "Der Angriff", "Berliner Tageblatt", in der "Börsenzeitung" und in der "Deutschen Diplomatisch-Politischen Korrespondenz". (71) Er schrieb, die deutsche Presse versuche, die Unruhen in anderen Teilen der Welt, einschließlich Palästinas, mit dem Frieden und der Stabilität, die in Deutschland herrschen, zu vergleichen. Er stellte fest, daß viele Zeitungen der UdSSR vorwarfen, den Aufstand zu unterstützen, und Großbritannien aufforderten, alles zu tun, um Juden und Araber zu versöhnen. Von Alfred Rosenberg erschien im Juni 1936 ein Artikel im "Völkischen Beobachter", in dem er die bislang einseitige britische Unterstützung des Zionismus und die Vernachlässigung der berechtigten arabischen Forderungen kritisierte. (72) Rosenberg äußerte sich dahingehend, daß Großbritannien mehr auf die arabischen Wünsche eingehen und dennoch dem Geist der Balfour-Erklärung treu bleiben könnte. Diese Erklärung, so argumentierte Rosenberg, sollte die Grundlage für eine jüdische Heimstatt in Palästina sein, nicht jedoch der Vorwand für die Umwandlung Palästinas in einen ausschließlich jüdischen Staat. Rosenbergs Argumente spiegelten die deutsche Palästina-Politik in den 30er Jahren wieder: eine jüdische Minderheit in einem britisch regierten, von einer arabischen Mehrheit bewohnten Palästina. Diesen Zustand versuchte das Hitler-Regime aufrechtzuerhalten.

Es hat den Anschein, daß es in den deutschen Regierungskreisen keine große Diskussion oder Debatte über den arabischen Aufstand und den Generalstreik gegeben hat. Die Versuche arabischer Führer, von Deutschland Waffen für die arabischen Aufständischen in Palästina zu erhalten, und die deutsche Weigerung sowie die strikte Neutralität der Palästina-Deutschen in dieser Auseinandersetzung weisen darauf hin, daß Deutschland seine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Palästinas weiterverfolgte. Fritz Grobba, der deutsche Botschafter im Irak, erhielt in den ersten Monaten des Aufstandes Forderungen verschiedener arabischer Kreise wegen der Lieferung von Waffen und anderem Material für die arabischen Aufständischen in Palästina. Eine Bitte dieser Art kam im Dezember 1936 von Fauzi Kaoukji, einem früheren Offizier der irakischen Armee, der während des Aufstandes arabische Einheiten in Palästina befehligte. (73)Kaoukji verlangte große Mengen deutscher Waffen, die auf Kredit gekauft und gegebenfalls vom Hohen Ausschuß des Mufti und wohlhabenden arabischen Geschäftsleuten bezahlt werden sollten. Grobba behandelte diese Forderung wie er vorherige Forderungen dieser Art behandelt hatte. Nachdem er Deutschlands Sympathie für die arabische Selbstbestimmung in Palästina zum Ausdruck gebracht hatte, sagte er, Deutschland wünsche die Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen zu Großbritannien; eine materielle Unterstützung des arabischen Aufstandes in Palästina habe nachteilige Auswirkungen auf die deutsch-englischen Beziehungen.

Anfang Januar 1937 erhielt Grobba den Besuch von Mitgliedern des Hohen Ausschusses des Mufti, die hofften, sich deutsche Waffen und deutsches Geld für zukünftige Aktionen in Palästina zu sichern. (74) Obwohl der Peel-Ausschuß seine Beratungen über Palästina noch nicht beendet hatte, ging man in Europa und im Nahen Osten davon aus, daß der Ausschuß die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates zumindest in einem Teil des palästinensischen Mandatsgebietes empfehlen würde. Dies zeigte sich in der Art, wie die Vertreter des Hohen Ausschusses Grobba ihr Ansinnen vortrugen. Sie betonten wiederholt, ein unabhängiger jüdischer Staat in Palästina sei nicht im Interesse Deutschlands, da er Deutschlands natürlicher Feind sei. Ein unabhängiger arabischer Staat in ganz Palästina dagegen sei ein natürlicher Verbündeter Deutschlands. Nachdem sie zum

Ausdruck gebracht hatten, daß Deutschland die einzige Großmacht sei, auf welche die arabische Welt vertrauen könne, forderten sie Finanz- und Waffenhilfe. Grobba antwortete, daß Deutschland mit der arabischen Haltung in Palästina sympathisiere, jedoch vor allem gute Beziehungen mit Großbritannien haben müsse und daher den arabischen Aufstand gegen die britischen Mandatsbehörden nicht aktiv unterstützen könne. (75) Das AA in Berlin stimmte der Haltung, die Grobba während der Monate der Gewalttätigkeit in Palästina eingenommen hatte, zu. In einem Telegramm vom 5. Januar1937 übermittelte die Orient-Abteilung Grobba folgende Anweisungen:

> "Ihr Standpunkt, wie sie ihn schon gegenüber Fauzi Kaoukji zumAusdruck gebracht haben, wird hier voll und ganz geteilt.Wir dürfen nicht in die gegenwärtige Auseinandersetzung hineingezogen werden. Jegliche Form offizieller deutscher Unterstützung muß daher mißbilligt werden. Sollten Sie in dieser Sache erneut angegangen werden, so bitten wir Sie, die gleiche vorsichtige Haltung wie in der Vergangeheit einzunehmen, aber auch stets unsere Sympathie für die Sache der Araber zum Ausdruck zu bringen." (76)

Es ist schwierig, die Herkunft der Waffen herauszufinden,welche die arabischen Aufständischen in Palästina in der ersten Phase des Aufstandes im Jahre 1936 und bei den darauffolgendenUnruhen der Jahre 1937, 1938 und 1939 benutzten. Die wahrscheinlichsten Quellen für die Herkunft der Waffen wie auch der finanziellen Unterstützung sind die arabischen Nachbarstaaten. H.P.Rice, dem Generalbevollmächtigten für Palästina zufolge, waren durch den Zentralen Unterstützungsausschuß für die arabische Sache in Palästina, den der Mufti gegründet hatte, große Summen in Ägypten, im Libanon und in Syrien gesammelt worden. (77) Im August 1937 berichtete Generalkonsul Döhle nach Berlin, daß Waffen und Munition aus dem benachbarten Transjordanien nach Palästina kämen, und dies trotz der Bemühungen von Emir Abdullah, zwischen den Aufständischen und den britischen Behörden zu vermitteln. (78) Im Oktober berichtete Grobba aus Bagdad nach Berlin, die palästinensischen Aufständischen seien gut mit belgischen und britischen Waffen versorgt. (79) Er schrieb, daß die Waffen ursprünglich von einem belgisch-englischen Firmenkonsortium für die abessinische Regierung in ihrem

Krieg gegen Italien besorgt worden seien. Ein Schiff sei jedoch nach dem italienischen Sieg nach Saudiarabien umgeleitet worden. Die saudiarabische Regierung habe die Waffen über Transjordanien nach Palästina schaffen lassen.

Großbritannien vermutete eine Unterstützung der Araber durch die Italiener und Sowjets. Einem Bericht der deutschen Botschaft in London vom Juni 1936 zufolge, hatte es am 16. Juni eine längere Unterhausdebatte gegeben. In ihr hatte die Regierung Anspielungen gemacht, daß sie die Iatliener und Sowjets verdächtige, die Araber in Palästina zu unterstützen. (80) Döhle selbst war ebenfalls davon überzeugt, daß viele der von den Palästina-Arabern benutzten Waffen russischer Herkunft sind, obwohl er nicht genau angab, was ihn zu dieser Schlußfolgerung führte. (81) Anfang 1937 berichtete er erneut über seinen Verdacht russischer Unterstützung für die Palästina-Araber. Er führte den Bericht eines nichtgenannten Agenten an, um seine Behauptung zu unterstützen. (82) Der Bericht bezog sich auf den Mufti und seine Organisation und lieferte die folgende, nicht bewiesene Nachricht:

> "Die Eliteeinheiten der erwähnten arabischen Terrororganisation geraten immer mehr unter russischen Einfluß. Mit russischer Hilfe verfügen die arabischen Guerillas nun über gute und moderne Waffen.... Nach dem kürzlichen Besuch eines russischen Handelsbeauftragten in Jaffa sind die Möglichkeiten russischer Waffenlieferungen an die Araber über die südliche Palästinaküste erörtert worden. Wegen der strengen Überwachung griechischer Schiffe, die beim Waffenschmuggel während der kürzlichen Unruhen eine Rolle gespielt haben, kam man überein, ägyptische Segelboote zu benutzen."

Es scheint sicher, daß Italien den Palästina-Arabern während und nach dem Ausbruch des 36er Aufstandes zumindest finanzielle Unterstützung gewährte. Einem Bericht des britischen Kolonialministeriums vom Juli 1936 zufolge hatte die britische Regierung Grund anzunehmen, daß die italienischen Konsularvertretungen in Palästina und anderswo im Nahen Osten den arabischen Aufständischen in Palästina Geld und Waffen zukommen ließen. (83) Dieser Verdacht wurde vom britischen Geschäftsträger in Rom anläßlich einer Unterredung mit Ciano im September 1936 ausgesprochen. (84) Ciano stritt ab. Grobba vermutete ebenfalls eine Tätigkeit der Italiener in Palästina.

Er erwähnte dieses Thema in seiner Unterredung mit Fauzi Kaoukji im Dezember 1936 in Bagdad. (85) Obwohl Fauzi die Hilfe Italiens bestritt, gab er zu, eine solche Hilfe sei ihm angeboten worden. Er sagte aber, er habe sie abgelehnt, da die Araber den Italienern schon immer mißtrauten.

1934 begann Mussolini einen Propagandafeldzug, um das Bild Italiens in der arabischen Welt im Hinblick auf die Vorbereitung seines Abessinien-Abenteuers zu verbessern. Vorhergegangene Unterdrückungsmaßnahmen in Lybien wurden aufgehoben. Ein neues öffentliches Arbeitsprogramm, das den Bau von Schulen und Krankenhäusern vorsah, wurde eingeleitet. Mussolini war daran interessiert, auf Kosten von Großbritannien und Frankreich Sympathien bei den Arabern zu gewinnen. Sein Hauptinteresse lag darin, die Bindungen der Araber zu England zu neutralisieren. England war Italiens Hauptrivale im östlichen Mittelmeer und in Ostafrika. Die Unruhen in Palästina verschafften Italien die Möglichkeit, England festzunageln, während es seinen Krieg gegen Abessinien führte. 1934 begann der italienische Rundfunksender in Bari (Süditalien) täglich Programme in arabischer Sprache auszustrahlen, die eine eindeutige anti-britische Tendenz hatten. Während des arabischen Aufstandes 1936 wurde dies noch verstärkt. Der Propagandakrieg im Mittelmeer wurde zu einem der Hauptpunkte der englisch-italienischen Reibereien zu Ausgang der 30er Jahre. (86) Es wurden Verbindungen mit Shakib Arslan, dem syrischen Nationalisten in Genf, vom dem schon die Rede war, hergestellt. Es gibt auch Beweise, daß der Mufti die 30er Jahre hindurch von Italien Geld erhielt. Im September 1940 teilte Ciano dem deutschen Botschafter in Rom mit, er habe jahre-lang mit dem Mufti Beziehungen unterhalten und ihn mit beachtlichen Finanzmitteln aus einer seiner geheimen Kassen versorgt. (87) Im April 1939 sagte Ciano zu Göring, die Waffen, die über Syrien nach Palästina geschmuggelt würden, seien mit italienischem Geld bezahlt. (88)

Diese Untersuchung hat sich nicht das Ziel gesetzt, das Ausmaß der vermuteten Verwicklung der Russen und Italiener in den Araberaufstand endgültig zu klären. Es kann jedoch mit großer Sicherheit bewiesen werden, daß Deutschland nicht in die Palästina-Auseinandersetzung der Jahre 1936 und 1937 verwickelt war. Es gibt Beweise für eine kurze, beschränkte

finanzielle Unterstützung des Mufti durch die Canaris-Abwehr Ende 1938 und 1939. Dies wird später abgehandelt. Was dieses Kapitel anbelangt, so reicht es aus, zu beweisen, daß Deutschland sich weigerte, den aufständischen Arabern in Palästina in den Jahren 1936 und 1937 Geld und Waffen zu liefern.

Es wäre in diesem Zusammenhang nützlich, die deutsche Politik der Waffenausfuhren in den 30er Jahren zu untersuchen. Die deutsche Gesetzgebung verbot bis Ende 1935 die Ausfuhr von Waffen. Gemäß dem Gesetz über Kriegsgerät vom 27. Juli 1927 war die Einfuhr und Ausfuhr von Waffen verboten. (89) Das Gesetz über die Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6. November 1935 erlaubte dies wieder; es regelte die Ausfuhr deutscher Waffen. (90) Die Paragraphen 1 und 2 regelten die Verantwortlichkeit bei der Ausfuhr von Waffen wie folgt:

> "§ 1: Die Ausfuhr und Einfuhr von Kriegsgerät ist nur mit einer Sondergenehmigung zulässig, die vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Übereinstimmung mit dem Reichskriegsminister gewährt wird.
>
> § 2: Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung wird im Deutschen Reichsanzeiger und im Preußischen Staatsanzeiger eine Liste mit Kriegsgerät veröffentlichen, das nur mit seiner Zustimmung aus- und eingeführt werden kann."

Der Paragraph 3 enthielt den Hinweis, daß jeder Versuch, Waffen außerhalb der zulässigen Kanäle ins Ausland zu verkaufen, bestraft wird. Auf diese Weise schloß das Gesetz den privaten Waffenhandel auf dem Weltmarkt aus. Es regelte, daß alle Waffengeschäfte über die zuständigen Regierungsstellen zu laufen hatten. (91)

Den Statistiken der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts zufolge, führte Deutschland zwischen 1936 und 1939 verhältnismäßig wenig Waffen in die arabischen Länder des Nahen Ostens aus. (92) Die Statistiken zeigen auch, daß Palästina in den Jahren 1936 und 1937 eine geringe Menge an Gewehren und Maschinengewehrmunition erhielt. Im Rahmen der Nichteinmischungspolitik der Jahre 1936 und 1937 ist es unwahrscheinlich, daß die Munition als Schmuggelware für die arabischen Aufständischen bestimmt war. Der Yemen

war das einzige arabische Land, das in den Jahren 1936 und 1937 eine beachtliche Menge Handfeuerwaffen und Munition von Deutschland erhielt. Es ist möglich, daß einiges davon schließlich in Palästina gelandet ist. (93) Diese Statistiken wie auch der ganze deutsche Waffenhandel mit dem Nahen Osten in den Jahren 1937 bis 1939 wird in größerer Ausführlichkeit später erörtert. Es reicht in diesem Zusammenhang aus, festzustellen, daß Deutschland den arabischen Aufstand in den Jahren 1936 und 1937 weder finanziell noch militärisch unterstützte. Dies geschah in Übereinstimmung mit seiner Politik der Nichteinmischung in den Palästina-Konflikt, seiner allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber der arabischen Sache und seinem Wunsch, eine Auseinandersetzung mit Großbritannien zu vermeiden. (94)

Abschließend ist es notwendig, die Haltung der Palästina-Deutschen während der Gewalttätigkeiten des Jahres 1936 kurz zu untersuchen. Wie zuvor schon ausgeführt wurde, befanden sich die deutschen Gemeinschaften in Palästina inmitten der arabisch-jüdischen Feindseligkeiten. Sie waren deshalb gegenüber Maßnahmen von beiden Seiten verwundbar. Dies wird in einen Artikel in "Die Warte des Tempels" vom Juni 1936 beschrieben. Dort heißt es:

> "In gewisser Weise befinden sich die Deutschen in Palästina zur Zeit in einer besonders schwierigen Lage. Obwohl sie in keiner Weise in die politische Auseinandersetzung zwischen den Briten,Juden und Arabern verwickelt sind, werden sie nichtsdestoweniger von allen Seiten hinsichtlich ihres Verhaltens und ihrer Zu- oder Abneigung genau beobachtet. Der Lauf der Ereignisse der letztenJahre hat unter den Palästina-Arabern eine sehr lebendige Zuneigung für den deutschen Nationalsozialismus entstehen lassen, was sich während der derzeitigen Unruhen wiederholt gezeigt hat. Kraftfahrzeuge, deren Insassen als Deutsche erkannt werden, bleiben selbst in den entlegendsten Gebieten und Gemeinden unbelästigt. Sie sind darüberhinaus der Anlaß von Freudenbekundungen mit Rufen wie 'Lang lebe Deutschland!', 'Lang lebe Adolf Hitler!' usw. Dies dient verständlicherweise, auch wenn völlig unrichtig, für die jüdische Seite als 'eindeutiger' Beweis für die weitverbreitete, aber völlig unsinnige Meinung, Deutschland habe seine Hände im Palästina-Spiel. Andererseits wird die deutsche

Nichtbeachtung des anti-jüdischen Boykotts der Araber durch den Verkauf von Gemüse und Eiern an die Juden von den Arabern als falsch und als Form der Parteinahme zu Gunsten der Juden angesehen. In Anbetracht solcher Meinungen erscheint es erneut notwendig, deutlich zu machen, daß die Haltung der Palästina-Deutschen nur in einer völligen Neutralität in allen politischen Fragen dieses Landes bestehen kann. Dies gilt für die Zukunft genauso, wie es für die Vergangenheit gegolten hat." (95)

Die persönlichen Sympathien der Palästina-Deutschen lagen zweifelsohne auf seiten der Araber. (96) Mit ihren arabischen Nachbarn teilten sie die Befürchtung, daß eine weitere jüdische Einwanderung letztendlich ihre Existenz in Palästina bedrohen würde. Ein jüdisch beherrschtes Palästina würde für eine deutsche Minderheit, zumindest so lange in Deutschland der Nationalsozialismus an der Macht war, beachtliche Probleme mit sich bringen. Die erzwungene Auswanderung von Juden aus Deutschland könnte mit einer ähnlichen Auswanderung der Deutschen aus einem jüdischen Palästina beantwortet werden. Dennoch waren sich die deutschen Konsularbehörden wie auch die NSDAP-Offiziellen in Palästina völlig einig, daß die klare Neutralität der deutschen Gemeinschaft in Palästina von wesentlicher Bedeutung war. In einem Schreiben an Berlin vom 7. Juli 1936 erwähnte Döhle das Einverständnis, das er mit Cornelius Schwarz, dem NSDAP-Landeskreisleiter von Palästina, in dieser Frage erzielt hatte. (97) Im gleichen Schreiben erwähnte Döhle wiederholte arabische Versuche, über das deutsche Generalkonsulat Geld und Waffen zu bekommen. All diese Ansinnen habe er höflich abgelehnt. Er schloß sein Schreiben mit der weiteren Versicherung, daß alle Deutschen in Palästina weiterhin arabische Freundschaftsbekundungen vermeiden würden, um sich nicht britischem Verdacht auszusetzen.

Der Artikel in "Die Warte des Tempels" spielte auf die Neutralitätsprobleme an, die sich den Palästina-Deutschen stellten. Während sich die Beziehungen mit der jüdischen Gemeinschaft auf Grund der Vorgänge in Deutschland seit 1933 bedeutend verschlechtert hatten, führte das neutrale Verhalten zu einer Abkühlung der arabisch-deutschen Beziehungen. Zeitweilig versuchten die Araber die Templer zu finanziellen Zuwendungen, zur Überlassung von Land als Ausgangspunkt für militärische

Operationen oder zum Verstecken von Waffen und verwundeten Aufständischen zu bewegen. In vielen Fällen war es für die deutschen Siedler schwierig abzulehnen. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse der deutschen Siedlungen, die in manchen Gebieten Gegenstand allgemeiner jüdischer Boykottmaßnahmen waren, hätten auch von den Arabern boykottiert werden können. Damit wären die Lebensbedingungen der Templer-Siedlungen noch weiter geschädigt worden. Die Abhängigkeit der deutschen Landwirte von arabischen Landarbeitern machte sie für arabischen Druck durch Streiks verwundbar. Im Mai 1936 besuchten Mitglieder des arabischen Streikausschusses von Nazareth die nahegelegene Templer-Siedlung von Bethlehem und verlangten Beiträge für die arabische Streikkasse. Die Templer weigerten sich und erklärten, daß sie in dieser Auseinandersetzung neutral seien. Im Gegenzug traten die arabischen Landarbeiter der Templer-Höfe von Bethlehem in den Streik. Die Lage wurde gespannt, und die Beziehungen zwischen den deutschen Siedlern von Bethlehem und ihren arabischen Nachbarn verschlechterten sich. Die örtlichen NSDAP-Verantwortlichen gingen zur Bezirkspolizei und verlangten für die Siedlung Polizeischutz, nachdem ein deutscher Siedler von einem arabischen Landarbeiter mit dem Messer angegriffen worden war. Man erreichte eine Kompromißlösung, als die Templer zustimmten, einer arabischen Wohltätigkeitseinrichtung 60 Palästina-Pfund zu spenden. Auf diese Weise war es ihnen möglich, ihre offizielle Neutralitätspolitik beizubehalten. (98)

Ähnliche Schwierigkeiten hatte die Templer-Siedlung Sarona in der Nähe von Jaffa. Die dortigen Siedler waren ebenfalls gezwungen,um Polizeischutz zu bitten. (99) Generalkonsul Döhle unterstützte die Bitten nach verstärktem Polizeischutz für die deutschen Siedlungen aus Sicherheitsgründen, aber auch um der britischen Mandatsverwaltung zu beweisen, daß die Palästina-Deutschen versuchten, in der Auseinandersetzung neutral zu bleiben. Nichtsdestoweniger bedauerte er, daß der besondere Polizeischutz die deutschen Gemeinden noch stärker in die Nähe der britischen Mandatsmacht rückte, und so den Verdacht der Araber verstärkte, die Deutschen würden mit den Briten und Zionisten zusammenarbeiten. (100) Das deutsche Dilemma bestand darin, den britischen Behörden zu beweisen, daß die Deutschen den arabischen Aufstand nicht aktiv unterstützten,

und den Arabern zu beweisen, daß sie mit den Briten und Zionisten keine gemeinsame Sache machten. In dieser Lage verschlechterten sich die wirtschaftlichen Bedingungen der deutschen Siedlungen als Ergebnis des Drucks, der Streiks und des Boykotts der einen oder anderen Seite. (101)

Die Empfehlungen des Peel-Ausschusses im Juli 1937 lösten in Partei- wie in Regierungskreisen in Berlin eine Debatte über die bisherige Haltung und Politik in der Palästina-Frage aus. Die Möglichkeit eines unabhängigen jüdischen Staates schuf eine vollständige Neueinschätzung der früheren Unterstützung des Zionismus als einem Teilgesichtspunkt der Judenpolitik des Regimes. Zur gleichen Zeit führte das Ausmaß des arabischen Aufstandes in Palästina seit dem Jahre 1936 zusammen mit der allgemeinen Unruhe und Unzufriedenheit in der ganzen arabischen Welt zu einer Überprüfung der Politik der Gleichgültigkeit gegenüber dem arabischen Nationalismus in Palästina und im übrigen Nahen Osten. Einige befürchteten, Deutschland würde sich unnötigerweise die Feindschaft der ganzen arabischen Welt zuziehen, wenn es nur widerwillig die Bereitschaft erkennen lasse, sich der anglo-französischen Herrschaft im Nahen Osten zu widersetzen und es die zionistische Einwanderung nach Palästina stillschweigend fördere und unterstütze.

7. Der Peel-Teilungsplan und die Frage eines jüdischen Staates

Der Bericht des Peel-Ausschusses vom Juli 1937

Der königliche Ausschuß kam am 11. November 1936 in Palästina an und beendete dort seine Arbeit am 17. Januar 1937. (1) Der Ausschuß war am 7. August 1936 eingesetzt worden und hatte die nachfolgenden Aufgaben:

> "Die Hintergründe festzustellen, die dem Ausbruch der Unruhen Mitte April zugrunde liegen. Festzustellen, wie das Palästina-Mandat hinsichtlich der Mandatsverpflichtungen gegenüber den Juden und Arabern gehandhabt wird. Festzustellen, ob auf der Grundlage des Mandats entweder die Araber oder die Juden irgendwelche berechtigte Klagen hinsichtlich der Handhabung des Mandates haben. Und sollte der Ausschuß zur Überzeugung kommen, daß solche Beschwerden wohl begründet sind, dann sollte er Empfehlungen erarbeiten, wie diese Beschwerden ausgeräumt und ihre Wiederholung vermieden werden können." (2)

Der Ausschuß vernahm in Palästina 60 Zeugen bei öffentlichen Sitzungen und 35 Zeugen bei nicht öffentlichen. (3) Kein arabischer Zeuge sagte vor dem Ausschuß aus, bis der Hohe Ausschuß des Mufti am 6. Januar 1937 die Boykottierung des königlichen Ausschusses beendete. Bei seiner Rückkehr nach London Ende Januar hielt der Ausschuß weitere Sitzungen ab, bei denen Personen, die eine offizielle Stellung hatten oder im Staat ein hohes Amt bekleideten, als Zeugen erschienen. Am 7. Juli 1937 wurden die Ergebnisse und Empfehlungen des königlichen Ausschusses in London veröffentlicht.

Da die Araber den Nachkriegszustand in Palästina abgelehnt und im Jahre 1936 dagegen rebelliert hatten, war der Peel-

Ausschuß mehr an den Aussagen der arabischen Seite interessiert. Der Ausschuß faßte die arabische Haltung wie folgt zusammen:

"Sie bestreiten die Gültigkeit der Balfour-Erklärung. Sie haben den Großmächten nie das Recht zugestanden, Großbritannien ein Mandat anzuvertrauen. Sie behaupten, daß das Mandat mit der Satzung des Völkerbundes und mit dem Selbstbestimmungsrecht, das Teil der Satzung ist, unvereinbar ist. Die arabischen Zeugen behaupteten, daß ihre Rechte und ihre Stellung durch ihren zahlenmäßigen Rückgang von 90% im Jahre 1922 auf 70% im Jahre 1936 beeinträchtigt worden seien. Sie behaupteten, ihr Streben nach Selbstbestimmung und nationaler Unabhängigkeit sei durch das Mandatssystem enttäuscht worden. Die Verwirklichung der Balfour-Erklärung bedrohe ihre nationale Existenz durch die massive Einwanderung eines fremden Volkes." (4)

Der Bericht des Ausschusses endete mit der Feststellung, daß die beiden grundlegenden Nachkriesgtatsachen in Palästina, das britische Mandat und die Balfour-Erklärung, die Hintergründe des arabischen Aufstandes des Jahres 1936 und der früheren Unruhen in den Jahren 1920, 1921, 1929 und 1933 gewesen seien. Der Wunsch der Palästina-Araber nach nationaler Unabhängigkeit ihr Haß und die Furcht vor der Gründung einer jüdischen Heimstatt seien mit diesen beiden Nachkriegstatsachen unvereinbar.(5)

Während die arabischen Beschwerden auf das Mandatssystem, in das die Balfour-Erklärung eingebettet war, zurückgehen, rührten die jüdischen Beschwerden von der Überzeugung her, daß das Mandat nicht genau beachtet wurde, und daß die britischen Behörden die Errichtung einer nationalen Heimstatt vereitelten. (6) Man beschuldigte britische Beamte pro-arabischer Neigungen und brachte vor, daß die Verwaltung umstürzlerische Tätigkeiten, vor allem die des Mufti von Jerusalem, dulde. Die britischen Behörden wurden weiterhin kritisiert, daß sie für die jüdische Ansiedlung nicht mehr Land zur Verfügung stellten, daß sie die jüdische Einwanderung nicht erleichterten, daß sie Transjordanien nicht für eine jüdische Besiedlung freigaben und daß sie allgemein versagten, die öffentliche Sicherheit zu garantieren.

Der Bericht des Ausschusses schloß mit der Feststellung, daß die Unversöhnlichkeit zwischen arabischem und jüdischem Nationalismus sowie zwischen arabischem Nationalismus und der Fortdauer der britischen Herrschaft eine deutliche Änderung der Nachkriegsregelung in Palästina erforderlich mache. Diese Schlußfolgerung gründete teilweise auf der Erkenntnis, daß die Versprechungen während des Krieges, Arabern und Juden gegenüber, widersprüchlich waren, und daß weder die arabische noch die jüdische Gemeinschaft bereit waren, einen Minderheitenstatus in einem unabhängigen Palästina anzuerkennen. Der Bericht gab folgende Stellungnahme ab:

"Wir sind auch nicht der Auffassung, daß die Verpflichtungen, die Großbritannien vor etwa 20 Jahren gegenüber den Arabern und Juden übernahm, wegen der bisherigen Ereignisse ihr moralisches und gesetzliches Gewicht verloren haben. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß sich diese Verpflichtungen als nicht vereinbar erwiesen haben. Und sie bleiben auch, so weit wir das beurteilen können, weiterhin die Grundlage für Auseinandersetzungen. Um es auf einen Nenner zu bringen: Wir können im heutigen Palästina weder den Arabern das Recht auf Selbstbestimmung zugestehen noch die Errichtung einer jüdischen Heimstatt garantieren. Es liegt auf der Hand, daß man das Problem nicht lösen kann, indem man denArabern oder Juden alles gibt, was sie wollen. Die Antwort auf die Frage 'Wer von ihnen wird in Palästina regieren;' muß sicherlich heißen 'Keiner'. Nachdem sich die Hoffnung auf ein harmonisches Zusammenleben der beiden Rassen als nicht machbar herausgestellt hat, können wir uns nicht denken, daß irgendein Staatsmann vorschlagen würde, Großbritannien solle entweder 400 000 Juden arabischer Herrschaft oder eine Million und mehr Araber jüdischer Herrschaft überantworten, sollten die Juden zur Mehrheit werden. Aber während keine Rasse ganz Palästina allein regieren kann, sehen wir keinen Grund, warum nicht jede Rasse, sofern es machbar ist, einen Teil regieren sollte." (7)

Der Auschuß empfahl die Beendigung der britischen Mandatsverwaltung in Palästina auf der Grundlage eines Teilungsplanes. Ein neues britisches Mandat sollte für das Umland von Jerusalem und Bethlehem mit einem Zugang zum Meer durch einen Korridor nach Jaffa eingerichtet werden.

Kleine Enklaven um die Städte Haifa, Safad, Nazareth, Akka und Tiberias im Norden und längs des Golfes von Akaba im Süden sollten dem neuen Mandatsgebiet eingegliedert werden. Ein unabhängiger jüdischer Staat sollte dort errichtet werden, wo es die meisten jüdischen Siedlungen gab. Er sollte die fruchtbare Küstenebene und den Großteil Galileas im Norden umfassen. Der Rest des Landes sollte mit Transjordanien zu einem großen und unabhängigen arabischen Staat vereinigt werden. Bündnisverträge nach dem Vorbild des englisch-irakischen und des französisch-syrischen Vertrages sollten zwischen Großbritannien und dem arabischen und dem jüdischen Staat geschlossen werden.

Der Teilungsplan fand bei den beteiligten Parteien wenig Unterstützung. (8) Die Palästina-Araber und die arabischen Nachbarstaaten lehnten den Plan fast sofort ab, obwohl Emir Abdullah und einige seiner Anhänger in der Nashashibi-Partei Palästinas eine Zeit lang bereit waren, dem Plan zuzustimmen. (9) Der Zionistenkongreß, der im August 1937 in Zürich stattfand, stimmte dem Grundsatz der Teilung zu, aber lehnte die im Bericht vorgeschlagenen Grenzen als unangemessen ab. In London zeigte das Parlament wenig Interesse an einer Teilung, und auch die Unterstützung der Regierung für den Plan war schwach und nur vorübergehend. Beide Häuser des Parlaments diskutierten den Plan am 20. und 21. Juli. Nach großem Widerstand einigte man sich darauf, den Plan dem Mandatsausschuß des Völkerbundes vorzulegen. Der Völkerbund begann seine Beratungen des Teilungsplans am 30. Juli und nahm ihn am 18. August an. Der Widerstand gegen eine Teilung war auch in der britischen Palästina-Verwaltung vorherrschend.

Der arabische Aufstand brach fast sofort nach der Veröffentlichung des Peel-Berichtes im Juli aus. Im Dezember veröffentlichte die britische Regierung eine Erklärung für den Hohen Kommissar in Palästina, worin sie zum Ausdruck brachte, sie betrachte sich nicht an die Teilungspolitik gebunden. (10) Ende Februar 1938 wurde von London unter der Leitung von Sir John Woodhead ein technischer Ausschuß eingesetzt, der einen Monat später nach Palästina aufbrach. Seine Aufgabe war es, die Einzelheiten für einen praktischen Teilungsplan auszuarbeiten, der von allen beteiligten Parteien akzeptiert

werden könnte. In seinem Bericht vom Oktober 1938 erklärte sich der Woodhead-Ausschuß außerstande, einen machbaren Teilungsplan zu empfehlen. Einen Monat später ließ Großbritannien den Gedanken an eine Teilung offiziell fallen. (11) Der Teilungsplan als Lösung für den Palästina-Konflikt wurde vor allem aus praktischen Überlegungen heraus Ende 1937 aufgegeben. Er wurde erst zehn Jahre später von der UNO wieder zum Leben erweckt.

Das deutsche Außenministerium und die Frage eines jüdischen Staates

Als der Peel-Ausschuß Ende 1936 und Anfang 1937 seine Befragungen in Palästina durchführte, war die deutsche Politik noch immer auf die Förderung der jüdischen Auswanderung mit dem bevorzugten Ziel Palästina ausgerichtet. Diese Politik zeigte sich bei einer Erörterung der jüdischen Frage, die am 29. September 1936 im Innenministerium stattfand. (12) An dieser Besprechung nahmen Vertreter des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Amtes des Stellvertreters des Führers teil. Sommer, der Chef des Amtes des Stellvertreters des Führers, eröffnete das Gespräch mit einer Erklärung, welche das Ziel der nationalsozialistischen Politik, nämlich die Ent-fernung aller Juden aus Deutschland, wiederholte. Staatssekretär Dr. Stuckart vom Innenministerium stimmte der Erklärung Sommers zu und stellte fest, daß die restlose Auswanderung das Ziel seines Ministeriums sei und daß alle Bemühungen auf dem Gebiet der Judenpolitik auf dieses Ziel auszurichten seien. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums brachte vor, der wirtschaftliche Status der deutschen Juden sei aufrechtzuerhalten, damit sie in anderen Ländern aufgenommen werden könnten. Alle bei der Besprechung anwesenden Vertreter äußerten ihre Unterstützungsbereitschaft für die Bemühungen der zionistischen Umschulungslager, die deutschen Juden umzuschulen und auf die Auswanderung vorzubereiten.

Das Gespräch drehte sich auch um die Frage nach den Zielländern für die Auswanderung der deutschen Juden. Stuckart

schlug vor festzulegen, welche Aufnahmeländer im Rahmen der deutschen Gesamtinteressen am besten geeignet wären. Er berührte damit eine politische Frage, die im Mittelpunkt der Palästina-Debatte des Jahres 1937 in Deutschland stehen sollte. Es mußte festgelegt werden, ob Deutschlands Interessen am besten dadurch gedient war, wenn die deutschen Juden in alle Welt zerstreut würden oder ob so viele wie möglich in einem oder mehreren Gebieten konzentriert werden sollten. Deutschland konnte wenig tun, um den Strom jüdischer Auswanderer in einen bestimmten Teil der Welt zu dirigieren. Stuckart stellte fest, Palästina sei das einzige Zielland, über das Deutschland vor allem mittels des Haavara-Abkommens ein gewisses Maß an Kontrolle verfüge. Er faßte die frühere Auswanderungspolitik und die Bedeutung Palästinas für diese Politik wie folgt zusammen:

> "Es muß deutlich gemacht werden, in welche Richtung der Strom jüdischer Auswanderung gesteuert werden soll. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die deutschen Juden im allgemeinen weiter entwickelt sind als die Einwohner der Zielländer. Dies trifft vor allem für die südamerikanischen Länder zu. Wir können daher nicht die Möglichkeit ausschließen, daß die Juden, so bald sie einmal in diesen Ländern sind, schnell einflußreiche Stellungen erlangen und dort zu einer Wirtschaftsschicht werden, die Deutschland gegenüber feindlich eingestellt ist. Aus dieser Überlegung heraus wurde in der Vergangenheit die Auswanderung der Juden in erster Linie nach Palästina gefördert."

Dr. Blohme vom Amt des Stellvertreters des Führers stellte fest, daß die jüdische Auswanderung von weittragender Bedeutung sei, und daß aus diesem Grund die Auswanderungspolitik nicht gänzlich vom Zielland Palästina abhängig gemacht werden solle. Alle Anwesenden waren sich einig, daß die Auswanderung mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern sei. Dies sei am wirksamsten ohne Berücksichtigung des Ziellandes zu erreichen. Die Entfernung der Juden aus Deutschland war somit von größerer Bedeutung als das mögliche Zielland. Deutschland wollte Einwanderungsmöglichkeiten für deutsche Juden nutzen, wo immer sich diese bieten würden. Dies bedeutete auch, daß die Zerstreuung der Juden statt ihrer Konzentration als beste

Strategie für eine jüdische Auswanderungspolitik angesehen wurde.

Während der Beratungen des Peel-Ausschusses gab es in Europa wie im Nahen Osten viele Mutmaßungen über die Zukunft Palästinas angesichts der unvereinbaren Ziele zwischen arabischem und jüdischem Nationalismus. Es bestanden wenig Zweifel, daß auf Grund des Zusammenbruchs der Ordnung im Jahre 1936 und der Unwahrscheinlichkeit, auf der Grundlage des Status Quo zu einer Lösung zu kommen, bedeutende Änderungen ins Haus standen. Obwohl die Empfehlungen des Peel-Berichts erst im Juli 1937 veröffentlicht wurden, schien im Januar eine Übereinstimmung dahingehend erreicht zu sein, daß eine zukünftige Regelung einen unabhängigen jüdischen Staat zumindest in einem Teil des Mandatsgebietes einschließen könnte. Das deutsche Außenministerium war sich dieser Möglichkeit am 9. Januar bewußt, als Walther Hinrichs vom Referat Deutschland dem Außenministerium eine Denkschrift zukommen ließ, in der er warnend darauf hinwies, daß aus den Beratungen des Peel-Ausschusses ein unabhängiger jüdischer Staat hervorgehen könne. (13) Hinrichs stellte in dieser Denkschrift fest, daß die politische Solidarität des Weltjudentums in der jüngsten Vergangenheit beachtlich zugenommen habe. In Verbindung mit dem Verlauf des jüngsten Jüdischen Weltkongresses und den Überlegungen des königlich-britischen Ausschusses zeige sich, daß der Gedanke an einen jüdischen Staat mit großer Kraft gefördert und seine Verwirklichung sorgfältig vorbereitet werde. Er kritisierte dann weiter die frühere Gleichgültigkeit des AA gegenüber der Möglichkeit eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina. Er schloß mit der Anregung, daß man Partei- wie Regierungsstellen auf die strategischen und ideologischen Gefahren, die ein unabhängiger jüdischer Staat mit sich bringe, aufmerksam machen müsse. Diese Gefahren faßte er wie folgt zusammen: "In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß ein jüdischer Staat in Palästina den jüdischen Einfluß weltweit ins Unermeßliche steigern würde. Genauso wie Moskau das Zentrum der Komintern ist, würde Jerusalem zum Zentrum einer jüdischen Weltorganisation, die, wie Moskau, auf diplomatischer Ebene arbeiten könnte." Er schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, die frühere Politik einer Ermutigung der jüdischen Auswanderung

nach Palästina, insbesondere auf der Grundlage des Haavara-Abkommens, sollte, angesichts der neuen Tatsachen in Palästina, überprüft werden. Die Regierung Großbritanniens sollte zudem von der deutschen Haltung hinsichtlich eines möglichen jüdischen Staates in Palästina unterrichtet werden.

In Hinrichs Ausführungen fanden sich die herrschende ideologische Doktrin einer jüdischen Weltverschwörung und die sich daraus ergebende nationalsozialistische Ablehnung des Zionismus und des Gedankens an einen unabhängigen jüdischen Staat. Der NS-Logik zufolge werden internationale Verschwörungen von einer politischen Machtgrundlage aus gesteuert. Ein zionistischer Staat in Palästina wurde als Grundlage für die angenommene jüdische Verschwörung angesehen, genauso wie Moskau das Zentrum des internationalen Bolschewismus und der Vatikan das Zentrum für den polischen Katholizismus ist. Andererseits machten auch rein strategische Überlegungen einen deutschen Widerstand gegen einen unabhängigen jüdischen Staat notwendig. Der offizielle Antisemitismus des nationalsozialistischen Regimes und die rassischen Grundlagen des neuen Deutschland machten einen unabhängigen jüdischen Staat automatisch zu einem natürlichen Gegner auf der Bühne der internationalen Politik. Von Bülow-Schwante vom Referat Deutschland brachte vor, daß ein unabhängiger jüdischer Staat in den Völkerbund aufgenommen werde und sich dort der Koalition der Staaten anschließen würde, die dem neuen Deutschland feindlich gegenüberstünden.

Am 16. Januar unterrichtete das Innenministerium das Auswärtige Amt, es beabsichtige, die jüdische Auswanderung mit allen Mitteln zu fördern, ohne dabei Palästina, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei, besonders zu begünstigen. (15) Darauf hatte man sich bei einer Besprechung des Innenministeriums am 29. September 1936 geeinigt. Damit hoffte man, die jährliche Auswanderungsrate zu steigern. Es gibt keine Hinweise, daß das Innenministerium durch die Beratungen des Peel-Ausschusses oder durch Mutmaßungen hinsichtlich eines möglichen jüdischen Staates in Palästina irgendwie beeinflußt war. Noch bestand irgendeine Neigung, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu mindern. Das Hauptinteresse des Innenministeriums als dem Hauptverantwortlichen für die Auswanderung bestand darin, die schnellste und wirksamste

Auswanderung der Juden mit Hilfe möglichst vieler Aufnahmeländer zu gewährleisten.

Diese Politik wurde vom Auswärtigen Amt gebilligt. Dort machte man sich wachsende Sorgen über den Ausgang der Beratungen des Peel-Ausschusses. Von Bülow-Schwante reagierte auf das Schreiben des Innenministeriums vom 16. Januar positiv. Gleichzeitig warnte er vor der Übersiedlung einer zu großen Zahl von Juden nach Palästina: "Das Auswärtige Amt hält die Förderung der Auswanderung der Juden ebenfalls für erforderlich; aber diese Auswanderung muß nicht ausschließlich nach Palästina gehen. Die entscheidende Überlegung ist die, daß es nicht im deutschem Interesse ist, zum Anwachsen des jüdischen Einflusses in Palästina durch die Förderung der Einwanderung der hochgebildeten deutschen Juden in einem solchen Maße beizutragen, damit dadurch die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates oder einer 'nationalen Heimstatt' im Rahmen eines britischen Protektoratsgebietes notwendigerweise beschleunigt wird."(16) Von Bülow-Schwante argumentierte weiter, daß die weltweite Zerstreuung der Juden und nicht ihre Konzentration in Palästina zu einem wesentlichen Teil der deutschen Politik gemacht werden sollte. Er führte weiter aus, Deutschland müsse alles tun, um die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina zu verhindern, eines Staates, der die diplomatischen Mittel hätte, den deutschen Interessen in der Welt zu schaden. Während das Innenministerium die Auswanderungspolitik als Element der innenpolitischen Judenpolitik ansah, war das Auswärtige Amt natürlich über die Auswirkungen der jüdischen Auswanderung auf die deutsche Außenpolitik besorgt.

Die Orient-Abteilung (Pol. VII) des AA teilte, wenn auch mit einigen Vorbehalten, den Widerstand von Referat-D gegen die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina. Pol. VII unterschied zwischen einer jüdischen Heimstatt unter britischer Kontrolle, was in der Vergangenheit von Deutschland akzeptiert worden war, und einem unabhängigen jüdischen Staat, wie er von internationalen zionistischen Kreisen gefordert und vom Peel-Ausschuß im Juli 1937 vorgeschlagen worden war. Pol. VII bezog sich auf das Schreiben von Bülow-Schwante an das Innenministerium vom 21. Januar und traf seine Entscheidung, welche obige Unterscheidung machte, am

22. Januar. (17). Diese Haltung verteidigte die frühere Politik, die auf der Akzeptierung der Bedingungen der Balfour-Erklärung beruhte, nämlich die Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstatt unter britischer Verwaltung in Palästina. Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Änderung des Status Quo durch die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates abgelehnt, da er für die deutschen Interessen gefährlich sei. Pol. VII schloß, daß der Warnruf von Referat-D zu früh gekommen sei. Es sei unwahrscheinlich, daß die britische Regierung die Errichtung eines jüdischen Staates angesichts des arabischen Widerstandes in Palästina und im ganzen Nahen Osten hinnehmen werde. Während Pol. VII die Gefahr, daß eine jüdische Masseneinwanderung nach Palästina zur Errichtung eines jüdischen Staates beitragen könnte, anerkannte, lehnte sie von Bülow-Schwantes Anregung ab, Deutschland möge einen aktiven diplomatischen und propagandistischen Feldzug gegen diesbezügliche zionistische Bemühungen führen. Man brachte vor, daß ein derartiges Vorgehen die jüdische Progaganda nur noch mit weiterer Munition versorgen würde. Pol. VII empfahl eine Überprüfung der deutschen Judenpolitik nur dann, wenn der jüdische Staat, von dem nun so viel gesprochen werde, Wirklichkeit werden sollte.

Generalkonsul Döhle in Jerusalem war sich über die Bedeutung der Ergebnisse des Peel-Ausschusses und seine zukünftigen Empfehlungen genauso im Unklaren wie Pol. VII. Er teilte noch nicht die Ansicht von Referat-D, daß ein jüdischer Staat in den Empfehlungen des Peel-Ausschusses enthalten sein könnte. Seine Zurückhaltung, vorherzusagen, was kommen könnte, zeigt sich in seinem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin vom 25. Januar. In ihm schien er zur Auffassung zu neigen, daß die Aufrechterhaltung des Status Quo die einzige wirklichkeitsnahe Wahl für Großbritannien darstelle. (18) Ende März jedoch machte er sich über die Lage in Palästina und die Möglichkeit, daß aus den Empfehlungen des königlichen Ausschusses ein jüdischer Staat entstehen könnte, vermehrt Sorgen. Am 22. März schickte Döhle einen umfassenden Bericht über die Lage in Palästina nach Berlin. Dieser Bericht umfaßte eine Bewertung der bisherigen deutschen Politik, die augenblickliche Lage, die möglichen Empfehlungen des Peel-Ausschusses und ihre denkbaren Auswirkungen auf die deutschen

Interessen und die deutsche Politik. (19) Eingangs faßte er die deutsche Politik bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zusammen: "Bei all unseren früheren Maßnahmen bestand die Hauptüberlegung darin, die Auswanderung der Juden aus Deutschland und ihre Ansiedlung in Palästina zu fördern." Döhle kritisierte auch das Haavara-Abkommen, das den deutschen Palästina-Handel in jüdische Hände legte, und bedauerte die Tatsache, daß die deutschen Ausfuhren nach Palästina über Haavara nicht die vollen Devisen einbrächten, welche die deutsche Wirtschaft so dringend benötige. Darüberhinaus wurden das Haavara-Abkommen und die Politik der offenen Ermutigung der zionistischen Auswanderung nach Palästina als Grund für die wachsende anti-deutsche Stimmung der Araber angesehen. Er führte aus, Deutschland habe wirklich wenig getan, um die große Zuneigung der arabischen Welt für das neue Deutschland zu pflegen. Die deutsche Unterstützung des Zionismus könnte am Ende dazu führen, daß die Araber zu Feinden Deutschlands würden.

Döhle erwähnte auch die nachteiligen Auswirkungen verstärkter jüdischer Einwanderung und eines jüdischen Staates auf die Sicherheit und das Wohlergehen der Palästina-Deutschen. Er führte aus, daß ein jüdischer Staat sowohl den Arabern als auch den Deutschen ein normales Leben verweigern könnte. Er wiederholte, daß die Deutschen von den Arabern für die Entstehung eines jüdischen Staates verantwortlich gemacht und so zu Zielscheiben arabischer Feindschaft würden. Er wies auch auf die gefährliche Tatsache hin, daß die meisten deutschen Siedlungen in Gebieten mit einem großen jüdischen Bevölkerungsanteil lägen und gegebenenfalls zum Staatsgebiet eines zukünftigen jüdischen Staates kommen könne. Er schloß mit der Feststellung, ein jüdischer Staat bedeute wahrscheinlich das Ende einiger oder aller deutscher Siedlungen und Einrichtungen in Palästina. Er wies auch auf die Gefahren politischer und wirtschaftlicher Konkurrenz für Deutschland hin. Und er stellte die Frage, ob das innenpolitische Ziel einer schnellen jüdischen Auswanderung die Aufopferung bedeutender außenpolitischer Interessen wert sei: "So haben wir bislang in unserer Politik gegenüber Palästina bewußt all jene Elemente geopfert, die in anderen Ländern für den Schutz deutscher Interessen wesentlich sind. Und dies zu Gunsten des Versuchs, eine Politik der

Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland und die Ansiedlung der auswandernden Juden in Palästina zu verwirklichen."

Döhle war nicht völlig davon überzeugt, ob Großbritannien einen weiteren arabischen Aufstand und eine weitere Entfremdung mit der arabischen Welt in Kauf nehmen würde, um in Palästina die Errichtung eines jüdischen Staates zu unterstützen. Seine Ungewißheit zeigte sich in seinem Eingeständnis, daß entweder eine Lösung zu Gunsten der Araber oder eine Kompromißlösung, welche den Status Quo mit gewissen Einschränkungen für die jüdische Zuwanderung wiederherstellte, eine nachteilige Auswirkung auf die jüdische Auswanderungspolitik in Deutschland haben würde. Darüberhinaus teilte er die Meinung von Pol. VII, daß die Anregung von Referat-D, Großbritannien zu zwingen, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu begrenzen und die Errichtung eines jüdischen Staates zu verhindern, nicht wünschenswert und unnötig sei. Er empfahl das Überdenken der deutschen Prioritäten in der jüdischen Frage, so daß berechtigte außen-politische Interessen nicht länger dem Vorrang der jüdischen Auswanderung nach Palästina geopfert würden. Döhle empfahl keine Beendigung der jüdischen Auswanderung nach Palästina. Er regte nur die gleiche Politik an, auf die man sich am 29. September 1936 im Innenministerium geeinigt hatte, und die von Pol. VII und Referat-D übernommen wurden, nämlich, daß man bei der Auswanderung der Juden Palästina als bevorzugtes Zielland weniger betonen sollte, und daß die deutschen Juden in der ganzen Welt zerstreut werden sollten, Dies würde den Strom deutscher Juden nach Palästina mindern. Gleichzeitig würde ein jüdischer Staat in Palästina in weite Ferne rücken.

Döhle regte auch eine Änderung der Haltung gegenüber den Palästina-Arabern an, denen es an unmittelbarer materieller Unterstützung fehle. Er führte aus, daß die vorhandene arabische Zuneigung für das neue Deutschland und seinen Führer nicht durch eine aktive Einmischung in die arabische Politik gepflegt werden sollte, sondern durch das strenge Vermeiden jeglichen Anscheins, die Schaffung einer nationalen jüdischen Heimstatt zu unterstützen oder dazu in irgendeiner Weise beizutragen. Er wies darauf hin, daß eine aktive Unterstützung der Araber

nicht wünschenswert und unnötig sei, da dies gefährliche Verwicklungen in den Beziehungen zu Großbritannien mit sich bringen würde. Er führte weiter aus, daß eine Beendigung der offenen deutschen Ermutigung der zionistischen Bemühungen in Palästina, z.B. durch eine offene Änderung des Haavara-Abkommens, ausreichten, um sich die fortwährende Zuneigung der Araber für Deutschland zu sichern. Gleichzeitig würde eine Änderung des Haavara-Abkommens Deutschland in die Lage versetzen, die deutschen Siedlungen und Einrichtungen in Palästina besser zu schützen und die jüdischen Bemühungen zu verzögern, im Land eine lebensfähige wirtschaftliche und politische Basis zu schaffen.

Referat-D wollte die Frage der deutschen Beziehungen mit der arabischen Bewegung in Palästina im Sinne Döhles und der Abteilung Pol. VII lösen. In einem Schreiben an Außenminister von Neurath vom Februar 1937 bezog sich Emil Schumburg von Referat-D auf wiederholte arabische Versuche, sich über die deutschen Konsularvertretungen im Nahen Osten diplomatische und materielle Unterstützung zu sichern. Er forderte dazu auf, die deutsche Politik gegenüber den Arabern einer Überprüfung zu unterziehen: "Nach Auffassung von Referat-D muß die Frage, ob es im deutschem Interesse liegt, in irgendeiner Form (Geld) die Araber zu unterstützen, um ein Gegengewicht gegen den wachsenden jüdischen Einfluß in Palästina zu schaffen, weiter untersucht werden..." (20) In einem Schreiben an das Propagandaministerium einen Monat später lobte Referat-D das Bemühen Mussolinis, die arabische Welt für sich einzunehmen, und beschrieb es als vorteilhaft für die Achse Berlin-Rom. (21) Referat-D war somit geneigter, sich aktiv auf die Seite der Palästina-Araber zu schlagen und die Gefahr verschlechterter Beziehungen mit Großbritannien einzugehen, als dies die verantwortlichen Stellen der Politischen Abteilung tun wollten. Sowohl Pol. VII als auch Pol. VI (Südosteuropa, einschließlich Italien) unterließen in ihren Abschriften des Schreibens an das Propagandaministerium alle Hinweise auf eine deutsche Unterstützung enger italienisch-arabischer Zusammenarbeit.

Grobbas Haltung in Bezug auf die deutsch-arabischen Beziehungen ist schon früher dargestellt worden. Er wandte sich gegen jede Art unmittelbarer Unterstützung der Araber,

die Referat-D zum damaligen Zeitpunkt in Erwägung zog. Seine Haltung zur Frage der Errichtug eines jüdischen Staates in Palästina befand sich im allgemeinen in Übereinstimmung mit der Auffassung von Döhle, Pol. VII und Referat-D. Auch er wandte sich gegen die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates in einem Teil Palästinas oder in ganz Palästina. Im April 1937 regte Grobba in Bagdad in einem Gespräch mit dem britischen Oberbefehlshaber in Palästina an, Englands einzige Lösung liege in einer engen Auslegung der Balfour-Erklärung, d.h. den jüdischen Staat nur als sinnbildliche Einheit, etwa in der Art des Vatikans, zu sehen. Dabei könnte man den Juden Tel Aviv und sein Umland als Zentrum für einen solchen symbolischen Staat geben. (22)

Mit der Auswanderungspolitik und Palästina hatten zwei weitere Stellen des Auswärtigen Amts zu tun. Die Auslandsorganisation, die am 30. Januar 1937 von Hitler in das Auswärtige Amt eingegliedert worden war, und die Interessen der Palästina-Deutschen vertrat, wandte sich in außergewöhnlicher Schärfe gegen jegliche Zunahme zionistischer Stärke in Palästina sowie die Errichtung eines jüdischen Staates. (23) Sie teilte Döhles Befürchtungen für die Zukunft der deutschen Siedlungen und Einrichtungen, sollte in Palästina ein jüdischer Staat errichtet werden. Sie betrachtete das Haavara-Abkommen als Mittel für den Aufbau einer nationalen Heimstatt und die Errichtung eines jüdischen Staates. (24) Zu einem Zeitpunkt schlug die AO sogar eine Beendigung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland vor, um damit sicherzustellen, daß deutsche Auslandsinteressen nicht durch feindliche deutsche Juden gefährdet würden. (25)

Die Handelspolitische Abteilung auf der anderen Seite unterstützte die jüdische Auswanderung nach Palästina und ihre dortige Konzentration sehr. Sie unterstützte auch die Fortführung des Haavara-Abkommens und seine positiven Auswirkungen auf die deutschen Ausfuhren nach Palästina und in den Nahen Osten. Direktor Karl Clodius umriß die Haltung seiner Abteilung in einem Schreiben vom 11. Juni an Referat-D wie folgt:

"Wie in der Vergangenheit so bin ich auch jetzt vom wirtschaftlichen Standpunkt aus der Auffassung, daß die Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina, so weit

sie stattfindet und stattfinden muß, weniger gefährlich ist als die Aufteilung der Auswanderung auf eine ganze Reihe von Ländern. Der wirtschaftliche Schaden, den die jüdische Auswanderung nach Palästina Deutschland zufügen kann, ist verhältnismäßig unbedeutend. Und dies auch, wenn der Kauf deutscher Waren durch jüdische Kreise in Palästina in dem Augenblick aufhört, in dem die Vorteile, die durch das Haavara-Abkommen oder eine ähnliche Vereinbarung bestehen, nicht länger vorhanden sind." (26)

Im selben Schreiben benutzte Clodius die gleichen wirtschaftlichen Argumente zu Gunsten einer jüdischen Konzentration in Palästina, wie sie vier Jahre zuvor benutzt wurden, um das Haavara-Abkommen zu rechtfertigen. Er erwähnte, daß die deutschen Juden in Ländern außerhalb Palästinas den Wirtschaftsboykott gegen Deutschland eifrig unterstützen könnten. Und damit würden sie Wirkung erzielen, denn die Mehrheit der deutschen Juden habe mit Handel und Wirtschaft zu tun. So kümmerten sich die Handelspolitische Abteilung wie auch das Wirtschaftsministerium als die verantwortlichen wirtschaftlichen Stellen für die Auswanderungspolitik weniger um die ideologischen und strategischen Folgen eines jüdischen Staates. Sie waren daran interessiert, daß der wachsende Strom deutscher Ausfuhren nach Palästina über die jüdische Einwanderung erhalten blieb. Sie wollten eine Fortführung der alten Politik ohne jede Änderung. Ende 1937 begann Referat-D eine einheitliche Politik in der Frage eines jüdischen Staates in Palästina zu verlangen. (27)

Ende April ließ Ministerialdirektor von Weizsäcker in den verantwortlichen Abteilungen des Auswärtigen Amts Richtlinien für eine zukünftige Palästina-Politik herumgehen. (28) Er wiederholte die Feststellung, daß Deutschlands Hauptinteresse in der Förderung der jüdischen Auswanderung liege. Er fügte hinzu, es sei notwendig, die Konzentration von Juden in Palästina zu vermeiden, da dies die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates erleichtern würde. Zu diesem Zeitpunkt waren alle Abteilungen dagegen. Er teilte die Auffassung von Referat-D, die Juden sollten in der ganzen Welt verstreut werden, um den Aufbau einer Machtgrundlage für das Weltjudentum zu verhindern. Dies wäre am besten dadurch zu erreichen, wenn der Strom jüdischer Auswanderer auf andere Zielländer

als Palästina gelenkt werde. Schließlich warnte er davor, irgendwelche diplomatischen Schritte gegenüber England in dieser Frage zu unternehmen.

Trotz der Gerüchte, daß der Peel-Ausschuß einen jüdischen Staat empfehlen würde, herrschte in Berlin Ungewißheit vor. Nur Referat-D neigte dazu anzunehmen, der Ausschuß werde einen jüdischen Staat empfehlen. Am 24. Mai fand im Auswärtigen Amt eine Besprechung statt, bei der Vertreter von Referat-D, von Pol. VII, von der Handelspolitischen Abteilung und von der AO anwesend waren. Man beschloß, an die deutschen Botschaften in London, Rom und Bagdad sowie an das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem politische Richtlinien zu schicken. (29) Die Richtlinien sollten auf denen Weizsäckers fußen, jedoch die Besonderheiten der Auswanderungspolitik aussparen. Diese Fragen würde man lösen, wenn die Empfehlungen des Peel-Ausschusses veröffentlicht würden. Man war sich bewußt, daß die vielschichtige Frage jüdischer Auswanderungspolitik umfassend untersucht werden müßte. Und dies unter Beteiligung weiterer interessierter Ministerien und Abteilungen. Dazu seien Entscheidungen von höchsten Stellen, einschließlich Hitlers, erforderlich. Das Innenministerium, das den Vorgang der Auswanderung weiterhin kontrollierte, und das Wirtschaftsministerium, das auf Grund der finanziellen Gesichtspunkte der jüdischen Auswanderung und des Haavara-Systems in den Auswanderungsvorgang verwickelt war, würden bei zukünftigen Gesprächen wichtige Faktoren sein. Der SD, der zu dieser Zeit anfing, eine einheitliche Stelle für die Judenpolitik und für sich eine größere Mitsprache bei der Formulierung dieser Politik zu fordern, müßte auch beachtet werden. (30)

Am 1. Juni ließ Außenminister von Neurath an die deutschen Botschaften in London und in Bagdad sowie an das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem die nachfolgenden politischen Richtlinien schicken:

"1. Die Erichtung eines jüdischen Staates oder eines jüdisch kontrollierten Staatsgebildes unter der britischen Mandatsverwaltung liegt nicht in deutschem Interesse, denn ein jüdischer Palästina-Staat könnte das ganze Weltjudentum nicht aufnehmen. Er würde jedoch zusätzlich eine international anerkannte Machtgrundlage für das interna-

tionale Judentum bedeuten, wie etwa der Vatikanstaat für den politischen Katholizismus und Moskau für die Komintern.

2. Es besteht ein deutsches Interesse daran, die Araber als Gegengewicht gegen die ständig wachsende Macht der Juden zu stärken.

3. Es ist nicht davon auszugehen, daß eine unmittelbare deutsche Einmischnung die Entwicklung der Palästina-Frage wesentlich beeinflussen würde. Dennoch wird empfohlen, interessierte ausländische Regierungen nicht völlig im Dunkeln über unsere Ansichten zu lassen." (31)

Die Richtlinien enthielten für jede der drei Auslandsvertretungen zusätzliche Hinweise. Die Botschaft in London wurde aufgefordert,die britische Regierung zu unterrichten, daß Deutschlands bisherige Unterstützung der jüdischen Einwanderung nach Palästina nicht dazu bestimmt sei, die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates zu erleichtern. (32) Grobba in Bagdad wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die neue Haltung gegenüber den Arabern nicht gleichbedeutend sei mit einer materiellen Unterstützung oder besonderen Verpflichtungen für eine weitere Unterstützung der arabischen Sache in Palästina oder anderswo. Döhle wurde schließlich davon in Kenntnis gesetzt, daß die Punkte, die er in seinem ausführlichen Bericht vom 22. März angeführt hatte, in naher Zukunft als Grundlage für eine umfassende Überprüfung der Auswanderungspolitik und des Haavara-Abkommens dienen würden.

Ein Hinweis auf die Fragen, die bei der bevorstehenden Überprüfung der politischen Richtung aufgeworfen werden sollten, fand sich in einem Rundschreiben, das am 22. Juni 1937 an alle deutschen Auslandsvertretungen ging. (33) Das Rundschreiben, das von Bülow-Schwante vom Referat-D vorbereitet hatte, enthielt Hintergrundinformationen zum Palästina-Problem, zum Peel-Ausschuß, zu zionistischen Bestrebungen und zum arabischen Widerstand, zu den Beziehungen zu Großbritannien und zur Haltung und Politik von Frankreich und Italien als interessierten Mittelmeermächten. Das Rundschreiben besagte, daß die nachfolgenden Faktoren das Auswärtige Amt zu einem Überdenken der früheren Palästina-Politik gebracht hätten:

"Bis zum jetzigen Zeitpunkt bestand das vorrangige Ziel der deutschen Judenpolitik darin, die Auswanderug der deutschen Juden mit allen möglichen Mitteln zu fördern. Zu diesem Zweck wurden sogar Devisenopfer erbracht. Durch den Abschluß eines Transferabkommens (der sogenannte Haavara-Vertrag) ist es deutschen Juden, die nach Paästina auswandern, möglich, einen Teil ihrer Guthaben in Form deutscher Ausfuhren nach Palästina mitzunehmen, um sich dort eine neue Existenz aufzubauen. Diese deutsche Haltung, die einzig und allein von innenpolitischen Überlegungen bestimmt war und die in Wirklichkeit die Festigung des Judentums in Palästina fördert und so die Bildung eines jüdischen Staates erleichtert, könnte jemanden zur Schlußfolgerung veranlassen, daß Deutschland die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina begünstigt."

Dem Rundschreiben zufolge war die jüdische Frage mit ihrer Betonung einer schleunigen jüdischen Auswanderung immer nur als rein innenpolitisches Problem angesehen worden. Es stellte die Frage, ob man den Schwerpunkt mehr auf die Auswanderung oder auf das Zielland oder einfach auf die innenpolitischen oder außenpolitischen Auswirkungen lege. Darüberhinaus stellte das Rundschreiben fest, es genüge nicht, Deutschland judenrein zu machen, denn die jüdische Frage sei nicht gelöst, wenn der letzte Jude Deutschland verlassen habe:

"In der Tat besteht ein größeres Interesse, die Zerstreuung desWeltjudentums zu erhalten. Denn die jüdische Frage ist für Deutschland nicht gelöst, wenn es in Deutschland keine Juden mehr gibt. Entwicklungen der letzten Jahre haben uns vielmehr gezeigt, daß das internationale Judentum der weltanschauliche und politische Widersacher des Nationalsozialismus sein wird. Die jüdische Frage ist somit eines der bedeutendsten Probleme der deutschen Außenpolitik. Aus diesem Grunde besteht ein beachtliches deutsches Interesse an der Entwicklung in Palästina. Denn ein jüdischer Palästinastaat würde nicht die Juden aufnehmen, sondern statt dessen, dem Vatikanstaat vergleichbar, eine zusätzliche, international anerkannte Machtgrundlage schaffen, welche für die deutsche Außenpolitik verhängnisvolle Folgen haben könnte."

Das Auswärtige Amt forderte somit eine Neubewertung der Judenpolitik in Deutschland mit Blick auf deren Auswirkungen auf die Lage des nationalsozialistischen Deutschland in einer feindlichen Welt. Diese spiegelte wirklichkeitsnahe strategische Überlegungen als auch die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus wieder. Die ersteren beinhalteten die Anerkennung der prodeutschen Sympathien für die arabische Welt und den möglichen Nutzen, den man aus der Pflege dieser Sympathien ziehen könnte, sowie die nachteiligen Auswirkungen offener deutscher Unterstützung für die zionistischen Bemühungen auf die deutsch-arabischen Beziehungen und die Gefahren eines unabhängigen jüdischen Staates, der sich der abzeichnenden Koalition dem neuen Deutschland feindlich gesinnter Staaten anschließen würde. Die letzteren Überlegungen zeigten die ideologische Vorbedingung einer jüdischen Weltverschwörung. Die Neurath-Richtlinien vom 1. Juni waren Teil des Rundschreibens. Dazu gehörten auch weiterhin Anweisungen an alle Auslandsvertretungen, über die zionistischen Bemühungen, weltweite Unterstützung für einen jüdischen Staat in Palästina zu erhalten, zu berichten.

Die Ablehnung diplomatischer Schritte gegen den Teilungsplan

Mit der Veröffentlichung des Berichtes des Peel-Ausschusses am 7. Juli 1937 und seiner Empfehlung eines unabhängigen jüdischen Staats in einem Teil Palästinas hatte die deutsche Regierung mehrere innen- und außenpolitische Möglichkeiten, um eine Antwort abzufassen. Selbst vor dem 7. Juli war deutlich geworden, daß sich Deutschland weigern würde, an irgendeiner internationalen Diskussion zum Teilungsplan teilzunehmen. Dies geschah zweifelsohne aus der Furcht heraus, die Judenpolitik in Deutschland werde zum Diskussionsgegenstand einer internationalen Palästina-Konferenz. Dies ging aus den Neurath-Richtlinien vom 1. Juni deutlich hervor. Am 17. Juli übermittelte Grobba aus Bagdad den Wunsch des irakischen Premierministers, ein hoher deutscher Regierungsbeamter möge sich öffentlich gegen die Empfehlungen des Peel-Ausschusses

äußern. (34) Neurath machte auf das Schreiben Grobbas die folgende Randbemerkung: "Das steht außer Frage. Wir wollen nicht in die Diskussion hineingezogen werden."

Es gab auch keinerlei ernsthafte Überlegungen, den Lauf der Ereignisse in Palästina durch die aktive Unterstützung der Araber zu beeinflussen. Am 15. Juli sagte Döhle dem Mufti, daß eine zu enge Übereinstimmung Deutschlands mit der arabischen Haltung zum Teilungsplan sowohl für Deutschland als auch für die arabische Sache unerwünschte Folgen haben könnte. (35) Am 30. Juli unterrichtete Neurath Grobba, daß die arabische Uneinigkeit in Sachen Teilungsplan für Deutschland ein weiterer Grund sei, Abstand zu wahren. (36) Sowohl von Weizsäcker als auch Hentig, der neue Leiter von Pol. VII, waren im August 1937 gegen einen Berlinbesuch von Musa al Alami, einem Rechtsanwalt und arabischen Politiker aus Palästina, der Beziehungen zum Mufti hatte. Der Besuch war von Döhle in die Wege geleitet worden. Hentig gewährte al Alami, der Deutschland sowieso besuchte, am 26. August eine Unterredung. Obwohl es von dieser Unterredung keine Unterlagen gibt, kann man vernünftigerweise annehmen, daß Hentig alle möglichen Bemühungen al Alamis, sich die deutsche Beteiligung an den arabischen Aktionen gegen den Teilungsplan zu sichern, abgelehnt hat. Eine Denkschrift ohne Unterschrift, die möglicherweise von Hentig stammt, machte am 7. August in Pol. VII die Runde. Sie listete einige der Möglichkeiten auf, die Deutschland verfolgen könnte, um die Bemühungen zu kontern, einen jüdischen Staat zu errichten. (38) Diese Möglichkeiten beinhalteten eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Regierungen, die ebenfalls etwas gegen einen jüdischen Staat einzuwenden hatten, und die finanzielle und militärische Unterstützung der Araber in Palästina und in der übrigen arabischen Welt, vor allem im Irak. Der Verfasser warnte jedoch vor dem letzterwähnten Kurs wegen des Schadens für die deutsch-englischen Beziehungen und wegen der "bekannten politischen Unzuverlässigkeit der Araber", wie er es beschrieb. Mit einer Randbemerkung deutete Weizsäcker seine Gegnerschaft an, die arabische Sache als Waffe gegen den vorgeschlagenen jüdischen Staat zu benutzen. (39) Schließlich sprach sich auch Referat-D zumindest gegen eine materielle Unterstützung der Araber aus, den jüdischen Staat zu verhindern. In einer Denkschrift

vom 7. August stellte Emil Schumburg fest, daß sich Deutschland nicht eine Beeinträchtigung seiner Beziehungen mit Großbritannien, welche eine solche Unterstützung mit sich bringen würde, leisten könne. (40) Schumburg regte jedoch eine gemeinsame diplomatische Unterstützung der arabischen Bemühungen gegen den Teilungsplan durch Deutschland und Italien an. Er argumentierte, daß ein gemeinsamer Schritt in einer Art und Weise durchgeführt werden könnte, der keinerlei britischen Verdacht erregen würde. Er schlug sogar gemeinsame Gespräche über dieses Problem zwischen Deutschland, England und Italien vor.

Deutschland startete im Sommer und Herbst einen Pressefeldzug gegen den Teilungsplan und die vorgeschlagene Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina. (41) Die deutsche Presse hatte schon 1937 als Ergebnis der geänderten Haltung Hitlers in der Frage der deutsch-englischen Beziehungen gegenüber Großbritannien eine kritischere Haltung eingenommen. (42) Artikel im "Völkischen Beobachter" machten den Teilungsplan für die erneuten arabischen Unruhen im Sommer und Herbst 1937 verantwortlich. Großbritannien selbst wurde kritisiert, weil es sich in eine Politik hineindrängen ließ, die die Lage noch unsicherer und die Lösung des Palästina-Konfliktes noch unwahrscheinlicher mache. Die deutsche Presse äußerte für den arabischen Widerstand gegen die Teilung viel Verständnis und stellte fest, die Araber hätten unbestreitbar das moralische Recht, ihr Land und seinen arabischen Charakter zu schützen. Im August 1937 berichtete das Generalkonsulat in Jerusalem, der deutsche Pressefeldzug gegen die Teilung sei vom Mufti und von der öffentlichen arabischen Meinung in Palästina begeistert begrüßt worden. (43) Am 26. Oktober empfing Neurath den britischen Botschafter Henderson, der sich über den antibritischen Pressefeldzug in der Palästinafrage, der damals in Deutschland lief, beschwerte. (44)

Deutschland war nicht bereit, auf die antisemitisch eingestellten Regierungen Osteuropas Druck auszuüben, damit sie die bedingungslose Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina änderten. Polen und Rumänien, die zwei Länder Osteuropas außerhalb der UdSSR mit dem höchsten Anteil an Juden, waren seit dem Ende des 1. Weltkrieges eifrige Befürworter der zionistischen Auswanderung nach Palästina

gewesen. Die polnische Abordnung beim Völkerbund hatte in den 20er und 30er Jahren den Zionismus ständig unterstützt. Gelegentlich hatte sie auf Großbritannien Druck ausgeübt, mehr Juden nach Palästina hineinzulassen und Transjordanien für die jüdische Besiedlung zu öffnen. (45) Die polnische Regierung war daran interessiert, neben Palästina, weitere Teile der Erde zu finden, die in der Lage waren, größere Mengen polnischer und weiterer osteuropäischer Juden aufzunehmen, da es auf der Hand lag, daß Palästina zu klein war, um mehr als einen geringen Prozentsatz osteuropäischer Juden aufzunehmen. (46) Während die polnische Regierung auf eine möglichst hohe jüdische Einwanderungsrate nach Palästina drängte, versuchte sie auch Kolonien zu finden, die als Rohstoffquellen und als Zielländer für die Auswanderung polnischer Juden dienen konnten. (47) 1937 trat Polen in Verhandlungen mit Frankreich ein, um sich die französische Zustimmung für einen Plan zu sichern, Tausende von polnischen Juden nach Madagaskar zu schicken. (48)

Der Teilungsplan vom Juli 1937 enttäuschte die polnische und rumänische Regierung. Am 5. Juli, zwei Tage vor der Veröffentlichung des Planes, berichtete das Deutsche Nachrichtenbüro, daß die polnische Regierung, die schon ahnte, was der Peel-Bericht bringen würde, sich zustimmend zur Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina geäußert habe. Sie stehe jedoch der verhältnismäßig kleinen Fläche, die ein solcher Staat einnehmen sollte, kritisch gegenüber. (49) Der Bericht wies auch auf die polnische Auffassung hin, daß Palästina bei der Lösung der polnischen Judenfrage eine Hauptrolle spielen sollte. Der Bericht beschrieb die Unterstützung der Regierung für einen Plan der Organisation Neue Zionisten (Revisionisten) in Polen, jährlich 150 000 polnische Juden nach Palästina zu schicken. Ende des gleichen Monats berichtete die deutsche Botschaft in Bukarest von der Enttäuschung der rumänischen Regierung über den geringen Umfang des vorgeschlagenen jüdischen Staates. (50) Den ganzen Sommer 1937 hindurch versuchte die polnische Regierung, Rumänien dazu zu bringen, sich ihren Bemühungen anzuschließen, Großbritannien zu überzeugen, den vorgeschlagenen jüdischen Staat zu vergrößern und die jüdische Einwanderung nach Palästina zu steigern. (51)

Deutscherseits scheint es keine Bemühungen gegeben zu haben, Polen und Rumänien zu überzeugen, ihre Unterstützung für eine massive jüdische Auswanderung nach Palästina und die Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates zu ändern. (52) Im Juli erläuterte die deutsche Botschaft in Bukarest die deutsche Haltung zum Teilungsplan Beamten des rumänischen Außenministeriums und einigen rechten Politikern. (53) Die deutsche Haltung wurde mit wenig Begeisterung aufgenommen, wie sich aus dem Bericht der Botschaft vom 28. Juli ergibt. In Jerusalem drückte der Mufti gegenüber dem deutschen Vizekonsul Dittmann die arabischen Befürchtungen über die polnische und rumänische Unterstützung eines jüdischen Staats aus. Er bat um deutsche Schritte, um beide Länder von einer solchen Unterstützung abzubringen. (54) Dittmann versprach, dies nach Berlin weiterzugeben. Dort war Referat-D schon dabei, diplomatische Schritte gegenüber Polen und Rumänien in die Wege zu leiten. In einem Schreiben an das Innenministerium vom 17. August äußerte sich Bülow-Schwante wie folgt:

"Es erscheint mir angebracht, die polnische Regierung und insbesondere die rumänische Regierung, dessen Außenminister ein ständiges Mitglied des Mandatsausschusses des Völkerbundes ist, davon abzubringen, die Errichtung eines jüdischen Staates zu fördern, nur weil sie vorrangig an die weitere Ansiedlung von Juden in Palästina denken. Meiner Meinung nach liegt es sogar mehr im deutschen Interesse, in Zusammenarbeit mit der polnischen wie der rumänischen Regierung, die wie die deutsche Regierung ein besonderes Interesse an der jüdischen Auswanderung haben, die jüdische Auswanderung in andere Länder als Palästina zu lenken, um so zumindest nicht die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu fördern." (55)

Zwei Tage später forderte Referat-D Pol. VII auf, über die deutsche Botschaft in Warschau die polnische Mitarbeit zu suchen, andere Zielländer als Palästina für die jüdische Auswanderung zu finden. (56) Hentigs Randbemerkungen der Schumburg-Denkschrift an Pol. VII weisen darauf hin, daß er sich gegen Druck auf die polnische und rumänische Regierung wegen der jüdischen Auswanderung nach Palästina aussprach. Er stellte fest, es sei unmöglich, diese Regierungen

von ihrer gegenwärtigen Politik abzubringen, und Deutschland sollte in dieser Frage unabhängig bleiben. (57) Am 24. August forderte Referat-D Pol. VII erneut auf, die polnische Zusammenarbeit in der Frage der jüdischen Auswanderung nach Palästina zu suchen. (58) Es gibt anscheinend jedoch keine Unterlagen mit Beweischarakter, daß Deutschland irgendwelche formalen diplomatischen Schritte unternahm, um eine Änderung der polnischen und rumänischen Politik sicherzustellen. (59)

Auswanderungspolitik und Haavara-Debatte

Deutschland konnte wenig tun, um die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina zu verhindern. Schritte, welche gewisse Auswirkungen auf die Vorgänge in Palästina hätten haben können, wie z.B. die Beteiligung an einer internationalen Aussprache, diplomatische und materielle Unterstützung der Araber und diplomatischer Druck auf Polen und Rumänien wegen ihrer Auswanderungspolitik, wurden nicht unternommen. Stattdessen gerieten die Auswanderungspolitik und das Haavara-Abkommen in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 und Anfang 1938 in den Mittelpunkt der Debatten in Partei- und Regierungskreisen. Die Debatten konzentrierten sich sofort hauptsächlich auf die Frage, inwieweit die jüdische Auswanderung nach Palästina und der Transfer jüdischer Guthaben über das Haavara-Abkommen die zionistischen Bemühungen zum Aufbau eines unabhängigen jüdischen Staates erleichtert würden. Es ist zu bezweifeln, ob jemand in der deutschen Regierung glaubte, daß die Vorgänge in Palästina durch einen Wechsel in der Auswanderungspolitik oder in der Aufkündigung des Haavara-Abkommens entscheidend beeinflußt würden. Die deutschen Juden umfaßten nur etwa 22% der gesamten jüdischen Einwanderung nach Palästina. Sie stellten an der jüdischen Gesamtbevölkerung des Landes einen noch geringeren Prozentsatz dar. (60) Der Erfolg oder Mißerfolg der nationalen Heimstatt und der zionistischen Hoffnungen hing in weit höheren Maße

von den Massen jüdischer Zuwanderer aus den Ghettos Osteuropas ab. Deutschland konnte auf das Ausmaß der jüdischen Einwanderung in Palästina, auf welcher die Hoffnungen für einen jüdischen Staat letztendlich ruhten, nicht entscheidend beeinflussen. Jeder Rückgang in der Zahl jüdischer Zuwanderer aus Deutschland würde sofort durch die zahlenmäßige Zunahme osteuropäischer Zuwanderer ausgeglichen werden. So konnte der Versuch, die Zahl der jüdischen Auswanderer nach Palästina zu senken oder die Auswanderung einzustellen, dem zionistischen Endziel eines jüdischen Staates nicht zum Verhängnis werden.

Indes ging die Debatte über die jüdische Auswanderung nach Palästina und das Haavara-Abkommen weiter, als hinge Erfolg oder Mißfolg einer jüdischen Staatsgründung von ihrem Ausgang ab. Die jüdische Auswanderung aus Deutschland blieb zu jener Zeit das Hauptziel der deutschen Judenpolitik. Dies zeigt sich in der Zusammenkunft im Innenministerium im September 1936, im Döhle-Bericht vom März 1937, den Weizsäcker-Richtlinien vom April, den Neurath-Richtlinien vom 1. Juni und dem Rundschreiben des Auswärtigen Amts vom 22.Juni 1937. Es blieb jedoch die Frage zu lösen, ob die jüdische Auswanderung nach Palästina und der Transfer jüdischer Guthaben mittels des Haavara-Abkommens mit Blick auf die Empfehlungen des Peel-Ausschusses geändert oder beendet werden sollten. Bei den betroffenen Stellen und Vertretern des AA war man allgemein der Auffassung, daß die bisherige Auswanderungspolitik, vor allem im Rahmen des Haavara-Abkommens, zur Stärkung der Zionisten in Palästina beitrug und damit die zionistischen Bemühungen erleichterte, einen jüdischen Staat zu gründen. Mit Ausnahme der Handelspolitischen Abteilung betrachteten alle anderen Stellen diese Politik mit verschiedenen Stufen der Beunruhigung. Diese Haltung wurde in einer Denkschrift der Auslandsorganisation vom 5. Juni an Referat-D zusammengefaßt. Sowohl Referat-D als auch Pol. VII stimmten zu. Es heißt dort:

"Der Haavara-Vertrag mit den zionistischen Vereinigungen unterstellt den ganzen deutschen Ausfuhrhandel mit Palästina dem Kapitaltransfer von auswandernden Juden oder solchen Juden, die von Deutschland nach Palästina auswandern wollen. Der Vertrag sichert auch, daß arabische und nicht-jüdische

Kunden, die deutsche Waren nach Palästina einführen, gezwungen sind, die jüdische Einwanderung zu unterstützen. Der Haavara-Transfer bedeutet im wirtschaftlichen Sinne einen Warenabfluß ohne wirtschaftlichen Gegenwert, sei es in Form von Devisen oder in Form von Waren. In politischer Hinsicht bedeutet er eine wertvolle Unterstützung bei der Errichtung einer nationalen jüdischen Heimstatt mit Hilfe deutschen Kapitals... Daher schlägt das Außenhandelsamt der AO auf der Grundlage vergangener Erfahrungen eine Änderung des Haavaravertrages vor, der

1. den Abfluß deutscher Waren ohne Gegenleistung in Form von Devisen oder Waren mit sich bringt.
2. der die nicht-jüdischen Kreise in Palästina zwingt, die jüdische Einwanderung zu finanzieren.
3. der die Errichtung eines nationalen jüdischen Heimstatt mit Hilfe von deutschem Kapital erleichtert." (61)

Es schien Übereinstimmung zu herrschen, daß gewisse Änderungen der Bedingungen des Haavara-Abkommens auf die Vorgänge in Palästina den gewünschten Einfluß ausüben könnten. Die Weigerung, die Araber aktiv zu unterstützen, und die Abneigung, die osteuropäischen Regierungen zu bedrängen, sich in ihrer eifrigen Unterstützung der zionistischen Bemühungen zurückzuhalten, ließen das Haavara-Abkommen und die Auswanderungsformalitäten in Deutschland als die einzig möglichen Ebenen erscheinen, auf denen man gegen den vorgeschlagenen jüdischen Staat vorgehen konnte.

Der AO-Denkschrift vom 26. Mai und ihrer Änderung vom 5. Juni zufolge hatte die Auslandsorganisation ihren Feldzug gegen das Haavara-Abkommen schon vor zwei Jahren begonnen. Ihre Bemühungen waren jedoch vom Wirtschaftsministerium und von Heinrich Wolff, dem ehemaligen deutschen Generalkonsul in Jerusalem, gebremst worden. Die Fassung vom 26. Mai bezog sich auf die fortwährende Kritik des Wolff-Nachfolgers Döhle. Döhles Kritik am Haavara-Abkommen war schon Anfang Januar 1936 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin zum Ausdruck gebracht worden. In diesem Schreiben hatte er darauf aufmerksam gemacht, daß das Haavara-Monopol über den deutschen Handel deutschen Interessen zuwiderlaufe. (62) Während des arabischen Aufstandes von 1936 befürchtete Döhle,

daß das Haavara-Abkommen die arabische Meinung gegen Deutschland einnehmen würde. Das Abkommen war nicht nur ein deutliches Beispiel deutscher Hilfe bei der zionistischen Einwanderung nach Palästina, sondern es machte auch den Kauf deutscher Waren von jüdischen Geschäfstleuten und von Haavara abhängig. Darüberhinaus war man der Auffassung, daß das Haavara-Monopol für die deutschen Einfuhren eine entgegengesetzte Wirkung hätte. Deutsche Waren kamen über die jüdisch kontrollierte Haavara ins Land und wurden dann an arabische Käufer verkauft. Hand in Hand mit dem arabischen Aufstand und dem arabischen Generalstreik 1936 ging ein arabischer Boykott jüdischer Geschäfte einher. Dieser drohte die deutschen Waren von einem zukünftigen arabischen Markt abzuschneiden. (63)

Im September 1936 wandte sich die arabische Handelskammer von Jerusalem mit einem Aufruf an das deutsche Generalkonsulat, das Haavara-Abkommen einer Überprüfung zu unterziehen. (64) Die Handelskammer wies darauf hin, das Haavara-Abkommen habe so lange für zufriedenstellend für die Ausfuhr deutscher Waren nach Palästina gearbeitet, so lange die Juden in der Lage gewesen wären, die deutschen Waren den arabischen Kunden im großen Maßstab zu verkaufen. Der Brief warnte dann weiter: "Jetzt und in der Zukunft glauben wir, daß die Juden nicht in der Lage sein werden, an die Araber in gleichem Maße wie zuvor zu verkaufen. Es ist davon auszugehen, daß sich die arabischen Verbraucher weigern werden, von Juden etwas zu kaufen, und dies unabhängig von der Frage, woher die Waren kommen. Dies ist das Ergebnis eines Boykotts, der seit Beginn der gegenwärtigen Unruhen in Kraft getreten ist." Es wurde auch angeregt, daß Deutschland besser daran täte, mit der arabischen Mehrheit und nicht mit der jüdischen Minderheit Handel zu treiben. Dennoch verlangte der Brief keine Aufkündigung des Haavara-Abkommens, sondern schlug statt dessen unmittelbare Handelsbeziehungen zwischen deutschen Lieferanten und arabischen Importeuren vor, und zwar unabhängig von Haavara. Auf diese Weise ginge arabisches Geld direkt nach Deutschland und würde die dringend benötigten Devisen bringen. Zudem wäre der deutsche Handel mit Palästina sicherer, sollte der jüdische Boykott deutscher Waren auch in Palästina durchgeführt werden.

In Sachen Haavara stellte die Handelskammer fest: "Die arabische Handelskammer will die Politik und das Abkommen zwischen 'Haavara' und der deutschen Regierung nicht untergraben."

Die arabischen Argumente bildeten die Grundlage für Döhles frühe Forderungen nach einer Überprüfung des Haavara-Abkommens. Im November 1936 antwortete Döhle der arabischen Handelskammer wie folgt: "Ich weiß, daß die Ziele der arabischen Handelskammer dahin gehen, den arabischen Markt vom jüdischen Zwischenhandel zu befreien. Ich verstehe Ihre Absicht und habe folgerichtig die zuständigen Stellen in Deutschland und die deutschen Händler darauf aufmerksam gemacht." (65) Weder die arabische Gemeinschaft noch Döhle verlangten 1936 eine Beendigung des Haavara-Abkommens. Selbst die ausführliche Kritik in Döhles Bericht vom 22. März 1937 empfahl zwar Änderungen, jedoch nicht die Aufkündigung des Haavara-Abkommens.

Sowohl Döhle als auch die AO waren wegen der Haavara-Auswirkungen auf die Palästina-Deutschen besorgt. Die Klagen der deutschen Gemeinden waren in etwa die gleichen wie die der Araber. Eingeführte Waren wurden in Palästina über Haavara Ltd. verkauft. Auf Grund der zunehmenden unfreundlichen Beziehungen zwischen Juden und nicht-jüdischen Deutschen, einschließlich des jüdischen Boykotts der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Templer-Siedlungen, schuf die Abhängigkeit, eingeführte deutsche Waren über Haavara zu beziehen, für die Palästina-Deutschen eine ungünstige Lage. (66) Döhle verlangte Sondervereinbarungen, wonach die Palästina-Deutschen Waren zu günstigen Preisen direkt aus Deutschland einführen könnten, ohne von Haavara abhängig zu sein.

Im März 1936 fanden zwischen dem Auswärtigen Amt, der Reichsbank, dem Wirtschaftsministerium und Vertretern von Haavara Ltd. Verhandlungen statt. Die deutsche Seite verlangte von Haavara, ihren Einfluß geltend zu machen, damit der jüdische Boykott der Templer-Erzeugnisse beendet und sichergestellt werde, daß deutsche Importeure in Palästina nicht von Haavara benachteiligt würden, wenn sie deutsche Waren kauften. (67) Die Haavara-Vertreter stimmten dem zu.

Diese Aussage befriedigte die Forderungen von Döhle und der AO nach einer Änderung des Haavara-Systems, für deutsche und arabische Importeure getrennte Vereinbarungen zu treffen, jedoch nicht. Der deutsche Teil des Haavara-Systems stand seit seines Inkrafttretens im Jahre 1933 unter der Aufsicht des Wirtschaftsministeriums und seiner Reichstelle für Devisenbewirtschaftung und der Reichsbank. 1936 waren die wirtschaftlichen Stellen nicht bereit, das System zu ändern, um den Forderungen von Döhle und der AO zu entsprechen. Die Enttäuschung der AO und ihre Mißbilligung der Weigerung der Regierung, die gewünschten Änderungen vorzunehmen, zeigt sich in einem Schreiben vom 6. April 1936 an die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung. (68) Das Wirtschaftsministerium wiederholte einige Zeit später seine Einwände gegen wesentliche Änderungen des Haavara-Systems. In einem Schreiben an das Außenministerium vom November des Jahres stellte die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung fest, daß sich die Schaffung zusätzlicher Verfahrensweisen für Araber und Deutsche, deutsche Waren außerhalb des Haavara-Systems nach Palästina einzuführen, unweigerlich verunsichernd auf den ganzen Markt für deutsche Waren auswirken könnte. (69)

Mit dem Frühjahr 1937 hatte die Stimmungsmache gegen Haavara durch den Peel-Ausschuß und die wachsende Sorge und Debatte über einen möglichen jüdischen Staat in Palästina neuen Auftrieb erfahren. Die früheren Argumente in Bezug auf das Haavara-Monopol beim deutschen Palästina-Handel und dessen Auswirkungen auf die deutschen und arabischen Importeure hatten nicht ausgereicht, um innerhalb der deutschen Regierung genügend Bereitschaft zu erzeugen, das Haavara-Abkommen zu ändern. Die Möglichkeit eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina und die Rolle, die Haavara dabei spielte, brachten jedoch eine stärkere Kritik am Haavara-System, insbesonderen in den Reihen des Auswärtigen Amts. Referat-D und Pol. VII (unter der Leitung von Pilger) schlossen sich Döhle und der AO in ihrer Forderung nach einer völligen Änderung des Haavara-Systems an.

Das Wirtschaftsministerium widersetzte sich wie in der Vergangenheit wesentlichen Änderungen im Haavara-System. Die AO-Denkschriften vom 26. Mai und 5. Juni beziehen sich mit Bedauern auf die fortwährende Unterstützung des

Haavara-Systems durch das Wirtschaftsministerium und die Handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amts. (70) Das Wirtschaftsministerium hatte indes begonnen, seine eigene Haavara-Politik inmitten der wachsenden Gegensätze des Frühjahres 1937 einer Überprüfung zu unterziehen. Ende März schickte das Ministerium Assessor Wilmanns, der als Haavara-Berater bei der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung tätig war, für zwei Monate in den Nahen Osten. Die Reise umfaßte auch einen längeren Aufenthalt in Palästina. In Palästina führte Wilmanns Gespräche mit Döhle, mit Cornelius Schwarz von der NSDAP-Landesgruppe Palästina, mit Vertretern der Bank der Tempel-Gesellschaft und weiteren deutschen Geschäftsleuten sowie mit arabischen Geschäftsleuten und verschiedenen Mitarbeitern von Haavara und den Zionisten. Er besuchte auch jüdische Siedlungen, um sich von den Ergebnissen von fast vier Jahren Haavara ein Bild zu machen. Es ist nicht bekannt, wie Döhle auf die Wilmannsschen Tätigkeiten in Palästina reagierte, obwohl es denkbar ist, daß der Generalkonsul darüber nicht erfreut war. Landeskreisleiter Schwarz äußerte sich gegenüber Wilmanns und seiner Tätigkeit in Palästina sehr kritisch. In einem Brief an Gauleiter Bohle von der AO in Berlin beschwerte sich Schwarz, daß Wilmanns im allgemeinen gegenüber Haavara, den Zionisten und den Juden zu günstig eingestellt sei. (71) Er beklagte sich weiterhin, daß Wilmanns die meiste Zeit mit dem Besuch jüdischer Siedlungen verbracht und sogar eine Einladung von Juden in Tel Aviv angenommen habe, mit ihnen an Führers Geburtstag zu speisen. Er schloß seinen Brief mit der Feststellung, daß Wilmanns nicht dazu geeignet sei, über die Lage in Palästina zu berichten, da er in zu einseitiger Weise die Sache des schlimmsten Feindes Deutschlands unterstütze und weil er mit seiner Tätigkeit die Stellung Deutschlands in Palästina schwer geschädigt habe.

Anfang Mai, kurz nach seiner Rückkehr nach Berlin, verfaßte Wilmanns über seinen Aufentalt in Palästina verschiedene Berichte, die zeigen, daß er und sein Ministerium in der Sache Haavara mit Döhle, Referat-D, Pol. VII und der AO nicht übereinstimmten. (72) In einem Bericht mit der Überschrift "Die handelspolitische Behandlung des arabischen Bevölkerungsteiles" brachte Wilmanns vor, daß das Haavara-System

die Haltung der Araber gegenüber Deutschland und die deutsch-arabischen Beziehungen nicht schädigen würde. Er führte aus, der arabische Boykott jüdischer Geschäfte sollte nicht ernstgenommen werden, da viele Araber weiterhin bei Juden kaufen würden. Er bemerkte auch, daß viele Araber weiterhin Land an jüdische Interessenten verkauften, was erneut beweise, wie viel ihnen das Geschäft und wie wenig ihnen der palästinensische Nationalismus bedeute. Obwohl er einräumte, daß die meisten Araber lieber außerhalb des Haavara-Systems mit Deutschland Geschäfte machen würden, stellte er fest, sie würden auch weiterhin über Haavara Geschäfte machen, wenn man ihnen anständige Preise und gleiche Behandlung zusichern würde. Er schloß, daß die Freundschaft der Araber zu Deutschland fest sei, und es nicht den Anschein habe, daß sie durch die offensichtliche Erleichterung der jüdischen Einwanderung nach Palästina über das Haavara-System untergraben werde.

Wilmanns veranlaßte, daß die Bank der Templer, die einzige nicht-jüdische Einrichtung, die in Palästina am Haavara-System beteiligt war, sich um alle arabischen Beschwerden in Sachen Haavara kümmern und mehr arabische Geschäfte innerhalb des Haavara-System machen sollte.Man hoffte, damit die Rolle der Templer-Bank innerhalb des Haavara-System zu stärken. Wilmanns wies auch die Beurteilung Döhles vom 22. März in Sachen Haavara-Abkommen und dessen Auswirkungen auf die deutsch-arabischen Beziehungen zurück. Er wandte sich dagegen, auf der Grundlage der Döhleschen Vermutungen zu handeln, bevor sich die Lage in Palästina durch die Veröffentlichung der Empfehlungen des Peel-Ausschusses nicht geklärt habe.

Die Anti-Haavara-Kräfte erlitten im Juli einen neuen Rückschlag, als Werner-Otto von Hentig Hans Pilger als Leiter von Pol. VII des AA ablöste. Unter Leitung von Pilger hatte Pol. VII im allgemeinen die Argumente von Referat-D, Döhle und der AO hinsichtlich der Auswanderungspolitik (die Notwendigkeit, die deutschen Juden weltweit zu zerstreuen), Palästinas und Haavaras unterstützt. Obwohl Hentigs persönliche Meinung zur Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina unklar gewesen zu sein scheint, förderte er weiterhin die jüdische Auswanderung nach Palästina und das Fortbestehen

des Haavara-Systems als eines Mittels, das diesem Zweck diene. Er unterstützte eine Politik der Konzentration der Juden in Palästina und ihre Selbstverwaltung in einem palästinensischen Staat mit arabischer Mehrheit. Und dies als deutsche Antwort auf die Empfehlungen des Peel-Ausschusses. (73) In einer Denkschrift ohne Datum, die höchstwahrscheinlich im Herbst 1937 zwischen den Haavara-Debatten entstanden ist, untersuchte Hentig die ablehnende Haltung von Referat-D und anderen Stellen zum Haavra-Abkommen und deren Wunsch nach wesentlichen Änderungen. (74) Er stellte fest, Hitlers vorrangiges Ziel der schnellen Auswanderung der Juden aus Deutschland sei durch grundlegende Änderungen im Haavara-System gefährdet. Dieses System hätte in der Vergangenheit den Auswanderungsvorgang mit Erfolg erleichtert. In seiner weiteren Verteidigung des Haavara-System und der Haltung des Wirtschaftsministeriums vertrat er die Meinung, daß Haavara Deutschland sehr wenig gekostet habe. Es biete zudem die Möglichkeit der Erweiterung. Auf diese Weise würde die weitere schnelle Auswanderung der Juden aus Deutschland erleichtert. Hentig wandte sich zum Schluß der Frage von der Zersplitterung oder der Konzentration als Grundlage der Auswanderungspolitik und der Frage nach einem jüdischen Staat in Palästina zu. Er äußerte sich wie folgt:

> "In Palästina leben die Juden unter sich. Sie sehen sich dort schwierigen politischen und wirtschaftlichen Problemen gegenüber. Selbst unter den günstigsten Umständen kann das Land, das den Juden durch den Teilungsplan zugesprochen werden soll, nur zwei Millionen aufnehmen. Sie finden sich in einer kleinen Ecke des Mittelmeeres wieder, wo sie in keiner Weise die lebenswichtigen Interessen Deutschlands kreuzen. In militärischer Hinsicht bleiben sie, was uns anbelangt, unbedeutend. Für uns ist die Konzentration der Juden in Palästina, und dies haben meine persönlichen Gespräche mit einzelnen Juden schon unterstrichen, politisch und wirtschaftlich vorteilhafter als die vielen zerstreuten Siedlungen, wie z.B. in Rußland, in Madagaskar, in Ekuador oder in anderen Ländern, die derzeit im Gespräch sind.Darüberhinaus bin ich davon überzeugt, daß ein jüdischer Staat zu einem Mittelpunkt verantwortlicherer jüdischer Politik werden muß als dies bei einer Zerstreuung des jüdischen Einflusses über

die ganze Welt und die entsprechenden Regierungen der Fall wäre... Aus diesen Gründen halte ich es politisch für richtig, weiterhin die Auswanderung nach Palästina als die beste Lösung des jüdischen Problems zu fördern, und zwar unabhängig von der Frage, ob eine Begrenzung des Haavara-Abkommens für notwendig erachtet wird."

Drei Wochen nach der Veröffentlichung des Berichts des Peel-Ausschusses fand am 29. Juli in Berlin die erste Ministerkonferenz statt. Neben den betroffenen Stellen des Auswärtigen Amts nahmen an der Konferenz Vertreter des Amtes des Stellvertreters des Führers, des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, des Reichsbankdirektoriums und des Außenpolitischen Amtes von Rosenberg teil. Generalkonsul Döhle fehlte; er konnte zu diesem Zeitpunkt Jerusalem nicht verlassen. Das Haavara-Problem wurde im Rahmen der drei folgenden politischen Fragen erörtert: 1) die jüdische Auswanderung aus Deutschland, 2) die wirtschaftlichen Folgen des Haavara-Systems und 3) die deutsche Politik gegenüber den Arabern. Während der Beratungen wurden drei Möglichkeiten der Auswanderungspolitik erarbeitet: 1) die Auswanderung der Juden könnte gänzlich eingestellt werden und die deutschen Juden könnten unter der genauen Kontrolle "innerdeutscher Stellen mit allen sich daraus ergebenden Einwirkungsmöglichkeiten" gehalten werden, 2) die Auswanderung könnte unter dem Gesichtspunkt gefördert werden, eine Konzentration in Palästina zu vermeiden und die deutschen Juden über die ganze Welt zu zerstreuen, 3) die jüdische Auswanderung könnte vor allem nach Palästina gelenkt werden; dies hätte den Vorteil, daß die Konzentration der Juden in einem Gebiet das Reich in die Lage versetzen würde, die jüdische Weltverschwörung leichter zu neutralisieren. Zu diesem Zeitpunkt sprach sich niemand für die Möglichkeit 1) aus, jene Möglichkeit, die im Jahre 1941 als Vorbereitung für die "Endlösung" diente.

Ein Vertreter des Innenministeriums erklärte, Hitler habe die Möglichkeiten der Auswanderungspolitik gegeneinander abgewogen und sich zu Gunsten der Möglichkeit Nummer drei, nämlich der weiteren Auswanderung nach Palästina und der dortigen Konzentration der Juden, ausgesprochen. Der Vertreter

des Innenministeriums schloß mit dem Hinweis, daß jede Entschließung zum Haavara-Problem, das die weitere Auswanderung der Juden verhindere, daher nicht in Frage komme. Hitlers offensichtliche Zustimmung zur weiteren Auswanderung der Juden aus Deutschland beendete zweifelsohne die Haavara-Debatte. Zur Frage standen noch immer die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile des Haavara-Systems sowie das Verhältnis der deutschen und arabischen Importeure in Palästina zu diesem System. Keine dieser Fragen wurde bei der Konferenz vom 29. Juli beantwortet. Die Entscheidung darüber wurde zwei Monate vertagt, um den Teilnehmern an der Debatte die Möglichkeit zu geben, das Haavara-System auf seine Nachteile zu untersuchen. Am 29. Juli funktionierte das Haavara-System wie zuvor. Man kam jedoch überein, daß innerhalb des Systems Änderungen der Bedingungen für die deutschen und arabischen Importeure ausgearbeitet werden sollten. (76)

Die Aussprache zum Haavara-Problem wurde am 21. September im AA und am 22. September im Wirtschaftsministerium wieder aufgenommen. Der Tenor dieser Aussprachen unterschied sich von dem vom 29. Juli. Im September war die jüdische Auswanderung nach Palästina keine Frage mehr. Wahrscheinlich ist dies das Ergebnis der Anweisung Hitlers, daß die jüdische Auswanderung auf alle Fälle weitergehen müsse. Die Vorrangigkeit einer vollständigen jüdischen Auswanderung sollte bei der Lösung der Haavara-Frage daher im Mittelpunkt stehen. Dies zeigte sich deutlich beim Treffen im September. (77) Es gab noch einige Unklarheiten hinsichtlich der Genauigkeit der Aussage des Innenministeriums vom Juli, wonach Hitler sich zu Gunsten einer Konzentration der deutschen Juden in Palästina entschieden habe. Bei der Zusammenkunft am 21. September im AA versuchte ein Vertreter des Innenministeriums die Aussage seines Ministeriums bezüglich der Haltung Hitlers zur Auswanderung der Juden nach Palästina zu klären. (78) Man stellte fest, die Entscheidung Hitlers im Juli sei eine allgemeine Entscheidung zu Gunsten einer Auswanderung aus Deutschland um jeden Preis gewesen. Er habe nichts Besonderes über die Steuerung der Auswanderung nach Palästina gesagt. Das Innenministerium verdeutlichte erneut seine Haltung dahingehend, daß eine Änderung des Haavara-Abkommens oder

eine Verminderung des Umfangs der Transaktionen auf die völlige Auswanderung der Juden aus Deutschland keine nachteiligen Auswirkungen haben dürfe.

Wenn Hitler Palästina auch nicht als bevorzugtes Zielland angab, so hat er es als ein bedeutendes Zielland für die Auswanderungspolitik nicht ausgeschlossen. Dies zeigt sich beim Verlauf der Septembergespräche zum Thema Haavara. Aussagen der bekannten Haavara-Kritiker spiegelten den Einfluß der Hitlerschen Entscheidung vom Juli zum Thema Auswanderung wider. Selbst Generalkonsul Döhle, einer der ersten und beständigsten Kritiker des Haavara-Systems, betonte seinen Wunsch, das System, wenn auch in geänderter Form, als ein Instrument der Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland in Übereinstimmung mit den Anweisungen Hitlers beizubehalten. (79)

Die Gespräche nahmen am folgenden Tag im Wirtschaftsministerium ihren Fortgang. Eine Zwischenlösung für die arabischen und deutschen Importeure in Palästina wurde gefunden. Die Templer-Bank würde in Übereinstimmung mit den Anregungen Wilmanns vom Mai und Juni innerhalb des Haavara-Systems sämtliche Transaktionen vornehmen, die deutsche und arabische Importeuere in Palästina betreffen. (80) Das Wirtschaftsministerium hatte eine wesentliche Änderung des Haavara-Abkommens erneut mit Erfolg verhindert. Versuche Döhles und der AO, die arabischen und deutschen Importeure in Palästina aus dem Haavara-System herauszunehmen, waren gescheitert, zumindet zum jetzigen Zeitpunkt. Das Wirtschaftsmisterium stimmte zu, daß einige deutsche Waren, die im Normalfall nicht für die Ausfuhr über Haavara verfügbar waren, den deutschen Importeuren in Palästina zur Verfügung stehen würden. (81) Die Kritiker wie die Befürworter des Haavara-Systems scheinen am Ende der Beratungen eine Art Übereinstimmung erreicht zu haben. Dies zeigt sich in einer AO-Denkschrift vom 23. September, welche den Verlauf der September-Treffen beschreibt. (82) Die Denkschrift schloß sinngemäß: "Obwohl die Ergebnisse der Treffen vom 21. und 22. dieses Monats den Wünschen der AO nicht 100 % entsprechen, so scheint es dennoch, daß das Wirtschaftsministerium nicht länger ein Hindernis für einige berechtigte Änderungen beim Haavara-Abkommen ist. Darüber hinaus scheinen Ge-

neralkonsul Döhle und Landesgruppenleiter Schwarz mit den Ergebnissen der Verhandlungen zufrieden zu sein."

Die Haavara-Debatte wurde vom Innenministerium im Oktober erneut aufgenommen. Seine Haltung zum Thema Haavara hatte einzig und allein auf der Auswirkung von Haavara und der jüdischen Einwanderung auf Palästina im Gesamtumfang der jüdischen Auswanderung aus Deutschland beruht. So lange Palästina und das Haavara-Abkommen ein wirksames Ventil für die jüdische Auswanderung boten, unterstützte das Innenministerium die zionistischen Bemühungen in Deutschland. Auf den Konferenzen vom Juli und September war die Haltung des Innenministeriums die, daß Entscheidungen zum Thema Haavara und Palästina im Rahmen der Hitlerschen Anweisung zur Auswanderung vom Juli getroffen werden müßten.

Im Herbst 1937 hatte das Innenministerium angefangen, auf Vorgänge in Palästina und ihre Auswirkungen auf den Auswanderungsvorgang aus Deutschland zu reagieren. Die jüdische Einwanderung in Palästina war 1936 und 1937 als Folge des gewalttätigen arabischen Aufstandes sowie der allgemeinen politischen Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Peel-Ausschuß insgesamt beachtlich zurückgegangen. Nach der Veröffentlichung der Empfehlungen des Peel-Ausschusses im Juli 1937 brach der arabische Aufstand mit erneuter Stärke wieder aus. Bis Mitte Oktober wütete die Gewalttätigkeit, die über den Rahmen des Vorjahres hinausging, im ganzen Land. Diese Vorgänge führten zu einem beachtlichen Rückgang der jüdischen Einwanderung, und damit auch zu einer Abnahme der Zahl jüdischer Auswanderer aus Deutschland in dieses Land. (83) Das Argument, das in der Vergangenheit vom Wirtschaftsministerium und anderen Stellen so erfolgreich benutzt wurde, nämlich daß das Haavara-System und die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach Palästina wesentliche Elemente seien, um Deutschland judenrein zu machen, wurde durch die Vorgänge in Palästina in Frage gestellt.

Am 7. Oktober lud das Innenministerium Vertreter des Amtes des Stellvertreters des Führers, des Auswärtigen Amts, des Wirtschaftsministeriums und des Sicherheitsdienstes der SS für Ende des Monats zu Besprechung ein, um das Haavara-System und die gesamte Auswanderungspolitik zu erörtern. Das Innenministerium umriß für diese Besprechung die folgenden

Gründe: "Die Entwicklung in Palästina hat uns zur Schlußfolgerung gebracht, daß das Haavara-Abkommen seine ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Förderung der Auswanderung deutscher Juden nach Palästina in wünschenswerter Zahl, nicht länger erfüllen kann. Daher halte ich es für notwendig, die Frage zu stellen, ob das Abkommen in Zukunft weiter bestehen soll, und welche anderen Möglichkeiten es gibt, die Auswanderung der Juden aus Deutschland zu fördern." (84) Die Besprechung wurde auf den 18. Oktober gelegt. Am 14. Oktober forderte das Innenministerium das Wirtschaftsministerium auf, die im September vereinbarte Zwischenlösung des Haavara-System zurückzustellen, da das Haavara-Abkommen erneut Gegenstand einer Besprechung werden würde und sein Weiterbestand nicht länger gerechtfertigt erscheine. (88) Auf diese Weise erhielten die Haavara-Gegner einen neuen Verbündeten. Die Kritik des Haavara-Abkommens durch das Innenmisterium beruhte nicht auf den Schwierigkeiten der arabischen und deutschen Importeure in Palästina wegen des Haavara-Monopols oder der Unmöglichkeit, diesen Importeuren gewisse deutsche Waren zu liefern. Auch nicht auf der Tatsache, daß die Ausfuhren über Haavara nicht den vollen Gegenwert an fremden Devisen einbrachten oder der Rolle, die Haavara bei der möglichen Errichtung eines jüdischen Staates spielte. Die Kritik beruhte vielmehr auf der Tatsache, daß das Haavara-Abkommen nicht länger in der Lage war, seine Aufgabe, die Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland, wirksam zu erfüllen. Das Innenministerium hatte den Eindruck, daß Palästina wegen der ständigen Unruhen und der folgerichtigen Beschränkung der jüdischen Einwanderung durch die britische Mandatsverwaltung nicht länger in der Lage sei, große Mengen deutscher Juden aufzunehmen.

Während der Besprechung am 18. Oktober stellten Vertreter der Reichsstelle für das Auswanderungswesen im Innenministerium mit Besorgnis fest, daß die gesamte jüdische Auswanderung aus Deutschland 1937 zurückgegangen sei. (86) Als Gründe für diesen Rückgang wurden genannt: 1) die wachsende Abneigung der meisten Länder, jüdische Einwanderer aufzunehmen, 2) die Unruhen in Palästina, welche mögliche jüdische Einwanderer entmutigten, 3) die zunehmende Zahl deutscher Waren, die für eine Ausfuhr über Haavara nicht in Frage kamen, 4)

die verbesserte wirtschaftliche Lage in Deutschland, welche die Juden zum Bleiben ermutigte. Der Vertreter der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung verteidigte das Haavara-System wie üblich. Das Innenministerium konterte mit Argumenten für eine Beendigung des Abkommens. Bernhard Lösener vom Innenministerium faßte die Haltung seines Ministeriums wie folgt zusammen: "Die ausführliche Debatte hat uns zur Schlußfolgerung gebracht, daß der beachtliche Rückgang der Auswanderung nach Palästina die Vorteile des Abkommens bei weitem überwiegt. Vom innenpolitischen Standpunkt zur Judenfrage aus besteht kein weiteres Interesse am Fortbestand des Abkommens und es scheint nicht gerechtfertigt." (87) Die Auffasung Löseners wurde vom Vetreter des Amtes des Stellvertreters des Führers gebilligt, während das Wirtschaftsministerium weiterhin darauf bestand, daß das Haavara-System noch immer der billigste Weg sei, die jüdische Auswanderung aus Deutschland zu fördern.

Der Vorschlag des Innenministeriums, das Haavara-Abkommen aufzukündigen, war kein Versuch, die jüdische Auswanderung von Deutschland nach Palästina zu beenden. Lösener stellte fest, daß Hitlers Anweisung für die gesamte Auswanderung der Juden genauso wie die neuen Tatsachen in Palästina die Wirksamkeit des Haavara-Abkommens aufgehoben hätten, daß aber Palästina weiterhin ein bedeutendes Zielland für die Auswanderung deutscher Juden bleiben würde. Darüberhinaus herrschte unter den Teilnehmern der Besprechung vom 18. Oktober völlige Übereinstimmung darüber, daß die Umschulungslager oder andere Umschulungsprogramme für nach Palästina auswandernde Juden weiterhin bestehen sollten.

Die bisherigen Gegner des Haavara-Abkommens waren schnell bei der Hand, die Überlegungen des Innenministeriums in ihre eigenen Vorstellungen einzubauen in dem Bemühen, das Ende des Haavara-Abkommens zu erreichen. Zum Argument, daß das Haavara-System nicht länger wirksam die jüdische Auswanderung aus Deutschland fördere, kam das altbekannte Argument, daß das Haavara-Abkommen zur wirtschaftlichen Stärke der Juden in Palästina beitrage und so die zionistischen Anstrengungen erleichtere, einen unabhängigen jüdischen Staat aufzubauen. Die Haavara-Widersacher waren in der Lage, sowohl den unerwünschten jüdischen Kapitaltransfer nach Palästina

zu unterstreichen als auch die wachsende Unfähigkeit von Haavara, zur jüdischen Auswanderung aus Deutschland beizutragen. Diese Argumente finden sich Ende Oktober in einer AO-Denkschrift zusammengefaßt, die als Grundlage für eine weitere Aufforderung zur Beendigung des Haavara-Abkommens dient. Darin heißt es: "Eines steht fest. Das Haavara-Abkommen ist nicht länger in der Lage, die Auswanderung der Juden nach Palästina zu fördern. Hinzu kommt die Entscheidung des Reichsaußenministers, daß die Stärkung des Judentums in Palästina aus politischen Gründen unerwünscht ist. Es ist daher erforderlich, daß das Haavara-Abkommen sofort aufgehoben wird." (89)

Das Wirtschaftsministerium setzte seine Bemühungen fort, das Haavara-Abkommen in den verbleibenden Monaten des Jahres 1937 zu retten. Ende Oktober bereitete das Ministerium Argumente gegen die Überlegungen des Innenministeriums von vor einigen Wochen vor. Am 29. Oktober schickte es eine Denkschrift zur Haavara-Frage an das Auswärtige Amt, an das Amt des Stellvertreters des Führers, an den Beauftragten für den Vierjahresplan, an die AO, an das Reichsbank-Direktorium und an das Innenministerium und warnte vor einer Beendigung des Haavara-Abkommens. (90) Es wurde vorgebracht, ein Ende des Haavara-Abkommens führe zu einem neuen jüdischen Boykott in Palästina und anderswo. Die Denkschrift enthielt darüberhinaus die übliche Feststellung des Wirtschaftsministeriums, daß ein Ende des Haavara-Systems eine nachteilige Auswirkung auf Hitlers Pläne der vollständigen jüdischen Auswanderung hätte. Das Ministerium räumte ein, daß einige Änderungen erforderlich seien, wobei weniger wohlhabende Auswanderer eine größere Möglichkeit haben könnten, das System zu nutzen, und deutschen und arabischen Importeuren größere Unabhängigkeit gewährt werden könnte.

Anfang Dezember schlug die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung Maßnahmen vor, mit denen sie hoffte, das Haavara-System gegen die Probleme der Auswanderung schützen zu können. (91) Sie regte an, die vorhandenen Möglichkeiten mehr zukünftigen Auswanderern zugänglich zu machen, und den wirtschaftlichen Status der noch in Deutschland lebenden Juden zu schützen, so daß sie nicht zu arm würden, um als Einwanderer für andere Länder nicht mehr in Frage zu

kommen. Man regte auch an, daß die Devisen, die einwandernde Auslandsdeutsche mit ins Land bringen, an auswandernde Juden zum doppelten Reichsmarkkurs verkauft werden sollten. Weitere Vorschläge, um jüdischen Auswanderern mehr ausländische Währungen zugänglich zu machen, wurden ebenfalls gemacht. Sie beinhalteten zum Großteil eine größere Nutzung der Guthaben wohlhabender Juden, um ärmere Juden mit den finanziellen Mitteln für die Auswanderung zu versorgen. Die Vorschläge vom Dezember rechneten auch mit einer Änderung der politischen Lage in Palästina, welche den Rückgang der jüdischen Einwanderung in dieses Land beenden würde.

Werner-Otto von Hentig schloß sich dem Wirtschaftsministerium in seinen Bemühungen an, das Haavara-Abkommen zu retten. Beide hätten argumentieren können, daß ein unabhängiger jüdischer Staat in Palästina, der frei von arabischem Widerstand und britischen Einwanderungsbeschränkungen ist, seine Tore für eine größere Zahl jüdischer Einwanderer öffnen und damit eine positive Auswirkung auf die jüdische Auswanderung aus Deutschland haben würde. Ihnen war jedoch klar, daß dies im Gegensatz zu den AA-Richtlinien vom Juni 1937 und zur nationalsozialistischen Ideologie stand. Würden sie ihre Befürwortung des Haavara-Systems mit einem wünschenswerten, unabhängigen jüdischen Staat in Palästina begründen, dann hätte dies die gegenteilige Wirkung. Das Haavara-System konnte nur mit der Förderung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland gerechtfertigt werden, wobei gleichzeitig zu vermeiden war, daß es einen beachtlichen Beitrag zur Errichtung eines jüdischen Staat leiste.

Hentig versuchte, Haavara zu unterstützen, indem er die Unmöglichkeit eines jüdischen Staates in Palästina betonte, und zwar unabhängig von der Zahl der jüdischen Einwanderer und unabhängig vom Haavara-System. In einer Denkschrift ohne Datum, die Ende 1937 oder Anfang 1938 verfaßt wurde, machte er folgende Ausführungen:

> "Die Furcht, die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates zu fördern, hat zur Anregung geführt, die jüdische Auswanderung nach Palästina zu beenden. Ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Peel-Planes gibt es in der britischen Regierung, mit der Ausnahme von Ormsby-Gore, keinerlei Neigung, den Peel-Plan und seine vorgeschlagene

Teilung Palästinas in die Tat umzusetzen. In jüdischen und arabischen Kreisen ist der Widerstand gegen den Plan so stark geworden, daß die Aussichten für die Errichtung eines jüdischen Staates in absehbarer Zukunft als sehr gering angesehen werden müssen." (92)

Hentig führte weiter aus, daß selbst bei einer Verwirklichung des Peel-Planes und der Wahrscheinlichkeit eines jüdischen Staates in naher Zukunft ein Ende des Haavara-Abkommens oder der jüdischen Auswanderung aus Deutschland nach Palästina auf die dortige Entwicklung, wenn überhaupt, nur wenig Einfluß haben würde. Er stellte fest, daß jeder Rückgang in der Zahl der Juden aus Deutschland leicht durch jüdische Einwanderer aus Osteuropa ausgeglichen werden könnte, die wahrscheinlich Deutschland gegenüber feindseliger eingestellt seien als deutsche Juden. Hentigs Überlegungen hinsichtlich der Unwahrscheinlichkeit eines jüdischen Staates zum damaligen Zeitpunkt wurden von Generalkonsul Döhle, von der Handelspolitischen Abteilung und der Politischen Abteilung des AA geteilt. Im Dezember 1937 und im Januar 1938 hatten Carl Clodius von der Handelspolitischen Abteilung, Otto von Bismarck und Ernst von Weizsäcker von der Politischen Abteilung und Generalkonsul Döhle in Jerusalem die Überzeugung geäußert, es sei unwahrscheinlich, daß Großbritannien aus Gründen, die von Hentig schon angeführt hatte, die Teilungsempfehlung des Peel-Ausschusses in die Tat umsetzen würde. (93)

Hitlers Einmischung und die weitere jüdische Auswanderung nach Palästina

Ende 1937 war man in der Haavara-Debatte noch immer nicht zu einer Entscheidung gekommen. Das Schicksal des Haavara-Abkommens war seit Hitlers Anweisung zur jüdischen Auswanderung erfolgreich von der Frage der jüdischen Auswanderung nach Palästina abgekoppelt worden. In den darauffolgenden Gesprächen im September und Oktober hatte man sich darauf geeinigt, daß die Auswanderung nach Palästina als Teil des allgemeinen jüdischen Auswanderungsprozesses weitergehen sollte. Nach der Oktober-Konferenz im Innen-

ministerium wurde das Haavara-System mehr unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Unfähigkeit betrachtet, zur jüdischen Auswanderung aus Deutschland beizutragen, als unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der zionistischen Stellung in Palästina. Darüberhinaus ging es bei der Debatte um das Haavara-Abkommen mehr um eine Änderung als um eine Beendigung der Vereinbarung. Bei allen Debatten im Sommer und Herbst 1937 gab es nie einen Zweifel darüber, daß Juden weiterhin von Deutschland nach Palästina auswandern würden, und zwar unabhängig von einer Änderung oder einer Beendigung des Haavara-Abkommens. Ein Hinweis darauf ist die Genehmigung für die Adriatica-Societa Anonima de Navigazione in Venedig von Ende November, die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina über italienische Häfen zu fördern. (94)

Hitlers Rolle bei der Debatte über die Auswanderungspolitik, Palästina und das Haavara-Abkommen ist schwierig einzuordnen, genauso schwierig wie seine Rolle in allen Fragen der nationalsozialistischen Judenpolitik. Die Debatte über die Auswanderung nach Palästina und über das Haavara-Abkommen 1937 zeigt in hohem Maße seine Zurückhaltung. Die Debatte zeigte aber auch eine gewisse Verwirrung im politischen Entscheidungsprozeß, welche auf die Vielzahl an Behörden und Stellen zurückging, die mit der Judenfrage zu tun hatten. Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß ein bedeutender Gesichtspunkt der Judenpolitik ohne Hitlers vorherige Billigung angenommen worden wäre. Es scheint, daß er die allgemeinen politischen Ziele vorgegeben und nur gelegentlich in die Debatten zwischen den vielen Partei- und Regierungsstellen hinsichtlich der besten Möglichkeiten zur Erreichung dieser Ziele eingegriffen hat. Auf diese Weise wurde auch die Frage der jüdischen Auswanderung nach Palästina in den Jahren 1937 und 1938 gelöst.

Die vorhandene Beweislage deutet darauf hin, daß Hitler sich trotz des Teilungsplanes und trotz der möglichen Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates für eine weitere jüdische Auswanderung nach Palästina ausgesprochen hat. Wäre die Auswanderung nach Palästina in seiner Anweisung vom Juli von der allgemeinen Auswanderung ausgeklammert worden, dann hätte es über das Haavara-Abkommen sowie über die jüdische Auswanderung nach Palästina keine weiteren Debatten

mehr gegeben. Hitler ließ jedoch im Juli die weitere Debatte über Haavara offen. Und aus dem Tenor der Haavara-Debatten im September und Oktober geht klar hervor, daß die Auswanderung nach Palästina unabhängig vom vorgeschlagenen jüdischen Staat weitergehen soll und, falls erforderlich, ohne Haavara.

Irgendwann im Januar 1938 mischte sich Hitler erneut in die fortdauernde Debatte über das Haavara-Abkommen und die jüdische Auswanderung nach Palästina ein. Im Gegensatz zu seiner Anweisung vom Juli 1937 machte Hitler im Januar 1938 eine verbindliche Aussage zur weiteren jüdischen Auswanderung nach Palästina. In einer Zusammenfassung der deutschen Politik, die sich in einer längeren Denkschrift für das Referat Deutschland befindet, bezog sich Carl Clodius von der Handelspolitischen Abteilung des AA auf die Entscheidung Hitlers. (95) Clodius stellte die allgemeine Übereinstimmung aller beteiligten Stellen fest, daß eine Änderung des Haavara-Abkommens nicht die jüdische Auswanderung nach Palästina ausschließe, da Hitlers Juli-Anweisung zur jüdischen Auswanderung nicht durchgeführt werden könne, wenn Palästina "in dieser Beziehung ausgeschaltet wird". Er bemerkte weiterhin, daß Deutschlands entschiedener und klarer Widerstand gegen einen unabhängigen jüdischen Staat in Palästina nicht die weitere jüdische Auswanderung nach dorthin ausschließen würde, da es sich gezeigt habe, daß die Peel-Empfehlungen unmöglich durchgesetzt werden könnten. Schließlich erwähnte Clodius die Entscheidung Hitlers vom gleichen Monat, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina ungehindert weitergehen müsse.

Ernst von Weizsäcker bezog sich in einem Schreiben im Januar 1938 an das Außenpolitische Amt der NSDAP auf die Entscheidung Hitlers. (96) Er ging in aller Kürze die Debatten über Haavara und die jüdische Auswanderung nach Palästina im vergangenen Jahr durch und hielt fest, daß einer kürzlichen Entscheidung Hitlers zufolge die jüdische Auswanderung nach Palästina wie bisher fortgeführt werden sollte. Zudem bestätigte ein Schreiben des Außenhandelsamtes der AO an den Leiter der AO im AA vom 1. Februar Hitlers Entscheidung wie folgt:"...in einer kürzlichen Entscheidung hat der Führer nach einer Unterredung mit Reichsleiter Rosenberg festgestellt, daß die jüdische Auswanderung aus Deutschland

weiterhin mit allen Mitteln gefördert und in erster Linie nach Palästina gelenkt werden sollte." (97)

Frühere Zionistenführer haben ebenfalls Hitlers Palästina-Entscheidung vom Januar 1938 bestätigt. Der verstorbene Dr. Ernst Marcus bestätigte in seinem Artikel, er sei Anfang 1938 von Hentig unterrichtet worden, daß sich Hitler für Haavara und für die jüdische Auswanderung nach Palästina entschieden habe, und daß alle Hindernisse für eine solche Auswanderung beiseite geräumt worden seien. (98) Beim Eichmann-Prozeß 1961 bestätigte der inzwischen verstorbene Dr. Benno Cohen, der letzte Vorsitzende der Zionistsischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD), daß nach unterschiedlichen Auffassungen der deutschen Seite zum Thema Haavara von oben eine Entscheidung gekommen sei, das Programm fortzuführen: die deutschen Juden sollten weiterhin nach Palästina auswandern. (99) Hinweise auf diese Entscheidung finden sich auch in der Untersuchung von Werner Feilchenfeld über das Haavara-Abkommen. (100) Feilchenfeld berichtet auch von Beweisen für Hitlers fortwährende Unterstützung des Haavara-Systems und der jüdischen Auswanderung nach Palästina bis Ende Juli 1939. In einem Bericht an Haavara Ltd. über seine Gespräche mit von Hentig und anderen Mitarbeitern des Auswärtigen Amts vom 2. Juli 1939 vermerkt Feilchenfeld, daß von Hentig ihm von einer Aussprache erzählte, die er drei Wochen vorher auf dem Obersalzberg mit Hitler gehabt habe. In dieser Aussprache habe Hitler von Hentig mitgeteilt, er wünsche eine weitere Auswanderung der Juden nach Palästina. (101) Weitere Beweise können in zwei Denkschriften der Gestapo vom Februar und März 1938 gefunden werden. Sie spielen auf "die erwünschte weitere Abwanderung deutscher Juden nach Palästina" an. (102)

Aktionen der Gestapo, die im Februar 1938 begannen, spiegeln Hitlers Entscheidung vom Vormonat wieder. Dr. Hans Friedenthal von der Zionistischen Vereinigung für Deutschland wurde ermächtigt, mittelbar mit der britischen Botschaft in Berlin und dem Kolonialministerium in London zu verhandeln, um für deutsche Juden mehr Einwanderungsmöglichkeiten nach Palästina sicherzustellen. (103) Im Juli erlaubte die Gestapo Vertretern des Wiener Palästinaamtes sowie der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde nach London zu gehen, um eine

Erhöhung der Einwanderungsbewillungen für Palästina für deutsche Juden zu erhalten. (104) Zudem machte man bei zionistischen Verantwortlichen, die in Deutschland zu tun hatten, weiterhin bei den strengen Einreisebeschränkungen für Juden Ausnahmen. (105)

Die Tagebücher des pensionierten Generals Gerhard Engel, einem der ehemaligen Adjutanten Hitlers, können weitere Beweise für die Haltung Hitlers in Sachen jüdischer Auswanderung nach Palästina geben. Engel zufolge hat Hitler 1939 und erneut 1941 einen Plan erwähnt, den er 1937 entwickelt habe, um die verbleibenden deutschen Juden nach Palästina zu schicken. Engel beschrieb den Plan wie folgt:

> "Zu diesem Zeitpunkt kam er auf den Gedanken, die 600 000 deutschen Juden durch eine geschäftliche Transaktion loszuwerden. Er faßte den Plan, die halbe Million Juden den Briten sehr ernsthaft als Arbeitskräfte für Palästina anzubieten. Aber der Plan fand bei den Engländern oder bei anderen Staaten wenig Gegenliebe. Die Briten machten ihm in einem Schreiben klar, sie hätten mit dem Problem schon alle Hände voll zu tun und sie hätten nicht den Wunsch, die Unruhen zu vermehren." (106)

Engel unterrichtete mich auch, daß Hitler nichts gegen die zionistischen Vorstellungen in der deutschen Judenpolitik hatte, obwohl er dem Zionismus gegenüber skeptisch war und sich gegen die Schaffung eines jüdischen Staates in Palästina aussprach.(107) Der ehemalige Adjutant behauptete, Hitler habe sich für die Konzentration und gegen die Zerstreuung ausgesprochen, wobei diese Konzentration in entfernteren Gebieten der Erde stattfinden sollte, um so die deutschen Juden zu isolieren und sie aus der großen Weltpolitik auszuschließen. Er behauptete, daß Palästina und andere Gebiete des britischen wie französischen Kolonialreiches in verstärktem Maße als Gebiete angesehen wurden, in denen die deutschen und später die europäischen Juden konzentriert und auf diese Weise von der politischen Bühne entfernt werden konnten. Im gleichen Brief sagte Engel, man habe erste Fühler während der Berliner Olympiade 1936 nach England ausgestreckt, aber die Briten hätten kein Interesse gezeigt. (108) Engel behauptete ferner, 1937 sei das Angebot über den britischen Botschafter in Berlin Nevile Henderson gemacht wurden. Ein erneutes

Angebot habe Schacht während seines London-Besuches im gleichen Jahr gemacht. Schacht sei Hitlers Unterhändler für diesen Plan gewesen. England soll auch diese Angebote zurückgewiesen haben.

Es ist möglich, daß Hitler selbst eine ungenaue Quelle gewesen ist, und Engel einfach das aufschrieb, was Hitler zwischen 1939 und 1941 gesagt hatte. Wir wissen, daß sich Hitler selbst in den Jahren 1937 und 1938 mit der Frage der jüdischen Auswanderung und Palästina beschäftigte und sich damals zu Gunsten einer weiteren jüdischen Auswanderung nach Palästina aussprach. Wir wissen auch, daß die Grundlage der deutschen Judenpolitik von 1938 bis 1940 die Konzentration der deutschen und später der europäischen Juden in Palästina, Madagaskar oder anderswo war. Dieser Sachverhalt wird später untersucht werden. Es ist jedoch möglich, daß der Gedanke, die deutschen Juden den Briten als Arbeitskräfte für Palästina anzubieten, nie über Hitlers Überlegungen und Tischgespräche hinausging. Aber dies ist doch ein Hinweis auf seine damaligen Überlegungen und Entscheidungen. Er mag einfach über Wünsche und Absichten gesprochen haben, als wären sie Tatsachen. (109)

Die Gründe für Hitlers Eintreten zu Gunsten einer weiteren jüdischen Auswanderung nach Palästina sind schwer zu bewerten. Es erscheint unwahrscheinlich, daß er sich von Faktoren leiten ließ, die insbesondere mit dem Palästina-Konflikt selbst oder den Argumenten derer zusammenhingen, die in die Palästina-Debatte in Deutschland verwickelt waren. Er mag die Wahrscheinlichkeit, daß je ein jüdischer Staat in Palästina gegen arabischen Widerstand und britisches Widerstreben errichtet werde, für gering erachtet haben. Ich habe keinen Beweis gefunden, daß er sich dabei von der überlieferten antisemitischen Vorstellung leiten ließ, die Juden seien rassisch, kulturell und in geschichtlicher Hinsicht nicht in der Lage, einen eigenen Staat aufzubauen. Andererseits mag er angenommen haben, daß die jüdische Auswanderung nach Palästina auf den Lauf der dortigen Ereignisse wenig Einfluß ausübe, und daß in Palästina ein jüdischer Staat unabhängig von der deutschen Juden- und Auswanderungspolitik entstehen würde. Es wäre sicherlich fruchtbarer, dafür eine Erklärung im Rahmen aller außenpolitischen Schritte und Kriegspläne Hitlers nach 1937 zu suchen, was weiter unten abgehandelt werden wird.

Das Schicksal des Haavara-Systems war durch die Entscheidungen Hitlers Anfang 1938 nicht geregelt worden. Die Vorgänge Ende 1937 und Anfang 1938 zerbrachen die Verbindung zwischen der jüdischen Auswanderung nach Palästina und dem Haavara-Abkommen in der künftigen deutschen Politik. Die Auswanderungspolitik würde wie bisher weitergehen, während die Fortdauer des Haavara-Abkommens unsicher blieb und in verstärktem Maße bedeutungslos wurde. Die Debatte über das Haavara-Abkommen ging bei nachlassendem Interesse und verschwindender Bedeutung bis zum Herbst 1939 weiter, bis sie infolge des Kriegsausbruches erlosch. (110) Der geordnete, aber langsame und zeitraubende Haavara-Vorgang eignete sich nicht für die sich ändernden Bedürfnisse und Erfordernisse der innenpolitischen Judenpolitik Deutschlands nach 1938. Haavara war nicht mehr länger in der Lage, den harten Wirtschaftsbedingungen, denen die deutschen Juden 1938 unterworfen waren, und den von der SS nach 1938 angewandten Massendeportationen gerecht zu werden.

8. Weiterhin für die zionistische Lösung

Kriegspläne und Rassenpolitik

Hitlers Schritte 1937 und zu Beginn des Jahres 1938 in der Frage der jüdischen Auswanderung versteht man am besten in der Wendung von Uwe Dietrich Adam: "Hitlers Verknüpfung von Kriegsplanung und Rassenpolitik". (1) Es hat nicht den Anschein, daß sich Hitler selbst von 1933 bis 1937 in irgendeiner Weise mit den Theorien und Argumenten der interessierten Partei- und Regierungskreise zum Thema Palästina beschäftigt hat. Es gibt keinen Beweis dafür, daß er mit der Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates als Ergebnis der Empfehlungen des Peel-Ausschusses rechnete oder daß er der Meinung war, die deutsche Auswanderungspolitik könne den Lauf der Ereignisse in Palästina in der einen oder anderen Weise beeinflussen. Es besteht indes wenig Zweifel, daß seine Schritte in allen Fragen der Judenpolitik durch die ideologischen Bedürfnisse der nationalsozialistischen Weltanschauung bestimmt wurden. Damit wurde die Rassendoktrin zu der Grund- und Ausgangslage deutscher Außenpolitik schlechthin gemacht. (2) Diese Außenpolitik steuerte auf einen möglichen Krieg hin, um die neue rassische Ordnung in Europa durchzusetzen. Die Voraussetzung dafür war eine neue rassische Ordnung in Deutschland, die Anfang 1938 noch nicht erreicht war. Die Entscheidung, die Juden weiterhin nach Palästina zu schicken, war Teil der umfassenderen Bemühungen in den Jahren 1938 und 1939, die neue rassische Ordnung in Deutschland vor dem geplanten Krieg für den Lebensraum vollends durchzuführen. Dies beinhaltete die endgültige Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft und die neuen Zwangsmaßnahmen der SS in Sachen Auswanderung. Ein AA-Rundschreiben mit der Überschrift "Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik 1938", das am 25. Januar 1939 vom Referat Deutschland herausgegeben wurde, unterstrich die Verbindung zwischen der deutschen Außenpolitik und den Schritten, die 1938 innenpolitisch auf dem Gebiet der Judenpolitik gemacht wurden:

"Es ist sicherlich kein Zufall, daß uns das Schicksalsjahr 1938 der Lösung der Judenfrage gleichzeitig mit der Verwirklichung der großdeutschen Idee einen Schritt näher gebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl die Voraussetung als auch die Folge der Ereignisse des Jahres 1938. Der Druck des jüdischen Einflusses und der zerstörische jüdische Geist in Politik, Wirtschaft und Kultur haben die Stärke und den Willen des deutschen Volkes, sich wieder zu erheben, vielleicht mehr behindert als der machtpolitische Widerstand des Bündnisses der ehemaligen Feindstaaten des 1. Weltkrieges. Die Gesundung des Volkskörpers war daher eine der wichtigsten Vorausbedingungen für die Umsetzung der Macht, welche im Jahre 1938 gegen den Willen der Welt die Einheit von Großdeutschland erzwang." (3)

Hitler hatte seine Absicht zur Kriegführung bei mehreren Anlässen nach 1938 zum Ausdruck gebracht. Neben der schon zuvor erwähnten Rede vor den Generalen der Reichswehr am 3. Februar 1933 sprach er bei einer Zusammenkunft der Gauleiter und weiterer Parteifunktionäre im September 1935 in München. Dabei kündigte er seine Absicht an, nach einer vierjährigen Vorbereitungszeit Krieg zu führen. (4) Seine Denkschrift, die im August 1936 den Vierjahresplan ankündigte, entwickelte Pläne, die Wirtschaft und die Wehrmacht innerhalb von vier Jahren kriegsbereit zu machen. (5) Er wiederholte auch bei einer Zusammenkunft in der Reichskanzlei am 5. November 1937 seine Ziele in Mittel- und Osteuropa sowie seine Absicht, diese Ziele durch Krieg zu erreichen. (6) Zudem kann man annehmen, daß personelle Veränderungen Ende 1937 und Anfang 1938 dazu bestimmt waren, den Widerstand gegen diese Pläne innerhalb der Regierung und der Wehrmacht auszuschalten. Schacht ging im September 1937 in Urlaub und nahm am 8. Dezember des gleichen Jahres seinen Abschied. (7) Im Januar und Februar 1938 ließ Hitler den Kriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Feldmarschall Werner von Blomberg, und den Oberbefehlsbefehlshaber des Heeres, General Werner Baron von Fritsch, ersetzen. (8) Beide Männer hatten bei der Zusammenkunft in der Reichskanzlei am 5. November 1937 und bei weiteren Treffen mit Hitler ihre Zurückhaltung gegenüber Hitlers Kriegsplänen zum Ausdruck gebracht. Nach Blombergs Entlassung übernahm Hitler selbst

den Oberbefehl über die Wehrmacht. Schließlich wurde auch Freiherr von Neurath, der ebenfalls seine Zurückhaltung gegenüber einem Krieg mit dem Westen zum Ausdruck gebracht hatte, aus seinem Amt entlassen und durch den gefügigeren Ribbentrop ersetzt. (9) Innerhalb von drei Monaten hatte Hitler die Wehrmacht, das AA und das Wirtschaftsministerium als Hindernisse für seine Kriegspläne wirkungsvoll beiseite geräumt und sie alle fester unter seine Kontrolle und die der Partei gebracht.

Vom Beginn seiner politischen Karriere an hatte Hitler die Einheit von innen- und außenpolitischen Fragen und Zielen betont. In einem Artikel in "Deutschlands Erneuerung" vom April 1924 hatte Hitler ausgeführt, daß Deutschland "nach dem inneren Sieg" in der Lage wäre, "die eiserne Fessel des äußeren Feindes" zu zerbrechen. (10) Die Judenfrage war für den Nationalsozialismus sowohl eine innen- als auch eine außenpolitische Frage. Die Theorie einer jüdischen Weltverschwörung schilderte den einzelnen Juden unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit als einen Agenten dieser Verschwörung, der von innen wie von außen auf allen nationalen und internationalen Ebenen gegen Deutschland arbeitet. In seiner Rede vom 27. April 1920 im Hofbräuhaus in München hatte Hitler den Kampf Deutschlands gegen das Weltjudentum als Zweifrontenkampf beschrieben. Er bezeichnete den 1. Weltkrieg als einen Krieg des Weltjudentums gegen Deutschland und versprach gleichzeitig, den deutschen Abwehrkampf gegen die Juden im Bereich der Innenpolitik fortzusetzen. (11) In seinem geheimen Tagebuch beschrieb Hitler die rassischen Grundlagen der nationalsozialistischen Ziele in der Außenpolitik in Mittel und Osteuropa sowie die innenpolitischen Voraussetzungen für den Erfolg dieser Politik. Dort heißt es: "Selbst in der Zukunft wird es die Erweiterung des Lebensraumes zur Gewinnung unseres Lebensunterhalts erforderlich machen, daß wir die ganze Kraft des Volkes aufs Spiel setzen. Es ist die Aufgabe der Innenpolitik, die Kraft des Volkes darauf auszurichten. Die Aufgabe der Außenpolitik ist es, die Kraft des Volkes so zu nutzen, daß der größtmögliche Erfolg gesichert scheint." (12) Am 30. Januar 1937 sagte Hitler vor dem Reichstag, die notwendigen innenpolitischen Voraussetzungen für Deutschlands zukünftige politische und militärische Ziele seien zum Großteil geschaffen worden. (13) Er spielte auf die

Ausschaltung der Juden in den meisten Bereichen des deutschen Lebens als einem Element neuer Stärke im deutschen Volk an und versicherte, daß die Sicherung des Lebens im Innern Deutschlands auch zu einer Sicherung seiner Beziehungen nach außen führen müsse. Er schloß wie folgt: "Die innere Ordnung des deutschen Volkes lieferte mir die nötigen Voraussetzungen für den Aufbau der deutschen Streitkräfte. Und aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich die Möglichkeit, die Fesseln zu zerbrechen, die wir als die tiefste Schande, die je einem Volke zugefügt worden ist, getragen haben." Am 29. März 1938 wertete Hitler in einer Rede in der Hamburger Hanseatenhalle den Erfolg des jüngst erfolgten Anschlusses Österreichs als Ergebnis der inneren Festigung des NS-Staates. (14)

Hitler pflegte den Ausbruch und den Verlauf des 1. Weltkrieges den Machenschaften des Weltjudentums anzulasten, das die Absicht habe, Deutschland und den Rest Europas zu zerstören. Die deutschen Juden wurden als die Verräter angeprangert, die die deutschen Kriegsanstrengungen sabotiert, die Revolution von 1918-1919 gefördert, die verhaßte Republik errichtet und den Versailler Vertrag angenommen hätten. (15) Nach 1933 zeichnete die NS-Propaganda die Weltjuden als die internationalen Kreuzzügler gegen das neue Deutschland. Erneut wurden die deutschen Juden beschuldigt, Teil dieser Verschwörung zu sein und den Versuch zu machen, Deutschland zu unterminieren und von innen heraus zu zerstören. In einer Rede vom 24. Februar 1938 im Hofbräuhaus nahm Hitler die Zukunft vorweg, als er auf die riesigen Gewinne anspielte, die das Weltjudentum bei den vergangenen Kriegen gemacht habe. Er versprach, daß die deutschen Juden nie wieder in einer Lage sein würden, die Verschwörung von innen heraus zu unterstützen. (16)

Anfang 1938 waren die Juden schon als Folge der Gesetzgebung der Jahre 1933 bis 1935 aus dem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Nation ausgeschaltet worden. (17) Bis 1937, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, hatte man die jüdische Beteiligung an der deutschen Wirtschaft geduldet. (18) Ende 1938 gab es zudem noch immer 350 000 Juden in Deutschland, obwohl bis Anfang 1938 130 000 Juden ausgewandert waren. (19) Kurzum: die sogenannte jüdische Frage war nach fünf Jahren NS-Herrschaft in Deutschland

noch immer nicht gelöst worden. Diese Tatsache war der NS-Führung bewußt, als sie sich auf den Krieg vorbereitete, einen Krieg, der das Ausmaß dieser Frage auf dramatische Weise ändern würde. Die Frage der jüdischen Beteiligung am wirtschaftlichen Leben des Landes sowie die Frage der Auswanderung sollten als Teil der innenpolitischen Kriegsvorbereitungen Deutschlands gelöst werden. Diese Tatsache wurde in zwei Artikeln des SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" im November 1938 unterstrichen. Zu dieser Zeit hatte die SS in der Ausformulierung der jüdischen Auswanderungspolitik eine führende Rolle eingenommen. (20) Die Artikel brachten zum Ausdruck, daß eine fortwährende jüdische Anwesenheit in Deutschland mit der deutschen Sicherheit im Kriegsfall unvereinbar sei. Die Artikel sagten weiterhin aus, daß das neue Deutschland entschlossen war,eine endgültige Lösung der Judenfrage in Deutschland durch die Ausschaltung der Juden in der Wirtschaft und ihre vollständige Entfernung aus Deutschland zu erreichen. Es wurde festgestellt, Deutschland besitze nunmehr die militärische Stärke, die Judenfrage einer endgültigen Lösung zuzuführen. In einigen prophetischen Sätzen wies die Zeitung warnend darauf hin, daß das Schicksal der verbleibenden Juden die Vernichtung sei, sollte der Krieg ausbrechen, ehe der letzte Jude Deutschland verlassen habe.Das Schicksal der deutschen Juden war mit den NS-Kriegsplänen verbunden.

Die wirtschaftliche Ausschaltung

Bis Zum Jahr 1938 hatte die Auswanderung fast ausschließlich unter der Kontrolle der alten nationalkonservativen Bürokraten des AA, des Innen- und des Wirtschaftsministeriums gestanden. (21) Die Umsetzung der deutschen Auswanderungspolitik jener Jahre war durch eine gewisse Legalität und Zurückhaltung gekennzeichnet. (22) Hitlers Kriegsvorbereitungen beinhalteten auch die Ausschaltung der alten konservativen Führungsschicht und ihre Ersetztung durch zuverlässige Nationalsozialisten. (23) Im Bereich der Judenpolitik bedeutete dies die Ersetzung Schachts durch Göring in Fragen wirschaftschaftlicher Natur und die Zentralisierung aller mit

der jüdischen Auswanderung zusammenhängenden Fragen bei der SS. Anfang 1935 hatte Hitler offen auf mögliche Änderungen in der Judenpolitik hingewiesen, wobei die Partei die völlige Kontrolle übernehmen würde. Auf dem Nürnberger Parteitag stellte Hitler fest, der Kampf gegen die inneren Feinde der Nation dürfe nie aufhören, weil der Staat unfähig ist, diesen Kampf zu führen. (24) Er schloß wie folgt:"Was der Staat nicht lösen kann, wird von der Bewegung gelöst werden. Denn auch der Staat ist nur eine Organisationsform des nationalen Lebens, der zudem durch den mittelbaren Ausdruck des nationalen Willens zum Leben, der Partei, der nationalsozialistischen Bewegung angetrieben und kontrolliert wird."

Helmut Genschel bezeichnet die Zeit von 1933 - 1937 als "schleichende Judenverfolgung" in der Wirtschaft und die Zeit von 1938 bis zum Kriegsausbruch als "offene Ausschaltung" in der Wirtschaft. (25) Es wurde zuvor schon festgestellt, daß Hitler, wenn auch widerstrebend, vor 1938 einsehen mußte, daß ein Frontalangriff auf die jüdische Beteiligung in der Wirtschaft die wirtschaftliche Erholung Deutschlands gefährden würde. Damit wären auch die Sicherheit und die Pläne des nationalsozialistischen Regimes gefährdet gewesen. Zwischen 1933 und 1937 fanden einige Arisierungen jüdischer Geschäfte statt. Der Großteil dieser Arisierungen ging auf freiwillige Verkäufe durch Juden zurück, die auswandern wollten. (26) Die anti-jüdische Gesetzgebung dieser Jahre richtete sich gegen jüdische Freiberufler und Angehörige des öffentlichen Dienstes und weniger gegen Personen, die in der Wirtschaft tätig waren. Ende 1937 waren weniger als 25% der Geschäfte arisiert worden. Und zum 1. April 1938 gab es im Altreich noch etwa 40 000 jüdische Unternehmen, von denen viele auf dem Gebiet der Rüstung und des Im- und Exports tätig waren. (27)

Die Ausschaltung der Juden in der deutschen Wirtschaft war schon immer ein Hauptziel der nationalsozialistischen Bewegung gewesen. Sie findet sich im 25-Punkteprogramm der NSDAP, das im Februar 192o veröffentlicht wurde. (28) Der 7. Punkt erkannte das Recht des Staates an, die Wirtschaft und die Versorgung nur Staatsbürgern zu überlassen. Da der Punkt 4 des Programmes die Juden als Staatsbürger ausschloß, würde man auf sie in der Wirtschaft verzichten müssen.

In seiner Rede vom 13. August 1920 im Hofbräuhaus sprach Hitler von der Notwendigkeit, die Juden im wirtschaftlichen Leben auszuschalten. (29) Obwohl die Zweckdienlichkeit in den ersten fünf Jahren des NS-Regimes ein weiteres Verbleiben der Juden in der Wirtschaft erforderte, war ihre Rolle in Anbetracht des Drucks Ende der 3oer Jahre, die Juden völlig aus Deutschland zu entfernen, doch nur vorübergehender Natur.

Die Bekanntmachung des Vierjahresplanes des Jahres 1936 war der erste Hinweis, daß für den wirtschaftlichen Status der deutschen Juden Änderungen bevorstanden. Der Plan, der mit dem schon laufenden Aufrüstungsprogramm und der Wiedereinführung der Wehrpflicht gekoppelt war, zeigte die ersten Anzeichen wirtschaftlicher Ausdehnung seit Beginn des Hitlerregimes. Darüberhinaus ermöglichte er die allmähliche Lösung einiger Probleme, die bislang einen Frontalangriff auf die jüdische Stellung in der Wirtschaft verhindert hatten. (30) Eine in der Ausdehnung begriffene Wirtschaft wäre in der Lage, die Erschütterungen, die als Folge der wirtschaftlichen Ausschaltung der deutschen Juden auftreten würden, zu verkraften. Weiterhin zeigte sich als Ergebnis der Autarkiemaßnahmen der Jahre 1935 und 1936 ein Rückgang des deutschen Handels mit dem Westen und ein leichter Rückgang einer fast völligen Abhängigkeit vom Außenhandel. (31) Das Regime fühlte sich 1937 sowohl auf der Ebene der Außen- als auch der Innenpolitik in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht sicherer. Der Rückgang des Handels mit dem Westen und der verhältnismäßige Erfolg des Haavara-Systems hatten die allgemeine Gefahr eines weltweiten jüdischen Boykotts deutscher Waren ausgeglichen. (32)

In seiner Denkschrift vom August 1936, in der Hitler die Aufgaben des Vierjahresplanes erläuterte, schlug er ein Gesetz vor, das die deutschen Juden "für alle Schäden, die durch persönliche kriminelle Handlungen der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volk zugefügt werden", verantwortlich machen sollte. (33) Dieser Vorschlag spiegelte das Ausmaß wieder, in dem Kriegspläne und Judenpolitik in Hitlers Sicht verbunden waren, denn der Vierjahresplan sollte Deutschland militärisch und wirtschaftlich auf den Krieg vorbereiten. Die schrittweisen Maßnahmen gegen die Juden bis 1938 auf wirtschaftlichem Gebiet, die Milliardensteuer nach der Kristallnacht und der fortdauernde Vorgang wirtschaftlicher

Enteignung im Jahre 1939 waren die Ergebnisse des Hitlerschen Vorschlags.

Die vorliegende Abhandlung untersucht nicht die verschiedenen anti-jüdischen Wirtschaftsmaßnahmen, die vom nationalsozialistischen Regime 1938 und 1939 in die Wege geleitet wurden. (34) Mit dem Weggang von Schacht im Herbst 1937 war der Weg für den endgültigen Angriff auf die letzte Stellung der Juden in der deutschen Gesellschaft frei. Neben der Zufriedenstellung der NS-Vorstellungen in Sachen innerer Sicherheit und Einheit der Rassengemeinschaft lieferte die Enteignung der Juden dem Regime eine zusätzliche Einnahmequelle, um die Kriegsvorbereitungen zu finanzieren. Hitler könnte auch davon ausgegangen sein, daß weiterer Druck die in Deutschland noch verbleibenden Juden zur Auswanderung verleiten würde. Das Tagebuch von Major Engel enthält unter dem 13. August über die angeblichen Hitler-Äußerungen nachfolgende Eintragung:

"Heute sprach der Führer vor einem kleinen Kreis über die Nürnberger Gesetze und ihre Ergebnisse. Wenn er diese Gesetze im Rückblick betrachte, dann scheinen sie ihm in der Tat als zu menschlich. Die Juden gingen gewisser Rechte verlustig und seien aus dem Staatsleben entfernt worden. Aber noch immer seien sie in der freien Wirtschaft tätig; und genau das sage den Juden zu... Er müsse nun in Erwägung ziehen, daß die Masse der jüdischen Bevölkerung als Folge zusätzlicher Gesetze, die zu einer weiteren Einschränkung des jüdischen Lebens in Deutschland führen, nicht länger in Deutschland bleiben wolle. Das wäre das Beste, um sie loszuwerden." (35)

Die SS und die Zentralisierung der jüdischen Auswanderungspolitik

Daß die SS 1937 bei der Gestaltung der Judenpolitik verhältnismäßig wenig Einfluß hatte, zeigt sich besonders bei der Debatte über Haavara und Palästina in diesem Jahr. Weder der SD noch die Gestapo spielten eine bedeutende Rolle. Das Treffen zwischen Eichmann und Feivel Polkes im Februar

1937 in Berlin und Eichmanns spätere Reise im gleichen Jahr hatten offensichtlich nichts mit der Palästina-Debatte zu tun.

Die unbedeutende Stellung der SS war sicherlich nicht selbst gewollt. Anfang 1937 wuchs innerhalb des SD und der Gestapo die Unzufriedenheit über die chaotische Art, die Politik zu formulieren, und über die Unmenge an zuständigen und sich widersprechenden Behörden und politischen Richtungen im Bereich der Judenpolitik. Im Januar 1937 wurde von der Abteilung II/112 des SD ein umfangreicher Bericht zur Judenfrage in Deutschland erstellt. (36) Der Bericht unterstrich, daß die schleunige jüdische Auswanderung der Kernpunkt aller Bemühungen in der Judenpolitik sein sollte. Die zurückliegenden Bemühungen seien nicht sehr wirksam gewesen. Als Gründe für den jüngsten Rückgang in der jüdischen Auswanderung aus Deutschland wurden genannt: die allgemeine Selbstgefälligkeit der staatlichen Behörden in der Judenfrage; die weitere Betätigung der Juden in der deutschen Wirtschaft; zunehmende Schwierigkeiten bei der Auswanderung nach Palästina und in andere Länder auf Grund politischer Unruhen, Quotenregelungen und der Verlust jüdischen Kapitals bei der Auswanderung. Der Bericht empfahl die Ausschaltung der Juden in der Wirtschaft sowie völlig neue Maßnahmen, um die jüdische Auswanderung aus Deutschland zu fördern.

Der Bericht konzentrierte sich auf den Auswanderungsvorgang und die Fragen, wie man eine schnellere Ausreise aus Deutschland fördern könne. Im Gegensatz zur Haltung von Referat-D im Auswärtigen Amt, des Innenministeriums, der AO und anderen sprach sich II/112 bei der Auswanderungspolitik für das Ziel der Konzentration statt der Zersplitterung der deutschen Juden im Ausland aus. (37) "Die jüdische Auswanderung aus dem Gebiet des Deutchen Reiches ist so dringend, daß bei diesem Vorgang eine klare Zielstrebigkeit nicht außer acht gelassen werden sollte.Insbesondere muß man sich klar werden, daß die jüdische Auswanderung konzentriert vor sich gehen sollte, d.h. sie sollte nur auf besondere Länder ausgerichtet sein, um in zahlreichen Ländern das Entstehen feindlicher Elemente, welche die Bevölkerungen dieser Länder ständig gegen Deutschland aufbringen würden, zu vermeiden." Der Bericht empfahl weiter, drei südamerikanische Länder sowie

weiterhin Palästina als Gebiete zu benutzen, in denen Juden aus Deutschland konzentriert werden sollten. Der Bericht war darüberhinaus kritisch gegenüber Versuchen der AO und anderer Stellen, die nationale Bewegung der Araber in Palästina stärker zu unterstützen: "Es ist zu vermeiden, daß Mitglieder der AO der NSDAP eine anti-jüdische Haltung unter den Palästina-Arabern ermutigen. Das Aufhetzen der Araber gegen die jüdischen Einwanderer ist für das Reich letzten Endes schädlich,weil Unruhen die Einwanderungstätigkeit schwer beeinträchtigen. Während der Unruhen des Jahres 1936 hat sich dies besonders deutlich gezeigt.

Schließlich empfahl der Bericht noch technische Änderungen und Verbesserungen in der Ausformulierung und Durchführung der Judenpolitik, um die Entfernung der Juden aus Deutschland zu beschleunigen. Er verlangte die Zentralisierung des ganzen Auswanderungsvorgangs an einer Stelle, nämlich bei der SS, deren Aufgabe es sei, sämtliche innenpolitischen Vorgänge des Auswanderungsvorganges in die Hand zu nehmen. Dazu gehöre auch das Auswählen geeigneter Gebiete, in welche der Strom der jüdischen Auswanderung gelenkt werden sollte, das Führen von Verhandlungen mit den diplomatischen Vertretungen der Länder, die bereit sind, Juden aufzunehmen, das Finden neuer Methoden für den Transfer jüdischen Kapitals und vor allem die Durchführung und Lösung des ganzen Problems im Sinne des Nationalsozialismus. Abteilung II/112 empfahl, die Kontrolle über die jüdische Auswanderung von den verantwortlichen Regierungsstellen auf die SS zu übertragen; dies sollte in den Jahren 1938 und 1939 geschehen. Die Befürwortung der Konzentration, die weitere Auswanderung nach Palästina und das Nutzen der Guthaben wohlhabender Juden, um die Auswanderungskosten für die ärmeren Juden abzudecken, sollten zu Grundsteinen der SS-Auswanderungspolitik in diesen Jahren werden.

Abteilung II/112 führte ihren Werbefeldzug im Frühjahr 1937 weiter, um ihre Rolle bei der Ausformulierung und Durchführung der ganzen Judenpolitik, inbesondere auf dem Gebiet der Auswanderung, zu stärken. Am 7. April ließ SS-Hauptscharführer Dieter Wisliceny von der Abteilung II/112 eine Denkschrift umgehen, in der er forderte, daß der SD bei allen Fragen, die mit der jüdischen Auswanderung

zusammenhingen, beteiligt wird. (38) Er führte weiter aus, die Abteilung II/112 sei zu allen Beratungen des Wirtschaftsministeriums und der anderen Ministerien, die mit der Auswanderungspolitik, einschließlich der Frage der zionistischen Auswanderung nach Palästina, befaßt sind, hinzuzuziehen. Am 12. April war eine weitere Denkschrift von Wisliceny innerhalb von II/112 im Umlauf. Sie betonte die Bedeutung der zionistischen Auswanderung nach Palästina im Rahmen einer Gesamtlösung der jüdischen Frage als auch die Schlüsselrolle, die der SD bei diesem Vorgang spielen sollte. (39) Obwohl Wislicenys Auffassung, daß die Lösung der Judenfrage in Deutschland in erster Linie von der zioinistischen Auswanderung nach Palästina abhängt, von vielen SD-Mitarbeitern und anderen Stellen nicht geteilt wurde, so spiegeln seine Überlegungen die ständige Befürwortung der SS für eine schnelle Auswanderung in besondere Gebiete mit entsprechender Konzentration der Juden wieder. dazu gehörte auch Palästina. Sie zeigen aber auch die Bemühungen der SS, die oberste Kontrolle über die Judenpolitik in Deutschland zu erlangen.

Der Anschluß Österreichs im März 1938 lieferte der SS schließlich die Gelegenheit, ihre Empfehlungen in die Tat umzusetzen. Am 16. März wurde Eichmann nach Wien geschickt, um dort eine Nebenstelle der Abteilung II/112 einzurichten. (40) Die ständigen Klagen von Eichmann, Wisliceny und anderen der Abteilung II/112 müssen bei Himmler und Heydrich auf ein entsprechendes Echo gestoßen sein. Es ist auch bedeutsam, daß Eichmann vor seiner Versetzung nach Wien für die Abteilung II/112-3 zuständig gewesen ist, d.h. der Abteilung, die für die zionistische Auswanderung verantwortlich zeichnete. Man gab ihm freie Hand, um die Auswanderung der österreichischen Juden auf der Grundlage seiner Empfehlungen vom Vorjahr zu organisieren und durchzuführen. Die SS übernahm zu einem Zeitpunkt die sofortige und völlige Kontrolle über die Auswanderungspolitik in Österreich, als sich im Altreich noch verschiedene Regierungs- und Parteistellen um die Zuständigkeit stritten.

Alle anderen Gesichtspunkte der Judenpolitik in Österreich wurden dem Ziel einer schnellen jüdischen Auswanderung untergeordnet. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen von Eichmann und Wisliceny aus dem Jahre 1937 wurde in Wien

eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung eröffnet. (41) Der Auswanderungsvorgang in Deutschland war durch Faktoren gekennzeichnet, welche die Zahl der Auswanderer jedes Jahr begrenzten. Die meisten davon galten auch für Österreich. Eichmanns Zentralstelle erledigte an einem Tag, was sonst ein wochen- und monatelanges Laufen von einer Stelle zur anderen bedeutet hätte. Der Ausdruck "Deportation" wäre für die unfreiwillige Art des Eichmannschen Auswanderungssystems angebrachter. (42) Trotz Pogromen, trotz Entzug des Wahlrechts und trotz Enteignung war 1938 die Auswanderung aus dem Altreich eigentlich freiwillig.

In Österreich dagegen wurden die Juden langsam in Wien zusammengefaßt, dort in Konzentrationslagern interniert und gegebenenfalls durch die Zentralstelle in sie hineingezwungen. Sie wurden ihr Vermögen los und erhielten innerhalb von Stunden die Stempel, Papiere, Visa und Pässe, die zum Verlassen des Landes notwendig waren. (43) Im Gegensatz zum Altreich, wo die Juden bis 1938 noch immer viel Kontrolle über ihr Vermögen hatten, solange sie in Deutschland blieben, kassierte das Eichmann-System den meisten Besitz der Auswanderer einfach ein. Die Grundüberlegung von Abteilung II/112, daß die Reichen für die Auswanderung der Armen zahlen müssen, so daß es allen möglich sei auszuwandern, wurde unverdrossen angewandt. (44) Während die Ausreise aus dem Altreich üblicherweise vom Besitz der Einwanderungsgenehmigung des Aufnahmelandes abhängig war, wurde der österreichische Auswanderer oft ohne ein gültiges Visum ausgewiesen oder auch mit Papieren, von denen die SD-Behörden wußten, daß sie nicht gesetzlich waren. (45)

Anfang 1938 bekam der SD auch mit der Ausformulierung und Durchführung der Judenpolitik im Altreich zu tun. Hitlers Schritte 1937 und Anfang 1938 hatten der Auswanderung den Vorrang in der Judenfrage eingeräumt. Und es gibt Beweise, daß es dem SD gelungen war, sich zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Mitsprache beim Auswanderungsvorgang zu sichern. In ihrem Halbjahresbericht vom Juli 1938 konnte die Abteilung II/112 zufrieden feststellen,daß sie mit der wirtschaftlichen Vorbereitung der jüdischen Auswanderung betraut war, welche zuvor den widersprüchlichen Zielvorstellungen und dem Einfluß zahlreicher Regierungsstellen unterworfen gewesen sei. (46)

Bernhard Lösener vom Innenministerium zufolge hatte ein Vorgang eingesetzt, in dessen Verlauf sein Ministerium bei der Ausformulierung und Umsetzung der Politik in zunehmendem Maße ausgeschaltet wurde. (47) Im Gegensatz zu seiner Erfahrung in Österreich erfuhr der SD in Deutschland in der Frage der Kontrolle über die Judenpolitik die harte Konkurrenz anderer Parteistellen. (48) Der personelle Wechsel im Wirtschafts- und Außenministerium Ende 1937 und Anfang 1938 hatte den mäßigenden Einfluß Schachts und Neuraths in der Judenpolitik ausgeschaltet. Göring erhielt nach seinem Sieg über Schacht beachtliche Macht in der Frage der Judenpolitik, und auch Ribbentrops Haltung war alles andere als gemäßigt. Görings Macht auf dem Gebiet der Wirtschaft und seine führende Rolle beim Bemühen, die Juden in der Wirtschaft anzuschalten, machten ihn Ende 1938 zur führenden Instanz in der Frage der Judenpolitik. Auch Goebbels wollte eine führende Rolle spielen. Zusammen mit der SA und Julius Streicher förderte er gegen die in Deutschland verbleibenden Juden gewalttäige Pogrome. (49) Die SS drängte mit Hilfe ihrer Stellung in Österreich und dem "Erfolg" bei den dortigen Auswanderungsmaßnahmen auf ein ähnliches Vorgehen im Altreich. (50)

Die Ereignisse im Zusammenhang mit der Kristallnacht im November 1938 führten zu einer größeren Zentralisierung in der Judenpolitik und zu der beherrschenden Rolle der SS bei der Auswanderung. Es ist allgemein anerkannt, daß sich Göring, Himmler und Heydrich der ungezügelten Gewalttätigkeit vom 9. November 1938 entgegengestellt hatten. (51) Göring war dabei, das jüdische Vermögen zu enteignen, um auf diese Weise mehr Geld zu bekommen, die ungeheuren Kosten der militärischen Vorbereitungen zu bezahlen. Die Vernichtung jüdischen Eigentums bedeutete einen Einkommensverlust. Die SS, die sich stets jedem Pogromversuch widersetzt hatte, befürchtete, daß die Gewalttätigkeit und die Zerstörung eine nachteilige Wirkung auf den Auswanderungsvorgang ausüben würde. Himmler, Heydrich und andere wandten sich an Hitler, damit der Zerstörung Einhalt geboten werde, und versuchten vergeblich, Goebbels von seiner Haltung abzubringen. (52) Bei einem Zusammentreffen mit Hitler und Goebbels am 10. November schaffte es Göring, daß man der Gewalttätigkeit

Einhalt gebot. (53) Göring ging aus der Begegnung mit weitgehenderen Vollmachten in der Judenfrage hervor. Er erhielt auch Anweisungen, die vollständige Ausschaltung der Juden in der Wirtschaft durchzuführen.

Görings Vollmachten zeigten sich sich in den verbleibenden Wochen der Jahre 1938 und Anfang 1939. Göring wurde von Hitler ermächtigt, am 12. November eine Besprechung mit allen interessierten Stellen und Beamten anzusetzen, um die endgültige Ausschaltung der Juden in der Wirtschaft und vor allem um die umfassende Auswanderung der deutschen Juden unter der Aufsicht der SS zu planen. (54) Unter den bei der Besprechung Anwesenden befanden sich Goebbels, Heydrich, Innenminister Frick, Wirtschaftsminister Funk, ein Vertreter der deutschen Versicherungsgesellschaften und ein Beobachter des Außenministeriums. Bei der Besprechung rügte Göring die Gewalttätigkeit und die Zerstörung anläßlich der Kristallnacht, da sie letzten Endes nur der deutschen Wirtschaft geschadet habe. Die eine Milliarde Reichsmark an Steuern, die der jüdischen Gemeinschaft auferlegt wurden, zeigte in Anbetracht dessen, was Göring sechs Tage später als "die kritische Lage der Reichsfinanzen" bezeichnen sollte, die verzweifelte Notwendigkeit für zusätzliche Einkünfte. (55) Neben der ideologischen Verbindung zwischen Krieg und Judenpolitik gab es für Göring die praktische Notwendigkeit, zusätzliche Mittel zu finden, um einen zukünftigen Krieg bezahlen zu können. Bei der Besprechung am 12. November wurde beschlossen, die völlige Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben des Landes mit größerem Nachdruck zu betreiben. Alle Bemühungen sollten auf die schleunige Auswanderung der Juden aus Großdeutschland ausgerichtet werden. Obwohl es klar war, daß die Judenpolitik bei Göring konzentriert sein sollte, veranlaßten fortwährende Reibereien zwischen Regierungs- und Parteistellen Ende 1938 Göring am 14. Dezember die nachfolgende Erinnerung in Umlauf zu bringen:

"Um die notwendige Handlungseinheit in der Judenfrage, welche die gesamte Wirtschaftslage stark beeinflußt, sicherzustellen, verlange ich, daß alle Erlasse und weitere bedeutende Anweisungen, die mit der Judenfrage zusammenhängen, mir vorgelegt werden, ehe sie herausgehen, und daß sie meine Billigung haben müssen. Ich verlange, daß Sie alle Abtei-

lungen und Stellen ihres Dienstbereichs davon in Kenntnis setzen und daß jegliches selbständige Vorgehen zu unterbleiben hat." (56)

Bei der Besprechung am 12. November ermächtigte Göring auch den SD, die jüdische Auswanderung entsprechend dessen eigenen Plänen und Maßnahmen zu organisieren. Am 15. November unterrichtete der SD das AA von seiner Absicht, entsprechend dem früheren Wiener Gegenstück in Berlin ebenfalls eine Reichszentrale für jüdische Auswanderung einzurichten. (55) Enge Mitarbeiter Görings berichteten SS-Oberführer Rudolf Likus, daß sich Göring und Himmler hinsichtlich der zukünftigen Judenpolitik völlig einig seien. (58) In ihrem Jahresabschlußbericht für 1938 konnte die Abteilung II/112 zufrieden die Zentralisierung feststellen, die in der zweiten Jahreshälfte stattgefunden und die der Abteilung in der Frage der Auswanderung neue Machtbefugnisse gebracht hatte. (59) Im gleichen Bericht brachte die Abteilung II/112 ihre Absicht zum Ausdruck, ihre Zuständigkeit auf alle Gebiete der Auswanderungspolitik auszudehnen, auch auf solche Gebiete, die zum Aufgabenbereich des AA gehörten- wie z.B. die Frage nach geeigneten Ländern und Gebieten, in welche die jüdische Auswanderung gelenkt werden sollte. Diese Frage hatte ja bei der Palästina-Debatte des Jahres 1937 eine zentrale Rolle gespielt.

Am 24. Januar 1939 teilte Göring in einem Schreiben an das Innenministerium mit, Reinhard Heydrich vom SD sei beauftragt worden, die jüdische Auswanderung aus Deutschland nach dem Vorbild der von Eichmann in Wien eingeführten Methoden zu organisieren. (60) Göring ordnete im Innenministerium die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung unter der Leitung des SD-Chefs Heydrich an. Er stellte fest, die jüdische Auswanderung aus Deutschland sollte mit allen Mitteln gefördert werden, und der ganze Auswanderungsvorgang sollte von nun an durch die neue Zentralstelle gelenkt werden. Göring wies auch erneut auf seine Stellung als Hauptinstanz nach Hitler in der Judenfrage hin.

Heydrich verschwendete keine Zeit mit dem Organisieren der Berliner Reichszentrale und der Sicherstellung der beherrschenden Rolle der SS in Sachen Auswanderung. In einem Schreiben vom 11. Februar 1939 an verschiedene Ministerien

umriß Heydrich den Aufbau der Reichszentrale und ließ wenig Zweifel an seiner Absicht, den SD zur alleinigen Kontrollinstanz zu machen. (61) Nach einem fast einjährigen Aufenthalt in Wien wurde Eichmann im Februar nach Berlin versetzt und Heinrich Müller, dem damaligen Chef der Gestapo, unterstellt. Müller war für die Reichszentrale zuständig. Die Wiener Zentralstelle wie auch die spätere Stelle in Prag wurden zu Außenstellen der Berliner Zentralstelle. (62) Auf diese Weise geriet der Auswanderungsvorgang unter die völlige Kontrolle der SS, die nur Göring und letztendlich Hitler verantwortlich war. (63) Die verschiedenen Ministerien wurden in allen Fragen der inneren wie äußeren Gesichtspunkte der jüdischen Auswanderung der umfassenden Machtbefugnis von Göring und Heydrich unterstellt. Auf diese Weise war die Palästina-Debatte offiziell zu Ende. Görings Schreiben an das Innenministerium vom 24. Januar gab Heydrich die Macht festzulegen, welche Teile der Welt die besten Zielgebiete für die jüdische Auswanderung seien. Die SS hatte beständig die jüdische Auswanderung nach Palästina gefördert. Mit ihrer größeren Machtfülle in der Auswanderungspolitik würde sie dies auch weiterhin tun.

Die Grenzen des gesetzlichen Auswanderungssystems

Während 1938 in Deutschland und in Österreich Bemühungen im Gange waren, die jüdische Auswanderung zu steigern, nahmen die Auswanderungsmöglichkeiten für deutsche und österreichische Juden in andere Länder allmählich ab. Die Zahl der Einreisebewillungen reichte nie für die Zahl der auswanderungswilligen Juden aus. Und einige Einreisebewilligungen galten für Länder, wo eine Ansiedlung für viele ältere Juden aus der städtischen Mittelschicht ein Glücksspiel war. (64) Die Einreise nach Palästina war inzwischen ebenfalls stark kontrolliert worden. Großbritannien beschränkte nicht nur die Anzahl der Einreisebewilligungen, sondern auch die zionistische Bewegung selbst legte im Vergleich zur Zeit vor 1938

strenge Maßstäbe bei zukünftigen Einwanderern an. Sie suchte junge, gesunde Leute mit einigen Kenntnissen in der Landwirtschaft oder im Handwerk. Darüberhinaus waren Leute mit Kapital zu einer Zeit bevorzugte Einwanderer, als die Notwendigkeiten und Interessen Palästinas die Oberhand über das Problem der Rettung von Juden vor der Verfolgung gewannen. (65) Die Unruhen und die Gewalttätigkeiten in Palästina in den Jahren 1936 bis 1938 hatten zu weiteren britischen Beschränkungen für die jüdische Einwanderung geführt. Die Länder der westlichen Welt sträubten sich nach 1937, die Einwanderungsquoten zu erhöhen, um der zunehmenden jüdischen Flüchtlingskrise gerecht zu werden. (66)

Im Sommer 1938 begann Eichmanns Auswanderungsaktion in Wien auf die schon gespannte internationale Flüchtlingslage eine nachteilige Wirkung auszuüben. 1935 hatte der Völkerbund einen Hohen Ausschuß für Flüchtlinge aus Deutschland gegründet; doch dieser Ausschuß erwies sich als wirkungslos. (67) Im Juli 1938 wurde auf Anregung von Präsident Roosevelt eine internationale Konferenz nach Evian, Frankreich, einberufen, um eine Lösung für das jüdische Flüchtlingsproblem zu finden. (68) 32 Staaten aus Europa, Nord- und Südamerika und den britischen Dominions wie auch Vertreter jüdischer Hilfsorganisationen und sonstiger Vereinigungen hatten sich im Bemühen versammelt, eine neue Heimat für den wachsenden Strom von Flüchtlingen aus Mittel- als auch aus Osteuropa zu finden. Die Konferenz dauerte eine Woche. Aus der Konferenz ging ein dauernder Auschuß hervor, der den Rest des Jahres 1938 wie auch zu Beginn des Jahres 1939 vergeblich versuchte, mit der deutschen Regierung ein Abkommen bezüglich der jüdischen Auswanderung zu treffen. Die Bemühungen des Ausschusses schlugen wegen der Widersprüche in der Politik der Evian-Staaten und Deutschlands fehl. Während die meisten Evian-Staaten die deutsche Regierung aufforderten, bei der schleunigen und geordneten Auswanderung deutscher Juden sowie dem Transfer von zumindest einem Teil des jüdischen Vermögens mitzuwirken, lehnten sie es entweder ab, ihre Einwanderungsquoten zu erhöhen oder versuchten tatsächlich, weitere Einschränkungen für die jüdische Einwanderung zu erreichen. Nicht einmal die USA waren bereit, ihre jährliche deutsche Einwanderungsquote in deutlichem Maße zu erhöhen. (69) Auf der deutschen

Seite zeigten sowohl Schacht als auch Göring einiges Interesse, mit dem Evian-Ausschuß trotz des erbitterten Widerstandes von Goebbels und Ribbentrop zusammenzuarbeiten. Letzten Endes jedoch war Deutschland weder bereit, einem Transfer eines beachtlichen Teils des jüdischen Kapitals in andere Länder zuzustimmen noch Ausländer an der Ausführung der innerdeutschen Judenpolitik zu beteiligen. Ribbentrops Vorstellungen, die zur Grundlage der deutschen Haltung wurden, wurden von Weizsäcker in einem Schreiben an die deutsche Botschaft im Juli 1938 dargestellt. (70) Weizsäcker zufolge betrachtete Ribbentrop die Judenfrage in Deutschland als innenpolitisches Problem der Deutschen, das keinesfalls Gegenstand einer ausländischen Einmischung sein konnte. Er widersetzte sich jeder Art von Transfer jüdischen Kapitals aus Deutschland oder irgendeiner Form von Zusammenarbeit mit der Evian-Konferenz.

Deutschland konnte nicht an einer internationalen Lösung der Judenfrage mitwirken, die auf Sympathie für die Lage der Juden in Mitteleuropa gründete. Das AA-Rundschreiben vom 25. Januar 1939 an alle deutschen Auslandsvertretungen verwarf die Vorstellung, daß jüdisches Vermögen aus Deutschland transferiert werden könnte, und verurteilte die Heuchelei der Evian-Staaten wegen ihrer Abneigung, mehr jüdische Einwanderer aufzunehmen. (71) Das Rundschreiben sprach sich weiterhin für die Zersplitterung der deutschen Juden aus und lehnte die Argumente der SS ab, daß dies zu neuen Gruppen führen würde, welche die Bevölkerung jener Länder gegen Deutschland aufbringen würden. Auf diese Weise lebte die Debatte zwischen den Anhängern und Gegnern der Konzentration und Zersplitterung in der Auswanderungspolitik wieder auf. Das Rundschreiben schloß mit dem Hinweis, daß sich Deutschland einer internationalen Lösung der Judenfrage nicht widersetze. Deutschland ziehe jedoch eine Beteiligung an einem internationalen Vorgehen vor, das von gänzlich anderen Voraussetzungen als die der Evian-Konferenz ausgehe. Das Rundschreiben stellte fest, daß jedes internationale Vorgehen nicht auf einer "falschen Sympathie" für die "verfolgte religiöse jüdische Minderheit" beruhen dürfe, sondern von der von allen erkannten Gefahr auszugehen habe, welche das Judentum für den völkischen Bestand aller Nationen darstellt."

Die Zusammenarbeit mit den Evian-Staaten hätte dem Hitler-Regime einigen Einfluß geben können, auf die Zielländer der jüdischen Auswanderung aus Deutschland Einfluß zu nehmen. Obwohl die meisten Evian-Staaten unwillig waren, größere Zahlen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen, so war es doch zu diesem Zeitpunkt vernünftig anzunehmen, daß eine große Zahl deutscher Juden in den Ländern von West- und Nordeuopa und Nordamerika Aufnahme gefunden hätte. Diese Politik war jedoch nicht mit den Zielen der SS-Auswanderungspolitik vereinbar, welche die Konzentration der deutschen Juden in einigen wenigen isololierten Gebieten, vor allem in Palästina und Südamerika, befürwortete und sich der Zersplitterung der deutschen Juden in der westlichen Welt widersetzte, wo sie nach Meinung der SS in der Lage wären, deutschen Interessen zu schaden. Im Juni 1938 forderte die Berliner SD-Zentrale Eichmann in Wien auf, ab sofort die Auswanderung österreichischer Juden in andere europäische Länder zu verhindern. (72)

Zwischen dem SD und dem AA bestand 1938 und 1939 in der Frage der jüdischen Auswanderung nach Palästina ein Unterschied in der Vorrangigkeit, nicht jedoch in der tatsächlichen Politik. In diesen Jahren hat es den Anschein, daß im AA die Auffassung des Referates-D gegenüber der von der Orient-Abteilung (Pol. VII) vorherrschte. Dies geht zweifelsohne auch auf die Ersetzung Neuraths durch Ribbentrop als Reichsaußenminister zurück. Das AA betonte weiterhin die Gefahr eines jüdischen Staates, selbst nachdem Großbritannien den Teilungsplan fallen gelassen und die jüdische Einwanderung nach Palästina wesentlich eingeschränkt hatte. (73) Andererseits ging ein Großteil des Widerstandes des AA, sich weiterhin auf Palästina als einem Ventil für die jüdische Auswanderung aus Deutschland zu verlassen, auf die Tatsache zurück, daß die Fähigkeit des Landes, zukünftig Massen europäischer Juden aufzunehmen, beschränkt war. Das Rundschreiben des Auswärtigen Amts vom 25. Januar 1939 wies auf die beschränkte Aufnahmefähigkeit Palästinas hin, wobei es die Judenfrage nicht länger als ein rein deutsches Problem ansah, sondern eher als ein Problem im europäischen Rahmen, wobei Millionen von Juden aus Europa vertrieben würden und eine neue europäische Rassenordnung errichtet werden würde.

Das Auswärtige Amt befürwortete nie die Beendigung der jüdischen Auswanderung nach Palästina. Auch der SD hatte sich stets Sorgen um die Gefahren gemacht, die ein unabhängiger jüdischer Staat für Deutschland bedeuten würde. Er hatte sich die Argumente, auf denen das Auswärtige Amt und andere ihre Haltung gründeten, zu eigen gemacht. In einem Positionspapier der Abteilung II/112 von Herbert Hagen wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland nie die Entscheidung Großbritanniens hinnehmen könnte, den jüdischen Wunsch nach einem unabhängigen Staat in Palästina zu befriedigen. (74) Dennoch betonte der SD die Rolle Palästinas als einem günstigen Zielland für die Juden Mitteleuropas. Er war auch sichtlich weniger von der Möglichkeit beunruhigt, daß jemals in Palästina ein unabhängiger jüdischer Staat errichtet würde. Im Sommer 1938 nahm die Abteilung II/112 die Haltung ein, daß sichDeutschland jeder britischen Absicht, Palästina zu teilen, und die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates zu gestatten, widersetzen würde. Palästina sollte jedoch weiterhin als nützliches Ventil für die jüdische Auswanderung aus Deutschland dienen, solange Großbritannien nicht diese politische Lösung ins Auge fassen würde. (75)

Die Förderung der ungesetzlichen Einwanderung nach Palästina

Großbritanniens einschränkende Einwanderungspolitik und nicht die Aussicht auf einen jüdischen Staat waren das Haupthindernis für die Palästina-Politik des SD, als er die Kontrolle über die jüdische Auswanderung aus Deutschland erlangte. Dies endete mit der Beteiligung des SD und der Gestapo an der Organisierung und Durchführung der ungesetzlichen Einwanderung von jüdischen Flüchtlingen in den Jahren 1938 und 1939 nach Palästina. (76) Auf der von Göring am 12. November 1938 einberufenen Konferenz gab Heydrich die Mittäterschaft des SD an ungesetzlichen Einwänderungsplänen zu, die in Österreich entstanden waren. (77) Bei der ersten Besprechung des Führungsstabes der neugegründeten Berliner Reichszentrale für die jüdische Auswanderung deutete Heydrich seinen Wunsch

an, den illegalen Transport von Juden aus Mitteleuropa nach Palästina auch weiterhin durchzuführen: "SS-Gruppenführer Heydrich sprach die Frage der illegalen Auswanderung der Juden nach Palästina an. Er wies darauf hin, er sei grundsätzlich gegen jede illegale Auswanderung. Im Falle Palästina jedoch sei derzeit die Lage so, daß von vielen europäischen Ländern, die selbst nur Durchgangsländer seien, illegale Transporte durchgeführt würden. Unter diesen Umständen sei auch für Deutschland die Möglichkeit gegeben, sich daran, wenn auch nicht offiziell, zu beteiligen." (78) Das Auswärtige Amt unterstützte den SD bei der Förderung der illegalen Auswanderung von Juden nach Palästina.

Sofort nach der Kristallnacht im November 1938 wurden alle politischen jüdischen Veringigungen, einschließlich der Zionistischen Vereinigung für Deutschland und des Centralvereins, aufgelöst. Alle jüdischen Zeitungen, ausgenommen das unpolitische "Jüdische Nachrichtenblatt", durften nicht mehr herausgebracht werden. (79) Die Gewalttätigkeiten an jenem Abend hatten auch zur Zerstörung des Palästinaamtes in der Meineckestraße in Berlin geführt. Nachdem die Gewalttätigkeiten vorüber waren, und Göring und die SS die Judenpolitik fest im Griff hatten, nahmen die Zionisten, wenn auch unter den veränderten Bedingungen der neuen Auswanderungsvorschriften des SD, wieder in ganz Deutschland ihre Arbeit auf. Ahron Walter Lindenstrauss, ein ehemaliger Beschäftigter des Berliner Palästinaamtes, sagte beim Eichmann-Prozeß aus, die SS habe unmittelbar nach dem Ende der Kristallnacht-Progrome geholfen, das Amt wieder einsatz- und arbeitsfähig zu machen. (80) Er sagte weiter aus, daß die SS behilflich war, die Einwanderungsbewilligungen, die schon von den britischen Behörden für eine Gruppe deutscher Juden zur Auswanderung nach Palästina ausgestellt worden waren, wieder zu beschaffen. Die SS ordnete in Berlin und Wien die Freilassung aller während der Kristallnacht Inhaftierten, die irgendwie mit dem Palästinaamt zu tun hatten, an. (81)

1937 gründete eine Gruppe jüdischer Gewerkschafter und Haavara-Offizieller den Mossad le Aliyah Bet (Ausschuß für illegale Einwanderung). Noch im gleichen Jahr errichtete der Mossad eine Außenstelle in Paris, von wo aus die illegale Auswanderung von Juden nach Palästina gesteuert werden

sollte. (82) Yehuda Ragin, Ze'ev Shind ind Zvi Yehieli, drei Agenten in Paris, bildeten den Kern der Mossad-Operationen. Der Mossad hatte auch Agenten in ganz Europa und im Nahen Osten. Zwischen 1938 und 1948 war er in der Lage, weit über 100 000 Juden illegal nach Palästina zu bringen.1938 wurden Mossad-Agenten für Berlin und Wien mit der Anweisung ernannt, funktionierende Arbeitsbedingungen mit dem SD und der Gestapo herzustellen, um die heimliche Auswanderung nach Palästina zu organisieren. (83) Ihre Aufgaben umfaßten die Abstimmung der Transporte in Deutschland und Österreich, die Auswahl und Organisierung jener Juden, die illegal auswandern wollten, sowie die Zusammenarbeit mit den NS-Behörden, ohne die es keine Auswanderung geben würde. Schon vor der Kristallnacht im November 1938 arbeiteten Mossad-Agenten unabhängig von der offiziellen zionistischen Organisation und der Jüdischen Agentur für Palästina (Jewish Agency), da beide die illegale Einwanderung nach Palästina vor diesem Zeitpunkt abgelehnt hatten. (84) In seinem Bericht über die illegale Einwanderung in Palästina kennzeichnete Ehud Avriel, ein ehemaliger Mossad-Agent in Wien, die Haltung der deutschen Behörden in Wien wie folgt: "Im Vorkriegsdeutschland waren diese Maßnahmen weder ungesetzlich noch geheim: das Gestapobüro auf der anderen Straßenseite wußte genau, wer wir waren und was wir taten. Das Ungesetzliche begann erst bei der britischen Blockade der Küsten Palästinas." (85)

Der SD und die Gestapo waren für die Zusammenarbeit mit dem Mossad zugänglich. Nach dem November 1938 beherrschten Mossad-Agenten die Palästinaämter in Berlin und Wien und später auch in Prag. Man gab ihnen Bauernhöfe und andere Einrichtungen, um Umschulungslager für zukünftige Auswanderer zu gründen. (86) Die Wiener Mossad-Agenten arbeiteten mit Unterstützung von Wolfgang Karthaus, einem hohen österreichischen NS-Funktionsträger, der für die Lage der Juden Verständnis hatte, um sich so die Zusammenarbeit mit Gauleiter Bürckel und den Gestapoleuten Lange und Kuchmann zu sichern. (87) Über sie erhielten sie jugoslawische Transitvisa. Damit war es österreichischen Juden möglich, sich über Mossad-Schiffe, welche die illegalen Auswanderer in jugoslawischen Häfen an Bord nahmen, auf den Weg nach Palästina zu machen. Eichmann brachte das Mossad-

System bald unter seine Kontrolle und forderte die Bewegung auf, größere Mengen illegaler Auswanderer aus Österreich wegzubringen. (88) Juden wurden auch die Donau hinabgeschmuggelt; über Schwarzmeerhäfen in Rumänien und in Bulgarien sowie durch Griechenland ging es dann nach Palästina. (89) 1939 setzte der SD die Mossad-Agenten in Berlin und Prag unter Druck, größere Mengen Juden aus dem Reich wegzubringen. Heydrich verlangte, daß allein aus Berlin wöchentlich 400 Juden weggeschickt werden sollten. (90) Im Sommer 1939 schloß der Mossad-Agent Pino Ginzburg mit der Berliner Gestapo ein Abkommen, wonach er per Schiff von den Häfen Emden und Hamburg aus 10 000 Juden nach Palästina bringen wollte. Der Kriegsausbruch im September erzwang den Abbruch der Maßnahme.

Obwohl die NS-Behörden versuchten, ihre Mittäterschaft bei der illlegalen Einwanderung der Juden in Palästina zu verheimlichen, war die Verwicklung der SS und der Gestapo in diese Sache sowohl der britischen als auch der amerikanischen Regierung in den Jahren 1938 und 1939 bekannt. Anfang Sommer 1938 berichtete das amerikanische Konsulat in Wien nach Washington, die Nachricht, daß die deutschen Behörden bei der illegalen Einwanderung mitteleuropäischer Juden in Palästina mitmacht, könne bestätigt werden. (91) Daß die Briten im Bilde waren, zeigte sich in Berichten des britischen Konsulats in Wien im Sommer und Herbst 1938 sowie in Debatten des Unterhauses im Juli 1939. (92)

Es wäre schwierig festzustellen, wie viele Illegale tatsächlich in den Jahren 1938, 1939 und 1940 aus Mitteleuropa nach Palästina gelangt sind. Die verfügbaren Schätzungen umfassen die gesamte illegale Einwanderung, die auch große Zahlen von Ostjuden enthielt, die noch nicht im Einflußbereich der Nationalsozialisten waren. Die Regierungen Polens und Rumäniens begeisterten sich für jeden Plan, gesetzlich oder ungesetzlich, der die jüdische Auswanderung aus ihren Ländern förderte. (93) Man muß davon ausgehen, daß der Anteil der Illegalen aus Großdeutschland an der gesamten illegalen Einwanderung nicht unbedeutend war. Das amerikanische Konsulat in Jerusalem berichtete im August 1938, daß sich selbst die jüdischen Behörden in Palästina nicht sicher waren, wieviele Juden das Land zu diesem Zeitpunkt illegal betraten. (94) Das Konsulat

berichtete, die jüdischen Behörden seien sich einig, daß jeden Monat etwa 500 Illegale ins Land kämen. N.I. Mindel vom Amt für Einwanderungsfragen schätzte, daß bis zum August 1938 über 25 000 illgeale Einwanderer in Palästina wohnten. Die britischen Schätzungen waren ebenfalls unterschiedlich. Malcolm Mac Donald, der britische Kolonialminister, behauptete, in den ersten sechs Monaten des Jahres 1939 seien etwa 4 000 illegale Einwanderer nach Palästina gekommen. (95) Das britische Außenministerium und das Kolonialministerium schätzten, daß in den sechs Monaten von April bis September 1939 über 11 000 Illegale mit Erfolg in Palästina eingewandert seien. (96) Jon und David Kimche versichern, daß Ende 1938 jeden Monat mehr als 11 000 Illegale nach Palästina eingewandert seien. (97)

Die deutschen Behörden erlaubten 1938 und 1939 weiterhin die gesetzliche wie auch die ungesetzliche Auswanderung aus Großdeutschland nach Palästina. 1938 billigte die Gestapo eine Forderung jüdischer Führer in Deutschland, die ausländischen Botschaften zu bitten, mehr Einreisebewilligungen für jüdische Auswanderer auszustellen. (98) Beim Eichmann-Prozeß in Jerusalem sagte Dr. David Paul Meretz, ein ehemaliger Zionistenfunktionär in Deutschland, aus, die Gestapo habe einer Bitte zugestimmt, eine Abordnung deutscher Zionisten im September 1939 zum bevorstehenden 21. Zionistenkongreß nach Genf zu schicken. (99) Meretz bestätigte, daß die Abordnung mehr gesetzliche Einreisebewillungen erhalten wollte. Sie wollte auch Wege auskundschaften, um die illegale Einwanderung nach Palästina zu fördern. Im Frühjahr 1938 kamen der SD und das Wirtschaftsministerium überein, das Haavara-System zum gegenwärtigen Zeitpunkt fortzuführen. Gelder, die von jüdischen Hilfsvereinigungen im Ausland für Zweck der Auswanderung bereitgestellt würden, sollten den Auswanderern ganz zur Verfügung stehen. (100)

Im Auswärtigen Amt zeigte sich gewöhnlich eine Unterstützung für die SS-Auswanderungspolitik. Referat Deutschland äußerte weiterhin seine Zweifel an der Konzentration zu vieler Juden in Palästina und an der zukünftigen Möglichkeit eines jüdischen Staates. (101) Andererseits waren sich die meisten Leute im AA im klaren, daß für die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina wenig Wahrscheinlichkeit bestand. Generalkonsul

Döhle hatte aus Jerusalem berichtet, daß die Briten den Teilungsplan aufgegeben hätten, und daß als Ergebnis ein jüdischer Staat unwahrscheinlich sei. (102) Werner-Otto von Hentig von Pol. VII folgerte, daß auf Grund des Scheiterns des Teilungsplanes die Gefahr eines jüdischen Staates in Palästina in der Tat nicht bestehe. Die jüdische Auswanderung nach Palästina könne weitergehen. (103) Aus London berichtete der deutsche Botschafter Dirksen, daß die Briten nicht nur den Teilungsplan aufgegeben hätten, sondern sich auch auf eine arabische Lösung des Problems zubewegten. (104)

Die neuen Zwangsmaßnahmen in Sachen Auswanderung, die in den Jahren 1938 und 1939 in Kraft traten, führten zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Juden, die 1939 gezwungen wurden, Großdeutschland zu verlassen. In den vier Monaten zwischen dem 1. Februar bis zum 31. Mai mußten 34 000 Juden das Altreich und weitere 34 300 Österreich verlassen. (105) Die Auswanderung nach Palästina war beachtlich hoch. Die Zahlen der gesetzlichen Einwanderung nach Palästina zeigen einen dramatischen Anstieg in der Zahl der deutschen Juden, die in den Jahren 1938 und 1939 in Palästina eingereist sind. Diese Zahlen wären wahrscheinlich höher, wenn die Zahl der Illegalen hinzugerechnet würde.

In Richtung Endlösung

Die Auswanderungsmaßnahmen, die vom SD in den Jahren 1938 und 1939 veranlaßt worden waren, wurden trotz zurückgehenden Erfolges in den beiden ersten Kriegsjahren fortgeführt. (106) Die Einwanderungsmöglichkeiten in andere Länder, die schon in den Jahren 1938 und 1939 stark eingeschränkt waren, wurden durch die widrigen Kriegsbedingungen weiter eingeschränkt. Zudem brachten die deutschen Eroberungen der Jahre 1939 und 1940 Millionen von Juden unter NS-Kontrolle. Dies machte es unmöglich, derartig große Mengen von Juden selbst mit den von Eichmann 1938 in Wien ausgeklügelten Methoden aus Europa wegzuschaffen. 1938 und 1939 förderte die SS noch immer die jüdische Auswanderung nach Palästina, wobei sie sowohl gesetzliche wie ungesetzliche Kanäle benutzte.

Umschulungsprogramme für deutsche Juden, die nach Palästina auswandern wollten, erhielten weiterhin die Unterstützung der SS, des AA und des Innenministeriums. Das ganze Jahr 194o und auch einen Großteil des Jahres 1941 hindurch taten die deutschen Behörden in Osteuropa nichts, um den stetigen, wenn auch chaotischen Strom jüdischer Flüchtlingen nach Palästina aufzuhalten; in einigen Fällen ermutigten sie sogar dazu. (107) Bei seinem Prozeß in Jerusalem sagte Eichmann: "Bis ich den Befehl erhielt, die Auswanderung einzustellen, hatte ich keinerlei Anweisungen, die Auswanderung nach Palästina, selbst in den ersten Kriegsjahren, zu unterbinden." (108)

Schumburgs Rundschreiben vom 25. Januar 1939 stellte fest, das jüdische Problem sei für Deutschland nicht allein dadurch gelöst, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen habe. Neben der Furcht vor der möglichen Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina lehnte Referat Deutschland eine Schlüsselrolle Palästinas bei der Lösung der Judenfrage auch wegen seiner Größe ab. 1938 hatten Schumburg und andere schon begonnen, die Judenfrage mehr im europäischen als im deutschen Rahmen zu sehen, als die Kriegspläne Gestalt annahmen. Es ging nicht länger einfach darum, eine halbe Million Juden aus Deutschland wegzuschaffen. Für den Nationalsozialismus war die Judenfrage in Anbetracht seiner Pläne für eine neue Ordnung in Europa letztendlich eine europäische Frage. Sie beinhaltete die Entfernung von etwa zehn bis elf Millionen Juden von der Nordsee bis zum Ural. Wie Schumburg in seinem Rundschreiben vom 25. Januar feststellte, wäre Palästina nie in der Lage, mehr als nur einen Teil davon aufzunehmen. (109) Es ist auch von Bedeutung, daß Hitler fünf Tage später in seiner Reichtagsrede im Zusammenhang mit einer neuen europäischen Rassenordnung auf das europäische Ausmaß der Judenfrage anspielte. (110)

Die Eroberung eines Großteils von Polen mit rund eineinhalb Millionen Juden im September veränderte den Rahmen der Judenpolitik der Nationalsozialisten gründlich. Zudem sollte der deutsch-sowjetische Pakt einen Monat später weiteres polnisches Gebiet mit einer riesigen Zahl von Juden unter deutsche Kontrolle bringen. Seit 1938 zielte die SS-Auswanderungspolitik darauf ab, die Juden aus Großdeutschland in Palästina, Südamerika und anderen nicht-europäischen Staaten

zu konzentrieren. Palästinas Größe und seine beschränkte Aufnahmefähigkeit wie auch die sich wandelnde Bereitschaft südamerikanischer und anderer Regierungen, jüdische Einwanderer aufzunehmen, machte es indes erforderlich, neue und geeignetere Gebiete für die Konzentration von Millionen von Juden zu finden, die bald aus Europa verjagt werden sollten. Daher betrachtete das Dritte Reich zwischen 1938 und 1940 Madagaskar und andere ähnlich abgelegene Gebiete als viel bessere Alternative zu Palästina, weil sie in der Lage waren, die Millionen von Juden aufzunehmen. (111)

Es ist schon erwähnt worden, daß Polen in den Jahren 1936 und 1937 mit Frankreich ein Abkommen gesucht hatte, wonach ein Großteil der jüdischen Bevölkerung Polens nach Madagaskar geschickt werden sollte. Im April 1938 bat das britische Kolonialministerium das britische Außenministerium, an Frankreich wegen der Einwanderugsmöglichkeiten für europäische Juden nach Madagaskar heranzutreten. (112) Wie Polen, so suchte auch Großbritannien, aber aus anderen Gründen, für jüdische Flüchtlinge weitere Alternativen zu Palästina. William Ormsby-Gore vom Kolonialministerium schrieb:

> "Könnten Sie ihn (M. Bonnet) fragen, ob Frankreich etwas tun kann, um jüdischen Flüchtlingen, vor allem aus Österreich, die Ansiedlung in Madagaskar zu erlauben? Um dem Außenministerum einen Gefallen zu tun, habe ich einer spürbaren Senkung der Einwandererzahlen, die ich persönlich für Palästina zulassen würde, zugestimmt- aber wenn das Außenministerium etwas dagegen hat, daß jüdische Flüchtlinge nach Palästina gehen, weil es versucht, die Araber zu besänftigen, so sollten wir in Anbetracht der Balfour-Erklärung jeden Einfluß nutzen, den wir haben, um für sie Zufluchtsorte vor religiöser und rassischer Verfolgung anderswo zu finden. Madagaskar ist groß, gesund, nicht entwickelt und dünn besiedelt."

Ende 1938 stimmte Frankreich zu, eine jüdische Ansiedlung auf der Insel Madagaskar ins Auge zu fassen, wenn Großbritannien und die USA gleiche Anstrengungen für einige ihrer Besitzungen machen würden. (113) Premierminister Chamberlain schlug Tanganyika in Ostafrika und Britisch-Guayana an der Nordostküste Südamerikas für eine jüdische Ansiedlung vor. (114)

Deutschland verfolgte den Schritt Polens in Sachen Madagaskar sehr aufmerksam. Wie Großbritannien und Polen, so waren auch die NS-Behörden wegen der Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina an weiteren Ventilen für eine jüdische Massenauswanderung intereressiert. Im Januar 1938 erhielt der polnische Außenminister vom deutschen Außenminister Neurath eine freundliche Botschaft hinsichtlich der polnischen Bemühungen, eine jüdische Auswanderung nach Madagaskar sicherzustellen.. (115) Julius Streicher war ein früher Befürworter jüdischer Auswanderung nach Madagaskar gewesen. Leitartikel in "Der Stürmer" vom Januar und Mai 1938 behaupteten, die Zeitung habe eine derartige Lösung der Judenfrage schon vor Jahren vorgeschlagen, und Polens jüngste Schritte verdienten wohlwollende Beachtung. (116) Die SS-Zeitung "Das Schwarze Korps" brachte im Februar 1938 einen Artikel, der die westlichen Demokratien kritisierte, weil sie nicht Teile ihrer Kolonialreiche für die jüdische Einwanderung öffneten. (117) Der Artikel kritisierte auch Frankreich, weil es auf den polnischen Schritt in Sachen Madagaskar nicht schneller reagierte. Der Artikel endete mit dem Hinweis, daß nur die gewaltsame Ansiedlung der Juden außerhalb Europas die Judenfrage lösen würde. Felix Kersten, Himmlers Leibarzt, behauptete, Himmler habe Hitler 1934 vorgeschlagen, die jüdische Auswanderung nach Madagaskar zu fördern. (118) Bei seinem Prozeß in Jerusalem sagte Eichmann aus, er habe kurz nach seiner Ankunft in Wien Anfang 1938 "mit dem Gedanken Madagaskar" gespielt. (119). Im März 1938 begann II/112 Madagaskar als ernsthafte Alternative zu Palästina bei der künftigen Lösung der Judenfrage in Erwägung zu ziehen. Am 5. März forderte Herbert Hagen die Eichmann-Abteilung II/112-3 auf, mit dem Sammeln von Unterlagen über Madagaskar als einer möglichen Lösung der Judenfrage zu beginnen. Er verwies dabei auf die früheren französisch-polnischen Verhandlungen und bezeichnete sie als einen positiven Schritt. (120)

Anfang 1939 schrieb und sprach Alfred Rosenberg bei mehreren Gelegenheiten zu Gunsten der Madagaskar-Lösung. Auch er unterstrich das europäische Ausmaß der Judenfrage und die Notwendigkeit einer starken Front antisemtischer Staaten unter der Führung von Deutschland, um die Juden aus Europa hinauszutreiben. Er unterstützte die Konzentration der europäischen

Juden auf Madagaskar oder in Britsch-Guayana und klammerte Palästina als zu klein aus, als daß es bei der Lösung der Judenfrage eine wirksame Rolle spielen könnte. Er versicherte, Deutschland könne nie einen unabhängigen Judenstaat in Palästina oder anderswo dulden. Er regte eine Übereinkunft für Madagaskar oder Guayana an. Dies würde ein Reservat schaffen, in dem die europäischen Juden unter der Kontrolle der westlichen Demokratien konzentriert würden. (121) Bei der Göring-Konferenz vom 12. November 1938 wurde das Thema kurz angeschnitten. Ernst Woermann vom AA zufolge hat Göring auf dieMadagaskar-Lösung wohlwollend reagiert und behauptet, auch Hitler neige dazu. (122) Hitler hatte schon seine Unterstützung für ein gemeinsames Vorgehen der antisemitischen Regierungen von Deutschland, Polen, Ungarn und Rumänien zum Ausdruck gebracht. Ein solches Abkommen habe das Ziel, den Transport von Millionen europäischer Juden nach Madagaskar zu sichern. Der ehemalige polnische Außenminister in Deutschland, Josef Lipski, schickte nach einem Zusammentreffen mit Hitler am 20. September auf dem Obersalzberg ein Telegramm an den polnischen Außenminister Beck in Warschau: "Er hat den Gedanken, das Judenproblem über eine Auswanderung in die Kolonien (Madagaskar) im Rahmen eines Abkommens mit Polen, Ungarn und möglicherweise auch Rumänien zu lösen (in diesem Zusammenhang sagte ich zu ihm, wir würden ihm in Warschau ein schönes Denkmal errichten, wenn er eine solche Lösung finden würde)." (123)

Während man in Deutschland 1938 und 1939 viel über Madagaskar sprach, gab es keine förmlichen Pläne oder diplomatischen Vorbereitungen für die Verbringung der Juden auf diese Insel, nach Guayana oder andere abgelegene Gebiete der Welt, bis Deutschland in den Jahren 1940 und 1941 einen Großteil Europas erobert hatte. Die bis in die Einzelheiten gehenden Vorschläge vom Referat Deutschland im Auswärtigen Amt sowie der SS im Jahre 1940, als die deutsche Eroberung Frankreichs und die erwartete Aufgabe Großbritanniens den Madagaskar-Plan konkrete Formen annehmen ließen, werden an anderer Stelle abgehandelt. (124) Es ist wichtig festzuhalten, daß Palästina von den deutschen Behörden zwischen dem Kriegsausbruch 1939 und der Entwicklung der Endlösung 1941 als wünschenswertes Zielland für jüdische Auswanderung

angesehen wurde. Der Schriftwechsel zwischen der SS und dem Auswärtigen Amt in den Jahren 1939 und 1940 weist darauf hin, daß bestehende Maßnahmen für die Auswanderung von Juden, die sich noch in Großdeutschland aufhalten, fortgeführt werden, während neue Vorschläge der Konzentration der jüdischen Massen in Ostpolen (das sog. Reservat Lublin) und auf Madagaskar als mögliche Lösung der umfassenden Judenfrage in Europa angesehen wurden. (125) Es scheint, daß es zwischen 1933 und 1940 in der Auswanderungspolitik der Nationalsozialisten von Palästina und Südamerika bis zum Reservat Lublin und Madagaskar eine beständige Linie gegeben hat. Diese Politik suchte die europäischen Juden stets in abgelegenen Gebieten außerhalb Europas, möglichst in Reservaten, unter der strengen Überwachung einer europäischen Macht zu konzentrieren. Während Palästina nach 1933 als Reservat für die deutschen Juden unter britischer Herrschaft diente, würde Madagaskar ein viel größeres Reservat für ein viel größeres Unternehmen unter französischer oder deutscher Kontrolle werden.

9. Deutschland, Palästina und der Nahe Osten 1938 - 1939

Wechselnde Formen der Hitlerschen Englandpolitik

Die erfolgreiche Verwirklichung von Hitlers Kriegszeitplan in den Jahren 1938 und 1939 hing von der Haltung Großbritanniens zu den getrennt geführten Kriegen ab, die Hitler gegen die östlichen Nachbarn Deutschlands zu führen plante. Seine Bemühungen, sich zwischen 1933 und 1937 eine deutsch-englische Verständigung zu sichern, die auf der gegenseitigen Anerkennung von Einflußbereichen beruhte, hatte nicht das Interesse der britischen Regierung erregt. Nach 1935 war es für Hitler in verstäktem Maße deutlich geworden, daß sich Großbritannien einer deutschen Beherrschung Europas weiterhin widersetzen würde. Andererseits hatten der Krieg in Abessinien und die Besetzung des Rheinlandes Hitler dazu geführt anzunehmen, daß Großbritannien wegen Mittel- und Osteuropa keinen Krieg führen würde. Was Josef Henke als Hitlers "ohne England Kurs" nach 1935 beschreibt, beruhte auf der Annahme, daß Großbritannien weder die deutsche Ausdehnung über die Eingliederung Österreichs und der Sudeten hinaus unterstützen würde noch zur Verteidigung von Hitlers zukünftigen Opfern in Osteuropa Krieg führen würde.

Der Österreich-Anschluß war kein richtiger Test für die Wirksamkeit von Hitlers "ohne England Kurs", weil Großbritannien 1938 bereit war, die friedliche Vereinigung von Deutschland und Österreich hinzunehmen. (1) Wie schon zuvor ausgeführt worden ist, hatte Lord Halifax anläßlich seines Berlin-Besuches im November 1937 die Bereitschaft der britischen Regierung zum Ausdruck gebracht, erforderliche Änderungen in der Österreich- und Sudetenfrage im Namen des Selbstbestimmungsrechtes zu unterstützen. Daher erwartete Hitler bei der Annektierung Österreichs im März 1938 wenig Widerstand seitens Großbritanniens. (2) Ribbentrop war Anfang März in

London. Er berichtete Hitler mehrmals, daß Großbritannien wegen Österreich keinen Krieg führen würde, selbst wenn der Anschluß mit Gewalt erfolgen müßte. (3) Der "ohne England Kurs" würde nicht auf die Probe gestellt werden, solange Deutschland auf dem europäischen Kontinent nicht mit einer Handlung drohte, bei der Großbritannien mit seinen Interessen in Konflikt kommen würde und zu deren Verteidigung die britische Regierung bereit wäre, mit Gewalt zu antworten.

Die Sudetenkrise 1938 zeigte die Risse im "ohne England Kurs". Britischer Druck zwang Hitler vorübergehend eine internationale Lösung, die sein beabsichtigtes Ziel knapp verfehlte, hinzunehmen. Bei dem nunmehr berühmten Treffen in der Reichskanzlei vom 5. November 1937 wurde das Ziel der deutschen Politik klar umrissen: die völlige Zerstörung der Tschechoslowakei und nicht nur die Vereinigung der Sudetendeutschen mit dem Reich. (4) Die sudetendeutsche Frage war nur ein Kriegsvorwand gegen die Tschechoslowakei als einem notwendigen Schritt in der systematischen Ausdehnung des deutschen Lebensraums in Mittel- und Osteuropa. (5) Hitlers Anweisung an die Befehlshaber der Wehrmacht, der Marine und der Luftwaffe vom 30. Mai 1938 sah die sofortigen Vorbereitungen für den Einmarsch in der Tschechoslowakei und die Zerstörung des tschechoslowakischen Staates vor. (6)

Großbritannien war bereit, bei einer Lösung der sudetendeutschen Frage mitzuwirken, welche die deutschen Forderungen nach der nationalen Selbstbestimmung der Sudetendeutschen erfüllt hätte. (7) Die britische Regierung machte jedoch auch deutlich, daß sie sich einem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei zwecks Lösung des Problems widersetzen würde. Am 11. Mai 1938 überreichte der britische Botschafter Henderson Außenminister Ribbentrop ein Schreiben, in dem eine klare Trennung zwischen der Haltung Großbritanniens bei der friedlichen Veränderung des Status der Sudetendeutschen und der Haltung im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschechoslowakei gemacht wird. (8) Henderson warnte, daß die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in einen größeren europäischen Krieg ausarten könnte, in dem Großbritannien nicht gleichgültig beiseite stehen würde. Während der Maikrise

des Jahres 1938 wies die britische Regierung erneut darauf hin, daß sie im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschechoslowakei nicht müßig beiseite stehen würde. (9)

Ob Großbritannien im Mai oder September 1938 wegen der Tschechoslowakei Krieg geführt hätte, übersteigt den Rahmen dieser Untersuchung. Wichtig ist hier die Beurteilung der Reaktion Hitlers auf die britischen Einmischungsdrohungen während der Krise und sein Vorgehen im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges mit Großbritannien im Jahre 1938. Der "ohne England Kurs" ging davon aus, daß sich Großbritannien trotz Einsprüchen und Protesten nicht in den Vorgang der deutschen Ausdehnung in Mittel- und Osteuropa einmischen würde. Sollte Berlin zur Einsicht kommen, daß das Erreichen dieser Ziele 1938 ohne einen richtigen Krieg im Westen nicht möglich war, dann hätte sich der "ohne England Kurs" als Fehlschlag herausgestellt. Die Suche nach einem deutsch-englischen Bündnis in den Jahren 1933 bis 1937 und der "ohne England Kurs" danach schlossen einen Krieg mit England aus.

Die britischen Drohungen während der Maikrise zwangen Hitler, die Möglichkeit eines Krieges mit dem Westen vor der völligen Eroberung des Lebensraumes im Osten in Erwägung zu ziehen. (10) Ende Mai ordnete er Maßnahmen an, um Deutschlands westliche Verteidigungslinien zu verstärken. Er wies die deutschen Streitkräfte an, sich auf eine mögliche Auseinandersetzung mit dem Westen vorzubereiten. Diese Maßnahmen, in Verbindung mit seinem Besuch in Italien, könnten eher ein Versuch gewesen sein, England zu entmutigen, wegen der Tschechoslowakei einen Krieg zu wagen, als eine letzte Entschlossenheit, diese Ziele unabhängig von den Folgen zu erreichen. Im April sagte Hitler auf dem Obersalzberg, daß der geplante Schritt gegen die Tschechoslowakei nur durchgeführt werden sollte, wenn sich Italien als treuer Bündnispartner Deutschlands erweise und wenn Frankreich und England von einem Eingreifen abgebracht werden könnten. (11) Es gelang ihm 1938 jedoch nicht, Mussolinis Zustimmung zum Eintritt in einen Krieg zu erhalten, der sich aus Deutschlands Feldzug für einen Lebensraum in Mittel- und Osteuropa ergeben würde. (12) Es ist auch klar, daß die deutschen Militärs 1938 einen Krieg gegen den Westen fürchteten und daher

gegen den geplanten Einmarsch in die Tschechoslowakei waren. Am 18. Juni übergab der Generalstab Hitler einen überarbeiteten Entwurf der Anweisung vom 3o. Mai für den "Fall Grün", der jedes militärische Vorgehen gegen die Tschechoslowakei von der völligen Gewißheit einer Nichteinmischung der Westmächte abhängig machte. (13)

Es ist nicht bekannt, welche unmittelbare Wirkung, wenn überhaupt, dieser Schritt der Militärs auf die Überlegungen Hitlers im Sommer 1938 hatte. Von den Vorgängen im Sommer und Herbst 1938 ausgehend, scheint es, daß Hitler davon abgebracht wurde, einen Krieg mit England zu wagen, um die Zerstörung der Tschechoslowakei durchzuführen. Im Sommer 1938 machte er weitere Versuche, um Großbritannien und Frankreich zu überzeugen, daß jede Großmacht ihren eigenen Einflußbererich hat und daß sie innerhalb dieses Macht- und Einflußbereiches ohne Einmischung von außen schalten und walten kann. (14) Die Vorstellung von Einfluß- und Machtbereichen der Großmächte schloß Verhandlungen über die Tschechoslowakei oder jede andere Frage, die als Teil des deutschen Einflußbereiches betrachtet wurde, aus. Genauso schloß sie ein internationales Vorgehen bei Fragen und Problemen aus, die sich im Einfluß- und Machtbereich der imperalistischen Interessen Großbritanniens und Frankreichs ergaben. Hitler war weder an einer britischen Vermittlung in der Sudetenkrise noch an einer anderen internationalen Lösung des Problems interessiert. (15)

Die Zweifel, die Großbritannien hinsichtlich Hitlers wahrer Absicht im Falle der Tschechoslowakei gehabt haben könnte, wurden anläßlich der Gespräche zwischen Hitler und Chamberlain Ende September in Bad Godesberg zerstreut. Hitler verlangte nicht nur die Eingliederung der Sudetendeutschen in das Reich, sondern auch den sofortigen Rückzug der tschechischen Truppen und den Einmarsch der deutschen Truppen in die abzutretenden Gebiete. All dies sollte über die Bühne gehen, ehe die Bedingungen der Rückgabe ausgearbeitet werden konnten. (16) Die tschechische Regierung, die schon der Abtretung des Sudetenlandes zugestimmt hatte, wäre auch gezwungen gewesen, die überlegt ausgebauten Verteidigungsanlagen des Landes vor dem Bau einer neuen Verteidigungsstellung preiszugeben. Der sofortige Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in das Sudetenland würde den

tschechischen Rumpfstaat jeglicher Sicherheit für seine nationale Existenz berauben. Chamberlain konnte Hitlers neuen Bedingungen zur Lösung des Sudetenproblems nicht zustimmen und beschuldigte in Bad Godesberg die deutsche Seite, bewußt auf einen Krieg hinzusteuern. (17)

In der letzten Septemberwoche war die Sudetenkrise am entscheidenden Punkt angelangt. Die Prager Regierung hatte alle deutschen Forderungen angenommen, ausgenommen den sofortigen Einmarsch der deutschen Truppen in das Sudetenland. Großbritannien und Frankreich, welche die tschechische Regierung gedrängt hatten, der Abtretung des Sudetengebietes zuzustimmen, weigerten sich, in die militärische Besetzung des Sudetenlandes durch Deutschland einzuwilligen. Auf deutscher Seite sollte der "Fall Grün" am 1. Oktober beginnen, wobei man voraussetzte, daß Prag sich weigern würde, die jüngste Forderung anzunehmen. Die ursprünglichen Pläne und Befehle vom April und Mai 1938 für den "Fall Grün" hatten angenommen, man stelle der tschechischen Regierung unannehmbare Forderungen, um so einen Vorwand für ein militärisches Vorgehen zu haben.

Es hat den Anschein, daß sich bei Hitler genügend Zweifel hinsichtlich einer britischen Einmischung entwickelt hatten. Diese zwangen ihn, den "Fall Grün" aufzugeben, in München die fremde Einmischung in eine Frage innerhalb des deutschen Macht-und Einflußbereiches zu dulden und eine Lösung hinzunehmen, die seinem Ziel nicht entsprach. Er sah sich einer Wahl gegenüber, die er immer gehofft hatte zu vermeiden, nämlich einer Wahl zwischen der Vernichtung der östlichen Nachbarn Deutschlands und dem Frieden mit Großbritannien. Sein "ohne England Kurs" war zumindest vorübergehend fehlgeschlagen, weil die beiden Teile dieser Politik 1938 unvereinbar schienen. Einer mußte dem anderen geopfert werden. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Frieden mit Großbritannien auf Kosten der Vernichtung der Tschechoslowakei bewahrt.

Am 26. September traf sich Hitler mit Sir Horace Wilson, einem engen Berater Chamberlains, in Berlin. Wilson wies Hitler warnend darauf hin, daß Großbritannien auf der Seite Frankreichs stehen würde, sollte es wegen der Sudetenkrise zu einem deutsch-französischen Krieg kommen. (18) In einem Bericht der deutschen Botschaft in London vom 28. September

nach Berlin hieß es, daß England eingreifen würde, sollte Deutschland nach Prag marschieren. (19) Am gleichen Tag wurde die britische Flotte mobilisiert, um Hitler von einem Angriff auf die Tschechoslowakei abzubringen.(20)

Es gab weitere Faktoren, die Hitler gebremst und sein Gefühl der Vereinzelung vermehrt haben müssen. Der größte Faktor war wohl Italiens Widerwille, jedes Vorgehen zu ermutigen, das zu einem allgemeinen europäischen Krieg führen konnte. Die italienische Haltung zeigte sich in einem Aufruf Mussolinis zu weiteren Verhandlungen über das tschechische Problem und sein Vorschlag einer Viermächtekonferenz zur Lösung des Problems. (21) Die ungarische Regierung war auch nicht gewillt, einen allgemeinen euopäischen Krieg trotz ihres Hungers auf tschechoslowakisches Gebiet zu riskieren. (22) Schließlich könnte auch die negative Reaktion der Berliner auf eine Zurschaustellung der deutschen militärischen Stärke längs der Wilhelmstraße ein Bremsschuh gewesen sein. (23) Die Drohung einer britischen Einmischung war sicherlich der ausschlaggebende Faktor, der Hitlers plötzlichen Rückzieher vor einem Krieg veranlaßte. Er hätte nicht die tätige Mithilfe Italiens oder Ungarns oder die Unterstützung der deutschen Bevölkerung benötigt, um gegen eine alleinstehende Tschechoslowakei Krieg zu führen.

Hitler scheint seine Entscheidung, nicht in die Tschechoslowakei einmarschiert zu sein, sofort nach der Münchener Konferenz bereut zu haben. (24) Er verübelte den Westmächten ihre Einmischung in Mitteleuropa sowie eine Lösung, die ihn um seinen Eroberungskrieg gegen die Tschechoslowakei gebracht hatte. Zudem verzögerte München seinen Zeitplan für die Eroberung von Lebensraum in Osteuropa. Während der Monate nach München kam er zur Erkenntnis, daß das Abkommen England nur die Möglichkeit für die gewollte zusätzliche Zeit verschaffte, um seine Wiederaufrüstung und seine Vorbereitungen für einen zukünftigen Krieg zu vollenden. (25) Er schloß daraus, daß Großbritannien im September nur geblufft hatte und wegen der Frage eines tschechischen Überlebens gegen Deutschland keinen Krieg geführt hätte. Seine Verärgerung wurde noch durch den unangenehmen Gedanken verstärkt, daß seine Entscheidung, sich mit den Westmächten in München zu treffen, weder notwendig noch strategisch gut war.

In Reden am 9. Oktober in Saarbrücken, am 6. November in Weimar und am 8. November in München erklärte er, Deutschland werde eine britische Einmischung in den europäischen Einflußbereich Deutschlands nicht länger dulden. (26) Er führte weiterhin aus, daß der Schutz und die Verwirklichung der berechtigten Rechte Deutschlands nicht länger Verhandlungen mit außenstehenden Mächten geopfert würden, und daß Deutschland nicht vor einem Krieg zurückscheuen würde, um zukünftig seine Ziele zu erreichen. In einer Rede vor den Mitgliedern der deutschen Presse am 10. November in München, äußerte er seine Besorgnis über die öffentliche deutsche Meinung und die Friedenseuphorie, die auf die Münchener Konferenz gefolgt war. (27)

Er rief die Presse auf, die Öffentlichkeit auf den Krieg vorzubereiten, und gab zu, es sei in der Vergangenheit erforderlich gewesen, die deutsche Außenpolitik im Rahmen wiederholter Beteuerungen der friedlichen Absichten Deutschlands zu betreiben. Er gab weiter zu, daß seine Versprechungen, Deutschland sei nach der Lösung der Österreich- und Sudetenfrage zufriedengestellt, Teil seiner vorherigen Friedenspropaganda gewesen seien. Er versicherte, daß nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein könnte als die Annahme, Deutschland sei nach München eine zufriedengestellte Macht. Deutschland stehe vielmehr, so schloß er seine Rede, am Beginn umfassender Entwicklungen, bei denen sich die Nation bedeutenden außenpolitischen Aufgaben gegenübersehe.

Ende 1938 war Hitler bereit, seine Ziele in Mittel- und Osteuropa zu verfolgen, selbst wenn dies Krieg mit Großbritannien mit sich brächte. (28) Die Ereignisse des Jahres 1938 hatten ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß ein Krieg gegen den Westen notwendig werden könnte, ehe Deutschland seine Vormachtstellung auf dem Kontinent erreicht hätte. Dies bedeutete, daß der frühere Zeitplan, der auf dem Erreichen der europäischen Vormachtstellung vor jeder Auseinandersetzung mit England beruhte, geändert werden mußte. Hitler mußte wegen der Haltung Großbritannien folgerichtig mit der Planung eines möglichen Westfeldzuges beginnen, um einem möglichen Angriff der Sowjetunion zuvorzukommen. (29) Bei der Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937 hatte Hitler die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit dem Westen wegen

der Österreich- und Sudetenfrage nicht ausgeschlossen. Während der Maikrise des Jahres 1938 war er erneut genötigt gewesen, die Möglichkeit eines Krieges mit dem Westen als einem ersten Schritt zur Eroberung Osteuropas in Erwägung zu ziehen.

Obwohl Hitler seinen langgehegten Wunsch einer Einigung mit England auf der Grundlage von Einflußgebieten Anfang 1939 nicht aufgegeben hatte, war er bereit, eine solche Einigung mit England mittels Krieg zu erzwingen. Er hatte nicht die Absicht, das britische Weltreich zu vernichten, wollte aber statt dessen die britische Macht vom europäischen Kontinent verdrängen. (30) Auf diese Weise hoffte er, Großbritannien dazu zu zwingen, die Art von deutsch-englischer Partnerschaft anzunehmen, für die er sich schon früher ausgesprochen hatte.

Am 26. November wurde vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) auf Hitlers Anordnung ein Positionspapier vorbereitet, das als Grundlage für die bevorstehenden militärischen Besprechungen mit Italien dienen sollte. (31) Es sah einen möglichen Krieg zwischen den Achsenmächten und Großbritannien und Frankreich vor, in dem Großbritannien vom Kontinent verdrängt und letztendlich gezwungen würde, Deutschlands Eroberung von Lebensraum anzuerkennen. Es scheint keinerlei Absicht bestanden zu haben, einen umfassenden Krieg gegen Großbritannien und sein Kolonialreich zu führen. Hitlers Strategie bestand darin, Frankreich zu zerschmettern- so etwas hatte er in "Mein Kampf" geplant, um so Großbritannien auf dem Kontinent einen Stützpunkt zu nehmen. Deutschland könnte dann seine Aufmerksamkeit nach Osten im Kampf gegen die Sowjetunion richten.

Am 23. Mai traf sich Hitler mit seinen Befehlshabern in der Reichskanzlei. (32) Was bei der Besprechung gesagt wurde, liefert ein klares Bild von der Strategie und den Zielen Hitlers gegenüber England in den kommenden Monaten. Die Eroberung von Lebensraum im Osten wurde als Deutschlands wesentliches geopolitisches Ziel betont. Es wurde beschlossen, bei der ersten günstigen Gelegenheit in Polen einzumarschieren. Die Wahrscheinlichkeit, diese Aufgabe lösen zu können, ohne einen Krieg mit dem Westen heraufzubeschwören, sei gering. Bei dieser Besprechung wurde eine erste Andeutung eines vorübergehenden möglichen Wechsels in den Beziehungen mit

der Sowjetunion während einer Zwischenstufe in der Auseinandersetzung mit dem Westen gemacht. (33) Während bei der Aussprache schließlich Pläne für die Niederringung und Besetzung der Niederlande, Belgiens und Frankreichs zustande kamen, gab es keine ähnlichen Pläne für Großbritannien und sein Kolonialreich. Luft- und Seeangriffe gegen Großbritannien würden von Flugplätzen und Häfen längs des Kanals und der Nordsee aus erfolgen, bis England die deutsche Vorherrschaft über den europäischen Kontinent anerkennen würde.

Die Vorgänge des Sommers 1939 beweisen Hitlers fortwährende Bevorzugung eines Einvernehmens mit England. Die einzige Änderung in Hitlers Englandpolitik nach München war die, daß er bereit war, eher gegen England Krieg zu führen, als irgendeinen Teil seiner Pläne für den Lebensraum aufzugeben oder zu verschieben.Dies bedeutete nicht, daß seine Hoffnungen auf eine deutsch-englische Zusammenarbeit verschwunden waren. Sein Fehlschlag, sich die freiwillige Nichteinmischung der Westmächte zu sichern, hatte ihn gezwungen, sich vorübergehend mit der Sowjetunion zu einigen, um gemäß den in der Reichskanzlei am 23. Mai erarbeiteten Richtlinien vorzugehen. Er wollte trotz der sich entwickelnden Beziehungen mit der Sowjetunion noch immer einen Krieg mit England vermeiden. Er verdeutlichte dies in einem Gespräch am 11. August mit dem Völkerbundkomissar für Danzig, Carl Burckhardt. (34) Während der Gespräche in letzter Minute mit dem britischen Botschafter Henderson am 24. und 25. August, deutsch-englische Feindseligkeiten wegen Polen zu vermeiden, ließ Hitler seine vergangenen Versuche, sich mit England zu einigen, am geistigen Auge vorüberziehen und bedauerte Großbritanniens Fehler, darauf nicht eingegangen zu sein. (35) Er sagte Henderson weiterhin, daß Deutschland die Absicht habe, das Danzig- und das Korridorproblem zu lösen, und brüstete sich dabei der sowjetischen Unterstützung. Er wies warnend darauf hin, daß Deutschland nicht länger dem Nachteil eines Zweifrontenkriegs ausgesetzt sei. (36) Schließlich wiederholte er seinen langgehegten Wunsch nach einer deutsch-englischen Einigung auf der Grundlage gegenseitiger Garantien und Unterstützung.

Die Krisentage im August sowie die Drohung eines Krieges mit Großbritannien hielten Hitler, wie das noch Jahr zuvor der Fall gewesen war, nicht auf. Er war bereit, nach seiner

sogenannten Zwischenstufe vorzugehen, wobei er durch sein Bündnis mit Stalin geschützt war. (37) Hitler dachte, dies bis zum Sommer 1940 erreicht zu haben. Dann hoffte er letztendlich in der Lage zu sein, die Übereinkunft mit England zu erreichen,die es ihm ermöglichen würde, sich gegen die UdSSR zu wenden, um Lebensraum in Osteuropa zu erobern. (38)

Deutsche Propaganda und italienische Nahostpolitik

Hitlers Bemühungen, auf England Druck auszuüben, um 1938 und 1939 die Zustimmung für seine Ausdehnungspläne in Mittel- und Osteuropa zu erhalten, wurden durch einen intensiven anti-britischen Propagandafeldzug verstärkt. (39) Die Ziele dieses Propagandafeldzuges waren: einmal die britische Regierung durch die Entschlossenheit Deutschlands zu beeindrucken, seine Ziele in Europa notfalls mit Krieg zu erreichen, zum anderen die Briten von Europa abzulenken, indem man von Zeit zu Zeit die Politik des britischen Imperialismus angriff. Ein Großteil der Munition für diesen Propagandafeldzug lieferte die nach wie vor unsichere Lage im Nahen Osten, vor allem in Palästina, nach der Veröffentlichung der Empfehlungen des Peel-Ausschusses. (40) Anfang 1938 begann Deutschland von einem Rundfunksender bei Zeesen Sendungen in arabischer Sprache auszustrahlen. (41) Die Sendungen unterstrichen die deutsch-arabische Freundschaft und kritisierten die englische und französische Nahostpolitik. Palästina war eine besonders geeignete Quelle für anti-britische Propaganda, obwohl die Angriffe auf die britische Politik in der deutschen Presse und im deutschen Rundfunk nie zu einer Ausschaltung der britischen Macht im östlichen Mittelmeer aufriefen. Verschwommene Hinweise auf die berechtigten nationalen Bestrebungen des arabischen Volkes stellten keine Befürwortung eines Endes der britischen Macht und des britischen Einflusses im Nahen Osten dar. Ende 1938 war das britische Außenministerium überzeugt, daß die deutsche Propaganda gegen Großbritannien

in Sachen Palästina und Naher Osten dazu bestimmt war, den Druck auf Großbritannien in der Levante-Frage aufrechtzuerhalten und zu verstärken, um es von den europäischen Problemen abzulenken. (42)

Bei mehreren Anlässen nutzte Hitler die Unruhen in Palästina zu dem Versuch, die britische Regierung in Verlegenheit zu bringen und sie zu seiner Vorstellung wechselseitig vereinbarter Interessengebiete zu zwingen. In seiner Reichstagsrede vom 20. Februar 1938 griff er das britische Parlament und die britische Presse wegen ihrer ständigen Kritik an der politischen und rassischen Verfolgung in Deutschland an. (43) Er nahm dabei auch Bezug auf die harten Urteile gegen arabische Aufständische, die von britischen Militärgerichten verhängt wurden:

"Ich rate den Mitgliedern des englischen Unterhauses, sich um die Urteile der britischen Militärgerichte in Jerusalem und nicht um die Urteile der deutschen Gerichte zu kümmern... Ich würde es den Mitgliedern des Reichstages nie erlauben, sich mit Angelegenheiten der englischen Justiz zu befassen. Die Interessen des britischen Weltreiches sind sicherlich sehr groß; sie werden von uns auch entsprechend anerkannt. Aber der deutsche Reichstag und ich als Vertreter dieses Reichstages und nicht eine Abordnung englischer Briefeschreiber bestimmen, was für das deutsche Volk und sein Reich am besten ist."

Auf der Abschlußveranstaltung des Nürnberger Parteitages am 12. September 1938 verglich Hitler die Sudetendeutschen mit den Arabern und warnte:

"Meine Aufgabe und die Aufgabe von uns allen, liebe deutsche Volksgenossen, ist sicherzustellen, daß hier nicht aus Recht Unrecht wird. Ich bin nicht gewillt, hier im Herzen Deutschlands durch die Gerissenheit anderer Staatsmänner ein zweites Palästina entstehen zu lassen. Die armen Araber sind ohne Verteidigung und vielleicht vergessen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei sind weder hilflos noch sind sie vergessen."

In seiner Rede vom 9. Oktober in Saarbrücken verlangte Hitler erneut, Großbritannien möge einer deutschen Handlungsfreiheit in Mitteleuropa als Gegenleistung für die deutsche

Unterstützung Großbritanniens in Palästina und anderswo im britischen Weltreich zustimmen. (45) Auf der gleichen Welle ritt er am 8. November im Münchener Bürgerbräukeller:

"Die englischen Parlamentarier kennen sich sicherlich sehr gut im britischen Weltreich aus, aber nicht in Mitteleuropa. Hier fehlt ihnen jegliche Kenntnis der Umstände, Vorgänge und Verbindungen.Sie müssen diese Feststellung nicht als Beleidigung auffassen,denn wir kennen uns auch nicht so gut in Indien oder in Ägypten oder gar in Palästina aus. Ich hielte es für richtig, wenn diese Herrschaften ihr ungeheures Wissen und ihre unfehlbare Weisheit derzeit z.B. auf Palästina konzentrieren würden. Dort könnten sie wunderbare Dinge vollbringen. Denn was dort geschieht, schmeckt viel nach Gewalt und wenig nach Demokratie. Aber ich nenne dies nur als ein Beispiel, es soll keineswegs eine Kritik sein, denn ich bin nur der Vertreter des deutsches Volkes und nicht der Fürsprecher für andere. Darin liegt der Unterschied zwischen mir und Mr. Churchill und Mr. Eden, die sich als Fürsprecher für die ganze Welt aufspielen."

In seiner Rede in Wilhelmshaven am 1. April 1939 vertrat Hitler schließlich wieder die gleichen Argumente, um die britischen Proteste wegen der Eingliederung von Böhmen und Mähren in das Reich zu kontern: "Wenn ein britischer Staatsmann meint, daß jedes Problem im Bereich des deutschen Interessengebietes zuerst mit England besprochen werden muß, dann könnte ich gleichermaßen verlangen, daß jedes britische Problem zuerst mit uns zu besprechen ist. Diese Engländer würden mir sicherlich antworten: 'Die Deutschen haben in Palästina nichts zu suchen!' Wir wollen mit Palästina nichts zu tun haben. Genauso wie wir Deutsche nichts in Palästina zu suchen haben, hat England nichts in unserem Lebensraum zu suchen." (47)

Genauso wie die deutsche Propaganda gegen England kein Versuch war, die britische Stellung in Palästina oder im ganzen Nahen Osten zu untergraben, so hatten die deutschen Beziehungen mit Italien in den Jahren vor dem Krieg keinesfalls die Absicht, den Status Quo im östlichen Mittelmeer zu ändern. Es ist schon zuvor festgestellt worden, daß Hitler in den 20er Jahren und zu Anfang der 30er Jahre seine Gleichgültigkeit am gesamten Mittelmeergebiet zum Ausdruck gebracht und

es als Italiens natürliches Interessen- und Ausdehnungsgebiet anerkannt hatte. Die Beweislage weist darauf hin, daß Hitler in den Jahren vor dem Krieg weder eine englisch-italienische Auseinandersetzung im Mittelmeer förderte noch irgendwelche bestehenden Ansprüche Italiens gegenüber britischem Gebiet im Nahen Osten unterstützte.

Bei mehreren Anlässen Ende der 30er Jahre wiederholte Deutschland sein Desinteresse am Mittelmeerraum und seine Unterstützung für eine starke italienische Stellung in diesem Gebiet. (48) Bei einem Italienbesuch im September 1936 sagte Hans Frank zu Mussolini, daß Hitler das Mittelmeer als ein italienisches Meer betrachtet, wo Italien das Recht habe, eine beherrschende Rolle zu spielen. (49) Während des Deutschlandbesuchs von Mussolini im September 1937 wurde vereinbart, daß Deutschland weiterhin die italienischen Interessen im Mittelmeer unterstützt, während Italien die vorherrschende Rolle Deutschlands in Österreich anerkennt. (50) Es wurde weiterhin vereinbart, daß sich jeder bemühen sollte, für den anderen Vorteile bei einer Verbesserung der Beziehungen mit Großbritannien herauszuholen. Im März 1939 teilte der deutsche Botschafter vom Mackensen Graf Ciano mit, daß Hitlers Politik das Mittelmeer nach wie vor als ein italienisches Meer betrachte, und daß Deutschland keinen gebietsmäßigen Ehrgeiz in diesem Raum habe. (51) Am 25. März schickte Ribbentrop eine Denkschrift an verschiedene Ministerien und Parteistellen, in der zum Ausdruck kam, daß die deutsche Politik im Mittelmeerraum die Erfordernisse und den Ehrgeiz Italiens widerspiegeln würde. (52) Im November 1938 konnte Generalkonsul Döhle aus Jerusalem berichten, daß Deutschland die ungeschriebene Vereinbarung der Achse Berlin-Rom, derzufolge Deutschland die italienische Politik im Mittelmeer und Nahen Osten unterstützt, sorgfältig beachte. (53)

Die italienische Enttäuschung nach der Friedensregelung von 1919, durch die der britische und französische Einfluß im Mittelmeerraum gestärkt wurden, nährte die revisionistischen Gefühle des faschistischen Italien nach 1925. Mussolinis Vorstellung vom gesamtem Mittelmeer als dem "Mare nostrum" erschien als ziemlich allgemeines, schlechtumrissenes Ziel, gegebenenfalls Großbritannien und Frankreich als die vorherrschenden Mächte im Mittelmeer und im Roten Meer

abzulösen. (54) Italien stellte indes keine besonderen Ansprüche im Nahen Osten an Großbritannien, sieht man vom Wunsch ab, einen Anteil an der Kontrolle und der Verwaltung des Suezkanales zu erhalten. Während Italien darauf bedacht war, sein eigenes Ansehen und seinen Einfluß im Nahen Osten zu schützen und zu fördern, versuchte es nicht, Großbritannien als Mandatsmacht zu ersetzen. In den 20er Jahren erkannte Mussolini die britische Notwendigkeit einer Verbindung mit Indien über Palästina und Transjordanien an und stellte die britische Kontrolle über diese Gebiete nicht in Frage. Andererseits äußerte Italien gelegentlich Interesse, Frankreich als Mandatsmacht in Syrien abzulösen. (55) Syrien, Albanien, Tunis, Korsika und Nizza waren die Hauptziele des italienischen Revisionismus in den Zwischenkriegsjahren im Mittelmeerraum. Der englisch-italienische Gegensatz stammte aus den Gebieten Abessinien, Somalia und dem Roten Meer sowie aus der englischen Anwesenheit auf Malta. (56)

In den 20er Jahren und Anfang der 30er Jahre unterstützte Mussolini mehr oder weniger die Ziele der zionistischen Bewegung und den Gedanken an eine nationale jüdische Heimstatt in Palästina. (57) Auch er war zuerst der Auffassung, der Einfluß der Großmächte in Palästina und im Nahen Osten werde am besten durch die Unterstützung des Zionismus gefördert. Sowohl Großbritannien als auch Italien kamen indes Ende der 30er Jahre zu der Erkenntnis, daß sich eine Unterstützung der arabischen Seite als fruchtbarer erweisen würde. Bis 1935 verfolgte Mussolini mit Frankreich und England eine Politik der Zusammenarbeit, wobei er hoffte, deren Unterstützung für die geplante Eroberung Abessiniens zu erhalten. Seine Haltung zu Österreich im Jahre 1934 und sein Mitwirken an der sogenannten Stresa-Front gegen Deutschland im Jahre 1935 sind Hinweise auf diese Politik. (58) Der Abessinien-Krieg 1935 und der Spanische Bürgerkrieg im Jahr darauf zwangen Mussolini zur Erkenntnis, daß er seine Ziele nur gegen den britisch-französischen Widerstand erreichen konnte. In der Folge startete Italien einen heftigen anti-englischen Propagandafeldzug im Nahen Osten sowie ein Programm zur finanziellen Unterstützung der arabischen Aufständischen in Palästina. Italiens Anstrengungen, die arabische Öffentlichkeit nach 1936 für sich einzunehmen, waren mehr dazu bestimmt,

auf Großbritannien Druck auszuüben, damit es die italienische Eroberung von Abessinien und eine gewisse Gleichberechtigung in Ostafrika sowie im Roten Meer anerkenne, als um die britische Macht im Nahen Osten zu untergraben.

Hitler hatte stets eine italienisch-englische Auseinandersetzung im Mittelmeer und in Ostafrika vermeiden wollen, da er sowohl England als auch Italien als Verbündete Deutschlands haben wollte. Es wird später zu beweisen sein, daß Hitler großen Wert darin sah, die Überseeschwierigkeiten Großbritanniens zu benutzen, um es zu einer entgegenkommenderen Haltung gegenüber Deutschlands Plänen in Mittel- und Osteuropa zu zwingen. Sowohl Hitler als auch Mussolini konnten nach 1937 aus den Schwierigkeiten Großbritanniens in Palästina Nutzen ziehen. Sie dachten nicht daran, die Stellung Großbritanniens in Palästina zu vernichten, sondern vielmehr den Druck auf Großbritannien zu verstärken, damit es der italienischen Ausdehnung in Afrika und der deutschen Ausdehnung in Europa zustimme. Im November 1937 schickte der britische Botschafter Henderson aus Berlin nachfolgende Beurteilung des Wertes der italienischen Mittelmeerpolitik für die deutschen Ziele in Europa:

> "Wenn sich ein deutsch-englisches Einvernehmen als nicht zu verwircklichen herausstellen wird, dann ist es wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung ihre Ziele in erster Linie nicht durch einen Angriff auf Großbritannien zu verwirklichen sucht, sondern durch eine Politik des Druckes in anderen Teilen der Welt. Die Verbindungen mit Italien und Japan werden Deutschland eine gute Gelegenheit bieten, dies auszunutzen. Es kann erwartet werden, daß die deutsche Regierung Italien mehr oder weniger tätig unterstützt, um uns im ganzen Mittelmeerbecken Schwierigkeiten zu machen." (59)

Man kann den eingeschränkten Handlungsspielraum der deutschen Anstrengungen, die Schwierigkeiten Großbritanniens im Nahen Osten zu vermehren, abschätzen, wenn man die deutsche Stellung in den italienisch-englischen Beziehungen kennt. Während die italienischen Bemühungen, die anti-britischen Gefühle in der arabischen Welt zu ermutigen, zu Deutschlands Vorteil waren, unterstützte Hitler auch Maßnahmen, die eine italienisch-englische Auseinandersetzung im Mittelmeerraum und

im Gebiet des Roten Meeres verhindern würden. Er billigte die italienisch-englische Übereinkunft vom Januar 1937, wonach Großbritannien und Italien Schritte unternehmen sollten, um den Propagandakrieg im östlichen Mittelmeer zu beenden. (60) Obwohl dieses Abkommen zu keiner Verbesserung der italienisch-englischen Beziehungen führte, war es dennoch ein Schritt zu einem umfassenderen italienisch-englischen Einvernehmen Anfang 1938. Im Sommer und Herbst 1937 hatte Großbritannien versucht, angesichts des arabischen und jüdischen Widerstandes Italiens Unterstützung für den Peel-Teilungsplan zu bekommen. Großbritannien hatte weiterhin ein Abkommen gesucht, auf Grund dessen Italien aufhören würde, die antibritischen Kräfte in Palästina, sowohl arabischer als auch jüdischer Herkunft, zu unterstützen. (61) Trotz Deutschlands entschiedener Ablehnung des Gedankens einer Teilung und eines unabhängigen jüdischen Staates hatte das Audwärtige Amt in Berlin am 23. August 1937 seine Botschaft in Rom angewiesen, sich jeden Versuchs zu enthalten, die italienische Politik oder die italienische Verhandlungslage mit England zu beeinflussen. (62) Das Telegramm vom 23. August wies die deutsche Botschaft in Rom an, der italienischen Regierung die Auffassungen Deutschlands zu Palästina und zum Teilungsplan zur Kenntnis zu bringen und zu versuchen herauszufinden, welche Haltung Italien in zukünftigen Ver-handlungen mit England zum Thema Palästina und Teilungsplan einnehmen würde.

Am 16. April 1938 wurde eine italienisch-englische Übereinkunft unterzeichnet. Darin kamen beide Seiten überein, den Status Quo im östlichen Mittelmeer und im Roten Meer aufrechtzuerhalten.(63) Als Gegenleistung für die britische Anerkennung der italienischen Eroberung Abessiniens und einer italienischen Vorherrschaft im Yemen stimmte Italien zu, seine anti-britische Propaganda im Nahen Osten einzustellen und den Status Quo in Palästina und dem übrigen Nahen Osten anzuerkennen. Das deutsche Außenministerium war von diesem Abkommen begeistert, vor allem weil die Frage der Teilung und damit eines jüdischen Staates hinfällig geworden war. In einem Telegramm vom 19. April an die deutsche Botschaft in Prag stellte Weizsäcker fest, daß die Überwindung der italienisch-englischen Spannungen für Deutschland von Vorteil sei. (64)

In einer Denkschrift ohne Unterschrift vom 27. April, die sich in den Unterlagen Weizsäckers fand, wird zum Ausdruck gebracht, daß das italienisch-englische Übereinkommen vom Standpunkt der deutschen Interessen und der deutschen Politik ein endgültiger strategischer Vorteil sei. (65) Die Schrift bezog sich auf die Gefahren, die sich aus einer Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Italien für Deutschland ergeben würden. Sie wies auch auf den Präzedenzfall der zweiseitigen Übereinkunft auf dem Gebiet der Interessengebiete hin. Dies sei genau die Grundlage der Haltung, die Deutschland in seinen Beziehungen mit Großbritannien einnehme.

Es gibt keinerlei Hinweise, daß Hitler vor dem August 1939 eine Auseinandersetzung zwischen seinem italienischen Verbündeten und Frankreich oder Italien im Mittelmeerraum förderte. Es scheint, daß er jeder Schwierigkeit im Mittelmeer aus dem Wege gehen wollte, die eine materialle Unterstützung Italiens nach sich ziehen und so Deutschland von seinen Zielen in Europa ablenken würde. Henke stellt richtig fest, daß Deutschland während der militärischen und politischen Gespräche mit Italien im Frühjahr 1939 mit einem möglichen Krieg gegen Großbritannien nur in Europa beschäftigt war und den italienischen Ehrgeiz im Mittelmeer nicht zur Kenntnis nahm. (66) Zudem behauptete Weizsäcker, die deutsche Regierung sei über die Haltung Italiens im Frühling und Sommer 1939, daß es noch mehrere Jahre lang nicht zum Krieg bereit sei, erfreut gewesen. (67) Im März 1939 sagte Hitler zum italienischen Botschafter Attolico, die Achsenmächte bräuchten noch achtzehn Monate bis zwei Jahre, um für einen Krieg gegen Großbritannien oder Frankreich gerüstet zu sein. (68) Er wiederholte seine Unterstützung für Italien, sagte aber nichts zum italienischen Ehrgeiz im Mittelmeer. Es ist wahrscheinlich, daß Hitler kein einseitiges Vorgehen Italiens gegen Frankreich oder Großbritannien wollte, vor allem während er mit seinem Feldzug gegen Polen beschäftigt war. (69) Italiens wiederholte Warnungen, es könne einen Krieg nicht vor 1942/1943 ins Auge fassen, wurden von Göring während seiner Gespräche mit Mussolini am 15. und 16. April in Rom zur Kenntnis genommen. Auch Ribbentrop nahm sie anläßlich seiner Gespräche mit Ciano am 6. und 7. Mai in Mailand zur Kenntnis. (70) Es scheint klar, daß sich

Deutschland und Italien über die Notwendigkeit einig waren, eine Auseinandersetzung zwischen Italien und den westlichen Demokratien zu vermeiden, zumindest so lange, bis Deutschland für seinen Kampf gegen den Westen gerüstet war.

Deutschland und die arabische Welt 1938 - 1939

Es ist zuvor schon gesagt worden, daß die deutsche Haltung gegenüber dem arabischen Nationalismus das Jahr 1937 hindurch durch die rassischen und strategischen Überlegungen der Hitlerschen Englandpolitik bestimmt wurde. Vor dem Sommer 1937 hielt sich die deutsche Regierung zurück, die nationale arabische Bewegung in Palästina oder anderswo im Nahen Osten zu ermutigen oder sie moralisch zu unterstützen, und dies trotz der Bemühungen von Döhle in Jerusalem, Grobba in Bagdad, der AO in Berlin und einigen anderen, eine günstigere Einstellung seitens Deutschlands zu fördern. Hitlers Hoffnungen auf ein Einvernehmen mit Großbritannien schlossen auch die kleinste Form moralischer Unterstützung des arabischen Nationalismus, der auf eine Schwächung der britischen Stellung im Vorderen Orient zielte, aus. Im Juni 1937 änderte sich die deutsche Haltung mit Blick auf die bevorstehenden Empfehlungen des Peel-Ausschusses etwas. Neuraths Rundschreiben vom 1. Juni schlug gegenüber den Palästina-Arabern eine wohlwollendere Haltung vor, um den Teilungsplan und die Empfehlung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina zu bekämpfen. Es wurde indes aufgezeigt, daß die deutsche Regierung nie die Absicht hatte, darin verwickelt zu werden. In Berlin war man sich insgesamt einig, daß die neue Haltung gegenüber den Arabern sicherlich keine materialle Unterstützung oder irgend etwas mit sich bringen würde, was den Rahmen der kurzen Anti-Teilungspropaganda in der deutschen Presse vom Sommer und Herbst 1937 übersteigen würde. Das deutsche Bemühen war ein Angriff auf den Teilungsplan und die Schaffung eines jüdischen Staates, nicht jedoch

eine Unterstützung der arabischen Unabhängigkeit und einer Beendigung des anglo-fanzösischen Mandates im Nahen Osten.

Deutschland lehnte weiterhin die arabischen Forderungen nach materieller Unterstützung des arabischen Aufstandes in Palästina in den Monaten nach der Veröffentlichung des Peel-Berichtes ab.Diese Politik wurde auch in der ersten Hälfte des Jahres 1938 fortgeführt. Mit der wachsenden Erkenntnis, daß der Teilungsplan nicht verwirklicht würde, bestand weniger Veranlassung, sich Großbritannien wegen einer aktiven Unterstützung der arabischen Sache in Palästina zu entfremden. Zu diesem Zeitpunkt erforderte Hitlers "ohne England Kurs" notwendigerweise nicht, daß sich Großbritannien vermehrt mit seinen eigenen imperialistischen Problemen beschäftigte. Deutschland sah daher keine Notwendigkeit, zu den britischen Schwierigkeiten in Palästina und im ganzen Nahen Osten beizutragen. Am 8. Oktober 1937 unterrichtete Hentig das deutsche Konsulat in Beirut, Deutschland werde den Palästina-Arabern keine Waffen und Munition liefern. (71) Am 9. November teilte Grobba Scheich Yussuf Yassin al-Hud, dem Privatsekretär Ibn-Sauds, mit, daß Deutschland friedliche Beziehungen mit Großbritannien wünsche und daher den Palästina-Arabern nicht die Unterstützung, die sie wollten, geben könne. (72) Am 7. Januar 1938 berichtete Grobba, er habe eine Waffenforderung einer Gruppe von Verschwörern gegen König Ibn-Saud mit der Behauptung abgelehnt, es sei nicht das Ziel der deutschen Politik, in rein arabische Angelegenheiten verwickelt zu werden. (73) Ende März 1938 berichtete der britische Botschafter in Rom, Lord Perth, er sei überzeugt, Deutschland sei im östlichen Mittelmeer an nichts anderem als an Handel interessiert, entweder allein oder in Verbindung mit Italien. (74) Perth stellte zudem fest, daß die italienische Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht wolle, daß sich Deutschland im Mittelmeerraum betätigt.

Ein Teil der deutschen Handelstätigkeit Ende der 30er Jahre im Nahen Osten umfaßte den Verkauf von Waffen an dem Namen nach unabhängige Länder, da Deutschland im Jahre 1936 wieder begonnen hatte, Waffen auszuführen. Es wurde ein Konsortium deutscher Firmen gebildet, das beim Verkauf deutscher Waffen ins Ausland mit der Regierung zusammenarbeiten sollte. Dieses Konsortium, das als "Reichsgruppe Industrie: Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät" bekannt wurde,

bestand aus einigen der führenden deutschen Waffenhersteller. (75) Darüberhinaus spiegelte es den Wunsch der Regierung wieder, die deutschen Ausfuhren zu steigern und durch den Verkauf deutscher Waffen an ausländische Käufer notwendige Devisen zu verdienen. (76) In den meisten Fällen verlangte Deutschland den ganzen Preis in Devisen oder in Rohstoffen. Nur in seltenen Fällen gewährte es Kreditzahlungen mit langer Laufzeit. (77) Ein Ergebnis dieser Politik war es, daß die meisten deutschen Waffenausfuhren in erster Linie in europäische und südamerikanische Länder gingen. Der Verkauf in den Nahen Osten und nach Südasien machte nur einen sehr kleinen Teil der deutschen Waffenausfuhren aus. (78)

Die Gelegenheiten zur Ausfuhr von Waffen in Gebiete außerhalb Europas und Südamerikas waren auf Grund der Kolonialherrschaft in Afrika, Mittel- und Südasien beachtlich eingeschränkt. Das Fehlen völlig unabhängiger Regierungen und die fast völlige politische, wirtschaftliche und militärische Beherrschung dieser Gebiete durch Großbritannien, Frankreich und einige andere schlossen einen freien Zugang zu einem bestehenden möglichen Markt aus. Dies traf sicherlich auch auf den Nahen Osten mit Ausnahme Palästinas zu, wo die Staaten eine verschiedene Stufe an Unabhängigkeit von Großbritannien und Frankreich erreicht hatten. Obwohl Saudi-Arabien, der Iran und Afghanistan nicht unmittelbar unter britischer Kolonialherrschaft standen, war ihre Handlungsfreiheit durch die britische Macht und den britischen Einfluß begrenzt. Dies war besonders bei Saudi-Arabien der Fall. Ägypten, der Irak und Transjordanien hatten trotz nomineller Unabhängigkeit weiterhin britisches Militär im Land und standen unter der überwältigenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft Großbritanniens. Syrien und der Libanon waren möglicherweise noch enger an Frankreich gebunden. Selbst wenn diese Länder die Notwendigkeit gesehen und den Wunsch und die völlige Freiheit gehabt hätten, große Mengen deutscher Waffen zu kaufen, dann hätten sie nicht die finanziellen Mittel dazu gehabt. In den 30er Jahren war der Nahe Osten noch immer eines der kleinsten ölfördernden Gebiete der Welt. Sowohl der Preis als auch die Nachfrage nach Nahost-Öl waren verhältnismäßig gering. Und die Länder, die eine beachliche Menge Öl förderten, hatten nicht die heutige Kaufkraft.

Afghanistan und der Iran waren die einzigen Länder in diesem Gebiet, in denen Deutschland während der 30er Jahre aktiv versuchte, seinen politischen Einfluß zu verstärken. Es besteht die Versuchung, dies rassischen Gründen zuzurechnen, weil beide Länder von Völkern besiedelt sind, die sich als Arier bezeichnen und sich somit von den semitischen arabischen Nachbarn im Westen unterscheiden. Ein anderer Grund könnte darin bestehen, daß die Gefahr, sich mit Großbritannien anzulegen, unwahrscheinlicher war, weil der unmittelbare britische Einfluß und die britische Macht in gewisser Weise geringer als in der arabischen Welt waren. Im Oktober 1936 ordnete Hitler die Förderung enger wirtschaftlicher Beziehungen sowohl mit dem Iran als auch mit Afghanistan an. Deutschlands politische und wirtschaftliche Stellung wurde in diesen beiden Ländern zwischen 1936 und 1939 beachtlich gefördert. (79) Alfred Rosenbergs Außenpolitisches Amt der NSDAP (APA) war ein bedeutender Befürworter einer deutschen Einflußnahme in Afghanistan. (80) Während das Auswärtige Amt eine wirtschaftliche Durchdringung befürwortete, zögerte es, den Wunsch des APA nach Ausrüstung und Ausbildung der afghanischen Armee zu unterstützen. (81) 1939 war Deutschland der Hauptlieferant für Afghanistan geworden. Zudem bildete und rüstete Deutschland die afghanische Armee und Polizei aus und hatte bis 1939 sowohl in Afghanistan als auch im Iran beachtliches Ansehen gewonnen. (82) Es hat den Anschein, daß es weder in Afghanistan noch im Iran britischen Widerstand gegen die deutsche Tätigkeit gegeben hat. Man könnte in Ermangelung weiterer Beweise darüber spekulieren, ob Großbritannien eine russische Bedrohung in Südasien mehr fürchtete als eine deutsche. Afghanistan und Indien, die beide mit der Sowjetunion lange Grenzen teilten, waren natürliche Brücken für eine sowjetische Ausdehnung nach Indien.

Deutschland zeigte in den Jahren 1936 und 1937 auch am Irak als einem Markt für die Waffenausfuhr Interesse. Im Gegensatz zu Afghanistan und dem Iran war der Irak bis 1932 britisches Mandatsgebiet gewesen. Der Irak war eine lebensnotwendige Überlandverbindung Großbritanniens mit Indien. Die Bedingungen für die irakische Unabhängigkeit sahen die Stationierung einer starken Militärtruppe im Lande sowie die militärische Anwesenheit im gesamten Persischen

Golf vor. Der englisch-irakische Vertrag vom 30. Juni 1930 sollte nach der Beendigung des Mandats die Beziehungen zwischen den beiden Ländern regeln. Er sah die Unabhängigkeit des Irak sowie dessen Aufnahme in den Völkerbund vor. Er begründete auch ein enges militärisches Bündnis zwischen den beiden Ländern. (83) Es wurden Bedingungen ausgearbeitet, denen zufolge die militärischen britischen Einrichtungen weiterhin in Betrieb bleiben sollten, und Großbritannien würde in der Verteidigung des Landes eine ausschlaggebende Rolle spielen. In den Vertrag war eine Abmachung eingearbeitet worden, wonach der Irak seine militärische Ausrüstung von Großbritannien kaufen sollte. Er sollte sich erst dann woanders umsehen, wenn Großbritannien nicht in der Lage war,die gewünschte Ausrüstung zu liefern.

Am 26. Oktober 1936 fand in Bagdad ein Staatsstreich statt, an dessen Spitze Bakr Sidqui, der Chef des irakischen Generalstabes,und Hikmat Sulayman, der später Premierminister wurde, standen.(84) Das neue Regime wollte die Abhängigkeit des Irak von Großbritannien mindern und suchte engere Bindungen an Deutschland. (85) Da Großbritannien auf Grund seiner eigenen Wiederaufrüstungsbedürfnisse nicht in der Lage war, dem Irak einige der gewünschten Waffen zu liefern, wandte sich die neue Regierung des Irak an Grobba. Ende 1936 kam ein deutscher Generalstabsoffizier, Hauptmann R. Heins, der als Geologe auftrat, nach Bagdad, um die irakischen Wünsche zu prüfen. (86) Im März 1937 berichtete Grobba, daß die neue irakische Regierung von der britischen Regierung die Erlaubnis bekommen hatte, sich wegen ihrer Waffenwünsche anderswo umzusehen. (87) Die irakische Regierung war an Artillerie, Luftabwehrgeschützen, Maschinengewehren, LKWs, Jagdbombern und Bomben interessiert. (88) Es entstanden indes wegen der britischen Forderung, daß mit Ausnahme der Luftabwehrgeschütze und der panzerbrechenden Waffen alle von anderen Ländern gekaufte Waffen das gleiche Kaliber wie die britischen haben sollten, Probleme. Am 3. April unterrichtete das Reichskriegsministerium das Auswärtige Amt in Berlin, daß die meisten der vom Irak gewünschten Waffen wegen der Kosten- und Herstellungsprobleme (Änderung der deutschen Standardkaliber) sowie der eigenen Erfordernisse in der Aufrüstung nicht geliefert werden könnten.(89)

Das deutsche Wirtschaftsministerium war besonders an der Ausfuhr von Waffen interessiert, um damit an Devisen heranzukommen, während das Auswärtige Amt weniger Begeisterung zeigte aus Furcht, die Beziehungen mit England würden sich schwieriger gestalten. (90) Grobba wollte mit dem Irak kein Waffengeschäft machen, wenn dies zu einer Konfrontation mit England führen würde. Dies deutete er in einem Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin vom 12. Mai 1937 an. (91) Ende Juni berichtete Grobba, Großbritannien fange an, sich gegenüber einem möglichen Verkauf an den Irak zurückhaltend zu verhalten. (92) Er wies darauf hin, daß die intensiven Verhandlungen von Krupp und Rheinmetall mit irakischen Behörden wegen der Lieferung von verhältnismäßig wenigen deutschen Waffen unter den dortigen britischen Beamten Besorgnis auslösen würden. Grobba zufolge gehe die britische Zurückhaltung auf die Rolle, die der Irak im Palästina-Konflikt spielte, und auf den Kauf italienischer Waffen trotz britischer Einwände zurück. (93) Der Irak war zum deutlichsten Kritiker des Peel-Teilungsplanes geworden und hatte geschworen, seine Mittel einzusetzen, um die Verwirklichung des Teilungsplanes zu verhindern. Nichtsdestoweniger riet Grobba Berlin, mit dem Plan des Waffenverkaufs an den Irak trotz der britischen Bedenken fortzufahren, da er überzeugt sei, daß sich Großbritannien letzten Endes beruhigen würde, wie es auch der Fall gewesen war, als die irakische Regierung italienische Waffen gekauft hatte.

Das deutsche Firmenkonsortium, das 1937 unter der Führung von Rheinmetall-Borsig gegründet worden war, um mit der irakischen Regierung zu verhandeln, konnte den ersten Waffenlieferungsvertrag mit Bagdad am 9. Dezember 1937 unterzeichnen. Der Vertrag beinhaltete viel weniger, als der Irak vorher verlangt hatte; offensichtlich schien er nicht auf britische Einwände zu stoßen. Die irakische Armee sollte achtzehn 2-cm Luftabwehrgeschütze mit Munition zu einem Gesamtpreis von 92 082 Pfund Sterling erhalten. (94) Vertreter von Rheinmetall-Borsig hatten im Oktober London besucht, um die britische Zustimmung für dieses Geschäft sowie für weitere deutsche Waffenverkäufe im Nahen Osten zu erhalten. (95) Die Vertreter von Rheinmetall-Borsig erklärten gegenüber britischen Beamten, die deutschen Behörden, vor allem das

Reichskriegsministerium, würden es vorziehen, bei den deutschen Waffenverkäufen in den Nahen Osten mit Großbritannien zusammenzuarbeiten, anstatt gegen es zu arbeiten. Während britische Behörden ihre Zurückhaltung gegenüber umfangreichen deutschen Waffenverkäufen an den Irak zum Ausdruck brachten, stimmten sie dem irakischen Kauf von einigen deutschen Waffen, die Großbritannien selbst nicht liefern konnte, zu.

Vor dem Krieg wurden nur noch zwei größere Waffengeschäfte zwischen dem Irak und Deutschland abgewickelt. Im September 1938 kaufte die irakische Regierung zwanzig 2-cm Maschinenkanonen mit Munition und im April 1939 achtzehn 2-cm Luftabwehrgeschütze mit Munition. (96) Deutschland hatte also im Irak viel weniger Erfolg als in Afghanistan und im Iran.

Selbst nach dem Sommer 1938, als die Ereignisse in Europa Hitler einen Vorwand lieferten, die britischen Schwierigkeiten im Nahen Osten zu vermehren, machte Deutschland nur gelegentliche, halbherzige Versuche, die arabische Unzufriedenheit und Unruhe zu seinem Vorteil zu nutzen. Es gibt ausreichende Beweise, daß Hitler versuchte, die Unruhen in Palästina auszunutzen, um Großbritannien von der Sudetenkrise abzulenken und von einer Einmischung abzuhalten. Mitte Juli hielt Hitler eine Geheimkonferenz ab, bei der Göring, Keitel, Goebbels, Himmler und andere zugegen waren. Bei dieser Konferenz ordnete Hitler an, den Zeitplan für den geplanten Angriff auf die Tschechoslowakei mit dem Zeitpunkt erhöhter Spannung in Palästina zusammenfallen zu lassen. (97) Die Beweise deuten weiter darauf hin, daß Deutschland im Sommer 1938 bereit war, die Auseinandersetzung in Palästina zu diesem Zweck zu fördern. Zum ersten Mal ließ sich Deutschland auf eine Politik der begrenzten Einmischung in Palästina ein. Dies geschah nicht, um die britische Stellung in Palästina zu untergraben und auszuschalten noch um die arabische Sache zu fördern, sondern einfach aus dem Grund, zum Druck auf Großbritannien beizutragen, damit es von einer Einmischung in Mitteleuropa abgeschreckt würde. (98) Obwohl Beweise fehlen, ist es wahrscheinlich, daß man auch den Einfluß ständiger jüdischer Einwanderung auf die im Land wütende Gewalttätigkeit und damit auch auf die schwierige britische Stellung in Erwägung gezogen hatte.

Die Kanäle für die neuen deutschen Bemühungen in Palästina waren die Abwehr von Admiral Canaris und Botschafter Grobba in Bagdad. In seinem Tagebuch machte der ehemalige Abwehroffizier Hemuth Groscurth am 29. August 1938 folgende Eintragung: "Aussprache mit Botschafter Grobba aus Bagdad. Die arabische Bewegung sollte sofort unterstützt werden." (99) Canaris hatte den Mufti, als er inkognito nach Beirut reiste, schon zu Beginn des gleichen Jahres getroffen. (100) Ein Abwehrbericht Anfang 1939 erwähnte auch die finanzielle Hilfe, die dem Mufti und seinen Aktionen in Beirut gewährt worden war. (101) Fritz Grobba wurde zumindest einmal benutzt, um dem Mufti Geld zu überbringen. Grobba zufolge traf er einmal Musa al Alami, der aus Palästina nach Syrien ins Exil geflohen war, in Damaskus und übergab ihm 800 Pfund Sterling, die, wie Grobba sagte, "ihm in Berlin zu diesem Zweck anvertraut wurden." (102) Die Abwehr versuchte auch, 1938 kleine Mengen Waffen über Saudi-Arabien und den Irak an die arabischen Aufständischen in Palästina weiterzuleiten, doch ohne Erfolg. Hentig zufolge waren zwischen der Abwehr, dem stellvertretenden saudiarabischen Außenminister und dem irakischen Premierminister Vereinbarungen getroffen worden, um deutsche Waffen über Saudi-Arabien und den Persischen Golf nach Palästina zu schmuggeln. Man mußte den ganzen Plan fallen lassen, weil Fuad Hamza, der stellvertretende saudi-arabische Außenminister, auch für die Briten arbeitete. (103) Es hat jedoch den Anschein, daß die Abwehr schon vorher Fuad Hamza für die arabische Sache in Palästina Geld gab. In einem Schreiben vom Mai 1939 an Ernst Woermann erwähnte Grobba das Geld, das Deutschland über Saudi-Arabien der arabischen Bewegung in Palästina hatte zukommen lassen: "König Ibn-Saud ließ mich durch seinen persönlichen Berater, Scheich Yussuf Yassin, vertraulich über unsere Beziehungen zu Fuad Hamza befragen. Er ließ weiter fragen, ob wir ihm für die Sache der Palästina-Araber Geld gegeben hätten. Als ich mit Ja antwortete, gab man mir zu verstehen, daß wir in Zukunft Fragen, die mit Palästina zu tun haben, nur noch mit Leuten besprechen sollten, die der Mufti zu seinen Agenten ernannt hat." (104)

1938 und zu Beginn des Jahres 1939 vermutete Großbritannien, ohne sich dessen je sicher zu sein, daß einiges deutsches

Geld für die arabische Bewegung in Palästina an den Mufti gegangen sei. (105) Die USA waren im Oktober 1938 überzeugt, daß deutsches Geld bei den arabischen Unruhen in Palästina, die ohne Unterbrechung das Jahr 1938 und die erste Hälfte von 1939 andauerten, im Spiel war.(106) Im Laufe des Jahres 1938 schwirrten Gerüchte umher,Deutschland würde Geld und Waffen nach Palästina schleusen, obwohl die britischen Behörden befriedigt waren, daß Deutschland keine Waffen ins Land schickte. (107) Es gibt auch keine nachprüfbaren Beweise, daß das deutsche Außenministerium die finanzielle Unterstützung des Mufti und der arabischen Sache in Palästina durch die Abwehr billigte. Obwohl die Unterlagen zu diesem Vorgang weder zustimmende noch ablehnende Kommentare seitens Ribbentrops, Weizsäckers, Woermanns, Hentigs und anderen enthalten, ist es unwahrscheinlich, daß das AA dieses Vorgehen stark untertützte. Es ist bekannt, daß Hentig, Weizsäcker und Woermann im allgemeinen eine stärkere Verwicklung Deutschlands im Nahen Osten ablehnten, während es den Anschein hat, daß sich Ribbentrop um diese Gegend überhaupt nicht kümmerte. Grobba war die Hauptantriebskraft im Irak. Er ging 1938 mit dem APA zusammen und forderte dringend engere Beziehungen zwischen Deutschland und Saudi-Arabien. Im Falle Saudi-Arabien verhielten sich die entsprechenden Stellen des AA gegenüber weitergehenderen politischen und wirtschaftlichen Verpflichtungen erneut zurückhaltend.

1937 hatte Ibn-Saud seinen Leibarzt Dr. Medhat Sheik el-Ardh nach Berlin geschickt, um die Stimmung in deutschen Regierungs-, Partei- und Geschäftskreisen für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien herauszufinden. (108) Der Schritt Ibn-Sauds geschah zu einer Zeit, als das APA sich für den Nahen Osterr zu interessieren begann. Noch im gleichen Jahr sprach Scheich Yussuf Yassin al-Hud, der Privatsekretär Ibn-Sauds, Vertreter der Firma Otto Wolff in Bagdad an und verlangte 15 000 deutsche Gewehre sowie Kredite mit langer Laufzeit, um die Waffen bezahlen zu können. (109) Keiner dieser Schritte war erfolgreich. Dennoch ermutigten sie das APA hinsichtlich zukünftiger deutscher Aussichten in Saudi-Arabien. Im März 1938 wurde auf Betreiben des APA und Grobbas Yassin al-Hud von Ibn-Saud nach Berlin geschickt, um engere politische und wirtschaftliche Bindungen mit Deutschland aus-

zuhandeln. (110) Der Besuch brachte eine weitere Saudi-Forderung nach deutscher Militärhilfe mit sich; sie umfaßte den Wunsch nach 25 000 Gewehren mit Munition. Das APA unterstützte die Forderung der Saudis und war von den Aussichten begeistert, den deutschen Einfluß auf der arabischen Halbinsel, so wie es in einer Denkschrift vom 23. Juli 1938 dargelegt worden war, zu verstärken. (111) Die gleiche Denkschrift beklagte sich über den heftigen Widerstand der verantwortlichen Ministerien gegen engere politische und wirtschaftliche Bindungen mit Saudi-Arabien. Sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die Abteilung Wirtschaft (W-III) im Auswärtigen Amt wandten sich wegen der Unfähigkeit der Saudis, bar zu zahlen, gegen den Handel mit Saudi-Arabien, handle es sich dabei um Waffen oder Waren. (112) Hentig und Woermann vom Auswärtigen Amt waren aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gegen die Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien. In einem Schreiben an das APA im Herbst 1938 erläuterte Hentig die Gründe für die ablehnenden Haltung gegenüber den Waffenverkäufen an Saudi-Arabien. (113) Er brachte vor, daß selbst die Saudis zugäben, daß sie nicht gegen Großbritannien vorgehen könnten und unter gewissen Umständen sogar gezwungen wären, sich auf die Seite der Briten zu schlagen. Er folgerte daraus, daß die politischen Voraussetzungen für eine deutsche Militärhilfe für Saudi-Arabien völlig fehlen würden. Das Waffengeschäft wurde von Hentig und den Wirtschaftsbehörden mit Erfolg verhindert. Das einzige Zugeständnis an das APA und Grobba war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern, wobei Grobba zusätzlich zu seinem Posten in Bagdad auch noch Geschäfsträger für Saudi-Arabien wurde.

Grobba lehnte Hentigs Gründe, sich dem Verkauf von Waffen an Saudi-Arabien zu widersetzen, nicht ganz ab. Grobba sagte zu Luigi Sillitti, dem italienischen Botschafter in Saudi-Arabien,daß Ibn-Saud im Falle eines Krieges auf der Seite Großbritanniens wäre, da nur Großbritannien die Lieferung von Nahrungsmitteln, von denen Saudi-Arabien abhängig war, sichern könnte.(114) Nichtsdestoweniger förderte er die Erfüllung einiger Saudi-Forderungen nach deutschen Waffen sowie die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Saudi-Arabien. In einem Schreiben an Woermann vom 18. Februar 1939 räumte Grobba ein, daß nicht alle Saudi-Forderungen

erfüllt werden könnten. Er sprach sich jedoch für eine Erklärung der deutschen Regierung aus, die Unabhängigkeit der Araber allgemein zu unterstützen. Weiterhin befürwortete er die Lieferung einiger Waffen, um das saudische Wohlwollen gegenüber Deutschland zu erhalten. (115)

Hentig zufolge war die Ferrostaal AG, die Firma, mit der Yassin al-Hud während seines Berlin-Besuches 1938 wegen der Waffenlieferung verhandelt hatte, vom Waffenverkauf an Saudi-Arabien sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sehr begeistert. (116) Auch das OKW hatte nicht die Absicht, den Waffenverkauf an Saudi-Arabien zu unterstützen und engere politische und militärische Bindungen einzugehen, nachdem der Versuch der Abwehr gescheitert war, Waffen über Saudi-Arabien nach Palästina zu schmuggeln. Das OKW betrachtete die Saudi-Regierung als unzuverlässig und verhielt sich demzufolge gegenüber dem Gedanken einer Belieferung Ibn-Sauds mit Waffen ablehnend. (117) Schließlich erwähnte eine Denkschrift ohne Unterschrift des APA-Amtes für Vorderasien vom Juni 1939 Hentigs vorherigen Erfolg, Ribbentrop zu überzeugen, keine Waffen nach Saudi-Arabien zu liefern. (118)

Die Vorgänge Ende Frühjahr 1939 in Europa und im Nahen Osten führten zu einer Änderung der deutschen Haltung in Bezug auf die Lieferung von Waffen an Saudi-Arabien. Ende Mai hatte es Grobba geschafft, Woermann und selbst Hentig zu überzeugen, daß ein deutsches Vorgehen in Saudi-Arabien wünschenswert sei. Der wichtigste Faktor bei dieser Haltungsänderung Ende Mai dürfte wohl Hitlers Bereitschaft gewesen sein, wegen Polen einen Krieg mit England zu wagen. Im AA scheint man ähnlich gedacht zu haben. Anfang Mai erneuerte Grobba seine Bitte an Woermann, seine Haltung hinsichtlich einer Militärhilfe für Saudi-Arabien zu überdenken. (119) Grobba argumentierte, daß Deutschland bald im Krieg mit England stehen würde, und daß engere Beziehungen zu Saudi-Arabien notwendig wären, um sich die wohlwollende Neutralität Saudi-Arabiens zu sichern. Ein solches Ziel sei auch im strategischen Interesse Deutschlands. (120) Wenn Grobba auch die Möglichkeit eines Krieges in Europa nicht erwähnt, so ergibt es sich doch zwingend aus seinen ganzen Kommen-taren. Zudem beschrieb er die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen der letzten

Monate im Nahen Osten, die seiner Meinung nach angesichts der Lage in Europa ein Vorgehen in Saudi-Arabien wünschenswert machten:

"Die letzten Monate haben gezeigt: 1) Ägyptern hat sich eindeutig auf die Seite von Großbritannien geschlagen; 2) der Widerstand in Palästina läßt deutlich nach; 3) Syrien ist nicht in der Lage, eine unabhängige Politik zu betreiben; 4) eine Flankenbedrohung der britischen Überlandverbindungen über die Türkei ist ausgeschaltet worden; 5) König Ibn-Saud hat im vergangenen Jahr an den Ölfeldern im Bereich des Persischen Golfes gut verdient, und 6) das Mißtrauen in der arabischen Welt gegenüber Italien wächst..."

Anfang Sommer 1939 kam das Auswärtige Amt zur Schlußfolgerung, daß die meisten Länder des Nahen Ostens, einschließlich der Türkei, entweder als Verbündete oder als neutrale Freunde auf der Seite Großbritanniens stehen. (121) Darüberhinaus hatte das britische Weißbuch vom Mai 1939 zum Thema Palästina den arabischen Aufstand wirksam neutralisiert. Das Weißbuch wies den Teilungsplan und die Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates offiziell zurück. Es forderte die arabische Zustimmung bei der künftigen jüdischen Einwanderung. (122) Obwohl das Weißbuch der arabischen Forderung nach Unabhängigkeit nicht entsprach, beseitigte es dennoch die unmittelbare Quelle für die anti-britische Stimmung im Lande. Der arabische Aufstand ging nach der Veröffentlichung des Weißbuches zurück. Und damit kam Deutschland um einen geeigneten Ansatzpunkt britischer Verwundbarkeit im Nahen Osten. Es schien Hentig, daß die Gelegenheiten im Nahen Osten zur Ablenkung Großbritanniens in einem Augenblick plötztlich verschwanden, als man sie am meisten benötigt hätte. Zur gleichen Zeit schalteten Saudi-Arabiens geringe, aber wachsende Öleinkommen die wirtschaftlichen Argumente aus, die gegen eine Ausdehnung der Wirtschafts- und Militärhilfe für Ibn-Sauds Regierung sprachen.

Mitte Mai kehrte Yassin al-Hud zu einem weiteren Versuch, deutsche Waffen zu erhalten, nach Berlin zurück. Er stieß auf ein weit entgegenkommenderes deutsches Außenministerium und war nicht gezwungen, seine Zeit mit dem APA zu verschwenden, wie das noch ein Jahr vorher der Fall gewesen war. Am 8. Juni empfing Ribbentrop Yassin Al-Hud. Er

stimmte dessen Forderung nach einer großen Menge deutscher Gewehre sowie der Errichtung einer Munitionsfabrik in Saudi-Arabien zu. (123) Am 17. Juni empfing Hitler Yassin al-Hud auf dem Berghof und gab seine Zustimmung zum Verkauf von 8 000 Gewehren mit acht Millionen Schuß Munition, zum Bau einer kleinen Munitionsfabrik in Saudi-Arabien und zum Verkauf von Luftabwehrgeschützen und Panzern in einer ferneren Zukunft. (124) Italien hatte sich entschlossen, einen stärkeren deutschen Einsatz in Saudi-Arabien zu fördern, da es auf der arabischen Halbinsel unbeliebt war und die deutsche Unterstützung brauchte, um den britischen Vorteil im Roten Meer wettzumachen. (125) Zwischen Yassin al-Hud, dem Auswärtigen Amt und dem OKW fanden weitere Verhandlungen wegen der Waffenlieferug und den Zahlungsbedingungen statt, bis man im Juli zu einer Übereinkunft kam. (126) Das Geschäft, das 4 000 Gewehre, Munition, Luftabwehrgeschütze und die Munitionsfabrik umfaßte, kam nie zur Verwirklichung, da im September der Krieg ausbrach.

Hentigs frühere Befürchtungen hinsichtlich der saudischen Unzuverlässigkeit und der saudischen Empfindlichkeit für britischen Druck waren im Sommer 1939 nicht völlig verschwunden. Im ganzen Auswärtigen Amt herrschte ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der deutschen Stellung im Nahen Osten im Falle eines Krieges. Hentigs Denkschrift an Ribbentrop vom 22. Mai hatte das Wegfallen der Möglichkeiten in Ägypten, Palästina, Syrien, der Türkei und dem Irak beschrieben. Saudi-Arabien sei die letzte Gelegenheit, die britische Verwundbarkeit im Nahen Osten zu nutzen. Dennoch schien im Juni 1939 das Mißtrauen gegenüber Saudi-Arabien trotz der Begegnungen zwischen Yassin al-Hud, Ribbentrop und Hitler noch anzudauern. Es ist möglich, daß die deutsche Regierung keine Absicht hatte, die Waffen auszuliefern und die weitere, im Juni versprochene Unterstützung zu gewähren. Sie hoffte stattdessen, mit dem deutschen Einsatz in Saudi-Arabien zu drohen, um im Falle Polen Druck auf Großbritannien ausüben zu können. Am 11. Juli unterrichtete das OKW das Berliner AA über die folgenden Weisungen Hitlers. Sinngemäß hieß es: "Der Führer hat uns am 11. Juli durch seinen Adjutanten mitteilen lassen, daß er die Waffenlieferungen an feindliche Länder oder an Staaten, deren Haltung im Falle eines Krieges

zweifelhaft ist, nicht billigt. Waffen sollten nur dorthin geliefert werden, wo sie uns helfen oder zumindest nicht schaden können, d.h. z.B. nach Südamerika, in die baltischen Staaten oder nach Bulgarien." (127) Die Liste der deutschen Waffenausfuhren in den Nahen Osten im Frühling und Sommer 1939 spiegelt die Zurückhaltung wieder, die Waffen in andere Länder außer Afghanistan und den Iran zu liefern. Während die Waffenausfuhren in diese Länder beachtlich zunahmen, gingen sie in die arabischen Länder fast ganz zurück. (128)

In seinen Erinnerungen faßte Fritz Grobba die gesamte deutsche Nahostpolitik in den 30er Jahren als eine Politik der verpaßten Gelegenheiten zusammen. (129) Er stellte fest, Deutschland habe es versäumt, aus der Feindschaft der Araber gegenüber Großbritannien und Frankreich und der Neigung zu Deutschland einen Vorteil zu ziehen, und den politischen und wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands in diesem Gebiet zu fördern. Dieses Versäumnis rechnete er mehreren Faktoren zu: 1) Hitlers Rassismus, der sowohl gegen die Araber als auch gegen die Juden gerichtet war; 2) seine grundsätzliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Nahen Osten; 3) seine Rücksichtnahme auf die britischen und italienischen Interessen im Mittelmeerraum; 4) seine Neigung, die britische Macht im Nahen Osten nicht ausgeschaltet zu sehen. Grobba folgerte daraus, daß das Hitler-Regime niemals gewillt war, dem Gedanken der arabischen Unabhängigkeit und der nationalen Selbstbestimmung seine Unterstützung zu leihen. Auf Grund von Hitlers rassischer Weltanschauung und seiner geopolitischen Strategie, in der England vor Italien kam, hätte er Deutschland nie für die Sache der arabischen Unabhängigkeit eingesetzt.

General Franz Halder, der Chef des Generalstabes der Deutschen Wehrmacht in den Jahren 1938 bis 1942, bestätigte in einem Vorwort zu einer Untersuchung über die deutsche Verwicklung in die arabischen Nationalismusbewegungen die Auffassungen Grobbas. Diese Untersuchung wurde von zwei ehemaligen deutschen Offizieren, die während des 2. Weltkrieges im Nahen Osten eingesetzt waren, für die amerikanische Armee durchgeführt. (130) Halder, der sich auf die Jahre vor und nach 1939 bezieht, sagte:

"Die deutschen Bemühungen, die arabischen Nationalismusbewegungen gegen Großbritannien auszubeuten, hatten keine feste Grundlage. Da Hitler mit anderen Problem beschäftigt war, die seiner Veranlagung näher kamen, zeigte er zu wenig Interesse für die politischen und psychologischen Strömungen, die in der arabischen Welt vorherrschten... Deutschland hatte es auf diplomatischem, militärischem und propagandistischem Gebiet vernachlässigt, die Grundlage für eine ernsthafte Bedrohung Großbritanniens in einem Gebiet zu legen, das für die Landverbindung dieses Landes zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean wichtig war... Es gab keinen einheitlich erdachten Plan, um die arabischen Nationalismusbewegungen zu nutzen."

Bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges im September 1939 blieb die gesamte Nahostpolitik Deutschlands dem Kurs der Hitlerschen Englandpolitik sowie der Frage der deutschen Ausdehnung in Europa untergeordnet. Die verspätete und halbherzige Einmischung in Palästina in den Jahren 1938 und 1939 war ein Versuch, die Ereignisse in Europa zu beeinflussen und nicht den Status Quo in Palästina zu verändern. Anscheinend war man zur Erkenntnis gekommen, daß die Macht der Achsenmächte im östlichen Mittelmeer ihre Grenzen hatte. (131) Zudem hing die deutsche Nahostpolitik, vor allem hinsichtlich Palästinas, auch von den Erfordernissen der Judenpolitik im Reich ab, nämlich von der schnellen Auswanderung der deutschen Juden. Während seiner Gespräche mit Yassin al-Hud im Juni 1939 in Berlin hatte es Hitler abgelehnt, auf dessen Kritik an der deutschen Auswanderungspolitik einzugehen. (132) Im Januar 1938 hatte Döhle aus Jerusalem berichtet, daß die Sympathien der Araber für Deutschland wegen der ständigen Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina zurückgingen. (133) Er verband diesen Punkt mit der Tatsache, daß die beharrliche Weigerung, diplomatisch wie materiell zum Kampf der Araber gegen Großbritannien und den Zionismus beizutragen, die arabische Freundschaft mit Deutschland untergraben würde. Grobba warnte vor dem gleichen Problem Ende 1938 im Irak. (134) Die arabische Unzufriedenheit mit der deutschen Auswanderungspolitik dauerte auch noch den ganzen Sommer 1939 über an. Im Juni und Juli beschrieben sowohl Hentig (Pol. VII) als auch Hinrichs

vom Referat D die wachsende Feindschaft gegen Deutschland in der arabischen Welt auf Grund der Rolle, die Deutschland bei der illegalen jüdischen Einwanderung nach Palästina spielte. (135) Im März 1939 wies Grobba ebenfalls auf die arabische Enttäuschung gegenüber Deutschland hin, weil es auf den italienischen Ehrgeiz im ganzen Mittelmeer und vor allem in Syrien Rücksicht nahm. (136) So bestimmte die Judenpolitik in Deutschland, gekoppelt mit der Rolle, die Großbritannien und Italien in den geopolitischen Überlegungen Hitlers spielten, die deutsche Haltung gegenüber Palästina und dem Nahen Osten. Die Sache der Araber in Palästina, die höchstens in den Jahren 1938 und 1939 für kurze Zeit als ein geeignetes Mittel angesehen wurde, die Vorgänge in Europa zu beeinflussen, war nicht Teil der Interessen des nationalsozialistischen Deutschland.

10. Schlußfolgerungen

Das Palästina-Politik des nationalsozialistischen Deutschland in den 30er Jahren gründete fest in der ideologischen Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung der frühen Jahre. Hitlers Haltung gegenüber dem Zionismus und dem Weltjudentum, Großbritannien und damit indirekt der arabischen Welt zeigt sich in seinen Reden und schriftlichen Äußerungen in diesen Jahren; sie ist die 30er Jahre hindurch die gleiche. Hitler übernahm Rosenbergs Vorstellung, daß der Zionismus ein Arm einer internationalen jüdischen Verschwörung sei. Er glaubte, daß der Zionismus nicht nur die Schaffung einer Heimstatt für verfolgte Juden suchte, sondern daß er stattdessen hoffte, eine unabhängige Machtgrundlage errichten zu können, von der aus er die Verschwörung gegen Deutschland und den Rest der arischen Welt durchführen könne. Alle Juden, Zionisten, Nicht-Zionisten oder Anti-Zionisten, wurden als Teil dieser Verschwörung angesehen. Andererseits entstand eine Bereitschaft, den Zionismus zu benutzen, um die Anpassungstendenzen des deutschen Judentums umzukehren und die schnelle Auswanderung der Juden aus Deutschland zu fördern. Dies zeigt sich in den ersten Jahren vor allem bei Rosenberg und in geringerem Ausmaß auch bei Hitler.

Hitlers Bewunderung des britischen Reiches und sein brennender Wunsch nach einem deutsch-englischen Einvernehmen zeigen sich ebenfalls in den ersten Jahren der Bewegung; dies bleibt auch in den 30er Jahren so. Es ist klar, daß er die britische Unterstützung für die deutsche Ausdehnung in Europa und zumindest einen Anteil an der europäischen Herrschaft über den Rest der Welt suchte. Seine rassistische Weltanschauung schloß jegliche Unterstützung der nationalen Befreiung und Selbstbestimmung der Völker in Afrika und Asien aus. Er glaubte nicht nur an die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der deutschen Vorherrschaft in Europa, sondern auch an die ewige Vorherrschaft der weißen Europäer in der ganzen Welt. Wissenschaftler mögen darüber streiten, ob Hitler letztendlich die anglo-französischen Weltreiche durch ein deutsches Weltreich ersetzen wollte oder ob er nur die Absicht hatte, sich einen

Anteil an dieser Vorherrschaft durch eine Partnerschaft mit Großbritannien zu sichern. Es ist sicher, daß er nicht versuchte, die britische Macht mit Hilfe der im Entstehen begriffenen Nationalismen in Afrika und Asien zu vernichten. Die Ermutigung des arabischen Strebens nach nationaler Selbstbestimmung in Palästina und im ganzen Nahen Osten hätten seine Pläne für ein deutsch-englisches Einvernehmen in Europa gestört und hätten die rassischen Interessen des Nationalsozialismus verletzt.

Die Politik von Regierungs- und Parteistellen gegenüber dem Zionismus im Deutschland der Jahre 1933 bis 1937 ist ausführlich dargestellt worden. Während diese Politik einmal auf die frühe Bereitschaft Hitlers und Rosenbergs zurückgeht, den Zionismus als Mittel zu benutzen, die Auswanderung der Juden zu fördern, war sie zum anderen auch das Ergebnis der wirtschaftlichen Umstände, denen sich das neue Regime 1933 in Deutschland gegenüber sah. Zudem hatte der Zionismus für viele Antisemiten eine gewisse Anziehungskraft. Seine völkische Vorstellung von nationaler Einheit entsprach zumindest dem überlieferten deutschen Gegenstück. Der Zionismus war eine nationalistische Alternative zum liberalen Ideal einer pluralistischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, wie sie von der Mehrheit der deutschen Juden vertreten wurde. Der Zionismus bot seine Hilfe an, die Juden aus dem politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Umfeld in Deutschland auszugliedern und ihre Ausreise aus Deutschland zu fördern.

Die fast einstimmige Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina war in den Stellen der deutschen Regierung und der NSDAP in den Jahren zwischen 1933 und 1937 die Regel. Die verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt, einschließlich des deutschen Generalkonsulats in Jerusalem, der Orient-Abteilung, von Referat-D und der Handelspolitischen Abteilung, unterstützten und ermutigten die zionistischen Bemühungen. Das Innenministerium als verantwortliche Behörde für die Durchführung der Auswanderungspolitik förderte eine geordnete Auswanderung aus Deutschland, während das Wirtschaftsministerium und die Reichsbank für das Haavara-Abkommen sowie die wirtschaftliche Seite der jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina verantwortlich waren. Die zuständigen Stellen innerhalb der SS ließen den deutschen

Zionisten gegenüber den verschiedenen nicht- oder antizionistischen, liberalen und anpassungswilligen jüdischen Vereinigungen eine bevorzugte Behandlung zuteil werden. Zionistische Umschulungslager erfuhren ermutigenden Zuspruch. Jüdischen Offiziellen sowie Lehrern aus Palästina und anderswoher wurden gewöhnlich von den deutschen Behörden Einreisebewilligungen erteilt, um die Bemühungen der deutschen Zionisten zu erleichtern.

Es gab auch wirtschaftliche Gründe für die deutsche Unterstützung des Zionismus. Neben den ideologischen Geboten des Nationalsozialismus, der alles jüdisches Eigentum in gewisser Hinsicht als gestohlen ansah, machte es Deutschlands schwierige Wirtschaftslage unmöglich, daß die jüdischen Auswanderer auch nur den geringsten Teil ihres Vermögens ins Ausland mitnahmen, um den im allgemeinen strengen Einreisebestimmungen der meisten Zielländer entsprechen zu können. Hitlers frühe Wirtschaftspolitik, die von Schacht angeregt wurde, zielte darauf ab, neue Märkte für die deutschen Fertigwaren zu suchen und den deutschen Außenhandel von seinen Mitbewerbern aus den Industrieländern abzukoppeln und auf weniger industrialisierte Gebiete Europas und der restlichen Welt zu lenken, wo die deutschen Waren auf weniger Konkurrenz treffen würden. Die umfassenden Bemühungen, die deutschen Ausfuhren zu fördern, wurden durch den internationalen Boykott deutscher Waren bedroht, der ein Ergebnis der anti-jüdischen Gesetzgebung Deutschlands des Jahres 1933 war. Die zionistische Auswanderung nach Palästina bot ein nützliches Mittel, die nachteiligen Folgen dieser Faktoren in gewisser Hinsicht zu mindern. Das Haavara-Transferabkommen des Jahres 1933 löste teilweise das Problem des Transfers jüdischen Vermögens. Es ermöglichte den jüdischen Auswanderern, einen kleinen Teil ihres Vermögens in Form von deutschen Waren, die auf dem palästinensischen Markt verkauft werden sollten, mit nach Palästina zu nehmen. Als Folge des Haavara-Abkommens nahmen die deutschen Ausfuhren nach Palästina und dem übrigen Nahen Osten beachtlich zu. Obwohl dies für den gesamten deutschen Außenhandel nur wenig bedeutete, stellte es dennoch einen Beitrag zu Schachts wirtschaftspolitischen Zielen dar. Schließlich trug Haavara auch dazu bei, den internationalen Boykott deutscher Waren zu neutralisieren. Die Anführer des Boykotts, die mit einer Vielzahl

von Problemen der Organisierung und Abstimmung zu tun hatten, mußten auch noch gegen das Negativbeispiel Palästina, der nationalen jüdischen Heimstatt, ankämpfen, das große Mengen deutscher Waren einführte.

Zwischen 1933 und 1937 blieb Palästina das bevorzugte Zielland der Auswanderungspolitik der Nationalsozialisten. Dies bedeutet nicht, daß das zionistische Ziel einer jüdischen Mehrheit und eines jüdischen Staates in Palästina für das Hitler-Regime annehmbar war oder daß sich zwischen NS-Offiziellen und den deutschen Zionisten so etwas wie ein herzliches Verhältnis entwickelt hätte. Die rassistische Politik des Hitler-Regimes schuf eine Lage, in der sowohl die deutschen als auch die zionistischen Stellen widerstrebend einsahen, daß eine verhältnismäßig gute Zusammenarbeit mehr Vorteile als Nachteile mit sich brachte. Das Hitler-Regime benutzte die Aussagen für eine nationale jüdische Heimstatt in Palästina, wie sie in der Balfour-Erklärung von 1917 ihren Niederschlag fanden, sowie nachfolgende anglo-zionistische Bemühungen als Mittel einer "rassisch gesunden" Volksgemeinschaft in Deutschland. Die Erkenntnis des Jahres 1937, daß solche Bemühungen möglicherweise zur Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina führen konnten, belebte das alte Gespenst einer internationalen jüdischen Verschwörung und verursachte in deutschen Partei- und Regierungskreisen eine beachtliche Debatte über Deutschlands vergangene und zukünftige Beziehungen zum Zionismus.

Die deutsche Haltung und Politik gegenüber den beiden anderen Elementen des palästinensisches Dreiecks, Großbritannien und dem arabischen Nationalismus, sind ebenfalls ausführlich untersucht worden. Unter den Wissenschaftlern besteht Übereinstimmung, daß Hitler seine geopolitische Strategie und seine Hoffnungen seit Anfang der 20er Jahre bis Ende der 30er Jahre auf irgendeine Art von deutsch-englischem Einvernehmen gründete, sei es in Form eines Bündnisses oder einfach in der passiven Hinnahme seiner Ziele in Europa. Diese Untersuchung hat nicht das Ziel, sich in die Debatte einzuschalten, ob es deutsche Pläne für eine Weltherrschaft gab oder nicht. Die Erfordernisse und der Rahmen der Hitlerschen Außenpolitik der 30er Jahre wären in jedem Fall im wesentlichen die gleichen gewesen. Andererseits wurden seine Haltung und

Politik gegenüber dem arabischen Nationalismus und gegenüber dem Nahen Osten in hohem Maße durch seine Englandpolitik bestimmt.

Zwischen 1933 und 1937 suchte Hitler eine Vereinbarung mit Großbritannien. Als Gegenleistung für die britische Billigung der deutschen Ausdehnung in Mittel- und Osteuropa wollte er Garantien für die Sicherheit des britischen Weltreiches geben. Obwohl er die Rückgabe von mindestens einer Kolonie in Afrika als Rohstoffquelle verlangte, war er bereit, auf die Weltpolitik der Zeit des Kaiserreiches zu verzichten. Er wollte auch keine italienischen Ansprüche an das britische Reich unterstützen. Vor 1937 war das Bündnis mit Großbritannien für ihn wichtiger als das mit Italien. Als sich sein Traum von einem deutsch-englischen Bündnis verflüchtigte, begann er das taktische Vorgehen in seiner Englandpolitik einer Überprüfung zu unterziehen. Englands Verhalten in den Jahren 1935 und 1936 beim Abessinien-Krieg, beim Spanischen Bürgerkrieg sowie beim deutschen Einmarsch ins Rheinland überzeugte ihn, daß er seine Ziele in Mittel- und Osteuropa ohne ein Bündnis mit England und ohne englische Einmischung erreichen könnte. Er wollte weiterhin das Ziel eines Einvernehmens verfolgen, sich aber gleichzeitig darauf vorbereiten, diese Ziele ohne ein Einvernehmen mit England zu erreichen. Die Politik Deutschlands gegenüber den Arabern war in einem beachtlichen Ausmaß von Hitlers Englandpolitik beeinflußt, weil diese für seine Pläne in Europa ein wichtiger Faktor war.

Die Politik gegenüber den Arabern war aber auch das Ergebnis der internationalen Dimension seiner rassischen Weltanschauung. Wiederholte arabische Versuche, sich in die 30er Jahren die diplomatische, fiananzielle und materielle Unterstützung Deutschlands im Kampf gegen die Zionisten und die Briten in Palästina zu sichern, wurden zurückgewiesen. Die Dokumente zeigen, daß im AA Übereinstimmung herrschte, daß freundschaftliche Beziehungen mit Großbritannien von wesentlicher Bedeutung waren und daher die Art von Unterstützung, wie sie von den arabischen Führern gefordert wurde, ausschloß. Die NSDAP-Landesgruppe Palästina beschränkte ihre Arbeit auf die christlichen deutschen Gemeinden, die in der arabisch-jüdischen Auseinandersetzung neutral blieben und sich gegenüber der britischen Mandatsverwaltung loyal verhielten. Die

Beziehungen mit den anderen, dem Namen nach unabhängigen arabischen Staaten waren so, daß sich Deutschland von Handlungen zurückhielt, die von den britischen Behörden als schädlich für die Sicherheit Großbritanniens im Nahen Osten angesehen wurden. Vor 1937 führte die Enttäuschung der Araber über die weitere britische Anwesenheit in Palästina und der übrigen arabischen Welt bei der deutschen Führung zu keiner oder nur zu wenig Sympathie. Die strategischen und ideologischen Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik erforderten Distanz zum arabischen Nationalismus. Großbritannien hielt für Hitler den Schlüssel für eine erfolgreiche Verfolgung der deutschen Ziele in Europa in der Hand. Eine offene Unterstützung der arabischen Selbstbestimmung hätte gegen das Erreichen dieser Ziele verstoßen. Zudem schloß die rassische Philosophie des Nationalsozialismus eine Unterstützung der arabischen Unabhängigsbestrebungen auf Kosten der britischen Macht im Nahen Osten aus.

Mitte 1937 wurden die deutschen Beziehungen zu den drei Elementen des Palästina-Dreiecks (Araber, Briten und Zionisten) in Partei- und Regierungskreisen in Berlin ernsthaft in Frage gestellt. Der Peel-Teilungsplan vom Juli 1937 und seine Empfehlungen für zwei getrennte arabische und jüdische Staaten in Palästina weckten Zweifel am Sinn einer weiteren Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina und der Ablehnung arabischer Bitten um Unterstützung. Zudem ergibt sich aus den Gesprächen bei der berühmten Zusammenkunft in der Reichskanzlei im November 1937, daß Hitler, falls notwendig, ernsthaft bereit war, einen Krieg gegen England in Erwägung zu ziehen, um seine Ziele in Europa zu ereichen.

Innerhalb der Regierung wie innerhalb der Führungsspitze der Partei herrschte fast einstimmige Ablehnung der Schaffung eines unabhängigen jüdischen Staates in Palästina, und zwar unabhängig von persönlichen, politischen und ideologischen Wunschzielen. Die Bejahung der Theorie der jüdischen Verschwörung mußte notwendigerweise zu einer Ablehnung eines unabhängigen jüdischen Staates führen. Die antisemitische Politik des Hitler-Regimes mußte einen jüdischen Staat zum natürlichen Feind des Reiches machen. Er wäre auch eine gefährliche Verstärkung der größer werdenden Koalition von

Staaten, die dem neuen Deutschland feindlich gegenüber standen, gewesen. Diese strategische Wirklichkeit paßte gut zu den alten Verschwörungstheorien des 19. Jahrhunderts und der NS-Ideologen. So konnte die Partei gemeinsam mit den konservativen Beamten des Auswärtigen Amts die Abneigung gegen den Peel-Teilungsplan von 1937 teilen. Das Rundschreiben von Außenminister Neurath vom 1. Juni 1937 enthielt die Warnung, daß Palästina zu einem Ausgangspunkt für die angebliche jüdische Verschwörung gegen Deutschland werden könnte, diese Verbindung. Für die Zionisten wäre Palästina das, was für den politischen Katholizismus der Vatikan und für die Komintern Moskau sei.

Die Palästina-Debatte innerhalb von Regierung und Partei in der zweiten Jahreshälfte 1937 konzentrierte sich auf die deutsche Auswanderungspolitik, insbesondere auf die Frage der Zielländer für die auswandernden Juden. Selbst die eifrigsten Kritiker der früheren Politik befürworteten keine Beendigung der jüdischen Auswanderung nach Palästina. Grobba, Döhle, das Referat Deutschland und die Auslandsorganisation (AO) sprachen sich für eine stark eingeschränkte Rolle Palästinas im Rahmen der jüdischen Auswanderung aus. Grobba und Döhle waren über die nachteiligen Auswirkungen einer deutschen Unterstützung des Zionismus auf das Ansehen Deutschlands unter den Arabern beunruhigt. Referat-D und die AO teilten diese Befürchtungen. Dazu kam ihre weitere Auffassung, daß ein unabhängiger jüdischer Staat die internationale jüdische Kampagne, das neue Deutschland zu vernichten, unterstützen würde. Sie schlugen auch eine grundlegende Überprüfung des Haavara-Abkommens vor, um dessen Beitrag zur wachsenden Stärke der zionistischen Stellung in Palästina zu mindern. Sie schlugen weder die völlige Beendigung der Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina noch eine Beendigung des Haavara-Systems als Mittel vor, diese Auswanderung zu fördern. Die Auswanderungspolitik, so argumentierten sie, sollte die deutschen Juden in der ganzen Welt zerstreuen, anstatt sie in Palästina zu konzentrieren, wo sie sicherlich die Gründung eines jüdischen Staates erleichtern würde. Die Einzelpersonen wie die genannten Stellen sprachen sich auch für engere Beziehungen mit den Arabern in Palästina und anderswo aus. Da die Araber wenig materielle Unterstützung hatten, fürchtete

man, daß die Unterstützung der zionistischen Auswanderung Deutschland unnötigerweise die natürlichen Sympathien der arabischen Welt kosten würde. Andererseits förderten Pol. VII, die Wirtschaftsstellen im Auswärtigen Amt und das Wirtschaftsministerium weiterhin Palästina als das vorrangige Zielland für die jüdische Auswanderung aus Deutschland. Sie waren der Auffassung, daß die weltweite Zerstreuung der deutschen Juden stark zur anti-deutschen Stimmung und anti-deutschen Politik in den neuen Heimatländern der Juden beitragen würde. Würde man sie in Palästina konzentrieren, könnte man sie wie eine Einheit wirksam behandeln. Sie sprachen sich mit Nachdruck für die Beibehaltung des Haavara-Systems aus, obwohl sie bereit waren, einige Änderungen vorzunehmen, um die Kritiker zufriedenzustellen.

Die Palästina-Ministerkonferenz vom 29. Juli 1937 erhielt von Hitler Anweisung, die schnelle Auswanderung der deutschen Juden mit allen verfügbaren Mitteln zu bewerkstelligen. Er wies weder auf Palästina als als einem bevorzugten Zielland hin noch schloß er es aus. Bei nachfolgenden Zusammenkünften zum Thema Palästina im September und Oktober stand nie in Frage, daß Palästina auch weiterhin eine bedeutende Rolle bei der Auswanderung spielen würde. Die einzige Frage, die noch zu klären war, war die Wirksamkeit des Haavara-Systems, die Frage seiner Änderung oder seiner völligen Abschaffung. Diese Zusammenkünfte weisen darauf hin, daß Palästina als nützliches Zielland in Frage gestellt worden war. Die Infragestellung ergab sich weniger aus der Angst vor einem unabhängigen jüdischen Staat als aus der Erkenntnis, daß die Fähigkeit Palästinas, eine wachsende Zahl jüdischer Einwanderer aufzunehmen, wegen der Unruhen zwischen Arabern und Juden und den daraus folgenden Einwanderungsbeschränkungen in zunehmendem Maße eingeengt wurde. Ende 1937 konnten Hentig und andere zur Unterstützung der bisherigen Politik sagen, daß Großbritannien nie in der Lage sei, den Teilungsplan angesichts des arabischen Widerstandes durchzusetzen, und daß ein künftiger unabhängiger jüdischer Staat unwahrscheinlich sei. Im Januar 1938 forderte Hitler erneut zu einer schnellen jüdischen Massenauswanderung auf. Er bezog sich insbesonders auf Palästina als einem wünschenswerten Zielland.

Die Debatte im Jahre 1937 hatte auch die Frage der deutschen Haltung gegenüber dem Nationalismus der Araber in Palästina aufgeworfen. Im Sommer 1937 hatte Döhle eine freundlichere Antwort, wenn auch ohne materielle Unterstützung, auf die arabischen Angebote freundschaftlicher Beziehungen mit Deutschland verlangt. Neuraths Rundschreiben vom 1. Juni hatte ebenfalls zu einer sympathischeren Haltung gegenüber dem arabischen Nationalismus aufgefordert, obwohl er keine materielle Unterstützung oder gar offene diplomatische Unterstützung empfahl. Letzten Endes änderten die Anregungen von Döhle, Neurath, Grobba und anderen nichts. Deutschland beachtete die arabische Welt auch weiterhin nicht und überließ bald Italien den gesamten Mittelmeerraum als dessen Einflußgebiet.

Deutschlands Widerstreben, die unsichere Lage in Palästina und anderswo in der arabischen Welt zu seinem Vorteil zu nutzen, um wegen Österreich, der Tschechoslowakei und Polen Druck auf Großbritannien auszuüben, spiegelt Hitlers fortbestehenden Wunsch wieder, eine Herausforderung Englands zu vermeiden und sich auf diese Weise zumindest die britische Billigung der deutschen Ausdehnung zu sichern. Die Ausnahme dieser Regel machte die Herausbildung der Tschechoslowakei-Krise 1938. Die geringe Geldsumme, welche die Canaris-Abwehr im Sommer und Herbst 1938 dem Mufti über Grobba in Beirut zukommen ließ, stellte einen kurzen Versuch dar, die britischen Schwierigkeiten in Palästina zu vermehren und so die britische Politik in der mitteleuropäischen Krise zu beeinflussen. Es ist nicht sicher, daß Hitler Canaris zu diesem Vorgehen ermächtigt hatte. Und man sollte anhand dieses Beispiels deutscher Einmischung in Palästina nicht den Versuch machen der deutschen Politik zu unterstellen, sie habe die arabische Sache in Palästina erfolgreich fördern oder die britische Stellung im Nahen Osten bedrohen wollen. Abgesehen von diesem Vorgang gab es keine ernsthaften Bemühungen, aus dem arabischen Nationalismus Nutzen für die deutschen Interessen zu ziehen oder den britischen Imperialismus zu gefährden. Die Ausfuhr unbedeutender Mengen an Waffen in die arabischen Länder, in denen der britische Einfluß vorherrschend war, geschah in Kenntnis und mit Zustimmung Englands. Während der Jahre der Gewalttätigkeit erhielten die arabischen

Aufständischen in Palästina keine deutschen Waffen, obwohl die Abwehr geplant hatte, den palästinensischen Aufständischen über den Irak und Saudi-Arabien Waffen zukommen zu lassen. Die Sendungen wurden nie abgeschickt. Und die Tatsache, daß Deutschland keine weiteren Versuche machte, Waffen nach Palästina zu schicken, spiegelt den eingeengten Rahmen an Schwierigkeiten wieder, den Deutschland Großbritannien in Palästina machen wollte. Deutschland förderte auch keine italienischen Ziele im östlichen Mittelmeer, die sich mit britischen Interessen hätten kreuzen können. Die deutsche Regierung stimmte im Gegenteil englisch-italienischen Bemühungen zu, ihre Probleme friedlich zu regeln. Das Hitler-Regime schenkte in den Jahren 1938 und 1939 dem arabischen Faktor weiterhin keine Beachtung. Deutschland und Italien hatten an echter arabischer Unabhängigkeit kein Interesse. Auf Seiten Deutschlands gab es auch kein Interesse, die britische Stellung im Vorderen Orient zu untergraben oder auszuschalten.

Es ist unwahrscheinlich, daß sich Hitlers Einmischung im Januar 1938 zu Gunsten einer weiteren jüdischen Auswanderung nach Palästina auf Faktoren gründete, die besonders mit den Argumenten der Partei- und Regierungsleute zusammenhingen, die in die Palästina-Debatte in Deutschland verwickelt waren. Es hat den Anschein, daß Hitler die Judenpolitik im allgemeinen und die Änderungen in der Organisierung und Durchführung der jüdischen Auswanderung in den Jahren 1938 und 1939 mit seinem Kriegszeitplan koppelte. Bis zum Frühjahr 1938 war die jüdische Mitarbeit in der deutschen Wirtschaft noch erwünscht. Die zurückliegenden Maßnahmen in der Auswanderung waren nicht einmal in der Lage gewesen, die Hälfte der jüdischen Bevölkerung des Jahres 1933 aus Deutschland fortzuschaffen. 1938 und 1939 wurden Maßnahmen eingeleitet, um die noch verbliebenen Juden in der deutschen Wirtschaft auszuschalten, um das noch vorhandene jüdische Vermögen willkürlich einzuziehen und die ganze Auswanderung unter die Konrolle der SS zu stellen. Die von der SS gehandhabten neuen Auswanderungsmaßnahmen sollten in kürzester Zeit die höchstmögliche Zahl von Juden aus Großdeutschland wegbringen. Der verhältnismäßige Wert der einzelnen Zielländer scheint für Hitler nicht von großem Interesse gewesen zu sein, obwohl Länder außerhalb Europas seit 1933 als Zielländer bevorzugt

worden waren. Das einzige Ziel der Auswanderungsmaßnahmen nach 1938 war es, die Juden so schnell wie möglich vollständig aus Deutschland wegzubringen. Solange Palästina in der Lage war, die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland aufzunehmen, wurden dafür alle gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel eingesetzt. Trotz des Rückganges der Zahl der Juden, die 1938 und 1939 nach Palästina eingewandert sind, war die Zahl der einwandernden deutschen Juden erheblich gestiegen. Schließlich haben der SD und die Gestapo, welche die Auswanderung nach 1938 kontrollierten, mit zionistischen Organisationen zusammengearbeitet, um trotz der beschränkten britischen Quotenregelung und Blockade illegale Einwanderer nach Palästina zu bringen.

Die deutschen Kriegspläne 1938 und 1939 berührten auch auf andere Weise die Auswanderungspolitik. Das Rundschreiben des Auswärtigen Amts vom 25. Januar 1939 erklärte, die jüdische Frage sei nicht gelöst, solange nicht der letzte Jude deutschen Boden verlassen habe. Die Auswirkungen dieser Auffassung zeigten sich in Hitlers Rede vor dem Reichstag am 30. Januar des gleichen Jahres. Er wies darauf hin, daß die Judenfrage eine europäische Frage sei, und daß es erst dann in Europa Frieden gebe, wenn sie gelöst sei. Die Judenfrage spielte bei den innenpolitischen Vorbreitungen auf den Krieg in den Jahren 1938 und 1939 eine zentrale Rolle. Die Judenfrage spielte aber auch eine zentrale Rolle bei der Schaffung einer neuen europäischen Ordnung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Sie nahm mit der Aussicht auf deutsche Eroberungen im Osten eine neue und natürliche Dimension in der deutschen Strategie ein.

Einige Gegner der zionistischen Auswanderung nach Palästina hatten lange vorgebracht, daß Palästina wegen seiner Größe, der politischen Unruhen und der von den britischen Behörden auferlegten Einwanderungsbeschränkungen auf Dauer kein geeignetes Zielland sei. Diese Argumente hatten auf die Verfahrensweise der jüdischen Auswanderung aus Deutschland keinen Einfluß. Der drohende Krieg in den Jahren 1938 und 1939 und das vermehrte Interesse der NS-Führung am europäischen Ausmaß des deutschen Judenproblems zwangen indes dazu, völlig neue Lösungen ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Die alten Auswanderungsmaßnahmen waren auf die verhältnismäßig

kleine jüdische Gemeinschaft in Deutschland ausgerichtet gewesen. Sie wären auf die Millionen von Juden, im neuen deutschen Lebensraum im Osten Europas, vor allem unter den widrigen Bedingungen eines Krieges, nicht anwendbar gewesen. Daher wurde der Gedanke, Millionen europäischer Juden nach Madagaskar zu verschiffen, bei einigen NS-Führern sehr beliebt. Hitler gehörte auch dazu. Die Gedanken und Pläne, die zwischen 1938 und 1941 in Deutschland entstanden, sahen für die europäischen Juden ein riesiges Reservat auf Madagaskar vor, das zuerst unter europäischer und dann nach 1940 unter deutscher Kontrolle stehen sollte. Dies war im wesentlichen die Art von Lösung, wie sie für die deutsche Judenfrage in den Jahren 1933 bis 1940 angestrebt worden war. Madagaskar war als eines von mehreren Reservaten für deutsche und andere europäische Juden in Aussicht genommen worden. Ein unabhängiger jüdischer Staat in Palästina war genauso unwahrscheinlich und unannehmbar wie auf Madagaskar. In beiden Fällen sollten die Juden unter der Kontrolle einer europäischen Macht bleiben. Im Falle Palästina sollte sie durch Deutschlands erhofften Verbündeten Großbritannien ausgeübt werden.

Deutschlands Palästina-Politik zwischen 1933 und 1940 beruhte auf der grundsätzlichen Hinnahme des Status Quo nach dem 1. Weltkrieg im Nahen Osten. Aus verschiedenen Gründen blieb das Dritte Reich in den Fußstapfen der verschiedenen Weimarer Regierungen, indem es die deutschen Interessen mit der Nachkriegsregelung im Nahen Osten gleichsetzte. Diese Regelung sah eine wachsende jüdische Besiedelung und eine Heimstatt in Palästina vor. Sie sah auch die Beibehaltung der britischen Macht in Palästina sowie im Großteil des Nahen Ostens vor. Die Regelung bedeutete auch eine Absage an die arabischen Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Palästina und im ganzen Nahen Osten. Zwischen 1933 und 1940 ermutigte die deutsche Politik die jüdische Auswanderung nach Palästina und förderte sie eifrig. Sie beachtete die Interessen des britischen Imperialismus im ganzen Nahen Osten und verhielt sich den Idealen und Zielen des arabischen Nationalismus gegenüber ziemlich gleichgültig.

Anhang

Anhang 1

Deutsche Einrichtungen zwischen den Kriegen in Palästina mit Ausnahme der Siedlungen der Tempel-Gesellschaft

A. Deutsch-evangelische Institutionen:

1. Jerusalemstiftung (Berlin-Charlottenburg 2, Marckstr. 2)
   - Erlöserkirche und Muristanhospiz/Jerusalem
   - Propstei und deutsch-evangelische Schule/Jerusalem
2. Jerusalemverein (Berlin-Halensee, Paulsbornerstr. 86)
   - Kirche, Schule und Diakonissenstation/Bethlehem
   - Schulen in Beth-Djala und Beth-Sahur
3. Ölbergverein (Potsdam, Augustastraße 1819)
   - Kaiserin-Augusta-Viktoriastiftung auf dem Ölberg, Hospizgebäude
4. Diakonissen-Anstalt Kaiserswerth am Rhein
   - Deutsches Hospital/Jerusalem
   - Mädchenerziehungsanstalt Tahtha-Kumi/Jerusalem
5. Balley Brandenburg des Johanniter Ordens (Berlin-W 5, Schönebergufer 19)
   - Johanniter-Ordens-Hospiz/Jerusalem
6. Verein für das Syrische Waisenhaus (Köln-Marienburg, Ulmenallee 86)
   - Waisenhaus mit Schule und Werkstätten/Jerusalem
   - Zweigstation für Landwirtschaft in Bir-Salem bei Ramleh
   - Galiläisches Waisenhaus in Nazareth
7. Evangelische Karmelmission (Thiemendorf, Oberlausitz)
   - Hospiz auf dem Karmelberge/Haifa
   - Missionsstation und Schule/Haifa
   - Schule in El-Bassa

Quelle: PA: Büro des Reichsaußenministers, "Palästina", Übersicht über die deutschen Institutionen in Palästina, Stand von 1937.

B. Deutsch-katholische Institutionen:

1. Deutscher Verein vom Heiligen Lande
   (Köln, Steinfelder Gasse 17)
   - Deutsche Benediktinerabtei/Jerusalem
   - St. Paulus Hospiz und Görresheim/Jerusalem
   - Schmidt's Girls School/Jerusalem
   - Hospiz in El-Kubebe (Emmaus)
   - Hospiz und Ausgrabungsstätte in Tabgha/Genezarethsee
2. Barmherzige Schwestern vom Hl. Carl Borromäus
   (Generalmutterhaus in Trebnitz, Schlesien)
   - Provinzial-Mutterhaus mit Hospiz und St. Karlsschule/Jerusalem
   - Deutsches Hospital und Hospiz/Haifa
   - Hospiz auf dem Berge Karmel/Haifa
   - Schule/Haifa
   - Genesungsheim in El-Kubebe (Emmaus)

Anhang 2

Deutsche Schulen und ihre Förderer zwischen den Kriegen in Palästina

1. Schule der deutschen evangelischen Gemeinde/Jerusalem: Deutsche evangelische Gemeinde, Jerusalem
2. Talitha-Kumi/Jerusalem: Diakonissen Anstalt, Kaiserswerth
3. Katholische Mädchenschule des Vereins vom Heiligen Lande, genannt Schmidt's Girls School/Jerusalem: Deutscher Verein vom Heiligen Lande, Köln
4. St. Karlsschule/Jerusalem: Orientmission der barmherzigen Schwestern vom heiligen Karl Borromäus
5. Deutsche Realschule/Jaffa: Tempelgemeinde, Wilhelma und Evangelische Gemeinde, Jaffa
6. Schule der Tempelgemeinde/Wilhelma: Tempelgemeinde Wilhelma
7. Deutsche Schule/Haifa: Tempelgemeinde und Evangelische Gemeinde, Haifa
8. Armenschule der Karmelmission/Haifa: Evangelische Karmelmission, Haifa
9. St. Karlsschule/Haifa: Orientmission der barmherzigen Schwestern vom heiligen Karl Borromäus
1o. Schule des Syrischen Waisenhauses/Jeursalem: Evangelischer Verien für das Syrische Waisenhaus, Köln
11. Lyceum Tempelstift/Jerusalem: Tempelgemeinde, Jerusalem
12. Schule der Tempelgemeinde/Sarona: Tempelgemeinde, Sarona
13. Evangelische Gemeindeschule/Waldheim: Bürgerliche Gemeinde, Waldheim
14. Deutsche Schule/Bethlehem: Tempelgemeinde, Bethlehem
15. Deutsche Schule/Nazareth: Elterngemeinschaft, Nazareth, Tiberias

---

Quelle: ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1358

Anhang 3

Siedlungen der Tempel-Gesellschaft in Palästina

Quelle: ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1383. Nazareth und Tiberias waren keine Templer-Siedlungen; es lebten aber in beiden Städten einige Templer-Familien.

Anhang 4

Deutsche Handelsbilanz mit Palästina in den Jahren 1924 bis 1932

Jahr	Einfuhren aus Deutschland (in Palästina-Pfund)	Ausfuhren nach Deutschland (in Palästina-Pfund)
1924	574 066	19 525
1925	954 329	20 708
1926	734 305	54 053
1927	557 617	90 009
1928	667 218	69 025
1929	743 656	117 356
1930	762 075	203 549
1931	638 185	201 730
1932	775 104	332 819

Quelle: ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1272

Anhang 5

Die wichtigsten deutschen Einfuhren nach Palästina im Jahr 1927 im Vergleich zu anderen Ländern

1. Ton- und Porzellanwaren (4. Stelle)
2. Glaswaren, Spiegel, Glas für Lampen (2. Stelle)
3. Zement (1. Stelle)
4. Schmiedeeisen (2. Stelle)
5. Betten (2. Stelle)
6. Stahlträger (1. Stelle)
7. Küchengeräte (2. Stelle)
8. Nägel, Schrauben, Klammern (2. Stelle)
9. Eisenplatten (1. Stelle)
10. Geldschränke (4. Stelle)
11. Eisenrohre (2. Stelle)
12. Aluminium (1. Stelle)
13. Messingerzeugnisse, Kupferplatten (1. Stelle)
14. Bleierzeugnisse (2. Stelle)
15. Zinnerzeugnisse (3. Stelle)
16. Uhren (1. Stelle)
17. Messer (2. Stelle)
18. landwirtschaftliche Geräte (2. Stelle)
19. wissenschaftliche Ausrüstung (2. Stelle)
20. fotografische Ausrüstung (1. Stelle)
21. landwirtschaftliche Maschinen (1. Stelle)
22. Maschinen aller Art, Elektromaschinen, Nähmaschinen, Elektroausrüstung (1. Stelle)
23. Baumwollerzeugnisse (4. Stelle)
24. Teppiche und Wollerzeugnisse (3. Stelle)
25. Wolldecken (2. Stelle)
26. Kunstseide und Kunstseideerzeugnisse (2. Stelle)
27. Leinen (2. Stelle)

Quelle: PA: Pol.Abt.III-Wirtschaft, Palästina, Handel 11, Bd. 1, DKG/Jerusalem an AA/Berlin, JN 541/27, 9.März 1927

28. Hüte (2. Stelle)
29. Frauenstrümpfe (2. Stelle)
30. Karbonsäure (1. Stelle)
31. Schmieröl (5. Stelle)
32. Seife (2. Stelle)
33. Leder (1. Stelle)
34. Packpapier (2. Stelle)
35. Druckpapier (2. Stelle)
36. Dachpappe (1. Stelle)
37. Silberwaren (3. Stelle)
38. Juwelierausrüstung (3. Stelle)
39. Plattenspieler (2. Stelle)
40. Parfüm (2. Stelle)

Anhang 6

Mitglieder des deutschen Pro-Palästina-Komitees im März 1929

1. Ehrenausschuß:
   Preußischer Kultusminister Prof. Dr. Becker
   Preußischer Ministerpräsident Dr. h.c. Otto Braun
   Prof. Dr. Albert Einstein
   Geh. Regierungsrat L. Kastl, Mitglied der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes
   Generalkonsul Eugen Landau
   Reichstagspräsident Paul Löbe
   Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder
   Staatssekretär des Auswärtigen Amts Dr. von Schubert
   Direktor der Deutschen Bank Oscar Wassermann
   Staatssekretär des Preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann
2. Präsidium:
   Botschafter a.D. Graf Bernstorff, Vorsitzender
   Ministerialdirektor Dr. H. Badt
   Rabbiner Dr. Leo Baeck
   Prof. D. Dr. Dr. J.V.Bredt, MdR
   Dr. R. Breitscheid, MdR
   Kurt Blumenfeld, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung für Deutschland
   Regierungspräsident Dr. H. Haussmann
   Prof.Dr. O. Hoetzsch, MdR
   Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent im Auswärtigen Amt
   Geh. Konsistorilalrat Prof. Dr. Sellin
   Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim
   Kommerzienrat Konsul Dr. W. Sobernheim

Quelle: PA: Pol.III, Politika 2a- Palästina, Bd. 1, "Tätigkeitsbericht des D.K.P.P. zur Förderung der jüdischen Palästinaussiedlung für die Zeit vom 1.II.28 - 31.I.29."

Weitere Mitglieder, die in den 20er Jahren beigetreten sind:

Eduard Bernstein, MdR
Prof. Dr. Jäckh
Prof. Dr. Blanchenhorn
Thomas Mann
Geh. Regierungsrat Cleinow
Reichskanzler a.D. Hermann Müller
Reichsminister a.D. Dr. Dernburg
Generalkonsul Prüfer
Dr. A. Grabowsky
Oberregierungsrat Dr. Simons

Anhang 7

Gesetzliche jüdische Einwanderung in Palästina
1933 - 1940

Jahr	insgesamt	Jüdische Einwanderung aus Deutschland Anzahl	in %	Jüdische Einwanderung aus Österreich
1933	30 300	7 600	25	
1934	42 400	9 800	23	
1935	61 900	8 600	14	
1936	29 700	8 700	29	
1937	10 500	3 700	35	
1938	12 900	4 800	37	2 200
1939	16 400	8 500	52	1 700
1940	4 500	900	2o	200

Quelle: Feilchenfeld ua., Haavara-Transfer, S. 90

Anhang 8

Der Haavara-Transfer 1933 - 1939

Jahr	Gesamtbetrag in RM
1933	1 254 955,96
1934	8 895 038,75
1935	17 103 153,93
1936	19 958 645,50
1937	31 407 501,30
1938	18 853 913,63
1939	8 197 033.99

Quelle: Feilchenfeld ua., Haavara-Transfer, S. 75. Siehe auch ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1254, Trust&Transfer Haavara Ltd., Monatstransfer-Bericht zum 28.II.39

Anhang 9

Eine Liste der Waren, die durch das Haavara-Abkommen nach Palästina kamen

1. Bier
2. Ziegel
3. Marmorarbeiten
4. leere Flaschen und Krüge
5. Porzellan
6. Sanitäranlagen
7. Eisenstangen
8. Eisenträger
9. schwarzes Eisenblech
10. Nägel
11. Öfen
12. Eisenrohre, Röhren und Zubehör
13. Draht und Drahtgitter
14. Eisen- und Stahlwaren
15. Aluminiumwaren
16. Messing- und Kupferwaren
17. Zinnstangen
18. Drucklettern
19. Rasierklingen
20. Messerwaren
21. Fotoapparate
22. Werkzeuge
23. Instrumente und Zubehör für Zahnärzte, Ärzte, Optiker und Tierärzte
24. Elektrokabel, Draht und Isolierrohre für Elektrokabel und Draht
25. elektrische Glühlampen
26. Elektroakkus, Motoren und Generatoren
27. Druck- und Buchbindermaschinen
28. Pumpen
29. Nähmaschinen
30. holzverarbeitende Maschinen
31. Baumwolle
32. Baumwollwaren
33. Wollstoffe, Samt und Stickereiwaren
34. Stiefel und Schuhe
35. Hosenträger, Strumpfhalter und Gürtel
36. Strümpfe
37. Drogen, Arzneimittel und chemische Erzeugnisse
38. Farben und Lacke
39. Papier und Papierwaren
40. Spielzeug
41. Toilettenzubehör
42. Lampen
43. Goldschmiedewaren
44. Traktoren und Autos

Quelle: ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1252

Anhang 10

Die zionistischen Vereinigungen sowie die dem Zionismus angeschlossenen Vereinigungen unter der Aufsicht der Abteilung II/112-3 des Sicherheitsdienstes

1. Zionistische-politische Organisationen:
   - Zionistische Vereinigung für Deutschland
   - Misrachi
   - Staatszionistische Vereinigung
   - Brith Hechajal
2. Umschulungsorganisationen
   - Hechaluz
   - Haschomer Hazair
   - Werkleute
   - Makkabi-Hachscharah
   - Brith Chaluzim
   - Brith Haschomrim
3. Institutionen zum Palästina-Aufbau:
   - Palästinaamt der "Jewish Agency"
   - Keren Hajessod
   - Keren Kajemet Lejisroel
   - Keren Tora Wa Awoda
   - Keren Hamenorah
4. Jugend- und Sportorganisationen
   - Habonim noar Chaluzim
   - Zeire Misrachi
   - Brith Hanoar schel Zeire Misrachi
   - Jüdisch-nationale Jugend "Herzlia"
   - Deutscher Makkabi-Kreis
   - Makkabi Hazair
5. Zionistische Frauenorganisationen

Quelle: BA: R/58-1242, Richtlinien für die Postauszeichnung, 11.Jun. 1937

6. Zionistische Organisationen im Auslande:
- Jüdischer Weltkongreß
- Comite' des De'le'gations Juives
- American Joint Distribution Committee
- Amerikanischer jüdischer Kongreß
- Zionistenkongreß

Sowie sämtliche anderen jüdischen Organisationen im Ausland und deren Nachrichtendienste wie Haganah, Jüdische Telegraphenagentur usw.

Anhang 11

Die zionistischen Umschulungslager in Deutschland

Quelle: NA: T-175/411, 2935451

Anhang 12

Die Organisation und die Führung der NSDAP Landesgruppe Palästina

Stand von 1935:

1. Landesgruppenleiter: Cornelius Schwarz, Jaffa
2. Kommisarischer Landesvertrauensmann:
   Sam Hoffmann, Sarona
3. Landes-Film- und Funkwart: Matthias Haigis, Jerusalem
4. Ortsgruppen bzw. Stützpunkte:
   - Jerusalem (Ortsgruppe): Ludwig Buchhalter
   - Haifa (Ortsgruppe): Friedrich Wagner
   - Sarona/Jaffa (Ortsgruppe): Sam Hoffmann
   - Wilhelma (Stützpunkt): Alfred Hönig
   - Bethlehem (Stützpunkt): Hans Sus

Quelle: ISA: Deutsches General-Konsulat/Jerusalem, 67/1362

Anhang 13

Die deutschen Waffenausfuhren in den Nahen Osten in den Jahren 1936 - 1939

1936	*Januar*	
	Arabien:	13 Pistolen u. Revolver; 2 500 Schuß Pist.-u. Revolv.- Munition; 1 700 Karabiner. Munition.
	Jemen:	1 Karabiner
	März	
	Arabien:	4 000 Karabiner. MG-Munition
	Jemen:	1 Flugzeug
	April	
	Iran:	500 Maschinenpistolen
	Palästina:	200 Karabiner. MG-Munition
	Juli	
	Arabien:	1 Maschinenpistole
	Jemen:	55 Maschinenpistolen, 2 500 Karabiner; 10 001 042 Schuß Karabiner/MG-Munition.
	Iran:	3 000 000 Kilo Pulver, Sprengladungen, Zündladungen
	September	
	Iran:	3 Maschinenpistolen; 8 000 000 Kilo Pulver, Sprengladungen, Zündladungen.
	Jemen:	2 000 Karabiner; 7 006 000 Schuß Karabiner/MG-Munition
	Oktober	
	Arabien:	1 Karabiner
	Irak:	40 Pistolen, 30 Karabiner, MG-Munition.

Quelle: PA: Geheim-Akten 1920-19366, IIFK.33; Kriegsgerät Allgemeines, Geheimsachen, "Statistik über K.G. Ausfuhr"; und HaPol. Abt.: Kriegsgerät (Geheim), Handel mit Kriegsgerät, Allgemeines, Bde. 1 - 4.

Dezember
Irak: 40 Pistolen, 60 Karabiner, MG-Munition

1937 *Januar*
Irak: 1 Karabiner
Jemen: 1 000 000 Schuß Karabiner Munition.

April
Palästina: 210 Karabiner, MG-Munition.

Mai
Britisch-Indien: 3oo Karabiner

Dezember
Arabien: 1 Karabiner
Britisch-Indien: 150 Karabiner
Irak: 18 2cm Maschinenkanonen u. Munition
Iran: 4 Einheitsbussolen- Richtkreise m. Zub.
Jemen: 5 000 Karabiner, MG-Munition

1938 *Januar*
Arabien: 1 000 Gewehr-Patronen
Brit.-Indien: 5 000 Gewehr-Patronen
Jemen: 2 000 Karabiner, MG-Munition

Februar
Ägypten: 1 Maschinenpistole
Brit.-Indien: 65 Karabiner; 5 000 Karabiner, MG-Munition

März
Arabien: 1 Maschinenpistole; 500 Schuß Pistolen-Munition

April
Arabien: 10 000 Kilo Pulver, Sprengladungen, Zündladungen
Jemen: 20 000 Schuß Gewehr-Munition

Mai
Ägypten: 1 Maschinenpistole
Iran: 2 500 000 Schuß Karabiner, MG-Munition

Juni
Brit.-Indien: 168 Karabiner
Iran: 20 000 000 Schuß Gewehr-Munition

Juli
Iran: 9 500 000 Schuß Gewehr-Munition

August
Afghanistan: 36 81mm Minenwerfer;
10 800 F1Mx Minenwerfer-Gesch.; 18 T Meß- u. Zielgeräte.

September
Irak: 18 2cm Masch.-Kanonen; 7 200 Schuß 2cm Munition
Iran: 50 M.Karab. 7,9 (Stand.Gew.);
25 000 Schuß Gewehr-Munition; 16 Rh. Meß u. Zielgeräte.

November
Afghanistan: 10 848 Kilo Pulver, Sprengladungen, Zündladungen: 66 000 Artilleriegeschosse;
3 600 Minenwerfergesch.
Iran: 1 000 000 Schuß Pistolen-Munition

Dezember
Afghanistan: 36 Tankabwehrkanonen;
12 Fliegerabwehrkanonen
Ägypten: 1 Maschinenpistole

1939 *Januar*
Irak: 100 Patr. Lee Enfield

Februar
Afghanistan: Exerziermunition

März
Ägypten: 1 Schnellfeuerpistole

April
Ägypten: 1 Schnellfeuerpistole
Irak: 18 2cm Maschinenkanonen u. Munition

Mai
Afghanistan: 32 7,5cm Geschütze;
15 000 Schuß Flak-Munition;
25 Kisten Exerziermunition;
5 000 Schuß Artillerie-Munition
Ägypten: 1 Maschinenpistole

Juni
Afghanistan: 16 7,5cm Geb.-Geschütze;
588 Beschirrg. f. Tragtiersattel f. 24 7,5cm Gesch.

Ägypten: 1 Maschinenpistole

Juli

Afghanistan: 12 7,5cm Geb.-Geschütze;
490 Beschirrg. f. Tragt.
f. 24 7,5cm G.G.L./22 Satz;
15 000 Sprenggeschosse f. 7,5cm Geb.-Gesch.

August

Afghanistan: 3 Schnellfeuerpistolen u. Munition;
5 000 Aufschlaggranaten 105mm.

Iran: 15 binok. Beobachtungs-Fernrohre;
60 000 Mausergewehre, Kal. 7,92mm;
10 000 Karabiner Kal. 7,92mm;
40 Maschinenpistolen Kal. 15mm;
35 Flugzeug-MG m. Zubehör;
4 Flugzeug-MG iran. Modell m. Zubehör;
1000 Inf. Patronen Kal. 7,92mm;
20 000 15mm Flak-Patronen;
7 920 15mm Durchschlag-Patronen;
9 000 15mm Flak-Patronen.

Anmerkungen

Benutzte Abkürzungen

1. Archive

BA:	Bundesarchiv/Koblenz
CAHJP:	Central Archives for the History of the Jewish People, Hebrew University/Jerusalem
CDJC:	Centre de Documentation Juive Contemporaine/Paris
CZA:	Central Zionist Archives/Jerusalem
IfZ:	Institut für Zeitgeschichte/München
ISA:	Israel State Archives/Jerusalem
LBI:	Leo Baeck Institute/New York
NA:	National Archives/Washington, D.C.
PA:	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn
PRO:	Public Record Office/London
SD-DF:	State Department Decimal Files at the National Archives/ Washington, D.C.
TG:	Tempel-Gesellschaft für Deutschland/Stuttgart-Degerloch
YV:	Yad Vashem/Jerusalem

2. Veröffentlichte Dokumente

ADAP:	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945
DBFP:	Documents on British Foreign Policy 1919 - 1939
IMT:	International Military Tribunal

3. Ministerien, Behördenstellen und Konsularvertretungen

AA:	Auswärtiges Amt
AO:	Auslandsorganisation der NSDAP
APA:	Außenpolitisches Amt der NSDAP
DB:	Deutsche Botschaft
DG:	Deutsche Gesandschaft
DGK:	Deutsches General-Konsulat
Promi/RMVP:	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
RAM:	Reichaußenminister
RFM:	Reichsfinanzministerium

RIM: Reichsministerium des Innern
RWM: Reichswirtschaftsministerium
St.S.: Staatssekretär
USt.S.: Unterstaatssekretär
ZVfD: Zionistische Vereinigung für Deutschland

Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln

1. Das Kaiserreich, Weimar und der Nahe Osten

1. Isaiah Friedman: Germany, Turkey and Zionism, 1897-1918, S. 3-4

2. Die nachfolgenden Werke bieten eine umfassende Darstellung der politischen, ideologischen und geistigen Unterschiede im Weltjudentum zwischen Zionisten, Nicht-Zionisten und Anti-Zionisten; Adolf Böhm: Die zionistische Bewegung, 2 Bde.; Ben Halpern: The Idea of a Jewish State; Walter Laqueur: History of Zionism; Nahum Sokolow: History of Zionism, 1600 - 1918, 2 Bde.; David Vital: The Origins of Zionism, und Zionism: The Formative Years.

Für die besondere Frage des deutschen Judentums und des deutschen Zionismus sei auf die zahlreichen geeigneten Veröffentlichungen des Leo Baeck-Instituts hingewiesen: Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Hrsg., Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890 - 1914, Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916 - 1923, und Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik; Yearbook of the Leo Baeck Institute, Bde. 1 - 30, 1956-1985. Siehe auch H.G.Adler: Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus; Kurt Jacob Ball-Kaduri: Das Leben der Juden in Deutschland; Kurt Blumenfeld: Erlebte Judenfrage: Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, und Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus; Donald Niewyk: The Jews in Weimar Germany; Arnold Paucker: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik; Stephen Poppel: Zionism in Germany, 1897 - 1933: The Shaping of a Jewish Idendity; Jehuda Reinharz: Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1893 - 1914; Martin Rosenbluth: Go Forth and Serve: Early Years and Public Life; Ismar Schorsch: Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870 - 1914.

3. Herzls Bemühungen und deren Ergebnisse werden ausführlich untersucht in Friedman: Germany, Kap. 4-5; Lichtheim: Rückkehr, S. 242; Saadia Weltmann: Germany, Turkey and the Zionist Movement,

1914-1918, Review of Politics 23 (1961), 258; Egmont Zechlin: Die deutsche Politik und die Juden im ersten Weltkrieg, S. 290 - 291.

4. Friedman: Germany, S. 5-6, 65-68

5. Zur Haltung des Kaisers gegenüber den Juden siehe Lamar Cecil: "Wilhelm II. und die Juden", in: 'Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890 - 1914', hrsg. von W.E.Mosse und Arnold Paucker, S. 313-347.

6. Friedman: Germany, S. 5

7. Weder Kanzler Hohenlohe noch Staatssekretär von Bülow waren für den Zionismus und Herzls Bemühungen, den Kaiser zu gewinnen, sich beim Sultan zu Gunsten von Herzl einzusetzen /siehe Zechlin: Die deutsche Politik, S. 292 ff.).

8. Weitere Hinweise zum Verhältnis Deutschlands mit dem Osmanischen Reich vor und während des 1. Weltkrieges, jedoch überwiegend unter Ausschluß der zionistischen Frage, finden sich in Gregor Schöllgen: Imperialismus und Gleichgewicht: Deutschland, England und die orientalische Frage 1871 - 1914; Ulrich Trumpener: Germany and the Ottoman Empire, 1914 - 1918. Zusätzliche Hinweise zu allen Gesichtspunkten des diplomatischen Geschehens in Sachen Deutschland, Zionismus und Osmanisches Reich vor dem Krieg liefert Alex Carmel: Die deutsche Palästinapolitik, 1871 - 1914, in Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 4 (1975); Friedman: Germany; Klaus Hermann: Political Response to the Balfour Declaration in Imperial Germany: German Judaism, in: Middle East Journal 19 (1965); Weltmann: Germany; Zechlin: Die deutsche Politik, Kap. 17-22. Weitere Quellen: Ball-Kaduri: Das Leben, S. 173; Böhm: Zionistische Bewegung, Bd. 1, S. 405; Lichtheim: Rückkehr, S. 242-252; Rosenbluth: Go Forth and Serve, S. 176ff.

9. Lichtheim: Rückkehr, S. 242-278

10. Leonard Stein: The Balfour Declaration, S. 539

11. Eine gute mit Dokumenten belegte Untersuchung der britischen Politik gegenüber dem Zionismus in der Kriegszeit und der Vorgänge, die zur Balfour-Erklärung geführt haben, findet sich in Doreen Ingrams, Hrsg.:Palestine Papers, 1917 - 1922: Seeds of Conflict, S. 7-18. Dazu auch Stein: Balfour Declaration, Kap. 20-21;Christopher Sykes: Crossroads to Israel, Kap. 1.

12. Lichtheim: Rückkehr, S. 366ff.

13. Stein: Balfour Declaration, S. 533-535.

14. Dazu Friedman: Germany, S. 382ff; Herrmann: Political Response, S. 313-314; Weltmann: Germany, S. 262-269; Zechlin: Die deutsche Politik, S. 413-419.

15. Ingrams: Palestine Papers, S. 19

16. a.a.O.

17. a.a.O.

18. Zechlin: Die deutsche Politik, S. 419-420.

19. Dazu J.H.Graf von Bernstorff: Memoirs of Count Bernstorff, S. 172; Hermann: Political Response, S. 313-318; Lichtheim: Rückkehr, S. 376; Stein: Balfour Declaration, S. 602; Weltmann: Germany, S. 262-269; Zechlin: Die deutsche Politik, S. 420-426. Die Osmanische Regierung hatte nicht viel zu verlieren, da der Großteil Palästinas sowieso schon an die Briten unter General Allenby gefallen war. Die Erklärung der Hohen Pforte vom 12. Dezember billigte die jüdische Siedlung in Palästina, das bei einer Friedensregelung theoretisch wieder unter osmanische Oberhoheit käme.

20. Jüdische Rundschau, 2. März 1934.

21. Die Mitglieder bestanden aus Juden und Nichtjuden, Konservativen, Liberalen und Sozialisten, Philo- und Antisemiten als auch aus wichtigen Persönlichkeiten der Regierung, Wissenschaftlern und Schriftstellern. Darunter befanden sich Philipp Scheidemann, Gustav Noske und Max Cohen-Reuss von der SPD, Matthias Erzberger, der Führer der katholischen Zentrumspartei, und Graf Kuno von Westarp von den Konservativen. Weitere Mitglieder waren Reichstagspräsident Konstantin Fehrenbach und Gelehrte und Verleger wie Otto Auhagen, Georg Cleinow, Hans Delbrück, Adolf Grabowsky, Otto Hoetzsch, Ernst Jäckh, Karl Meinhoff, Max Weber und Werner Sombart.

22. Zechlin: Die deutsche Politik, S. 435.

23. a.a.O., S. 434.

24. Eine umfassende Darstellung der Anfänge und der Entwicklung der Tempel-Gesellschaft und ihrer Ansiedlung im 19. Jh. in Palästina findet sich in Alex Carmel: Die Siedlungen der württembergischen Templer in Palästina 1868 - 1918. Ein überholtes, aber nützliches Werk ist Hans Seibts Moderne Kolonisation in Palästina. Siehe dazu auch Paul Sauer: Beilharz Chronik: Die Geschichte eines Schwarzwälder Bauern- und Handwerkergeschlechtes vom 15. Jahrhundert bis heute in Deutschland, Palästina und Australien. Eine vollständige Liste der deutschen Einrichtungen und der Templer-Siedlungen in den Zwischenkriegsjahren findet sich in den Anhängen 1-3.

25. PA: Pol.Abt.III, Innere Verwaltung 14- Palästina, Aufzeichnung (Verfasser unbekannt) vom 23. Sept. 1920; und Politik 16-Palästina, Jahresbericht über die Verhältnisse der deutsch-evangelischen Gemeinde zu Jerusalem 1922/1923, III o 3167/23, 1o.Okt. 1923.

26. Die einzige ausführliche Untersuchung zur Politik der Weimarer Republik in der Palästina-Frage findet sich in Francis R. Nicosias Weimar Germany and the Palastine Question, in Yearbook of the Leo Baeck Institute 24, (1979).

27. PA: Pol.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, Aufzeichnung von Schuberts, 2. Sept. 1920.

28. PA: Gesandtschaft Bern, Palästina, 1922 - 1937, Aufzeichnung des AA über die Lage in Palästina, Nr. IIb 245, 8. Mai 1922.

29. Siehe Anhang 4 und 5.

30. Siehe Nicosia Weimar, S. 326

31. PA: Pol.Abt. III, Politik 5- Palästina, Bd. 1, Aufzeichnung Sobernheims, III o 844, 8. Dez. 1924. Bis zum Jahre 1936 war die Politische Abteilung III-2 (Orient) für die deutsche Außenpolitik im Nahen Osten und Südasien verantwortlich. Zwei Stellen innerhalb dieser Abteilung beschäftigten sich mittelbar mit Palästina: eine Abteilung war zuständig für Ägypten, den Sudan, Arabien, Palästina, Syrien, den Irak und Abessinien; die andere unter Sobernheim war für jüdische Fragen verantwortlich. Das Amt für jüdische Fragen wurde Anfang 1918 sozusagen als Maßnahme der letzten Minute von der Regierung ins Leben gerufen, um gegen den Einfluß der Balfour-Erklärung auf die jüdische Öffentlichkeit in Europa anzugehen; es sollte auch helfen, Deutschland das weitere jüdische Wohlwollen zu erhalten. Das Amt wurde 1933 aufgelöst. Professor Sobernheim, ein bekannter Orientalist, gehörte der deutschen Zionismusbewegung offiziell nicht an, obwohl seine zionistischen Sympathien sicherlich deutlich waren. Dazu auch Lichtheim: Rückkehr, S. 377; Paucker: Der jüdische Abwehrkampf, S. 282.

32. PA: Botschaft Ankara, Politik 3- Palästina, 1924-1938, Bericht über meine Reise nach Palästina im März und April 1925, III o 1269.

33. Wegen des vollständigen Textes des Palästina-Mandats und des Art. 22 der Völkerbundsatzung siehe J.C.Hurewitz, Hrsg.: Diplomacy in the Near und Middle East: A Documentary Record, 1914 - 1955, Bd. 2, S. 61-62 und 106-111.

34. Dazu Niewyk: The Jews, Kap. 6; Paucker:Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890 - 1914 hrsg. von W.E. Mosse und Arnold Paucker, S. 59ff; Schorsch: Jewish Reactions, S. 179ff.; Zechlin: Die deutsche Politik, S. 307.

35. Dazu Blumenfeld: Erlebte Judenfrage, S. 180-181; Paucker: Der jüdische Abwehrkampf; Reinharz: Fatherland, Kap. 5.

36. Dazu Nicosia: Weimar, S. 328-335; Josef Walk: Das Deeutsche Komitee Pro-Palästina 1926 - 1933 in: Bulletin des Leo Baeck-Instituts 15 (1976), 162-163.

37. Zwölf Mitglieder des ursprünglichen Pro-Palästina Komitees wurden Mitglieder der neuen Vereinigung. Es waren dies Otto Auhagen, Georg Bernhard, Robert Breuer, Otto Eberhard, Adolf Grabowsky, Otto Heotzsch, Ernst Jäckh, Karl Meinhof, Lothar Meyer, Werner

Sombart, Ludwig Stein und Oskar von Truppel; dazu Walk: Das Deutsche Komitee, S. 165, Anmerkung 12.

38. PA: Pol.Abt.III, Nachlaß Sobernheim: Jüdische Angelegenheiten, Deutsches Komitee Pro-Palästina.

39. PA: Pol.Abt.III, Politik 2a- Palästina, Bd. 1, Bernstorff an Mecklenburg, 3. Okt. 1927. Die Unterstützung der Haltung von Bernstorff durch das AA wurde dem deutschen Generalkonsulat in Jerusalem im Februar des gleichen Jahres mitgeteilt; dazu PA: Pol.Abt.III, Politik 2a- Palästina, Bd. 1, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, III o 807, 22. Feb. 1927.

40. Siehe Nicosia:"Weimar", S. 331 ff; Walk: Das Deutsche Komitee, S. 168-178.

41. Dazu PA: Pol.Abt.III, Politik 2a- Palästina, Bd. 1, Preußischer Kultusminister Becker an die Vereinigung für das liberale Judentum e.V., III o 676, 5. Jan. 1927; Nachlaß Sobernheim: Jüdische Angelegenheiten, Deutsches Komitee Pro-Palästina, Bd. 1, Der St.S. in der Reichskanzlei an die Vereinigung für das liberale Judentum e.V., 30. Dez. 1926; Politik 2a- Palästina, Bd. 1, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, III o 287, 27. Jan. 1927; dazu auch Nicosia: Weimar, S. 333-334; Hermann Pünder: Von Preußen nach Europa: Lebenserinnerungen, S. 125-126 und 138.

42. Siehe PA: Pol.Abt.III, Jüd. Angelegenheiten: Jüd.Pol.1- Allg., Bd. 6, Aufzeichnung des AA, IIIe 39, 29.Dez.1924; und Aufzeichnung Sobernheims, III o 1191, 3.Jun.1925. Bei einem früheren Berlin-Besuch hatte Chaim Weizmann die starke Interessengemeinsamkeit zwischen Deutschland und dem Zionismus, vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaft, betont. Er bestellte für Palästina Waren im Wert von über einer Million RM und versprach, seinen Einfluß in London zu nutzen, um bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Nachkriegsdeutschland behilflich zu sein /siehe dazu PA: Pol.Abt.III, Politik 1- Palästina, Bd. 1, Aufzeichung des AA, III3 65, 10.Jan.1922).

43. PA: Pol.III, Politik 6- Palästina, Bd. 1, DB/London an AA/Berlin, K.Nr. 69, 1.Sept.1921.

44. Siehe dazu Francis R. Nicosia: Arab Nationalism and National Socialist Germany, 1933 - 1939: Ideological and Stretegic Imcompatibility, in: International Journal of Middle East Studies 12 (1980), 352.

45. Dazu auch PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Syrien, Bd. 1, Aufzeichnung des AA, zu III T. 1478 (ohne Datum); Geheim-Akten, 1920 - 1936, Politik 2- Syrien, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, JN 145 27, 24.Jan.1927.

46. PA: Pol.Abt.III, Politik 5- Palästina, Bd. 3, Aufzeichnung Ziemkes. A.O. 6577, 23.Dez.1929.

47. Dazu Nicosia: Weimar, S. 342-344.

48. PA: Pol.Abt.III, Politik 3- Länder- England, Bd. 2, Aufzeichnung des AA (Verfasser unbekannt), III o 6430, 30.Dez.1929.

49. PA: Pol.Abt.III, Politik 5- Palästina, Bd. 3, Aufzeichnung Ziemkes zu III o 2110/3o, 9.Mai1930. 1929 wurde ein Ausschuß unter Vorsitz von Sir Walter Shaw nach Palästina geschickt, um den Wailing Wall-Aufruhr von 1928 und die nachfolgenden Unruhen des Jahres 1929 zu untersuchen.

2. Die Haltung des frühen Nationalsozialismus gegenüber dem Zionismus

1. Dazu Robert Cecil: The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, S. 65; Martin Broszat: Der Nationalsozialismus, Weltanschuung, Programm und Wirklichkeit, S. 25; Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschuung: Entwurf einer Herrschaft, S. 66-67; Ernst Nolte: Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemtismus, Historische Zeitschrift 192 (1961), 584-606. Zur Verbindung zwischen der deutschen Vorstellung von der Nationalität und dem rassischen Antisemtismus siehe Karl Schleunes: The Twisted Road to Auschwitz: Nazi Policy toward German Jews, 1933 - 1939, Kap.1; Ernst Nolte: Three Faces of Facism, übersetzt von Leila Vennewitz, S. 480.

2. Dazu Hannah Arendt: The Origins of Totalitarianism; Norman Cohn: Warrant for Genocide: The Myth of the Jewish World Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion; Jacob Katz: From Prejudice to Destruction: Anti-Semitism, 1700 - 1933; Paul Massing: Rehearsal for Destruction: A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany; G.L. Mosse: Toward the Final Solution: A History of European Racism; Peter Pulzer: The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria; Eva Reichmann: Die Flucht in den Haß: Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe; Fritz Stern: The Politics of Cultural Despair; Shulamit Volkov: The Rise of Popular Anti-Modernism in Germany: The Urban Master Artisans, 1873-1896.

3. Dazu Reginald Phelps: Hitlers grundlegende Rede über den Antisemitismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), 400-420. Es handelt sich hier um Hitlers erste umfassende Rede zur Judenfrage; sie wurde am 13. August 1920 in München gehalten.

4. Sein Jugendfreund August Kubitzek bemerkte, Hitler sei nicht in der Lage gewesen, im Wien vor dem 1. Weltkrieg ein Ventil für seine Ansichten und seinen politischen Ehrgeiz zu finden (Kubitzek: Adolf Hitler, Mein Jugendfreund, S. 297). Hitler selbst beschreibt seine allgemeine Unzufriedenheit mit Lueger und Schönerer in Mein Kampf, Kap. 3.

5. Zur Frage von Hitlers Werdegang von Ende 1918 bis Ende 1919 siehe die gut belegte Arbeit von Ernst Deuerlein: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), 179-185 und 191-205. Dazu auch Werner Maser: Die Frühgeschichte der NSDAP: Hitlers Weg bis 1924, S.96-106 und 180-181; Cecil: Myth, S. 29-34 und 79-81. Weitere Einzelheiten zur frühen Bewegung, der sich Hitler anschloß, bei Reginald Phelps:Before Hitler came: Thule Society and Germanen Orden, Journal of Modern History 35 (1963), 245-261, und Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei, American Historical Review 68 (1963), 974-986; Otto Strasser: Hitler and I, übersetzt von Gwenda David und Eric Mosbacher, S. 68.

6. Deuerlein: Hitlers Eintritt, Nr. 12, S. 203-205. Dazu auch Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, S. 22

7. Siehe Mosse: Final Solution, S. 122ff.

8. Robert Ergang: Herder and the Foundation of German Nationalism, S. 243-244.

9. Moses Hess: Rome and Jerusalem: A Study in Jewish Nationalism, übersetzt von Rabbi Maurice J. Bloom, S. 9.10. Herzl führte die Grundprinzipien seines Zionismus auf Hess zurück. Dazu Böhm: Zionistische Bewegung, Bd. 1, S. 88; Leon Poliakov: The History of Anti-Semitism: From Voltaire to Wagner, übersetzt von Miriam Kochan, Bd. 3, S. 408.

10. Niewyk: Jews in Weimar Germany, S. 129.

11. Mosse: Final Solution, S. 122.

12. a.a.O., S. 123-124.

13. a.a.O., S. 104.

14. Böhm: Zionistische Bewegung, Bd. 1, S. 62-70.

15. Theodor Herzl: The Jewish State: An Attempt at a Modern Solution of the Jewish Question, S. 95ff.

16. Reinharz: Fatherland, S. 109-110.

17. Dazu Laqueur: History of Zionism, S. 20; Friedman: Germany, S. 6.

18. Dühring wies auch warnend darauf hin, daß ein jüdischer Staat dem internationalen Judentum eine weitere Waffe für seine Verschwörung gegen die nichtjüdische Welt liefern würde. Dührungs ideologische Feindschaft gegenüber dem Zionismus einerseits und andererseits seine Bereitschaft, diesen Zionismus zu benutzen, um die Juden aus Europa los zu werden, finden sich auch in der Haltung von Rosenberg und Hitler nach dem 1. Weltkrieg (dazu Eugen Dühring: Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker, 4. Auflage, S. 127ff; Cecil: Myth, S. 72).

19. Adler: Die Juden, S. 101-102; Friedman: Germany, S. 10.

20. Axel Kuhn: Hitlers außenpolitisches Programm, S. 17. Dazu auch Massing: Rehearsal for Destruction, S. 246. Weitere Einzelheiten zum Antisemitismus von Heinrich Class und dem Alldeutschen Verband bei Adam: Judenpolitik, S. 20-21; Pulzer: Political Anti-Semitism, Kap. 24.

21. Wilhelm Marr: Der Sieg des Judentums über das Germanenthum: Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet, 4. Auflage, S. 14ff.

22. Friedman: Germany, S. 6 und 10.

23. a.a.O., S. 10.

24. Zechlin: Die deutsche Politik, S. 434-435.

25. Niewyk: Jews in Weimar Germany, S. 139-141.

26. Dazu Houston Stewart Chamberlain: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 23. Auflage, Bd. 1, S. 387; Dühring: Die Judenfrage, S. 127.

27. Günter Schubert: Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, S. 13.

28. Gottfried Feder: Hitler's Official Program and Its Fundamental Ideas, S. 38-45.

29. Schubert: Anfänge, S. 16.

30. Deuerlein: Hitlers Eintritt, Nr. 19, S. 212.

31. BA: NS/26-51. Auszüge aus dieser Hitler-Rede wurden im Völkischen Beobachter v. 5. Juni 1920 veröffentlicht.

32. Ein Bericht über das Leben des jungen Rosenberg in Estland findet sich bei Cecil: Myth, Kap. 1.

33. Phelps: Before Hitler came, S. 245-261.

34. Dazu Cecil: Myth, S. 17-18; Cohn: Warrant for Genocide, S. 194. Cecil beruft sich auf Rosenbergs frühere Veröffentlichungen, auf die später eingegangen wird.

35. Die nachfolgenden Werke unterstreichen die Bedeutung sowie den Einfluß Rosenbergs auf Hitler in diesen Jahren Cecil: Myth, S. 29-30, 45 und 79-81; Cohn: Warrant for Genocide, S. 194ff.; Joachim Fest: Hitler, übersetzt von Richard und Clara Winston, S. 140-145; Ernst Hanfstaengl: Hitler, the Missing Years, S. 41; Konrad Heiden: Der Führer, übersetzt von Ralph Manheim, S. 31-32, und A History of National Socialism, S. 84; Kurt Luedecke: I Knew Hitler, S. 79 und 84; Maser: Die Frühgeschichte, S. 180-185; Nolte: Eine frühe Quelle, S. 587-588; Schubert: Anfänge, S. 111ff. und S. 126; Strasser: Hitler and I, S. 66.

36. Chamberlains Einfluß auf Rosenberg zeigt sich in Rosenbergs Houston Stewart Chamberlain als Verkünder und Begründer einer deutschen Zukunft. Chamberlains "Weltherrschaftstheorie" deckte sich ziemlich mit der konkreten Theorie, die Rosenberg Hitler mit Hilfe

der sog. Protokolle der Weisen von Zion lieferte. Chamberlain akzeptierte nie die Echtheit dieser "Protokolle". Er sah das Ganze eher als einen natürlichen Vorgang der Zerstörung. Seiner Auffassung nach ging dieser Vorgang über Jahrhunderte, ohne daß dabei ein klarer Geheimplan, wie es in den "Protokollen" zum Ausdruck kommt, dahinter stand (dazu Cecil: Myth, S. 79). Es ist schwierig festzustellen, ob Hitler jemals Chamberlains Werk gründlich gelesen und verdaut hat. Konrad Heiden geht davon aus, daß Rosenberg Hitler die Chamberlain-Theorien vermittelt hat, zumal sich Rosenberg immer als Schüler und Nachfolger Chamberlains angesehen habe (Heiden: Der Führer, S. 246). Es ist möglich, daß Hitler mit der Verschwörungstheorie vor 1919/1920 in Verbindung gekommen war, und zwar als Ergebnis des Lesens der Veröffentlichungen von Theodor Fritsch. Fritsch war einer der bedeutendsten und am häufigsten gelesenen Antisemiten im Vorkriegsdeutschland. In seinem Hauptwerk "Handbuch der Judenfrage" schrieb Fritsch von einer jüdischen Verschwörung. Es war zuerst 1893 in Leipzig als "Antisemiten-katechismus" veröffentlich worden. Luedecke, Nolte und Phelps zufolge hat Hitler dieses Buch gelesen er sei durch Fritsch stark beeinflußt worden (siehe Luedecke: I Knew Hitler, S. 40-41; Nolte: Three Faces of Fascism, S. 643, Anmerkung 3; Phelps: Before Hitler Came, S. 247; Moshe Zimmermann: Two Generations of German Anti-Semitism: The Letters of Theodor Fritsch to Wilhelm Marr, in Yearbook of the Leo Baeck Institute 23 (1978), S. 99.

37. Die folgenden frühen Werke Rosenbergs handeln alle von der angeblichen Verbindung zwischen der jüdischen Weltverschwörung und dem Bolschewismus: Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten; Totengräber Rußlands; Unmoral im Talmud; Pest in Rußland; Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer. Das gleiche Thema wird auch in späteren Werken betont.

38. Dazu Cohn: Warrant for Genocide, S. 194-195; Heiden: Der Führer, Kap. 1; Schubert: Anfänge, S. 112; Alexander Stein: Adolf Hitler, Schüler der Weisen von Zion, S. 13.

39. Cecil: Myth, S. 72-73; Cohn: Warrant for Genocide, S. 25-40; Die Echtheit der "Protokolle" wurde durch einen Times-Korrepondent, Philip Graves, 1920 widerlegt; desgleichen anläßlich eines Gerichtsverfahrens zwischen jüdischen Vereinigungen in der Schweiz und örtlichen Antisemiten, die in den 30er Jahren versuchten, die "Protokolle" in der Schweiz zu verteilen. Die "Protolkolle" waren eine Fälschung; ursprünglich waren sie eine Satire auf den Ehrgeiz Napoleons III;- sie wurden 1867 ohne Verfasserangabe.; veröffentlicht (dazu Cohn: Warrant for Genocide, S., 71 ff; Schubert: Anfänge, S. 24).

40. Cohn: Warrant for Genocide, S. 126 ff.

41. Dazu:Die Spur; Der staatsfeindliche Zionismus; Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik.

42. Rosenberg: Der staatsfeindliche Zionismus, S. 16.

43. a.a.O., S. 25

44. a.a.O., S. 15. Rosenberg vertrat die gleiche Auffassung in einem Artikel mit der Überschrift "Der Zionismus"; er erschien im Völkischen Beobachter vom 17. Feb. 1921.

45. Rosenberg: Der staatsfeindliche Zionismus, S. 58-60.

46. a.O., S. 62-63. Dazu auch das spätere Werk: Der Weltverschwörerkongreß zu Basel, S. 20-22, sowie die "Protokolle", S. 27.

47. Dazu Leo Pinsker: Autoemanzipation, S. 29; Böhm: Zionistische Bewegung, Bd. 1, S. 100-102.

48. Rosenberg: Die Spur, S. 153; Dazu auch Rosenbergs Artikel "Antisemitismus" im Völkischen Beobachter vom 7. Aug. 1921.

49. Rosenberg: Der staatsfeindliche Zionismus, S. 63; Die Spur, S. 105.

50. Rosenberg: Der staatsfeindliche Zionismus, S. 63.

51. Rosenberg verfolgte die gleiche Linie in seinem späteren, ehrgeizigeren Werk "Der Mythos des 20. Jahrhunderts: Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit", S. 463-465.

52. Zwischen 1925 und 1933 scheint sich Hitler zurückgehalten zu haben, die Judenfrage öffentlich anzusprechen. Die wahrscheinlichen Gründe liegen einmal in einem Sprechverbot, das ihm eine Zeitlang von gewissen Ländern auferlegt wurde, zum anderen in der mangelnden Wähleranziehung des Themas Antisemitismus und der größeren Anziehungskraft anderer Themen wie z.B. Revision des verhaßten Versailler Vertrages. Siehe dazu auch Sarah Gordon: Germans, Hitler and the "Jewish Question", Kap. 2, 6-9.

53. BA: NS/26-51

54. Schubert: Anfänge, S, 27-30.

55. BA: NS/26-53. Dies findet sich auch bei Phelps: Hitlers grundlegende Rede, S. 400-420.

56. a.a.O.

57. a.a.O.

58. a.a.O

59. Das Werk Adolf Wahrmunds, das nach Phelps die Quelle für Hitlers Vorstellung von den Juden als einem Nomadenvolk gewesen sein soll, heißt: "Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenschaft."

60. Phelps: Hitlers grundlegende Rede, S. 405-406. Dazu auch Jäckel: Hitlers Weltanschauung, S., 63-64.

61. Hitler: Mein Kampf, S. 447-448, und The Secret Book, übersetzt von Salvator Attanasio, S. 212.

62. Reginald Phelps: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), 305. Im Völkischen Beobachter erschienen in jenen Jahren mehrere namenlose Artikel, die ebenfalls für eine Verbringung der deutschen Juden nach Palästina eintraten - Ausgaben vom 31. März und vom 27. Juni 1920. In einer Rede vor dem bayrischen Landtag am 2o. April 1926 setzte sich auch Julius Streicher dafür ein, daß die deutschen Juden eher nach Palästina gehen sollten als in Deutschland zu bleiben (dazu BA: NS/26-508).

3. Die Entwicklung des Haavara-Transferabkommens

1. Hans-Jürgen Schröder: Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933 - 1939: Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, S. 35. Dazu auch Dieter Petzina: Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932 - 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), 18-55.
2. BA: R/43-II 540, Niederschrift über eine Sitzung des Ausschusses der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung am 9. Feb. 1933.
3. a.a.O. Dazu auch Schröder: Deutschland, S. 37
4. Wolfram Fischer: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918 - 1945, S.54 Dazu auch Schröder: Deutschland, S. 48; Kuhn: Programm, S. 267.
5. Hitler: Mein Kampf, S. 304-305.
6. Fischer: Wirtschaftspolitik, S. 54
7. K.D.Bracher, W. Sauer, G. Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933 - 1934, S. 478 ff.
8. a.a.O.
9. Dieter Petzina: Autarkiepolitik im Dritten Reich: Der nationalsozialistische Vierjahresplan, S. 15. Für eine ausführlichere Untersuchung der NS-Außenhandelspolitik siehe Dörte Doering: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933 - 1935: Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes."
10. Petzina: Autarkiepolitik, S. 15
11. a.a.O., S. 34. Die Einfuhr von Rohstoffen hatte Vorrang vor der Einfuhr von Nahrungsmitteln. Deutschland war von eingeführten Lebensmitteln weniger abhängig; Rohstoffe wurden indes benötigt, um die Industrie am Laufen zu halten, um die Arbeiter zu beschäftigen und um bei den Wiederaufrüstungsplänen im Zeitplan zu bleiben.
12. Schröder: Deutschland, S. 33.
13. Max Domarus: Hitler: Reden und Proklamationen 1932 - 1945, Bd. 1, S. 234.
14. Schröder: Deutschland, S. 33.

15. ISA: 67/1272, AA/Berlin an sämtliche diplomatischen Vertretungen, W.4462, 19.Jul.1933.

16: PA: HaPol Abt.- Handakten Wiehl, Vierjahresplan, Bd. 1, Runderlaß des Reichsaußenministers vom 19.Dez.1937.

17. Hjalmar Schacht: My First Seventy-Six Years, übersetzt von Diana Pyke, S. 327-334. Dazu auch Petzina: Autarkiepolitik, S.18, Fischer: Wirtschaftspolitik, S. 72-73.

18. René Erbe: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933 - 1939 im Lichte der modernen Theorie, S. 76. Dazu auch Schacht: My First Seventy-Six Years, S. 314; Fischer: Wirtschaftspolitik, S. 72-73.

19. PRO: FO371/21659- C14812. Zusammenfassung eines Vortrages von Dr. Schacht vor dem Wirtschaftsrat der deutschen Akademie am 29. November 1938. Dazu auch Fischer: Wirtschaftspolitik, S. 73-74. In den Jahren 1935, 1936 und 1937 erzielte Deutschland Handelsüberschüsse; dies beinhaltete monatliche Handelsüberschüsse bei 32 von 36 Monaten (siehe BA: R/2-225).

20. Petzina: Autarkiepolitik, S. 19

21. a.a.O., S. 30-31. Dazu auch Schröder: Deutschland, S. 44.

22. BA: R43/II-991a. Das Autarkiekonzept, das sich im Vierjahresplan fand, war keineswegs ein Versuch, sich aus dem Welthandel zurückzuziehen. Der Plan versuchte, die Abhängigkeit von eingeführten Rohstoffen zu vermindern. Er lehnte den alten Grundsatz, daß Deutschland ausführen muß, um zu leben, nicht ab. Die ständige Förderung der deutschen Ausfuhren blieb voller Bestandteil der Wirtschaftspolitik nach 1936 (dazu PA: HaPol Abt.- Handakten Wiehl, Vierjahrresplan, Bd. 1, Göring an das Reichswirtschaftsministerium, AA vom 5. Mai 1937;). In einer Rede vom Januar 1939 rief Hitler erneut zu neuen Anstrengungen auf, die Ausfuhren zu steigern (dazu Donarus: Hilter, Bd. 2/I, S. 1053).

23. BA: R43/II-329, Vermerk über den Stand und die Aussichten der deutschen Warenausfuhr vom 24. Mai 1933.

24. BA: R43/II-1339, Ministerbesprechung am 7. April 1933 über die außenpolitische Lage. Eine vollständige und kontroverse Untersuchung der internationalen anti-deutschen Boykottbewegung und ihres Einflusses auf die deutsche Wirtschaft, die deutsche Judenpolitik und auf Haavara findet sich bei Edwin Black: The Transfer Agreement: The Untold Story of the Secret Pact between the Third Reich and Jewish Palästine. Blacks Behauptungen im Untertitel, daß das Haavara-Abkommen "geheim" gewesen und bislang "unveröffentlicht" sei, treffen einfach nicht zu. Ich kann Black auch nicht zustimmen, daß Haavara für das frühe Überleben der NS-Regierung ein entscheidender Faktor war.

25. Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, S. 76-77.

26. ISA: 67/1272, AA/Berlin an sämtliche diplomatischen Vertretungen, W.4462, 19.Jul.1933.

27. Dazu Adam: Judenpolitik, S. 85-90; Genschel: Die Verdrängung, S. 43 ff.

28. Adam: Judenpolitik, S. 87-89.

29. Nach dreijähriger Pause wurde Schacht im März 1933 erneut zum Präsidenten der Reichsbank ernannt. Im Juli 1934 wurde er auch zum Wirtschaftsminister gemacht. Schacht behauptete, Hitler habe sich bis zu den Autarkieplänen des Jahres 1936 nie in seine Politik eingemischt. Er behauptete auch, daß Hitler ihm 1934 gesagt habe, die jüdische Stellung in der Wirtschaft bleibe unangetastet. So lange Schacht im Amt war, bestand er darauf. Nach Schachts Abgang als Wirtschaftsminister im Dezember 1937 verschwand sein offensichtlich mäßigender Einfluß auf Hitler; 1938 schließlich wurden die Juden in der Wirtschaft ausgeschaltet (Schacht: My First Seventy-Six Years, S. 319-320; dazu auch Adam: Judenpolitik, S. 88-89 und 112 ff.; Genschel: Die Verdrängung, S. 111).

30. Es gibt viele Beispiele für Schachts Besorgnis in Bezug auf die Auswirkungen der anti-jüdischen Maßnahmen auf die deutsche Wirtschaft. Bei einer Besprechung im Wirtschaftsministerium am 20. August 1935, die wegen der Auswirkungen der Judenpolitik auf die Wirtschaft einberufen worden war, sahen Schacht wie auch Frick vom Innenministerium und Bülow vom Außenministerium die Notwendigkeit, die radikalen Tendenzen gewisser Parteistellen in der Judenfrage zu vermeiden. Hinsichtlich der Juden in der Wirtschaft wurde vereinbart, daß sie besonderen Gesetzen unterworfen werden sollten, die ihnen ihre wirtschaftliche Freiheit im wesentlichen bewahren würden (dazu BA: Pol.Abt.III- Jüd. Angelegenheiten, Jüd.Pol.I: Allg., Bd. 13, Aufzeichnung über die Chefbesprechung im RWM am 20. August 1935 betr. die Rückwirkungen der deutschen Judenpolitik auf die Wirtschaftslage, 83-21, 21/8).

31. Werner Feilchenfeld, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933 - 1939, S. 19. Dazu auch Dietrich Aigner: Das Ringen um England: Das deutsch-britische Verhältnis: Die öffentliche Meinung, Tragödie zweier Völker, S. 179-180 und 214-226, zum Thema der Boykottbewegung in England und der öffentlichen Meinung Englands von Deutschland.

32. Dazu Genschel: Die Verdrängung, S. 78 ff.; Hans-Adolf Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933 - 1938, S. 157.

33. PA: Inland II A/B, 83-29. Bericht eines Vertrauensmannes der deutschen Gesandtschaft in Brüssel, 83-63, 5/1, Januar, 1934. Dieser Bericht ging an Berlin, Inland II A/B 83-63, Bd. 1, DG/

Brüssel an AA/Berlin, 83-63 5/1, 5.Jan.1934. Dieser Bericht ging nach Berlin und findet sich im Inland II A/B, 83-63, Bd. 1, DG/Brüssel an AA/Berlin, 83-63 5/1, 5. Januar 1934.

34. Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 19. Dazu auch Aigner: Das Ringen, S. 221.

35. Klaus Hermann: Das Dritte Reiche und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933 - 1934, S. 63; Rosenbluth: Go Forth and Serve, S. 250-254.

36. Hermann: Das Dritte Reich, S. 63; Rosenbluth: Go Forth and Serve, S. 250-254. Unabhängig davon, ob sie mit ihrer Mission in London Erfolg hatten, wurde die Mission selbst durch die öffentliche Ankündigung (28.März), am 1. April einen allgemeinen Boykott gegen jüdische Geschäfte durchzuführen, sinnlos.

37. BA: R/43-II: 600, Reichsvertretung der deutschen Juden an Lord Melchett/London, 12.Jul.1933. Die Zionistenzeitung in Deutschland, Jüdische Rundschau, druckte schon Anfang März Aufrufe gegen den anti-deutschen Boykott (Jüdische Rundschau, 31. März 1933).

38. PA: Referat-D, Po5 NE adh2 allg., Bd. 1, Nr. 486, 3o.März 1933.

39. PA: Referat-D, Po5 NE adh2 allg., Bd. 1, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 19.Mai 1933.

40. PA: Referat-D, Po5 NE adh1, Nr. 1, Bde. 1, 2 (alle Akten).

41. PA: Referat-D, Po5 NE adh2 allg., Bd. 1, Aufzeichnung des Referats Deutschland vom 19. Mai 1933.

42. PA: Referat-D, Po5 NE adh2 allg., Bd. 1, Aufzeichnung von Neuraths, 31. März 1933. Es ist unwahrscheinlich, daß der Boykott in der letzten Minute hätte rückgängig gemacht werden können.

43. Feilchenfeld ua.: Havara-Transfer, S. 28-29. Dazu auch Luedecke: I knew Hitler, S. 594; David Yisraeli: The Third Reich and the Transfer Agreement, in: Journal of Contemporary History 6 (1972), 131.- Haavara ist das hebräische Wort für Transfer.

44. Gemäß Rudolf Rahn, einem deutschen Diplomaten mit viel Nahosterfahrung in jenen Jahren, war das wesentliche Element der deutschen Orientpolitik in den 30er Jahren wirtschaftlicher Natur; in erster Linie ging es um die Ausfuhren (siehe dazu Rahn: Ruheloses Leben: Aufzeichnungen und Erinnerungen, S. 120).

45. BA: R/7-VI: 222/2, Reichswirtschaftsministerium Nr. 35 vom 5. Apr. 1938.

46. PA: HaPol. Abt.- Handakten Clodius, Ägypten, DG /Kairo an AA/Berlin, 703, 7.Okt.1933.

47. PA: Sonderreferat- W, Rohstoffe und Waren: Petroleum, Bde. 6,7. Sowohl die UdSSR als auch Rumänien waren sehr daran interessiert, Deutschland als Gegenleistung für Waren und Technologie mehr

Öl zu verkaufen. Dies war für Deutschland ideal, weil es so das Öl mit ausgeführten Waren bezahlen konnte. Eine weitere Quelle waren die USA, wo die Übererzeugung das Öl preiswert werden ließ.

48. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Saudisch Arabien, Wirtschaft 6: DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr. 574, 15.Jun.1933.

49. Fritz Grobba: Männer und Mächte im Orient: 25 Jahre diplomatische Tätigkeit im Orient, S. 94-95.

50. Siehe Anhang 7.

51. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Wirtschaft 21: Weltwirtschaftskonferenz, Palästina und die Weltwirtschaftskonferenz, in: 'Industrie und Handel' 131 (10.Jun.1933).

52. a.a.O.; siehe auch Jüdische Rundschau vom 25. Juli 1933.

53. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, DKG/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 4033, 28.März 1933.

54. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1 (alle Akten).

55. a.a.O. In einem Brief an mich vom 17. April 1974 schrieb Dr. Werner Feilchenfeld, einer der Baumeister des Haavara-Abkommens, daß ein beachtlicher Teil der jüdischen Bevölkerung Palästinas dem Gedanken eines Transferabkommens mit Deutschland gegenüber feindlich eingestellt blieb und den Boykott fortführte.

56. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, 2 Bde, DKG/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 40/33, 17.Mai 1933, und NrPolit. 48/33, 23.Mai 1933. Zum Thema der internationalen Boykottpolitik siehe PA: Inland II A/B, 83-63, Bd. 3, Geheimes Staatspolizeiamt an AA/Berlin, II 1B2-61426/J.162/35, 6.Feb. 1935.

57. Ernst Marcus: The German Foreign Office and the Palastine Question in the Period 1933 - 1939, in: Yad Vashem Studies 2 (1958), 182; Yisraeli: Transfer Agreement, S. 129-132. Nicht alle Geschäfstleute und Industrielle Palästinas begünstigen das Transferabkommen. Einige jüdische Industrielle waren dagegen, weil sie die Konkurenz für ihre in den Kinderschuhen steckenden Industriebetriebe in Palästina sahen (siehe dazu Werner-Otto von Hentig: Palästina, in: Jahrbuch der Hochschule für Politik (1940), S. 110).

58. Yisraeli: Transfer Agreement, S. 132. Sowohl das AA als auch das Innenministerium forderten die Zionisten auf, den Prager Kongreß zu besuchen, um auf diese Weise einen Anti-Boykotteinfluß auf den Kongreß auszuüben. Obwohl nicht eine vollständige Abordnung hinfuhr, waren doch einige Vertreter unter Führung von Dr. Martin Rosenbluth gefahren. Und sie waren in ihrem Kampf gegen die Boykottentschließung erfolgreich (dazu Referat-D, Po5 NE adh6 Nr.4, Bd. 1, ZVfD an AA/Berlin, 30.Aug. 1933).

59. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, DKG/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 25/33, 24.Apr. 1933.

60. Wolffs Feindschaft gegenüber der Rassendoktrin des Nationalsozialismus ist von Marcus German Foreign Office, S. 83, und von Ball-Kaduri (Das Leben, S. 175) nachgeprüft worden. Unter den größeren Antisemiten der NSDAP/Landesgruppe Palästina gab es einige Unzufriedenheit mit Wolff, weil er für die Zionisten zu viel Sympathie zeigte und weil seine Frau Jüdin war. Von einem Parteimitglied in Palästina wurde er als "ein bekanntlich sehr warmer Freund der Juden" beschrieben. Siehe dazu PA: Inland II A/B 83-20, Bd. 3/II, W.Ruff, NSDAP/Palästina an AA/Berlin, 5.Okt.1935. Die Tatasache, daß Wolff mit einer Jüdin verheirat war, widersprach dem Geist des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 und seiner Ergänzung vom 30.Juni, wonach die Frauen von Beamten arisch sein mußten (dazu Adam: Judenpolitik, S. 63-64).

Dies widersprach auch dem Geist der Richtlinien, die vom AA gemeinsam mit der Auslandsorganisation der NSDAP am 7. Februar 1934 herausgegeben worden waren. Sie regelten den Eintritt von Beamten des AA in die NSDAP sowie die Forderung der AO, daß alle deutschen Beamten die arische Abstammung ihrer Ehefrauen nachzuweisen hatten (dazu ISA: 67/954, Runderlaß des AA, 120-II, 29/I, "Vereinbarung zwischen dem AA und der AO der NSDAP über den Eintritt von Angehörigen des auswärtigen Dienstes in die NSDAP", 7. Feb. 1934, und Runderlaß des AA, 120-II, 23/2, 7.März 1934).

Wolff bewarb sich im März 1934 um die Mitgliedschaft in der NSDAP und leistete im September des gleichen Jahres seinen Treueeid auf Hitler, wie er vom AA am 25. August gefordert worden war (ISA: 67/954, DKG/Jerusalem an AO der NSDAP, I/34, 6. März 1934, und DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Beamtenang. 17/34. 10. Sept.1934).

61. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 25/33, 24. Apr. 1933.

62. PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, AA/Berlin, Expf. I/33, 25. April 1933.

63. Dazu Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 2, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 40/33, 17.Mai 1933.

64. PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 2, Statement by Mr. Sam Cohen to the Jewish Telegraphic Agency Bulletin, 27.Sept. 1933.

65. CZA: Z4/3567- VIII, Auszug aus einem Rundschreiben der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom 20. Apr. 1933. Dazu

auch Ball-Kaduri: Das Leben, S. 92; Sykes: Crossroads, S. 135-137.

66. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Allgemeines 3, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 3/34, 15.Jan. 1934.

67. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, Äußerung der Zionistischen Vereinigung für Deutschland zur Stellung der Juden im neuen deutschen Staat, 21. Juni 1933.

68. Dazu Lichtheim: Geschichte, S. 252-253.

69. Mark Wischnitzer: Jewish Emigration from Germany, 1933 - 1938, in: Jewish Social Studies 2 (1940), 25.

70. a.a.O.

71. Hermann Graml: Die Auswanderug der Juden aus Deutschland zwischen 1933 und 1939, in Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 1, S. 79-80.

72. Bis zum Jahre 1936 konnten Auswanderer nach anderen Zielländern als Palästina nur 200.— RM mitnehmen; danach wurde dieser Betrag auf 10.— RM verringert. Das meiste Geld, das nicht von der Regierung als Reichsfluchtsteuer einbehalten wurde, ging auf ein gesperrtes Konto und war für den Auswanderer für immer verloren. Zwischen 1933 und 1940 kassierte die deutsche Regierung etwa 9oo Millionen RM als Reichsfluchtsteuer (siehe dazu Arthur Prinz: The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: Yad Vashem Studies 2 (1958), 207; Genschel: Die Verdrängung, S. 258; Raul Hilberg: The Destruction of the European Jews, S. 90-91; Schleunes: Road to Auschwitz, S. 195-196).

73. Dazu PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 1, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, NrExpf. 3/33, 15. Apr. 1933, und DGK Jerusalem an AA/Berlin, Nr. Expf. 4/33, 24. April 1933.

74. PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 1, DGK/Jerusalem an Herrn VLR Prüfer, AA/Berlin, Nr.Expf. 19/33, 27. Apr. 1933.

75. PA: Sonderreferat - W, Finanzwesen 16, Bd. 1, Schnellbrief an das Reichswirtschaftsministerium vom 24. Apr. 1933.

76. Dazu Ball-Kaduri: Das Leben, S. 156; Marcus: German Foreign Office, S. 182; Dr. Ernst Marcus war der Verbindungsmann zwischen dem AA und dem Berliner Büro von Haavara Ltd., das als Palästinatreuhandstelle oder Paltreu bekannt war.

77. Brief von Dr. Werner Feilchenfeld vom 17. April 1974 an mich.

78. PA. Sonderreferat - W, Finanzwesen 16, Bd. 1, Reichswirtschaftsministerium an AA/Berlin, Nr.Dev.I 31328.33, 22.Juli 1933.

79. Feilchenfeld-Brief vom 17. April 1974.

80. PA. Sonderreferat - W, Finanzwesen 16, Bd. 1, Der Reichswirtschaftsminister an die Firma Hanotaiah Ltd. in Palästina, Dev.I 2o111/33. 19. Mai 1933.

81. ADAP: C,I, Nr. 369. Ein Palästina-Pfund entsprach einem Pfund Sterling oder 12.50 RM. Die Einwanderungsvorschriften, die von den britischen Behörden erlassen wurden, ordneten die Einwanderer entsprechend ihrem Kapitalwert und ihrem Beruf ein. Viele deutsche Juden fielen in die Kategorie A/1, d.h. Personen, die mindestens 1000 Palästina-Pfund besaßen. Einwanderer in dieser Kategorie mußten mindestens 1000 Palästina-Pfund mitbringen, um aufgenommen zu werden; in dieser Gruppe gab es keine Beschränkung. Die meisten anderen deutschen Juden fielen in die Kategorie A/2, d.h. Berufe, die mit mindestens 500 Palästina-Pfund gehandelt wurden. Viele davon kamen wegen des Überhanges an Ärzten, Rechtsanwälten, Akademikern und anderen Freiberuflern in Palästina in die Kategorie A/1. Sie kamen aber auch deswegen in A/1, weil es hier keine Einwanderungsbeschränkungen gab (dazu Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 38-40).

82. PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 1, Reichswirtschaftsministerium an AA/Berlin, Nr.Dev. 31328.33, 22. Juli 1933.

83. ADAP: C,I/2, Nr. 399. Dazu auch Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 24-26.

84. ADAP: C,I/2., Nr. 399.

85. Der Brief vom 10. August findet sich in ADAP: C,I/2, Nr. 399. Wegen der anderen siehe PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 2, S.Hoofien/Anglo-Palestine Bank an den Herrn Reichswirtschaftsminister, Betr.Dev.I 36005/33, 22. Aug. 1933, und der Reichswirt-schaftsminister an Herrn S. Hoofien/Anglo-Palestine Bank Ltd., 25.Aug. 1933.

86. PA: Sonderreferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 2, Runderlaß des RWM 54/33, 28.Aug. 1933.

87. 1936 wurde etwas mehr als die Hälfte aller jüdischen Einwanderer aus Deutschland von den britischen Behörden in Palästina als "Kapitalisten" eingestuft (Kategorie A/1). Zionistischen Zahlenangaben zufolge waren jüdische Einwanderer aus Deutschland in dieser Gruppe in der Lage, je Familie durchschnittlich 2000 Palästina-Pfund oder 25.000 RM zu transferieren (dazu CZA: L/22-38, Denkschrift vom 11. März 1936).

88. Siehe Anhang 8.

89. PA: Sonderreferat - W, Finanzwesen 16, Bd. 1, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, 31.Aug. 1933.

90. PA. Sonderrferat- W, Finanzwesen 16, Bd. 4, DGK/Beirut an AA/Berlin, I/N2660, 10.Sept. 1934, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr. 2687, 8. Nov. 1934, Paltreu/Berlin an die Reichsbank, 29. Nov. 1938, und Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an Paltreu/Berlin, Dev.A277 14/34, 1.Aug. 1934. Dazu auch ISA: 67/1246, DG/Kairo an DGK/Jerusalem, 17. Jan. 1935, AA/Berlin an DGK/

Jerusalem, III o 516, 7. Feb. 1935, und Haavara Ltd./Tel Aviv an DGK/Jerusalem, 24. März 1935.

91. Haavara-Vertreter schlossen 1934 ein ähnliches Abkommen mit der Tschechoslowakei und im März 1937 mit Polen. Dazu ISA: 67/1242, DB/Warschau an AA/Berlin, HV530 11.36, 17.Nov. 1936; PA: Inland II A/B, 83-21A, Bd. 1a, Aufzeichnung der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, G.Z.A. 1002/8.7.37, 13.Juli 1937.

92. Dazu Lichtheim: Geschichte, S. 264.

93. ISA: 67/1242, Einfuhr nach Lieferantenländern, 1. Halbjahr 1937 im Vergleich zuum 1. Halbjahr 1936, aus: Nachrichten für Außenhandel, Nr. 232, 9.Okt. 1937. Anhang 9 bringt eine Aufstellung der Waren, die über Haavara nach Palästina kamen.

4. Die Verbindung mit dem Zionismus 1933 - 1937

1. Ball-Kaduri: Das Leben, S. 174 ff.; Marcus: German Foreign Office, S. 190.

2. SD-DF: 862.4016/627, Messersmith/Berlin to State Dept./ Washington, No. 1222, 7.April 1933.

3. PA:Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, AA/Berlin an das Preußische Ministerium des Innern, III o 119, 5.Apr. 1933.

4. PA: Referat-D, Po5 NE adh7, Bd. 1, Bericht über die Lage der jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland in den verschiedenen Ländern, Sept. 1933. Im März 1933 wurde das Sonderreferat Deutschland im AA eingerichtet und einem Staatssekretär unterstellt. Seine Aufgabe sollte die "Beobachtung für die Außenpolitik wichtiger innenpolitischer Vorgänge in Deutschland" umfassen; weiterhin die "Beobachtung der Einwirkung des Auslandes auf innerpolitische Verhältnisse in Deutschland; Unterstützung des Staatssekretärs bei seinen Kontakten mit Inlandsstellen; die Judenfrage usw.". Referat-D sollte der Fuß der Partei im AA sein, insbesondere im Hinblick auf die außenpolitischen Gesichtspunkte der Judenfrage. Die Palästinafrage umfaßte sowohl die innerdeutsche Judenpolitik als auch außenpolitische Fragen wie die Schaffung eines jüdischen Staates, den arabischen Nationalismus und die Beziehungen zu Großbritannien. Da Referat-D und die Orient Abteilung (Abteilung III vor 1936, danach Abteilung VII) beide für Palästina zuständig waren, gab es oft politische Auseinandersetzungen zwischen den Parteiideologen in Referat-D und den konservativeren Diplomaten der Orient-Abteilung. Darauf wird weiter unten eingegangen. Referat-D wurde Vico von Bülow-Schwante, einem Verwandten aus der sehr bekannten Blücher-Familie, und Emil Schumburg unterstellt. Als eifrige Parteimitglieder wurden sie nach dem Krieg von den Amerikanern verhört, aber

nicht als Kriegsverbrecher behandelt (dazu NA: Vorverhör von Vico von Bülow-Schwante, Verhör Nr. 4226, 21. Juli und 21. Oktober 1947, und Emil Schumburg, Verhör Nr. 4226 vom 21. Juli und 21. Oktober 1947). Weitere Hinweise über Errichtung und Arbeitsweise von Referat-D bei ADAP: C,III/2, Anhang II; Christopher Browning: The Final Solution and the German Foreign Office, S. 11-22; Eliahu Ben Elisar: La diplomatie du IIIe Reich et les Juifs 1933 - 1939, S. 134; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 22-23 Paul Seabury: The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime, S. 71-73.

5. PA: Büro des RAM- Palästina, Nr.Polit. 16/37, 22.März 1937. Dieser Bericht wird weiter unten ausführlicher untersucht.

6. PA: Pol.Abt.III, Politik 5- Palästina, Bd. 5, Das jüdische Nationalheim in Palästina, von Dr. Julius Ruppel, III o 1952-33, Mai 1933.

7. Jüdische Rundschau v. 4. Okt. 1933

8. Marcus: German Foreign Office, S. 183

9. a.a.O.

10. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Finanzwesen 3, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Expf. 49/34, 3.Juli 1934, und AA/Berlin (Pilger) an RWM bzw. Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, III o 2572, 30.Juli 1934.

11. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 2, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Mild. 1/34, 5.Apr. 1934.

12. Browning: Final Solution, S. 12. Der Einfluß von Referat-D auf die deutsche Außenpolitik scheint vor dem Amtsantritt Ribbentrops unbedeutend gewesen zu sein; danach war es überflüssig. Werner-Otto von Hentig von der Orient-Abteilung zufolge hatte Referat-D auf die außenpolitischen Entscheidungen, am wenigsten in der Palästina-Frage, keinen echten Einfluß (Gespräch mit von Hentig in Seibersbach bei Bingen am 27. November 1974). Referat-D spielte bei den Haavara-Verhandlungen keine Rolle. Das Haavara-Abkommen regelte den Rahmen der deutschen Politik gegenüber dem Zionismus. Von 1933 bis 1936 unterstützte Referat-D die Richtung, die schon von der Orient-Abteilung und anderen Ministerien verfolgt wurde. Anläßlich der Palästina-Debatte der Jahre 1937 und 1938, die weiter unten untersucht wird, scheinen Hentig und die Orient-Abteilung die Oberhand in der Palästina-Politik behalten zu haben.

13. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 1, Aufzeichnung des Ref.D,"Die Entwicklung der Judenfrage in Deutschland und ihre Rückwirkung im Ausland", an sämtliche Missionen und Berufskonsulate, 83-21 28/2, 28.Feb. 1934. Denkschriften aus dem Referat-D wurden mit Zustimmung der Politischen Abteilung und des Außenministers an die deutschen Auslandsvertretungen geschickt. Rundschreiben an deutsche

Auslandsvertretungen begannen ihren Weg als Entwürfe in besonderen Abteilungen des AA. Sie gingen im AA um und wurden, ehe sie weggeschickt wurden, von anderen Abteilungen, darunter der Politischen Abteilung und dem Außenminister, überarbeitet und gebilligt. Sie enthielten die Politik und die Anweisungen des AA insgesamt und nicht nur die einer besonderen Abteilung.

14. Bülow-Schwante bezog sich offensichtlich auf das Haavara-Abkommen sowie auf die Beteiligung des AA, des Wirtschaftsministeriums und der Reichsbank.

15. PA: Referat-D, Pos. NE adh6, Nr.4, Bd.1, Ref.D an RIM, Ref.D 3160, 4.Aug. 1933. Dazu auch Inland II A/B, 83-29, Bd.1, RIM an AA/Berlin, Nr.I A1113/5012, 5.Jan. 1935, und AA/Berlin an RIM, 83-29 5/1, 10. Jan. 1935.

16. PA: Inland II A/B, 83-29, Bd.1, Zweiter Bericht über den Verlauf des Zionistenkongresses in Luzern, 4.Sep. 1935.

17. a.a.O.

18. Jüdische Rundschau v. 4. Okt. 1933.

19. a.a.O., Nr. 97., 3.Dez. 1935, Aufsatz des Ministerialrats Dr. Lösener in: Reichsverwaltungsblatt v. 23. Nov. 1935 über: Die Hauptprobleme der Nürnberger Grundgesetze und ihrer ersten Ausführungsverordnungen.

20. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Ref.D an RIM, zu 83-21 28/8, 6.Sep. 1935.

21. Göring gründete im April 1933 in Preußen die Geheime Staatspolizei oder Gestapo. Bis zum Frühling 1934 hatte die SS unter Himmler in jedem deutschen Staat, einschließlich Preußen, die Kontrolle über die Polizei erlangt. Dies gab Himmler und seinem Stellvertreter Heydrich die Kontrolle über das ganze deutsche Polizeisystem. Heydrich wurde unter Himmler und im Rahmen der SS Chef des Sicherheitsdienstes (SD), des Polizeiapparates der Partei, und der Gestapo, der offiziellen Geheimen Staatspolizei. Ein Hitler-Erlaß vom Juni 1936 segnete dies alles ab. Damit war Himmler Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei (dazu Adam: Judenpolitik, S. 197-203; Schlomo Aronson: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SS, Kap. 5-6; Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS, Kap. 5-6 und 8-9).

22. In der SA-Zeitung "Der SA-Mann" erschien im August 1936 ein Artikel, der sich kritisch mit der SS-Unterstützung der jüdischen Auswanderung als einer Lösung der Judenfrage befaßte. Dort hieß es: "Die Judenfrage kann nicht einfach durch Auswanderung oder Vertreibung gelöst werden. In vielen Fällen mag es vielleicht besser sein, wenn die Juden unter der Aufsicht des Reiches bleiben, als daß es ihnen erlaubt wird, gegen ihr früheres Gastvolk zu hetzen. Es muß erreicht werden, daß der Jude unserem Volk nicht schadet."

Dieser Artikel wurde in der "Jüdischen Rundschau" v. 25. Aug. 1936, nachgedruckt. Dr. Karl Severing, der sozialdemokratische preußische Innenminister bis zum Mai 1933, sagte bei den Nürnberger Prozessen 1946 über die Terror- und Pogromtaktik der SA aus (ITM: Testimony of Dr. Karl Severing, 21. Mai 1946, Bd. 14, S. 273).

23. Die Auswanderung wurde von der Reichstelle für das Auswanderungswesen im Innenministerium kontrolliert. Die jüdische Seite war dabei mit dem Hilfsverein der deutschen Juden beteiligt. Er organisierte die jüdische Auswanderung in andere Zielländer als Palästina, während das Palästinaamt die Auswanderung nach Palästina organisierte. Arthur Prinz vom Hilfsverein zufolge ging das Innenministerium dabei gesetzlich und ordentlich vor. Er bemerkte, die Reichsstelle sei mit Beamten besetzt gewesen, die "außergewöhnlich entgegenkommend waren und alles taten, um uns die Arbeit im Hilfsverein zu erleichtern". (Prinz: Role of the Gestapo, S. 206). Eine umfassende Darstellung der Organisation und der Arbeitsweise des Hilfsvereins und des Paläatinaamtes findet sich bei S.Adler-Rudel: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933 - 1939, S. 72-120.

24. NA: T-175/408, Reichsführer-SS, Chef des Sicherheitsamtes: Lagebericht— Mai/Juni 1934, Die Judenfrage, 2932496-503.

25. Syrien war eine der vielen Ersatzmöglichkeiten für Palästina, die man in den 30er Jahren wegen des beschränkten palästinensischen Gebietes und wegen der politischen Unruhen in Erwägung zog. Diese Lösung wurde nie ernsthaft verfolgt. 1936 gab es auch einen Plan, Ekuador miteinzubeziehen. Nach 1938 gab es ernsthaftere Vorschläge für die massenhafte jüdische Auswanderung aus Europa in Länder und Gebiete wie Madagaskar, Angola, Guayana usw. Felix Kersten, dem Leibarzt Himmlers zufolge, war der SS-Chef ernsthaft entschlossen, die Judenfrage durch die gewaltsame Ansiedlung der Juden außerhalb Europas zu lösen (Kersten: Totenkopf und Treue: Heinrich Himmler ohne Uniform: Aus den Tagebüchern des finnischen Medizinalrats, S. 200-201). Weitere Hinweise zum Thema Ekuador wie auch die SS-Begeisterung für Pläne zur Massenauswanderung finden sich bei Prinz: Role of the Gestapo, S.209.

26. Helmut Krausnick und Martin Broszat: Anatomy of the SS State übersetzt von Dorothy Lang und Marian Jackson, S. 46-47. Dazu auch Kurt Grossmann: Zionists and Non-Zionists under Nazi Rule in the 1930's, in: Herzl Yearbook 4 (1961-1962), 331 ff.

27. Hans Mommsen: Dokumentation: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), Nr. 2, 78-79.

28. BA: R/58-276, Geheime Staatspolizei (Heydrich) an alle Staatspolizeistellen, II 1 B2-60934/J.191/35, 10.Feb. 1935. Dazu auch Mommsen: Dokumentation, Nr.3, S. 79-80.

29. Dazu Mommsen: Dokumentation, Nr.8 und 10,S. 82-84; BA: R/58-276, Geheimnes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, II 1 B2-J235/35, 29.Okt. 1935, und Geheimes Staatspolizeiamt an den Schriftleiter der Zeitung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, "Schild", Dr. Hans Wollenberg, II 1 B2-J1454/35, 21.Okt. 1935; Ball-Kaduri: Das Leben, S. 147.

30.BA: R/58-276, Geheimes Staatspolizeiamt (Dr.Werner Best, i.A.) an alle Staatspolizeistellen, II 1 B2-J589/35-IV, 31.Mai 1935.

31. Die Staatszionisten waren die kleine Gruppe revionistischer Zionisten in Deutschland, die 1933 entstand und sich von der ZVfD im gleichen Jahr abspaltete. Als Teil der größeren internationalen Bewegung, jedoch ohne offizielle Mitgliedschaft, neigten die Staatszionisten dazu, nationalistischer, militaristischer, in ihrer Politik rechter, in gebietsmäßiger Hinsicht in Palästina ehrgeiziger und gegenüber Großbritannien und den Arabern weniger kompromißberereit zu sein. Viele unterschieden sich von den ausländischen Revisionisten in der Frage des anti-deutschen Boykotts. Die Jabotinsky-Bewegung, die sich 1935 formell von der Weltorganisation der Zionisten trennte und sich in Neue Zionistische Organisatioin umbenannte, vertrat nachhaltig den Boykott. Dies untergrub offensichtlich nach 1937 die Unterstützung der Staatszionisten durch die SS und führte 1938 zur Auflösung dieser Gruppe (dazu PA: Inland II A/B 83-20, Bd.3, Geheimes Staatspolizeiamt an AA/Berlin, B.Nr. II 1 B2-60625/J.2435, 29.Jan. 1935). Die im Dezember 1937 geschätzte Mitgliederzahl der Staatszionistischen Vereinigung betrug 1000; der Einfluß der Staatszionisten dürfte gering gewesen sein (dazu CZA: S/5-549, ZVfD/Berlin an die Jewish Agency in Jerusalem, 24.Dez. 1937; Lichtheim: Geschichte, S. 241-242).

32. BA: Schumacher-Akte, 240/I, Bayrische Politische Polizei an Polizeidirektionen, Staatspolizeiämter, Bezirksämter, Bezirksamtsaußenstellen, Stadtkommissäre und Kreisregierungen, B.Nr. 17929/35 IIb, 13.Apr. 1935. Auch in Mommsen: Dokumentation, Nr.5, S. 8o-81, abgedruckt.

33. Dazu CAHJP: P/82-12a (Kareski-Akten), Brief von Georg Kareski an das "Israelitische Wochenblatt für die Schweiz", 28. Sep. 1937; Lichtheim: Geschichte, S. 259.

34. CAHJP: P/82-17 (Kareski-Akten), Unterredung eines deutschen Schriftleiters mit dem Präsidenten der Staatszionistischen Organisation Georg Kareski/Berlin, die mit Genehmigung der für die mit der Überwachung der kulturellen Betätigung der Juden in Deutschland zuständigen Reichsbehörde stattfand, Okt. 1935. Es sollte in diesem

Zusammenhang auch erwähnt werden, daß Dr. Leo Plaut von den Staatszionisten im Februar 1936 darauf hinwies, es habe 1932 Kontakte zwischen Zionisten und Mitgliedern der NSDAP gegeben. Ich war jedoch nicht in der Lage, die behaupteten Verbindungen nachzuprüfen (dazu CAHJP: P/82-36 (Kareski-Akten), Zwei Jahre Reichsvertretung in ihrem Verhältnis zur ZVfD: Rechenschaftsbericht des Politischen Referenten der Reichsvertrtung an die ZVfD, von Dr. Leo Plaut, Feb. 1969).

35. Das Schwarze Korps v. 14. Mai 1935.

36. Das Judenreferat in Heydrichs Sicherheitsdienst war die Abteilung II/112; es wurde Ende 1935 eingerichtet. Es war in drei Abteilungen aufgeteilt: II/112-1 war für die liberalen/anpassungswilligen und deutschnationalen jüdischen Vereinigungen verantwortlich, z.B. Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und Verband nationaldeutscher Juden; II/112-2 hatte mit den religiösen Gruppen zu tun; II/112-3 war für die zionistischen Vereinigungen zuständig. Adolf Eichmann war II/112-3 zugeteilt worden und wurde im Juli 1937 Chef dieser Abteilung (dazu BA: R/58-991, Lagebericht der Abt.II/112, 25.Juni 1936). Abt. II/112 arbeitete eng mit Abt. II/B-4, dem Judenrefrat der Gestapo, zusammen. Sie hatten das gleiche Agenten-und Informantennetz. Und obwohl beide Heydrich und Himmler unterstanden, blieben sie bis September 1939 selbstständig, als die Aufgaben der Staats- und Parteipolizei formell in einen riesigen Verwaltungsapparat, dem Reichssicherheitshauptamt unter Heydrich, zusammengefaßt wurden. Abt. II/112 des SD und II/B-4 der Gestapo wurden zur Abteilung IV/B-4 des RSHA; Leitung: Eichmann (dazu NA:T-174/410 (Himmler-Akte), Tätigkeitsbericht vom 16.2.37-5.7.37, II/112.65/4,293448o, 5.Jul. 1937, und Tätigkeitsbericht vom 1.7.- 1.12.37, II/112.65/4,2935001, 15.Jan. 1938; dazu auch NA: T-175/508, III an II/112 im Hause, 9373880, 16.Juni 1937). Eichmann selbst lieferte beim Vorverhör durch die israelische Polizei 1960-1961 einen ausführlichen Bericht von der Organisation und der Entwicklung der Judenabteilungen im SD und in der Gestapo (dazu Jochen von Lang, Hrsg.: Eichmann Interrogated: Transcripts from the Archives of the Israeli Police, übersetzt von Ralph Manheim, S. 20 ff.). Eine Auflistung der zionistischen und nahestehender Organisationen, die unter der Aufsicht des SD standen, findet sich im Anhang 1o.

37. Das Schwarze Korps v. 26. Sept. 1935.

38. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Geheimes Staatspolizeiamt an RIM, B.Nr.II 1 B2-64640/J.577/35, 18.Mai 1935. Die Zustimmung zu diesem Schritt seitens des AA (Referat-D) und des Innenministeriums zeigt sich in PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Ref.D. an RIM, 83-21/7, 25.Juli 1935. Im November 1935 wurde der Verband

nationaldeutscher Juden aufgelöst. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wurde gezwungen, seinen Namen in Centralverein der Juden in Deutschen umzuändern und auch alle Assimilierungstendenzen einzustellen. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten wurde in den folgenden drei Jahren nach und nach aufgelöst.

39. BA: R/43 II-602, RIM an alle Landesregierungen, IIIp 3710/ 59, 20.Aug. 1935.

40. David Yisraeli: The Third Reich and Palastine, in: Middle Eastern Studies 7 (1971), 347. Yisraeli gibt als Quelle die Akten des Wirtschaftsministeriums (Bundesarchiv in Koblenz) an, kennzeichnet aber keinerlei Dokument.

41. IfZ: Eichmannprozeß- Beweisdokumente, Nr. 742, März 1957.

42. Anhang 11. Hechaluz war die Jugendorganisatiion der ZVfD.

43. Mommsen: Dokumentation, Nr. 2, S. 78-79. Dazu auch Lichtheim: Geschichte, S. 263.

44. PA: Referat-D, P05 NE adh6, Bd. 3, Schnellbrief, AA/Berlin an das RIM, das Preußische Ministerium des Innern und an das Polizeipräsidium, 18.Juli 1933, RIM an AA/Berlin, Nr.IA 2000/ 18.8, 28.Aug. 1933. Preußisches Ministerium des Innern an den Herrn Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin, V.E. 1086, 7.Okt. 1933.

45. PA: Inland II A/B 83-21, Bd. 1, RIM an den Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, IV5012/11.5, 83-21 13/6, 13.Juni 1934.

46. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft an das RIM, IV/6-2517, 19.Juni 1935.

47. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 3, Der Arbeitsminister an den Reichsminister des Innern, IIc7096/35, 13.Sept. 1935.

48. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd. 5, Memorandum of the British Embassy/Berlin, 3.Apr. 1935.

49. Dazu ISA: 67/1145, DGK/Jerusalem an Gestapo/Berlin, Nr.-Sic.70/36, 6.Juni 1936, Gestapo/Berlin an DGK/Jerusalem, Nr.II 1 B2-1499/35-J, 14.Juli 1936, und DGK/Jerusalem an Gestapo Berlin, Nr.Sic.70/76 und 130/36, 6.Aug. 1936.

50. BA: R/58-276, Geheimes Staatspolizeiamt an alle Staatspolizeistellen, B.Nr.II 1 B2-J.317/36II, 4.Apr. 1936.

51. Lichtheim: Geschichte, S. 264.

52. Nora Levin: The Holocaust: The Destruction of European Jewery, 1933-1945, S. 64-66.

53. Marvin Lowenthal: The Jews of Germany: The Story of Sixteen Centuries, S. 402.

54. NA: T-175/508, Die augenblickliche Lage des Judentums in Deutschland, II/112-6, 62/3, 9374090, 13.Sept. 1936.

55. CZA: AM501/49, Benno Cohen/ZVfD an Jewish Agency for Palestine, 18. März 1937. Dazu auch NA: T-175/411, Die Organisation der Judenheit, ihre Verbindungen und politische Bedeutung, 2936225, 23.Sept. 1938; Lichtheim: Geschichte, S. 263-264.

56. Dazu BA: R/58-955, Die Zionistische Weltorganisation, Teile 1, II, II/112, 20.Okt. 1936.

57. NA: T-175/R588, II/112-18/1, 000373, 12.März 1937.

58. Joachim von Ribbentrop: Zwischen London und Moskau: Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, hrsg. von A. von Ribbentrop, S.128-129. Der verstorbene Fritz Grobba, der deutsche Botschafter im Irak von 1932 bis 1939, berichtete mir in einem Gespräch am 30.Juni 1974 in Bad Godesberg, daß SD-Agenten ihn und seine Mitarbeiter in Bagdad ständig beobachteten.

59. PA: Pol.Abt.III, Politik 12- Palästina, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Empf. 40/35, 8.Juli 1935. Dazu auch Yisraeli: Transfer Agreement, S. 131-132.

60. IfZ: Eichmannprozeß- Beweisdokumente, Nr. 2, Bericht über die Palästina — Ägyptenreise von SS-Hptscharf. Eichmann und St-O'Scharf. Hagen, 4.Nov. 1937. Eichmann bestätigte, es habe zwischen Reichert und Döhle eine persönliche Abneigung geherrscht. Döhle warf Reichert seine Neigung für die Zionisten vor.

61. Dazu PA: Pol.Abt.III, Politik 12- Palästina, Bd. 1, DNB-Auslandsabteilung/Berlin an AA/Berlin, III 0 674, 5. Febr. 1936, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, zu III 0 674/36, 10.Febr. 1936, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Post 9/36, III 0 1040, 18.Febr. 1936, und AA/Berlin an DNB-Auslandsabteilung/Berlin, zu III 0 1040/ 36, 7.März 1936.

62. BA: R/58-991, Tätigkeitsbericht von II/112, 6.6.-5.10.37.

63. BA: R/58-991, Tätigkeitsbericht von II/112, 1.7.-31.12.37. Die Hagana war eine paramilitärische jüdische Untergrundorganisation, die Anfang 1920 gegründet wurde, um jüdische Siedlungen in Palästina gegen arabische Angriffe zu schützen.

64. NA: T-175/R588, II/112-18/1, B.Nr. 160/37, 000435-436, 7.Mai 1937.

65. NA: T-175/411 (Himmler-Akte), II/112, Geheime Kommandosache 98i/37, 17.Juni 1937, 2936189-194. Polkes sollte sowieso nach Europa und Amerika geschickt werden, um Gelder für die Hagana aufzutreiben. Seine Stellung und seine Bedeutung in der Hagana bleiben ein Geheimnis. Es ist nicht sicher, daß er im offiziellen Auftrag der Hagana handelte oder ob er noch immer aktives Mitglied war. Es ist daher schwierig festzustellen, ob er ein glaubwürdiger Verhandlungspartner war. Es ist jedoch von Bedeutung, daß II/ 112 annahm, er sei einer. Es gibt eine Polkes-Akte im Hagana-

Archiv in Tel Aviv. Mir wurde der Zugang verweigert. Dazu auch Lang: Eichmann Interrogated, S. 31-46.

66. NA: T-175/411 (Himmler-Akte), II/112, Geheime Kommandosache 98i/37, 17.Juni 1937, 2936189-194.

67. a.a.O.

68. Dazu IfZ: Eichmannprozeß- Beweisdokumente, Nr.2, Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von SS-Hptscharf. Eichmann und St-O' Scharf. Hagen, 4.Nov. 1937.

69. Dazu NA: T-175/411, Die Zionistische Weltorganisation, Teil II, 2935445, 20.Okt. 1936.

70. NA: T-175/R588, Bericht betr. Feivel Polkes, 000437-438, 7. Mai 1937.

71. E.Dekel: SHAI: The Exploits of Hagana Intelligence, S. 50-53.

72. Brief der Mauser-Jagdwaffen GmbH vom 12. Dez. 1975 an mich.

73. Während seines Zusammentreffens mit Polkes im Oktober 1937 in Kairo eröffnete Eichmann Polkes, daß in Hamburg ein Waffenschmuggelring der Hagana ausgehoben und ein Hagana-Agent namens Schalomi in Gewahrsam genommen worden seien. Eichmann zufolge sei Schalomi nur festgehalten worden, um auf Polkes Druck auszuüben, damit er Hinweise zur Ermordung von Gustloff liefert (dazu IfZ: Eichmannprozeß- Beweisdokumente, Nr. 2).

74. Der Angriff v. 29.Sept. 1934.

75. a.O., 9.Okt. 1934

76. Seabury: Wilhelmstrasse, S. 37. Dazu auch Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner: Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, S. 19-20.

77. Eine vollständige Darstellung über die Errichtung und anschließende Bedeutungslosigekit des APA findet sich bei Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 45-89; Schubert: Anfänge, S. 228-233; Seabury: Wilhelmstrasse, S. 33-37; Fritz Wiedemann: Der Mann, der Feldherr werden wollte: Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im Ersten Weltkrieg und seinen späteren persönlichen Adjutanten, S. 146-147. Dazu auch SD-DF: 862.00/3510, Dodd/Berlin an State Department, 27.Mai 1935.

78. CDJC:CXLV-623

79. Völkischer Beobachter v. 1.Dez. 1934.

5. Die Rolle Englands in Hitlers außenpolitischen Plänen

1. Dazu Aigner. Das Ringen; Fest: Hitler; Jäckel: Hitlers Weltanschauung; Kuhn: Programm; Hugh Trevor-Roper: Hitlers

Kriegsziele, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8 (1960), 121-133. Alle mit Ausnahme von Trevor-Roper verlassen sich bei Hitlers außenpolitischen Erklärungen auf "Mein Kampf" und sein "Secret Book" und weniger auf seine spätere Politik und seine Aussagen.

2. Dazu Josef Henke: England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939; Klaus Hildebrand: Vom Reich zum Weltreich: Hitler, NSDAP und Kolonialfrage 1919 - 1945, und The Foreign Policy of the Third Reich, übersetzt von Anthony Fothergill; Andreas Hillgruber: Hitlers Stragegie: Politik und Kriegführung 1940 1941, Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege, und England's Place in Hitler's Plans for World Domination, in: Journal of Comtemporary History 9 (1974), 5-22; Jochen Thies: Architekt der Weltherrschaft: Die Endziele Hitlers; Gerhard Weinberg: The Foreign Policy of Hitler's Germany, 1933 - 1939.

3. Dazu Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 613 ff.; Hildebrand: Foreign Policy, S. 29-30.

4. K.D.Bracher: Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 5 (1957), 65 ff. Siehe auch Schubert: Anfänge, S. 226 und 239; Ernst von Weizsäcker: Memoirs, übersetzt von John Andrews, S. 107-108.

5. Kuhn: Programm, S. 11-12.

6. Schubert: Anfänge, S. 181-182.

7. Hildebrand: Foreign Policy, S. 12-13.

8. a.a.O., S. 12-13.

9. Dazu Kuhn: Programm, S. 47-48 und S. 56; Hildebrand: Foreign Policy, S. 18, und Weltreich, S. 72-74.

10. Phelps: Parteiredner, Nr.1, S. 290, und Nr. 3, S. 297-298.

11. a.a.O., Nr. 9, S. 308. Dazu auch Kuhn: Programm, S. 61-62. In "Mein Kampf" behauptete Hitler, daß mit dem Sieg der Bolschewisten in Rußland die frühere deutsche Führungsschicht des Landes weg war, und daß Rußland daher nicht länger ein geeigneter Bündnispartner für Deutschland sei. Er erklärte weiterhin, die neuen Herrscher Rußlands seien Teil der jüdischen Weltverschwörung. Hierin befindet er sich in Übereinstimmung mit Rosenbergs Theorie vom Bolschewismus als einem Arm der angeblichen jüdischen Verschwörung (Mein Kampf, S. 951-952 und 957-958; Jäckel: Hitlers Weltanschuung, S. 46).

12. Völkischer Beobachter v. 29. Mai 1921. Dazu auch Weinberg: Foreign Policy, Bd. 1, S. 15.

13. Dazu Wolfgang Horn: Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), 280 ff.

14. Thilo Vogelsang: Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), 435.

15. Luedecke: I Knew Hitler, S. 77.
16. Dazu Alfred Rosenberg: Der Zukunftsweg der deutschen Außenpolitik, S. 20-21.
17. Dazu Jäckel: Hitlers Weltanschauung, S. 35-36; Hillgruber: Hitler's Plans, S. 8-9; Kuhn: Programm, S. 269; Schubert: Anfänge, S. 58 ff.; Henke: England, S. 20; Hitler bezog sich später auf die Bedeutung der Ruhrkrise für seine Haltung gegenüber England (Mein Kampf, S. 979-981).
18. Hitlers Interesse an einem Bündnis mit Italien kann bis ins Jahr 1920 zurückverfolgt werden, zwei Jahre vor Machtergreifung Mussolinis (dazu Jäckel: Hitlers Weltanschauung, S. 33-34; Kuhn: Programm, S. 42-43 und S. 45-48).
19. Schubert. Anfänge, S. 81.
20. Hitler: Mein Kampf, S. 902-903, S. 907-908 und S. 964.
21. Henke: England, S. 20; Weinberg: Foreign Policy, Bd. 1, S.15.
22. Hitler: Mein Kampf, S. 181.
23. Henke: England, S. 21. Dazu auch Hitler: Mein Kampf, S. 899 ff. und Secret Book, S. 149-153.
24. Hitler: mein Kampf, S. 183.
25. a.a.O., S. 928-929. Dazu auch Hitler: Secret Book, S. 209; Henke: England, S. 27; Hillgruber: Hitler's Plans, S. 9-12.
26. BA: R/43-1399, Ministerbesprechung über die außenpolitische Lage am 7.Apr. 1933.
27. Erich Raeder: Mein Leben, Bd. 1, S. 281.
28. a.a.O., S. 282-283.
29. Dazu Henke: England, S. 30; Erich Kordt: Nicht aus den Akten: Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg: Erlebnisse, Begegnungen, Eindrücke, S. 109; Kuhn: Programm, S. 172-176; Ribbentrop: Erinnerungen, S. 67.
30. Hitler: Mein Kampf, S. 181. Dazu auch W.W.Schmokel: Dream of Empire: German Colonialism, 1919 - 1945, S. 1-3 und 17-18. Die beste Darstellung der Haltung Hitlers in der Kolonialfrage in den 20er Jahren findet sich bei Hildebrand: Weltreich,. Kap. 1 und 2.
31. Daily Telegraph v. 5. Mai 1933. Dazu auch Domarus: Hitler, Bd. 1/1, S. 264-265.
32. Henke: England, S. 30-34; Hildebrand: Weltreich, S. 459-463; Kuhn: Programm, S. 144 und S. 146-148; Raeder: Mein Leben, Bd. 2, S.108; Albert Speer: Inside the Third Reich, übersetzt von Richard und Clara Winston, S. 71.
33. ADAP: C,III/2, Nr.555. Für eine weitere Untersuchung der Simon-Gespräche siehe Henke: England, S. 38; Kuhn: Programm, S. 164; Schmokel: Dream of Empire, S. 18-19; Hildebrand: Weltreich,

S. 465 ff.; der sehr ehrenwerte Earl von Avon: The Eden Memoirs: Facing the Dictators, S. 132-138.

34. BA: R/43-I:627, Schacht an Ritter von Epp, 19.März 1935.

35. Hildebrand: Foreign Policy, S. 39-43, und Weltreich, S. 343 ff. und 469; Hillgruber: Strategie, S. 242-243.

36. Hildebrand: Foreign Policy, S. 43.

37. BA: R/43-II: 991a, VIII. Reichsparteitag/Nürnberg, 9.Sept. 1936.

38. BA: R/43-I: 627, Der St.S und Chef der Reichskanzlei an Reichsstatthalter in Bayern Gen.Ritter von Epp, 25.Nov. 1935.

39. Dazu Henke: England, S. 31 ff; Hildebrand: Weltreich, S.491; Kuhn: Porgramm, S. 191-194.

40. Ribbentrop: Erinnerungen, S. 93.

41. a.a.O., S. 66 ff. Weitere Einzelheiten zu Hitlers Bündnisangeboten an Großbritannien finden sich bei Thomas Jones: A Diary with Letters, 1931 - 1950, S. 201-202.

42. Hans-Günther Seraphim, Hrsg.: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934 - 1935 und 1939 - 1940, S.4, 17 und 20 sowie Anhang 2, S. 138-140. Dazu auch Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 45 ff.

43. Hitler: Secret Book, S. 67-68.

44. Jens Petersen: Mussolini-Hitler: Die Entstehung der Achse Rom-Berlin 1933 - 1936, S. 61.

45. a.a.O., Kap. 6-9. Der Briefwechsel zwischen dem deutschen Botschafter in Rom, von Hassel, und dem AA in Berlin zeigt, daß beide zum damaligen Zeitpunkt ein deutsch-italienisches Bündnis völlig ablehnten, damit man nicht die europäischen Mächte, vor allem Großbritannien, zum Gegner hat. Dazu PA: Geheim-Akten 1920 - 1936, Italien- Pol.2, Bd.3, AA/Berlin an DB/Rom, 2o.Febr. 1933 und DB/Rom an AA/Berlin, 6.März 1933.

46. Henke: England, S. 75.

47. Wiedemann: Mann, S. 15o-151.

48. Ribbentrop: Erinnerungen, S. 43.

49. Speer: Third Reich, S. 71. Dazu auch Henke: England, S. 95-96.

50. Speer: Third Reich, S. 71-72; Dazu auch Wiedemann: Mann, S.151; Rahn: Leben, S. 122; Henke: England, S. 40-43; Kuhn: Programm, S. 178-181; Petersen: Mussolini-Hitler, Kap. 12; Ferdinand Siebert: Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg, S. 31-36.

51. PA: Dienststelle Ribbentrop, Vertrauliche Berichte 1935 - 1939, Teil I, Vortragsnotiz, Dezember 1937.

52. Henke: England, S. 38 und S. 71-77. Dazu auch Hildebrand: Weltreich, S. 518.

53. Dazu Henke: England, S. 50-51 und S. 77; Aigner: Das Ringen, S. 141 ff., 146 ff., 151 ff., 172 ff., 294 ff. und 309 ff.

54. Hildebrand: Foreign Policy, S. 39. Dazu auch Henke: England, S. 53 und S. 79; Avon: Eden Memoirs, S. 133 und S. 135.

55. Oswald Hauser: England und das Dritte Reich, Bd. 1, S. 261-265.

56. NA: T-120/738, Telegramm von Hoesch an Herrn RAM, Nr.132, 15. Mai 1933, 366977-980.

57. BA: R/43-II:1433, DB/London an AA/Berlin, A.3234, 12.Sept. 1934. Dazu auch NA: T-120/738, Aufzeichnung des Reichsaußenministers von Neurath vom 27.Nov. 1934, 367043-045.

58. BA:R/43-II:1432a, Thomsen (Reichskanzlei) an Lammers (Reichskanzlei), Rk. 13146, 16.Nov. 1933.

59. BA: R/43-II:1434, St.S u. Chef der Reichskanzlei (Lammers) an Ribbentrop, Rk. 1045/35, 11.Dez. 1935.

60. Jacobsen: Nationalsozialistsche Außenpolitik, S. 785; Henke: England, S., 37; Hildebrand: Weltreich, S. 460 und 570 ff., Bracher ua.: Machtergreifung, S. 749 ff.

61. Dazu Henke: England, SA. 43-44; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 352; Speer: Third Reich, S. 71-72.

62. Henke: England, S. 56-65.

63. a.a.O., S. 77-78.

64. Hildebrand: Weltreich, S. 491-511.

65. Wilhelm Treue: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), 204-210.

66. Hildebrand: Weltreich, S. 494 ff.; Henke: England, S. 83.

67. Henke: England, S. 84.

68. Dazu Kuhn: Programm, S. 202-205; Henke: England, S. 91-95; Wiedemann: Mann, S. 156-157.

69. ADAP: D,I, Nr.19. Dieses Dokument ist eine Niederschrift der Besprechung vom 10. November; sie wurde von Hossbach angefertigt.

70. Henke: England, S. 105-107; Hildebrand: Foreign Policy, S. 51-53, und Weltreich, S. 523-526; Hillgruber: Strategie, S. 28-29; Kuhn: Programm, S. 209-212. Zur Untersuchung des Ursprunges und der Natur der Hossbach-Denkschrift siehe W. Bussmann: Zur Entstehung und Überlieferung der Hossbach-Niederschrift, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), 373 ff.

71. ADAP: D,I, Nr.31 mit Anlage. Dazu auch Earl von Halifax: Fullness of Days, S. 184.190; Henke: England, S. 109-117; Hildebrand: Weltreich, S. 531 ff. und Foreign Policy, S. 55-56.

72. Halifax behauptete, Hitler habe ihm gesagt, Deutschland wolle keine Kolonien in Unruhegebieten wie Nordafrika und dem Mittelmeerraum wegen des französisch-italienischen Gegensatzes. Dies

würde auf Hitlers mangelndes Interesse am Nahen Osten hindeuten (Halifax: Fullness of Days, S. 187-188).

73. a.a.O. Eine ähnliche Feststellung traf Hitlers Dolmetscher Paul-Otto Schmidt in: Statist auf diplomatischer Bühne 1923 - 1945: Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europa's, S. 378.

74. Henke: England, S. 69-70; Hillgruber: Strategie, S. 144 ff.

75. Malcolm Muggeridge, Hrsg.: The Ciano Diaries, 1939 - 1943, S. 265, und Ciano's Diplomatic Papers', S. 373.

76. Hillgruber: Strategie, S. 151.

77. Phelps: Parteiredner, Nr.3, S. 297.

78. Dazu Henke: England, S. 22-23; Kuhn: Programm, S. 45 ff.

79: Hitler: Mein Kampf, S. 956.

80. a.a.O., S. 959. Hitler sagte auch zu Otto Strasser. die minderwertige Hindu-"Rasse" in Indien könne niemals von von der überlegenen anglo-nordischen "Rasse" unabhängig werden (dazu Strasser: Hitler and I, S. 118).

81. Schubert: Anfänge, S. 132 und S. 222. Dazu auch BA: Schumacher-Akte, 124, Die kulturelle und politische Mission der vier eurpäischen Großmächte, Rede von Alfred Rosenberg, 30.Okt. 1937.

82. Aigner: Das Ringen, S. 13.

83. BA: NS/26-60, Rede Hitlers vor dem NS-Studentenbund in München am 26.Jan. 1936.

6. Die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Arabern (1933 - 1937)

1. Nicosia: Arab Nationalism, S. 352-354.

2. Der erste Hinweis darauf findet sich in PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 3/33, 20.März 1933.

3. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd. 1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Telegramm Nr.5, 31.März 1933. Man kann sich in der Frage einer deutschen Einmischung in den 30er Jahren in Palästina nicht auf die drei Biographen des Mufti verlassen. Ihre Schlußfolgerungen hinsichtlich der deutschen Politik und vor allem hinsichtlich der Haltung der christlichen deutschen Gemeinden sind nicht gut belegt und zum großen Teil ungenau. Dazu Maurice Pearlman: Mufti of Jerusalem: The Story of Haj Amin el Husseini; Joseph Schechtmann: The Mufti and the Führer: The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini; Simon Wiesenthal: Großmufti: Großagent der Achse: Tatsachenbericht.

4. PA: Abt. IV- Kultur, Minderheiten, Nr.14, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 24/33, 20.Apr. 1933.

5. PA: Botschaft Rom, Pol.3- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Unr. 2/33, 30.Okt. 1933.

6. PA: Botschaft Rom, Pol.3- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit.3/34, Politische Übersicht über das Jahr 1933, 15.Jan. 1934.

7. PA. Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.2, Der St.S in der Reichskanzlei an AA/Berlin, RK.6878, 2.Aug. 1934.

8. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.2, Promi an AA/ Berlin, VII/7074/16.3.34, 10.Apr. 1934. Es besteht eine große Notwendigkeit nach weiteren Nachforschungen auf dem Gebiet der arabischen Reaktionen in Palästina und in anderen arabischen Staaten, vor allem auf der Grundlage arabischer Quellen, auf die Vorgänge in Deutschland.

9. PA: Pol.Abt.III, Politik 26- Palästina, Bd.1, DK/Jaffa an AA/ Berlin, J.N.4043/35, 14.Aug. 1935.

10. PA: HaPol Abt., Handakten Clodius- Palästina, Bd.1, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 111/33, 25.Aug. 1933.

11.PA: Pol.Abt.III, Politik 11- Palästina, Nr.3, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. SS.34, Politisches Programm des Emirs für seine Besprechungen in London, 7.Juni 1934.

12. a.a.O.

13. PA: Pol.Abt.III- Jüdische Angelegenheiten, Jüd.Pol. 1, Bd.13, AA/Berlin an DKGenf, III 0 3856, 26.Okt. 1933. Eine vollständige Darstellung der Tätigkeit Arslans findet sich bei William L. Cleveland: Islam against the West.

14. PA: Geheim-Akten 1920 - 1936, Syrien- Pol.2, Aufzeichnung Prüfers, III 0 4210, 7.Nov. 1934.

15. a.a.O.

16. BA: R/43-II:1420, Vermerk, Rk. 9952, 1o.Nov. 1934.

17. Dazu Grobba: Männer, S. 94-104.

18. PA: Pol.Abt.III, Politik 4- Pan-Arab. Bund, DG/Bagdad an AA/Berlin, III 0 574, 2.Febr. 1935.

19.PA: Pol.Abt.III, Politik 4- Pan-Arab. Bund, AA/Berlin an DG/ Bagdad, Telegramm Nr.2, 12.Febr. 1935.

20. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Syrien, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, 1/J.N.978, 12.Apr. 1935.

21. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.1, Palästina, Bd.1, Joseph Francis/Jaffa an DGK/Jerusalem, 13.Apr. 1933.

22. PA: Referat-D, P05 NE adh7, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1130, 10.Aug. 1933.

23. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 74/33, 27.Juni 1933.

24. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichung der Abteilung III, zu III 02362, 7.Juli 1933.

25. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.1, AA/Berlin an DGK/Jerusalem, zu III 0 2362, 31.Juli 1933.

26. PA: Inland II A/B, 82-03, AO der NSDAP an AA/Berlin, Nr.82-02 1/6, 1.Juni 1934. Albert Speer zufolge war Hitler gegen den Gedanken, den Nationalsozialismus in andere Länder auszuführen, weil er fürchtete, dies könnte den eigenen Nationalismus dieser Länder stärken und so Deutschlands Fähigkeit schwächen, mit ihnen umzugehen; es muß auch offensichtliche rassische Gründe dafür gegeben haben /Speer: Third Reich, S. 112):

27. BA: R/43-II: 1399, Ministerbesprechung über die außenpolitische Lage am 7. Februar 1933.

28. BA: R/43-I:626a, Aufzeichnung Hitlers vom 14.Juni 1934.

29. PA: Inland II A/B, 82-02, Bd.2, Aufsatz der AO-Hamburg der NSDAP, Ernst-Wilhelm Bohle, veröffentlicht im "Hamburger Tageblatt", Weltpost-Ausgabe v. 1.Apr. 1934.

Im Mai wurde in Hamburg eine Auslandsabteilung der NSDAP eingerichtet. Am 15. März wurde die Abteilung für Deutsche im Ausland durch die Oberste Leitung der Pareiorganisation gegründet. Ernst Bohle wurde am 8. Mai zum Vorsitzenden ernannt. Die ganze Organisation wurde am 3. Oktober Rudolf Hess und dem Amt des Stellvertreters des Führers unterstellt. Am 19. Januar wurde der Name offiziell in Auslandsorganisation der NSDAP umgewandelt. Die AO war als Parteigliederung weiterhin für die Beziehungen zwischen den Auslandsdeutschen und ihrem Vaterland verantwortlich. Im März 1935 verlegte die AO ihr Hauptquartier von Hamburg nach Berlin. Am 1. April wurde die AO zu einem Gau erklärt, und Bohle wurde der Gauleiter für alle Auslandsdeutschen. Der Ausdruck Auslandsdeutsche bezog sich sowohl auf die Reichsdeutschen (deutsche Staatsbürger im Ausland) als auch auf die Volksdeutschen (Deutsche, die Bürger anderer Staaten waren). Beide Gruppen unterstanden der Zuständigkeit der AO und beide Gruppen konnten NSDAP-Mitglieder werden. Die Geschichte der AO wid ausführlich von Emil Ehrich abgehandelt: Die Auslandsorganisation der NSDAP. Dazu auch Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 90 ff., Seabury: Wilhemstrasse, S. 32-33.

33. Bohles Worte lauteten:"Wer heute deutsch sein will, muß Nationalsozialist sein:"

31. BA: Schumacher-Sammlung/293, NSDAP-Reichsleitung/München an die Abt. für Deutsche im Ausland, Anordnung 1/33, 30.März 1933.

32. BA: Schumacher-Sammlung/293, Rundschreiben Nr.53 an sämtliche Auslandsgruppen der NSDAP, 3.Okt. 1933. Dazu auch Jacobsen: Nationalsozislistische Außenpolitik, S. 102-103.

33. PA: Abt.IV- Kultur, Deutschtum im Ausland, Allgemeines, Bd. 18, Aufzeichnungen des V.L.R. Roediger, IVA- 1782, 13.Apr. 1935.

34. Dazu PA: Büro des Chefs der AO, Runderlaß A.O.6: Strafdrohung gegen die Einmischung Reichsdeutscher in die innere Politik ausländischer Staten, 5.Okt. 1937.

35. Dazu Francis R. Nicosia: National Socialism and the Demise of the German-Christian Communities in Palestine during the Nineteen Thirties, in: Canadian Journal of History 14 (1979), 235-255. Die beste Darstellung zum Thema stammt von H.D.Schmidt: The Nazi Party in Palastine and the Levant, 1932 - 1939, in: International Affairs 28 (1952), 460-469. Schmidts Aufsatz beruht ausschließlich auf den übriggebliebenen Unterlagen der Nazipartei in Palästina und ist ausschließlich auf diese wertvolle Quelle beschränkt. Es gibt weiterhin zu diesem Thema zwei kurze Ausätze, die der Sache überhaupt nicht gerecht werden- Tsvi Erez: Germans in Palestine: Nazis and Templers, in: Wiener Library Bulletin 17 (1963), 25. Es handelt sich hierbei um einen Artikel, der nur eine Seite umfaßt und der die deutschen Siedler als Naziagenten, die die Araber vorbehaltlos unterstützten, verurteilt. Dann Siegfried Braun: Die Deutsche Tempelgesellschaft in Palästina, in: Tribune 1 (1962), 376-186. Auch dieser Artikel leidet an den gleichen Fehlschlüssen. Ein Werk, das die Deutschen in Palästina als den verlängerten Arm des deutschen Imperialismus im Nahen Osten ansieht, ist das von Heinz Tillmann: Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg. Tillmanns Buch folgt einer streng marxistischen Ausrichtung. Es unterstellt der deutschen Nahostpolitik nach 1933 imperialistische Ziele in diesem Teil der Welt. Mehrere Werke, die das Thema Deutschland - Palästina abhandeln, die Palästina-Deutschen jedoch richtiggehend ausklammern, sind: Lukas Jirszowicz: The Third Reich and the Arab East; Robert Melka: The Axis and the Arab Middle East, 1930 - 1945; Bernd Schröder: Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg; Josef Schröder: Die Beziehungen der Achsenmächte zur arabischen Welt, in: Zeitschrift für Politik 18 (1971), 80-95; Yisraeli: Third Reich and Palestine, S.343-353.

36. Brief von Dr. Richard Hoffmann, Vorsitzender der australischen Tempelgesellschaft, vom 8. Mai 1975 an mich. Diese Zahl wird auch von Schmidt: Nazi Party, S. 41, anerkannt. Dr. Hoffmann ist ein Nachkomme von Christoph Hoffmann, dem Führer der Tempelgesellschaft, als sie im Jahre 1867 von Württemberg nach Palästina aufbrach.

Ende 1937 war die gesamte christliche deutsche Bevölkerung Palästins auf etwa 2500 Personen angestiegen; danach begann ein Rückgang, der auch auf die Einziehung junger männlicher Deutscher zum Militärdienst in Deutschland zurückzuführen ist (dazu PA: Büro des Reichsaußenministers- Palästina, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 16/37, 22.März 1937).

37. Brief Hoffmanns vom 8. Mai 1975. Dr. von Hentig stellt fest, daß die Templer von der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus begeistert waren (Hentig: Palästina, S. 118).

38. TG: "Die Warte des Tempels" v. 15.Dez. 1933. Diese Zeitung wurde bis 1917 in Jerusalem herausgegeben. Der Erste Weltkrieg unterbrach die weitere Herausgabe. 1921 wurde sie erneut in Stuttgart herausgegeben. Sie wurde dort bis 1936, als die Herausgabe wieder in Jerusalem stattfand, weiter herausgebracht. Ihre Nützlichkeit als Quelle ist begrenzt, da sie nach 1933 in Deutschland und nach 1936 in Palästina offensichtlich entsprechendem Druck ausgesetzt war. Da es sich die Zeitung nicht leisten konnte, sich nach 1933 gegen das Regime in Deutschland zu stellen- oder gegen die Briten, die Araber und die Juden in Palästina- blieben ihre Artikel in der arabisch-jüdischen Auseinandersetzung ständig neutral. Man war in gewisser Hinsicht für das britische Mandat und befand sich im allgemeinen in Übereinstimmung mit der Politik der deutschen Regierung.

39. Brief Hoffmanns vom 8.Mai 1975. Dazu auch Sauer: Beilharz-Chronik, S. 178.

40. Schmidt:"Nazi Party", S. 462.

41. TG: Die Warte des Tempels v. 15.Aug. 1935.

42. Brief Hoffmanns vom 8.Mai 1975.

43. Schmidt:"Nazi Party", S. 461-462.

44. YV: NSDAP/Landesgruppe Palästina, 1934-1939, Mitgliedsstand vom April 1937. Bis zum Dezember 1937 war die Mitgliedsstand auf 312 Personen angestiegen. Es scheint, als gebe es gewisse Unterschiede in den Mitgliederzahlen zwischen den Unterlagen der NSDAP/Landesgruppe Palästina, die sich im Yad Vashem-Institut in Jerusalem befinden, und den Unterlagen des Büros des Chefs der Auslandsorganisation, die sich in den AA-Archiven in Bonn befinden. Die hier angegebenen Zahlen gehen auf die Unterlagen der NSDAP/Landesgruppe Palästina zurück; Schmidt benutzt sie ebenfalls. Er gibt für den Juni 1935 eine Gesamtmitgliederzahl von 250 Personen an. Diese Zahl benutzt auch Jacobsen (Schmidt: Nazi Party, S. 465; PA: Büro des Chefs der Auslandsorganisation, Statistik, Bd.28, Mitgliedstand vom 30.Juni 1937; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, Übersicht Nr.26, S. 662-666). Die Organisationsstruktur der Landesgruppe findet sich im Anhang 12.

45. Das Propagandaministerium versorgte Dr. Reichert, den DNB-Korrespondenten in Jerusalem, Ende 1934 mit einem meuen Radio. Das AA stimmte zu (dazu PA: Pol.Abt.III, Politik 26- Palästina, Bd.1, Promi/Berlin, zu III 03620, 6.Dez. 1934.

46. ISA: 67/1362, AA/Berlin an sämtliche diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland, Nr.VI S7097, 27.Juni 1935, und AA/Berlin an sämtliche diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland, Kult. S-739, 24.Febr. 1938.

47. Schmidt: Nazi Party, S. 464.

48. a.a.O.. S. 465.

49. a.a.O., S. 466.

50. a.a.O., S. 466-468.

51. Briefe Dr. Hoffmanns vom 16.April und 8. Mai 1975 an mich.

52. Die Tempelgesellschaft hatte sich ursprünglich Anfang des 19. Jahrhunderts von der lutherischen Kirche in Württemberg abgespalten. Dr. Hoffmann zufolge hatten die Lutheraner versucht, die Templer ständig zurück zur lutherischen Kirche zu bringen. Ich war nicht in der Lage, die Behauptung Hoffmanns zu überprüfen. Die Frage der Beziehungen zwischen den verschiedenen deutschen Gruppen im Palästina der Zwischenkriegszeit bedarf weiterer Erforschung.

53. Hoffmann-Brief v. 8.Mai 1975.

54. PA: Pol.Abt.III, Politik 2- Palästina, Bd.2, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, 17/34, 9.März 1934, und AA/Berlin an AO/NSDAP, 963, 22.März 1934.

55. BA: R/43-II: 1421a, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, 25/37. 4.Juni 1937.

56. PA: Inland II A/B 83-20, Bd.1, Promi/Berlin an AA/Berlin, VII/7074/3.III.34, 15.Mai 1934. Die AO setzte sich gegenüber dem Propagandaministerim durch, um den Deutschen in Palästina einiges Material zukommen zukommen zu lassen, damit es der jüdischen Presse in Palästina ihre Haltung darlegen konnte.

57. YV: NSDAP/Landesgruppe Palästina, 1934-1939.

58. YV: NSDAP/Landesgruppe Palästina, 1934-1939, Schwarz/Jaffa an die Leitung der AO der NSDAP, 3.März 1937.

59. PA: Pol.Abt.III, Politik 26- Palästina, Bd.1, DB/London an AA/Berlin, 6.Juni 1934.

60: PRO: FO371/17878-E4468, Police Summary no. 9/34, 15.Juni 1934.

61. YV: NSDAP/Landesgruppe Palästina, 1934-1939, Wagner/Haifa an Schwarz/Jaffa, 31.Jan. 1937.

62. Es gibt eine umfangreiche Literatur zum Thema des Araberaufstandes von 1936-1939. Sie umfaßt die Arbeit der Esco Foundation for Palastine Inc., Palestine: A Study of Jewish, Arab

and British Policies, Bd.2, Kap.11 und 12; J.C.Hurewitz: The Struggle for Palastine, S.67 ff.; John Marlowe: The Seat of Pilate: An Account of the Palestine Mandate, S.138; Sykes: Crossroads, S.148ff.

63. Marlowe: Pilate, S. 138.

64. Eine arabische Abordnung unter Führung des Mufti, die aus den Führern verschiedener politischer arabischer Parteien bestand, bat den britischen Hochkommissar, die nachfolgenden Forderungen offiziell an London weiterzuleiten: eine demokratische Regierung mit einem souveränen Parlament und einer arabischen Mehrheit; das Verbot des Landverkaufs an Juden; ein sofortiges Ende der jüdischen Einwanderung (dazu Marlowe: Pilate, S. 134-135; Hurewitz: Struggle, S. 67-70; Sykes: Crossroads, S. 144).

65. Dies behauptete Generalkonsul Döhle im Juni 1936 (dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/ Berlin, Nr.Polit. 26/36, 30.Juni 1936). Siehe auch Norman Anthony Rose: The Arab Rulers and Palastine, 1936: The British Reaction; in: Journal of Modern History 44 (1972), 217; Howard Sachar:: Europe Leaves the Middle East, 1936 - 1954, S. 67.

66 Siehe Anhang 7. Diese Zahlen umfassen nicht die jüdischen Einwanderer, die in den 30er Jahren illegal in Palästina eingereist sind. Man schätzt, daß jedes Jahr 10 000 Juden illegal eingewandert sind (dazu Sachar: Europe, S. 69; Esco Foundation: Palestine, Bd.2, S. 680-684). Dem Jabotinsky-Institut in Tel Aviv zufolge haben die verschiedenen revisionistischen Zionistengruppen illegale Einwanderer ins Land gebracht: 1937: 72; 1938: 3524; 1939: 14.476; 1940: 3.609. Diesen Hinweis erhielt ich in einem Brief vom 28.September 1976 Anmerkung 469)

67. Marlowe: Pilate, S. 130.

68. Dazu Esco Foundation: Palestine, Bd.2, S. 665; David Horowitz und Rita Hendon: Economic Survey of Palestine, with Special Reference to the Years 1936-1937, S. 33; Sachar: Europe, S. 32; Sykes: Crossroads, S. 163. Die arabische Bevölkerung in Palästina (Moslems, Christen und Drusen) wuchs von etwa 660.000 im Jahre 1922 auf fast 1,3 Mio im Jahre 1946; zu diesem Zeitpunkt ereichte die jüdische Bevölkjerung etwa 608 000.

69. Rose: Arab Rulers, S. 217. Der Peel-Ausschuß schätzte, daß bei einer jährlichen jüdischen Einwanderung von 30.000 Menschen die jüdische Bevölkerung die arabische um das Jahr 1960 herum überholt haben würde. Bei einer jährlichen Einwanderung von 60.000 Menschen gäbe es schon 1947 eine jüdische Merheit (dazu Großbritannien: Bericht des königlichen Ausschusses über Palästina/Palestine Royal Commission Report, Cmd. 5479, S. 208).

70. Dazu Hurewitz: Struggle, S. 67; Sykes: Crossroads, S. 139-141.

71. PRO: FO371/20020-E3048, Brit. Botschaft/Berlin an Außenministerium/London, Telegramm Nr.127, 27.Mai 1936.

72. Völkischer Beobachter v. 4.Juni 1936. Phipps äußerte sich in einem Schreiben an Anthony Eden günstig zu diesem Artikel (dazu PRO: FO371/20020-E3327, Phipps/Berlin an Eden/London, 4.Juni 1936). Ein Artikel im "Der Angriff" vom Oktober des gleiches Jahres stellte fest, daß die jüdische Einwanderung und das sich daraus ergebende Umziehen der Araber der Grund für die arabischen Gewalttätigkeiten seien. Phipps stellte fest, dieses Argument sei völlig richtig (dazu PRO: FO371/20028-E6609, Phipps/Berlin an Eden/London, 15.Okt. 1936.

73. PA: Pol.Abt.II, Politik 3- England, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.3121, 17.Dez. 1936. Dazu auch PA: Botschaft Rom, Politik 3- Palästina, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1335, 30.Mai 1936; PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1671, 30.Juni 1936.

74. PA: Poli.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Pol.VII116-37, 5.Jan. 1937.

75. Grobba persönlich war der arabischen Sache in Palästina und im ganzen Nahen Osten zugetan. Aber er hielt sich in den Jahren 1936 und 1937 streng an die deutsche Politik der Nichteinmischung als der einzigen Möglichkeit, freundschaftliche Beziehungen mit Großbritannien im Nahen Osten zu haben (Grobba: Männer, S. 106). Seine Sympathie für die Araber ging auf seine wissenschaftlichen und beruflichen Interessen zurück und weniger auf irgendeine Abneigung der Juden.

76. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, AA/Berlin an DG/Bagdad, zu Pol.VII 116, Telegramm, 5.Jan. 1937.

77. PRO: FO371/20021-E4329, Report of the Deputy Inspector General in Palestine, 8.Juni 1936. Weitere Einzelheiten zum Thema ägyptische Unterstützung und Verwicklung bei James Jankowski:- Egyptian Responses to the Palestine Problem in the Interwar Period, in: International Journal of Middle East Studies 12 (1980), 12ff.

78. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit.34/36, 12.Juli 1936.

79. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Irak, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.2569, 3.Okt. 1936. Grobba berichtete auch, daß ein Teil der Fracht vor dem endgültigen Ausladen in einem saudischen Hafen am Roten Meer in Syrien umgeladen worden war und diese Waffen ebenfalls nach Palästina gelangt seien.

80. PA: Pol.Abt.II, Politik 3- England, Bd.1, DB/London an AA/Berlin, A.2539, 22.Juni 1936. Diese Palästina-Debatte ist in Großbritannien vollständig in Parliamentary Debates (5th series, Commons), 313 (1936), S.3110-1395 veröffentlich.

81. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit.26/36, 30.Juini 1936. Der verstorbene Dr. Fritz Grobba erzählte mir am 30.Juni 1973, die UdSSR sei zwischen 1936 und 1939 eine Hauptquelle für Waffenlieferungen an die Palästina-Araber gewesen.

82. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5, Palästina, Bd.1, Pol.VII 153/37, 6.Febr. 1937. Es ist möglich, daß der Verfasser dieses Berichtes Dr. Reichert vom DNB in Jeruselm war. Dr. Reichert scheint jedermanns Geheimagent in Palästina gewesen zu sein. Am 17.Februar 1937 berichtete Döhle von seinem Verdacht und dem der britischen Behörden, daß die UdSSR den arabischen Aufständischen Geld und Waffen geliefert habe (dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit.6/37, 17.Febr. 1937).

83. PRO: FO371/20022-E4858, Colonial Office/London, 28.Juli 1936.

84. Muggeridge: Ciano's Diplomatic Papers, S. 49 und S. 51.

85. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.3121, 17.Dez. 1936. Italien war in der arabischen Welt immer schlecht angesehen. Die öffentliche Meinung war durch die harte italienische Kolonialherrschaft in Lybien aufgebracht worden. Dazu kamen Befürchtungen wegen des kolonialen Ehrgeizes Iatliens im östlichen Mittelmeer (dazu Hirszowicz: Third Reich, S. 14).

86. Seth Arsenian: Wartime Propaganda in the Middle East, in Middle East Journal 2 (1948), 419ff. Dazu auch Avon: Eden Memoirs, S. 448-449 und S. 474-475; Hirszowicz: Third Reich, S. 15.

87. PA: Botschaft Rom (Quir)- Geheim Akten, 44/1: Vorschläge des Großmuftis betr. Syrien, Palästina und Transjordanien, DB/Rom an AA/Berlin, Telegramm Nr.1677, 14.Sept. 1940. Um 1938 stellte die französische Abwehr in Beirut die italienische Unterstützung der arabischen Aufständischen in Palästina fest (PRO: FO371/21887-E3046, Britische Botschaft/Rom an FO(=AA)/London, 21.Mai 1938).

88. ADAP: D, VI, Nr.211. Anfang 1938 sagte der britische Kolonialminister vor dem Parlament in London, daß die meisten Waffen, die den Aufständischen in Palästina abgenommen worden sind, über Syrien ins Land gekommen seien (dazu PRO: FO371/21874-E1598).

89. PA: HalPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Handel mit Kriegsgerät-Allgemeines, Bd.1, in: Reichsgesetzblatt, Teil 1, 1927, vom 27.Juli 1927, S. 239.

90. PA: Pol.Abt.I, Handel für Pol.I, Waffenhandel und Waffenherstellung, "Gesetz über die Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 6.XI.35", unterzeichnet von Hitler, Blomberg, Bülow und Schacht, in: Reichsgesetzblatt, Teil 1, 1935, Nr.126 vom 15.Nov. 1935, S. 1337. Dieses Gesetz ersetzte das Gesetz aus dem Jahre 1927.

91. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung war für die Regelung der Waffenausfuhren verantwortlich (dazu PA: Pol.Abt.I, Handel für Pol.I, Waffenhandel und Waffenherstellung, "Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger", Nr.270, 18.Nov. 1935).

92. Siehe Anhang 13.

93. Yemen und in gewissem Maße auch Saudi-Arabien hatten ein Maß an Unabhängigkeit von Großbritannien und Frankreich, was die anderen arabischen Staaten nicht kannten. Während der britische Einfluß in Saudi-Arabien stark blieb. war Yemen der einzige arabische Staat, der in der Lage war, sich aus dem allgemeinen Muster britischer Herrschaft zu lösen. 1926 unterzeichnete Yemen einen Freundschaftsvertrag mit Italien, der 1937 erneuert wurde. Auf Grund des fehlenden britischen Einflusse in Yemen war der italienische Einfluß dort nicht unbedeutend. Daher waren Italien und in einem geringeren Maße auch Deutschland in der Lage, dorthin beachtliche Mengen Waffen zu verkaufen (dazu Hirszowicz: Third Reich, S. 10 u. S. 14).

94. Diese Auffassung wird im allgemeinen von Melka, Hirszowicz, Yisraeli und Josef Schröder geteilt. Selbst Tillmann räumt ein, daß solche Tendenzen erst im Sommer 1937 einsetzten (Tillmann: Araberpolitik, S. 60-61). Sowohl der verstorbene Dr. Grobba (Gespräch mit mir am 30.Juni 1973 in Bad Godesberg) als auch von Hentig (Gespräch mit mir am 27.November 1974 in Seibersbach) äußerten die gleiche Ansicht.

95. TG: Die Warte des Tempels v. 30.Juni 1936.

96. Hentig: Palästina, S. 118. Dazu auch Schmidt: Nazi Party, S. 467.

97. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit.27/36, 7.Juli 1936.

98. Dazu ISA: 67/1383, DGK/Jerusalem an Bürgermeister Ernst Blaich/Bethlehem, Nr.Templr. 24/36, 27.Mai 1936,NSDAP-Ortsgruppe/ Haifa an DGK/Jerusalem, 9.Juni 1936, NSDAP-Ortsgruppe/Haifa an DGK/Jerusalem, 10.Juni 1936, DGK/Jerusalem an Herrn Bürgermeister Blaich/Bethlehem, Nr.3/36, 12.Juni 1936, und Tempelgemeinde/ Bethlehem an DGK/Jerusalem, 14.Juni 1936. Dazu auch Schmidt:"Nazi Party", S.467-468.

99. ISA: 67/1938, Inspector-General(Generalinspektor), Palästina Polizei an das deutsche Generalkonsulat/Jerusalem, S.6/127/5, 25. Mai 1936.

100. Dazu ISA: 67/1383, DGK/Jerusalem an Konsul Wurst/Jaffa, Nr.Templr. 27/36, 15.Juni 1936.

101. Dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Secr. 1/36, 4.Juli 1936.

7. Der Peel-Teilungsplan und die Frage eines jüdischen Staates

1. Der Ausschuß setzte sich aus den folgenden Mitgliedern zusammen: Lord Peel (Vorsitzender), konservativer Politiker und ehemaliger Minister für indische Angelegenheiten; Sir Horace Rumbold, Diplomat und ehemaliger Botschafter in Deutschland; Sir Lucas Hammond, ehemaliger Provinzgouverneur in Indien; Sir William Morris Carter, ehemaliger Richter am Obersten Gerichtshof in Kenia; Sir Harold Morris, ehemaliger Gerichtspräsident und Professor Sir Reginald Coupland vom All Souls College in Oxford, Historiker und Fachmann für Fragen der Konialverwaltung.

2. Großbritannien: Commission Report (Ausschußbericht), Cmd.5479, S.IX.

3. Eine vollständige Wiedergabe der Auffassungen, die Araber und Juden dem königlichen Ausschuß vorgetragen haben, findet sich in der Veröffentlichung der Esco Foundation (Esco-Stiftung): Palstine, Bd.2, S. 799-818.

4. Großbritannien: Commission Report, Cmd. 5479, S. 77.

5. a.a.O., S. 78-80 und S. 271-272.

6. a.a.O., 272-274.

7. a.a.O., S.280-281.

8. Esco Foundation: Palestine, Bd.2, S. 852-861. Dazu auch Marlowe: Pilate, S. 144ff., Sykes: Crossroads, S. 170ff.

9. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Pol. 38/37, 13.Juli 1937.

10. Dazu Marlowe: Pilate, S. 150; Sykes: Crossroads, S. 177.

11. Dazu Esco Foundation: Palestine, Bd.2, S. 861-874; Marlowe: Pilate, S. 150.

12. BA: R/18-5514, Vermerk über die Besprechung am 29. Sept. 1936 (Verfasser unbekannt). Das Innenministerium beanspruchte noch immer die vorrangige Entscheidungsgewalt in allen Angelegenheiten der Judenpolitik. Einem Rundbrief zufolge, der von Staatssekretär Pfundtner vom Innenministerium am 7. Dezember 1937 veranlaßt wurde, hatte Hitler selbst dem Innenministerium die vorrangige Entscheidung in der Formulierung der Judenpolitik zugestanden (dazu Adam: Judenpolitik, S. 158-159).

13. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung des Referats Deutschland (Hinrichs) vom 9.Jan. 1937.

14. PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung des Referat-D (Bülow-Schwante) vom 27.Apr. 1937. Während der ganzen Debatte über Frage eines jüdischen Staates in den Jahren 1937 und 1938 griffen keine der beteiligten Regierungs- und Parteistellen wie auch keiner der Funktionäre auf die alte Theorie zurück, die

Juden seien aus rassischen und geschichtlichen Gründen nicht in der Lage, einen eigenen Staat aufzubauen.

15. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, RIM an AA, IB3 25978/15042, 16.Jan. 1937.

16. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, AA an RIM, zu 83-21a, A.16/1, 21.Jan. 1937.

17. PA. Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung Pol.VII vom 22.Jan. 1937.

18. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 2/37, 25.Jan. 1937.

19. PA: Büro des Reichsaußenministers- Palästina, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 16/37, "Prüfung der Frage, ob unsere Palästina gegenüber bisher verfolgte Richtlinie beibehalten werden kann oder ob sie eine Änderung erfahren muß", 22.März 1937.

20. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Ref.D an RAM, zu 83-21a 16/1, 17.Febr. 1937.

21. PA: Inland II B/A, 83-21a, Bd.1a, Ref.D an Promi, 83-21a 16/3, 30.März 1937.

22. PA: Pol.Abt.II, Politik 3- England, Bd.2, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.799, 8.Apr. 1937.

23. Wegen des Textes des Führer-Erlasses vom 30.Januar 1937, auf Grund dessen die Auslandsorganisation in das AA eingegliedert wurde, siehe das Reichsgesetzblatt, Teil I, 1937, Nr.18, S. 187-188. Dazu auch PA: Inland II A/B, 82-00c, Bd.1, RAM an alle Missionen und Berufskonsulate, Nr.Pers. M694, 26.Febr. 1937; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 132ff.

24. ADAP: D, V, Nr.562.

25. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung Pol.VII (Pilger) zu 83-21aK/4, 8.Mai 1937. Dazu auch PA: Büro des St.S, Irak: Aufzeichung von Ref.D (Bülow-Schwante), zu 83-21a 4/6, 11.Juni 1937; PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung von Fischer, 8.Mai 1937.

26. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung von W III (HaPolAbt.- Clodius) an Ref.D, zu 83-21a 16/4, 11.Juni 1937.

27. PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung des Referat-D (Bülow-Schwante) vom 27.Apr. 1937.

28. a.a.O. Dazu auch PA: Inland II A/B, 83-212a, Bd.1a, Aufzeichnung des Referat-D, zu 83-21a 25/5, 25.Mai 1937.

29. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung des Referat-D, zu 83-21a 25/5, 25.Mai 1937. Dazu auch PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung des Referat-D, zu 83-21a 20/5, 26.Mai 1937.

30. Dazu Adam: Judenpolitik, S. 157-158. Die Formulierung der Judenpolitik blieb 1937 und den Großteil von 1938 in den Händen

der verantwortlichen Ministerien. Die SD-Stellungnahmen zu Palästina und zur Frage eines jüdischen Staates spiegeln nur die Entscheidungen wieder, die von den Ministerien getroffen wurden. Sowohl der SD als auch Rosenbergs APA machten im Sommer und Herbst 1937 gemeinsame Anstrengungen, um ihr Ausgeschaltetsein aus dem Entscheidungsprozeß zu überwinden und um in der Debatte über die Auswanderungspolitik und Palästina eine größere Rolle zu spielen. Diese Angelegenheit wird weiter unten ausführlicher behandelt. Siehe dazu NA: T-175/R588, 000521: II/112 an II/1, 1o.Aug.1937.

31.ADAP: D,V,Nr.561.

32. Dr. Eduard Selzam von der deutschen Botschaft in London sprach am 8. Juni bei Anthony Eden vor und unterrichte ihn von der deutschen Besorgnis wegen der möglichen Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Selzam versuchte, von Eden eine Vorausmitteilung über den Inhalt des Berichts des Peel-Ausschusses zu erhalten, der in Kürze veröffentlicht werden sollte. Eden teilte ihm mit, das britische Außenministerium wisse nicht, was der Bericht enthalte. Dies war jedoch nicht wahr, da König Ibn-Saud von Saudi-Arabien und Dr. Chaim Weizmann von der Zionistenorganisation schon durch das britische Außenministerium über die Empfehlungen des Ausschusses unterrichtet worden waren (dazu PRO: FO371/20807-E3171, FO-Memorandum, 8.Juni 1937; PRO: FO371/20806-E2435, FO-Memorandum, Mai 1937).

33. ADAP: D,V,Nr.564.

34. a.a.O., Nr.567 und Anmerkung 1.

35. a.a.O, Nr.566.

36. a.a.O., S.638, Anmerkung 2.

37. a.a.O., S.638, Anmerkung 5. Werner-Otto von Hentig ersetzte Ende Juli 1937 Hans Pilger als Chef der Politischen Abteilung VII.

38. ADAP: D,V, Nr.571. Die Denkschrift ging in der Politischen Abteilung herum.

39. a.a.O, S. 644, Anmerkung 1.

40. a.a.O., Nr.570.

41. Dazu die Ausgaben des Völkischen Beobachters vom Sommer und Herbst 1937. Auch PRO: FO371/21884-E6725.

42. Dazu Aigner: Das Ringen, S. 310-317.

43. ADAP: D,V, Nr.572.

44. a.a.O., Nr.573.

45. Dazu PA: Pol.Abt.I- Völkerbund, Mandate: Tätigkeit der Mandatskommission, DK/Genf an AA/Berlin, Telegramm Nr.114/ 6, 6.Okt. 1936; Mandate: Allgemeines, Bd.1, DK/Genf an AA/ Berlin, Nr.1940, 10.Nov. 1936; Länderakten, Palästina, Bd.1, DK/ Genf an AA/Berlin, Nr.1334, 11.Okt. 1937; Inland II A/B, 83-

26 Polen, DB/Warschau an AA/Berlin, PI 11a/1.37, 22.Jan. 1937. Dazu auch PRO: FO371/20605-E1601, FO Memorandum, 20.März 1937; FO371/20806-E2435, FO Memorandum, Mai 1937. Weitere Einzelheiten bei Waclaw Jedrzejewicz, Hrsg.: Diplomat in Berlin, 1933 - 1939: Papers and Memoirs of Joesef Lipski, Ambassador of Poland, S. 411; Jüdische Rundschau (Brief des polnischen Außenministers Beck vom 17.Dez. 1935 an Leib Jaffe, den Vorsitzenden der Keren Hajessod).

46. PA: Pol.Abt.V, Politik 1- Allgemeine auswärtige Politik Polens Bd.1, DB/London an AA/Berlin, A.4042, 14.Okt. 1936, und Expose' des Ministers Beck im Auswärtigen Ausschuß des Senats am 18.Dez. 1936, Pol.V 6600/36.

47. Taras Hunczak: Polish Colonial Ambitions in the Inter-War Period, in: Slavic Review 26 (1967), 648-656. Dazu auch PA: Büro des Reichsaußenministers- Polen, Bd.1, Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes (Verfasser unbekannt), 12.Sept. 1936; Pol.Abt.II, Politik 3- Frankreich-Polen , Bd.2, DK/Genf an AA/Berlin, Telgramm Nr.92, 26.Sept. 1936, und Aufzeichnung Papens, Pol.II 3306, 12.Dez.1937.

48. Philip Friedman: The Lublin Reservation and the Madagascar Plan: Two Aspects of Nazi Jewish Policy during the World War, in: Yivo Annual of Jewish Social Studies 8 (1953), 165-166.

49. PA: Pol.Abt.V, Politik 36.Judenfrage in Polen, Die Frage der Teilung im polnischen Licht, DNB-Bericht, 5.Juli 1937.

50. PA: Gesandschaft Bukarest, IA3 (Fach 37), Bd.1, DG/Bukarest an AA/Berlin, Tgb.Nr.1946/37 (XE-13), 28.Juli 1937.

51. PRO: FO371/20812-E5138, Britische Botschaft/Bukarest an AA/ London, 27.Aug. 1937.

52. In einem Gespräch am 27. November 1974 in Seibersbach sagte mir Dr. von Hentig, das AA in Berlin habe die polnische und rumänische Unterstützung der zionistischen Auswanderung nach Palästina bis 1937 gebilligt. Es habe sich bis 1937 und danach zurückgehalten, Druck auszuüben, um die Unterstützung zu beenden.

53. PA: Gesandschaft Bukarest IA3 (Fach 37), Bd.1, DG/Bukarest an AA/Berlin, Tgb.Nr.1946/37 (XE-13), 28.Juli 1937.

54. ADAP: D,V,Nr.572.

55. PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, AA an RIM, 83-21a 17/8, 17. Aug. 1937.

56. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.1, Ref.D an Pol.VII, 19.Aug. 1937.

57. Hentig nahm diese Haltung erneut in seiner Denkschrift vom 21.August ein. Dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung zu Pol.VII910, 21.Aug. 1937.

58. PA: Pol.Abt. VII, Politik 5a- Palästina, Bd.1, Ref.D an Pol. VII, 24.Aug. 1937.

59. Hentig sagte mir, solche Schritte seien nie unternommen worden. Er hat wahrscheinlich Recht zu behaupten, daß keinerlei Druck Polen und Rumänien hätte abhalten können, die umfangreiche jüdische Auswanderung nach Palästina nicht zu unterstützen. Die polnische Regierung war derart auf die Unterstützung der zionistischen Lösung Palästina in ihrer eigenen Politik ausgerichtet, daß sie bessere Beziehungen zu den revisionistischen Zionisten Jabotinskys als zu den Mehrheitszionisten unterhielt. Die revisionistischen Zionisten forderten ganz Palästina und noch mehr für die sofortige Errichtung eines unabhängigen jüdischen Staates. Die Mehrheitszionisten stimmten, wenn auch mit Vorbehalt und mit Widerwillen, einer Teilung zu. Dem ehemaligen polnischen Botschafter Lipski zufolge bildete Polen die militante Irgun Tsevai Leumi, der außerhalb des Gesetzes operierende Zweig der revisionistischen Juden in Palästina, in Polen militärisch aus und versorgte sie mit militärischer Ausrüstung (Siehe Jedrejewicz: Dilpomat, S.412; dazu auch Nicholas Bethell: The Palestine Triangle, S. 41-42).

60. Siehe Anhang 7. Dazu auch BA: R/57-25, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, Bericht des Assessors Dr. Wilmanns über seine Reise nach Palästina, G.Z. B2400, 10.Juni 1937.

61. ADAP: D,V,Nr.562. Diese Denkschrift entstammt einem Positionspapier, das vom Außenhandelsamt der AO zusammengestellt und Ende Mai an Ernst Bohle, den Chef des AO, weitergeleitet wurde (Siehe PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Außenhandelsamt Buch Nr.81445, 26.Mai 1937).

62. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Handel 11, Nr.1, DGK/ Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Temp. 1/36, 15.Jan. 1936.

63. Dazu ISA: 67/1253, DGK/Jerusalem an Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, 15.Aug. 1936., DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Haav. 23/36, 11.Aug. 1936. Siehe auch ISA. 67/1272, Deutscher Orient-Verein e.V. an DGK/Jerusalem, 17.Nov. 1936.

64. ISA: 67/1253, Arab Chamber of Commerece (Arab. Handelskammer)/Jerusalem an DGK, 16.Sept, 1936.

65. ISA: 67/1251, German Consulate-General (DGK) to the Arab Chamber of Commerce/Jerusalem, Nr.Arabco. 16/36, 28.Nov. 1936.

66. Dazu PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Handel 11, Nr.1: DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Temp. 1/36, 15.Jan. 1936. Dazu auch Hentig: Palästina, S. 111; Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 51-53.

In seinem Brief an mich vom 16.April 1975 bemerkte Dr. Richard Hoffmann, die AO sei gegen Haavara gewesen, weil das Abkommen von den Berliner Ministerien ohne die Mitbeteiligung der Partei abgeschlossen worden sei. Er bemerkte auch, die Palästina-Deutschen hätten befürchtet, die Araber würden gegen sie vorgehen, weil Haavara

als ein gemeinsames deutsch-jüdischen Vorhaben angesehen werden konnte, um jüdische Einwanderer ins Land zu bringen. Generalkonsul Döhle bestand darauf, daß das Hauptproblem für die deutschen Siedler wirtschaftlicher Natur ist. Die deutschen Ausfuhren wurden gewöhnlich bezuschußt, um sie gegenüber den im allgemeinen billigeren Waren der anderen Industrieländer wettbewerbsfähiger zu machen. Da die Haavara-Ausfuhren nach Palästina nicht den vollen Gegnwert in Devisen oder in Rohstoffen einbrachten, gab es für diese Waren keinen Regierungszuschuß. Die über Haavara nach Palästina eingeführten Waren wurden stattdessen von Haavara bezuschußt, um sie gegenüber den Waren aus anderen Ländern wettbewerbsfähig zu machen. Dies bedeutete, daß man für deutsche Waren, die außerhalb des Haavara-Systems gekauft wurden, mehr zu zahlen hatte, da sie von niemanden bezuschußt wurden.

67. PA: Pol.Abt.II- Wirtschaft, Palästina, Handel 11, Nr.1: Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes, zu III 0 392/36, Februar 1936, und Besprechung im AA zwischen Legationssekretär Rahn, Generalkonsul Döhle, Reichsbankrat Utermöhle und Assessor Dt. Wilmanns sowie Feilchenfeld, Moses und Beermann von Haavara, zu III 0 1686/36, 3.Apr. 1936.

68. PA: Pol.Abt.III- Wirtschaft, Palästina, Handel 11, Nr.1: Außenhandelsamt der AO der NSDAP an Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, Buch-Nr.42, 675.Schw./G., 6.Apr. 1936.

69. ISA: 67/1272, Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung an AA/ Berlin, Dev.A4/58430/36, 21.Nov. 1936.

70. Dazu ADAP: D,V,Nr.562.

71. YV: NSDAP/Landesgruppe Palästina, 1934-1939, R 3/1-1: NSDAP/ Landesgruppe Palästina an AO-NSDAP/Berlin, 25.Apr. 1937.

72. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Bericht des Assessors Wilmanns, Pol.VII 483/37 (ohne Datum). Entsprechend eines Schreibens der Abteilung II/112 des Sicherheitsdienstes wurde dieser Bericht am 11. Mai erstellt (dazu BA: R/58: 1239, Aktennotiz betr. Assessor Wilmanns, 11.Mai 1937). Zwei weitere Berichte Wilmanns über seinen Aufenthalt in Palästina kamen im gleichen Monat zu den Akten /dazu BA: R/57-25, Reichsstelle für das Auswanderungswesen, G.Z. B2400. 10.Juni 1937).

73. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung von Pol.VII, zu Pol.VII910, 21.Aug. 1937.

74. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung von Pol.VII (ohne Datum). Das meiste wurde mir bei meinen Unterredungen mit Dr. von Hentig in Seibersbach am 14. September und am 27. November wiederholt. Dazu auch Werner-Otto von Hentig: Mein Leben, eine Dienstreise, S. 399.

Hentigs Haltung wurde durch seine persönliche Abneigung des

nationalsozialistischen Regimes bestimmt. Er wurde von der antisemitischen Philosophie und der antisemtischen Politik abgestoßen. Seine Unterstützung der zionistischen Bemühungen und von Haavara war nicht durch den antisemitischen Wunsch bestimmt, die Juden aus Deutschland loszuwerden; dies war die Grundlage der deutschen Politik nach 1937. Seine Bemühungen waren eher das Ergebnis seiner Sympathie für die Lage des deutschen Judentums und für die zionistischen Bemühungen, die deutschen Juden aus einer mißlichen Lage zu retten. All dies ist durch den verstorbenen Dr. Marcus, einen ehemaliger Funktionär der Zionisten in Deutschland und Freund des verstorbenen von Hentig, bestätigt worden. Auch Dr. Werner Feilchenfeld, der bei Haavara mitarbeitete, bestätigte dies. Siehe dazu Marcus: German Foreign Office, S. 191-192 und S. 204; Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 30-31. Dr Feilchenfeld bestätigte auch in einem Brief vom 17. Aprtil 1974 Hentigs starke Unterstützung von Haavara.

75. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung von Pol.VII über die Besprechung betr. Haavara am 29.Juli 1937, zu WIII SE 7115, 3.Aug. 1937.

76. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Schnellbrief des Auswärtigen Amtes, Nr. WIII SE 7115 (ohne Datum).

77. PA. HaPol Abt., Handakten Clodius- Palästina, Aufzeichnung über die Besprechung am 21.Sep. 1937 betr. Haavara, zu WIII SE 766/37, 25.Sept. 1937.

78. a.a.O.

79. a.a.O.

80. PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung über die Ressortbesprechungen betr. Haavara im AA und RWM am 21. Sept. und 22.Sept. 1937.

81. Waren, zu deren Herstellung große Mengen eingeführter Rohstoffe benötigt wurden, gelangten nur für Devisen in die Ausfuhr. Da die deutschen Haavara-Ausfuhren nach Palästina zum größetn Teil mit den jüdischen Guthaben in Deutschland verrechnet wurden, fielen viele deutsche Waren für den palästinensischen Markt aus (dazu Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 51-52). Wilmanns regte an, daß mehr Waren aus diesem Bereich den deutschen Importeuren in Palästina zugänglich gemacht werden sollten.

82. PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung über die Ressortbesprechungen betr. Haavara im AA und RWM am 21. Sept. und 22.Sept. 1937, 23. Sept. 1937. Döhle und die AO erhielten bei ihrem Feldzug zwecks Änderung des Haavara-Abkommens die Unterstützung Görings in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan. Vertreter seines Amtes waren jedoch bei den Septemberbesprechungen zum Thema Haavara nicht

anwesend. Dazu PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Ministerpräsident Generaloberst Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Gruppe für Außenhandelsgesellschaft/Berlin an das Außenhandelsamt der AO,20.Sept. 1937.

83. Siehe Anhang 7. Der Bericht des Peel-Auschusses hatte eine Begrenzung der jüdischen Einwanderung auf 12.000 Personen im Jahr empfohlen. Der britische Hochkommissar in Palästina begann diese Begrenzung ab August 1937 streng einzuhalten. Für die Zeit vom 1. August 1937 bis zum 31. März 1938 durften monatlioch 1000 Juden auf gesetzlichem Wege in Palästina einreisen (dazu PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.492/38, 5.Juli 1938).

84. BA: R/18-5114, RIM an Stellvertreter d. Führers, AA, RWM und SD, IB 191g/5012d, 7.Okt. 1937.

85. BA: R/18-5514, RIM an RWM, Nr.IB 191IVg/5012d, 14.Okt. 1937.

86. IfZ: F71/4-9(Lösener Handakten), Vermerk über die Besprechung am 18.Okt. 1937, Nr.IB191VI/5012dg, 28.Okt. 1937. In einer Denkschrift vom 13. Juli hatte die Reichsstelle für das Auswanderungswesen schon ihre Besorgnis über den Rückgang der jüdischen Auswanderung nach Palästina zum Ausdruck gebracht. Die Gründe, die für den Rückgang verantwortlich gemacht wurden, waren: die Unruhe der Araber, die zukünftige Unsicherheit über das Schicksal Palästinas und die wachsenden Schwierigkeiten mit dem Haavara-System (dazu PA: Inland II A/B, 83-21a, Bd.1, Aufzeichnung der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, C.Z.A.1002/8.7.37, 13.Juli 1937).

87. IfZ: F71/4-9 (Lösener Handakten), Vermerk über die Besprechung am 18.Okt. 1937, Nr.IB 191 VI/5012dg, 28.Okt. 1937.

88. a.a.O.

89. PA: Büro des Chefs der AO, Judenstaat Palästina, Aufzeichnung der AO, "Förderung der Auswanderung von Juden nach Palästina, Haavara", 27.Okt. 1937.

90. IfZ: F71/4-9 (Lösener Handakten), Schnellbrief, RWM an AA zur Kenntnis an: Stellvertr. d.Führ., Beauftragter für den Vierjahresplan, AO der NSDAP, Reichsbank-Direktorium, und RIM, VI (bev) 769/37, 29.Okt. 1937.

91. ADAP: D,V,Nr. 575 (Anlage).

92. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung von Pol.VII (Hentig), Pol.VII-92 (ohne Datum).

93. Dazu ADAP: D,V, Nr.579 und S. 661, Anmerkung 1 ; PA: Büro des U.St.S, Palästina-Frage: Weizsäcker an Pol.VII, zu 83-24 Ag 13/1, 19.Jan. 1938; PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.3, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Pol. 96/37, 29. Dez. 1939.

94. BA: R/57-25, Aufzeichnung der Reichstelle für das Auswanderungswesen, G.Z. C2120/1.12.37, 14.Dez. 1937.

95. ADAP: D,V,Nr.579.

96. PA:Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung Weizsäckers an das Außenpolitische Amt, Pol.VII-92, Januar 1938.

97. GStA: Rep.335/11/481, NG 3580 (Büro des Obersten Staatsanwaltes für Kriegsverbrechen). Dieses Dokument findet sich auch in PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.1, Außenhandelsamt der AO der NSDAP an den Leiter der AO im Auswärtigen Amt, Ag. 13/1, 1. Febr. 1938.

98. Marcus: German Foreign Office, S. 193.

99. Transcript of the Trial in the Case of the Attorney General of the Government of Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann,in the District Court of Jerusalem. Verfahren Nr. 40/61, Karteikarte Nr. 16, 15. Verhandlungstag, 25.April 1961.

100. Feilchenfeld ua.: Haavara-Transfer, S. 32.

101. LBI/N.Y.: Weltsch Papers, "Vertraulicher Bericht über das Ergebnis der Berliner Besprechungen vom 2. bis 9.Juli 1939", Dr. W.Feilchenfeld/Budapest, 11.Juli 1939.

102. BA: Schumacher-Sammlung 240/II, Geheime Staatspolizei/Staatspolizeistelle Würzburg, B Nr. 1130/38 IIB, 28.Febr. 1938; PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.2, Geheime Staatspolizei an AA/Berlin, Nr. IIB 3-F.455, 29.März 1938.

103. PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.2, ZVfD/Berlin an AA/Berlin, 21.Febr. 1938.

104. PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.1, Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten (Wanderungsamt) in Wien an AA/Berlin, 20.Juli 1938.

105. Dazu PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.2, Geheime Staatspolizei/Berlin an AA/Berlin, II B3-F.455, 29. März 1938.

106. Hildegard von Kotze, Hrsg.: Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943: Aufzeichnungen des Majors Engel, S. 65. Diese Bemerkungen stammen aus der Eintragung in Engels Tagebuch vom 8.Oktober 1939. In seiner Eintragung vom 2. Februar 1941 bezieht sich Engel erneut auf Hitlers angebliches Angebot an England, deutsche Juden als Arbeitskräfte nach Palästina zu schicken.

107. Brief von General Engel vom 18. Mai 1976 an mich.

108. Es war nicht möglich, die Behauptungen Engels zu überprüfen. Ein Beweis für ein solches Angebot an England und eine englische Antwort wurden weder in den Unterlagen des britischen Außenministeriums in London noch in denen des deutschen AA in Bonn gefunden. Es ist möglich, daß ein solches Angebot über eine Parteistelle oder einen Parteifunktionaär, der Hitler nahestand, gemacht wurde. Es scheint indes wahrscheinlich, daß ein unter solchen Umständen gemachtes Angebot in den britischen Unterlagen auftauchen würde. Hitler neigte dazu, sein AA gelegentlich zu umgehen -

so z.B. im Fall des deutsch-englischen Flottenvertrages des Jahres 1935. Indes enthalten weder die Unterlagen der Dienststelle Ribbentrop noch des Außenpolitischen Amtes Rosenbergs irgendeinen Beweis, der die Behauptung Engels bestätigen würde. Auch die Unterlagen von Partei und Regierung, die sich in Koblenz befinden, enthalten keinerlei Hinweis zur Untermauerung der Engelschen Behauptungen. Der verstorbene Dr.von Hentig wie auch Dr.Ernst Woermann, ehemaliger Unterstaatssekretär im AA, unterrichteten mich, daß sie nie Kenntnis von einem solchen Angebot hatten. Sie hätten davon gewußt, wenn ein derartiges Angebot über die offiziellen Kanäle gegangen wäre (Brief von Dr.Werner-Otto von Hentig vom 15.Juni 1975 und von Dr.Ernst Woermann vom 17.März 1976). Weder Schacht noch Henderson erwähnen das Angebot in ihren jeweiligen Erinnerungen.

109. Engels Verläßlichkeit als Quelle ist somit in Frage gestellt. Viele Eintragungen wurden erst nachträglich gemacht. Zudem behauptete er, die ursprünglichen Aufzeichnungen nicht mehr zu besitzen. Dem Institut für Zeitgeschichte, München, zufolge lieferte Engel ein vervollständigtes Manuskript für die Veröffentlichung ab. In seinem Schriftwechsel mit mir gab Engel auch keine Erklärung für seine Quelle an. Nichtsdestoweniger können seine Behauptungen nicht einfach übergangen werden, da sie nicht dem widersprechen, was wir wissen, und auch unsere Kenntnisse auf erklärbare Weise vergrößern. Der verstorbene Dr.Albert Speer unterrichtete mich, daß von einigen Ausnahmen abgesehen sämtliche Tagebucheintragungen genau zu sein scheinen (Brief Dr.Speers vom 24. Februar 1976). Zudem hat Dr.Werner Naumann, ehemaliger Mitarbeiter im Propagandaministerium, die Genauigkeit Engels insgesamt bestätigt (Brief von Dr.Werner Naumann an Richard Schulze-Kossens, Ribbentrops SS-Adjutant; er wurde mir am 4.November 1975 überlassen).

110. Während die Zahl der jüdischen Palästina-Einwanderer aus Deutschland in den Jahren 1938 und 1939 nach dem steilen Rückgang 1937 stark anstieg, ging das mittels Haavara nach Palestina verbrachte jüdische Kapital in diesen beiden Jahren beachtlich zurück (Anhang 7 und 8).

8. Weiterhin für die zionistische Lösung

1. Adam: Judenpolitik, S. 159ff.

2. Dazu Lucy Dawidowicz: The War against the Jews, 1933-1945, S. 88 ff; Genschel: Verdrängung, S. 140-141; Hildebrand: Foreign Policy, S. 75-76; Andreas Hillgruber: Die Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programmes des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), 133-153; Jacobsen: Nationalsozialistische

Außenpolitik, S. 598-619; Gerald Reitlinger: The Final Solution: The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939-1945, S. 8; Thies: Architekt, S. 10 und S. 28-30.

3. ADAP: D,V,Nr.664. Dieses Rundschreiben ging an alle Auslandsvertretungen.

4. Bernhard Lösener: Als Rassenreferent im Reichsministerium des Innern, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9 (1961), 281.

5. Treue: Denkschrift, S. 204-210.

6. ADAP: D,I, Nr.29.

7. Schacht war über Görings zunehmende Macht und zunehmenden Einfluß in wirtschaftlichen Fragen als Folge von dessen Ernennung zum Beauftragten für den Vierjahresplan im Jahre 1936 betrübt. Obwohl Schacht eine der treibenden Kräfte für die deutsche Wiederaufrüstung war, war über die Belastung für die deutsche Wirtschaft beunruhigt. Er befürwortete eine militärische Kräftegleichheit mit den Westmächten, nicht jedoch einen Krieg gegen sie. Hitler wollte weder Göring aus dem Bereich Wirtschaft und Wiederaufrüstung zurückziehen noch das Tempo der Wiederaufrüstung mindern (dazu Adam: Judenpolitik, S. 172; Genschel: Verdrängung, S. 141; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 433-235).

8. Weitere Einzelheiten zur Ausschaltung Blombergs, Fritschs und Neuraths bei Alan Bullock: Hitler: A Study in Tyranny, S. 413ff.; Domarus: Hitler, Bd.1/2, S. 769-770; Peter Hoffmann: Widerstand, Staatsstreich, Attentat: Der Kampf der Opposition gegen Hitler, S. 56-60; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 434.

9. Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 434.

10. Horn: Ein unbekannter Aufsatz, S. 281.

11. Phelps: Parteiredner, Nr. 4, S. 300.

12. Hitler: Secret Book, S. 45-47. Dazu auch Hillgruber: Die Endlösung, S. 135ff.

13. Domarus: Hitler, Bd.1/2, S. 666-667.

14. a.a.O., S. 839.

15. Hitler: Mein Kampf, Kap. 4, 5, 6 und 7.

16. Domarus: Hitler, Bd.1./2, S. 805.

17. Eine vollständige Liste und Beschreibung der gesamten antijüdischen Gesetzgebung, die zwischen 1933 und 1935 in Kraft trat, findet sich in BA: R/18.5515, Übersicht über die Gesetze und Verordnungen, in denen Anforderungen an die Reinheit des Blutes gestellt werden, Nr. IA 2111/5015, 3.Juni 1936. Dazu auch Adam: Judenpolitik, Kap. 1, 2 und 3; Dawidowicz: War, Kap. 3.

18. Dazu Adam: Judenpolitik, S. 172ff; Genschel: Verdrängung, S. 139-142.

19. Werner Rosenstock: Exodus, 1933-1939: A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute,

Bd.1, 1956, S. 373-390. Dazu auch Wischnitzer: Jewish Emigration, S. 23-44; Genschel: Verdrängung, S. 136.

20. Das Schwarze Korps v. 23.Nov. und 24.Nov. 1938.

21. Browning: Final Solution, S. 11-12.

22. Dawidowicz: War, S. 82; Prinz: Role, S. 205ff.

23. Adam: Judenpolitik, S. 166.

24. Domarus: Hitler, Bd.1/2, S. 525.

25. Genschel: Verdrängung, S. 139ff.

26. a.a.O., S. 136-137; Dazu auch Dawidowicz: War, S. 95-96.

27. Genschel: Verdrängung, S. 136; Dawidowicz: War, S. 96.

28. Gottfried Feder: Hitler's Official Program and Its Fundamental Ideas, S. 39.

29. Phelps: Hitlers grundlegende Rede, , S. 415.

30. Adam: Judenpolitik, S. 173-174.

31. Dazu Genschel: Verdrängung, S. 139-140.

32. a.a.O.

33. Treue: Denkschrift, S. 210. Dazu auch Genschel: Verdrängung, S. 141, Anmerkung 5.

34. Die beste und umfassendste Darstellung über die Ausschaltung der Juden in der deutschen Wirtschaft findet sich bei Genschel: Verdrängung, Kap. 8, 9, 10 und 11. Dazu auch Adam: Judenpolitik, Kap. 4 und 5; Dawidowicz: War, S. 95ff.

35. von Kotze, Hrsg.: Heeresadjutant, 13.Aug. 1938, S.31-32.

36. BA: R/58-956, Aufzeichnung des SD (II/112), "Zum Judenproblem", Jan. 1937. Der Bericht trägt keine Unterschrift, aber der wahrscheinliche Verfasser ist Eichmann. Bei seinem Prozeß 1961 in Jerusalem bezog sich Eichmann auf die wachsenden Bemühungen von II/112, die Judenpolitik unter der Leitung der SS zu zentralisieren. Dazu Eichmann-Trial: card 87, Session 75, 20.Juni 1961. Weitere Beweise für die Bemühungen Eichmanns und II/112 die Judenpolitik unter Führung der SS zu zentralisieren, finden sich in NA: T-175/410, 2935004, 2934988-90, und T-175/280, 2774476-77; BA: R/58-1242, Vermerk von II/112-3 (Wisliceny und Hagen) an II/1, betr. Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte, 21.Apr. 1937.

37. In den 30er Jahren förderten die SS-Stellen ununterbrochen die jüdische Auswanderung nach Palästina. Man scheint nicht befürchtet zu haben, daß die jüdische Konzentration in Palästina zwangsläufig zur Gründung eines jüdischen Staates oder einer Machtgrundlage für die sog. jüdische Verschwörung führen würde. Die Dokumente geben keinen Hinweis darauf, ob die nichtvorhandene Befürchtung auf die alte Theorie einer jüdischen Unfähigkeit zur Staatenbildung zurückgeht oder auf die Hindernisse, welche der Verwirklichung

eines unabhängigen Judenstaates entgegenstanden, nämlich der arabische Widerstand und die britische Zurückhaltung.

38. NA:T-175/R588, Aufzeichnung von II/112 (Wisliceny), 000388-90, 7.Apr. 1937.

39. NA: T-175/R588, Richtlinien und Forderungen an die Oberabschnitte, II/112.145/37, 000400-409, 21.Apr. 1937.

40. NA: T-175/410, Tätigkeitsbericht der Abt. II/112 vom 1.1.-30.6.38, GII-112/65-4, 2935014. Weitere Hinweise zur Tätigkeit Eichmanns in Wien bei Adam: Judenpolitik, S. 201ff; Höhne: Orden, S. 310ff; Robert Kempner: Eichmann und Komplizen, S. 41ff; Schleunes: Road to Auschwitz, S. 229ff.

41. BA: R/58-1253, Der Sicherheitsdienst des RFSS und der SD-Führer des SS-Oberabschnittes/Donau (Eichmann), ohne Datum.

42. Dazu Adam: Judenpolitik, S. 2o1.

43. Höhne: Orden, S. 310ff.

44. a.a.O., S.311; siehe auch Genschel: Verdrängung, S. 260.

45. Beim Eichmann-Prozeß 1961 in Jerusalem gab es eine Menge Zeugenaussagen zu Eichmanns Auswanderungspraktiken in Österreich. Eichmann stritt die Verantwortung für die Zentralstelle und ihre Vorgangsweise ab und behauptete, das Ganze habe unter der Kontrolle der Gestapo gestanden (Eichmann Trial: card 94, Session 81, 28.Juni 1961, und card 118, Session 106„ 21.Juli 1961). Die früheren Vertreter des Berliner Palästinaamtes, die Ende 1938 nach Wien geschickt wurden, um Eichmanns Methoden zu beobachten, beschrieben ebenfalls diese Vorgehensweisen (Eichmann Trial: card 17, Session 15, 25.Apr. 1961, und card 19, Session 17, 26.Apr. 1961).

46. NA: T-175/410, Tätigkeitsbericht der Abt.II/112 vom 1.1.-30.6.38, G II-112/65, 2935020-21. Dazu auch BA: R/58:1242, Aufzeichnung des Vertreters II/112 (Dannecker) über eine Besprechung bei Ministerialrat Lösener am 4.April 1938 in Anwesenheit von Vertretern der Orpo und Sipo sowie der Abt. IV und V des Ministeriums, zitiert nach Adam: Judenpolitik, S. 185, Anmerkung 229 und 198; BA: R/58:984, Rücksprache mit Reichsbankrat Wolff, II/112 (Hagen), 25.Mai 1938.

47. Lösener: Rassereferent, S. 228.

48. Weitere Hinweise über den innerparteiischen Wettstreit um die Kontrolle über die Judenpolitik im Jahre 1938 finden sich bei Adam: Judenpolitik, S. 204ff; Dawidowicz: War, S. 100ff; Höhne: Orden, S. 311ff; Schleunes: Road to Auschwitz, S. 234ff.

49. Adam: Judenpolitik, S. 205-207; Dawidowicz: War, S. 100; Höhne: Orden, S. 313; Speer: Third Reich, S. 112.

50. Bis zum November hatte die Wiener Zentralstelle die Auswanderung von etwa 50.000 Juden erzwungen. In etwas über einem halben Jahr hatte das Eichmann-System die Auswanderung von viel mehr

Juden aus Österreich erreicht als im Altreich in einem ganzen Jahr (BA: R/58:1253, Zentralstelle für jüdische Auswanderung/Wien (Eichmann) an das SS-Hauptamt, II/112.G1-Bbr. 952/38, 21.Okt. 1938; dazu auch Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil, S. 72; Genschel: Verdrängung, S. 260, Anmerkung 19 und S. 263, Anmerkung 38; Höhne: Orden, S. 311).

51. Adam: Judenpolitik, S. 270ff.; Dawidowicz: War, S. 110ff. Höhne: Orden, S. 314ff.; Dazu auch Seraphim: Tagebuch Alfred Rosenbergs, S. 65.

52. Carl J. Burckhardt: Meine Danziger Mission 1937-1939, S. 227-230; Höhne: Orden, S. 316-317; J.D.Rosenkranz:"The Kristallnacht in Austria in the Light of the Historical Sources", in Yad Vashem Studies 14 (1964), 41; Walter Schellenberg: Memoiren, hrsg. von Gita Petersen, S. 59.

53. ITM: Testimony of Walter Funk(Zeugenaussage von...), Bd. 13, S. 131, und Testimony of Hermann Göring, Bd. 9, S. 313.

54. Ein Teilbericht der Besprechung findet sich in ITM: Bd. 28, 1816-PS, S. 499-540. Zusätzliche Denkschriften zur Vorgehensweise von zwei Teilnehmern, Bernhard Lösener vom Innenministerium und Ernst Woermann vom Außenministerium, finden sich bei Lösener: Rassereferent, S. 288ff.; ADAP: D,V,Nr.649. Dazu auch Adam: Judenpolitik, S. 209ff.

55. Adam: Judenpolitik, S. 209, Anmerkung 30.

56. PA: Inland II A/B, 83-32 Sdh: Der Beuaftragte für den Vierjahresplan an die Obersten Reichsbehörden, St.M.Bev.8772, 14.Dez. 1938. Die US-Botschaft berichetete im Dezember, es habe innerhalb von Partei und Regierung sich widersprechende Auffassungen zur Judenpolitik gegeben und es gebe sie noch immer. Aber es habe den Anschein, als kontrolliere Göring nun alles (dazu SD-DF: 862.4016/ 2015, Gilbert/Berlin an State Department/Washington, Telegramm 720, 14.Dez. 1938).

57. Inland II A/B, 83-24, Bd.1, Der Chef der Sicherheitspolizei/ Berlin (Heydrich) an AA/Berlin, Schnellbrief S-VI Nr.703/38-151-V.A.W., 83-24B 15/11, 15.Nov. 1938.

58. PA: Dienststelle Ribbentrop, Vertrauliche Berichte 1935-1939, Teil II, Vertraulicher Bericht vom 30.Nov. 1938.

59. NA: T-175/410, Tätigkeitsbericht der Abt. II/112 vom 1.7.-31.12.38, G II/65-4, 2935034, 1.März 1939.

60. PA: Inland II A/B, 83-24, Bd.1, Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, an den Herrn Reichsminister des Innern, 83-24B 11/2, 24.Jan. 1939.

61. BA: Schumacher Collection (-Sammlung), 240/II, Chef der Sicherheitspolizei an RIM, RWM und RFM, S-pp-II, 11.Febr. 1939.

Dazu auch Adam: Judenpolitik, S. 229. Die Reichszentrale sollte von einem Ausschuß geführt werden, und zwar von zwei Vertretern des SD, zwei Vertrauensleuten Görings (Botschafter Eisenlohr und Ministerialdirektor Wohltat), Dr.Schumburg vom Referat-D im AA, Gotthardt vom Wirtschaftsministerium, Dr.Schwandt vom Finanzministerium und Dr. Lösener vom Innenministerium. Generalsekretär war SS-Standartenführer Heinrich Müller.

62. Eichmann Trial: card 104, Session 9o, 10.Juli 1961, und card 88, Session 76, 21.Juni 1961.

63. Adam: Judenpolitik, S. 228-229.

64. Dawidowicz: War, S. 189; Dazu auch Graml: Auswanderung, S 79ff.

65: Dawidowicz: War, S.189-190.

66. Wischnitzer:"Emigration", S. 33ff.; Rosenstock: Exodus, S. 376.

67.BA: R/43-II:1400, AA/Berlin an RIM, RFM, RWM, RMVP, Reichsbankdirektoirum und Gestapo, Nr V 728, 18.Jan. 1936.

68. Entsprechende Unterlagen zur Evian-Konferenz und ihre vergeblichen Versuche, mit Deutschland zu einem Abkommen zu kommen, finden sich in ADAP: D,V,Ka. 10; PA: Inland II/AB, 83-24, 83-24a und HaPol Abt., Handakten Wiehl (ganze Akte); PRO: FO371:21659-C14812; SD-DF:840.48, Refugees (Flüchtlinge), 862.00, 862.4016 und 862.5151. Dazu auch Adam: Judenpolitik, S. 226ff.; Dawidowicz: War, S. 190; Genschel: Verdrängung, S. 261ff.; Levin: Holocaust, S. 76-77; Marcus: German Foreign Office, S. 193ff.

69. Dazu Rosenstock:"Exodus", S. 376. In einer Denkschrift vom 2. November 1938 bezog sich Staatssekretär von Weizäcker auf die fortdauernden Einwanderungsbeschränkungen in anderen Ländern als einem Hindernis für die schnelle Entfernung der Juden aus Deutschland (PA: Inland II A/B, 83-24, Bd.1, Aufzeichnung des St.S von Weiszäcker,e.0 83-24B 2/11, 2.Nov. 1938; Wischnitzer: Emigration, S. 33ff.).

70. PA: Pol.Abt.VII, Politik-2, Palästina, Bd. 1, AA/Berlin an DB/London, 8.Juli 1938.

71. ADAP: D,V,Nr.664. Das Rundschreiben wurde von Emil Schumburg verfaßt; er war im Sommer 1938 der Nachfolger von Bülow-Schwantes als Chef von Referat Deutschland geworden.

72. BA: R/58:982, II/112 (Six) an den SD-Führer des SS-Oberabschnittes Österreich, II/112, Wien, Funkspruch Nr.3352, 21.Juni 1938. Weitere Hinweise auf die Bemühungen der SS, die Auswanderung in andere europäische Länder zu verhindern, finden sich in PA:Pol.IV, Politik 36:Ungarn, RFSS und Chef der Deutschen Polizei an AA/Berlin, S-V7Nr.510/38-509-37, 7.Apr. 1938; BA: R/58:276, Geheimes

Staatspolizeiamt an verschiedene Staatspolizeistellen, IIB4-A220/J, 23.Dez. 1938.

73. ADAP: D,V, Nr.664.

74. BA: R/58:956, Sicherheitsdienst des RFSS: SD-Hauptamt, Aufzeichnung von Herbert Hagen, Judentum (ohne Datum).

75. NA: T-175/411, Die Organisation der Judenheit, ihre Verbindungen und politische Bedeutungen, Aufzeichnung von Herbet Hagen, II/ 112, 23.Sept. 1938.

76. Die widerrechtliche Einwanderung in Palästina aus arabischen Ländern und aus Osteuropa hatte Anfang der 20er Jahre begonnen (dazu Ball-Kaduri: Die illegale Einwanderung der deutschen Juden in Palästina 1939 - 1940, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 4 (1975), 388-189).

77. IMT: Bd. 28, 1816-PS, S. 532.

78. ADAP: D,V,Nr.665. Dazu auch Adam: Judenpolitik, S. 229.

79. Rosenbluth: Go Forth and Serve, S. 271.

80. Eichmann Trial: card 17, Session 15, 21. April 1961.

81.IfZ: Beweisdokumente-Eichmannprozeß, Nr. 742, Gespräch von Hans Friedenthal mit Dr.Kurt Jacob Ball-Kaduri im März 1957.

82. Jon und David Kimche: The Secret Roads: The Illegal Migration of People, 1938-1948, S. 23ff.

83. a.aO., S. 226ff; dazu auch Höhne: Orden, S. 318ff. Der Berliner Hauptagent der Mossad war Pino Ginzburg; in Wien scheint es mehrere Personen gegeben zu haben, die von Zeit zu Zeit aufgetaucht sind, darunter Moshe Auerbach und Ehud Avriel.

84. Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 60-61; Ball-Kaduri: Einwanderung, S. 390ff.; Dawidowicz: War, S. 190.

85. Ehud Avriel: Open the Gates, S. 28.

86. Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 61. Kimche und Kimche: Secret Roads, S. 18-19 und S. 32.

87. Avriel: Gates, S. 42ff.

88. a.a.O., S., 71-72, 89 und 91. Dazu auch Quentin Reynolds: Minister of Death: The Adolf Eichmann Story, S. 84-85.

89. Kimche und Kimche: Secret Roads, S. 38ff. Dazu auch Leni Yahil, Hrsg.: Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939-1940, in Yad Vashem Studies 10 (1974), 241-276.

90. Eichmann Trial: card 2o, Session 19, 27.April 1961; Höhne: Orden, S. 319; Kimche und Kimche: Secret Roads, S. 32. Am 1. März 1939 berichtete die Berliner US-Botschaft, die deutschen Behörden forderten die Auswanderung größerer Mengen von Juden. Die Schätzungen gingen bis zu 100 Personen am Tag. Es wurde berichtet, daß die Juden ohne gültige Einreisepapiere für andere Länder ausgewiesen wurden (dazu SD-DF:840.48 Refugees/1463, Geist/

Berlin an State Department/Washington, Telegramme 146 und 285, 1.März 1939.

91. SD-DF: 840.48 Refugees/489, US-Konsulat/Wien an State Department/Washington, Nr. 296, 21.Juni 1938, und 840.48 Refugees/ 671, US-Konsulat/Wien an State Department/Washington, Nr. 351, 3o.Juli 1938.

92. PRO: FO371/21888-E4405, Britisches Generalkonsulat/Wien an Foreign Office/London, Nr.25, 32.Juli 1938; FO371/21888-E5244, Britische Gesandtschaft/Athen an Lord Halifax/London, Nr.308, 6. Sept. 1938. Dazu auch PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.1, DB/ London an AA/Berlin, A2684, 4.Juli 1939; Bernard Wasserstein: Britain and the Jews of Europe, 1939-1945, S. 26-27.

93. Eichmann Trial: card 5, Session 48, 23.Mai 1961.

94. SD-DF: 840.48 Refugees/717, US-Generalkonsulat/Jerusalem an State Department/Washington, Nr.672, 6.Aug. 1938.

95. Esco Foundation: Palestine, Bd.2, S. 943. Bernard Wasserstein stellt fest, daß von den 27.561 jüdischen Einwanderern des Jahres 1939 in Palästina 11.156 Illegale waren (Wasserstein: Britain, S. 26).

96. PRO: FO371/25238-W7663848, "Jewish Illegal Immigration into Palestine", vom Außen- und Kolinalministerum gemeinsam verfaßte Denkschrift, Dez. 1939-Jan. 1940.

97. Kimche und Kimche: Secret Roads, S. 15.

98. PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.2, Geheime Staatspolizei an das AA/Berlin, Schnellbrief IIB4-F.115j, 12.Apr.1938.

99.Eichmann Trial:card 20, Session 19, 27.Apr. 1961. Deutsche wie österreichische Juden durften ebenfalls Vertreter zur Evian-Konferenz im Juli 1938 schicken. Dazu auch Dawidowicz: War, S. 190.

100. NA: T-175/411, II/1 an II/112, Nachrichten-Übermittlung Nr. 36026, 2935765-67, 31.Mai 1938, und Aufzeichnung von II/112 betr. Auswanderung aus Österreich, 2935776, 20.Juni 1938.

101. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, Aufzeichnung Schumburgs, 12.Okt. 1938; ADAP: D,V,Nr.665, Anmerkung 77.

102. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.3, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, J.Nr.2071/38, 20.Okt. 1938.

103. PA: Pol.Abt.VII, Politik 36- Palästina, Aufzeichnung von Hentigs, Pol.VII 1643, 21.Nov. 1938; Politik 2- Palästina, Bd.1, AA/Berlin an Promi, Pol.VII 1340, 30.Nov. 1938, und Hentig an Herrn St.S und U.St.S, zu Pol.VII 1380, 11.Okt. 1938. Hentig vermittelte im Herbst 1938 auch zwischen der Zionistenvereinigung in Deutschland und Großbritannien. Er leitete einen Aufruf von Dr.Hans Friedenthal von der ZVfD an Malcolm MacDonald im britischen Kolomialministerium weiter. Der Aufruf beschrieb die

sich verschlimmernde Lage der Juden in Deutschland und bat um eine Erleichterung der Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (PA: Pol.Abt.II, Politik 3- England, Bd.2, Brief von Dr. Hans Friedenthal an Mr. Malcom MacDonald in London, 7.Okt. 1938).

104. PA: Inland II A/B, 83-24a, Bd.1, DB/London an AA/Berlin, A.700, 17.Febr, 1939. Dirksens Behauptung war zutreffend. Großbritannien veröffentlichte im Mai 1939 ein Weißbuch über Palästina, wonach die jüdische Einwanderung in den nächsten fünf Jahren auf 75.000 beschränkt werden, das Mandat in zehn Jahren enden und ein Zweinationenstaat mit dauernder arabischer Mehrheit entstehen sollte.

105. PA: Inland II A/B, 83-24, Bd.1, Aufzeichnung des U.St.S Woermann, zu 83-24B 24/6, 1.Juli 1939, und Aufzeichnung des Ref.D (Schumburg), zu 83-24B7/7, 13.Juli 1939.

106. PA: Inland II A/B, 83-21, Bd.8, Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde/Paderborn an AA/Berlin, G.Z.11, 10.Aug. 1939 Ref.D an RIM, 26.Aug. 1939, und Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, S-IV (XI Rz)497/39, 15.Jan. 1940.

107. PA: Inland II A/B, 83-24, Bd.3. Diese Akte enthält die Hinweise auf Schiffe, die mit illegalen Einwanderern an Bord rumänische und bulgarische Häfen mit dem Ziel Palästina verlassen. Und dies mit Kenntnis und offensichtlicher Billigung der deutschen Behörden.

108. Eichmann Trial: card 93, Session 80, 27. Juni 1961.

109. ADAP: D,V,Nr. 664.

110. Domarus: Hitler, Bd. 2/1, S. 1057.

111. Madagaskar als Zielland für die Ansiedlung europäischer Juden wird ausführlich behandelt bei Browning: Final Solution, S. 35ff; Friedman: Madagscar. S. 151-177; Eugene Hevesi: Hitler's Plan for Madagascar, in: Contemporary Jewish Record 4 (1941), 381-395; Leni Yahil: Madagascar: Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1918-1945, Hrsg. Bela Vago und G.L.Mosse, S. 315-334.

112. PRO: FO371/21876-E2570, Ormsby-Gore/Colonial Office(Kolonialministerium) an Halifax/Foreign Office (Außenministerium), 26. Apr. 1938.

113. PRO: FO371/21592-C14652, Aufzeichnung einer Besprechung vom 24.November 1938 in Paris zwischen Chamberlain und Daladier.

114. a.a.O.

115. PA: Pol.Abt.V, Politik 1: Allgemeine auswärtige Politik Polens, Bd.1, Aufzeichnung die Unterredung des Herrn RAM mit dem polnischen Außenminister Beck, Pol.V.234a, 11.Jan. 1938.

116. IMT: Bd.41, Document Streicher 13, S. 556-557, und Document Streicher 14, S. 557-558.

117. Das Schwarze Korps v. 10.Febr. 1938.

118. Kersten: Totenkopf, S. 201. Diese Behauptung wurde nie bewiesen.

119. Eichmann Trial: card 105, Session 91, 11.Juli 1961.

120. BA: R/58: 979, G II-113/47, Hagen an II/112-3, 5.März 1938.

121. PA: Parteidienststellen/Außenpolitisches Amt, Rosenberg 2: Korrespondenz, Glückwünsche, Masuskripte für Reden 1936-1944, Vortrag von Reichsleiter Rosenberg auf dem Empfang am 7.Febr. 1939 für die Diplomaten und ausländische Presse. Weitere Hinweise für die Rosenbergsche Unterstützung des Madagaskar-Planes in Völkischer Beobachter v. 16.Jan. und 23.März 1939; CDJD: CXLIII-326, Völkischer Beobachter (Seibert) an APA (Rosenberg), Außenpolitik Dr.S./P., 14.Febr. 1939. 122. IMT: Bd. 28, 1816-PS, S. 538-539; PA: Büro des U.St.S, Judenfrage, Woermann an Ribbentrop, 23.Nov. 1938.

123. Jedrzejewicz: Diplomat, Doc.Dok. 99, S. 411. Dazu auch Friedman: Madagascar, S. 168-169.

124. Siehe Browning: Final Solution, S. 35ff.; Friedman: Madagascar, S. 171ff.

125. Dazu PA: Inland II A/B, 83-24, Bd.2, Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, S-IV (IIRz.)538/39, 14.Okt. 1939; Inland II A/B, 83-24c: Judenreservat in Polen, Aufzeichnung des Ref.D vom 17.Okt. 1939; Inland II A/B, 83-24SdhIV: Auswanderung jüdischer Hochschullehrer usw., Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD an AA/Berlin, S-IV (IIRz.) 583/39, 14.Nov. 1939.

9. Deutschland, Palästina und der Nahe Osten

1. Es gab jedoch in der britischen Presse von Churchill und den Rechten sowie von Teilen der Labour Party auf der Linken Widerstand gegen den Anschluß (dazu Aigner: Das Ringen, S. 322ff.).

2. Ulrich Eichstädt: Von Dollfuß zu Hitler: Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933 - 1938, S. 383ff. Dazu auch Henke: England, S. 137-138; Hildebrand: Weltreich, S. 556ff.

3. ADAP: D,I,Nr.145, 146, 147 und 149.

4. a.a.O,Nr. 19.

5. Henke: England, S. 143ff.; Hildebrand: Weltreich, S.572ff., Kuhn: Außenpolitisches Programm, S. 272ff.

6. ADAP: D,II,Nr.221 (Anlage). Dazu auch Henke: England, S.153-154; Kordt: Wilhemstraße, S. 460. "Fall Grün" und die Zerschlagung der Tschechoslowakei waren Gesprächsthemen der Besprechung zwischen Hitler und Keitel am 21. April 1938 (dazu ADAP: D,II,Nr. 133).

7. a.a.O.,Nr.154 (Anlage); Henke: England, S. 147-149; Hildebrand: Foreign Policy, S. 67-68, und Weltreich, S. 567.

8. ADAP: D,II,Nr.154 (Anlage).

9. Dazu a.a.O.,Nr.185. Die Mai-Krise von 1938 war das Ergebnis einer Entscheidung der tschechischen Regierung vom 20. Mai, die Mobilmachung der tschechischen Armee auf Grund von Gerüchten über deutsche Truppenkonzentraionen an der deutsch-tschechischen Grenze anzuordnen. Es besteht noch viel Ungewißheit hinsichtlich der Ursprünge der Krise (dazu Henke: England, S. 150, Anm. 87; Gerhard Weinberg: The May Crisis of 1938, in: Journal of Modern History 29 (1957), 213-225).

1o. Henke: England, S. 158ff.

11. ADAP: D,II,Nr.132.

12. Aigner: Das Ringen, S. 321; Henke: England, S. 161; Theo Sommer: Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935 - 194o: Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt, S. 116ff.

13. ADAP: D,II,Nr.282.

14. a.a.O,Nr.264, und D,VII, Anhang III/H-I,II,III,IV und V, S. 583ff.; Wiedemann: Mann, S. 160; DBFP:3,I,Nr.510, und 3,VII, Anhang IV,Nr.IV.

15. Im Juli wurde eine britische Abordnung unter Führung von Lord Runciman auf Bitten der tschechischen Regierung nach Prag geschickt, um bei den Verhandlungen zwischen der tschechischen Regierung und der Sudetendeutschen Partei zu vermitteln. Die deutsche Regierung weigerte sich, die Runciman-Mission anzuerkennen; sie behandelte sie als eine rein britische Angelegenheit (dazu ADAP: D,II,Nr.323,325 und 379; Weizsäcker: Memoirs, S. 145).

16. ADAP: D,II,Nr.573. Dazu auch Leonidas Hill, Hrsg.: Die Weizäcker-Papiere 1933 - 1950, S. 145.

17. ADAP: D,II,Nr.572, 574, 583 und 619.

18. a.a.O.,Nr.634. Dr.Paul-Otto Schmidt behauptete, daß Hitler nach dem Zusammentreffen mit Wilson verunsichert gewesen sei und einem Kurs des Zusammenstoßes mit Großbritannien wegen der Tschechoslowakei aus dem Weg zu gehen begann (Schmidt: Statist, S.409-410). Horace Wilson, der im Grunde genommen Hauptberater in Fragen der Industrie war, wurde im Jahre 1938 Chamberlains engster Berater, vor allem in Fragen der Außenpolitik.

19. ADAP: D,II,Nr.657. Am 28. September warnte Finanzminister Schwerin von Krosigk zusammen mit Göring und Neurath Hitler, daß Deutschlands finanzielle Lage kritisch und das Land nicht in der Lage sei, Krieg zu führen (dazu Ulrich von Hassel: Vom anderen Deutschland: Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, S. 24).

20. Henke: England, S. 182.

21. Hill: Weizsäcker Papiere, S. 145; Schmidt: Statist, S. 412.

22. Weizsäcker Memoirs, S. 187.

23. Schmidt: Statist, S. 410. Schmidt beschrieb die Auswirkungen den Vorfalls auf Hitler wie folgt:"Die völlig gleichgültige und gedrückte Reaktion der Berliner Bevölkerung, die Hitler von einem Fenster aus beobachtete, beeindruckte ihn zutiefst." Dazu ähnlich Hill: Weizsäcker Papiere, S. 145.; William Shirer: Berlin Diary, S. 142-143.

24. Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, S. 390; Hassel: Deutschland, S. 27; Henke: England, S. 187ff; Hildebrand: Foreign Policy, S. 73-74; Schmidt: Statist, S. 419 ff.

25. Henke: England, S. 191, Anm. 25 und 26.

26. Domarus: Hitler, Bd.1/2, S.956, 964 und 968.

27. Wilhelm Treue: Rede Hitlers vor der deutschen Presse (1o.November 1938), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), 175-191. Dazu auch PA: Dienststelle Ribbentrop, Vertrauliche Berichte, Teil II, Niederschrift zur Rede des Führers am 10.Nov. 1938 vor der deutschen Presse im Führerbau zu München.

28. Am 16. Dezember 1938 erzählte Weizsäcker dem deutschen Botschafter in Rom, Hassel, Hitler und Ribbentrop hätten wegen der Ziele in Europa von einem Krieg mit Großbritannien Abstand genommen (dazu Hassel: Deutschland, S. 37). Im Oktober des gleichen Jahres unterrichtete Hitler Admiral Raeder, daß die deutsche Marine mit einem massiven Aufbauprogramm beginnen müsse (siehe Raeder: Mein Leben, Bd.2, S. 154).

29. Henke: England, S. 205.

30. Henke: England, S. 2o4ff.; Hillgruber: Hitler's Plans, S. 15.

31. ADAP: D,IV,Nr.411.

32. a.a.O.,Nr.433.

33. Dazu Hill: Weizäcker Papiere, S. 154.

34. Burckhardt: Mission, S. 348.

35. ADAP: D,VII, S. 200.

36. a.a.O., S. 265.

37. Dazu Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab), Bd.1, 1.Aug. 1939-31.Dez. 1941, S. 50E.

38. Hillgruber: Strategie, S. 145 und 151.

39. PRO: FO371/22988-C551618, Report of the Press Attache' of the British Embassy in Berlin, 28. Dezember 1938. Dazu auch Aigner: Das Ringen, S. 334; Henke: England: 201ff.; Jacobsen: Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 402-404.

40. Dazu "Völkischer Beobachter" v. 8.-13.und 26.Juli 1938, v. 2., 9. und 21. Aug. 1938, v. 15.Sept. 1938, v. 12., 19. und 23.Okt. 1938 und v. 15.-23. und 15.Nov. 1938.

41. Arsenian: Wartime Propaganda, S. 419-421. Dazu auch Robert Baker: Oil, Blood and Sand, S. 102-107.
42. PRO: FO371/21665-C14758, FO Memorandum v. 22.Nov. 1938 und FO371/23232-E2274, War Office memoranda v. 2.März und 7.Mai 1939.
43. Domarus: Hitler, Bd.1/2, S. 800.
44. a.a.O., S. 904-905.
45. a.a.O., S. 956.
46. a.a.O., S. 969.
47. a.a.O., Bd. 1/2, S. 1121-1122.
48. Hentig: Mein Leben, S. 335.
49. Muggeridge: Ciano's Diplomatic Papers, S. 44.
50. PA: Pol.Abt.IV, Politik 2-3, Italien: AA/Berlin an alle Botschaften und euopäischen diplomatischen Missionen sowie Konsulat Genf, Pol.IV-4396, 3o.Sept. 1937.
51. Muggeridge: Ciano's Diplomatic Papers, S. 278.
52. BA: R/43-II:1450, AA/Berlin an sämtliche Reichsministerien, Stellvertreter des Führers und Chef der Reichskanzlei, Rk.8447b, 25.März 1939. Die Frage der Zuständigkeit für die deutsche Nahostpolitik führte 1938 und 1939 zu Reibereien zwischen dem AA und dem APA Rosenbergs. Dies wird weiter unten abgehandelt werden.
53. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, J.Nr.2289, 2.Nov. 1938.
54. Schröder: Die Beziehungen, S. 81; Ferdinand Siebert: Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg, S. 18-19.
55. PA: Botschaft Ankara, Politik 3: Palästina, 1924-1938; DGK/ Jeruslem an AA/Berlin, J.N.2735/27, 31.Dez. 1927; Pol.Abt.III, Politik 5- Palästina, Bd.2, DB/Rom an AA/Berlin, 13171, III 04682, 5.Sept. 1929. Dazu auch Gaetano Salvemeni: Mussolini Diplomatico, 1922-1932, S. 120; Siebert: Italiens Weg, S. 23-24.
56. Schröder: Deutschland und der Mittlere Osten, S. 28.
57. PA: Pol.Abt.III, Politik 2a- Palästina, Bd1, Aufzeichnung Sobernheims, III 0 2784, 9.Juni 1927; Jüdische Rundschau v. 16. Juni 1933; PRO: FO371/17876-E1279, Britische Botschaft/Rom an Foreign Office/London, 19.Febr. 1934; Chaim Weizmann: Trial and Error: The Autobiography of Chaim Weizmann, S. 370; Im Juni 1935 berichtete Generalkonsul Wolff aus Jerusalem, Italien habe seiner Meinung nach keine Ziele in Palästina und unterstütze besonders die revisionistischen Zionisten Jabotinskys (dazu PA: Pol.Abt. III, Politik 3- Palästina, Bd.1, DGK/Jerusalem an AA/Berlin, Nr.Polit. 29/35, 7.Juni 1935).
58. Siebert: Italiens Weg, S. 29-31.
59. PRO: FO371/20820-E6816, Henderson/Berlin an FO/London, 17. Nov. 1937.

60. Kuhn: Programm, S. 201.

61. Die neue Chamberlain-Regierung in Großbritannien war darauf bedacht, trotz der fortwährenden anti-britsichen Propaganda von Radio Bari und der italienische Presse und trotz der italienischen Ränkespiele im Nahen Osten zu einem Einvernehmen mit Italien zu kommen. Dazu Avon: Eden Memories, S. 486 und 662; Keith Feiling: The Life of Neville Chamberlain, S. 335. Dazu auch PA: Inland II A/B 83-21a, Bd.1a, Aufzeichnung von Pol.IV, zu 83-21a 5/8, 18.Aug. 1937.

62. PA Inland II A/B, 83-21a, Bd.1a, Telegramm Nr.269, AA/ Berlin an DB/Rom, 23.Aug. 1937.

63. Dazu ADAP: D,IV, Nr.409; Neville Chamberlain: In Search of Peace, S. 105ff; Muggeridge: Ciano's Diplomatic Papers, S. 190-191 und 220; Siebert: Italiens Weg, S. 68ff.; SD-DF:867N.01/ 1057, Philipps/Rom an State Dept./Washington, Telegramm Nr.93, 23.Apr. 1938.

64. ADAP: D,I,Nr.742.

65. a.a.O.,Nr.755.

66.Henke: England, S. 249.

67. Hill: Weizsäcker Papiere, S. 154.

68. ADAP: D,VI,Nr. 52.

69. Schmidt: Statist, S. 434. Italien hatte nicht die Absicht, 1939 mit Großbritannien und Frankreich eine Auseinandersetzung zu beginnen. Bei mehreren Gelegenheiten unterrichtete die italienische Regierung Berlin von ihrer Politik der Kriegsvermeidung mit dem Westen für die nächsten drei Jahre (dazu ADAP: D,VI,Nr.52, 205, 211, 341 und 459 (Anhang); Hassel: Deutschland, S. 56-57; Hill: Weizäcker Papiere, S. 157-158; Schmidt: Statist, S. 438ff.)

70. ADAP: D,VI,Nr.205, 211 und 341.

71. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.2, DGK/Beirut an AA/Berlin, 22.Sept. 1937, und AA/Berlin (Hentig) an DGK/Beirut, 8.Okt. 1937.

72. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, DG/Bagdad an Gobba AA/Berlin, Nr.2633, 9.Nov. 1937.

73. Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.27, 7.Jan. 1938.

74. PRO: FO371/21998-E1355, Britische Botschaft/Rom an FO/ London, Nr.330, 31.März 1938.

75. Diese Gruppe umnfaßte Firmen wie Elektroacustic, Krupp, Siemens, C.G.Haenel, Mauser-Werke A.G., Rheinmetall-Borsig, Deutsche Waffen- u. Munition, Carl Zeiss, Polte, Lignose Sprengstoffe A.G., Stoltzenberg, Ernst Leitz, Zeiss-Jena, Hensoldt u. Söhne ua.

76. Dem Jahresbericht der Reichsgruppe Industrie zufolge war ihre Aufgabe wie folgt:"In Übereinstimmung mit dem Beauftragten

für den Vierjahresplan bemüht sich die AGK nach Kräften, die Ausfuhr von Waffen im Rahmen der politischen Gegebenheiten zu fördern und den bestmöglichen wirtschaftlichen Nutzen, d.h. harte Devisen, zu erzielen" (dazu PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Handel mit Kriegsgerät- Allgemeines, Bd.3, Reichsgruppe Industrie: Ausfuhrgemeinschaft für Kriegsgerät, Jahresbericht für 1937, Nr.B-4; PA: Pol.Abt.I- Völkerbund, Abrüst.: Waffenhandel und Waffenherstellung, Aufzeichnung von VLR von Kamphoevener, e.o., Pol.I(2347g, 10.Mai 1937).

77. PA.HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Handel mit Kriegsgerät Allgemeines, Bd.3, Bericht der Handelspolitischen Abteilung vom 25.Jan. 1938, und Göring an das AA, RWM und Reichsgruppe Industrie, 775g, 5.Apr. 1938.

78: PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Handel mit Kriegsgerät Allgemeines, Bd.3, Statistik über K.G.-Ausfuhr im Jahre 1937.

79. PA: HaPol Abt.- Handakten Wiehl, Afghanistan, Bd.1, Aktenvermerk des Ministerialdirektors Ritter im AA, D549000, 16.Okt. 1936.

80. Rosenbergs APA begann nach 1937 dem Nahen und Mittleren Osten beachtliche Aufmerksamkeit zu schenken. Es begünstigte eine aktive und angriffslustige Politik und konzentrierte sich auf jene Länder, die das größte Maß an Unabhängigkeit von Großbritannien genossen, nämlich Afghanistan, Iran und Saudi-Arabien. Diese Politik endete in Fehden mit den verantwortlichen Stellen im Außenministerium, besonders mit der Abt.Pol.VII (Hentig); Pol.VII war mehr darauf bedacht, die deutsche Anwesenheit nicht zu deutlich zu machen, und trug dem britischen Machtfaktor im Nahen und Mittleren Osten größere Rechnung (dazu ITM: Bd.25,007-PS; Grobba: Männer, S. 188; Hentig: Mein Leben, S. 319; PA: Partei Dienststellen/ Außenpolitisches Amt, Allgemein: Afghanistan, Zielsetzung des APA der NSDAP, 18.Dez. 1939).

81. PA: Partei Dienstellen/Außenpolitisches Amt, Politische Berichte: Afghanistan, Amt für Vorderasien, Aktennotiz betr. Afghanistan, 13.Juni 1939.

82. Grobba: Männer, S. 188; NA: T-120/747, Entwicklung in Afghanistan seit 1918, 352660-676, 1.Dez. 1939; PA: Partei Dienststellen/ Außenpolitisches Amt, Allgemein: Zielsetzung des APA der NSDAP, 18.Dez. 1939, und fortschreitende Zusammenarbeit mit der jetzigen afghanischen Regierung (Anlage, o.D.); PA: Pol.Abt.VII, Politik 2-Iran, Bd.1, DG/Teheran an AA/Berlin, Nr.A.28(I.A.2), 22.Jan. 1938.

83. Majid Khadduri: Independent Iraq, 1932-1958: A Study in Iraqui Politics, S. 310-312.

84. a.a.O., S. 69ff.

85. a.a.O., S. 172ff. Dazu auch Grobba: Männer, S. 157-158.

86. Grobba: Männer, S. 158.

87. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Telegramm Nr.6, 8.März 1937.

88. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, Friedrich Krupp A.G. an AA/Berlin, Nr. 32532/Pba/Va, 8.März 1937, und DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.679, 20.März 1937.

89. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, Reichskriegsministerium an AA/Berlin, Pol.I1973, 3.Apr. 1937.

90. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, RWM an AA/Berlin, II301/37g, 29.Mai 1937, und Aufzeichnung zur Randnotiz auf dem Bericht des deutschen Gesandten in Bagdad vom 24.Juli 1937, Nr.823, von L.S. von der Damerau-Dambrowski, 29.Juli 1937.

91. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Telgramm Nr.26, 12.Mai 1937.

92. PA: Büro des Chefs der AO, Irak, 1937-1941, Bd.92, DG/ Bagdad an Chef der AO im AA, EWB/RO, 19.Juni 1937.

93. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.2, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1717, 15.Juli 1937, und DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1823, 24.Juli 1937.

94. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.2, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.2921, 12.Dez. 1937. Siehe auch Anhang 13.

95. PRO: FO371/20911-J4567, War Office memorandum (Denkschrift des Kriegsministeriums) v. Oktober 1937.

96. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Allgemeines, Bd.3, "Kriegslieferungsverträge"(Geheim) e.0 W746g, 10.Aug. 1938. Dazu auch Anhang 13. Diesem Dokument zufolge billigte die britsiche Regierung das Geschäft vom September 1938.

97. Diese Nachricht erhielt Ian Colvin von General Walther von Brauchitsch. Colvin war britischer Journalist, der in den 30er Jahren viel Zeit in Deutschland verbrachte und zu bedeutenden Persönlichkeiten in NS-Deutschland Beziehungen hatte. Colvin schreibt, das Zusammentreffen habe "um" den 14.Juli herum stattgefunden (dazu Ian Colvin: Vansittart in Office: A Historical Survey of the Origins of the Second World War Based on the Papers of Sir Robert Vansittart, S. 220). H.Fitzgerald Harley, Brite und Mitglied der Union britischer Faschisten, ging im Oktober 1937 nach Deutschland und blieb dort bis Mitte Juli 1938. Harley berichtete der britischen

Botschaft in Paris, er habe die Aufzeichnung der Juli-Besprechung im Büro von Dr.Karl Schmidt (Gestapo) gesehen. Bei dieser Besprechung sei beschlossen worden, die Araber mit Geld zu versorgen, um Umtriebe gegen die Juden in Palästina hervorzurufen (dazu PRO: FO371/21782-C7624, Britische Botschaft/Paris an FO/London, 22.Juli 1938).

98. Ein gewisses Interesse, die arabischen Unruhen in Syrien zu unterstützen, um Frankreich von Europa abzulenken, wurde von II/112 im SD zum Ausdruck gebracht. Nachdem der Bericht von Franz Reichert, dem DNB-Vertreter in Jerusalem, einging, daß neue Unruhen gegen die französische Herrschaft in Syrien erwartet werden. regte Herbert Hagen von II/112 an, die deutsche Propaganda unter den Arabern Syriens zu verstärken. Es gibt jedoch keinen Beweis, daß Hagens Anregung zu irgendeiner Form politischer Tätigkeit der Deutschen in Syrien führte (dazu NA: T-175/R588, Aufzeichnung Hagens, G-II/112-18/1, 000629, 3.Mai 1938).

99. Helmuth Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940, S. 106.

100. Karl-Heinz Abshagen: Canaris, übersetzt von Alan Houghton Broderick, S. 208; Oscar Reile: Geheime Ostfront: Die deutsche Abwehr im Osten 1921-1945, S. 174.

101. IfZ: Nürnberg-Dokument PS-792, zitiert nach Melka: Axis, S. 53.

102. Gespräch mit Fritz Grobba am 30.Juni 1973 in Bad Godesberg. Diese Aussagen entstammen einigen Papieren, die mich Dr. Grobba einsehen ließ. Auf Grund seines fortgeschrittenen Alters und seiner nachlassenden Gesundheit war es schwierig, diese Fragen mit ihm zu erörtern. Es war mir nicht möglich, das genaue Datum des Zusammentreffens von Dr.Grobba mit Musa el Alami in Damaskus festzustellen. Ich konnte auch nicht die genaue deutsche Geldquelle herausbekommen. Die Begegnung fand möglicherweise Ende 1938 oder in den ersten Monaten des Jahres 1939 statt. Es wird vermutet, daß die Abwehr die Quelle für 800 Pfund ist. Erst gegen Juli 1939 wurde die britische Regierung wegen der Tätigkeiten Grobbas im Nahen Osten mißtrauisch (dazu PRO: FO371/23191-E5128-E5101, Colonial office memorandum/Denkschrift des Kolonialministeriums (Baxter) v. 14. Juli 1939, und Schreiben des britischen Außenministeriums an die britische Botschaft in Bagdad, 18.Juli 1939).

103. ADAP: D,V,Nr.590. Die saudische Regierung hatte schon 1937 Interesse am Kauf deutscher Waffen für die arabische Sache in Palästina gezeigt. Dazu PA: HaPol Abt- Kriegsgerät(Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bd.1, DG/Kairo an AA/ Berlin, zu Pol.I1068g, 5.Febr. 1937. Einem Schreiben des verstorbenen Dr. Grobba zufolge stand Ibn-Saud 1938 und 1939 mit dem Mufti

in Verbindung. Er sprach sich für Saudi-Arabien als Ausgangspunkt für das Schmuggeln von Waffen für die Palästina-Araber aus (Grobba: Männber, S. 112). Daß Großbritannien über die Absichten Ibn-Saud im Bilde war, zeigt sich in PRO:371/21878-E4188, Foreign Office Denkschrift des Juli 1938; SD-DF: 867N.01/1485 (CF), US-Botschaft/London an State Dept./Washington, Telgramm Nr.368, 20.März 1939. Nichtsdestoweniger hat es den Anschein, daß Ibn-Saud nicht gewillt war, wegen Palästina die Sache mit den Briten auf die Spitze zu treiben. Er hoffte auf ein Einvernehmen mit London, wobei er daran dachte, Emir Abdullah von Transjordanien durch einen seiner Söhne zu ersetzen (dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 2-Saudisch-Arabien, Bd.1, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.1687, 4.Juli 1937).

104. ADAP: D,VI,Nr.313. Hentig erwähnte ebenfalls kurz die unglückliche Verwendung von Fuad Hamza, um der arabischen Bewegung in Palästina Geld und Waffen zu liefern (dazu ADAP: D,VI,Nr.422).

105. PRO: FO371/21877-E3137, Bericht des Hochkommissars für Palästina, Mai 1938; FO371/21887-E4838, Denkschrift des Foreign Office vom 12. August 1938; FO371/21872-E7560, Denkschrift des Foreign Office vom 14.Dezember 1938; FO371/21871-E7394, Denkschrift des Foreign Office vom Dezember 1938.

106. SD-DF: 867N.01, Denkschrift von Paul Allen, Hauptabteilung für Nahostfragen /Chief Division of Near Eastern Affairs) im Department of State/Washington, 21. Okt. 1938.

107. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Palästina, Bd.1, DNB-Bericht Br. 303, Blatt 12, Jerusalem, 3.Nov. 1938.

108. Grobba: Männer, S. 105.

109. PA: Pol.Abt.VII, Politik 5a- Palästina, Bd.3, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.2765, 21.Nov. 1937.

110. PA: Parteidienststellen/Außenpolitisches Amt: Politische Berichte: Saudisch-Arabien, Aktennotiz (Harder) betr. Besprechungen mit al-Hud, 17.März 1938.

111. PA: Polk.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Aufzeichnung des APA, Pol.VII 1061, 31. Juli 1938. Weitere Hinweise zur APA-Politik gegenüber Saudi-Arabien bei Seraphim: Tagebuch Alfred Rosenbergs, Anhang 14, S. 191-193.

112. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Hentig an U.St.S Woermann, zu Pol.VII1263, 6.Sept. 1938.

113. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Hentig an Maletke (APA), ohne Datum, und Woermann an Hentig, zu Pol.VII 1263, 26.Sept. 1938.

114. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch Arabien, Bd.1, DG/Djidda an AA/Berlin, Nr.Dj9, 27.Jan. 1939; PA: Partei Dienststellen/Außenpolitischen Amt: Allgemein: Vertrauliche Aufzeichnungen betr.

England, Berichte und Notizen bezüg. Italien 1933-1942, Amt für Außenhandel, 13.Febr. 1939,vgl. Original.

115. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, DG/ Bagdad an AA/Berlin, Nr.Dj44, 18.Febr. 1939.

116. PA: Büro des Reichsaußenministers- Irak, Aufzeichnung von Hentig, 24.Febr. 1939.

117. ADAP: D,V,Nr.590.

118. PA: Parteidienststellen/Außenpolitisches Amt: Politische Berichte: Saudisch-Arabien, Aktennotiz des Amtes für Vorderasien, 12.Juni 1939.

119. ADAP: D,VI,Nr.313. Woermann machte folgende Randbemerkung auf dieses Dokument:"Ich habe mich durch diesen Brief überzeugen lassen."

120. a.a.O, Nr.422. Ribbentrop machte eine Randbemerkung; er stimmte Hentigs Argumenten zu. Hentig unterbreitete seine neue Haltung in einer weiteren Denkschrift an Ribbentrop am 9.Juni (dazu PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Hentig an RAM, Pol.VII949, 9.Juni 1939).

121. Hentig bezog sich auf die Verhandlungen zwischen England, Frankreich und der Türkei, die am 23.Juni 1939 mit der Unterzeichnung eines gegenseitigen Beistandspaktes zwischen den drei Ländern endeten (dazu Sachar: Europe, S. 55).

122. Marlowe: Pilate, S. 154ff.

123. ADAP: D, VI, Nr.498.

124. a.a.O., Nr.541.

125. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Aufzeichnung von Hentig , Pol.VII1059, 20.Juni 1939. Dazu auch Grobba: Männer, S. 109-110.

126. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, Aufzeichnung von Hentig, Pol.VII1163, 4.Juli 1939, Pol.VII1155, 4.Juli1939, und Woermann an al-Hud, 1186, 12.Juli 1939.

127. PA: HaPol Abt.- Kriegsgerät (Geheim), Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Allgemeines, Bd.4, OKW an AA/Berlin, Nr.6147/ 39g, 22.Juli 1939.

128. Anhang 13.

129. Grobba: Männer, S.317-318.

130. NA: MS/P-207, German Exploitation of the Arab Nationalist Movement in World War II, von General der Flieger a.D. Hellmuth Felmy und General der Artillerie a.D. Walter Warlimont, US-Armee Europa, Forschungsabteilung des Außenministeriums, ohne Datum.

131. Im April 1939 waren sich Göring und Mussolini einig, daß die Achsenmächte den Briten im Nahen Osten Schwierigkeiten

machen könnten, es aber unmöglich sei, die britische Stellung ernsthaft zu bedrohen (dazu ADAP: D,VI, Nr.211).

132. a.a.O.,Nr.541.

133. ADAP: D,V,Nr.577.

134. PA: Generalkonsulat Beirut, Paket 63: Palästina und Transjordanien, Bd.2, DG/Bagdad an AA/Berlin, Nr.2950, 16.Nov. 1938.

135. PA: Inland II A/B, 83-26: Polen, Aufzeichnung von Hentig, Pol.VII1041, 19.Juni 1939, und Referat-D(Hinrichs) an Gestapo (Lischka) zu 83-26 19/6, 10.Juli 1939.

136. PA: Pol.Abt.VII, Politik 2- Saudisch-Arabien, Bd.1, DG/ Bagdad an AA/Berlin, Nr.796, 7.März 1939.

Literaturhinweise

Primärquellen- unveröffentlicht

Archivmaterial

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes/Bonn

1. Büro des Reichsaußenministers:
   Polen, Bd.1 (1.36-12.38).
   Irak (5.38-5.43).
   Palästina (3.37-2.41)
2. Büro des Staatssekretärs:
   X: Kolonialfragen (Mandatsgebiete), Bd.1 (4.24-2.30).
   Irak, Bd.1, (8.39-5.41).
3. Büro des Unterstaatssekretärs:
   Palästina-Frage(6.37-4.38).
   Judenfrage (7.38-9.42)
4. Politische Abteilung III:
   England. Politik 3 Länder Politische Beziehungen zwischen England und Palästina; Bde. 1,2 (12.20-12.31).
   Palästina. Politik 1: Die geopolitischen Verhältnisse im allgemeinen, Bd.1 (11.20-8.22)
   Palästina. Politik 2: Politische Beziehungen Palästinas zu Deutschland, Bde. 1,2 (9.20-5.36).
   Palästina. Politik 2a: Pro-Palästina Komitee, Bde.1,2 (10.26-6.32).
   Palästina. Politik 3: Politische Beziehungen zwischen fremden Staaten, Bd.1, (11.22-9.30).
   Palästina. Politik 4: Pan-Arab.Bund:Panarabischer Bund, Bd.1, (10.20-8.35).
   Palästina. Politik 5: Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Palästina, Bde.1,2,3,5 (4.20-4.36)
   Palästina. Politik 6: Nationalitätenfrage, Fremdvölker, Bd.1, (1.21 7-32).
   Palästina. Politik 10: Deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen, Bde.1,2 (5.21-4.34).
   Palästina. Politik 11:,Nr.3: Personalien, Staatsmänner in Palästina, Bd.1 (8.25-2.31).
   Palästina. Politik 12: Pressewesen, Bd.1 (11.27-3.36).
   Palästina. Politik 16: Religions- und Kirchenwesen, Bd.1 (1.21-8.35).
   Palästina. Politik 17: Unterrichtswesen, Bd.1 (9.23-9.31).
   Palästina. Politik 26: Politische und kulturelle Propaganda, Bd.1 (2.26-8.35).

Palästina. Rechtswesen 19,Nr.1: Beschlagnahme deutsch.Eigentums in Palästina, Bd.1 (11.20-2.36).
Palästina Innere Verwaltung 14: Heimschaffung, Übernahme (Palästina), Bd.1 (4.20--5.35).
Syrien. Politik 2: Politische Beziehungen Syriens zu Deutschland, Bd.1 (11.20-1.36).
Akten aus dem Nachlaß Prof.Sobernheims. Jüd. Angelegenheiten: Prof. Sobernheim III Verschiedenes, Bd.1 (1919-1932).
Akten aus dem Nachlaß Prof.Sobernheims. Jüd.Angelegenheiten: Deutsches Komitee Pro-Palästina, Bd.1 (1926-1928).
Jüdische Angelegenheiten. Jüd.Pol.1: Allgemeines, Bde.6 und 13 (1.25-5.36).

5. Politische Abteilung III- Wirtschaft:

Palästina. Allgemeines 3: Allgemeines, Bd.1 (1.29-2.35).
Palästina. Finanzwesen 3: Finanzielle Beziehungen Palästinas zu Deutschland, Bd.1 (7.34-11.34).
Palästina. Handel 11: Handelsbeziehungen zu Deutschland, Bd.1, (4.22-4.35).
Palästina. Handel 11,Nr.1: Ein-, Aus- und Durchfuhr. Allgemeines und Grundsätzliches (anti-Dumping),Bd.1 (3.21-5.36).
Palästina. Wirtschaft 7: Wirtschaftliche Beziehungen zu fremden Staaten, Bd.1 (11.27-4.31).
Palästina. Wirtschaft 21: Weltwirtschaftskonferenz, Bd.1 (6.33).
Saudisch-Arabien.Wirtschaft 6: Wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland, Bd.1 (6.33-10.33).
Irak. Handel 11: Handelsbeziehungen zu Deutschland, Bd.1 (6.26-5.36).
Irak. Rohstoffe und Waren: Petroleum, Bde.2,3 (1.26-5.36).

6. Sonderreferat-Wirtschaft:

Finanzwesen 16: Devisenangelegenheiten mit Palästina, Bde.1,2, 3,4 (1.32-5.36).
Rohstoffe und Waren: Petroleum, Bde.6,7 (1.21-12.35).

7. Geheim-Akten, 1920-1936:

Syrien. Politik 2: Politische Beziehungen zu Deutschland (4.27-11.34). Palästina Politik 2: Politische Beziehungen zu Deutschland (4.27-11.34).
Italien. Politik 2: Politische Beziehungen zu Deutschland, Bd.3 (1.31-5.36).
II FK.33: Kriegsgerät Allgemeines- Geheimsachen (1.36-5.36).
II FK.30: Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät vom 24.9.35, Bd.9 (7.35-8.37).
II FK.120: Aus- und Einfuhr von Kriegsgerät nach außereuropäischen Ländern (10.35-6.36).

8. Abteilung IV- Kultur:
Deutschtum im Ausland. Allgemeines: Förderung des Deutschtums im Ausland, Allgemeines, Bd.18 (1929-1934).
Minderheiten. Nr.14: Minderheiten und Judenfragen, Bd.1 (1933-1934).
9. Politische Abteilung I:
Handel für Pol.I, Waffenhandel und Waffenherstellung (4.37-6.38).
10. Politische Abteilung I: Völkerbund:
Abrüstung. Abrüst.: Waffenhandel und Waffenherstellung, Bd.1 (8.36-4.38).
Mandate. Mandate: Allgemeines, Bd.1 (5.36-6.40).
Mandate. Mandate: Tätigkeit der Mandatskommission, Bd.1 (6.36-1.40).
Länderakten. Palästina, Bd.1 (2.37-5.39).
Länderakten. Irak, Bd.1 (5.36-8.39).
11. Politische Abteilung II:
Politik 3- England: Politische Beziehungen zwischen England und Palästina, Bde.1,2 (5.36-4.40).
Politik 3- Frankreich-Polen: Politische Beziehungen zwischen Frankreich und Polen, Bd.2 (6.36-12.39).
12. Politische Abteilung IV:
Politik 2-3-Italien: Besuch Mussolionis in Deutschland im September 1937, Deutsche Presse-Stimmen (9.37-11.37).
Politik 36- Ungarn: Judenfragen (2.38-1.43).
13. Politische Abteilung V:
Politik 1: Allgemeine auswärtige Politik Polens, Bd.1 (7.36-3.41).
Politik 36: Judenfrage in Polen, Bd.1 (5.36-10.42).
14. Politische Abteilung VII:
Politik 2- Palästina: Politische Beziehungen Palästinas zu Deutschland, Bd.1 (7.36-12.38).
Politik 5- Palästina: Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Palästina, Bd.1 (5.36-2.37).
Politik 5a- Palästina: Plan für die Aufteilung Palästinas und Stellungnahme der fremden Länder dazu, Bde.1,2,3 (6.37-12.38).
Politik 36- Palästina: Judenfrage (8.36-5.43).
Politik 2- Saudisch-Arabien: Politische Beziehungen Saudisch-Arabiens zu Deutschland, Bd.1 (11.37-9.39).
Politik 5- Irak: Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd.1 (5.36-1.39).
Politik 2- Iran: Politische Beziehungen Irans zu Deutschland, Bd.1 (7.36-12.40).

15. Handelspolitische Abteilung:
Kriegsgerät (Geheim). Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Allgemeines, Bde.1,3,4 (5.36-2.40).
Kriegsgerät (Geheim). Kriegsgerät: Handel mit Kriegsgerät- Irak, Bde.1,2 (2.37-12.37).
Handakten Wiehl. Vierjahresplan, Bd.1.
Handakten Wiehl. Afghanistan, Bd.1 (9.25-7.40).
Handakten Wiehl. Palästina (3.41-4.41).
Handakten Clodius. Ägypten (2.33-3.39).
Handakten Clodius. Palästina (8.33-12.37).
16. Partei Dienststellen/Außenpolitisches Amt:
Rosenberg 2: Korrespondenz, Glückwünsche, Manuskripte für Reden (1936-1944).
Allgemein: Vertrauliche Aufzeichnungen betr. England, Berichte und Notizen bzgl. Italien, Österreich, Rumänien und Ungarn. Beschlüsse der Politbüro der WKPB, Notizen für den Führer bzgl. des "Marquess of Londonderry", ua. (1933-1942).
Allgemein: Aufghanistan, Zielsetzung des APA der NSDAP.
Politische Berichte: Afghanistan (1933-1939).
Politische Berichte: Saudisch-Arabien (1933-1939).
17. Dienstelle Ribbentrop:
Vertrauliche Berichte, Teil 1, Teil II (1935-1939).
18. Büro des Chefs der Auslandsorganisation:
Judenstaat Palästina (1937-1938).
Palästina, Haavara, Juden, Bd.57 (1938-1939).
Irak, Bd. 92 (1937-1941).
Runderlaß A.O.6: Richtlinien für die Zusammenarbeit von Parteistellen und Vertretungen im Ausland, Bd.131 (1937-1938).
Statistik, Bd.28 (1937).
19. Referat Deutschland:
P05 NE adh1: Boykottauswirkung auf den deutschen Außenhandel, Bde.1,2 (3.33-12.33).
P05 NE adh2 allg.: Bekämpfung der Hetz- und Greuelpropaganda sowie Boykottabwehr, Bd.1 (3.33-1.34).
P05 NE adh6: Judenfrage, Allgemeines, Bd.3 (7.32-1.34).
P05 NE adh6 Nr.4: Judenfrage(Auslandsstimmen); Bde.1,2 (2.33-12.33).
P05 NE adh7: Nationalsozialistische Bewegungen in anderen Ländern, Bd.1 (4.33-12.33).
P05 NE allg.Nr.6: Auswirkung der nationalen Erhebung auf die deutschen Kolonien im Amtsbezirk der deutschen Auslandsvertretungen, Bde.1,2 (3.33-12.33).

20. Inland II A/B:

82-00c: Chef der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt, Bd.1(1937-1938).

82-02: Nationalsozialistische Ortsgruppen im Ausland, Bd.2 (1933-1936).

82-03: Gesuche von Ausländern in die NSDAP (1934-1939).

82-32: Sdh: Judengesetzgebung (1938-1941).

83-20: Das Judentum, allg., Bde.1,2,3/2 (1934-1940).

83-21: Das Judentum in Deutschland, Bde.1,3,5,8 (1934-1941).

83-21a: Auswanderung der Juden aus Deutschland, Bde.1,1a (1936-1937).

83-24: Judenauswanderung, Allgemeines, Bde.1,2 (1938-1940).

83-24a: Gründung eines Palästinastaates, Bde.1,2 (1937-1944).

83-24c: Judenreservat in Polen.

83-24: SdhIV: Auswanderung jüdischer Hochschullehrer, usw.

83-26: Polen: Juden in Polen, Genral-Gouvernement (1933-1944).

83-29: Judenkongresse im Ausland, Bd.1 (1934-1944).

83-63: Boykott der deutschen Wirtschaft im Ausland, Bde.1,3 (1933-1935).

21. Gesandtschaft Bukarest:

I A 3: Beziehungen Rumänien und Deutschland, Bd.1 (1932-1939).

22. Botschaft Ankara:

Politik 3: Palästina (1924-1938).

23. Gesandtschaft Bern:

Palästina: Palästina, Bd.1 (1922-1937).

24. Botschaft Rom(Quir.)- Geheim-Akten:

44/1: Vorschläge des Großmuftis betr. Syrien, Palästina und Transjordanien (o.D.).

25. Botschaft Rom:

Politik 3. Palästina, Bd.1 (1920-1939).

26. Botschaft beim Heiligen Stuhl:

51: Palästina-Zionismus, Bd.2 (1919-1943).

27. Generalkonsulat Beirut:

63: Palästina und Transjordanien, Bd.2 (1927-1939).

Bundesarchiv/ Koblenz

1. Reichskanzlei (R/43):

Auswärtige Angelegenheiten. R/43-II: 1399, 1400, 1420, 1421a, 1432a, 1433, 1434, 1450.

Judentum. R/43-II: 329, 540, 600, 602.

Kolonien. R/43-I: 626a, 627.

Reichskanzlei. R/43-I: 991a.

2. NSDAP-Hauptarchiv (NS/26):
Hitler persönlich. NS/26: 2,2/1, 51, 53, 60.
Rassenfrage. NS/26: 508.
3. Schumacher Collection (Sammlung):
124, 240/I, 240/II, 293.
4. Reichssicherheitshauptamt (R/58):
Verfolgung der Juden. R/58: 276, 955, 956, 979, 982, 984, 991, 1239, 1242, 1253.
5. Deutsches Auslands-Institut/Stuttgart (R/57):
R/57-25.
6. Reichsministerium des Innern (R/18):
R/18-5514.
7. Reichswirtschaftsministerium (R/7):
Handelsverbindungen mit Irak. R/7-VI:222/2.
Handelsverbindungen mit Palästina. R/7-VI: 326/1.
8. Reichsfinanzministerium (R/2):
R/2-225.

Geheimes Staatsarchiv/Berlin
1. Rep.335/11/481, NG3580(Office of the Chief Counsel for War Crimes).

National Archives/Washington, D.C.
1. State Department, Decimal Files, 1930-1939:
762.67n: Relations, Treaties, Germany and Palästine.
840.48: Refugees, Refugee Questions.
862.00: General Political, Germany.
862.4016: Race Problems, Germany.
862.5151: Germany, Financial.
867n.01: General Political, Palestine.
2. German Records on Microfilm(Deutsche Dokumente auf Mikrofilm).
Von Hentig-Nachlaß. T-120/747.
Von Etzdorf-Nachlaß. T-120/738.
Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei. T-175/280, 408, 410, 411, 508, R588.
3. MS/P-207: German Exploitation of the Arab Nationalist Movements in World War II, by General der Flieger a.D.Hellmuth Felmy und General der Artillerie a.D. Walter Warlimont, with a foreword by Generaloberst a.D. Franz Halder(Historical Division, Headquarters, U.S.Army-Europe).
4. "Transcripts of the Pre-Trial Interrogations von Vicco von Bülow-Schwante", Interrogation(Verhör) No./Nr.2122, 8.Okt. 1947, und von Emil Schumburg, No./Nr.4226, 21.Juli und 21.Okt. 1947.

Israel State Archives/Jerusalem
1. Files of the German Consulate-General(Unterlagen des deutschen Generalkonsulats)/Jerusalem 1926-1939.
   Personalien und Amtsbetrieb des Konsulats: 954.
   Staatsangehörigkeit und Paßwesen: 1145.
   Rechtswesen und Polizeiwesen: 1235.
   Wirtschaftssachen und Landwirtschaft: 1242, 1246, 1247, 1251, 1252, 1253, 1254, 1272.
   Kultur und Schulwesen: 1358, 1359, 1362, 1383.
   Deutschtum und deutsche Anstalten in Palästina und Transjordanien: 1421, 1434.

Central Archives for the History of the Jewish People, Hebrew University/Jerusalem
1. The Papers of Georg Kareski: P/82-12a, 17, 36.

Central Zionist Archives/Jerusalem
1. The Jewish Agency Executive, London (Z/4).
2. The Jewish Agency Organization Department (S/5).
3. The Jewish Agency Office, Genf (L/22).
4. The Private Papers of(die privaten Schriftsachen von) Alfred Klee (A/142).

Yad Vashem Institute for the Study of the European Jewish Catastrophe (Yad Vashem-Institut für die Untersuchung der Katastrophe der europäischen Juden)/Jerusalem
1. Remnants of the Files of the (Überreste der Unterlagen der) NSDAP/Landesgruppe Palästina 1934-1939.

Centre de Documentation Juive Contemporaine (zeitgenössisches jüdisches Dokumentationszentrum)/Paris
1. The Rosenberg Collectuion (Die Rosenberg-Sammlung): CXLIII326, CXLV/623.

Public Record Office/London
1. General Corrspondence of the Foreign Office, 1933-1939 (Allgemeiner Schriftwechsel des britischen Außenministeriums...): FO371:
   FO371/17876-E1279, 17878-E4468, 20020-E3048, 20020-E3327, 20021-E4329, 20022-E4858, 20028-E6609, 20605-E1601, 20806-E2435, 20807-E 3171, 20812-E5138, 20816-E5874, 20820-E6816, 20911-J4567, 21592-C14652, 21659-C14812, 21665-C14758, 21782-C7624, 21871-E7394, 21872-E7560, 21874-E1598, 21876-E2570, 21877-E3137, 21878-E4188, 21884-E6725, 21887-E3046, 21887-E4838, 21888-E4405, 21888-E5244, 21998-E1355, 22988-C55168, 23191-E5128, 23232-E2274, 23238-E5101, 25238-W7663848.

Institut für Zeitgeschichte/München
1. Akten des Eichmann-Prozesses- Beweisdokumente:2, 742, 1429.
2. Lösener-Handakten: F.71/3,4, Emigr.IV-2 Palästina.
Die Tempel-Gesellschaft in Deutschland/Stuttgart-Degerloch
1. "Die Warte des Tempels". Halbmonatsschrift zur Vertiefung in die Fragen und Aufgaben des Menschenlebens, 1933-1939.
Concordia-Universität/Montreal
1. Transcript of the Trial of the Attoprney General of the Government of Israel v. Adolf, the Son of Karl Adolf Eichmann, in the District Court of Jerusalem. Criminal Case No.40/61 (an unedited and unrevised transcript of the simultaneous translation), Washington, D.C.: Microcard Editions, 1962.
Leo Baeck Institute/New York
1. The Weltsch Papers.

Gespräche, Briefwechsel

Gespräche:
mit Dr.Werner-Otto von Hentig am 14.September 1973 und am 27. November 1974 in Seibersbach bei Bingen.
mit Dr.Fritz Grobba am 3o.Juni 1973 in Bad Godesberg.

Briefwechsel:
mit General Gerhard Engel, 18.Mai 1976.
mit Dr.Werner Feilchenfeld, 17.April und 24.Oktober 1974.
mit Walter Frentz, 2.April 1976.
mit Otto Günsche: 5.Januar 1976.
mit Dr.Werner-Otto von Hentig, 25.Februar, 15.März und 16.April 1974, 15.Juli 1975 sowie 10.Januar und 3.April 1976.
mit Dr.Richard Otto Hoffmann, 10.April und 8.Mai 1975 sowie 12. März 1976.
mit Jabotinsky Institute/Tel Aviv, Nr.469, 18.September 2976.
mit Mauser-Jagdwaffen GmbH, 22.Dezember 1975.
Dr.Werner Naumann mit Richard Schulze-Kossens, 4.Novemer 1975.
mit Hauptmann Hans Roschmann, 23.März 1976.
mit Richard Schulze-Kossens, 26.November 1975 und 7.Januar 1976.
mit Franz Sonnleithner, 4.Januar 1976.
mit Dr.Albert Speer, 24.Februar 1976.
mit Dr.Ernst Woermann, 17.März 1976.

Veröffentlichte Primärquellen

Dokumente und Schriftstücke

Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7, 1959.

Domarus, Max: Hitler: Reden und Proklamationen 1932-1945. 4 Bde, München, Süddeutscher Verlag 1965.

Feder, Gottfried: Hitler's Official Program and Its Fundamental Ideas. New York, Howard Fertig 1971.

Bundesrepublik Deutschland: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C, Bde.1/2, 3/2., Göttingen 1971-1973. Serie D, Bde.1,2,4,5,6 und 7., Baden-Baden 1950-1956.

Großbritannien: Documents on British Foreign Policy, 1919-1939. Serie 3, Bde. 1 und 7., London 1949 und 1953.

—— Palestine Royal Commission Report(Palästina- Bericht des königlichen Ausschusses). Cmd.5479. H.M.Stationery Office, London 1937.

—— Parliamentary Debates(Parlamentsdebatten), Serie 5 (Commons/Unterhaus), Bd.313. H.M.Stationery Office, London 1936.

Hill, Leonidas, Hersg.: Die Weizsäcker Papiere 1933-1950. Propyläen-Verlag, Berlin 1975.

Hurewitz, J.C, Hrsg.: Diplomacy in the Near and Middle East: A Documetary Record, 1914-1955. 2 Bde. D.Van Nostrad, New York 1956.

Ingrams, Doreen: Palestine Papers, 1917-1922: Seeds of Conflict. John Murray, London 1972.

International Military Tribunal. Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, Nürnberg, 14 November, 1945 to 1 October, 1946. / Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg. Verfahren gegen die Hauptkriegsvervrecher vor dem Internationalen Militägerichtshof vom 14.November 1945 bis 1. Proceedings Oktober 1946. Bde.9, 13 und 14, Verhandlungsberichte 14/11/45-1/10/46, 3/5-15/5/46, 16/5-28/5/46, Nürnberg 1947-1948. Bde. 25,28, und 41, Documents in Evidence (Beweisunterlagen). Nürnberg 1947-1949.

Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab). Bd.1: 1.Aug. 1939-31.Dez. 1941. Bernhard Graefe-Verlag für Wehrwesen, Frankfurt/M. 1965.

Lang, Jochen von, Hrsg.: Eichmann Interrogated: Transcripts from the Archives of the Israeli Police (Eichmann im Verhör: Abschriften aus dem Archiv der israelischen Polizei.) - Übersetzt von Ralph Manheim. Farrar, Straus und Giroux, New York 1983.

Monnsen, Hans: Dokumentation: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1o, 1962.
Muggeridge, Malcolm, Hrsg.: Ciano's Diplomatic Papers. Übersetzt von Stuart Hood. Odhams Press, London 1948.
Phelps, Reginald: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 11, 1963.
——: Hitlers grundlegende Rede über den Antisemistismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16, 1968.
Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3, 1955.
——: Rede Hitlers vor der deutschen Presse (10.November 1938), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6, 1958.
Yahil, Leni, Hrsg.: Selected British Documents on the Illegal Immigration to Palestine, 1939-1940 (Ausgewählte britische Dokumente zur gesetzwidrigen Einwanderung nach Palästina 1939-1940), in: Yad Vashem Studies 10, 1974.

Tagebücher und Erinnerungen

Avon, Rt.Hon.Earl of: The Eden Memoirs: Facing the Dictators/ Die Eden-Erinnerungen: Im Angesicht der Diktatoren. Cassel, London 1962.
Bernstorff, J.H. Graf von: Memoirs of Count Bernstorff. Random House, New York 1936.
Blumenfeld, Kurt: Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1962.
Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939. Verlag Georg D.W. Callwey, München 1960.
Chamberlain, Neville: In Search of Peace (Auf der Suche nach Frieden). G.Putam, New York 1939.
Grobba, Fritz: Männer und Mächte im Orient: 25 Jahre diplomatischer Tätigkeit im Orient. Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1967.
Groscurth, Helmuth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970.
Halifax, Earl of: Fullness of Days. Collins, London 1957.
Hanfstaengl, Ernst: Hitler, The Missing Years (Hitler, die verlorenen Jahre). Eyre & Spottiswoode, London 1957.
Hassel, Ulrich von: Vom anderen Deutschland: Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944. Fischer Bücherei, Frankfurt 1964.
Henderson, Nevile: Failure of a Mission, 1937-1939. (Fehlgeschlagene Mission 1937-1939). G.P.Putnam's Sons, New York 1940.
Hentig, Werner-Otto von: Mein Leben. Eine Dienstreise. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1962.

Hitler, Adolf: Mein Kampf. Reynal & Hitchcock, New York 1941.
——: The Secret Book (Das Geheimbuch). Übersetzt von Salvator Attanasio. Grove Press, New York 1961.
Jones, Thomas: A Diary with Letters, 1931-1950. Oxford University Press, London 1954.
Kersten, Felix: Totenkopf und Treue: Heinrich Himmler ohne Uniform: Aus den Tagebüchern des finnischen Medizinalrats. Robert Mölich-Verlag, Hamburg 1952.
Kordt, Erich: Nicht aus den Akten: Die Wilhemstraße in Frieden und Krieg: Erlebnisse, Begegnungen, Eindrücke. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 195o.
Kotze, Hildegard von, Hrsg.: Heeresadjutant bei Hitler 1938- 1943: Aufzeichnungen des Majors Engel. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1974.
Kubizek, August: Adolf Hitler, mein Jugendfreund. Leopold Stocker-Verlag, Graz 1953.
Jedrzejewicz, Waclaw, Hrsg.: Diplomat in Berlin, 1933-1939: Papers and Memoirs of Josef Lipski, Ambassador of Poland. Columbia University Press, New York 1968.
Lichtheim, Richard: Rückkehr: Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970.
Luedecke, Kurt: I Knew Hitler. (Ich kannte Hitler). Scribners, New York 1937.
Muggeridge, Malcolm, Hrsg.: The Ciano Diaries, 1937-1938. (Die Ciano-Tagebücher....). Methuen, London 1952.
——: The Ciano Diaries, 1939-1943. W.Heinemann, London 1947.
Pünder, Hermann: Von Preußen nach Europa: Lebenserinnerungen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1968.
Raeder, Erich: Mein Leben. 2 Bde. Verlag Fritz Schlichtenmayer, Tübingen 1956.
Rahn, Rudolf: Ruheloses Leben: Aufzeichnungen und Erinnerungen. Diederichs Verlag, Düsseldorf 1949.
Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau: Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Herg. von A. von Ribbentrop, Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1953.
Rosenbluth, Martin: Go Forth and Serve: Early Years and Public Life. Herzl Press, New York 1961.
Schacht, Hjalmar: My first Seventy-Six Years. Übersetzt von Diana Pyke. Allan Wingate, London 1955.
Schellenberg, Walter: Memoiren. Hrsg. von Gita Petersen. Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln 1959.
Schmidt, Paul-Otto: Statist auf diplomatischer Bühne 1923-1945 Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas. Athenäum-Verlag, Bonn 1949.

Seraphim, Hans-Günther, Hrsg.: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934-1935 und 1939-1940. Musterschmidt Verlag, Göttingen 1956.
Shirer, William: Berlin Diary. Alfred A.Knopf, New York 1941.
Speer, Albert: Inside the Third Reich. Übersetzt von Richard und Clara Winston. Macmillan, New York 1970.
Strasser, Otto: Hitler and I. Übersetzt von Gwenda David und Erich Mosbacher. Jonathan Cape, London 1940.
Weizmann, Chaim: Trial and Error. The Autobiography of Chaim Weizmann. Harper, New York 1949.
Weizäcker, Ernst von: Memoirs. Übersetzt von John Andrews. H.Regnery, Chicago 1951.
Wiedemann, Fritz: Der Mann, der Feldherr werden wollte: Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im Ersten Weltkrieg und seines späteren persönlichen Adjutanten. Blick und Bild Verlag, Velbert/Kettwig 1964.

Zeitungen

"Der Angriff"
"Jüdische Rundschau"
"Das Schwarze Korps"
"Völkischer Beobachter"
"Die Warte des Tempels"

Sekundärquellen (Bücher und Artikel)

Abshagen, Karl-Heinz: Canaris. Übersetzt von Alan Houghton-Broderick. Hutchinson, London 1956.
Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich. Droste Verlag, Düsseldorf 1972.
Adler, H.G.: Die Juden in Deutschland von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. Kösel Verlag, München 1960.
Adler-Rudel, S: The Evian Confenrence, in Yearbook of the Leo Baeck Institute 13, 1968.
——: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939, in: Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts, 29. Mohr Verlag, Tübingen 1974.
Aigner, Dietrich: Das Ringen um England: das deutsch-britische Verhältnis: Die öffentliche Meinung, Tragödie zweier Völker. Bechtle Verlag, München 1969.
Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem: A Report on the Banality of Evil (...: Ein Bericht über die Alltäglichkeit des Bösen). Viking Press, New York 1963.

——: The Origins of Totalitariism (Die Ursprünge des Totalitarismus). Harcourt Brace Jovanonich, New York 1973.
Aronson, Schlomo: Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1971.
Arsenian, Seth: Wartime Propaganda in the Middle East, in: Middle East Journal 2, 1948.
Avriel, Ehud: Open the Gates. (Öffnet die Tore). Atneneum, New York 1975.
Baker, Robert: Oil, Blood and Sand (Öl, Blut und Sand). D.Appleton-Century, New York 1942.
Ball-Kaduri, Kurt Jacob: Die illegale Einwanderung deutscher Juden in Palästina 1939-1940, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 4, 1975.
——: Das Leben der Juden in Deutschland. Europäische Verlags-Anstalt, Frankfurt/Main 1963.
Ben Elisar, Eliahu: La Diplomatie du IIIe Reich et les Juifs 1933-1939 (Die Diplomatie des 3. Reiches und die Juden...). Juliard, Paris 1969.
Bethell, Nicholas: The Palestine Triangle. Putnam, New York 1979.
Black, Edwin: The Transfer Agreement: The Untold Story of the Secret Pact between the Third Reich and Jewish Palestine. (Das Transfer-Abkommen: die nicht erzählte Geschichte des Geheimpaktes zwischen dem 3. Reich und dem jüdischen Palästina). Macmillan, New York 1984.
Böhm, Adolf: Die Zionistische Bewegung. 2 Bde. Jüdischer Verlag, Berlin 1935.
Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner: Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970.
Bracher, K.D.: Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 5, 1957.
Bracher. K.D., W.Sauer und G.Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung: Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933-1934. Westdeutscher Verlag,Köln 1960.
Braun, Siegfried: Die deutsche Tempel-Gesellschaft in Palästina, in: Tribune 1, 1962.
Brenner, Lenni: Zionism in the Age of the Dictators (Zioninismus im Zeitalter der Diktatoren). Lawrence Hill, Westport/Conn.1983.
Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus: Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1969.
——: Der Staat Hitlers: Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1969.

Browning, Christopher: The Final Solution and the German Foreign Office (Die Endlösung und das deutsche Außenministerium). Holmes & Meier, New York 1979.

Bullock, Alan: Hitler: A Study in Tyranny. Harper & Row, New York 1963.

Bussmann, W.: Zur Entstehung und Überlieferung der Hossbach Niederschrift, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16, 1968.

Carmel, Alex: Die deutsche Palästinapolitik 1871-1914, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Gschichte 4, 1975.

——: Die Siedlungen der württembergischen Templer in Palästina 1868-1918. W.Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1973.

Cecil, Lamar: Wilhelm II. und die Juden, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33. Mohr Verlag, Tübingen 1976.

Cecil, Robert: The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology (Der Mythos von der Herrenrasse:....). Batsford, London 1972.

Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts. 2 Bde. F.Bruckmann K.G., München 1938/23. Ausgabe.

Cleveland, William L.: Islam against the West: Shabik Arslan and the Campaign for Islamic Nationalism. University of Texas Press, Austin 1985.

Cohn, Norman: Warrant for Genocide: The Myth of the Jewish World Conspiracy and the 'Protocols of the Elders of Zion'. (Vollmacht zum Völkermord: Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung und die "Protokolle der Weisen von Zion"). Harper & Row, New York 1966.

Colvin, Ian: Vansittart in Office: A Historical Survey of the

Origins of the Second World War Based on the Papers of Sir Robert Vansittart (Vansittart im Amt: ein geschichtlicher Überblick über die Ursprünge des 2. Weltkrieges auf der Grundlage der Unterlagen von Sir...). Victor Collancz, London 1965.

Dawidowicz, Lucy: The War against the Jews, 1933-1945. Holt, Rinehart, Winston, New York 1975.

Dekel, E.: SHAI: The Expolits of Hagana Intelligence. Thomas Yoseloff, New York 1959.

Dessouki, Mohamed-Kamal el.: Hitler und der Nahe Osten 1940-1941, Diss. Berlin 1963.

Doering, Dörte: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-1935: Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes. Diss. Berlin 1969.

Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker. Reuther und Reichard, Berlin 1892/4.Auflage.
Ehrich, Emil: Die Auslandsorganisation der NSDAP. Junker und Dünnhaupt, Berlin 1937.
Eichstädt, Ulrich: Von Dollfuss zu Hitler: Geschichte des Anschlusses Österreichs 1933-1938. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1955.
Erbe, Rene': Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie. Polygraphischer Verlag, Zürich 1958.
Erez, Tsvi: Germans in Palestine: Nazis and Templers, in: Wiener Library Bulletin 17, 1963.
Ergang, Robert: Herder and the Foundation of German Nationalism. (Herder und die Herausbildung des deutschen Nationalismus). Columbia University Press, New York 1931.
Esco Foundation for Palestine Inc. (Esco-Stiftung für...): Palestine: A Study of Jewish, Arab and British Policies. 2 Bde, Yale Universty Press, New Haven 1947.
Feilchenfeld, Werner, Dolf Michaelis und Ludwig Pinner: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institus 26. Mohr Verlag, Tübingen 1972.
Feiling, Keith: The Life of Neville Chamberlain. Macmillan, London 1970.
Fest, Joachim: Hitler. Übersetzt von Richard und Clara Winston. Harcourt Brace Jovanich, New York 1973.
Fisscher, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945. C.W. Leske-Verlag, Opladen 1968.
Friedman, Isaiah: Germany, Turkey and Zionism, 1897-1918. Oxford University Press, Oxford 1977.
——: The Question of Palestine, 1914-1918: British-Jewish-Arab Relations. Routledge & Keagan Paul, London 1973.
Friedman, Philip: The Lublin Reservation and the Madagascar Plan: Two Aspects of Nazi Jewish Policy during the World War, in: Yivo Annual of Jewish Social Studies 8, 1953.
Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage. Hanseat. Druck- und Verlagsanstalt, Hamburg 19o7/26.Auflage.
Genschel, Helmut: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Musterschmidt Verlag, Göttingen 1966.
Gordon, Sarah: Hitler, Germans and the "Jewish Question". Princeton University Press, Princeton 1984.
Graml, Hermann: Die Auswanderung der Juden aus Deutschland zwischen 1933 und 1939, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1966.

Grossmann, Kurt: Zionists and Non-Zionists under Nazi Rule in the 1930's, in: Herzl Yearbook 4, 1961-1962.
Halpern, Ben: The Idea of a Jewish State. Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1969.
Hauser, Oswald: England und das Dritte Reich. 2 Bde. Seewald, Stuttgart 1972.
Heiden, Konrad: Der Führer. Übersetzt von Ralph Manheim. Houghton Mifflin, Boston 1944.
——: A History of National Socialism. Methuen, London 1934.
Henke, Josef: England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939. Boldt, Boppard am Rhein 1973.
Hentig, Werner-Otto von: Palästina, in: Jahrbuch der Hochschule für Politik. Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin 1940.
Hermann, Klaus: Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933-1934. Heymann, Köln 1969.
——: Political Response to the Balfour Declaration in Imperial Germany: German Judaism in: Middle East Journal 19, 1965.
Herzl, Theodor: The Jewish State: An Attempt at a Modern Solution of the Jewish Question (Der Judenstaat: ein Versuch zu einer modernen Lösung der jüdischen Frage). Scopus Publishing, New York 1943.
Hess, Moses: Rome and Jerusalem: A Study in Jewish Nationalism. Übersetzt von Rabbi Maurice J.Bloom. Philosophical Library, New York 1958.
Hevesi, Eugene: Hitler's Plan for Madagascar, in: Contemporary Jewish Record 4, 1941.
Hilberg, Raul: The Destruction of the European Jews (Die Vernichtung der europäischen Juden). Quadrangle Books, Chicago 1961.
Hildebrand, Klaus: The Foreign Policy of the Third Reich. Übersetzt von Anthony Fothergill. University of California Press, Berkeley 1973.
——: Vom Reich zum Weltreich: Hitler, NSDAP und Kolonialfrage 1919-1945. Wilhelm Fink Verlag, München 1969.
Hillgruber, Andreas: Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte der beiden Weltkriege. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967.
——: Die Endlösung und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 20, 1972.
——: England's Place in Hitler's Plan for World Domination, in: Journal of Contemporary History 9, 1974.
——: Hitlers Strategie: Politik und Kriegführung 1940-1941. Bernhard Graefe Verlag für Wehrwesen, Frankfurt/Main 1965.
Hirszowicz, Lukasz: The Third Reich and the Arab East. Routledge & Keagan, Paul, London 1966.

Hoffmann, Peter: Widerstand, Staatsstreich, Attentat: Der Kampf der Opposition gegen Hitler. R.Piper Verlag, München 1970.
Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh 1967.
Horn, Wolfgang: Ein unbekannter Aufsatz Hitlers aus dem Frühjahr 1924, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 16, 1968.
Horowitz, David und Rita Hendon: Economic Survey of Palestine, with Special Reference to the Years 1936-1937. Economic Research Institute of the Jewish Agency for Palestine, Tel Aviv 1938.
Hunczak, Taras: Polish Colonial Ambitions in the Inter-War Period, in: Slavic Review 26, 1967.
Hurewitz, J.C.: The Struggle for Palestine. Greenwood, New York 1968.
Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung: Entwurf einer Herrschaft. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1969.
Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpoliotik 1933-1938. Alfred Metzener Verlag, Frankfurt/Main 1968.
Jankowski, James: Egyptian Responses to the Palestine Problem in the Interwar Period, in: International Journal of Middle East Studies 12, 1980.
Katz, Jacob: From Prejudice to Destruction: Anti-Semitism, 1700-1933. Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1973.
Katz, Shlomo: Public Opinion in Western Europe and the Evian - Conference of July 1938, in: Yad Vashem Studies 9, 1973.
Kempner, Robert: Eichmann und Komplizen. Europa-Verlag, Zürich 1961.
Khadduri, Majid: Independant Iraq, 1932-1958: A Study in Iraqui Politics. Oxford University Press, London 1960.
Kimche, Jon und David: The Secret Roads: The Illegal Migration of a People, 1938-1948. Secker & Warburg, London 1954.
Krausnick, Helmut und Martin Broszat: Anatomy of the SS State. Übersetzt von Dorothy Lang und Marian Jackson. Paladin, London 1970.
Kuhn, Axel: Hitlers außenpolitisches Programm. Klett-Verlag, Stuttgart 1970.
Laqueur, Walter: History of Zionism. Holt, Rinehart und Winston, New York 1972.
Levin, Nora: The Holocaust: The Destruction of European Jewry, 1933-1945. Schocken Books, New York 1973.
Lichtheim, Richard: Die Geschichte des deutschen Zionismus. R. Maas, Jerusalem 1954.
Lösener, Bernhard: Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, 1961.

Lowenthal, Marvin: The Jews of Germany: The Story of Sixteen Centuries. Russell&Russell, New York 1970.
Marcus, Ernst: The German Foreign Office and the Palestine Question in the Period 1933-1939, in: Yad Vashem Studies 2, 1958.
Marlowe, John: The Seat of the Pilate: An Account of the Palestine Mandate. Cresset Press, London 1959.
Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum: Vom nichtconfessionellen Standpunkt aus betrachte. Rudolf Costenoble, Bern 1879.
Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP: Hitlers Weg bis 1924. Athenäum Verlag, Frankfurt/Main 1965.
Massing, Paul: Rehearsal for Destruction: A Study of Political Anti-Semitism in: Imperial Germany. Harper, New York 1949.
Melka, Robert: The Axis and the Arab Middle East, 1930-1945. Diss. University of Minnesota 1966.
Mosse, G.L.: Hrsg.: Toward the Final Solution: A History of European Racism. Harper & Row, New York 1978.
Mosse, Werner E, Hrsg.: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916-1923. Mitwirkung von Arnold Paucker. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 25. Mohr Verlag, Tübingen 1971.
——: Entscheidungsjahr 1932: Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Mitwirkung von Arnold Paucker. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13. Mohr Verlag, Tübingen 1966.
——: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Mitwirkung von Arnold Paucker. Schriftenreihe wisschenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33. Mohr-Verlag, Tübingen 1976.
Neubert, Friedrich Paul Harald: Die deutsche Politik im Palästinakonflikt 1937-1938. Diss. Bonn 1977.
Nicosia, Francis R.: Arab Nationalism and National Socialist Germany, 1933-1939: Ideological and Strategic Incompatibility, in: International Journal of Middle East Studies 12, 1980.
——: National Socialism and the Demise of the German-Christian Communities in Palestine during the Nineteen Thirties, in: Canadian Journal of History 14, 1979.
——: Weimar Germany and the Palestine Question, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 24, 1979.
Niewyk, Donald: The Jews in Weimar Germany. Lousiana State University Press, Baton Rouge 1980.
Nolte, Ernst: Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemtismus, in: Historische Zeitschrift 192, 1961.
——: Three Faces of Facism. Übersetzt von Leila Vennewitz. New American Library, New York 1969.

Paucker, Arnold: Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Leibniz, Hamburg 1969.

——: Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: Juden im Wilhelmischen Deutschland 1890-1914. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 33. Mohr-Verlag, Tübingen 1976.

Pearlman, Maurice: Mufti of Jerusalem: The Story of Haj Amin el Husseini. Victor Gollancz Ldt., London 1947.

Petersen, Jens: Mussolini-Hitler: Die Entstehung der Achse Rom-Berlin 1933-1936. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1973.

Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich: Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1968.

——: Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932-1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 15, 1967.

Phelps, Reginald: Before Hitler came: Thule Society and Germanen Orden, in: Journal of Modern History 35, 1963.

——: Hitler and die Deutsche Arbeiterpartei, in: American Historical Review 68, 1963.

Pinsker, Leo: Autoemanzipation. Commissions-Verlag von W.Issleib, Berlin 1882.

Poliakov, Leon: The History of Anti-Semitism: From Voltaire to Wagner., Bd.3. Übersetzt von Miriam Kochan. Routledge & Keagan Paul, London 1975.

Poppel, Stephen: Zionism in Germany, 1897-1933: The Shaping of a Jewish Idendity. Jewish Publication Society of America, Philadelphia 1975.

Prinz, Arthur: The Role of the Gestapo in Obstructing and Promoting Jewish Emigration, in: Yad Vashem Studies 2, 1958.

Pulzer, Peter: The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria. John Wiley & Sons, New York 1964.

Reichmann, Eva: Die Flucht in den Haß: Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe. Europa Verlags-Anstalt, Frankfurt/Main 1956.

Reile, Oscar: Geheime Ostfront: Die deutsche Abwehr im Osten 1921-1945. Verlag Welsermuhl, München 1963.

Reinharz, Yehuda: Fatherland or Promised Land: The Dilemma of the German Jew, 1893-1914. University of Michigan Press, Ann Arbor 1975.

Reitlinger, Gerald: The Final Solution: The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939-1945. A.S.Barnes, New York 1961.

Reynolds, Quentin: Minister of Death: The Adolf Eichmann Story. Viking Press, New York 1960.

Rose, Norman Anthony: The Arab Rulers of Palestine, 1936: The British Reaction, in: Journal of Modern History 44, 1972.
Rosenberg, Alfred: Houston Stewart Chamberlain als Verkünder einer deutschen Zukunft. Bruckmann, München 1927.
——: Der Mythos des 20. Jahrhunderts: Eine Wertung der seelisch geistigen Gestaltungskämpfe unserer Zeit. Verlag Franz Eher Nachf., München 1930.
——: Pest in Rußland: Der Bolschewismus. Seine Häupter, Handlanger und Opfer. Deutscher Volksverlag, München 1922.
——: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik. Deutscher Volksverlag, München 1933/6.Auflage.
——: Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten. Deutscher Volksverlag, München 1920.
——: Der staatsfeindliche Zionismus. Deutschvölkische Verlagsanstalt, Hamburg 1922.
——: Totengräber Rußlands. Deutscher Volksverlag, München 1921.
——: Unmoral im Talmud. Deutscher Volksverlag, München 1920.
——: Der Weltverschwörerkongreß zu Basel. Verlag Franz Eher Nachf., München 1927.
——: Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik. Verlag Franz Eher Nachf., München 1927.
Rosenkranz, J.D.: The Kristallnacht in Austria in the Light of the Historical Sources, in: Yad Vashem Studies 14, 1964.
Rosenstock, Werner: Exodus 1933-1939: A Survey of Jewish Emigration from Germany, in: Yearbook of the Leo Baeck Institute 1, 1956.
Sachar, Howard: Europe Leaves the Middle East, 1936-1954. Alfred Knopf, New York 1972.
Salvemeni, Gaetano: Mussolini Diplomatico, 1922-1932. Gius Laterza & Figli, Bari 1952.
Sauer, Paul: Beilharz-Chronik: Die Geschichte eines Schwarzwälder Bauern- und Handwerkergeschlechts vom 15. Jahrhundert bis heute in Deutschland, Palästina und Australien. Süddeutsche Verlagsgesellschaft, Ulm 1975.
Schechtmann, Joseph: The Mufti and the Führer: The Rise and Fall of Haj Amin el-Husseini. Thomas Yoseloff, New York 1965.
Schleunes, Karl: The Twisted Road to Auschwitz: Nazi Policy toward German Jews, 1933-1939. University of Illinois Press, Urbana 1970.
Schmidt, H.D.: The Nazi Party in Palestine and the Levant, 1932-1939, in: International Affairs 28, 1952.
Schmokel, W.W.: Dream of Empire: German Colonialism, 1919-1945. Yale University Press, New Haven 1964.

Schölch, Alexander: Drittes Reich, zionistische Bewegung und Palästina-Konflikt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31, 1983.
Schöllgen, Gregor: Imperialismus und Gleichgewicht: Deutschland, England und die orientalische Frage 1871-1914. R.Oldenbourg Verlag, München 1984.
Schorsch, Isamar: Jewish Reactions to German Anti-Semitism, 1870-1914. Columbia University Press, New York 1972.
Schröder, Bernd: Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg. Musterschnmidt Verlag, Göttingen 1975.
Schröder, Hans-Jürgen: Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933-1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1970.
Schröder, Josef: Die Beziehungen der Achsenmächte zur arabischen Welt, in: Zeitschrift für Politik 18, 1971.
Schubert, Günter: Anfänge nationalsozialistischer Außenpoliotik. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1963.
Seabury, Paul: The Wilhelmstrasse: A Study of German Diplomats under the Nazi Regime. University of California Press, Berkeley 1954.
Seibt, Hans: Moderne Kolonisation in Palästina. Diss. Leipzig 1933.
Siebert, Ferdinand: Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg. Athenäum Verlag, Bonn 1962.
Sokolov, Nahum: History of Zionism, 1600-1918. 2 Bde. Longmans, Green, London 1919.
Sommer, Theo: Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940: Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt. Mohr Verlag, Tübingen 1962.
Stein, Alexander: Adolf Hitler, Schüler der Weisen von Zion. Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad 1936.
Stein, Leonard: The Balfour Declaration. Simon & Schuster, New York 1961.
Stern, Fritz: The Politics of Cultural Despair. Anchor Books, Berkely 1965.
Straus, Walter: Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung: Aufzeichnung von Bernhard Lösener, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 9, 1961.
Sykes, Christopher: Crossroads to Israel. Collins, London 1965.
Thies, Jochen: Architekt der Weltherrschaft: Die Endziele Hitlers. Droste Verlag, Düsseldorf 1976.
Tillmann, Heinz: Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg. Deutscher Verlag für Wissenschaft, Berlin (Ost) 1965.
Trevor-Roper, Hugh: Hitlers Kriegsziele, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 8, 1960.

Trumpener, Ulrich: Germany and the Ottoman Empire, 1914-1918. Princeton University Press, Princeton 1968.
Vital, David: The Origins of Zionism. Oxford University Press, Oxford 1975.
——: Zionism: The Formative Years. Oxford University Press, Oxford 1982.
Vogelsang, Thilo: Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 7, 1959.
Volkov, Shulamit: The Rise of Popular Anti-Modernism in Germany: The Urban Master Artisans, 1873-1896. Princeton University Press, Princeton 1978.
Wahrmund, Adolf: Das Gesetz des Nomandentums und die heutige Judenschaft. Reuther und Reichard, Berlin 1892.
Walk, Joseph: Das deutsche Komitee Pro-Palästina 1926-1933. Bulletin des Leo Baeck Instituts 15, 1976.
Wasserstein, Bernard: Britain and the Jews of Europe, 1939-1945. Oxford University Press, New York 1979.
Weinberg, Gerhard: The Foreign Office Policy of Hitler's Germany. 2 Bde. University of Chicago Press. Chicago 1980.
——: The May Crisis of 1938, in: Journal of Modern History 29, 1957.
Weltmann, Saadia: Germany, Turkey and the Zionist Movement, 1914-1918, in: Review of Politics 23, 1961.
Wiesenthal, Simon: Großmufti: Großagent der Achse: Tatsachenbericht. Ried-Verlag, Salzburg 1947.
Wischnitzer, Mark: Jewish Emigration from Germany, 1933-1938, in: Jewish Social Studies 2, 1940.
Yahil, Leni: Madagascar: Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: Jews and Non-Jews in Eastern Europe, 1918-1945. Hrsg. von Bela Vago und G.L.Mosse. John Wiley & Sons, New York 1974.
Yisraeli, David: The Third Reich and Palestine, in: Middle Eastern Studies 7, 1971.
——: The Third Reich and the Transfer Agreement, in: Journal of Contemporary History 6, 1972.
Zechlin, Egmont: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1969.
Zimmermann, Moshe: Two Generations of German Anti-Semitism. The Letters of Theodor Fritsch to Wilhelm Marr. in: Yearbook of the Leo Baeck Institut 23, 1978.

Diese wissenschaftliche Arbeit deckt die deutsch-jüdischen Beziehungen von 1933 bis 1939 auf. Die Reichsregierung unterstützte nachhaltig das jüdische Element in Palästina; die SS bildete sogar wehrtüchtige junge Juden in Lagern aus. In Palästina entstanden sogar NSDAP-Ortsgruppen.
Anhand unbekannter Akten und Dokumente wird die deutsch-jüdische Geheimpolitik enthüllt, die nur kurze Zeit erfolgreich sein konnte.